

Aus dem Institut für Management ländlicher Räume
der Agrar- und Umweltwissenschaftlichen Fakultät

Militärische Konversion im ländlichen Raum
Eine Fallstudie zur Planungskultur im nördlichen Schleswig-Holstein

Dissertation
zur
Erlangung des akademischen Grades
Doktor der Agrarwissenschaften (doctor agriculturae)
an der Agrar- und Umweltwissenschaftlichen Fakultät
der Universität Rostock

vorgelegt von
Knut Franck, geb. am 1. 10. 1940 in Berlin
aus Flensburg.

Rostock, 1. November 2009

Tag der Verteidigung: 18. Juni 2010

Gutachter:

Prof. Dr. Wolfgang Riedel
Universität Rostock, Agrar- und Umweltwissenschaftliche Fakultät

Prof. Dr. Holger Behm
Universität Rostock, Agrar- und Umweltwissenschaftliche Fakultät

Prof. Dr. Götz von Rohr
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Prof. Dr. Peter Dehne
Hochschule Neubrandenburg

Inhaltsverzeichnis

I	Danksagung	6
II	Einführung	7
III	Methodisches Vorgehen/Konzeption	10
1.	Die Ämter Oeversee und Eggebek – eine Einführung	13
1.1.	Lage im Raum und Verwaltungsstruktur	13
1.2.	Die beiden Ämter im Überblick	15
1.3.	Die räumlichen und wirtschaftlichen Grundlagen der Ämter Oeversee und Eggebek	23
1.3.1.	Die naturräumliche Situation	23
1.3.2.	Die Geofaktoren Böden und Klima	26
1.3.3.	Mineralische und sonstige Rohstoffe	26
1.3.4.	Ein Exkurs: Kiesnachnutzung im Untersuchungsgebiet	31
1.4.	Wirtschaftliche Nutzungsstrukturen	34
1.4.1.	Gewerbliche Wirtschaft	34
1.4.2.	Landwirtschaft	36
1.4.3.	Tourismus	40
2.	Das Militär in Tarp und Eggebek: Von der Ansiedlung 1956 bis zur Konversion 2005	47
2.1.	Ausgangslage	47
2.2.	Hintergründe	47
2.3.	Das Militär in Schleswig-Holstein und in der Region	49
2.4.	Reaktionen auf den Truppenabbau	49
2.4.1.	Reaktionen in Eggebek und Tarp	52
2.4.2.	Reaktionen der Landespolitik	53
2.5.	Chancen durch Konversion	54
2.6.	Die Bedeutung der Bundeswehr für die Ämter Oeversee und Eggebek	55
2.6.1.	Flugplatz Eggebek	56
2.6.2.	Entwicklung in Tarp	56
2.6.3.	Entwicklung in Eggebek	59
2.6.4.	Wirtschaftskraft und Beschäftigung durch das Militär in Tarp/Eggebek	60
2.6.5.	Demographische und soziale Folgen des Truppenabbaus	65
2.7.	Konversion in Eggebek und Tarp	65
2.7.1.	Konversionsausschuss	66
2.7.2.	Nachnutzungs- und Entwicklungskonzept	67
2.7.2.1.	Kaserne und Standortverwaltung	69
2.7.2.2.	Flugplatz	69
2.7.2.3.	Tanklager Tüdal	70
2.7.2.4.	Munitionsdepot Eggebek	70
2.7.3.	Bioenergie-Park	71
2.7.4.	Übungszentrum für Hilfs- und Rettungsdienste	72
2.7.5.	Neuer Wohnraum auf dem Kasernengelände in Tarp	72
2.7.6.	Andere Nutzungen	72
3.	Schwierigkeiten und Probleme bei der Realisierung der Konversionsprojekte	73
3.1.	Auseinandersetzungen im Amt Eggebek	73
3.1.1.	Aufgabe des gemeinsamen Vorgehens	73
3.1.2.	Streit um die Halle 70	74
3.1.3.	Unterstützung durch den Konversionsmanager	76
3.2.	Erwerb des Flugplatzgeländes	76
3.3.	Unklares Planungsrecht	77
3.4.	Auseinandersetzungen in Eggebek wegen der Windkraftanlagen	79

3.4.1.	Späte Reaktion der Befürworter	85
3.4.2.	Unklarer Abstandserlass	85
3.4.3.	Kompromissangebot	86
3.4.4.	Verwirrung bei der Bürgerbefragung	86
3.4.5.	Unsicherheit vor der Kommunalwahl	88
3.4.6.	Triumph der Windkraftgegner bei der Kommunalwahl	89
3.4.7.	Aktivitäten nach der Wahl	90
3.4.8.	Letzte Chance – vertan	91
3.4.9.	Resignation und Trotz	95
3.4.10.	Das „Wunder“ von Eggebek	96
3.5.	Ist „Eggebek“ für das Land wirklich wichtig?	97
3.6.	Nachwachsende Rohstoffe und Solarkraft für den Bioenergie-Park in Eggebek	101
3.6.1.	Bioethanol	103
3.6.2.	Biogas	107
3.6.3.	Solarenergie	114
3.7.	Realisierung in Tarp	115
3.8.	Realisierung Tanklager Tüdal	119
3.9.	Realisierung Munitionsdepot an der Treene	119
4.	Analysen, Gutachten, Konzepte, Förderprogramme	121
4.1.	Strukturanalyse 65 (Hübschmann)	121
4.2.	Vajen-Gutachten	121
4.3.	Regionales Entwicklungskonzept für die Region Flensburg/Schleswig	123
4.4.	Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalysen (LSE)	125
4.4.1.	LSE Eggebek	126
4.4.2.	LSE Oeversee	127
4.4.3.	Planung und Durchführung Dienstleistungszentrum Eggebek	128
4.5.	Aufgabe von Förderprogrammen	132
4.6.	Forderung der Nachhaltigkeit	134
4.7.	Das Programm Nord	135
4.7.1.	Das Programm Nord im Untersuchungsgebiet	137
4.7.2.	Kritikpunkte	139
4.8.	Programme und Planungen zur Unterstützung des Konversionsprozesses	140
4.8.1.	PERIFRA	141
4.8.2.	Konver I	143
4.8.3.	Gemeinschaftsaufgaben zur Verbesserung der Wirtschafts- und Agrarstruktur	144
4.8.4.	Zonenrandförderung	145
4.8.5.	Regionalprogramme	146
4.8.6.	Strukturfonds EFRE, ESF, EAGFL	147
4.8.7.	Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein auf der Grundlage der Lissabon-Strategie	149
4.8.8.	Regional Governance im Zukunftsprogramm Ländlicher Raum	151
5.	Die Gemeinden im Rechts- und Planungssystem	157
5.1.	Aufgaben der Gemeinden	157
5.2.	Funktion der Gemeinden	158
5.3.	Raumordnungspläne	159
5.4.	Regionalpläne	161
5.5.	Kreisentwicklungspläne	163
5.6.	Landschaftspläne für Region und Gemeinden	165
5.6.1.	Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum V	166
5.6.2.	Landschaftspläne der Gemeinden	169
6.	Verwaltungsstrukturreform	170

6.1.	Versuche einer Neuordnung	170
6.2.	Landtagsdebatte zur freiwilligen Zusammenarbeit	170
6.3.	Neuer Anlauf zur Gebietsreform	172
6.4.	Geglückte Fusion in Oeversee/Sankelmark	174
6.5.	Missglückte Gemeindefusion im „Jörler Raum“	174
6.6.	Missglückte Ämterfusion	176
7.	Ländlicher Raum	179
7.1.	Akademie für die Ländlichen Räume	179
7.2.	AktivRegionen und Markt-Treff-Konzept	181
7.2.1.	Bildung der AktivRegionen	184
7.2.2.	AktivRegion Eider-Treene-Sorge	185
7.2.3.	Die „Integrierte Entwicklungsstrategie“ (IES)	186
7.3.	Landesentwicklungsplan 2009	187
7.3.1.	Reaktionen	190
7.3.1.1.	Akademie für die Ländlichen Räume	190
7.3.1.2.	Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag	191
7.3.1.3.	Stellungnahmen des Landrates und des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages im Kreis Schleswig-Flensburg	193
7.3.1.4.	Stellungnahmen der Ämter Oeversee und Eggebek	193
7.3.1.5.	Reaktionen auf die Stellungnahmen	195
8.	Nachhaltige Projekte im Untersuchungsgebiet	197
8.1.	Die Treene und ihr Einzugsgebiet	197
8.2.	Nachhaltige Naturschutzprojekte	203
8.2.1.	Naturschutzgroßprojekt Obere Treenelandschaft	203
8.2.2.	Projekt und Förderverein Mittlere Treene	208
8.2.3.	Ausblick	209
8.3.	Projekt „Alte Geestlandschaft bei Jörl“	210
9.	Fazit und zukünftige Möglichkeiten	212
10.	Quellen	217
10.1.	Angeführte Literatur	217
10.2.	Herangezogene Literatur	233
10.3.	Häufig zitierte Medien	241
10.4.	Fotonachweis	242
11.	Anhang	243
11.1.	Abkürzungen	243
11.2.	Fragebogen	245
11.3.	Topographische Karte 1:50.000	
11.4.	Geologisches Profil	
11.5.	Treene-Ausbau	

I Danksagung

Bei dieser Arbeit war ich auf die Unterstützung zahlreicher Helfer angewiesen, bei denen ich mich herzlich bedanke, aber ohne Professor Dr. Wolfgang Riedel hätte ich diese Arbeit nicht begonnen.

Herrn Professor Riedel kenne ich durch seine Arbeit an der Pädagogischen Hochschule Flensburg und seine zahlreichen Veröffentlichungen. Als Naturschutzbeauftragter hat er mit einer von ihm geleiteten Arbeitsgruppe die Umwelterhebung der Stadt Flensburg erstellt. Zu dieser Zeit war ich Vorsitzender des Umweltausschusses, der dieses Vorhaben auf den Weg gebracht hat.

Als ich mich entschloss, meine beruflichen und politischen Erfahrungen für eine wissenschaftliche Arbeit zu nutzen, war es für mich selbstverständlich, Herrn Professor Riedel um Rat zu fragen. Trotz der großen Entfernung zwischen Rostock und Flensburg war er sofort bereit, die Betreuung meiner Arbeit zu übernehmen.

Als mein Doktorvater hat Herr Prof. Dr. Wolfgang Riedel mich immer wieder ermuntert und meinen Ansatz unterstützt, einen laufenden Planungsprozess zu begleiten und die Ergebnisse zu bewerten. Dafür gebührt ihm mein besonderer Dank.

Da mir als einem „Externen“ der wissenschaftliche Austausch mit Fachkollegen nicht möglich war, war ich besonders auf die Unterstützung von anderen angewiesen. Als Fachberater hat mir Uli Heintze unschätzbare Dienste erwiesen. Er konnte mir viele sachliche Hinweise geben, weil er als Naturschutzbeauftragter und als Arbeitsgruppenleiter des Heimatvereins Schleswigsche Geest das Untersuchungsgebiet mit all seinen Facetten kennt.

Ohne die Bereitschaft von Behörden, Verwaltungen und Institutionen, mir Einblicke in ihre Unterlagen zu gewähren, hätte diese Arbeit nicht entstehen können, da das aktuelle Material nicht in Büchereien oder Archiven zu finden ist. Wichtigster Partner war für mich die Wirtschafts- und Regionalentwicklungsgesellschaft Schleswig-Flensburg (WiREG), die mir Akten, Statistiken und Bilder zur Verfügung stellte. Der Leiter, Herr Dr. Klaus Matthiesen, und seine Mitarbeiter Herr Manfred Bühring, Herr Ernst Reuter und Frau Angelika von Bergen haben mir in Einzelgesprächen die komplizierten Zusammenhänge der Förder- und Planungs politik erläutert.

Auch bei den Amtsvorstehern, den Leitenden Verwaltungsbeamten, den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie Archivleitern der Ämter Eggebek und Oeversee fand ich offene Türen und jederzeit die Bereitschaft für ein Gespräch.

Besonders danken möchte ich den Herren Beuck, Ploog und Rauhut und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mir bei technischen und sachlichen Problemen weitergeholfen haben. Herrn Elsner verdanke ich wertvolle Hinweise auf die Finanzausstattung der Ämter und Gemeinden. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Frau Eberle und Frau Nicolaisen, Herr Ketelhut und Herr Breidenbach, haben meine Fragen geduldig beantwortet.

Die Naturschutzvereine Obere und Mittlere Treene haben mir ihre Untersuchungen zugänglich gemacht und ihre Arbeit in Gesprächen erläutert. Als unverzichtbarer Helfer hat sich der Geschäftsführer der Vereine, Herr Torsten Ross erwiesen, der mich nicht nur mit Luftbildern und Materialien versorgte, sondern mir auch den schwierigen Stand des Naturschutzes im Spannungsfeld unterschiedlicher Interessengruppen vermittelte.

Bei den besuchten Betrieben und Verwaltungen fand ich stets Gesprächspartner, die mir wertvolle Informationen lieferten.

Bei der Gestaltung der Arbeit war Frau Dorothea Kratz eine unverzichtbare Hilfe. Ohne sie wäre ich an den Tücken der Computerprogramme gescheitert. Außerdem hat sie geholfen, die unvermeidbaren Fehler zu minimieren und wertvolle Formulierungsvorschläge gemacht.

Am meisten bedanke ich mich bei meiner Frau, die es nicht nur hingenommen hat, dass nach Politik und Beruf wichtige Aufgaben in Haus und Garten wieder auf die lange Bank geschoben wurden, sondern mich auch immer wieder ermunterte, weiter zu arbeiten, obwohl mir die Fülle des Materials manchmal über den Kopf zu wachsen drohte.

II Einführung

Im Mai 2003 wurde die Befürchtung zur Gewissheit: „Ende 2005 wird das Marinefliegergeschwader 2 in Tarp/Eggebek geschlossen.“ Damit waren alle Bemühungen der verantwortlichen Politiker der Region gescheitert, diese für die Ämter Oeversee und Eggebek folgenreiche Entscheidung noch zu verhindern.

Die beiden Ämter Oeversee und Eggebek wurden in ihrer Entwicklung seit 1956 stark von der Bundeswehr geprägt. Sie gehören zu den „strukturschwachen peripheren ländlichen Räumen“ (Aussage in bisherigen Landesraumordnungs- und Regionalplänen). Für die Standortgemeinden im ländlichen Raum war die Garnison eine feste Konstante für die kommunale Entwicklung. Das Militär und die Soldatenfamilien sicherten durch ihre Nachfrage die Umsätze in den Geschäften und beim Handwerk. Die Gemeinden konnten einen stetigen Einwohnerzuwachs verzeichnen, weil viele Berufssoldaten im Ort sesshaft wurden und nach ihrer Pensionierung den Wohnort nicht mehr wechselten. Jüngere Familien zogen nach und sorgten für eine stetige Nachfrage nach Baugrundstücken und für die Auslastung von Kindergärten und Schulen. Die Strukturschwäche wurde nicht beseitigt, aber durch das Militär verdeckt, teilweise geriet sie in Vergessenheit. Mit dem Abzug des Militärs setzte in den Standortgemeinden ein Strukturwandel mit ungeheurer Dynamik ein. Die meisten Gemeinden waren darauf nicht vorbereitet und reagierten teilweise hilflos auf die neue Situation, weil sie sich allein gelassen fühlten. Denn die bestehende Verwaltungsstruktur bietet nur unzureichende Problemlösungsmöglichkeiten über Gemeindegrenzen hinweg. Kooperationen sind nicht nur zwischen den Gebietskörperschaften erforderlich, sondern auch zwischen der öffentlichen Hand und privaten Akteuren. Die Möglichkeit, dass sich „Lokale Aktionsgruppen“ mit für die Entwicklung einer Region wichtigen Projekten befassen können, gibt es offiziell erst seit der Bildung der Aktiv-Regionen 2007/08 ¹.

Wie immer, wenn ein Strukturwandel eintritt – langsam durch veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen (z.B. bei Kohle und Stahl) oder schnell und plötzlich durch politische Entscheidungen (Grenzziehung, Truppenreduzierung), – werden von den Betroffenen Förderansprüche gestellt, die durch Raumwissenschaft und Raumplanung auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden müssen. Denn Förderprogramme können problematisch sein: Sie sind oft nicht zielgerichtet (Gießkannenprinzip, Mitnahmeeffekt), erfüllen politische Alibifunktion („wir haben was getan“), dienen der Beruhigung der Bevölkerung oder der Profilierung einzelner Politiker bzw. Gruppen. Diese systemimmanenten Schwächen sollen möglichst minimiert werden. Von der EU werden Evaluierungen (ex ante, ex post) zur Bedingung gemacht, bei Fehlverwendung von Fördergeldern droht die Rückzahlung.

Eine neuere Möglichkeit, Fördergelder zielgerichteter einzusetzen als in der Vergangenheit, ist der bottom-up-Ansatz, der durch Aktionsgruppen, die regionale Netzwerke bilden, verwirklicht werden soll (siehe oben). Bei der Erarbeitung der „Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen“ (LSE) wurde dieser Ansatz bereits erprobt ². Es sollen nur noch solche Projekte gefördert werden, die von den Menschen in der Region erarbeitet wurden, weil sie für eine zukunftsfruchtbare Entwicklung wichtig sind. Dadurch wird versucht, Ergebnisse der regionalen Governanceforschung umzusetzen. *„Für die Raumplanung selbst haben der Wandel bei den Steuerungsformen weg von hierarchischen Ansätzen hin zu kooperativen Verfahrensweisen und der damit einhergehende Paradigmenwechsel im Planungsverständnis Auswirkungen sowohl auf ihre Aufgabenfelder als auch auf die eingesetzten Verfahren und Instrumente. Nicht nur planungstheoretische Diskurse, sondern auch Veränderungen in der*

¹ Siehe 7.2.2. „Bildung der AktivRegionen“. Die Schreibweise wurde aus Marketing-Gründen gewählt.

² Siehe 4.4. „Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalysen“

Praxis der Regionalplanung deuten bereits seit einigen Jahren an, dass Themen regionaler Kooperation und Partizipation immer wichtiger geworden sind“ (BBR, 2003, S.1).

Die Politik des „Goldenen Zügels“ kann dadurch nicht völlig beseitigt werden, da die Förderprogramme nach wie vor auf einer Komplementärfinanzierung aufgebaut sind. Häufig fehlen den Gemeinden und Gebietskörperschaften diese Mittel, da sie hoch verschuldet sind und keine Kredite mehr aufnehmen dürfen, um nicht Probleme mit der Kommunalaufsicht zu bekommen. Andererseits werden Projekte oft nur wegen der Programme durchgeführt, deren Folgekosten Jahre später die Finanzkraft der Projektträger übersteigen.

Mit einer Fülle von Förderprogrammen, von denen die entscheidenden in der vorliegenden Arbeit behandelt werden, ist oft genug versucht worden, den Anspruch des Grundgesetzes nach gleichwertigen Lebensbedingungen zu erfüllen, um große Gebiete nicht von der allgemeinen Entwicklung abzuschneiden.

Die Entwicklung der ländlichen Räume ist aufgrund der demographischen Entwicklung und der Abwanderung großer Bevölkerungsgruppen – vor allem in den neuen Bundesländern – erneut zentrale Aufgabe von Politik und Regionalplanung. In vielen Bundesländern gibt es Akademien für Ländliche Räume, die sich intensiv mit der Zukunft dieser Gebiete beschäftigen und „Koalition(en) für den Ländlichen Raum“ (Titel einer Veranstaltungsreihe der Akademie für Ländliche Räume in Schleswig Holstein) schmieden wollen. Mit neueren theoretischen Ansätzen sollen breitere Schichten der Bevölkerung in den Planungs- und Entscheidungsprozess eingebunden werden.

Programme alleine werden die Probleme nicht lösen. Entscheidend wird sein, wie sich die Verantwortlichen vor Ort den Herausforderungen stellen. Daher sind die Reaktionen der politischen Ebenen (Entscheider für Förderprogramme), das Handeln der Verantwortlichen vor Ort und die Ansprüche und Vorstellungen der Investoren zu untersuchen.

Für den Autor dieser Arbeit, der während seiner politischen Tätigkeit die Truppenreduzierung in Flensburg 1991 hautnah miterlebt hat, kommt es wesentlich darauf an zu prüfen, ob die militärische Konversion³ als Chance wahrgenommen wurde, eine eigenständige, strukturverändernde und nachhaltige Entwicklung einzuleiten.

Daraus ergeben sich folgende Einzelfragen:

- Wie bedeutend war das Militär in den beiden Ämtern?
- Hat das Militär Entwicklungen gebremst?
- Welche Auswirkungen haben Förderprogramme?
- War und ist die Regionalplanung hinreichend wirksam?
- Ist die Verwaltungsstruktur geeignet, den Aufgaben gerecht zu werden?
- Was ist das endogene Potential des Untersuchungsgebietes? Unterscheidet es sich signifikant von anderen Räumen (Alleinstellungsmerkmale)?
- Welche Entscheidungen müssen getroffen werden, damit die Ämter in Zukunft die Förderbedingungen der EU erfüllen können?
- Kann dieser ländliche Raum neben den traditionellen Aufgaben (Lebensmittelproduktion, Erhalt der Kulturlandschaft, Naherholung und Tourismus, Wohnraumreserve) neue Funktionen übernehmen?

³ In dieser Arbeit wird der Begriff „Konversion“ in der Bedeutung „Umwandlung militärischer Liegenschaften für die zivile Nutzung“ angewandt.

Die Antwort auf diese Fragen soll ermöglichen, realistische Perspektiven für die Ämter aufzuzeigen.

Schwerpunkt soll dabei sein zu zeigen, wie Landes-, Bundes- und EU-Programme von den politisch Verantwortlichen im Land, im Kreis und in den Gemeinden umgesetzt werden.

Der relativ kleine Untersuchungsraum zeigt nach Auffassung des Autors wie unter einem Vergrößerungsglas viele Probleme, mit denen sich der ländliche Raum befassen muss. Aussagen und Vorstellungen, die zu den beiden Ämtern gemacht werden, müssen sehr genau daraufhin überprüft werden, ob und inwieweit sie sich verallgemeinern lassen.

III Methodisches Vorgehen/Konzeption

Die Arbeit hat ihren räumlichen Rahmen in den politischen Grenzen der Ämter Oeversee und Eggebek. Bei bestimmten regionalen Fragestellungen wird dieser Rahmen überschritten. Der Betrachtungszeitraum der Untersuchungen erstreckte sich ursprünglich von 1990, dem Inkrafttreten des ersten Regionalprogramms, bis März 2007, der Vorstellung des Konversionsprojektes „Kaserne Tarp“. Der Zeitrahmen musste bis Anfang 2009 ausgedehnt werden, weil sich durch die Kommunalwahl im Mai 2008 die Mehrheitsverhältnisse in Eggebek derartig verändert hatten, dass der Erfolg des wichtigsten Konversionsprojekts in Frage stand. Auch das Konversionsprojekt „Kaserne Tarp“ ist ins Stocken geraten. Wie es dort weitergehen soll, ist noch unklar.

Nachdem die Amtsausschüsse das „Nachnutzungs- und Entwicklungskonzept für die Ämter Eggebek und Oeversee“ für die ehemaligen Bundeswehrliegenschaften verabschiedet hatten, war der Autor davon ausgegangen, dass er den Planungs- und Konversionsprozess beobachten und bewerten könnte. Die Verwirklichung des Konversionsvorhabens, das auch von der Landespolitik unterstützt wurde, geriet jedoch in Schwierigkeiten und kam zunächst im November 2008 zum Abbruch.

Dieser Prozess des Scheiterns wurde vom Autor intensiv beobachtet. Sein Ausmaß ist für die Planungswissenschaften ein Glücksfall, weil er wie in einem „Monitoring-Prozess“ begleitet und beobachtet werden konnte. Er zeigt, dass Projekte, die für die Entwicklung eines Gebietes entscheidende Bedeutung haben, an Befindlichkeiten scheitern können, die im Planungsprozess zu wenig beachtet wurden. Bei der Arbeit zeigte sich sehr schnell, dass der Konversionsprozess nicht isoliert behandelt werden konnte. Er ist eingebettet in die Raum- und Planungsstrukturen, die Förderkulisse und die politischen Entscheidungen der unterschiedlichen Ebenen.

Der Autor wertet, interpretiert und kommentiert Ereignisse, die sich einem späteren Quellenstudium verschließen, weil sie nur durch den unmittelbaren Kontakt mit handelnden Personen verständlich gemacht werden können. Da der Autor viele Jahre an verantwortlicher Position kommunalpolitisch tätig war, ist es ihm manchmal schwer gefallen, den nötigen Abstand zu den politischen Entscheidungen zu wahren. Dafür hat die Arbeit an Authentizität gewonnen, die bei einem reinen Aktenstudium nicht erreichbar wäre.

Veränderungen, die sich aufgrund politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen für die Ämter ergeben, wurden in die Arbeit mit aufgenommen. Wie notwendig das war, zeigt sich an der globalen Entwicklung der Bioenergie. Die Preissteigerungen der fossilen Energieträger und die Angst vor dem Klimawandel haben dazu geführt, dass regenerative Energien und nachwachsende Rohstoffe in wenigen Monaten eine ungeheure Bedeutung gewannen, die sich auch im Kreis Schleswig-Flensburg bemerkbar macht. Eine Folge davon ist der Konflikt zwischen Naturschützern und Rinderzüchtern auf der einen und Betreibern von Biogasanlagen auf der anderen Seite, der an Schärfe zugenommen hat. Das Landschaftsbild hat sich erheblich verändert. Dieses Kapitel nimmt deshalb einen breiten Raum ein, weil die Nutzung der Bioenergie ein weiteres Beispiel dafür ist, dass wissenschaftlich – theoretische Erkenntnisse von der Politik nicht aufgenommen werden und nach Auffassung des Autors zu verhängnisvollen Fehlentscheidungen geführt haben.

Die Arbeit hat folgende Schwerpunkte:

Die **Raumstrukturen** bilden den Rahmen, in dem sich die Konversions- und Planungsprozesse abspielen. Die Geo- und Humanfaktoren sind das endogene Potenzial, das bei allen Förderprogrammen beachtet werden muss. Hier werden auch die zwölf Gemeinden des Untersuchungsgebietes mit ihrer Infrastruktur und ihren Besonderheiten vorgestellt.

Im Kapitel **Militär in Tarp und Eggebek: Von der Ansiedlung 1956 bis zur Konversion 2005** wird die Bedeutung der Bundeswehr für Schleswig-Holstein, den Landesteil und die Ämter beschrieben, ebenso der vergebliche Kampf der Bevölkerung gegen den Schließungsbeschluss. Das Nachnutzungskonzept für die militärischen Liegenschaften wird vorgestellt und analysiert.

Im 3. Kapitel werden die **Schwierigkeiten und Probleme bei der Realisierung der Konversionsprojekte** geschildert und kommentiert. Für den Autor ist dieses Kapitel besonders wichtig, weil gezeigt werden kann, dass nicht die Qualität eines Projektes für dessen Verwirklichung entscheidend ist, sondern die Fähigkeit, Widerstände zu erkennen, umfangreiche Informationen zu liefern und Ängste ernst zu nehmen. Das Konversionsprojekt Eggebek hat der Autor im Detail verfolgt. Er zeigt in seinem Kommentar, wie es zu einer Entwicklung gekommen ist, die ein mit vielen Erwartungen gestartetes Vorhaben scheitern ließ.

Um von **Förderprogrammen** zu profitieren müssen die Empfänger **Analysen, Gutachten und Konzepte** vorlegen, um ihre Ansprüche zu begründen. Die Wirksamkeit von Förderprogrammen und die dadurch ausgelösten Struktur- und Landschaftsveränderungen werden an Fallbeispielen aus der Vergangenheit und der Gegenwart exemplarisch untersucht (Programm Nord, Zonenrandförderung, Gemeinschaftsaufgaben, Regionalprogramme, Zukunftsprogramme). In diesem Kapitel werden auch die von der Landesregierung initiierten „Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen“ (LSE) behandelt, weil sie Grundlage für die Vergabe von Fördergeldern waren. An einem konkreten Beispiel – Dienstleistungszentrum Eggebek – wird gezeigt, wie es gelingen konnte, ein Vorhaben zu verwirklichen, obwohl es die vorgeschriebenen Anforderungen nicht erfüllte.

Seit dem sog. Erdgipfel von Rio de Janeiro 1992 sollen alle Entwicklungsziele die Bedingungen der **Nachhaltigkeit** erfüllen. Der Autor untersucht, ob dies im Untersuchungsgebiet der Fall ist.

Die folgenden Kapitel – **Die Gemeinden im Rechts- und Planungssystem, Verwaltungsstrukturenreform, Ländlicher Raum** – befassen sich mit einem Grundproblem der Raumwissenschaften, nämlich mit den Widersprüchen zwischen Planvorstellungen und ihrer Umsetzung. Die vorhandene Verwaltungsstruktur und die damit verbundene Planungshoheit der Gemeinden werden daraufhin überprüft, ob sie geeignet sind, Probleme zu lösen, die über das angebliche „Wohl der Gemeinde“ hinausgehen. Die Ämter sind Teil des „Ländlichen Raums“. Die ländlichen Räume stehen vor allem aufgrund der demographischen Entwicklung vor zusätzlichen Herausforderungen. Versorgungsprobleme gibt es nicht nur mit den Gütern des täglichen Bedarfs, sondern auch in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Kultur. Der Autor will nicht sämtliche Probleme des ländlichen Raums behandeln, sondern an Beispielen die konkrete Situation im Untersuchungsgebiet bearbeiten. Dazu gehören Grundsatzserklärungen zur Zukunft der ländlichen Räume, die Bildung von AktivRegionen, der Entwurf des Landesentwicklungsplans 2009 und Perspektiven für eine zukünftige Entwicklung.

Neben den angeführten Schwerpunkten werden Themen behandelt, die für das Verständnis des Untersuchungsraums aus Sicht des Autors unbedingt erforderlich sind. Nur im Zusammenspiel vieler Faktoren haben sich Strukturen entwickelt, die das Leben der heute hier Wohnenden und Arbeitenden prägen und beeinflussen. Da die Themen eng miteinander verzahnt sind, sich auch teilweise überlagern, sind Querverweise unumgänglich, Wiederholungen ließen sich nicht ganz vermeiden.

Der Autor schöpft seine Kenntnisse auch aus einem breiten Studium der Literatur (Literaturverzeichnis) und wertete die Presseorgane des Bezugszeitraumes intensiv aus. Es sind dies das „Flensburger Tageblatt“ (FT) und die Mitteilungsblätter des Amtes Oeversee – „Treenespiegel“ (t.s.) und des Amtes Eggebek – „WiR“. Während des Entstehens der Arbeit hat der Autor Gemeinderatssitzungen und Amtsausschusssitzungen besucht. Für die Gemein-

devertreter hat er einen Fragebogen entworfen, der sich mangels Rücklauf nicht statistisch signifikant auswerten ließ.

Während seiner politisch aktiven Zeit war der Autor Mitglied im Beirat für die Vergabe von Mitteln aus dem Regionalprogramm und im Aufsichtsrat der WiREG, der gemeinsamen Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt Flensburg und des Kreises Schleswig-Flensburg. Er hat wichtige Betriebe besucht und mit den Leitenden Verwaltungsbeamten, den Bürgermeistern und anderen Gemeindevertretern Gespräche geführt. Diese zahlreichen Gespräche und Analysen vor Ort sind das pragmatische Gerüst der Arbeit. Sie sind methodisch unverzichtbar und haben Aufschlüsse ergeben, die bislang nicht bekannt waren. Sie machen den besonderen methodischen Wert der Arbeit aus. Erst daraus ergeben sich begründete Thesen, mit denen sich Politik, Raumordnung und Raumwissenschaft auseinandersetzen sollten.

Der Autor dieser Studie wollte feststellen, warum zwischen dem Stand der Wissenschaft und den Entscheidungen vor Ort eine teilweise unüberbrückbare Lücke klafft. Zwar bemühen sich die Fachleute in den Ministerien, die wissenschaftlichen Erkenntnisse in die Planungsvorgaben zu übernehmen, z.B. „Regional Governance“ bei der Bildung der AktivRegionen, aber die Praxis zeigt, dass diese Erkenntnisse von den politisch Handelnden nur teilweise aufgenommen werden. In dieser Arbeit wird diese Behauptung durch aktuelle Beispiele untermauert.

Der Autor möchte, dass die Arbeit von den politischen Akteuren, Verwaltungen und Bürgern wahrgenommen wird. Er hat deshalb nicht immer die strenge wissenschaftliche Trennung zwischen Analyse, Konzeption und eigener Meinung eingehalten. Durch dieses Verfahren sollten einzelne Problemfelder nicht unnötig zerrissen werden. Außerdem soll dadurch die Lesbarkeit und das Verständnis der Zusammenhänge beim Adressatenkreis gewährleistet werden.

Im Prozessverlauf der Konversion wäre von den Beteiligten ein hohes Maß an Realitätssinn, Flexibilität, Offenheit und Frustrationstoleranz erforderlich gewesen, damit die Probleme, Widerstände und Reibungsverluste, die bei der Umsetzung von Planungsvorstellungen zur Planungswirklichkeit auftauchen, hätten bewältigt werden können. Der Autor dieser Studie hat den Eindruck gewonnen, dass Umsetzungsschwierigkeiten der Planung sichtbar wurden, von denen sich die Verantwortlichen auf Bundes- und Landesebene keine Vorstellungen machen können bzw. wollen.

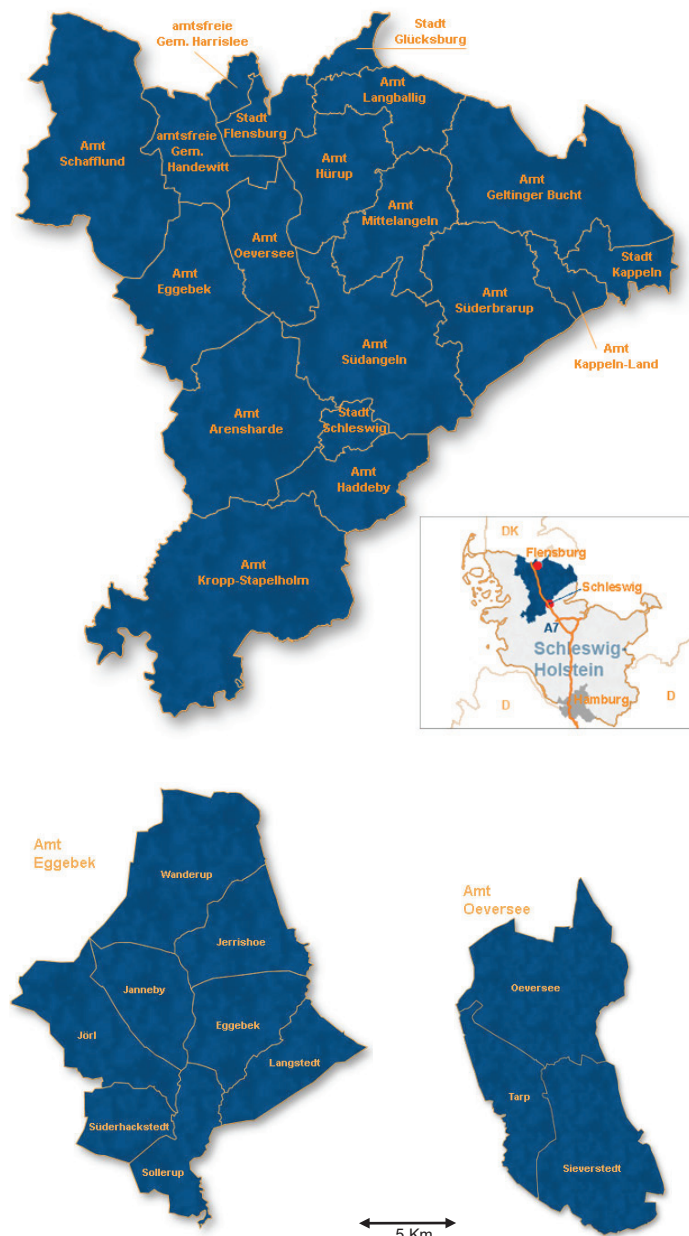
1. Die Ämter Oeversee und Eggebek – eine Einführung

Die Raumstrukturen des Untersuchungsgebietes müssen alle Förderprogramme berücksichtigen, wenn sie wirksam und nachhaltig sein sollen. Ein „Überstülpen“ von Maßnahmen, die irgendwo am „Grünen Tisch“ entwickelt wurden, führt häufig zum Scheitern eines Projektes.

1.1. Lage im Raum und Verwaltungsstruktur

Die Ämter Eggebek und Oeversee liegen im Nordosten von Schleswig-Holstein im Landesteil Schleswig. Der Landesteil besteht politisch aus den drei Gebietskörperschaften Kreis Nordfriesland, Kreis Schleswig-Flensburg und der kreisfreien Stadt Flensburg (Planungsraum V. Für den Kreis Schleswig-Flensburg und die Stadt Flensburg wird in Folgendem der Begriff „Region“, verwendet. Das Amt Oeversee hat seinen Sitz im Unterzentrum Tarp und bestand bis zum 1. März 2008 aus den Gemeinden Oeversee, Tarp, Sieverstedt und Sankelmark, das Amt Eggebek aus den Gemeinden Eggebek, Janneby, Jerrishoe, Jörl, Langstedt, Sollerup, Süderhackstedt und Wanderup.

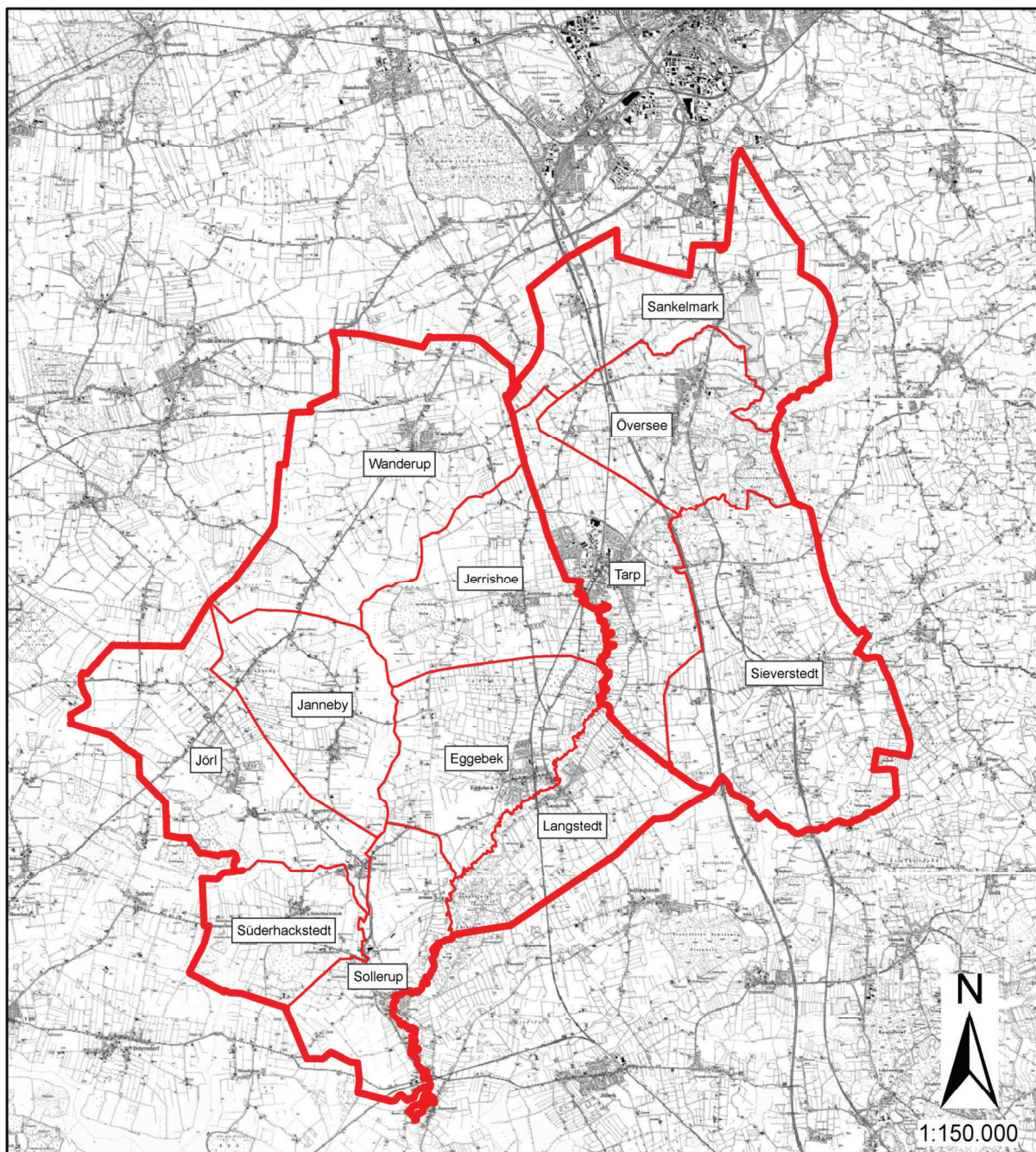
Abb. 1: Politische Grenzen des Untersuchungsgebietes nach der Fusion Oeversee/Sankelmark 1. März 2008



Zu Beginn des Untersuchungszeitraumes 1990 hatten das Amt Eggebek 6.900 und das Amt Oeversee 9.350 Einwohner. Bis 2006 stieg die Einwohnerzahl auf 8.980 bzw. 10.800. Die kleinste Gemeinde ist Süderhackstedt mit 351, die größte Tarp mit 5.700 Einwohnern (2006). Die jüngsten Zahlen (März 2008) lassen eine Trendumkehr erkennen. Das Amt Eggebek verlor 703 und das Amt Oeversee 407 Einwohner. Tarp, das Ende 2002 noch 5.920 Einwohner hatte, zählt jetzt nur noch 5.463, verlor also 467 Einwohner (ca. 7 Prozent).

Die Entfernungen zum Oberzentrum Flensburg betragen ungefähr 15 km, zum Mittelzentrum Schleswig (Kreisstadt) ungefähr 25 km, nach Dänemark 15 km und zur Metropolregion Hamburg 150 km.

Abb. 2: Ämter- und Gemeindegarte



Quelle: eigene Bearbeitung nach: Landesvermessungsamt Schleswig-Holstein/Hamburg. Amtliche topographische Karten. Kiel 2001. Weitere Kartenblätter 1:50.000 im Anhang.

Hauptverkehrsachse ist die A7, die das Untersuchungsgebiet durchschneidet und über den Anschluss Tarp an das internationale Verkehrsnetz anschließt. Die Amtsgemeinden sind durch großzügig ausgebaute Bundes-, Landes- und Kreisstraßen hervorragend erschlossen.

Die Bahnlinie Fredericia/DK – Hamburg verläuft parallel zur Autobahn durch die Amtsgebiete. Personenzüge halten im Zwei-Stunden-Takt in Tarp. Nach der Elektrifizierung der Strecke wurde der Bahnhof in Eggebek geschlossen. Güterumschlag findet in Tarp nicht mehr statt.

Die Versorgung der Bevölkerung soll durch das Unterzentrum Tarp sichergestellt werden, dessen Nahbereich beide Ämter abdeckt. Lediglich die nördlichste Gemeinde Sankelmark gehört nach der Systematik der Zentralen Orte zum Nahbereich Flensburg.

Die heutige Verwaltungsstruktur ist erst seit April 1974 gültig. Damals wurde im gesamten Land Schleswig-Holstein das „Zweite Gesetz einer Neuordnung von Gemeinde- und Kreisgrenzen sowie Gerichtsbezirken“ vom 23.12.1969 umgesetzt. Im Landesteil Schleswig wurde an der Westküste aus den drei Kreisen Südtondern, Husum und Eiderstedt der Kreis Nordfriesland und an der Ostküste aus den Kreisen Flensburg-Land und Schleswig der Kreis Schleswig-Flensburg gebildet. Das Oberzentrum Flensburg behielt seine Kreisfreiheit. Vorgegangen waren heftige Auseinandersetzungen zwischen der CDU-geführten Landesregierung, der SPD-Opposition und den Kommunalpolitikern in Stadt und Kreis. WEIGAND (1991, S.309) stellte fest: *„Ob die räumliche Gesamtentwicklung der Region Flensburg und des alten Landkreises damit wirklich gefördert wurde, mag dahingestellt bleiben.“*

31 Jahre später (2005) schreiben CDU und SPD in den Koalitionsvertrag: *„Die Zahl der kommunalen Verwaltungseinheiten im kreisangehörigen Bereich ist im Interesse einer weiteren Professionalisierung und Kostenreduzierung deutlich zu verkleinern; z.B. durch Schaffung gemeinsamer Verwaltungen oder Bildung größerer Ämter.“*

Bereits 1968 wurden die Ämter Jörl, Wanderup und Eggebek zum neuen Amt Eggebek vereinigt. 1970 kam aus dem aufgelösten Amt Bollingstedt die Gemeinde Langstedt hinzu (Chronik II 1998). 1970 wurden auch die beiden Ämter Sieverstedt und Oeversee zum Amt Oeversee mit Sitz in Tarp vereinigt. Gleichzeitig erfolgte die Zusammenlegung einiger Gemeinden: Frörup und Oeversee zur Gemeinde Oeversee, Barderup, Juhlschau und Munkwolstrup zur Gemeinde Sankelmark, Tarp und Keelbek zur Gemeinde Tarp, Sieverstedt, Stenderup und Süderschmedeby zur Gemeinde Sieverstedt. Die Gemeinde Jarplund wurde dem Amt Handewitt zugeschlagen (NISSEN, 1981).

1.2. Die beiden Ämter im Überblick

In diesem Kapitel werden steckbriefartig die 12 Gemeinden des Untersuchungsgebietes vorgestellt. Dabei werden anhand der Lage und der Infrastruktur Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt.⁴

Amt Oeversee: Das Amtsgebiet liegt unmittelbar südlich von Flensburg und hat am Rühstein, einem alten Harden-Grenzstein, einen Berührungspunkt mit der Stadt. Die vier Gemeinden sind durch die historischen und modernen Verkehrswege (Ochsenweg – E 3 – A 7) mit der Stadt verbunden.

Oeversee/Sankelmark: Die Gemeinden werden getrennt vorgestellt, weil sie bis zum 1. März 2008 selbständig waren. Die Aussagen für die Entwicklung beziehen sich nur auf die neue Gemeinde Oeversee mit ihren Ortsteilen.

Sankelmark ist die nördlichste Gemeinde des Amtes Oeversee. Sie liegt ca. 8 km südlich von Flensburg an der L 317. Diese verläuft ungefähr auf der Trasse des ehemaligen Ochsenweges.

⁴ Als Quellen wurden benutzt: Info-Broschüren der Ämter, Faltblätter der WiREG, Bände der „Topographie“ (siehe Literaturverzeichnis) und eigene Recherchen.

Die Ortsteile Munkwolstrup, Barderup, Augaard und Bilschau bilden seit 1974 die Gemeinde Sankelmark. Die Ortsteile sind baulich nicht miteinander verbunden, teilweise durch die Autobahn getrennt. Barderup und Munkwolstrup sind aufgrund der Nähe zu Flensburg und wegen ausgewiesener Neubaugebiete beliebte Wohnorte („Schlafdörfer“). Die Gemeinde liegt im Übergangsgebiet östliches Hügelland – Geest. Die Gemeinde weist kein Gewerbegebiet auf, der Kiesbetrieb ist eingestellt. In der Gemeinde sind 30 kleine Dienstleistungs- und Gewerbebetriebe mit ca. 100 Beschäftigten angesiedelt. 15 landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe bearbeiten 1.538 ha Landfläche (Gemeindegröße 2.086 ha).

Die Besonderheit der Gemeinde ist die namensgleiche Akademie über dem Sankelmarker See. Dort findet seit 1952 Erwachsenenbildung, Juristenfortbildung und Grenzlandforschung statt.

Im touristischen Bereich bilden die Megalithgräber aus der jüngeren Steinzeit mit der größten rekonstruierten Großsteingrabstätte Nordeuropas den wichtigsten Anziehungspunkt. Bei der Rekonstruktion wurden ca. 5.500 Jahre alte Ackerspuren entdeckt, die wertvolle Erkenntnisse für die Besiedelung des Raumes geliefert haben. In einem eigens errichteten Informationspavillon werden die Besucher mit den Lebensverhältnissen der damaligen Zeit vertraut gemacht.

Ziel des jährlich am 6. Februar stattfindenden „Oeversee-Marsches“ sind die Denkmäler für preußische, dänische und österreichische Soldaten des Krieges von 1864. Ein beliebtes Naherholungsziel ist der Wanderweg rund um den Sankelmarker See. Dort befindet sich auch das einzige Ausflugslokal in den Ämtern. Das weiter nördlich gelegene Hotel mit Gaststätte ist seit Jahren geschlossen. Die Umwandlung in ein „Hotel Garni“ war nicht erfolgreich.

Oeversee liegt unmittelbar südlich von Sankelmark. 1974 haben die Gemeinden Frörup und Oeversee aus freien Stücken fusioniert. Die Ortsteile bilden baulich eine Einheit. Die Splittersiedlung „Frörupsand“ ist durch die L 317 von der Gemeinde getrennt. Trotz gegenteiliger Aussagen im Regionalplan wurde diese Splittersiedlung durch Neubauten verfestigt. Auch in Oeversee haben sich in den Einfamilienhausgebieten viele Flensburger Familien niedergelassen. Oeversee ist alter Kirchspielort mit der 800-jährigen Wehrkirche St. Georg.

Die Gemeinde hat zwei Kindergärten, einen Naturkindergarten, eine Grundschule, eine dänische Schule, zwei Sporthallen sowie Sport- und Reitplätze. Träger der Schule und eines Kindergartens mit ganztägigem Hort sind die Gemeinden Sankelmark und Oeversee. Für Jugendliche und Senioren gibt es entsprechende Einrichtungen. Die Versorgungslage ist eingeschränkt. Es gibt eine Poststelle beim Bäcker und eine Bankfiliale. Dem Drogeriemarkt droht die Schließung. Die Gemeinde verfügt über ein voll erschlossenes Gewerbegebiet östlich der L 317. Das ehemalige I-Gebiet des Kalksandsteinwerkes liegt weitgehend brach (siehe Foto 27). Oeversee besitzt einen großen Kiesbetrieb, der in der Gemarkung eigene Kiesgruben ausbeutet.

Oeversee hat zusammen mit Sankelmark die bedeutendsten touristischen Anziehungspunkte im Untersuchungsgebiet. Neben der Wehrkirche sind es der seit 1519 bestehende „Historische Krug“, die Wassermühle in Frörup und die Naturschutzgebiete „Fröruper Berge“ und „Düne am Treßsee“. Das gesamte Gebiet will der Naturschutzverein „Obere Treenelandschaft“ zusammen mit der Schrobach-Stiftung in einem „Naturschutzgroßprojekt von gesamtstaatlicher, repräsentativer Bedeutung“ weiterentwickeln.

Die Gemeinde hat eine Größe von 1.553 ha, 722 ha Landfläche werden von 9 landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben bearbeitet.

Sieverstedt ist die südlichste Gemeinde im Amt Oeversee. Der größte Teil der Gemeinde liegt im östlichen Hügelland, so dass sie als einzige Gemeinde im Untersuchungsgebiet der Landschaft Angeln zugerechnet wird. Die Gemeinde besteht seit 1971 aus den Ortsteilen Süderschmedeby, Stenderup und Sieverstedt. Mit der Nachbargemeinde Havetoft besteht eine

gute Zusammenarbeit. Die gemeinsam betriebene Schule ist in Sieverstedt, der Kindergarten in Havetoft. Es gibt bereits seit Jahren Überlegungen, eine Fusion einzuleiten.

Am Beispiel von Sieverstedt zeigt sich der Wandel in den Dörfern besonders deutlich. Im Faltblatt der WiREG vom September 2006 konnte die Gemeinde folgende Versorgungseinrichtungen nennen: eine Gaststätte, Fachgeschäfte, Lebensmittelmärkte, Post- und Bankfilialen. Inzwischen sind die Gaststätte und die anderen Geschäfte geschlossen. 2008 gibt es nur noch eine Bäckereifiliale, auch der Geldautomat wurde abgebaut.

Sieverstedt ist wegen der aus dem 12. Jahrhundert stammenden St. Petrikirche alter Kirchspielort. Die Gemeinde liegt am Kreuzungspunkt zweier Altwege, dem Ochsenweg und dem Angelboweg, der eine Verbindung zum Stapelhomer Weg bildet. In der Gemarkung finden sich viele frühgeschichtliche Grabanlagen, darunter der sagenumwobene Poppstein bei Helligbek, an dem Bischoff Poppo um 960 den dänischen König Harald Blauzahn getauft haben soll.

In der Nähe der Bollingstedter Au befindet sich ein Naturfreibad in idyllischer Lage. Die Au durchfließt das gesamte Gemeindegebiet, ist allerdings begradigt und denaturiert. Im Ortsteil Süderschmedeby (Süderschmiededorf) befindet sich auf dem Auberg oberhalb der Treene einer der größten Verhüttungsplätze des Landes für Raseneisenerz.

Der Kiesabbau ist inzwischen beendet, der Kies wurde über eine eigens gebaute Feldbahn zum Bahnhof Tarp transportiert.

Ebenfalls in Süderschmedeby findet Pfingsten alljährlich einer der größten Kunsthandwerkermärkte Schleswig-Holsteins statt.

Die Nordhöhe ist mit 62,9 m die höchst Erhebung in den Ämtern. Seit einigen Jahren wird sie von zwei Windmühlen „geschmückt“. Sie erbringen nach Auskunft des Bürgermeisters 16.000 Euro Gewerbesteuer im Jahr. In Sieverstedt gibt es eine Biogasanlage, zwei weitere sind in Planung. Auf den besten Böden wird jetzt Mais angebaut, was die Gemeinde wegen der Zerstörung des Landschaftsbildes stört. Die Anlagen sind nicht in ein Nahwärmesystem eingebunden. Stattdessen nutzt die Gemeinde für ihre neue Sporthalle Erdwärme.

Tarp ist nicht nur das Zentrum des Amtes Oeversee, sondern auch der „Zentrale Ort“ (Unterzentrum) für das benachbarte Amt Eggebek. Tarp ist von den Gemeinden in den Ämtern am stärksten von der Konversion betroffen, weil der größte Teil der Soldaten in Tarp wohnte, entweder in der Kaserne oder in eigenen Häusern bzw. in Mietwohnungen im Ort. Aufgrund der Ansiedlung eines Versandbetriebes für Heimtierbedarf (TRIXIE) haben sich die Steuerausfälle durch den Abzug der Bundeswehr noch nicht bemerkbar gemacht. Tarp hat den Entwurf für den Landesentwicklungsplan ausdrücklich gelobt, weil er die zentralen Orte aufwertet. Der Gemeinde ist es auch gelungen, in Absprache mit den Umlandgemeinden und dem Oberzentrum ein größeres Kontingent von neu zu errichtenden Wohneinheiten zu erhalten, als der Gemeinde nach den Vorstellungen der Landesplanung zusteht. Da Tarp hervorragend an das Verkehrsnetz angebunden ist (Bahnhof, Autobahn) und über eine gute Versorgungs-Infrastruktur verfügt, ist davon auszugehen, dass es Tarp leichter fallen wird, auf Kosten des Umlandes Neubürger anzuziehen als umgekehrt.

Entscheidend für die Entwicklung des Ortes wird die Überplanung und Vermarktung des Kasernengeländes sein. Nur wenn es gelingt, dort auch Gewerbebetriebe mit entsprechenden Arbeitsplätzen anzusiedeln, hat die Gemeinde die Möglichkeit, ihren Status zu halten. Aufgrund der demographischen Entwicklung wird es für Tarp schwer werden, zusätzliche Einwohner zu gewinnen, vor allem auch deshalb, weil Flensburg seine Wohnbaupolitik geändert hat. In der Vergangenheit hat Tarp davon profitiert, dass junge Familien in Flensburg keine adäquaten Baugrundstücke fanden. Durch die Konversion sind für die Stadt Baulandreserven entstanden, die einen erheblichen Bedarf decken können.

Trotz des Einwohnerrückgangs und einer deutlich zurückgehenden Schülerzahl fordert Tarp seit Jahren einen gymnasialen Zweig an seiner Schule. Im benachbarten Flensburg haben die Gymnasien wegen mittelfristig sinkender Schülerzahlen keine Bestandsgarantie. Dennoch will Tarp diese Einrichtung durch eine „Beauftragte“ forcieren (t.s. 3/09).

Eggebek ist die größte Gemeinde des gleichnamigen Amtes. Der alte Kirchspielort musste erleben, dass mit dem Bau der Kaserne in Tarp ein Bedeutungsverlust verbunden war. Die wichtigsten zentralörtlichen Einrichtungen (Einkaufszentren, Fachärzte, Realschule) befinden sich in Tarp. Alle Versuche, ebenfalls zentraler Ort zu werden, scheiterten wegen der räumlichen Nähe zu Tarp. Eggebek hat nur noch „ergänzende Versorgungsfunktion“. Das mit viel Vorschusslorbeeren errichtete „Dienstleistungszentrum mit Gründer- und Gewerbehof“ ist seinen Ansprüchen nie gerecht geworden. Zum 1.2.2009 zog auch die Firma „Hofkontor“ wegen der dauernden Querelen um die Flugplatz-Nachnutzung aus. Nachfolgemietler ist ein Baubetrieb. Auch ein ehemaliges Bundeswehrgebäude, das mit erheblichen Fördergeldern zu einem Call-Center umgebaut wurde, steht leer. Die Abstands- und Sicherheitszonen des Flugplatzbetriebs haben die Entwicklung Eggebeks stark eingeschränkt.

Sechs Jahre nach dem Stilllegungsbeschluss wurde endlich eine Lösung für die Nachnutzung des Flugplatzgeländes gefunden. Nun ergeben sich für die Gemeinde völlig neue und nachhaltige Entwicklungsmöglichkeiten. Eggebek könnte mit Unterstützung der Fachhochschule Flensburg *das* Zentrum für angewandte Forschung regenerativer Energien – Wind und Sonne – in Schleswig-Holstein werden. Gemeinsam mit dem Kreis Nordfriesland (Messe Husum, Hafen für Off-shore-Anlagen) könnte die Region ein bundesweites Alleinstellungsmerkmal entwickeln.

Eggebek hat ein reiches Vereinsleben, u.a. „Sydslesvig-Foreningen“, Einrichtungen für die Jugend und die älteren Bürger, Sport- und Reitplätze sowie einen Kindergarten. Die Grund- und Hauptschule ist 2008 – auch durch Unterstützung von Tarp – in eine „Regionalschule“ umgewandelt worden. Die Schule ist als „offene Ganztagschule“ konzipiert und bietet Frühbetreuung, Hausaufgabenbetreuung, Mensa und Freizeitmöglichkeiten an.

Weil das Militär 28 Prozent der Gemeindefläche in Anspruch genommen hat, verblieben lediglich 770 ha LF, die von 11 landwirtschaftlichen Betrieben bearbeitet wird.



Foto 1: Eggebek mit Kirche und Dienstleistungszentrum ist durch die Treenebrücke mit Langstedt verbunden. An der Brücke liegt die zentrale Einsatzstelle für den Kanutourismus. Beiderseits der Brücke wurde der Talraum für die Bebauung aufgeschüttet.

Langstedt ist nur durch die Treeneniederung von Eggebek getrennt. Als öffentliche Einrichtungen kann die Gemeinde in der umgebauten ehemaligen Schule ein Bürgerhaus und einen Kindergarten anbieten. Langstedt gehört zu den Gemeinden, die weit über den Eigenbedarf hinaus Einfamilienhausgebiete ausgewiesen haben (siehe Foto1, oberer Bildrand und Treenehang Foto 2)

Mit Hilfe des Dorferneuerungsprogramms wurde das Dorfzentrum verschönert (Umgestaltung Ehrenmal, Ausarbeitung eines Ortsmittelpunktes vor dem Bürgerhaus, Anpflanzungen). „Aufgrund seines ansprechenden Ortsbildes und des guten Infrastrukturangebotes an die Bürgerinnen ist Langstedt mehrfach als „Schönes Dorf“ ausgezeichnet worden“ (WiREG, 2007). In diesem Faltblatt der Wirtschaftsförderungsgesellschaft wird ausdrücklich das Neubaugebiet am Treenehang erwähnt. Aus Sicht des Autors zeigen sich in Langstedt die Versäumnisse der Förderpolitik besonders klar. Obwohl fast alle Gemeinden Fördergelder aus dem Dorferneuerungsprogramm in Anspruch genommen haben, wurden sie nicht gezwungen, eine Dorfgestaltungssatzung zu erlassen. So wird mit Steuergeldern eine Strohdachkate erhalten, während gleichzeitig wenige Meter weiter am Treenehang landschaftsprägend Protzarchitektur aus dem Kaufhauskatalog entstehen darf. Dies zeigt, dass die Dörfer nicht wissen, was sie sein wollen: Bewahrer des kulturellen Erbes oder Anbieter für neureiche Lebenstraum-Verwirklicher. Die Gemeinde Langstedt zeigt nicht nur am im Bild gezeigten Beispiel sondern in allen Neubaugebieten, dass hier jeder nach seinem Geschmack und Geldbeutel bauen darf. Trotzdem wurde die Gemeinde mehrmals als „Schönes Dorf“ ausgezeichnet.



Foto 2: Für Kanu-Touristen der erste Eindruck „landestypischer Architektur“: weißes Mauerwerk, blaue glasierte Ziegel, Protz aus dem Kaufhauskatalog, landschaftsprägend am Treenehang in Langstedt.

Diese Bauvorhaben verstoßen gegen „Landschaftsplanerische Grundsätze bei der Ausweisung von Wohngebieten“, die die Gemeinde in ihrem Landschaftsplan beschlossen hat. Dort will man u.a. erreichen: „Festsetzung von Bepflanzungen nach § 9 (1) Nr. 25 a BauGB (Flächen für das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen im privaten und öffentlichen Bereich), Einbindung der Siedlungsränder in die Landschaft durch Pflanzung standortgerechter einheimischer Gehölze, Wahrung des Ortsbildes durch landschaftsgerechte Bauweisen und regionaltypische Baustile und Baumaterialien“ (LPI LANGSTEDT, 1998, S. 127). Auch die Akademie für ländliche Räume beklagt das Verschwinden historischer Bausubstanz in den Dörfern. In einem Forschungsprojekt aus dem Jahr 1996 heißt es: „Neubausiedlungen unterscheiden sich nicht von denen anderer Orte; das langsame Verschwinden historischer Bausubstanz und die Zunahme moderner ‚Kataloghäu-

ser' haben einen Verlust an lokaler Baukultur und baulicher Unverwechselbarkeit zur Folge“ (ALR, 1996, S. 28).

Langstedt ist der Ausgangspunkt für den Kanu-Tourismus auf der Treene. Die Treene schlängelt sich unreguliert 4.000 Meter durch die Gemeinde. Der Abschnitt am 330 Hektar großen Büschauer Forst vorbei ist besonders reizvoll.

Größter Arbeitgeber im Ort ist die „Villa Carolath“, ein Pflegeheim mit 80 Beschäftigten.

Aufgrund der Lage würde sich eine Fusion der Gemeinden Langstedt und Eggebek anbieten. Gemeinsam könnten sie die zukünftige Entwicklung auf dem Flugplatz besser vorantreiben.

Jerrishoe hat eine ähnliche Nähe zu Tarp wie Langstedt zu Eggebek. Die Gemeinde ist geprägt durch Neubaugebiete, deren Bewohner keine Arbeitsplätze im Ort finden. Es gibt keine öffentliche Infrastruktur und außer einem Hofladen keine Versorgungsmöglichkeit. Kindergarten und Schule befinden sich in Tarp (Schulverband). Die ehemalige Gaststätte wurde von der Gemeinde 1991 gekauft und zum Dorfgemeinschaftshaus umgebaut. Im Rahmen der Dorferneuerung wurden Strohdachhäuser erneuert, der Dorfplatz wurde umgestaltet und Kleingewässer und Knicks wurden angelegt. Auch hier muss die Frage gestellt werden, warum Jerrishoe die Verknüpfungen mit Tarp nicht durch eine Fusion festigen will.

Die Gemeinde ist 1.632 Hektar groß, von denen 1.235 landwirtschaftlich genutzt werden. Auch hier haben die 14 landwirtschaftlichen Haupteinwerbsbetriebe größere Grünlandflächen in Maisäcker umgewandelt.

Jörl ist als Kirchspielgemeinde das Zentrum des sogenannten „Jörlers Raums“ (Janneby, Jörl, Süderhackstedt, Sollerup), eines der dünnst besiedelten Gebiete des Landes. Diese Gemeinden bildeten von 1889 bis 1968 das Amt Jörl, das im Rahmen der Gebietsreform Teil des Amtes Eggebek wurde. In Jörl befindet sich für die Versorgung der Gemeinden im Umland ein Kindergarten und eine Grundschule. Die Gastwirtschaft, der seit 1634 bestehende „Schmiedekrug“, ist geschlossen. Eine Filiale der Raiffeisenbank bietet noch zeitlich eingeschränkt ihre Dienste an.

In Jörl zeigen sich die Probleme dünn besiedelter ländlicher Räume besonders deutlich. Obwohl Jörl 126 Sozialversicherungspflichtigen einen Arbeitsplatz bieten kann (Stand 7/08. 1995 noch 167), müssen die meisten Berufstätigen pendeln. Dabei nutzen sie auch die vielfältigen und günstigeren Angebote des Arbeitsortes zur Deckung des Bedarfs. In der Wohnge-
meinde werden nur noch „Noteinkäufe“ getätigt. Ein Teufelskreis beginnt: Der Dorfladen schränkt sein Angebot ein, die Preise müssen erhöht werden, weil der Warenlieferant wegen des geringen Absatzes und größerer Frachtkosten nicht zu den Bedingungen liefert, wie an die Supermarktkette in der Stadt. Dadurch sinkt die Nachfrage noch mehr, der Laden muss schließen. In Jörl ist der Verlust des Dorfgeschäftes nach diesem Muster abgelaufen. Die Gemeinde erwarb das Geschäft und baute die Räumlichkeiten um (Gesamtkosten 400.000 €). Gefördert wurde das Vorhaben nach den Richtlinien zur Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung. Der laufende Schuldendienst wird durch eine Pacht und durch Zuschüsse der Gemeinden Jörl, Janneby, Sollerup und Süderhackstedt geleistet (ALR, 2004).

Die drei Betreiberinnen waren nicht in der Lage, das Geschäft weiterhin wirtschaftlich zu führen. Nach längerem Leerstand und einem erneuten Umbau mit Steuergeldern beherbergt das Geschäft als „MarktTreff“ jetzt einen Lebensmittelmarkt, eine Bäckerei und eine Bistro-Ecke. Ein Paketdienst, ein Bestell-Shop, Service für Wäsche und für Schuhreparaturen sowie Tourismus-Informationen ergänzen das Angebot. Entscheidend war, dass der ortsansässige Bäcker das Geschäft gepachtet hat. Auch am Abend können sich die Bewohner des Ortes, z.B. die Sportler des TSV Jörl, dort treffen. Selbst für Leseabende steht der MarktTreff zur Verfügung.

Im Jörler Raum kann man die Eingriffe in den Naturhaushalt gut nachvollziehen. Die Jerrisbek und die Jörlau sind zu reinen Abflussrinnen ausgebaut worden, die das Landschaftsbild nicht mehr prägen. Weite Bereiche der Niedermoorflächen wurden – auch wegen des Maisanbaus für Biogasanlagen – umgebrochen (siehe Kapitel 6, Foto 22).

Vom Rupeler- und Seelandmoor sind nur noch Rudimente erhalten. In der Gemeinde liegen zwei Naturschutzgebiete, die „Düne am Rimmelsberg“ und der „Pobüller Bauernwald“, die dringend erweitert werden müssten. Es wäre wünschenswert, wenn die von Uli Heintze entwickelte Projektskizze „Alte Geestlandschaft bei Jörl“, die er für den Schleswig-Holsteinischen Heimatbund (SHHB) als Leiter der AG Umweltfragen im Heimatverein Schleswigsche Geest zusammen mit Wolfgang Riedel vorgestellt hat, verwirklicht werden würde (HEINTZE/RIEDEL, 2009).⁵ So könnten auch zukünftige Generationen wenigstens an einem kleinen Landschaftsausschnitt erleben, wie eine Agrarlandschaft ausgesehen hat, bevor sie maschinengerecht denaturiert wurde.

Janneby ist ein reines Schlafdorf. Von den 440 Einwohnern finden nur 23 einen Arbeitsplatz im Ort (Stand 12/07). Das Dorf hat nur ein kleines Neubaugebiet ausgewiesen. Die Einwohnerzahl wuchs dennoch, weil viele Höfe zu Wohnhäusern umgebaut wurden. 1960 gab es noch 60 landwirtschaftliche Vollerwerbsbetriebe, 2007 nur noch 16. Außerdem hat die Gemeinde darauf geachtet, Baulücken zu schließen, damit der dörfliche Charakter nicht verloren geht. Mit seinen kurvigen Straßen, den mächtigen Buchen und Kastanien und mit Reet gedeckten Bauernhöfen bildet Janneby einen angenehmen Kontrast zur Allerweltsarchitektur der meisten anderen Dörfer. In Janneby gibt es noch einen Dörpskrog.

Der Gemeinderat von Janneby gehörte zu den Befürwortern (einstimmiges Votum) einer Fusion der Jörler Gemeinden.

Süderhackstedt war dafür verantwortlich, dass die „kleine“ Fusion im Jörler Raum (ohne Sollerup) nicht zustande kam.⁶ Sie ist mit 1.015 Hektar die kleinste im Amt und hat auch die wenigsten Einwohner (347, Stand 7/08). Außer einem – gesetzlich vorgeschriebenen – Feuerwehrgerätehaus, das im Rahmen der Dorferneuerung ausgebaut wurde, gibt es kein öffentliches Gebäude. Im Gemeinschaftsraum finden auch die Sitzungen des Gemeinderates und Seniorennachmittage statt. Bürgerversammlungen müssen nach Sollerup in die dortige Gaststätte ausweichen.

Obwohl auch in Süderhackstedt einige Hofstellen leer stehen und mit ihrer verfallenen Bausubstanz einen wenig erfreulichen Eindruck machen, ist Süderhackstedt noch ein „echtes“ Dorf. Neun landwirtschaftliche Betriebe bewirtschaften 760 Hektar. Im Ortsteil Koxbüll gibt es einen der wenigen in der Region tätigen Bio-Höfe, der seine Produkte in erster Linie in Husum absetzt.

Die Gemeinde besitzt einen 70 ha großen Laubmischwald, der als NATURA-2000-Gebiet ausgewiesen ist. Wegen seines Artenreichtums – Rotbuchen, Eschen, Hainbuchen, Stiel- und Traubeneichen – und seiner reichhaltigen Krautschicht, stellt er eine biologische Rarität dar. Im Info-Blatt der WiREG (7/08) wird er als „Filetstück“ bezeichnet.

Sollerup nimmt im Untersuchungsgebiet eine Sonderstellung ein. Die Gemeinde weist als einzige einen ausgeglichenen bis leicht positiven Pendlersaldo auf.⁷ Es gibt einen Busbetrieb, zwei Bauunternehmen und ein landwirtschaftliches Lohnunternehmen. Geprägt wird die Gemeinde durch zwei Siloanlagen in Sollbrück und Sollerupmühle (Futtermittelwerk).⁸ Die Ge-

⁵ Siehe 8.3. „Alte Geestlandschaft bei Jörl“.

⁶ Siehe 6.5. „Missglückte Gemeindefusion im Jörler Raum“.

⁷ Die Zahlen sind nicht konstant. 2005 betrug der Saldo + 11.

⁸ Siehe 1.5. „Gewerbliche Wirtschaft“.

meindegröße beträgt 1.299 ha, wovon 1.000 ha von 12 Vollerwerbsbetrieben bearbeitet werden. Die Biogasanlagen, von denen sich auch einige in den Nachbargemeinden Hüning und Esperstoft befinden, belasten durch den Schwerlastverkehr zunehmend die Gemeindestraßen, die dafür nicht ausgebaut sind (Aussage des Bürgermeisters am 27.10.08). Von den ehemals zwei Gaststätten im Ort ist eine insolvent, die andere stand jahrelang leer und wurde 2005 von der Gemeinde erworben. Aus dem Programm „Zukunft auf dem Lande“ (ZAL) des Ministeriums für ländliche Räume erhielt die Gemeinde eine 50-prozentige Förderung für Kauf und Sanierung des Gebäudes. Die Gaststätte wird weiterverpachtet und als Dörfergemeinschaftshaus betrieben. Sollerup liegt am Süden des Büschauer Forstes und an der Mündung der Jerrisbek in die Treene. In Sollerup enden die meisten gewerblich organisierten Kanutouren, deren Ausgangspunkt Langstedt ist. Die Gemeinde möchte vom Kanutourismus profitieren und plant, eine entsprechende Infrastruktur auszubauen (Ausstiegsstellen, Camping- und Parkplätze).

Wanderup ist die zweitgrößte Gemeinde (2.217 Einwohner, Stand 7/08) des Amtes Eggebek. Wegen ihrer hervorragenden Verkehrslage an der B 200, der Autobahnabfahrt und der Nähe zu Flensburg, hat die Gemeinde eine Entwicklung genommen, die ihr von der Landesplanung nie zugestanden wurde. Die Gemeinde hat deutlich mehr Wohngebiete ausgewiesen, als für den Eigenbedarf erforderlich waren. *„Die attraktive Gemeinde im Amtsbereich Eggebek liegt nur 12 km südlich von Flensburg und bietet alle wichtigen Versorgungseinrichtungen, die eine zukunftsorientierte Gemeinde ausmachen. In Wanderup wohnt man gern“* (WiREG, 2008). Wanderup verfügt zwar über einige Versorgungsmöglichkeiten (Bäcker, Schlachter, Ärzte, Apotheke, Bankfilialen), das Geschäft für den „täglichen Bedarf“ hat aber Ende 2008 geschlossen. Die Gemeinde suchte jahrelang nach einem Discounter und versucht jetzt, wenigstens wieder einen Kaufmann zu gewinnen. Als Zwischenlösung werden von der Gemeinde Einkaufsfahrten organisiert. Auch hier zeigt sich der „Fluch“ einer guten Verkehrsanbindung zum Oberzentrum: Der negative Pendlersaldo ist mit 416 extrem hoch, die Fahrt zu den Einkaufsmärkten am Rande der Stadt ist unkompliziert und schnell. Es wird für Wanderup schwer werden, einen Vollversorger anzusiedeln.

Mit dem negativen Pendlersaldo begründete die Gemeinde die Ausweisung eines Gewerbegebietes, damit die im Ort Wohnenden auch Arbeit finden könnten. Durch ständige Wiederholungen wird diese Forderung nicht nachvollziehbarer. Wollte man nur den Pendlersaldo ausgleichen, müssten rechnerisch über 400 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Dabei wird unterstellt, dass dann Arbeitsplatz und Wohnort identisch wären, eine Vorstellung, die mit der Realität nichts zu tun hat.

Der Gemeinde war es gelungen, das lange geforderte Gewerbegebiet mit Hilfe von Fördergeldern zu erschließen. Seit 1999 ist es der Gemeinde nicht geglückt, Betriebe anzusiedeln. Das Gebiet steht – bis auf einen Gebrauchtwagenhändler – leer (siehe Foto 29). Der Geschäftsführer der WiREG wurde von den Mitgliedern des Gemeinderates und der Bürgermeisterin heftig angegriffen, weil es ihm und seinen Mitarbeitern immer noch nicht gelungen sei, nach so langer Zeit Betriebe in Wanderup anzusiedeln. Vergessen war, dass die WiREG in Kenntnis der Marktlage und der Wünsche der Betriebe von der Erschließung des Gewerbegebietes dringend abgeraten hatte. Vergessen war auch, dass die Gemeinde das Gewerbegebiet lediglich mit einheimischen erweiterungswilligen Betrieben besiedeln wollte, die diesen angeblichen Wunsch mit ihrer Unterschrift bekräftigt hatten. Für die Gemeinde würde sich bei einem voll besetzten Gewerbegebiet die Einnahmesituation kaum verbessern. Bei den Haushaltsberatungen 2009 wurde bekannt, dass mehr als 90 Prozent der Betriebe keine Gewerbesteuer zahlen (FT vom 6.3.09).

Ebenfalls mit Fördergeldern konnte die Gemeinde 2006 ein Bürger- und Gemeindehaus errichten. Die Bürgermeisterin stellte erfreut fest: *„Es präsentiert sich heute hier ein stolzer*

Rohbau, der den Ansprüchen von Gemeinde, Polizei, Jugend und Vereinen gerecht wird“ (FT vom 19.1.06).

Dieses Gebäude ist gut und notwendig für das Gemeindeleben in Wanderup. Die Gelder stammen aus dem Dorferneuerungsprogramm, das seit Mitte der siebziger Jahre die dörflichen Strukturen wiederbeleben soll. Aber auch Wanderup hat keine Gestaltungssatzung. Der vor einigen Jahren abgebrannte und wieder aufgebaute Gasthof ist ein „Musterbeispiel“ unpassender Flachdacharchitektur. In den Einfamilienhausgebieten gibt es offensichtlich nicht die geringsten Beschränkungen in der Baugestaltung. Fachleute, die das Baugeschehen auf dem Lande beobachten, nennen das stil- und konzeptionslose Konglomerat von Katalog-Häusern „Wildschweinsiedlungen“. Von einer „Wiederbelebung dörflicher Strukturen“, die im Dorferneuerungsprogramm gefordert wird, ist auch in Wanderup nichts zu erkennen.

Die gleichen Leute, die für den austauschbaren und identitätslosen Siedlungsbrei verantwortlich sind, beklagen gleichzeitig den Gesichtsverlust ihres Dorfes. Der Gesetzgeber sollte die Gewährung von Zuschüssen zumindest von der Vorlage einer Gestaltungssatzung abhängig machen.

Viele der Dorferneuerungsmaßnahmen (Bepflanzung, Beleuchtung, Reetdachhäuser u.ä.) haben nur kosmetische Funktionen, Funktionsstörungen können sie nicht beseitigen.

Wanderup hat 2006 am Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ teilgenommen und auf Landesebene den 2. Platz gewonnen. Dieser Wettbewerb ist der Nachfolger für „Das schöne Dorf“. Wichtig bei der Bewertung sind jetzt nicht mehr Blumenkübel oder besonders herausgeputzte Straßen und Fassaden, sondern die soziale Struktur und das Vereinsleben einer Gemeinde. Wanderup hatte 2005 die Idee, sich zum „Weihnachtsdorf“ zu verwandeln. An einem Wochenende in der Adventszeit präsentieren sich große Teile des Ortes in weihnachtlichem Schmuck, die Vereine und Verbände stellen sich mit Basteleien, Veranstaltungen oder Getränke- und Essständen vor, Hausbesitzer beziehen ihre Gärten und Garagen in das Geschehen mit ein. Für Groß und Klein gibt es ein reichhaltiges kulturelles Programm. Das „Weihnachtsdorf“ unterscheidet sich wohltuend von den austauschbaren Weihnachtsmärkten, die in den vergangenen Jahren beinahe inflationär zugenommen haben. Wanderup wurde im Rahmen des Wettbewerbs „Land der Ideen“ vom Bundespräsident ausgezeichnet.

Auf Wanderuper Gemeindegebiet befindet sich auch das bisher einzige ausgewiesene Eignungsgebiet für Windkraftanlagen im Untersuchungsraum. Nun will die Gemeinde östlich der B 200 im Bereich des Ortsteils Kragstedt ein weiteres Gebiet bei der Landesplanung beantragen, um dort die ursprünglich auf dem Flugplatz vorgesehenen Riesen-Windkraftanlage zu errichten. Dieser Standort konnte bisher nicht genutzt werden, weil er im Flugsicherungsreich des Eggebeker Flugplatzes lag.

1.3. Die räumlichen und wirtschaftlichen Grundlagen der Ämter Oeversee und Eggebek

1.3.1. Die naturräumliche Situation

Naturräumlich gehört der Ämterbereich zur Schleswigschen Vorgeest, am östlichen Randbereich noch zum östlichen Hügelland. Das Untersuchungsgebiet ist – wie das gesamte Land – von den Eiszeiten geprägt. In ihm liegt „... der markante Übergang von den Jungmoränen auf die Weite der Sandergeest, die von einigen Altmoränen charakteristisch durchragt wird“ (RIEDEL, 1981, S. 11). Die aus den Gletschertoren bei Frörup und Oeversee austretenden Schmelzwasserströme schütteten gewaltige Kies- und Sandmengen auf, die bei Eggebek noch 20 m mächtig sind. In diese Sanderaufschüttungen der Schleswiger Vorgeest haben sich die Treene und ihre Zuläufe eingeschnitten.

Nach RIEDEL (ebd.) haben die Ämter Oeversee und Eggebek geringen Anteil am Jungmoränenbereich des Östlichen Hügellandes, dem Übergangsbereich von der Endmoräne

der letzten Vereisung (Weichsel) zur Geest, der Sandergeest (Schleswiger Vorgeest) und dem Altmoränenbereichen (Saale-Eiszeit) von Großjörll und Süderhackstedt. Für die Oberflächenformen sind ausschließlich die Vorgänge im Pleistozän und Holozän verantwortlich. Die vor Ort entstandenen Gesteinschichten des Tertiärs haben auf das Relief keinen Einfluss. Sie liegen bis zu 100 m unter Geländeniveau (Geol. Profil im Anhang).

Die Gemeinden im Osten des Untersuchungsgebietes (Sankelmark mit dem Ortsteil Munkwolstrup, Oeversee mit dem Ortsteil Frörup, Sieverstedt mit dem Ortsteil Süderschmedeby) werden noch von den auffälligen Endmoränenbögen und Moränengabeln (GRIPP, 1964) der Weichseleiszeit tangiert. Die höchste Erhebung in den Ämtern, die Nordhöhe (62,9 m NN) bei Süderschmedeby ist eine Altmoräne der Saalevereisung.



Foto 3: Regenerative Energien (Raps, Windkraft) auf der Nordhöhe.

Der größte Teil des Untersuchungsgebietes wird demnach von Flächensandern geprägt. Das mit hohem Druck aus den Gletschertoren des Jungmoränengebietes austretende Schmelzwasser hat die flach nach Westen abfallenden Schwemmfächer geschaffen. Talsander finden sich dort, wo eiszeitliche Schmelzwasserströme nach Westen bzw. nach Südwesten flossen. Im Holozän nutzten die Treene und ihre Zuflüsse diese ehemaligen Schmelzwasserrinnen. In abflusslosen Senken und Verlandungszonen von Teichen und Seen bildeten sich Flachmoore. Die Moorkomplexe sind nur noch in Relikten vorhanden.

Während und nach der Eiszeit haben sich im Untersuchungsgebiet Flugsanddecken und Binnendünen gebildet. Zwei dieser Binnendünenkomplexe – die Querdünen am Treßsee und die Binnendüne mit Deflationswanne am Rimmelsberg – stehen wegen ihrer seltenen Vegetation und der damit verbundenen Fauna unter Naturschutz.

Die beiden größten Stillgewässer im Endmoränenbereich sind der Sankelmarker See und der Treßsee. Der Sankelmarker See gilt als „Toteissenke zwischen Endmoränen, die von Schmelzwassern der Flensburger Eiszunge über-sandet worden sind“ (DEGN/MUUB, 1963, S. 34). Der See hat heute eine Fläche von 62 ha, die nicht seiner ursprünglichen Größe entspricht. Dabei ist der See nicht durch natürliche Verlandungsprozesse geschrumpft, sondern durch Verlegung, Vertiefung und Begradigung des Abflusses durch den Reichsarbeitsdienst, um neue Flächen für die Landwirtschaft bereitzustellen. Dadurch wurden lediglich 3,6 ha Land gewonnen (LINK, 1982).



Foto 4: Südende des Sankelmarker Sees. Im Vordergrund die durch die Absenkung entstandenen landwirtschaftlichen Flächen. Links die Mündung der Marienau. Deutlich zu erkennen: der zu dicht am Ufer geführte Wanderweg und das Fehlen eines Schilfgürtels.

Der stark verlandende Treßsee liegt zwischen Binnendünen im Norden und Moränenstaffeln im Süden in einem glazial geformten Talraum. PACKSCHIES (1984) hat seine ursprüngliche Größe mit ca. 1 km Länge und 400 m Breite angegeben. Auch dieser See wurde stark durch menschliche Eingriffe verändert



Foto 5: Treßsee mit Verlandungszonen und Dünenkomplex. Zwischen dem Seeufer und der wiedervernässten Moorfläche lag eine Fichtenmonokultur, die im Rahmen der Pflegearbeiten beseitigt wurde, um den Ansprüchen des Naturschutzes gerecht zu werden. Am linken oberen Bildrand Kiesabbaugelände bei Augaard.

Das aus dem Treßsee tretende Fließgewässer heißt ab hier Treene. Es ist das verbindende und prägende Landschaftselement des Untersuchungsgebietes.

Die Treene hat ein Einzugsgebiet von 760 km². Vom Treßsee bis zu ihrer künstlich geschaffenen „Mündung“ in die Eider bei Friedrichstadt sind es 73 km. Das Wort „Mündung“ ist deshalb nicht zutreffend, weil bereits 1570 holländische Wasserbauer den Mündungsarm abgedämmt haben. Seither entwässert die Treene über Schleusen und Schöpfwerke in die Eider.

Die Treene hat ein sehr geringes Gefälle. Der Treßsee hat eine Seehöhe von 25,7 m über NN. Das Gefälle beträgt ca. 0,5 Promille (HEYM, 1989). Der Abfluss der Treene ist von den Wasserständen in der Eider und der Nordsee abhängig. Viele Versuche wurden unternommen, um die „Wasserhypothek“ abzutragen, um die Menschen vor Überflutungen zu bewahren und im Talraum von Eider, Treene und Sorge bewirtschaftbare Flächen zu gewinnen.⁹

1.3.2. Die Geofaktoren Böden und Klima

Den Landschaftsformen – Niederungen und Senken, Sanderflächen, Altmoränen und Jungmoränen – sind unterschiedliche Böden zuzuordnen, die häufig im kleinräumigen Wechsel vorkommen. Auch die Bodenzahlen weisen eine Bandbreite von 10 auf Flugsanddecken bis 55 im Jungmoränenbereich auf. Diese guten Ackerböden (Braunerden) sind in den Amtsbereichen von Oeversee und Eggebek die Ausnahme. Auf den mehrheitlich sandigen Flächen überwiegen Podsole (Rosterde, Braunerdepodsol, Heidepodsol) mit Ortstein und Orterde-Horizonten. Beim Ortstein dürfte es sich um sekundären Ortstein handeln, der erst aufgrund der fast vollständigen Entwaldung des Landesteils entstehen konnte. Bei hohem Grundwasserstand konnten sich Gley-Podsole bilden. Die Bodenzahlen schwanken zwischen 15 und 30, so dass größere Flächen den Grenzertragsböden zuzurechnen sind. In den Fluss- und Bachniederungen haben sich Moorböden (Niedermoor, Anmoor, Anmoorgley) entwickelt. In vermoorten Senken und über Flächen mit Staunässe sind ausgedehnte Hochmoore entstanden.

Diese natürlich vorkommenden Bodenarten sind im Laufe der Bewirtschaftung durch den Menschen verändert worden bzw. neu entstanden. Dazu gehört auch der Heidepodsol, der seine Entstehung der Abholzung der ursprünglich bewaldeten Sanderflächen verdankt. Die stark entwickelten Podsole mit fester Ortsteinschicht waren landwirtschaftlich kaum nutzbar. Erst durch Tiefpflügen und Zerstörung des Ortsteins konnten diese Flächen bei entsprechender Düngung zufriedenstellende Erträge erbringen.

Das Untersuchungsgebiet liegt im Klimabezirk „Schleswig-Holsteinisches Flachland“ (DEUTSCHER WETTERDIENST, 1967). Die Lage im nördlichen Bereich der Westwindzone und zwischen zwei Meeren ist für die gemäßigte Ozeanität atlantischer Prägung verantwortlich. Die Sommer sind relativ kühl, die Winter nur mäßig kalt. Die Winde kommen vorwiegend aus Westen, im Winter und Frühjahr auch aus Osten. Als Bio-Klima ist es ein „Mildes Reizklima“ und gesundheitsfördernd. Reizfaktoren sind die Strahlung, der Wind und die hohe Luftfeuchtigkeit. Die Luftreinheit und die geringen Tages- und Jahresschwankungen von Temperatur und Luftfeuchte schonen den Organismus (SCHMIDTKE, 1995).

1.3.3. Mineralische und sonstige Rohstoffe

Für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region sind häufig Bodenschätze der entscheidende Impulsgeber. Im Untersuchungsgebiet gab es in der frühen römischen Kaiserzeit eine Metallverhüttung. Basis war das sehr hochwertige **Raseneisenerz**, das neben Mangan 20 – 50 Prozent Eisen enthielt. Seinen Namen erhielt es von seinem Fundort direkt unter den Rasensoden, wo es leicht als Rohstoff zu gewinnen war. Entstanden ist es in fein- bis mittelkörnigen Sanden, die in breiten Flussniederungen von eisenhaltigen Grundwässern durchströmt werden. Das darin gelöste Eisen wird nahe der Oberfläche durch den Kontakt mit Sauerstoff ausgefällt und kristallisiert mit der Zeit zu Eisen. „*Raseneisenerze sind Oxydationshorizonte des Bodentyps Gley. Diese Horizonte enthalten amorphe und kristallisierte Eisenoxyde, diese liegen im Raseneisenerz in Anreicherungen bis 50 % Eisen (und mehr!) vor*“ (RIEDEL, 1980, S. 223).

Energieträger für den Verhüttungsprozess in Rennfeueröfen (JÖNS; 1992) war Holzkohle, die aus Eichenholz gewonnen wurde. Diese frühe wirtschaftliche Tätigkeit hat das Landschaftsbild völlig verändert. Der natürliche Wald ist bis auf kleine Reste total beseitigt worden. Als Folge des Kahlschlags konnten Deflation und Erosion die Humusdecke zerstören. Wahr-

⁹ Diese Probleme werden im Kapitel 4.7 „Programm Nord“ behandelt.

scheinlich lassen sich Flugsanddecken und Dünenkomplexe ihrer jeweiligen Entstehungszeit zuordnen.

Historische Bedeutung hat auch der Abbau von **Torf**, der eine wichtige Einnahmequelle für manche Geestbauern war.

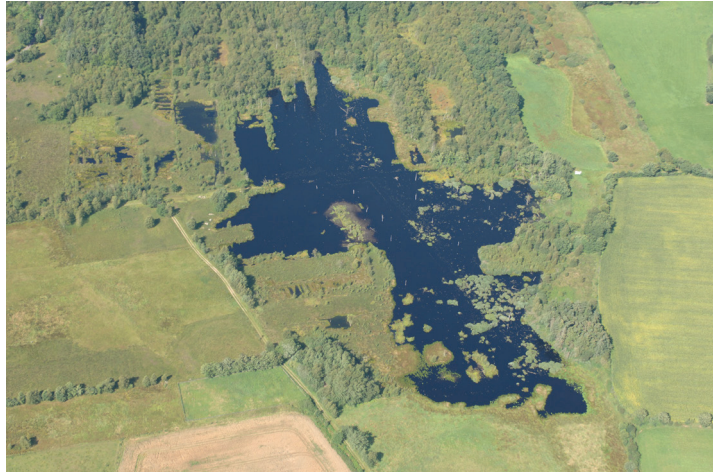


Foto 6: Ehemaliger Torfstich im Großsolter Moor. Wiedervernässung als Projekt der Oberen Treenelandschaft.

Erst mit dem Eisenbahnbau konnte der Torf durch Kohle substituiert werden. In den Nachkriegszeiten erlebte die Torfproduktion jeweils eine kurze Blüte. Bis 1952 wurde in Eggebek auf dem jetzigen Flugplatzgelände und in Barderup (t.s. 2/96) eine Torfbrikettfabrik betrieben. Torf als „Naturprodukt“ für Gärtnereibetriebe wird im Kreisgebiet längst nicht mehr abgebaut. Von den einstmals großen Moorflächen befinden sich nur noch winzige Reste im ursprünglichen Zustand, vom Jalmer Moor ganze drei ha. Die Restmoore sind nach Landesnaturschutzgesetz geschützt.

Neben Tierdung ist **Mergel** der älteste bekannte Bodenverbesserer. Um 1830 wurde die Bemergelung auch im Kreisgebiet angewandt (MAGER, 1930). Die ehemaligen Mergelkuhlen wurden unterschiedlich genutzt. Teilweise wurden sie mit Abfällen verfüllt und mit Muttererde abgedeckt und so wieder landwirtschaftlich genutzt, teilweise dienen die vollgelaufenen Gruben als Viehtränke oder als Badeteiche.

Unter den wenigen Bodenschätzen Schleswig-Holsteins nimmt auch im Untersuchungsgebiet das **Grundwasser** eine immer wichtigere Rolle ein. Hier befinden sich geologische Formationen, die GRIPP (1964) zu den Grundwasserspeichern des Landes zählt. Es sind dies die oberen und unteren Braunkohlensande. Im Oeverseer Wasserwerk Jägerkrug werden diese zwischen 15 und 20 Millionen Jahre alten Schichten als Hauptnutzhorizont erschlossen. Die Brunnen reichen bis in 317 m unter Geländeniveau (WASSERVERBAND NORD, 2004). Die Braunkohlensande sind großflächig durch sehr gering wasserleitende Schichten überdeckt und dadurch vor Verunreinigungen durch verschmutztes und belastetes Oberflächenwasser geschützt. Von den 850 mm Jahresniederschlag stehen 140 mm für die Grundwasserneubildung zur Verfügung. Umfangreiche Untersuchungen haben ergeben, dass die überlagernden Schichten zur Filterung und Reinigung ausreichen. Das Tiefengrundwasser ist mehrere tausend Jahre alt (ebd.). Das hervorragende Grundwasser des Wasserwerkes Jägerkrug, das ohne Desinfektions- und Flockungsmittel aufbereitet wird, „...hat die Lebensqualität der Menschen im ländlichen Raum nachhaltig verbessert, die Halligen leichter bewohnbar gemacht, die Integration der Flüchtlinge nach dem 2. Weltkrieg erleichtert, den Fremdenverkehr überhaupt erst angekurbelt und die Viehwirtschaft durch die bessere Wasserqualität weiterentwickelt“ (ebd., S.11).

Nach den Siedlungs- und Verkehrsbauten hat kein Eingriff die Landschaft so verändert wie der **Kies- und Sandabbau** und die Gewinnung von **Großsteinen**.

Die Menschen der Jungsteinzeit errichteten ihre gewaltigen Grabkammern mit Findlingen aus den Endmoränen. Diese wurden später als „Steinbrüche“ missbraucht, zerkleinert und für Kirchenbauten, Fundamente und Straßenpflaster verwendet.¹⁰

Mit dem Bau der Eisenbahnlinien – 1854 wurde Tarp Bahnstation – konnten Steine auch über größere Strecken transportiert werden. Bedeutungsvoll wurde der „Steinhandel“ durch die Eisenbahnverbindungen zur Westküste, weil Natursteine zum Küsten- und Halligschutz und zum Dammbau benötigt wurden. Große Mengen des Baumaterials für den Hindenburgdamm zur Insel Sylt stammten aus den Gemeinden Süderschmedeby und Frörup. Für den Transport des Stein- und Kiesmaterials wurde eine Lorenbahn zum Tarper Kies- und Schotterwerk am dortigen Bahnhof gebaut (NISSEN, 1981). Die Trasse dieser Bahn ist als trapezförmiger Damm bzw. als Geländeeinschnitt bei der Jägerbrücke über die Treene sehr gut zu erkennen. Heute wird sie als Wanderweg genutzt.



Foto 7: Eingangsbereich der Fröruper Berge mit der Ihlseestrom-Niederung. Am rechten oberen Bildrand die ehemalige Freizeitanlage in der Kiesgrube. Der schräg verlaufende Gehölzstreifen markiert die Trasse der ehemaligen Kiesbahn. Die durch das Bild verlaufende Straße hat keine verkehrliche Funktion. Sie sollte nur als Rad- und Wanderweg genutzt werden. Links im Wald, teilweise verdeckt, die ungeplante Splittersiedlung Frörupsand.

In Süderschmedebyfeld wurde der Hoogebarg durch den Kiesabbau völlig abgetragen. Anschließend wurden die Endmoränen in Frörupsand durch die Kiesgewinnung total überformt. Die vielen Abbruchkanten, Steilwände und Gruben vermitteln bis heute das Bild einer planlos ausgehöhlten Landschaft. Für den Abtransport des Materials wurde ebenfalls eine Feldbahn gebaut, die die Treene unterhalb Frörup Hof überquerte und dann auf einer langsam ansteigenden Trasse das Steilufer der Treene überwandte. Etwa hundert Meter hinter der Jägerbrücke traf sie mit den Gleisen aus Süderschmedeby zusammen (eigene Recherchen; bestätigt durch MÜLLER, 2002)

In den 20er Jahren war das Tarper Kieswerk das größte im Norden des Landes. Erst Ende der 60er Jahre wurde der Kiesabbau in den Fröruper Bergen eingestellt.

Der Regionalplan für den Planungsraum V (Neufassung 2002, S. 32) legt „Gebiete mit besonderer Bedeutung und Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe“ fest.

¹⁰ So endeten Teile der Großsteingräber von Munkwolstrup (Arnkjøl-Park) beim Kirchenbau in Oeversee und beim Chausseebau.

Der Kreis Schleswig Flensburg wird mit mehreren Fördergebieten erwähnt, aus dem Untersuchungsraum werden die Lagerstätten in Oeversee und Wanderup genannt.

Zur Begründung wird u.a. ausgeführt, dass die mineralischen Rohstoffe „...nicht nur für den eigenen Wirtschaftsraum, sondern auch für die benachbarten Räume der südlichen Westküste und des Kreises Rendsburg-Eckernförde von regionalwirtschaftlicher Bedeutung“ sind. *„Die Rohstoffe dienen im Wesentlichen zur Herstellung von Baustoffen (Zement, Beton, Mörtel, Kalksandsteine, ... und zum Straßen- und Deponiebau). Da die Rohstoffvorkommen standortbedingt nicht vermehrbar sind, ist eine erhöhte Sorgfalt bei Verbrauch und Sicherung erforderlich. Beim Abbau soll unvermeidbarer Landschaftsverbrauch minimiert werden (zum Beispiel möglichst ‚volle‘ Verwendung der Rohstoffe und nicht nur die bestimmter Kies-Körnungsgrößen, Nassabbau, abschnittsweiser Abbau, vorgezogene Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen)“* (ebd. S. 33).

Obwohl die Rohstoffe Sand und Kies unsere Landschaft aufgebaut haben und eigentlich unbegrenzt zur Verfügung stehen müssten, zeigen die Aussagen im Regionalplan, welche Kriterien erfüllt sein müssen, bevor eine Abbaugenehmigung erteilt werden kann: *„Der Regionalplan berücksichtigt bei der Abwägung der unterschiedlichen Nutzungsinteressen die Gesamtsituation der Gebiete. Sie ergibt sich einerseits aus Lage und Qualität der erkundeten/vermuteten Lagerstätten und Rohstoffvorkommen und ihrer Zugänglichkeit, andererseits aus besonderen Empfindlichkeiten von Landschaft, Ökologie sowie auch Siedlungszusammenhängen im engeren Raum (zum Beispiel Waldgebiete, vorhandene und geplante Naturschutzgebiete, bedeutsame § 15 a LNatSchG-Flächen, Landschaftsschutzgebiete, NATURA 2000 Gebiete, schützenswerte geologische und geomorphologische Sonderformen, Biotopverbundsysteme, Windenergieeignungsgebiete).“*

Wie schwierig heute der Kiesabbau geworden ist, soll am Beispiel der Gemeinde Wanderup verdeutlicht werden. In Wanderup machen die Gebiete mit Lagerstätten und Rohstoffvorkommen ca. 990 ha aus, das sind bei einer Gemeindefläche von 2.864 ha 35 Prozent. Der Schwerpunkt des Abbaus liegt nordöstlich des Ortskerns. Bisher wurden und werden ca. 70 ha abgebaut. Bis zum Jahr 2020 sollen im Abbaugebiet, das sich zu wesentlichen Teilen in die Gemeinde Handewitt erstreckt, ca. 105 ha ausgekieset werden. Da der Abbau fast ausschließlich im Nassabbau erfolgt, werden bis dahin ca. 175 ha Wasserfläche vorhanden sein, die sich in einem Gebiet zwischen der Ortslage Hüllerup, dem Handewitter Wald, der Bundesbahn und Wanderup auf ca. 15 Teiche verteilen (GEMEINDEN HANDEWITT/WANDERUP 2004).

Nach Aussagen der Kieswerk-Betreiber liegen die besten Lagerstätten am Rande der Endmoränen („scharfer Kies“) und in den ehemaligen Schmelzwasserrinnen. Diese Räume sind „Gebiete mit besonderer Erholungseignung“ bzw. auch gleichzeitig *„Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopsystems“* (LANDSCHAFTSRAHMENPLAN 2002).

Der Abbau von Kies ist nach dem Bundes- und Landesnaturschutzgesetz ein *„Eingriff in Natur und Landschaft“* (§7 LNatSchG), der ausgeglichen werden muss (§8 LNatSchG). Normalerweise erfolgt der Ausgleich dadurch, dass die abgebaute Fläche der natürlichen Sukzession überlassen bleibt. Diese Bestimmungen treten auf immer größer werdenden Widerstand der Kommunen, weil dadurch der Landwirtschaft Flächen entzogen werden und eine wertschöpfende Nachnutzung nur unter Schwierigkeiten möglich ist.

Der Regionalplan 2002 führt dazu aus: *„Ein nur für diesen Zweck (Auskiesung d.Verf.) eingerichteter Standort ist grundsätzlich kein geeigneter Ansatz für sonstige bauliche Nutzungen und Entwicklungen in den Standortgemeinden. Ob sich Teilbereiche für Nachfolgenutzungen wie Bauabfall-Aufbereitung, Bauschutt-Recycling und Ähnliches eignen, ist gegebenenfalls*

bauleitplanerisch zu lösen. Dabei sollte auch ein öffentliches, überörtliches Interesse vorliegen.

Nachfolgenutzungen können sich auch aus neu geschaffenen Landschafts-Ressourcen ergeben (zum Beispiel für Naherholungsbereiche an neuen Wasserflächen, Wasserski-Anlagen), sofern Naturschutzbelange nicht entgegenstehen.

Bei Fragen bezüglich der Renaturierung ausgebeuteter Lagerstätten sollte geprüft werden, ob/wie neu entstandene beziehungsweise entstehende Landschaftselemente, im Sinne von Sekundärbiotopen, zur Bereicherung von Natur und Landschaft beitragen können (zum Beispiel nach Nassauskiesung entstandene Wasserflächen, Steil- und Abbruchhänge, nährstoffarme Sukzessionsflächen, im Einzelfall auf der Basis eines Gesamtkonzeptes Wiederverfüllung mit geeignetem Material“ (RP1 2002, S. 34).

Der Dreiklang des Kiesabbaus vergangener Zeiten: Verwerten – Vermüllen – Vergessen ist heute nicht mehr möglich. Leider sind viele vermüllte Kiesgruben tatsächlich „vergessen“ worden. So sind dem Verfasser einige Stellen bekannt, wo Autos, Küchengeräte, unsortierter Bauschutt und Hausmüll „entsorgt“ wurden. In den Landschaftsplänen der Gemeinden tauchen sie unter dem Stichwort „Altlasten“ nicht mehr auf. Eine unrühmliche Sonderstellung nimmt die ungenehmigte Siebrestedeponie Süderschmedeby ein. Hier wurden Siebreste des Flensburger Müllkompostwerkes in unmittelbarer Nähe des NSG „Fröruper Berge“ inmitten eines LSG in einer ehemaligen Kiesgrube der Gemeinde Süderschmedeby abgelagert.



Foto 8: Aufgegebene und aktive Kiesabbauflächen bei Oeversee. Im oberen Bildteil verläuft von links nach rechts die begradigte Treene. Etwas darunter die Straße Oeversee – Juhlschau.

Der sogenannte „Müllkompost“ war durchsetzt mit Glasscherben und stank dermaßen, dass er nicht verwendet werden konnte, nicht einmal als Abdeckmaterial im Straßenbau. Die Siebreste, hauptsächlich Kunststoffe mit anhaftenden organischen Materialien, wurden auf unterschiedlichen Deponien abgelagert, u.a. auch in der o.a. Kiesgrube ohne jegliche Basisabdichtung. Abgedeckt wurde sie lediglich mit einer dünnen Schicht Mutterboden. Der dort abgelagerte Müll wird noch Jahrzehnte ausgasen und das Grundwasser belasten.



Foto 9 und 10: Direkt unter der Grasnarbe liegen die nicht zersetzten „Siebreste“. Nicht nur an den Rohren gast die Deponie aus. Am Waldrand im Hintergrund beginnt das NSG „Fröruper Berge“



1.3.4. Ein Exkurs: Kiesnachnutzung im Untersuchungsgebiet

Das gesamte Kiesabbaugebiet zwischen Oeversee und Großsolt macht einen chaotischen Eindruck. Dies fällt besonders auf, weil der Abbau in einer reizvollen, abwechslungsreichen und gern aufgesuchten Landschaft erfolgte und noch erfolgt. Von einem sensiblen Umgang mit der Natur ist nichts zu erkennen. Eine koordinierte Nachnutzung scheint es wegen der Besitzersplitterung nicht zu geben. Nirgendwo gibt es für Touristen und Besucher Hinweise, was nach der Ausbeutung der Rohstoffe mit dem Gelände geschehen soll. Es gibt auch kein Gemeinde- und Ämter übergreifendes Entwicklungskonzept. Dabei liegt dieses Areal inmitten der attraktiven Touristenziele: Arnkiel-Park mit frühgeschichtlichen Gräbern, Sankelmarker See mit Akademie, NSG Treßsee, NSG Fröruper Berge. Dieses Gelände wäre besonders gut geeignet, dem Besucher Kenntnisse über die Entstehung der Landschaft zu vermitteln.¹¹

Wie bereits im Kapitel „Bodenschätze“ erwähnt, liegen im Bereich der Gemeinden Handewitt und Wanderup große Rohstoffvorkommen von Sand und Kies, die in den nächsten Jahrzehnten abgebaut werden sollen. Die Abbaufäche erstreckt sich auf ca. 530 Hektar, auf 240 Hektar wurde oder wird abgebaut. Da der Abbau ausschließlich im Nassbauverfahren stattfindet, entstehen größere Wasserflächen, die nach § 13 LNatSchG dem Naturschutz zur Verfügung stehen (GEMEINDEN HANDEWITT/WANDERUP, 2004). Dies bedeutet, dass keinerlei wirtschaftliche Nachnutzung stattfinden darf, auch nicht für die Landwirtschaft. Der abgeschobene Mutterboden darf nicht mehr eingebracht werden, weil mit Hilfe der Sukzession eine „neue“ Landschaft entstehen soll, die mit ihrer Flora und Fauna einen Ausgleich für die schweren Eingriffe ermöglicht. Auf ehemaligen öden Maisäckern könnten „Paradiese aus zweiter Hand“ entstehen.

„Bedingt durch die Häufung der Abbaufächen hat sich eine Sekundärlandschaft entwickelt, die besonders aus Sicht der Landschaftsästhetik nicht ansprechend ist. Eine Vielzahl von Gewässern mit renaturierten Randbereichen ist entstanden, die der freien Sukzession überlassen sind und langfristig verbuschen werden. Zwischen den Kiesseen sind entsprechend der Besitzverhältnisse und der zeitlich versetzten Abbaugenehmigungen Dämme und Abgrenzungen entstanden, die eine Zergliederung der Landschaft bewirken. Die kleinkammerige Renaturierung der Kiesgruben verhindert die Entwicklung eines ästhetisch ansprechenden Landschaftsbildes sowie großräumiger Biotopstrukturen als Lebensraum seltener Arten“ (ebd. S.1).

¹¹ Der Autor macht dazu Vorschläge im Kapitel 1.4.3. „Tourismus“.



Foto 11: Kiesabbaugebiet Handewitt/Wanderup südlich des Handewitter Waldes. Bis auf den Sankelmarker See am rechten Bildrand sind die Gewässer Folgen der Kiesgewinnung.

Um für dieses große Gebiet eine adäquate Nachnutzung zu finden, haben die beiden Gemeinden mit dem Umweltministerium und dem Büro Pro Regione im Rahmen der Landschaftsplanung Gespräche geführt. Ziel sollte es sein, „...im Einklang mit der bestehenden Gesetzgebung die Ausformung einer ästhetisch ansprechenden Sekundärlandschaft zu erreichen, die neben dem Naturschutz auch andere Nutzungen zulässt“ (ebd. S.1). Dabei wird an naturnahe Naherholung, aber auch an touristische Angebote mit entsprechender Infrastruktur gedacht.

Das Land stufte das Vorhaben als Pilotprojekt ein, da es in Schleswig-Holstein ein einmaliges Nachnutzungskonzept darstelle.

Für die bereits ausgekiesten Flächen sehen die Landschaftspflegerischen Begleitpläne folgende Maßnahmen für die entstandenen Wasserflächen vor:

- Schaffung von unterschiedlichen naturnah geformten Böschungszonen
- Herstellung von geschwungenen Uferlinien
- Schaffung von Flachwasserbereichen und wechselfeuchten Zonen
- Freie Sukzession auf den Rand- und Abstandsflächen
- Neuanlage und ggf. Sanierung von Knicks und Gehölzstreifen.

Bisher gibt es noch keine Anzeichen für ein geschlossenes Nachnutzungskonzept. Die Praxis der Einzelgenehmigungen aufgrund der Besitzersplitterung hat zu einem unübersichtlichen, teilweise an eine Mondlandschaft erinnernden Landschaftsbild geführt. Auf ausgekiesten Flächen verrotten nicht mehr benötigte Abbaugeräte, direkt daneben werden renaturierte Teiche durch Zäune der Naherholung entzogen.



Foto 12 und 13: Nur durch einen Wirtschaftsweg getrennt sind das Abbaugelände und eine renaturierte Wasserfläche. Im See wurden einige Inseln geschaffen, die zahlreichen Wasservögeln Rast- und Brutplätze bieten. Die Uferzonen sind ausgezogen und besitzen unterschiedliche Böschungswinkel. Die Grasflächen werden von Galloways extensiv gepflegt.

Die Gemeinden Wanderup und Handewitt versuchen, das zergliederte Landschaftsbild im Bereich der Kiesgruben neu zu gestalten und eine Nutzungserweiterung einzuleiten. Unter Wahrung von Natur und Landschaft soll die wirtschaftliche und touristische Situation der Gemeinden verbessert werden. Bis zum Jahr 2020 wird die Wasserfläche der Kiesseen von 70 Hektar auf 170 Hektar zunehmen. Das typische Landschaftsbild der Geest mit weitgehend eintönigen Weide- und Ackerflächen erhält völlig neue Landschaftselemente.

„Würde man die laufende Landschaftsveränderung durch die gängige Genehmigungspraxis wie bisher weiterentwickeln, entstünde eine durch eine Aneinanderreihung von Abbaugruben dominierte Landschaft“ (ebd. S. 35). Ziel der planerischen Überlegungen soll sein, eine attraktive Seenlandschaft zu entwickeln, die neben dem Naturschutz auch wirtschaftliche Nutzungen (Tourismus, Naherholung) ermöglicht.

Dafür haben die Planer ein Leitbild entwickelt, dessen wesentliche Punkte folgende Ziele enthält:

- Entwicklung von Flächen für den Naturschutz und die naturnahe Erholung (vorrangig im Randbereich der Siedlungen)
- Verbindung der Wasserflächen zur Schaffung einer Seenkette
- Entwicklung eines ästhetisch ansprechenden Landschaftsbildes durch Eingrünungen und Entwicklung einer halboffenen Weidelandschaft
- Ausweisung eines großflächigen Naturerlebnisraumes als pädagogisch/didaktisches Instrument zum Verständnis von Natur und Landschaft
- Kompensation des Verlustes von Ausgleichsflächen durch Bereitstellung externer Flächen zur Entwicklung des Biotopverbundsystems.

Die Planungen könnten entsprechend der Beendigung des Kiesabbaus umgesetzt werden. Die Entwicklung von Maßnahmen für Naturschutz und Naherholung sollten zeitgleich verlaufen. In verschiedenen Abschnitten sollen Wassersportarten (Baden, Segeln, Surfen, Kanufahren, Tauchen) ermöglicht werden. Als Unterkunftsangebot könnte an dem bereits vorhandenen Badensee ein Campingplatz und ein Stellplatz für Wohnmobile eingerichtet werden. Wander-Rad- und Reitwege sollen in großem Abstand zu den faunistisch sensiblen Bereichen geführt werden.

Die Verwirklichung der o.a. Planung hängt von vielen Unwägbarkeiten ab. Das Land müsste Ausnahmen genehmigen, da nach der Gesetzeslage eine wirtschaftliche Nachnutzung von Auskiesungsflächen nicht möglich ist. Um eine Ausnahme zu begründen, sollten die im Leit-

bild vorgeschlagenen externen Ausgleichsflächen für das Biotopverbundsystem erworben und planerisch gesichert werden. Wegen der noch mindestens bis 2020 dauernden Abbauphase an unterschiedlichen Gruben wäre jeder der vorgesehenen Entwicklungsschritte Stückwerk. Die Gemeinden müssten zusammen mit den Grubenbetreibern ein koordiniertes Vorgehen bei der Auskiesung vereinbaren, so dass größere Flächen gleichzeitig für eine Nachnutzung frei würden. Nur dann würde es gelingen, Investoren zu finden, die bereit sind, touristische Einrichtungen für den Wassersport, für einen Golfplatz und entsprechende Unterkünfte zu errichten.

Bei einem Besuch des Innenministers Lothar Hay im Gelände sollten mögliche Einwände der Landesplanung gegen das Konzept ausgeräumt werden. Die Planungen haben sich inzwischen soweit konkretisiert, dass sowohl Investoren für einen Golfplatz als auch für Ferienhäuser bereit stehen. Naturerholung und Naturbeobachtung sollen weiterhin miteinander in Einklang gebracht werden, Reit-, Wander- und Radwege werden in absehbarer Zeit von den Gemeinden angelegt. Der Minister versprach, dass er sich dafür einsetzen werde, zusammen mit den anderen Ministerien (Umwelt, Wirtschaft), Planungssicherheit für Kommunen und Investoren zu schaffen (FT vom 18.1.09). Nach Ansicht Hays ist die touristische Entwicklung der Kiesabbauflächen eine „*Chance mit Alleinstellungsmerkmal für Handewitt, Wanderup und die Region*“.

Der Schwerpunktraum zwischen Handewitter Gehölz und Wanderup soll eindeutig ökonomischen Interessen dienen. Die Anlage eines Golfplatzes unmittelbar am Handewitter Gehölz war ursprünglich nicht vorgesehen. Es wäre aus naturkundlicher Sicht verhängnisvoll, wenn dieser Kontaktbereich zwischen Wald und Wasserflächen, der sich über mehrere Jahre in relativer Ruhe entwickeln konnte, durch eine intensive Freizeitnutzung wieder zerstört würde. Der Golfplatz sollte dort angelegt werden, wo er ursprünglich geplant war, nämlich südwestlich des Ortsteils Hüllerup und der L 96. Auch die anderen Nutzungsbereiche für Freizeit, Naherholung und Tourismus sollten konzentriert westlich der B 200 vorgesehen werden, damit der angedachte Naturerlebensraum nicht zerstört wird. Es muss sehr kritisch untersucht werden, ob das Gebiet geeignet ist, eine eigenständige intensive touristische Nutzung ökonomisch sicherzustellen. Der geringe Abstand zu den Stränden der Ostsee (max. 18 km) lässt dies fraglich erscheinen. Durchreisende Urlauber nach und aus Skandinavien wären mit ihren Campinganhängern und Wohnmobilen im Skandinavien-Park Handewitt wesentlich besser aufgehoben. Verbindungen zwischen den Gewässern sollten nur im Rahmen des Biotopverbundes möglich sein, eine Befahrung mit Booten muss unterbleiben. Wichtig wäre es, die im Konzept vorgeschlagene Verbindung der Kiesgewässerzone mit einer renaturierten Jerrisbek herzustellen. Dieser Bereich ist durch das Wegenetz kaum zerschnitten.

1.4. Wirtschaftliche Nutzungsstrukturen

1.4.1. Gewerbliche Wirtschaft

Im Landesraumordnungsplan von 1998 wird der Planungsraum V als „*abgelegener strukturschwacher ländlicher Raum*“ bezeichnet. Aus dieser Klassifizierung geht hervor, dass der Großteil der regionalen Betriebe zu den kleinen und mittelständischen Unternehmen gehört. Im Vergleich zum Landesdurchschnitt von 2,1 Prozent ist der Anteil der Land- und Forstwirtschaft im Landkreis Schleswig-Flensburg an der Bruttowertschöpfung mit 5,4 Prozent erheblich, während der Anteil des produzierenden Gewerbes mit 16,6 Prozent deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 23,9 Prozent liegt (RPI 2002) liegt.

Der Dienstleistungssektor ist mit 78 Prozent der wichtigste Wirtschaftsbereich im Kreis. Zum Dienstleistungssektor gehört auch die Bundeswehr. Die wiedergegebenen Zahlen aus dem RPI 2002 dürften die Auswirkungen des Truppenabbaues noch nicht widerspiegeln, da ihre Erfassung erfahrungsgemäß eine längere Vorlaufzeit hat, bevor sie ihren Niederschlag in den amtlichen Veröffentlichungen findet.

**Tabelle 1: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte in den Ämtern
Eggebek und Oeversee zum 30.06.05**

Regionale Gliederung	Insgesamt	Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produ- zierendes Gewerbe	Handel, Gast- gewerbe und Verkehr	sonstige Dienst- leistungen	Pendler- saldo
Amt Eggebek	1074	7%	20Prozent	43%	28%	-1426
Eggebek	384	2%	20%	53%	25%	-297
Janneby	25	16%	64%	0%	0%	-90
Jerrishoe	15	33%	0%	0%	0%	-304
Jörl	124	18%	38%	12%	31%	-158
Langstedt	168	7%	9%	27%	55%	-99
Sollerup	129	12%	23%	64%	0%	+11
Süderhackstedt		0%	0%	0%	0%	-73
Wanderup	229	5%	12%	48%	35%	-416
Amt Oeversee	1731	2%	14%	40%	43%	-1282
Oeversee	266	1%	20%	34%	38%	-341
Sankelmark	101	4%	38%	33%	24%	-325
Sieverstedt	80	4%	51%	28%	18%	-469
Tarp	1284	1%	9%	43%	47%	-147

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, 26.05.2006. Eigene Darstellung.

Die meisten Betriebe im Untersuchungsgebiet haben lediglich örtliche und regionale Bedeutung. Es gibt jedoch auch einige Unternehmen, die Kunden weit über Schleswig-Holstein hinaus beliefern. Sie sind wichtige Gewerbesteuerzahler und Arbeitgeber.

Der größte Arbeitgeber und ein wichtiger Gewerbesteuerzahler ist ein Großhandelsbetrieb für Heimtierbedarf in Tarp. Die Firma beschäftigt 220 Mitarbeiter und bildet Bürokaufleute und Lagerfacharbeiter aus. Die Firma wurde 1974 in einem Flensburger Hinterhof gegründet, zog nach Jarplund und verlegte 2002 ihren Sitz nach Tarp. Grund für diese Verlegung waren nicht nur Unstimmigkeiten am alten Standort, sondern vor allem das wirtschaftsfreundliche Verhalten der Tarper Politik und Verwaltung. Die Gemeinde war sofort bereit, die Gewerbeflächenplanung den Bedürfnissen des Betriebes anzupassen. Immerhin benötigt allein die Lagerfläche 22.000 m². Wie richtig aus Sicht der Gemeinde diese Handlungsweise war, zeigt das Aufkommen der Gewerbesteuer. Es verdreifachte sich von 2001 auf 2002. Trotz schwankender Konjunktur hat es sich von 2002 auf 2006 nochmals verdoppelt. In der „Aufgliederung des Gewerbesteueraufkommens“ der Gemeinde Tarp (2006) gibt es nur einen von 309 Betrieben, der mehr als 100.000 Euro Gewerbesteuer zahlt.

In einem modernen Hochregallager werden 5.200 Artikel gelagert, die an 5.000 Einzel- und Großhändler in Deutschland und in 56 Länder der ganzen Welt geliefert werden. Damit gehört das Unternehmen zu den größten der Heimtierbranche in Europa (FT vom 15.6.04; Internet-Auftritt 2007).

Die Produkte werden fast ausschließlich in Fernost hergestellt und nach Hamburg verschifft. Von dort werden sie nach Tarp auf dem LKW gebracht oder direkt an die Großhändler in Europa weitergeleitet. Der Bahnhof in Tarp spielt als Standortfaktor keine Rolle. Entscheidend ist die Nähe zum Hamburger Hafen und ein ausreichendes Arbeitskräfteangebot. Der dänische Firmengründer hatte schon bei der Firmengründung als Betriebsitz nur einen Ort unmittelbar südlich der Grenze im Auge. Die dänische Mentalität im Umgang mit Mitarbeitern sorgt für ein ausgezeichnetes Betriebsklima und eine geringe Fluktuation. Während in vielen Bereichen der Konsumgüterbranche über zurückgehende bzw. stagnierende Absatzzahlen geklagt wird, erfreuen sich Tierfutter- und Tierbedarfshersteller seit Jahren überdurchschnittlicher Zu-

wachsraten. Ein Blick in den Produktkatalog zeigt, dass die Überflusgesellschaft Europas sich auch bei der Bedürfnisbefriedigung für Heimtiere widerspiegelt. Die Folgen der Globalisierung bringen es auch mit sich, dass Produkte mit geringem Gebrauchswert trotz großen Transportaufwandes in Europa mit Gewinn verkauft werden können, weil die Kundschaft selten hinterfragt, unter welchen Bedingungen und mit welchen Inhaltsstoffen sie hergestellt wurden. Für diesen Betrieb haben, ähnlich wie bei den Versandhandelsbetrieben in Flensburg, die klassischen Standortfaktoren keine Gültigkeit. Hier macht sich der Grenzraum positiv bemerkbar, weil er sämtliche kulturellen, sozialen und schulischen Angebote Skandinaviens vorhält, was für den Betriebsgründer der entscheidende Standortfaktor war.

Der nächstgrößere Arbeitgeber ist die team baucenter AG mit ihren Niederlassungen in Eggebek und Wanderup mit jeweils 70 Beschäftigten. Die AG ist aus einer Genossenschaftsbank hervorgegangen, betreibt 16 Niederlassungen mit 1.100 Mitarbeitern, Firmensitz ist in Süderbrarup.

Erstaunlich ist auch bei diesem Betrieb das Liefergebiet. So werden Baustoffe in Norddeutschland und Dänemark – bis nach Kopenhagen – vertrieben. Sogar eine Ferienhaussiedlung auf Ibiza, die von einem Schleswig-Holsteiner errichtet wird, bezog die Baustoffe aus dem Kreis (Angaben der Geschäftsführung).

Ein bedeutender Betrieb ist auch das Mischfutterwerk ATR in Sollerup. Dieses ursprünglich selbständige Unternehmen ist jetzt Teil eines Futtermittelkonzerns mit dem Sitz in Ratzeburg (Arp, Thordsen, Rautenberg). Die GmbH beschäftigt 600 – 650 Arbeitskräfte. Mitbewerber sind vor allem die Hauptgenossenschaften. Im Solleruper Werk wird aus Getreide Futterschrot für Schweine hergestellt. Der Betrieb ist stark automatisiert, so dass nur 15 Arbeitskräfte beschäftigt werden, während für den Fuhrbetrieb 25 Fahrer tätig sind. Das Liefergebiet erstreckt sich von Polen bis Dänemark.

Die schon erwähnten Kiesbetriebe, die ihre Ausbeutungsflächen in den Ämtern haben, sind nicht alle auch vor Ort ansässig. Sie bieten nur wenige Arbeitsplätze (ca. 40) und Sand und Kies werden auch nur in geringem Umfang veredelt. Ein Betrieb in Oeversee stellt für den örtlichen Markt Kleinkläranlagen und Betonrohre her. In Jörl befindet sich auf einer ausgeklasten Fläche in unmittelbarer Nähe des NSG „Düne am Rimmelsberg“ ein Transportzementwerk, das Kies aus einer eigenen Grube in Wanderup und aus Dänemark verarbeitet. Das einzige nennenswerte Veredelungswerk, das Kalksandstein- und Gasbetonwerk in Oeversee, ist seit 1993 geschlossen. Es wurde 1990 von einem Konkurrenten gekauft und dann geschlossen. Die Maschinen wurden nach China bzw. Kasachstan verkauft, wo sie bis heute zur Zufriedenheit der Betreiber laufen (Aussage des ehemaligen Besitzers). Mit der Schließung des Werkes war der Verlust von 80 Arbeitskräften verbunden.

Nach der Schließung sämtlicher Meiereien im Untersuchungsgebiet existieren keine landwirtschaftlichen Veredelungsbetriebe mehr. Lediglich zwei Schlachtereien beliefern Abnehmer in der Region. In den Dörfern gibt es eine auffällig große Zahl von Betrieben des Bau- und Ausbaugewerbes, die jedoch nur wenige Arbeitskräfte beschäftigen.

1.4.2. Landwirtschaft

In den Raumordnungsplänen wird der Kreis Schleswig-Flensburg als von der Landwirtschaft geprägter Raum bezeichnet. Für das Landschaftsbild trifft diese Aussage immer noch zu, für die wirtschaftliche Bedeutung jedoch nicht.

An der Gesamtfläche des Landes hatte die Landwirtschaft 1993 einen Anteil von 73,5 Prozent, während er in den alten Bundesländern nur bei 53,5 Prozent lag (SCHWEDLER, VOLLSTEDT, 1999). Im Untersuchungsgebiet liegt die LF bei 71 Prozent (AGRARSTRUKTURSTATISTIK 1993).

Die wirtschaftliche Bedeutung eines Wirtschaftsektors wird durch die Messgrößen „Anteil am BIP“ und „Anteil der Beschäftigten“ wiedergegeben. An der Veränderung dieser Zahlen lässt sich der Strukturwandel ablesen. Ebenso wichtige Indikatoren des Strukturwandels in der Landwirtschaft sind die Veränderungen bei der Größe und Anzahl der Betriebe, der Produktpalette und der Veredelung bzw. Vermarktung.

In Schleswig-Holstein sind 2 Prozent der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft tätig, im Kreis Schleswig-Flensburg 3 Prozent. Die Ämter und Gemeinden unterscheiden sich in ihrer landwirtschaftlichen Prägung erheblich (siehe Tabelle). Im Amt Eggebek waren 2006 7 Prozent und im Amt Oeversee 2 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig. Die Spannweite liegt zwischen 1 Prozent in Tarp und 33 Prozent im unmittelbar benachbarten Jerrishoe. Der statistische Fehler für Süderhackstedt – 0 Prozent – konnte nicht aufgeklärt werden.

Der Anteil am Bruttoinlandsprodukt der Landwirtschaft entspricht ungefähr dem Anteil der Beschäftigten (1997 2,1 Prozent). Dieser Anteil lag 1950 noch bei ungefähr 20 Prozent und ist seitdem kontinuierlich gesunken.

Die deutlichste Veränderung hat sich bei der Anzahl und Größe der Betriebe ergeben. 1950 gab es in Schleswig-Holstein noch 60.000 Betriebe, wobei etwas weniger als die Hälfte bis zu 10 ha bewirtschafteten. 2005 ist die Zahl der Höfe auf 17.664 gesunken, nur noch 2.089 Betriebe verfügen über eine LF von unter 10 ha. Heute werden Betriebe unter 20 ha zu den Nebenerwerbsbetrieben gezählt. Auch ihre Zahl geht stetig zurück. Selbst in der Größenklasse von 50 bis 100 ha LF hat die Zahl der Betriebe zwischen 2003 und 2005 um 4,2 Prozent abgenommen. Zwischen 1980 und 2003 hat sich die Zahl der Betriebe mit mehr als 100 ha LF dagegen fast verdreifacht. Von 2003 bis 2005 stieg ihre Zahl nochmals um 1,5 Prozent auf 2.942 an. Von den insgesamt 1,01 Mio. ha LF bewirtschaften diese 17 Prozent der Betriebe mehr als die Hälfte der Fläche, nimmt man auch die Betriebe, die größer als 40 ha sind dazu, werden von 48,5 Prozent aller Betriebe 88,6 Prozent der LF bewirtschaftet (AGRARSTRUKTURERHEBUNG 2005). Diese allgemeine Tendenz spiegelt sich auch im Untersuchungsgebiet wieder.

Entscheidende Veränderungen in der Agrarwirtschaft wurden durch Agrartechnologie und Hochleistungszüchtungen bei Pflanzen und Tieren ausgelöst. Spezialisierung und Massentierhaltung führten zu enormen Leistungssteigerungen. Bis 1965 spielte der Mais als Futterpflanze keine Rolle. Heute bildet er die Grundlage für die Milchviehwirtschaft. Gleichzeitig können die Maisäcker die großen Güllemengen besser verkraften als andere Futterpflanzen.

Besonders einschneidend waren die Veränderungen in der Agrarstruktur und im Landschaftsbild, die durch die Landwirtschaftspolitik der EWG, heute EU, und die Förderprogramme ausgelöst wurden. Der Landwirt konnte nicht mehr nach tradierten Vorstellungen handeln, sein Überleben war davon abhängig, ob er sich in eine seit 1957 (Römische Verträge) zunehmend gelenkte Agrarwirtschaft einbinden lassen wollte. Aufgrund der klimatischen Bedingungen und der Bodenqualität sind die Anbaumöglichkeiten begrenzt.

Aus der Tabelle „Betriebsstruktur 2003“ auf der folgenden Seite lässt sich ablesen, dass Ackerfrüchte, die gute Marktpreise erzielen, nur eine untergeordnete Rolle spielen. Nur Sieverstedt hat einen größeren Anteil an den fruchtbaren Jungmoränenböden und bebaut 294 ha mit Raps und 298 ha mit Weizen. Dominiert wird die 16.448 ha große LF vom Dauergrünland, das mit 8.596 ha mehr als die Hälfte der LF einnimmt.

Im Umweltatlas für den Landesteil Schleswig (DEUTSCHER GRENZVEREIN, 1987, II.5) wird auf einen „... langfristigen Trend einer insgesamt in Schleswig-Holstein leicht abnehmenden Ackerfläche gegenüber entsprechend zunehmender Dauergrünlandfläche“ hingewiesen. Begründet wird dies mit den natürlichen Gegebenheiten und durch strukturelle Hilfen

und intensive Beratung, die „... zur Vergrößerung der natürlichen Futtergrundlage, d.h. zur Ausweitung der Grünlandflächen auf Sander- und Feuchtstandorten geführt“ habe. Der Betriebszweig Futterbau-Rindviehhaltung habe zu einer erheblichen Ausweitung der Milchviehhaltung geführt. Auf der Vorgeest hat sich der Rindviehbestand von 1960 bis 1983 um 75 Prozent vergrößert. Im Untersuchungsgebiet hat sich der Rindviehbestand ebenfalls vergrößert, aber hier sind die Dauergrünlandflächen zurückgegangen. 1991 waren 11.049 ha Dauergrünland und 5.977 ha Ackerland, 1995 waren die Anteile 10.267 ha und 6.093 ha und 2003 – wie oben angegeben – 8.596 ha und 7.949 ha. Von den 7.949 ha Ackerland werden 4.600 ha mit Futterpflanzen bebaut, wovon der Silomais mit 3.235 ha ungefähr 70 Prozent der Fläche einnimmt. Verbessertes Saatgut des Silomaises, seine geringen Ansprüche an die Bodengüte, der hohe Futterwert und der geringe Arbeitsaufwand (ebd.), haben dazu beigetragen, dass immer mehr Dauergrünland in Ackerland verwandelt wurde („Verbraunung“). Dauergrünland und Futterpflanzen sind die Nahrungsgrundlage für 47.821 Rinder, davon 9.885 Milchkühe, die mit ihren Fleisch- und Milcherträgen die Existenzgrundlage der meisten Betriebe sichern.

Im Untersuchungsgebiet spielt Schweinemast nur eine untergeordnete Rolle. In der Agrarstatistik sind 13 Betriebe aufgeführt, allerdings nur für einen auch die dazugehörigen Tiere (585). Inzwischen gibt es einen größeren Mastbetrieb in Sollerup mit über 5.000 Tieren, deren Gülle in Biogasanlagen in Energie und Dünger umgewandelt wird. Die Abwärme dient u.a. der Beheizung der Ställe und der Trocknung von Futtermitteln.



Foto 14: Mischfutterwerk Sollerup Mühle. Am oberen Bildrand Ställe für die Schweinemast mit Güllebehältern. Die Gülle wird zu den Biogas-Anlagen gepumpt und mit Mais vergoren. Bis zur Straßenbrücke verläuft die begradigte Jerrisbek. Von hier bis zu ihrer Mündung in die Treene fließt sie in ihrem natürlichen Bett.

Die allgemeine Tendenz der hoch industrialisierten Landwirtschaft zu immer größeren Betrieben zeigt sich auch in den Ämtern. Die Zahl der Betriebe ist deutlich zurückgegangen. 1991 waren es noch 498, 2005 nur noch 295 (– 40 Prozent). Die LF sank von 17.045 ha auf 15.900 ha (– 6,5 Prozent). Die Durchschnittsgröße der Betriebe ist von 34,5 ha auf 54 ha gestiegen. Betriebe bis 30 ha werden auf der Geest den Nebenerwerbsbetrieben zugerechnet. Zu dieser Kategorie gehören 110 Betriebe, 30 – 50 ha besitzen 25 Betriebe und 144 sind größer als 50 ha. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft wird sich aufgrund der Osterweiterung der EU und der WTO-Vereinbarungen fortsetzen, weil Schutzzölle und Erstattungen nicht mehr oder nur noch eingeschränkt erlaubt sein werden. VOLLSTEDT (1999; S. 73) weist darauf hin, dass trotz großer Leistungssteigerungen die deutsche Landwirtschaft nicht wettbewerbsfähig sei. „Weder Agrarzölle noch das Landwirtschaftsgesetz von 1955, das mittels der Grünen Pläne Agrarstruktur und Einkommen der Landwirte verbessern sollte, und auch

die später zu diesem Zweck auf supranationaler Ebene ergriffenen Maßnahmen (z.B. 1965 EWG-Anpassungsgesetz) zeigten auf Dauer die gewünschte Wirkung. Letztlich verzögerten sie nur den agrarstrukturellen Wandel. Erst als die durch Subventionen angeregte Überschussproduktion den EG-Haushalt zu sprengen drohte, bahnte sich eine grundlegende agrarpolitische Wende an: die Einführung der Milchquoten 1984 war der erste Schritt fort von der Überschussbeseitigung hin zur Überschussverhinderung.“

Tabelle 2: Betriebsstruktur 2003

	Betriebe	LF ha	Dauergrünl.	Weizen	Roggen u. Triticale	Gerste	Raps	Mais	Rinder	Milchkühe
Eggebek	21	932	566	0	26	0	0	182	2.833	584
Janneby	26	1.349	891	0	45	30	0	241	3.356	885
Jerrishoe	20	1.235	738	0	12	0	0	331	3.158	985
Jörl	21	1.283	784	15	62	0	20	328	3.405	940
Langstedt	17	1.389	860	0	58	39	0	195	3.168	710
Oeversee	21	772	310	0	40	0	0	138	1.458	424
Sieverstedt	41	2.255	694	298	130	184	294	332	3.379	916
Sollerup	25	1.320	548	33	33	81	0	291	3.846	887
Süderhackst.	13	760	400	66	17	0	75	151	1.882	520
Tarp	26	1.275	586	0	64	66	28	266	2.345	684
Wanderup	41	2.111	1.199	19	123	66	59	447	5.457	1.311
Sankelmark	33	1.766	1.829	83	112	89	75	263	3.554	1.039

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein. Agrarstatistik 2003. Eigene Bearbeitung.

Aber auch die für Schleswig-Holsteins Milchbetriebe so wichtige Milchquote steht vor ihrer Abschaffung. Sie wurde zwar vom Agrarministerrat 2003 bis 2015 verlängert, allerdings mit Veränderungen bei der Preisstützung und der Butterintervention. Dieser Ministerrat hat auch grundlegende Veränderungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) beschlossen. Wichtigster Punkt ist die Entkoppelung der Ausgleichszahlungen von der Erzeugung. Diese soll durch das Cross-Compliance gewährleistet werden. Diese „Überkreuzverpflichtung“ soll die EU-Direktzahlungen mit der Einhaltung von Standards in den Bereichen Umwelt, Lebensmittelsicherheit und Tierschutz verknüpfen.

Die Agrarflächen sollen in einem „guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand“ gehalten werden. Dazu gehört vor allem Bodenschutz, Erosionsvermeidung, Erhalt von Landschaftselementen und eine Mindestbewirtschaftung bei den Brachflächen. Für das Untersuchungsgebiet besonders einschneidend ist die Bestimmung, dass das Dauergrünland im Umfang des Jahres 2003 erhalten werden muss. Der Betriebsleiter muss insgesamt 19 Basisanforderungen erfüllen. Dazu gehören die Einhaltung von Richtlinien zum Vogelschutz, Grundwasser, Klärschlamm, Nitrat, FFH, zum Verbot von Hormonen bei der Tierhaltung und Richtlinien zur Kälber- und Schweinehaltung sowie zum Schutz von Nutztieren.

Zu den zu erhaltenden Landschaftselementen gehören Hecken und Knicks, Feldgehölze, Sölle und Feuchtgebiete ab einer bestimmten Größe (GAP-Beschluss vom 26. Juni 2003).

Interessant dürfte sein, wie sich die geforderte Knickerhaltung mit Erlassen des Schleswig-Holsteinischen Landwirtschaftsministers verträgt, der die strengen Schutzbestimmungen für Knicks im Landesnaturschutzgesetz gelockert hat. Seit der Aufhebung des Knickerlasses „... haben sich die Anträge auf Verschiebung oder Rodung von Knicks verzwanzigfacht“ beklagt der Naturschutzbeauftragte des Kreises Edmund Link (FT vom 23.9.08). Ausgleichsmaßnahmen würden inzwischen durch „eine Baumgruppe irgendwo“ erfolgen. „Das kompensiert nicht, was weggenommen wird.“

Ökologischer Landbau spielt im Untersuchungsgebiet keine Rolle. Auf einem Hof wird im Rahmen einer Therapieeinrichtung biologisch-dynamischer Anbau betrieben, ein anderer beliefert mit seinen Produkten Wochenmärkte und eine Bäckerei.

Die Lage der Landwirtschaft hat sich in den vergangenen Monaten auf dramatische Weise verändert. Es herrscht eine ungeahnte „*Aufbruchstimmung an den Agrarmärkten*“ (Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle), weil weltweit die Nachfrage nach Nahrungsmitteln und Rohstoffen schneller gewachsen ist als das Angebot. Der Bio-Boom, der bis in die großen Verbrauchermärkte und zu den Discountern gedrungen ist, hat bereits zu Lieferengpässen geführt. Das Thema „Nachwachsende Rohstoffe“ hat wegen des Klimawandels eine ungeheure Dynamik erhalten. Immer mehr Landwirte mutieren zu Energiewirten. Die rasant zunehmenden Biogasanlagen verbrauchen so viel Mais und Futterpflanzen, dass die Milchbauern fürchten, die Pacht- und Futterpreise nicht mehr bezahlen zu können. Gleichzeitig konnten die Milchproduzenten höhere Erzeugerpreise – vor allem bei den Discountern – durchsetzen. Die Milchprodukte haben im Laufe des Jahres 2007 mehrere Preissprünge erlebt. Ob dafür auch die Nachfrage aus Fernost – wie immer wieder angeführt – mit verantwortlich ist, wird sich zeigen.

Die Landwirtschaft, die bisher sehr stark von der Brüsseler Subventionspolitik abhängig war, könnte mittel- und langfristig ohne Hilfgelder auskommen, weil sich der Überschussmarkt für landwirtschaftliche Produkte zur Zeit in einen Verkäufermarkt wandelt. Der Export von Milchprodukten wird immer bedeutender. 2001 verkaufte Deutschland im Ausland Agrarprodukte für 30 Milliarden Euro, im Jahre 2006 bereits für 40 Milliarden (SPIEGEL, 12/07). Es könnte sein, dass die Aussage von VOLLSTEDT (1999 s.o.) widerlegt wird.

Wie kurzlebig derartige Aussagen und Prognosen sind zeigt sich daran, dass im Mai 2009 die Milcherzeugerpreise auf ein Rekordtief gesunken sind, die nicht einmal die Produktionskosten decken.

Die Forstwirtschaft spielt bei den geringen und zersplitterten Waldflächen keine wirtschaftliche Rolle. Als Naherholungsgebiete und für den Landschafts- und Naturschutz bedürfen sie besonderer Pflege.

1.4.3. Tourismus

In vielen strukturschwachen Gebieten bzw. solchen, die vom Strukturwandel betroffen sind, wird der Tourismus als Hoffnung für den zu bewältigenden Wandel gesehen. Aber nur unter ganz bestimmten Bedingungen ist er in der Lage, nennenswerte Einkommensmöglichkeiten zu schaffen. Der Wettbewerb mit anderen, ähnlich strukturierten Regionen ist enorm.

Der Tourismus hat im Untersuchungsgebiet einen schweren Stand. Er führt ein Schattendasein und erfüllt bestenfalls eine Nischenfunktion. Darüber können auch alle Aussagen und Bemühungen des Tourismusverbandes „Grünes Binnenland“ nicht hinwegtäuschen. Das Treenetal hat zwar sehr viele landschaftliche Reize, aber es kann mit der Förde- und Schleiregion nicht konkurrieren. Eingeklemmt liegt das „Grüne Binnenland“ zwischen Ostsee und Nordsee. Sämtliche angebotenen Aktivitäten – Wandern, Radfahren, Angeln, Kanufahren, Reiten – finden nur im Freien statt und sind wetter- und saisonabhängig. Saisonverlängernde Einrichtungen gibt es nicht.

Der Begriff „Grünes Binnenland“ ist nicht mit einer bestimmten Örtlichkeit verbunden. Dieses Gebiet könnte in allen Bundesländern liegen, die abseits der Küste Tourismus betreiben. Zudem fehlen diesem Gebiet attraktive Reiseziele wie die Seen in der „Holsteinischen Schweiz“ oder der Mecklenburgischen Seenplatte. Für Schleswig-Holstein Urlauber, die in erster Linie wegen der Strände hier Urlaub machen, beinhaltet der Name bestenfalls Ruhe, Beschaulichkeit und Abgeschiedenheit, so dass damit meist nur eine bestimmte Klientel, meist älterer Urlauber und Familien mit kleinen Kindern angesprochen wird. Für mobile Ur-

lauber finden sich preisgünstige Urlaubsquartiere abseits der Badeorte an Nord- und Ostsee, die relativ schnell erreichbar sind. HANSEN (2003) hat über einen Zeitraum von 11 Wochen Urlauber im Bereich der „Oberen Treene“ befragt und 36 Fragebögen ausgewertet. Die geringe Anzahl scheint dem Autor nicht ausreichend zu sein, statistisch abgesicherte Aussagen über die Gründe für die Auswahl des Urlaubszieles zu machen. Auffällig ist, dass sämtliche Befragten mit dem eigenen PKW anreisen und die zentrale Lage des Urlaubsortes hervorheben, da Ausflüge an Nord- und Ostsee, nach Dänemark und in die Städte Flensburg, Schleswig und Husum jederzeit möglich seien.

Die Treene verbindet zwar die Ost- mit der Nordsee, aber als eigene Tourismusdestination ist das Treenetal zu schwach, weil auch die landschaftliche Attraktivität an keiner Stelle spektakulär ist (Aussage der Tourismusmanagerin bei der WiREG). Die landschaftlichen Schönheiten und Kleinode erschließen sich meist erst auf den zweiten Blick und haben einen hohen Erholungs-, aber nur geringen touristischen Wert. Die landschaftlich besonders reizvollen Abschnitte der Treene liegen in dem kurzen Abschnitt zwischen Treßsee und Treia. Hier befinden sich auch zwei der vier Naturschutzgebiete des Untersuchungsgebietes, die „Binnendüne am Treßsee“ und die „Fröruper Berge“, eine reich gegliederte Endmoränenlandschaft. Beide NSG sind höchst sensibel. Besuchermassen würden sie nicht verkraften. Schon heute verlangt die relativ große Zahl der Erholungssuchenden eine restriktive Besucherlenkung.

Im Bereich der oberen Treene befinden sich auch die Megalithgräber von Munkwolstrup (Arnkiel-Park) und nebenan die Denkmäler zur Erinnerung an den Preußisch-Österreichisch-Dänischen Krieg von 1864. Am 12. Mai 2007 wurde das restaurierte Gräberfeld mit einem Informationspavillon eingeweiht. Dieser archäologische Park ist auch das einzige herausragende touristische Ziel, das der Führer „Freizeit- und Kultur in der Schlei- und Förderegeion“ (SCHLESWIGER DRUCK&VERLAGSHAUS, 2007) für das Untersuchungsgebiet erwähnt.



Foto 15: Sankelmarker See mit Akademie (helles Gebäude im Wald). Am unteren Bildrand der Ortsteil Munkwolstrup. Zwischen der Siedlung und der Straße liegt der Arnkiel-Park mit den Großsteingräbern. Am Straßenrand – verdeckt durch Bäume – die Denkmäler für Dänen, Preußen und Österreicher des Gefechtes von Oeversee (6.2.1864).

Hier treffen sich der Ochsenweg, die Pilgerroute, und der Europäische Fernwanderweg Nr. 1 Ostsee – Adria. Viele Verbände beschäftigen sich auf unterschiedliche Weise mit der Landschaft und ihrer Geschichte: der Förderkreis Arnkiel-Park, die AG Ochsenweg, Stapelholmer Weg und Pilgerroute, die Akademie Sankelmark, die Schrobach-Stiftung, der Verband der

Kiesabbauer, der Touristenverband Grünes Binnenland und die Gemeinde Oeversee. Im Dezember 2008 wurde Oeversee vom Wirtschaftsministerium als Erholungsort anerkannt (im Amt auch die Gemeinden Tarp und Sieverstedt). „Damit werden die Anstrengungen im Bereich touristischer Infrastruktur und Tourismusangebote von hoher Stelle anerkannt“, so Amtsvorsteher Herbert Jensen (FT vom 6.12.08). Vielleicht ist diese Anerkennung Ansporn, das Verständnis für unsere Heimat durch entsprechende Maßnahmen zu vertiefen.

Im Arnkiel-Park und an den Denkmälern des Krieges von 1864 gibt es Informationstafeln über die Geschichte, von der Jungsteinzeit bis zum 19. Jahrhundert, im Park sogar einen Informationspavillon. Jedes Jahr marschieren zum Gedenken an das Gefecht von Oeversee (6.2.1864) Honoratioren aus Stadt und Landkreis zu den Denkmälern der Österreicher, Preußen und Dänen. Den wenigsten ist bewusst, dass sie sich hier nicht nur auf historischem Boden des 19. Jahrhunderts bewegen, sondern auch auf einem Gebiet, das früh- (Gräberfeld) und erdgeschichtlich hoch interessant ist. Es wäre ideal, in diesem Zusammenhang die Erdgeschichte einer Landschaft zu erklären, in die die historischen Ereignisse eingebettet sind. Für Urlaubsgäste und Erholungssuchende ergäbe sich eine gute Möglichkeit, Kultur und Natur miteinander zu verbinden. Kerngebiet wäre der Arnkiel-Park, von dem man am Sankelmarker See entlang die Kirche und den „Historischen Krug“ in Oeversee erreichen kann. Von dort geht es weiter in die Fröruper Berge, die Düne am Treßsee und die Ihlseeniederung oder zum oberen Treenetal bis Tarp. Vom Gräberfeld könnte ein geologischer Lehrpfad durch die aufgelassene Kiesgrube in die Fröruper Berge und zur Düne am Treßsee angelegt werden. In diesen Lehr- und Informationspfad sollte der „Findlingsgarten“ aus Tarp verlegt werden, der dort zwischen Umgehungsstraße und der Besiedlung eingeklemmt ist, wenig Beachtung findet und keinen unmittelbaren Bezug zur umgebenden Landschaft hat. Es wäre wesentlich anschaulicher, wenn diese Steine an ihrem Fundort erklärt würden, weil auch die Findlinge, die zur Rekonstruktion des Großsteingrabes verwendet wurden, aus den benachbarten Kiesgruben stammen. Hier könnte ein Gesamtkonzept, das Erdgeschichte, Siedlungsentwicklung, Landesgeschichte und Fauna und Flora für den Besucher „begreifbar“ im Sinne des Wortes macht, ein touristischer Schwerpunkt werden. Ideal wäre eine Zusammenarbeit mit dem Naturwissenschaftlichen Museum Flensburg (Eiszeithaus). Der vorhandene Pavillon bietet genügend Platz für weitere Informationstafeln.

Obwohl U. Heintze bereits 2002 ein integriertes Wanderwegekonzept vorgelegt (nicht veröffentlicht) hat, haben es die Gemeinden nicht umgesetzt. Ohne eine hilfreiche Führung für Besucher lassen sich die Zusammenhänge zwischen Landschaftsentwicklung und Geschichte nicht erschließen. Auch die Markierung für den Europäischen Fernwanderweg (E 1) Ostsee – Adria, der durch das Amt Oeversee führt, lässt sich nur mit Mühe ausfindig machen. Touristische Werbung oder Hinweise auf seinen Verlauf findet man weder an der Strecke noch im Tourismusbüro.

Am Sankelmarker See liegt auch das einzige Ausflugslokal des Untersuchungsgebietes, das von Spaziergängern nach einer Umrundung des Sees gerne aufgesucht wird. Eine Gaststätte mit Hotel direkt am Arnkiel-Park stand mehrere Jahre leer und hat seit kurzem als Hotel Garni wieder geöffnet.

Größter Tourismusmagnet ist die nicht regulierte Treene zwischen Oeversee und Treia. Nach Aussage der Kanuvermieter wird die Treene vor allem auf dem Abschnitt von Langstedt bis Hünning in Spitzenzeiten von 200 bis 250 Booten pro Tag befahren. Dieser kleine und stark mäandrierende Fluss trägt diese Belastung nicht. Vor allem ungeübte, unvernünftige und teils alkoholisierte Kanutouristen – für viele ist die Kanutour ein „Betriebsausflug“ – fügen Fauna und Flora des Flusses nicht regenerierbare Schäden zu. Es wäre unverantwortlich, dieses Segment des Tourismus – wie von vielen Kommunalpolitikern gewünscht – noch weiter auszubauen. Im Gegenteil: Es muss dringend endlich eine Beschränkung der Benutzerzahlen eingeführt und kontrolliert werden. Es ist nicht einzusehen, dass wegen geringer finanzieller

Vorteile Weniger eine im Landesteil Schleswig einmalige Flusslandschaft zerstört wird. Auch die seit März 2007 tätige Regionalmanagerin sieht den Ausbau des Kanutourismus als besonders erstrebenswert an.

ROHR, v. und RATHJE (2002) schlagen vor, „weiche“ Maßnahmen zur Lenkung des Kanutourismus vorzunehmen, weil Sperrzeiten und die Vergabe von Kontingenten wegen fehlender Rechtsgrundlage nicht möglich seien. Diese Begründung erscheint nicht stichhaltig, ist jedoch das willkommene Argument für Kanuverleiher und Tourismusmanager, weiterhin nichts zu tun, um dem Wildwuchs entgegenzutreten. Der Verdacht drängt sich auf, dass die Schäden durch die Übernutzung der Treene vordergründig beklagt werden, insgeheim aber jeder zusätzliche Kanutourist begrüßt wird, weil er vielleicht ein wenig Geld in der Region lässt. Laut Angaben der Bundesvereinigung Kanutouristik – der Organisation der Kanuvermieter – geben Kanutouristen im Schnitt 28 Euro pro Tag aus, Übernachtungsgäste bis zu 50 Euro. Nach diesen Annahmen würden die Kanutouristen für einen Umsatz von einer halben Million Euro sorgen. Hinzu kommen noch Ausgaben für die Bootsmiete (ebd.).

Diese Angaben erscheinen stark überhöht. Die meisten Kanufahrer sind Selbstversorger, da an der Strecke nur eine schwach entwickelte Infrastruktur vorhanden ist. Am Ende der meist befahrenen Strecke gibt es einen Rast- und Grillplatz, der auf Selbstversorgung angelegt ist. Hier kann man auch zelten.

Die hohe ökologische Bedeutung des Treenetals zwischen Oeversee und Treia hat auch dazu geführt, dass im Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum V dieser Abschnitt gemäß Landesnaturschutzgesetz (§ 17 LNatSchG) als geplantes Naturschutzgebiet ausgewiesen wird. Falls die Planverfasser ihre eigenen Vorstellungen ernst nehmen, müsste jeglicher Kanutourismus unterbleiben, zumindest müssen klare Befahrensregeln bei niedrigen Wasserständen und während der Brut- und Laichzeit erlassen werden.

Die Tourismusmanagerin in Tarp macht für die Lösung des Konfliktes zwischen Natur- und Wirtschaftsinteressen einen interessanten Vorschlag: Demnach soll der kommerzielle Kanubetrieb erst unterhalb von Sollerup einsetzen. Dadurch würden die besonders empfindlichen Bereiche zwischen Oeversee und Sollerup weitgehend geschont.¹²

Eine Infrastruktur für den Tourismus ist – wenn überhaupt – nur ansatzweise vorhanden. Der „Historische Krug“ in Oeversee ist ein hochpreisiges Gourmet-Restaurant mit einem auf „Beauty und Spa“ ausgerichteten Hotelangebot. Aufgrund seiner geringen Bettenkapazität (90) kann er auch nur wenige Gäste ansprechen. Die anderen Hotels in den Amtsgemeinden sind von ihrer Ausstattung her nicht für Gäste eingerichtet, die einen längeren Urlaub verbringen möchten. Lediglich der „Landgasthof Tarp“ bietet für Gruppenreisen mehrtägige Arrangements an.

Eigentlich wäre in einer landwirtschaftlich geprägten Gegend zu erwarten, dass „Ferien auf dem Bauernhof“ das herausragende touristische Angebot darstellen. Es gibt jedoch lediglich vier Anbieter für diese besonders bei Familien mit Kindern beliebte Urlaubsform. Auch das Angebot an Ferienhäusern (7) und Ferienwohnungen ist sehr gering. Es gibt keinerlei Angebote für Schlecht-Wetter-Perioden (außer im „Historischen Krug“).

Die Privatquartiere sind in ihrer Ausstattung – und damit auch in der Preislage – sehr unterschiedlich. Der Tourismus Experte der IHK Dirk Nicolaisen beklagt, dass die gesamte Region nach wie vor ein „Qualitäts-Problem“ durch noch zu viele minderwertige Quartiere und Service-Mängel in der Gastronomie habe. 70er Jahre-Tristesse lasse sich nur schwer vermarkten (FT vom 2.6.07).

¹² Auf den Kanutourismus wird im Kapitel 8.: „Nachhaltige Projekte“ nochmals eingegangen.

Schleswig-Holstein ist bekannt für seine Pferdezucht. Im Untersuchungsgebiet gibt es auch einige Reiterhöfe für den örtlichen Bedarf. Was völlig fehlt sind Reiterhotels oder Reiterhöfe, auf denen Familien mit Kindern Urlaub machen könnten. Ebenso fehlt ein zusammenhängendes Reitwegesystem. Durch den Büschauer Forst entlang der Treene verläuft einer der schönsten Reitwege des Landes, allerdings ohne Verbindung zu anderen Gebieten. Im Rahmen des Wegekonzeptes der „Oberen Treenelandschaft“ sind Reitwege in den Fröruper Bergen und über die Düne am Treßsee ausgewiesen worden. Die Hufe der Pferde zerstören jedoch die Wanderwege. Das Aufbringen von Schwarzdecken auf fast allen Wirtschaftswegen verhindert bis jetzt die Schaffung eines Reitwegenetzes, da dafür umfangreiche Landkäufe erforderlich wären. Seit 2008 gibt es Bemühungen von sieben AktivRegionen¹³ ein umfassendes Reitwegenetz zu schaffen. Das Amt Oeversee hat dafür 30.000 Euro Kofinanzierungsmittel für zwei Jahre bereitgestellt (FT vom 16.12.08).

Ohne Bedeutung ist das Angebot an Campingplätzen, die vor allem für durchreisende Skandinavienurlauber oder aus Skandinavien in den Süden fahrende Touristen als Zwischenübernachtungsplätze geeignet wären. Die beiden an der ehemaligen Europastraße gelegenen Campingplätze in Sankelmark und Süderschmedeby erfüllen nicht die Ansprüche, die heute von Campingurlaubern gestellt werden.

Für die wachsende Gruppe der Wohnmobiltouristen werden lediglich vier Stellplätze auf Privatgelände an einer stark frequentierten Kreuzung ohne Ver- und Entsorgungseinrichtungen angeboten. Obwohl die Leiterin des Tourismusbüros in Tarp immer wieder die Gemeinden aufgefordert hat, für die wachsende Zahl dieser Urlauber eine einfache Infrastruktur bereitzustellen, hat sich bis heute nichts getan. Die offiziellen Verlautbarungen sagen dazu etwas anderes. Im Report 26/2005 der WiREG ist unter der Überschrift „Kreis SL-FL wird reisemobilfreundliche Region“, zu lesen, dass sich der Kreis Schleswig-Flensburg mit 11.210 Euro an einem Projekt beteiligt, „... das mit der Verbesserung der Infrastruktur und Erstellung eines Netzwerkes für eine effektive Vermarktung die Ostseeküste und das Binnenland Schleswig-Holsteins attraktiver für Reisemobile machen möchte. Projektstart ist ab 1.7.2005, es werden sowohl die Stellplatzbetreiber als auch die Kommunen eingebunden.“

Wirtschaftsminister Dietrich Austermann förderte ein neues Touristcenter mit 200.000 Euro in Tarp mit folgender Begründung: „Dieses Projekt wird die Basis für die Entwicklung des Tourismus zu einem stabilen Standbein innerhalb des regionalen Wirtschaftsgefüges bilden“ (FT vom 27.10.06). Weiter wird in diesem Artikel ausgeführt, dass die Gemeinden Tarp und Eggebek zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen des Truppenabbaues insbesondere den touristischen Bereich weiter ausbauen wollen.

Die Ämter haben ihre touristischen Möglichkeiten durch ein Studienprojekt des Geographischen Instituts der Christian-Albrecht-Universität (ROHR, v./RATJE, 2002) untersuchen lassen. In diesem Gutachten wird das landschaftliche Potential der Oberen Treenelandschaft besonders hervorgehoben. Diese Jungmoränenlandschaft verfügt über Mittel- und Hutewälder, extensiv genutzte Magerrasengebiete, Buchenwälder, Moore, Flusstäler, Trockenhänge, Dünen und Heidegebiete. Die unterschiedliche Nutzung hat zu einer reichen Fauna und Flora geführt. Die Bundesregierung hat die „Obere Treenelandschaft“ als besonders schützenswert ausgewählt. Das Bundesamt für Naturschutz setzt für die Bundesregierung das Programm zur „Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung“ um. Vor Ort wird das Gebiet vom „Naturschutzverein Obere Treenelandschaft“ betreut und entwickelt. Bis zum Jahr 2009 stehen mehr als 10 Mio. Euro zur Verfügung, wovon 7 Mio. für Flächenankäufe und 1,5 Mio. für Biotopmaßnahmen verwendet werden sollen. 75 Prozent der Gelder bringt der Bund, 15 Prozent das Land und 10

¹³ Siehe Kapitel 7.2.: „AktivRegionen“

Prozent die Kurt und Erika Schrobach-Stiftung auf. Der Vorstand des Vereins muss sich laut Satzung aus Vertretern unterschiedlicher Interessengruppen zusammensetzen, wie zum Beispiel Landwirtschaft, Politik, Naturschutz und Tourismus. Das Motto des Vereins „Von der Region für die Region“ soll dokumentieren, dass keine Maßnahmen gegen den Willen der Grundstücksbesitzer und die Landwirte durchgeführt werden. Aus der Katasterkarte geht hervor, dass viele Grundstücke in den ökologisch besonders wertvollen Flächen, sich weder von der Größe noch von der Bodengüte her, ökonomisch nutzen lassen. Ein Verkauf verhindert die Verbuschung, weil große nun zusammengelegte Flächen als extensives Weideland genutzt werden.

Die Naturschutzarbeit in den Ämtern wird in Kapitel 8.2. behandelt. An dieser Stelle soll darauf hingewiesen werden, dass Synergieeffekte zwischen Naturschutz und Tourismus sich nur langfristig einstellen. Es besteht immer die Gefahr, dass der Naturschutz von Politik und Tourismusmanagern missbraucht wird, weil von diesen Gruppen der Naturschutz nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck gesehen wird.

Laut o.a. Gutachten hat der Fahrradtourismus aufgrund des wenig profilierten Geländes und guter Radwege gute Zuwachschancen. Die Leiterin des Tourismusbüros hat bestätigt, dass die Nachfrage nach Paketangeboten auf dem Ochsenweg ständig gestiegen sei. Die noch nicht ausgebauten Infrastruktur verhindert eine offensivere Werbung. Die Beschilderung der Strecken ist uneinheitlich und teilweise unverständlich. In den unterschiedlichen Kartenwerken sind auch unterschiedliche Wege eingezeichnet (eigene Erfahrung). Eine Koordinierungsstelle, die bei der Tourismusagentur Schleswig-Holstein (TASH) oder beim Kreis angesiedelt sein müsste, gibt es nicht. Es gibt zu wenig Unterstellmöglichkeiten und zu wenig Angebote des Beherbergungsgewerbes, die die speziellen Anforderungen dieser Touristengruppe erfüllen können. Die Vermieter haben offensichtlich noch nicht erkannt, dass die Fahrradtouristen von heute nicht mehr mittellose Jugendliche sind, die von Jugendherberge zu Jugendherberge strampeln, sondern in der Mehrzahl zu den sogenannten „Best Agern“ gehören, einer zahlungskräftigen Klientel, die einen gewissen Komfort erwartet. In anderen Tourismus-Regionen, durch die Fernwander- bzw. Radwege verlaufen, werden Wanderer/Radfahrer als besonders willkommene Gäste durch entsprechende Hinweise an Gasthöfen zum Verweilen eingeladen.

In dem erwähnten Tourismusgutachten werden viele Vorschläge gemacht, die Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen. Es wird auch deutlich gemacht, dass ein Ausbau des Tourismus nur durch Investitionen und durch ein verstärktes Engagement der Akteure vor Ort möglich ist. Dies gilt besonders für das Ziel, die Region für Urlauber mit Behinderung interessant zu machen. Nur ein Faltblatt ist dafür zu wenig, wenn weder die Gemeinden noch die meisten Vermieter bereit sind, die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen. Laut Gästeverzeichnis 2008 gibt es nur zwei Unterkünfte, die für Rollstühle geeignet sind.

Bevölkerung und Politik scheinen die Tourismusbestrebungen nur halbherzig zu unterstützen. Bis heute ist es nicht gelungen, die besonders attraktiven Treeneabschnitte zwischen Tarp und Sollerup mit durchgehenden Wanderwegen auf beiden Ufern der Treene außerhalb des Talraums zu verbinden. Es verwundert deshalb nicht, dass das Treenetal nicht als Wanderziel in NATURA 2000 Gebieten aufgeführt wird (MUNL, 2003).

Dies liegt auch daran, dass die politischen Gremien – Ämter und Gemeinden – die Verantwortung für den Tourismus an den Tourismusverband „Grünes Binnenland“ abgegeben haben. Weder in den Ämtern noch in den Gemeinden gibt es für diese Aufgabe einen Ausschuss, der für die Belange des Tourismus zuständig ist.

Da der Tourismus im ganzen Land vor allem wegen der Konkurrenz aus Mecklenburg-Vorpommern Einbußen hinnehmen musste, hat das Wirtschaftsministerium im Januar 2006 bei der Unternehmensberatung Roland Berger ein Gutachten zum Zustand der Tourismuswirt-

schaft in Auftrag gegeben. Das Urteil der Experten ist vernichtend: Die touristische Infrastruktur sei „*unbefriedigend*“, die Planungen seien „*ernüchternd*“, die Strukturen „*kleinteilig und ineffizient*“ und die Förderpolitik des Landes sei „*unzureichend strukturiert*“ heißt es in dem Papier, das am 6. Juli 2006 von Wirtschaftsminister Dietrich Austermann vorgestellt wurde (FT vom 7.6.06). In dem Papier wird vorgeschlagen, dass sich Schleswig-Holstein auf attraktive Zielgruppen konzentrieren solle. Dies sind nach Ansicht der Experten „*Anspruchsvolle Genießer*“, Familien mit Kindern und die sogenannten „*Best Ager*“. Die Generation der über 50-Jährigen sei mit rund 80 bis 110 Euro Umsatz pro Tag nicht nur besonders finanzkräftig, sondern werde zahlenmäßig immer größer. Der Wirtschaftsminister kündigte an, dass dieses Gutachten die Grundlage der Förderpolitik des Landes bei Tourismuswerbung und bei Infrastrukturprojekten sein werde. In diesem Gutachten kommen Behinderte als Zielgruppe nicht vor. Dadurch sind alle Versuche der Ämter Oeversee und Eggebek, Fördergelder für einen barrierefreien Tourismus zu erhalten, zum Scheitern verurteilt.

Das Verschlafen wichtiger Trends wurde von Prof. Björn Bloching (R. Berger) damit begründet, dass bei einigen „... *der gefühlte Leidensdruck nicht groß genug* ...“ (ebd.) gewesen sei. Der Verfasser meint, dass viele Fremdenverkehrsorte in Schleswig-Holstein vergessen haben, dass sie ihre Existenz in erster Linie der deutschen Teilung verdanken. Nach der Wiedervereinigung haben die mit einem ungeheuren natürlichen Potential ausgestatteten Gemeinden an der Ostseeküste und an den Mecklenburgischen Seen in kurzer Zeit eine moderne und ausgezeichnete Infrastruktur für die gesamte Bandbreite des Tourismus geschaffen. Bei den Schleswig-Holsteinern – von der Regierung bis zum Dorfbürgermeister – hat man viel zu spät erkannt, dass mit Ferienquartieren, die den Charme der 50er Jahre verströmen, kein Geschäft mehr zu machen ist.

Vor Ort ist dieses Gutachten und die daraus abgeleitete Förderpolitik auf wenig Gegenliebe gestoßen. Man fürchtet vor allem, dass der Fahrradtourismus über die bisherigen hoffnungsvollen Ansätze nicht hinauskommt. Für die angesprochenen Zielgruppen gibt es im Untersuchungsgebiet als Urlaubsdomizil lediglich den „Historischen Krug“ in Oeversee, aber auch der findet in der Marketing-Kampagne der Tourismusagentur Schleswig-Holstein (TASH) keine Gnade. Nach Auffassung der Agentur werden für die „Anspruchsvollen Genießer“ nur Fünf-Sterne-Häuser ausgewählt. Lediglich der „Alte Meierhof“ in Glücksburg wurde als einer von acht „Hot Spots“ auserkoren (FT vom 29.10.08). Anke Lüneburg, Geschäftsführerin der Ostseefjord-Schlei GmbH, hält dieses Auswahlkriterium für nicht sachgerecht, weil dadurch das Potenzial der Zielgruppe nicht ausgeschöpft würde. Unter anderem würde der „Historische Krug“ in Oeversee als Vier-Sterne-Hotel auch die Anforderungen erfüllen, die anspruchsvolle Genießer erwarten. Zweifel sind angebracht, ob das Land mit dieser neuen Tourismuspolitik auf dem richtigen Weg ist. Prof. Martin Lohmann vom Kieler Institut für Tourismus- und Bäderforschung in Nordeuropa verweist darauf, dass die „Generation 50 Plus“ von den Reiseveranstaltern umworben wird, aber nicht direkt angesprochen werden will. „*Wir haben mal ein spezielles Angebot versucht. Aber egal, ob man Ältere als Best Ager oder Golden Ager anspricht, sie wollen es nicht*“, so der Reiseveranstalter DerTour. „*Viele Seniorenangebote wurden zum Flop*“, sagt auch der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband in Berlin. „*Bei diesen Reisen ist oft implizit der Gedanke enthalten, dass die Leute etwas nicht mehr können*“, sagt Lohmann (dpa vom 16.5.07).

Zwei touristische Besonderheiten weist das Untersuchungsgebiet mit dem vom dänischen Pfadfinderverband betriebenen Jugendlager in Tüdal (jährlich 20.000 bis 30.000 Übernachtungen) und der Akademie Sankelmark auf.

Viele Jugendliche lernen die Schönheiten des Treenetals auf diesem Wege kennen. Dass daraus im Erwachsenenalter ein Nostalgietourismus mit einem längeren Aufenthalt entsteht ist nicht sehr wahrscheinlich.

Es gibt keine Untersuchungen, ob Teilnehmer an den Veranstaltungen der Akademie dadurch animiert werden, ihren Urlaub in der Region zu verbringen. Es ist jedoch bekannt, dass Gäste, denen das Übernachtungsangebot der Akademie nicht entspricht, den benachbarten „Historischen Krug“ aufsuchen. Die Mehrzahl der Gäste der Akademie kommt aus Schleswig-Holstein, die den Norden des Landes bei Tagesausflügen besuchen kann. Einen längeren Urlaub verbringt man meistens an der Küste oder in einer entfernteren Region.

2. Das Militär in Tarp und Eggebek: Von der Ansiedlung 1956 bis zur Konversion 2005

2.1. Ausgangslage

Die Tragweite des Beschlusses vom Mai 2003, das Marinefliegergeschwader 2 in Tarp/Eggebek Ende 2005 zu schließen, lässt sich erst dann ermessen, wenn man ihn im Zusammenhang mit den vorherigen Abrüstungsentscheidungen sieht, von denen Schleswig-Holstein, und dabei besonders der nördliche Landesteil, betroffen war.

2.2. Hintergründe

Vorangegangen waren in den Jahren 1989 – 1991 weltpolitische Ereignisse von großer Tragweite: Der Fall der Mauer, das Verschwinden des „Eisernen Vorhangs“, der Zusammenbruch der Sowjetunion, die Auflösung des „Warschauer Paktes“, die 2 + 4 Verhandlungen 1990 zur Wiedervereinigung und die Wiener Abrüstungsverhandlungen. Die NATO – und damit auch die Bundeswehr – hatten plötzlich keine potentiellen Gegner mehr.

Wie stark Deutschland vom Militär geprägt war, verdeutlichen folgende Zahlen: 1990 befanden sich auf dem Gebiet des wiedervereinigten Deutschlands 1,35 Mio. Soldaten. 525.000 Bundeswehr- und NVA-Kontingente, 400.000 Alliierte und 426.000 Soldaten der GUS-Streitkräfte. Bundeswehr und Alliierte beanspruchten 400.000 ha, das entspricht 1,5 Prozent der Landesfläche. NVA und GUS-Streitkräfte blockierten 500.000 ha, entsprechend 4,3 Prozent der damaligen DDR (BfLR 5/1992, S. 312).

Die Bundesregierung hatte sich verpflichtet, in einem festgelegten Zeitrahmen die Truppenstärke erheblich zu reduzieren. Das am 2. November 2004 von Verteidigungsminister Peter Struck vorgelegte Strukturkonzept für die Bundeswehr sah vor, die Truppenstärke bis zum Jahr 2010 auf 250.000 Dienstposten zu reduzieren. Damit verbunden war eine Neuorganisation der Bundeswehr, um sie auf andere Aufgaben vorzubereiten. Eine Folge dieser Restrukturierung war die Auflösung der Jet-Komponente der Luftstreitkräfte der Marine. Die Marinefliegergeschwader 1 und 2 in Jagel und Eggebek wurden geschlossen, in Jagel zog die Luftwaffe ein, Eggebek/Tarp wurde aus der militärischen Nutzung entlassen.

Auf viele Gemeinden, die sich seit Jahrzehnten an das Vorhandensein der Bundeswehr gewöhnt hatten, wirkte der beabsichtigte Schließungsbeschluss wie ein Schock. *„Hieraus resultierte oftmals eine Erstarrung, da mit dem möglichen Abbau der Arbeitsplätze bei der Bundeswehr der Verlust jeglicher regionalen Entwicklungsperspektive einherging“* (GRUNDMANN, 1991, S.3). Dann reagierte man mit Wut, Unverständnis und Verbitterung. Der Sinn der ministeriellen Entscheidung wurde angezweifelt. Es fehlte auch nicht an Vorschlägen, in anderen Gebieten Deutschlands Kasernen zu schließen, wo diese als Hemmnisse einer städtischen und regionalen Entwicklung gesehen wurden. Das Motto lautete: Abrüstung ja, aber nicht bei uns.

Die strategischen Überlegungen und die internationalen Verpflichtungen, die der Umstrukturierung zu Grunde lagen, blieben den meisten Kommunalpolitikern verborgen bzw. wurden nicht zur Kenntnis genommen. Dass auch die Bundeswehr den Rotstift ansetzen müsse, wurde zwar grundsätzlich anerkannt, in einer strukturschwachen Gegend wie dem Landesteil Schleswig aber nicht akzeptiert. Vergessen wurde bei diesen Auseinandersetzungen, die sehr emotional geführt wurden, dass andere Gebiete Deutschlands genauso oder noch stärker betroffen waren, wie z.B. in der ehemaligen DDR und in Süddeutschland, letztere vor allem wegen des Rückzuges der Alliierten, der sich viel schneller und radikaler vollzog als die Reduzierung der Bundeswehr. Auch die GUS-Streitkräfte haben Deutschland schon vor vielen Jahren verlassen.

2.3. Das Militär in Schleswig-Holstein und in der Region

Schleswig-Holstein wies innerhalb der Bundesrepublik die stärkste Konzentration von Militäreinrichtungen auf (20 Soldaten je 1000 Einwohner). An mehr als 80 Standorten waren ca. 36.000 Berufs- und Zeitsoldaten, ca. 23.700 Grundwehrdienstleistende und ca. 24.000 Zivilangestellte beschäftigt. Das bedeutete, dass bei einem Bevölkerungsanteil von 4 Prozent 12 Prozent aller Soldaten der Bundesrepublik (alt) in Schleswig-Holstein stationiert waren. Der Anteil der Arbeitsplätze für Berufssoldaten, Zeitsoldaten und Zivilbedienstete lag bei 6,5 Prozent im Lande. Nördlich des Kanals war dieser Prozentsatz erheblich höher.

Die folgende Tabelle zeigt die Bedeutung der Bundeswehr in der Region. Prozentual liegen die drei Gebietskörperschaften in Schleswig-Holstein mit deutlichem Abstand an der Spitze.

Tabelle 3: Berufs- und Zeitsoldaten sowie Zivilbedienstete der Bundeswehr

Kreisfreie Stadt/Kreis	Berufs- u, Zeitsoldaten sowie Zivilbeschäftigte	Anteil der BW in % an den Erwerbstätigen
Flensburg	5.745	11,42
Schleswig – Flensburg	9.479	16,99
Nordfriesland	7.391	12,43

Quelle: Der Minister für Wirtschaft, Technik und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein. (Stand 11/90) an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen (12/87) im Planungsraum V (Landesteil Schleswig). Eigene Darstellung.

Die beiden Stationierungskonzepte des Bundesverteidigungsministeriums vom Sommer 1991 und vom Frühjahr 1993 beinhalteten den Abbau von 19.000 Dienstposten. Das entsprach einem Rückgang von 25 Prozent. Das dritte Stationierungskonzept von 1995 strich weitere 8.000 Dienstposten, die vor allem den strukturschwachen Norden und Westen des Landes belasteten. Der Planungsraum V und der Kreis Dithmarschen mussten dabei zwei Drittel des gesamten Truppenabbaus in Schleswig-Holstein bewältigen (BUNDESMINISTER DER VERTEIDIGUNG; 1991, 1993, 1995).

Im Falle einer Auseinandersetzung mit dem „Warschauer Pakt“ fiel den hier stationierten NATO-Truppen seinerzeit die Aufgabe zu, die Ostseeausgänge zu sichern und eine Überwindung der Jütischen Halbinsel zu verhindern.

2.4. Reaktionen auf den Truppenabbau

Nach der völlig veränderten Feindlage war klar, dass diejenigen Gebiete, die bisher aus o.a. Gründen besonders stark vom Militär geprägt waren, nun auch besonders stark vom Truppenabbau betroffen sein würden. Die Verantwortlichen der Stadt Flensburg beispielsweise, die nach dem Ressortkonzept vom 23.5.1991 von der ersten Truppenabbauwelle besonders hart getroffen wurde, reagierten nicht nur mit einem riesigen Protestplakat am Rathaus (So nicht, Herr Rühe!), sondern stellten in einem Magistratsbeschluss fest, dass Flensburg auch nicht einen einzigen Soldaten verlieren dürfe. Um sich abzusichern, wurden allerdings gleichzeitig Kompensationsforderungen erhoben. Da dieses Verhalten typisch für die meisten Konversionsstandorte war, sollen einige der wichtigsten Forderungen ausschnittsweise wiedergegeben werden.

In der Begründung zu diesem Antrag (Magistratsvorlage 73/91) vom 7.5.1991 heißt es, dass der Minister des Landes für Wirtschaft, Technik und Verkehr die Kommunen aufgefordert habe, einzustufen, welche Bundeswehreinrichtungen aus Sicht der Gemeinden für die regionale Wirtschaft unverzichtbar seien und keinesfalls aufgegeben werden sollten.

Dann heißt es:

„Für den strukturschwachen Raum Flensburg haben Truppenstandorte eine wichtige, unverzichtbare regionalwirtschaftliche Bedeutung. Die regionalstrukturelle Situation der Stadt Flensburg und ihrer Region lässt keinerlei Truppenabzug zu. ... Dementsprechend muss Truppenabbau grundsätzlich in solchen Standorten beginnen, die in strukturstarken Gebieten

liegen. ... Für den Fall von Truppenreduzierungen aus militärfachlichen Gesichtspunkten fordern wir die Ersatzverlegung anderer Einheiten aus strukturstarken Regionen nach Flensburg.“

Weiter wird gefordert, dass die Bundeswehr die Einheiten nicht ausdünnen solle, sondern im erforderlichen Falle eine Einheit als Ganzes abziehen solle, damit die Liegenschaft zu einem „... regionalwirtschaftlich motivierten Vorzugspreis zur Verfügung gestellt werden könne.“

Aber auch emotionale Gründe hat die Stadt angeführt, die gegen eine Truppenreduzierung in Flensburg sprechen: *„Flensburg gehört unter den Bundeswehrbeschäftigten ohne Zweifel zu den begehrtesten und attraktivsten Standortgemeinden in Norddeutschland. Es liegt im eigenen Interesse der Bundeswehr, einen Standort mit einer hohen Popularität unter den Bediensteten des Militärs von einer Dienststellenreduzierung auszusparen.“*

Der letzte Teil des Antrages lautet: *„Bei einem Leerfallen militärischer Anlagen fordern wir Fördergelder für die Entwicklung von Umnutzungskonzepten und städtebaulichen Rahmenplanungen zur Integration ehemaliger Kasernenanlagen in die Stadtstruktur. Vorstellbar wären städtebauliche Wettbewerbe zur modellhaften Ausarbeitung von Entwicklungskonzepten.“*

Nach ähnlichem Muster sind die anderen Konversionsgemeinden in der Region vorgegangen, die in späteren Jahren vom Truppenabbau betroffen waren. Zunächst wird die Schließung der Militäranlage als verhängnisvoll für die Gemeinde dargestellt, dann versucht man – eher resignativ – so viel Fördergelder wie möglich zu erhalten. Der Truppenabbau wurde als existenzbedrohend empfunden. *„Denn weniger Soldaten heißt sozialer und wirtschaftlicher Wandel, heißt Veränderung zu gestalten und sich einer neuen Situation zu stellen, ist also anstrengend“* (WELLMANN, 1992, S. 173).

Die Angst vor Arbeitsplatzverlusten und vor regionaler Verödung hat den Blick auf „... die bisher verborgene strukturkonservierende Seite der Medaille, dass das Vorhandensein eines Bundeswehrstandortes in etlichen Gemeinden zivile Entwicklungsmöglichkeiten verhindert hat ...“ getrübt (GRUNDMANN, 1991, S. 3). Eine aktive Suche nach Alternativen erschien nicht notwendig, *„... da die Garnison als Konstante innerhalb des lokalen und regionalen Gefüges galt“* (ebd.).

Die Bundeswehr hat alles unternommen, um den Truppenabbau für Soldaten und Zivilbeschäftigte sozialverträglich zu gestalten. Im Stationierungskonzept vom 1.11.2004 heißt es dazu: *„Die Fürsorgepflicht gegenüber dem militärischen und zivilen Personal hatte bei der Erarbeitung dieses Stationierungskonzepts einen hohen Stellenwert. Jeder Ortswechsel bedeutet eine Vielzahl sozialer und finanzieller Belastungen. Das soziale Umfeld der Beschäftigten, zum Beispiel Betreuungs- und Fürsorgeeinrichtungen, Ausbildungs-, Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Familienangehörige oder der jeweilige Wohnungsmarkt waren integrale Bestandteile der Bewertung. Durch die Bildung von Stationierungsschwerpunkten wird die Versetzungshäufigkeit mittel- und langfristig deutlich reduziert. Für jeden Standort wurde eine detaillierte Einzelbetrachtung durchgeführt.“*

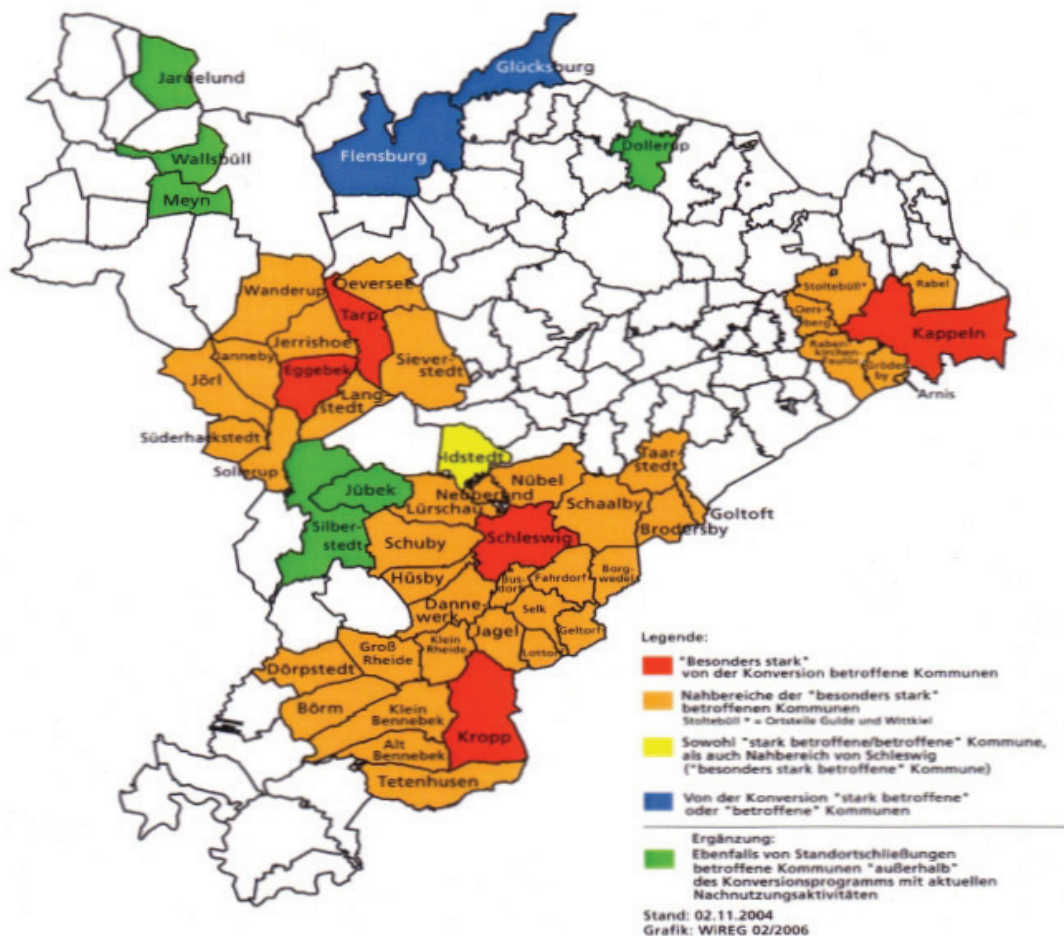
Für viele Betroffene des MFG 2 fehlte diesen Aussagen die Glaubwürdigkeit, zumal sie sich auf die Versprechungen des Verteidigungsministeriums jahrelang verlassen hatten. Noch im Mai 1998 hatte der Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Dr. Klaus Rose, bei einem Besuch in Eggebek gegenüber Gemeindevertretern und Angehörigen des MFG 2 den Bestand des Geschwaders zugesichert: *„Dieser Standort ist in die Strukturplanung der Bundeswehr für die Marineflieger eingebunden und kann auf dieser Grundlage als struktursicher angesehen werden,“* betonte Rose (FT vom 31.5.1998). Ende 1998 begann man daraufhin mit der Grundsanierung der Tarper Kaserne und dem Neubau eines Versorgungsgebäudes auf dem Flugplatz. In der Rückschau wirkt diese Zusicherung besonders doppeldeutig, weil wenig

später die Marineflieger aufgelöst wurden und dadurch die „Grundlage“ für die Bestandsgarantie entfallen war.

Zu Beginn der Konversion konnten die Berufs- und Zeitsoldaten und die Zivilbediensteten noch einigermaßen problemlos benachbarten Dienststellen zugeteilt werden. Der Auflösungsbeschluss für Eggebek/Tarp fiel jedoch zu einem Zeitpunkt, als bereits viele Standorte in der Region geschlossen bzw. ebenfalls zur Schließung vorgesehen waren, u.a. die Flugplätze Leck und Husum und die großen Standorte Kappeln und Schleswig.

Aus der folgenden Karte wird deutlich, wie schwerwiegend der Truppenabbau mittel- und langfristig für den Kreis und die Stadt Flensburg sein wird.

Abb. 3: Konversionsstandorte in der Region Flensburg/Schleswig sowie ihre Nahbereiche (gem. aktualisiertem Konversionsprogramm S.-H. 11/2004)



Stand: 02.11.2004 Grafik WiREG 02/2006

Für die Bundes- und Landespolitik gab es durch den Truppenabbau eine völlig neue Situation: Bisher hatten alle Förderprogramme das Ziel, strukturschwache Gebiete den Forderungen des Grundgesetzes gemäß so zu entwickeln, dass in ihnen gleichwertige Lebensbedingungen herrschen. Dies ist allen Programmen – vom „Programm Nord“ bis zu den Regionalprogrammen – nicht geglückt (auf einzelne Programme wird später eingegangen). Nun wurden mit einem Schlag die Erfolge der Wirtschaftsförderung konterkariert: Zwar wurden seit der Gründung der gemeinsamen Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WiREG) für den Kreis Schleswig-Flensburg und die Stadt Flensburg (1996) im Fördergebiet durchschnittlich 500 neue Arbeitsplätze pro Jahr geschaffen, nun ging in kürzester Zeit – vermeintlich – ein Vielfaches verloren.¹⁴

¹⁴ Die tatsächlichen Arbeitsplatzverluste werden im Laufe dieses Kapitels thematisiert.

2.4.1. Reaktionen in Eggebek und Tarp

Bereits im Januar 2003 verdichteten sich Gerüchte, dass die bereits einmal erfolgreich verhinderte Schließung des Fliegerhorstes doch erfolgen werde. Am 21. Februar verkündete Verteidigungsminister Peter Struck, dass „... die Luftwaffe bis Ende 2005 die Waffensysteme Tornado und den Auftrag des Marinefliegergeschwaders 2 ...“ übernimmt. Ursache der Auflösung des Geschwaders war die Entscheidung der Bundeswehrführung, 100 Tornados auszumustern (WiR 3/03). Gleichzeitig sollte die gesamte Jet-Komponente der Marine von der Luftwaffe übernommen werden, was mit einer Quasi-Auflösung der Marineflieger verbunden war.

Das Marinefliegergeschwader war mit ungefähr 1.800 Dienstposten mit Abstand der größte Arbeitgeber. Viele Aufträge – vom Bäcker bis zum Bauunternehmer – gingen an Betriebe und Handwerker vor Ort. Soldaten und Zivilbeschäftigte sorgten mit ihren Gehältern für Kaufkraftströme, auf die sich die Geschäfte verlassen konnten. Viele Investitionsentscheidungen des Einzelhandels in Tarp sind nur deshalb gefallen, weil man diese Kaufkraft in die Absatz-erwartungen einbeziehen konnte. Die Angehörigen der Bundeswehr und die Zivilbediensteten waren gut in die Bevölkerung integriert. Ihre Kinder sicherten die Auslastung von Kindergärten und Schulen, viele Eltern engagierten sich in den Vereinen und Kommunalvertretungen. Das gesamte soziale Gefüge drohte bei einem Abzug des MFG 2 auseinander zu fallen.

Daher ist es nicht verwunderlich, dass die Bevölkerung alles in ihrer Macht stehende versucht hat, um den aus ihrer Sicht verhängnisvollen Beschluss zu verhindern. Die Ämter Oeversee und Eggebek verabschiedeten eine Resolution, die dem damaligen Fraktionsvorsitzenden der SPD Franz Müntefering bei einer Veranstaltung am 8. Februar 2003 in Schleswig übergeben wurde. In dieser Resolution wurde auf die jetzt schon hohe Arbeitslosenquote von 10 Prozent hingewiesen. Durch die Schließung der Standortverwaltung in Tarp 2002 wurden bereits 150 Arbeitsplätze verlagert (t.s. 3/03). Eine Initiative des Landtages forderte die Ministerpräsidentin auf, sich bei den Ministerien in Berlin für den Erhalt des Standortes einzusetzen. Bei einer Landung des Verteidigungsministers Peter Struck in Eggebek demonstrierten am 11. März 2003 ungefähr 2.000 Betroffene mit eindrucksvollen Plakaten gegen die Schließung (t.s. 4/03). Die Angst und Sorge der Bewohner kam wohl am besten mit den Plakattexten: „Ohne MFG 2 keine Zukunft“ und „Hier gehen die Lichter aus“ zum Ausdruck. Die Bevölkerung von Tarp/Eggebek verhielt sich so, wie die anderer Konversionsgemeinden: „Dramatische Szenarien des Niedergangs wurden von vielen Medien, Landes- und Kommunalpolitikern sowie Interessenvertretern der Beschäftigten, des Handels und des Gewerbes an die Wand gemalt.“ (WELLMANN, 1992, S. 173).

Auf einer weiteren Demonstration in Tarp am 14.3.2003 wehrten sich mehr als 4.000 Bürgerinnen und Bürger gegen den beabsichtigten Abzug des Geschwaders. 80 Mahnfeuer und Fackelläufer sollten die Verbundenheit mit den Marinefliegern unterstreichen. Der „Verein für Handel und Gewerbe“ sprach von der lebenswichtigen Bedeutung des Geschwaders. Für den Verbleib der Marineflieger wurde eigens der MFG 2-Song komponiert, in dem die militärischen Begründungen für das Weiterbestehen der Marineflieger mit den Textzeilen „Fliegen, wo die Flotte fährt“ und „Die Luft über See gehört dem MFG“ unterstrichen wurde (t.s. 4/03). Staatssekretär Walter Kolbow wurde eine Informationsmappe übergeben, in der nochmals sämtliche Gründe, die für die Beibehaltung des Standortes sprachen, zusammengefasst waren.

Es wurde nicht nur die militärische Notwendigkeit bestritten, sondern auch die bei vielen Leistungsvergleichen hervorragende Bewertung des MFG 2 hervorgehoben. Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass ein Küchentrakt gerade neu errichtet und zwei Turnhallen renoviert wurden. Eine Schließung würde daher eine unverantwortliche Verschleuderung von Steuergeldern bedeuten. Die Aufgabe des Standortes sei weder militärisch, betriebswirtschaftlich und strukturpolitisch vertretbar noch nachvollziehbar. Der strukturschwache Landesteil werde

durch den Abzug von 1.800 Dienstposten weiter geschwächt, die Arbeitslosigkeit würde steigen, zumal der Kreis Schleswig-Flensburg und die Stadt Flensburg bereits durch den Verlust von 16.000 Dienstposten vorbelastet seien (WiR 4/03). Bereits nach der Vorlage der ersten Planungen für die zukünftige Struktur der Bundeswehr im Herbst 1991 hatte bei den betroffenen Gemeinden „... eine Art Wettlauf um das Prädikat ‚besonders strukturschwach‘ eingesetzt“ (WELLMANN, 1992, S.174). Auch die Ämter beteiligten sich an diesem Wettlauf, obwohl die Erfahrungen anderer Standorte zeigten, wie sinnlos dieser Wettkampf war.

Am 28. März 2003 wurden die Vorschläge zur Strukturreform vom Bundestag entschieden. In der Juni-Ausgabe von WiR erscheint dann nur noch die lapidare Mitteilung: „Ende 2005 werden der Flugplatz Eggebek und die Kaserne in Tarp geschlossen.“ Auch die von einem Bäcker eigens produzierten Herzen, die von Bundes-, Landes-, und Kommunalpolitikern mit dem Slogan „Ein Herz für unser Geschwader“ dem Minister überreicht wurden, konnten die schon länger getroffene Entscheidung nicht rückgängig machen. Verteidigungsminister Peter Struck erklärte, dass es nicht zu seinen Aufgaben gehöre, „Strukturpolitik zu betreiben“.

Diese Äußerung des Ministers sorgte bei den von Standortschließungen betroffenen Gemeinden für Unmut. ANDRESEN (2005) sieht darin einen Widerspruch, wenn auf der einen Seite vom Wirtschaftsfaktor Bundeswehr gesprochen werde, der Bundesverteidigungsminister sich gleichzeitig von den Aufgaben der Wirtschaftsförderung distanzieren.

Diese Auffassung ist nach Meinung des Verfassers ein Trugschluss. Die Bundeswehr hat nie Strukturpolitik, sondern immer nur Standortpolitik betrieben. Dabei standen strategisch-taktische Überlegungen im Mittelpunkt. Es war die zwangsläufige Folge, dass Truppenansiedlungen in bisher wenig erschlossenen Regionen strukturpolitische Folgemaßnahmen erforderlich machten. Das heißt, die Strukturpolitik musste auf strategisch untermauerte Standortentscheidungen reagieren – nicht umgekehrt. Für die starke Bundeswehrpräsenz in Schleswig-Holstein war primär die Bedrohungsanalyse des „Kalten Krieges“, sekundär die dünne Besiedelung, der weite Raum und die mageren, d.h. preiswerten Flächen der Geest verantwortlich. Zweifellos haben Landesregierung und Landesplanung bei der Suche nach Standorten Gebiete bevorzugt, die besonders strukturschwach und zusätzlich vom Strukturwandel in der Landwirtschaft betroffen waren.

Im Umkehrschluss muss es nun Aufgabe der Regional- und Strukturpolitik sein, die Folgen des Truppenabbaus durch sinnvolle und nachhaltige Maßnahmen abzufedern. HAHNE (1991, S. 21) unterstützt diese Aussage: „Auf dem Weg zu einem friedvollen Auskommen der Völker miteinander ist jeder Abrüstungsschritt zu begrüßen. Keineswegs darf gegen diesen europäischen Friedensprozess das regionale Arbeitsplatzargument hervorgekehrt werden. Es ist sicher davon auszugehen, dass auch auf der schleswigschen Geest die Abrüstung zu einem Abbau von militärisch bedingten Arbeitsplätzen führen wird. Schon heute müssen Überlegungen zur Umstrukturierung der Wirtschaft dieser Region angestellt werden.“

Hahnes Voraussagen sind eingetroffen. Seine Mahnungen und Forderungen an die Politik, rechtzeitig Vorsorge für diese sich abzeichnende Entwicklung zu treffen, wurden nicht beachtet.

2.4.2. Reaktionen der Landespolitik

Offensichtlich hat die Landesregierung die völlig veränderte militärische Situation nicht erkannt bzw. ihre Folgen nicht ernst genommen. Jedenfalls hat sie keine nachvollziehbare Konversionsstrategie entwickelt. Selbst im Vorwort des Regionalplans für den Planungsraum V (MINISTERIUM FÜR LÄNDLICHE RÄUME, LANDESPLANUNG, LANDWIRTSCHAFT UND TOURISMUS DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN, 2002) erwähnt die Ministerin bei der Aufzählung der zukünftig zu lösenden Aufgaben die Konversion mit keinem Wort.

Eine andere Auffassung als Hahne vertrat 13 Jahre später die Ministerpräsidentin Heide Simonis in der Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom 11.11.2004. Simonis erinnerte dabei auch an das Ausmaß der zurückliegenden Stationierungsentscheidungen: *„Im Jahre 1988 waren in Schleswig-Holstein 62.000 Soldaten stationiert und etwa 24.000 Zivilbedienstete bei der Bundeswehr beschäftigt. Bis zum Jahr 2000 wurden dann rund 30.000 Dienstposten abgebaut. Danach waren weitere rund 11.000 Dienstposten betroffen – unter anderem von der Stationierungsentscheidung im Februar 2001 und von der Entscheidung zur Auflösung des Marinefliegergeschwaders 2 in Eggebek/Tarp. Angesichts dieser Zahlen bedaure ich sehr, dass bei den Entscheidungen allein militärische und zu wenig regionalwirtschaftliche Aspekte berücksichtigt worden sind. Ohnehin strukturschwache Gebiete werden jetzt zusätzlich belastet.“* (Landtagsprotokoll vom 11.11.2004).

2.5. Chancen durch Konversion

Mit der Standortschließung Eggebek/Tarp ging eine Entwicklung abrupt zu Ende, die den beiden Ämtern Eggebek und Oeversee einen ständigen Aufschwung gebracht hatte. Der Blick in eine scheinbar ungetrübte Vergangenheit darf nicht davon ablenken, dass die starke militärische Präsenz nicht nur Vorteile mit sich brachte, sondern auch nachhaltige Entwicklungen verhinderte. Die gesamte Raumplanung stand unter dem Diktat der militärischen Vorgaben. In Eggebek beanspruchte das Militär 28 Prozent der Gemeindefläche. Durch den Flugplatz wurden weite Bereiche – auch in mehreren Nachbargemeinden – in ihrer baulichen Entwicklung erheblich eingeschränkt. Auch die Sendeanlagen beeinträchtigten die Ansiedlung von Betrieben, weil diese nicht durch Funkenflug (Metallverarbeitung) gestört werden durften. Der Fluglärm war nicht nur für die Bewohner schwer zu ertragen, er verhinderte vor allem eine offensivere Tourismuswerbung. Ob und inwieweit die Natur durch die Abgase und das Ablassen von Kerosin bei jedem Start der Jets negativ beeinträchtigt wurde, entzieht sich der Kenntnis des Autors. Untersuchungen, die dies belegen könnten, tauchen in der Literatur nicht auf.

Der Abzug der Bundeswehr muss sich nicht so verheerend in den Ämtern auswirken wie befürchtet. Es kann auch durch eine Bündelung der Kräfte vor Ort und durch eine gezielte und intelligente Förderpolitik eine nachhaltige Entwicklung eingeleitet werden. Dabei lohnt sich ein Blick in das benachbarte Flensburg, wo 17 Jahre nach dem o.a. Magistratsbeschluss nichts von dem eingetreten ist, was damals als Horrorszenario an die Wand gemalt wurde. Die freiwerdenden Bundeswehrliegenschaften wurden als städtische Baulandreserve genutzt und in erster Linie in Wohnbauflächen unterschiedlicher Ansprüche umgewandelt. Dadurch ist es gelungen, den noch im Regionalplan 2002 prognostizierten Einwohnerschwund zu verhindern. Nach einem Tiefstand von 84.281 im Jahre 2000 nimmt die Einwohnerzahl kontinuierlich zu und hat im Juni 2006 bereits 86.330 Einwohner erreicht.

Allerdings wird Flensburg von mehreren Faktoren profitieren:

- dem allgemeinen Trend eines Rückzuges in die Städte
- dem (vorübergehenden?) Wegfall der Pendlerpauschale seit 1.1.2006
- den steigenden Energiepreisen, die in Flensburg wegen der Fernwärme geringer sind als im Umland
- dem demographischen Wandel (Ältere ziehen zurück in die Stadt)
- der schlechten Versorgungslage auf dem Lande.

So zeigt sich, dass die Bewältigung des Truppenabbaus in einer Stadt, die ihre Baulandreserven weitgehend ausgeschöpft hatte, völlig anders abläuft als in einem ländlich geprägten strukturschwachen Gebiet. Dort wird der Truppenabbau „... nach Einschätzung der Regional-

forschung zu einer Verschärfung der regionalen Strukturprobleme führen“ (GRAVE, 1995, S.15).

Inzwischen hatten die politischen Akteure vor Ort sich mit den Auswirkungen der Truppenreduzierung rational auseinandergesetzt. Es setzte sich die Auffassung durch, dass die Bundeswehr im Zeitalter der allseits gewünschten Abrüstung kein langfristig wirksames Instrument der Struktur- und Regionalpolitik ist (PROJEKTVERBUND FRIEDENSWISSENSCHAFTEN KIEL – PFK, 1991). Auch die jetzt vorgelegte Planung dürfte „... *in wenigen Jahren, mit dem Fortgang von Rüstungskontroll- und Umgliederungsprozessen, wieder zur Disposition stehen*“ (WELLMANN, 1992, S. 177). Wie Recht Wellmann hatte, zeigt sich besonders im Landkreis Schleswig-Flensburg. Hatten bei der ersten Reduzierungswelle Kommunalpolitiker aus dem Kreis noch mit einer gewissen Häme den Vertretern Flensburgs eine Mitschuld am Truppenabbau gegeben, weil es aus dem Rathaus auch kritische Stimmen wegen öffentlicher Vereidigungen oder Waffenschauen gegeben habe, sind derartige Töne längst verstummt. Die Bundeswehr macht ihre Entscheidungen nicht vom Wohlverhalten der ansässigen Bevölkerung und Politiker abhängig, sondern von strategischen und wirtschaftlichen Überlegungen.

Verteidigungsminister Peter Struck begründete im Konzept „Stationierung der Bundeswehr in Deutschland“ vom 1. November 2004, dass bei der Entscheidung zum Truppenabbau „... *militärisch/funktionale Kriterien mit dem Ziel der bestmöglichen Gewährleistung der Auftrags-erfüllung und betriebswirtschaftliche Kriterien mit dem Ziel einer optimierten und wirtschaftlich tragfähigen Nutzung der Liegenschaften ...*“ ausschlaggebend gewesen seien.

2.6. Die Bedeutung der Bundeswehr für die Ämter Oeversee und Eggebek

Bei den Gesprächen mit Gemeindevertretern in den beiden Ämtern wurden die Folgen des Truppenabbaus von allen als bedrohlich angesehen. Man befürchtete den Wegfall von Arbeitsplätzen, weniger Nachfrage in den ortsansässigen Geschäften, leerstehende Wohnungen und Verluste auf dem Immobilienmarkt, geringere Steuereinnahmen und eine geringere Auslastung der Infrastruktureinrichtungen, die wegen der Bundeswehr geschaffen wurden. Die Abhängigkeit vom Militär konnte jedoch nicht quantifiziert werden, so dass die Folgewirkungen nur ungenau geschätzt wurden.

Als die ersten Abrüstungsentscheidungen für Flensburg und das Kreisgebiet bekannt wurden, hat die Geschäftsstelle des Regionalprogramms bei der WiREG den PROJEKTVERBUND FRIEDENSWISSENSCHAFTEN an der Christian-Albrechts-Universität Kiel (PFK) am 8. Oktober 1990 mit der Erstellung des Gutachtens „Reduzierung der Bundeswehrpräsenz in der Stadt Flensburg und im Kreis Schleswig-Flensburg – wirtschaftliche Auswirkungen und Handlungsmöglichkeiten“ beauftragt. Die Autoren Potthoff, Zühlke-Robinet und Rupp begründen das Ziel dieses Gutachtens u.a.: „*Während die direkte Beschäftigungswirksamkeit der Bundeswehr aus der Gesamtzahl der Bundeswehrbeschäftigung hervorgeht, ist die Quantifizierung der indirekten Beschäftigungswirksamkeit abhängig davon, welche Bereiche einbezogen werden. Dabei ließen wir uns von der Vorstellung leiten, dass jene Beschäftigung erfasst werden soll, die durch Maßnahmen des Abbaus von Bundeswehr und Rüstung unmittelbar gefährdet ist. Dies ist jener Teil der Beschäftigung, der durch die Nachfrage der im Untersuchungsgebiet vorhandenen Bundeswehr nach Waren und Dienstleistungen, Bauleistungen gebunden wird. Gelingt es, dieses unmittelbar gefährdete Beschäftigungsvolumen beschäftigungsneutral auszugleichen, können negative wirtschaftliche Multiplikatorwirkungen vermieden werden*“ (ebd. S 3).

Die Bedeutung der Bundeswehr – vor allem für die Orte Eggebek und Tarp – lässt sich nicht nur wirtschaftlich quantifizieren. Sie zeigt sich in der Veränderung des Siedlungsgefüges, im Flächenverbrauch, im Straßenbau und vor allem bei der kommunalen Infrastruktur, die in Folge der Bundeswehrstationierung bereitgestellt werden musste. In einem gerafften Rückblick sollen wichtige Entscheidungen vorgestellt werden.

2.6.1. Flugplatz Eggebek

In Eggebek gab es bereits während des 2. Weltkrieges einen Flugplatz. Nach dem Krieg erfolgte die erste „Konversion“. Die Wehrmachtsbaracken dienten als „Heimstätte“ für Flüchtlinge und Vertriebene. Das Wehrmachtskrankenrevier war von 1946 – 1960 Altenheim des DRK. Die Betonreste der gesprengten Landebahnen fanden Verwendung beim Straßenbau oder als Fundamente bei Mauern und Gebäuden.

Nach der Gründung der Bundeswehr und dem Eintritt der Bundesrepublik in die NATO (1955) stimmte die Eggebeker Gemeindevertretung dem Neubau und der Vergrößerung des Flugplatzes im Februar 1957 zu. Wegen des Einsatzes von Strahlflugzeugen war eine Startbahn von 3 km Länge erforderlich. Die 429 ha, die für den Flugplatz benötigt wurden, gingen zu Lasten der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Hinzu kamen ein Munitionsdepot mit 16 ha Größe und ein Tanklager mit 40 ha Fläche, das in einem Wald zwischen Eggebek und Tarp untergebracht wurde. Die Bundeswehr beanspruchte 28 Prozent der 1.668 ha großen Gemeindefläche. Die Soldaten wurden zunächst in den alten Baracken untergebracht. Da die NATO vorschrieb, dass die Unterkünfte der Soldaten mindestens 8 km von der Basis entfernt sein mussten, wurde nach einem geeigneten Kasernenstandort gesucht.

Von den Planern der Bundeswehr wurde Wanderup als der am besten geeignete Standort vorgeschlagen. Für Wanderup sprach die kurze und schnelle Straßenverbindung und die Lage auf der gleichen Seite der Bahnstrecke, so dass ungehinderte Fahrten zwischen Basis und Unterkunft möglich wären. Der Bürgermeister von Wanderup wollte jedoch keine Soldaten in seiner Gemeinde haben, und der Gemeinderat schloss sich diesem negativen Votum an (NISSEN, 1981).

2.6.2. Entwicklung in Tarp

Der Bürgermeister von Tarp und der Gemeinderat sahen in der Verweigerungshaltung der Gemeinde Wanderup die Chance, durch eine Garnison ihrem kleinen Ort zu erheblichem Wachstum zu verhelfen, was auf „*natürlichem Wege*“ nie möglich gewesen wäre. Es ging dabei nicht nur um die Truppenunterkunft, sondern auch um Wohnungen für Familienangehörige der Soldaten und der Zivilbediensteten. Allerdings musste auch die gesamte Infrastruktur für eine sehr schnell wachsende Einwohnerzahl erweitert bzw. neu erstellt werden. Dem Tarper Bürgermeister gelang es auch, verkaufswillige Landwirte zu finden, die bereit waren, eine erforderliche Fläche von etwa 20 ha unmittelbar westlich der Bahn zur Verfügung zu stellen. Angesichts der zu erwartenden Verkaufserlöse („Fünfte Fruchtfolge“¹⁵) und der Hoffnung auf weiterhin steigende Bodenpreise, dürfte dies nicht allzu schwer gewesen sein.

Am 30. November 1956 fand im Tarper Bahnhofshotel eine große Sitzung statt, die vom Minister für Arbeit, Soziales und Vertriebene einberufen wurde. Vorgestellt wurde ein Bebauungsplan für die „*Aufschließung von 7 ha Wohnraum und ca. 12 ha Kleinsiedlungsraum*“. Von einer Bundeswehrgarnison war zunächst noch nicht die Rede (NISSEN, 1981, S. 356). Im weiteren Verlauf der Sitzung, an der Vertreter der Landesplanung, des Landesamtes für Straßenbau, der Wehrbereichsverwaltung, des Landkreises Flensburg, des Landesamtes für Wasserwirtschaft, des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, der Forstverwaltung und der Bundesbahn teilnahmen, zeichnete sich allmählich die Dimension der zu erwartenden Entwicklung ab. So war von neu zu errichtenden Straßen zu den „Wehrmachtsgebäuden“ die Rede und der Suche nach Standorten für die „Abwässerbeseitigungsanlagen“ und „Wasserversorgungsanlagen“, um dem zukünftigen Bedarf zu entsprechen. Die Planungen führten dazu, dass dem kleinen ländlichen Ort Tarp eine Struktur übergestülpt wurde, der er nicht gewachsen war. Sämtliche sozialen, kulturellen und administrativen Infrastruktureinrichtungen mussten erweitert bzw. neu errichtet werden, um den Bedürfnissen der schnell

¹⁵ Umgangssprachlicher Begriff für die Wertsteigerung landwirtschaftlicher Flächen durch Bauleitplanung.

wachsenden Einwohnerzahl gerecht zu werden. So entstanden Kindergärten, Sporthallen, Schwimmbad, Schulgebäude, Dorfbücherei., Gemeindebüro, Standortverwaltung, Kirchengebäude – auch für Katholiken – und Baugebiete für Wohnen und Gewerbe. Außerdem eröffneten zahlreiche Geschäfte für den täglichen Bedarf.

Tarp kann dabei als Beispiel für andere Stationierungsorte auf der Geest gelten. KOCH (1982, S. 16) stellt dazu fest: *„Die schleswigsche Geest hat also in den letzten Jahrzehnten eine sehr moderne Struktur erreicht. Dabei muss man allerdings sehen, dass nicht mehr die eigenwirtschaftlichen Kräfte dieses Raumes die wesentliche Rolle spielen. So lange diese die Lebensgrundlage bildeten, lebte der Raum im wesentlichen von dem, was durch die Landwirtschaft in diesem Raum produziert wurde. Nun ist dieser Raum durch die Bedeutung der Bundeswehr in einem Maße in das Gefüge der Wirtschaft und in die Lebensverhältnisse des ganzen Landes eingebaut worden, wie es nie zuvor in seiner Geschichte der Fall war.*

Die künftige Entwicklung der schleswigschen Geest wird also sehr vielmehr davon abhängen, wie sich die Bundeswehr oder, wie es schon einmal bezeichnet wurde, die Nachfrage nach der Ware Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt und wie sich die Bundeswehr in ihrer inneren Struktur verändern wird, als dass die Wirtschaft von der Produktion der Landwirtschaft in diesem Raum abhängen wird. Von den Arbeitsplätzen hängt aber im wesentlichen die Einwohnerzahl ab.“

Das Beispiel Tarp zeigt, dass der neue „Wirtschaftskörper Bundeswehr“ der „... wie ein Katalysator für die weitere gewerbliche Entwicklung ...“ wirkte (CARSTENSEN, 1967, S. 84), nicht ohne Probleme in die vorhandene Wirtschaftsstruktur zu integrieren war. Die Landesplanung musste die Wünsche der Bundeswehr und die Belange der Bevölkerung in Einklang bringen. Dafür wurde am 23. Februar 1957 das Landbeschaffungsgesetz erlassen. Ein Raumordnungsverfahren sollte die Errichtung von Garnisonen, Übungsplätzen, Flugplätzen usw. möglichst reibungslos ermöglichen. Dies gelang offensichtlich besonders gut, weil nicht nur militärische Gesichtspunkte eine Rolle spielten, „... auch kommunalpolitische und privatwirtschaftliche Interessen“ wurden berücksichtigt. *„So kamen auch strukturschwache Regionen in der Erwartung zum Zuge, dass die Bundeswehr hier als Auftraggeber und Konsument der lokalen Wirtschaft Impulse geben werde“* (LANGE, 2003, S. 728).

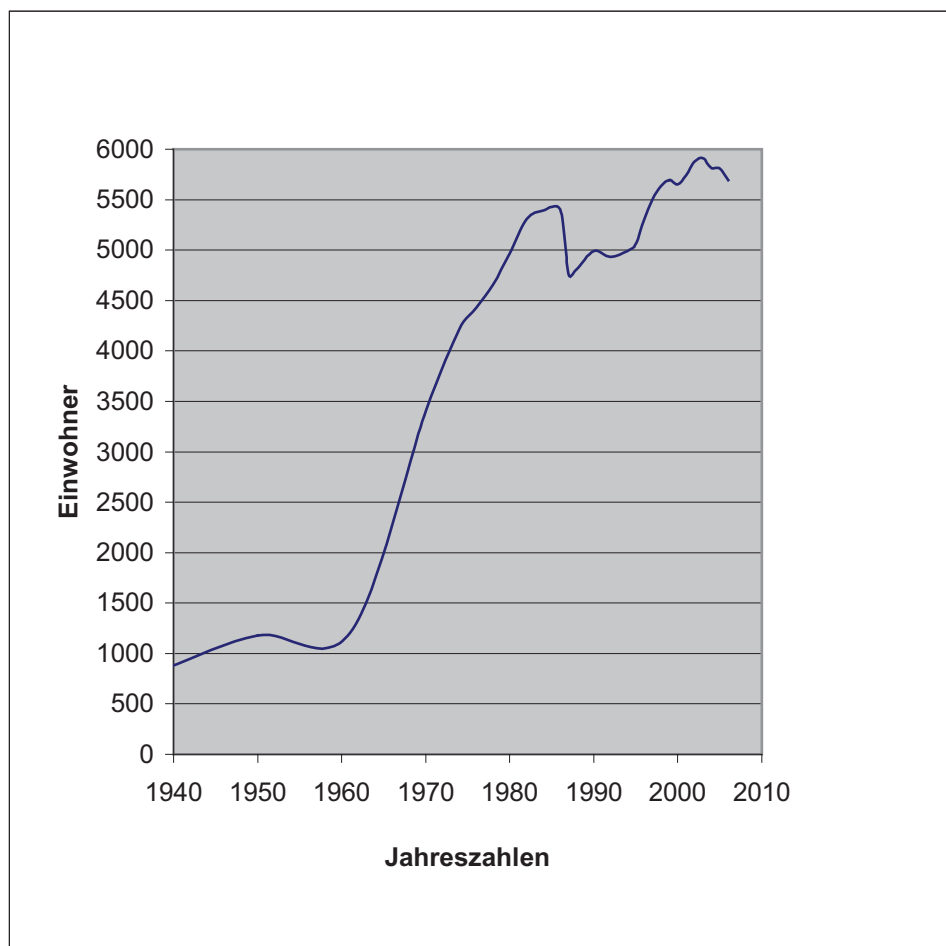
Die hektische Entwicklung in den „Gründerjahren“ hat allerdings auch negative Spuren in Tarp hinterlassen, die Folgen einer unorganischen Ortsentwicklung sind. Eingezwängt zwischen Treenehang und Gleisanlagen blieb als nicht-militärischer Siedlungsraum nur ein schlauchartiges Gebilde zwischen 350 und 700 Metern Breite östlich und westlich des Stapelholmer Weges. Auf der Ostseite der Treene lag die damals noch selbständige Gemeinde Keelbek (Eingemeindung 1970), auf der anderen Bahnseite die Bundeswehrunterkunft und im Südwesten die Gemeinde Jerrishoe. So lässt sich eine an den jeweiligen Notwendigkeiten erfolgte „ad hoc“-Planung bis heute ablesen: Verwaltung, Schule, Schwimmbad, Geschäfte und Gewerbe sind weitgehend zusammenhanglos über das Gemeindegebiet verstreut. Der Hauptstraßenzug „Stapelholmer Weg“ zeigt die Bausünden der vergangenen 45 Jahre und hat keinerlei Aufenthaltsqualität. Auch der Versuch im Jahre 1991 mit dem „Mühlenhof“ gegenüber der Windmühle eine Art Marktplatz mit Geschäftszentrum zu schaffen, wirkt wenig überzeugend, weil im Gewerbegebiet zusammenhanglos außer dem bereits vorhandenen Verbrauchermarkt ein weiterer Discounter genehmigt wurde.



Foto 16: Stapelholmer Weg in Tarp. Eine Bauleitplanung ist nicht erkennbar.

Ein Blick in die Einwohnerstatistik liefert die Erklärung für das unharmonisch erscheinende Ortsbild. Tarp hat aufgrund der Bundeswehransiedlung eine rasante Einwohnerentwicklung hinter sich. In nur 20 Jahren verfünffachte sich die Einwohnerzahl. Diese Entwicklung hatte ihren vorläufigen Höhepunkt mit 5.911 Einwohnern im Jahre 2003.

Abb. 4: Entwicklung der Einwohnerzahl in Tarp



Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Landesamtes und der Kämmerei Amt Oeversee.

Die Fortschreibungen des Statistischen Landesamtes wiesen bei der Volkszählung 1987 allerdings eine große Differenz auf. Offensichtlich haben Doppelanmeldungen von Soldaten die Einwohnerzahl um fast 900 Personen erhöht (Vorbericht zum Haushaltsplan des Amtes

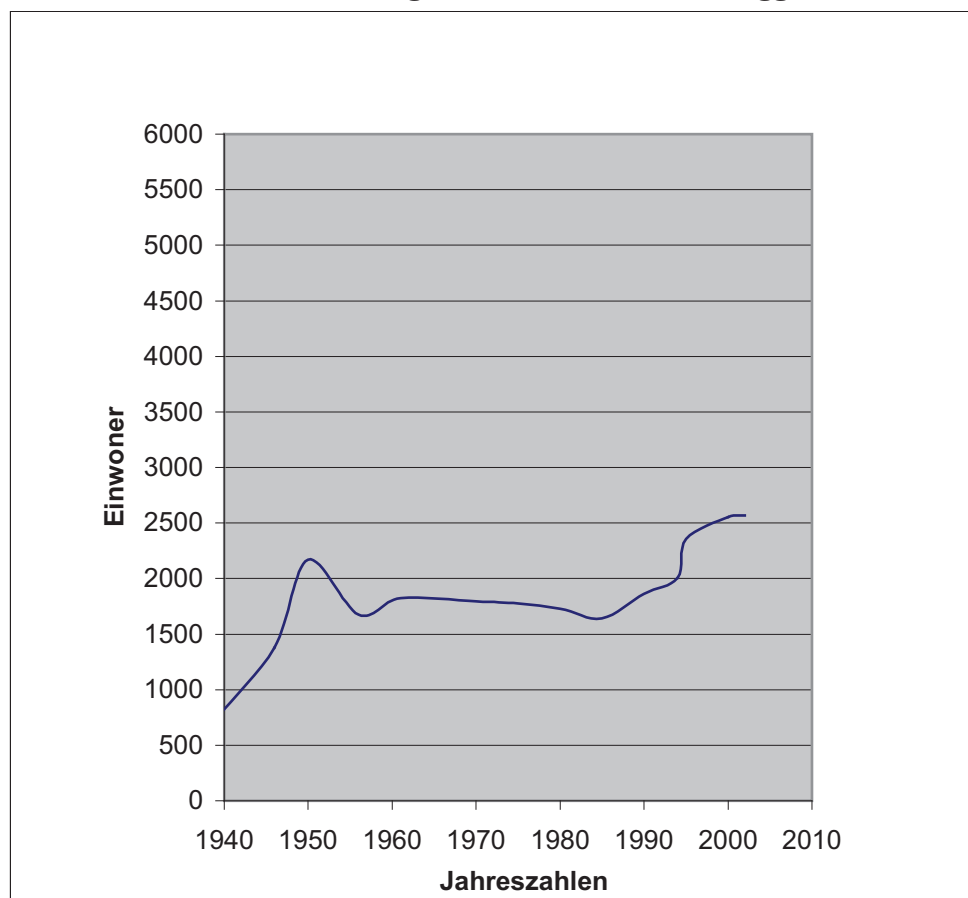
Oeversee 2005). Dieses Problem taucht regelmäßig in Garnisonsstandorten und Hochschulstädten auf. Die Orte bemühen sich darum, dass sich möglichst viele Soldaten und Studierende mit 1. Wohnsitz melden, weil die Höhe des Finanzausgleichs u.a. von der Zahl der Einwohner abhängt. Seit 2003 sinken die Einwohnerzahlen leicht (31.3.06: 5.696 EW), sicherlich aufgrund des Truppenabbaues.

Die schnell wachsende Bevölkerung in Tarp hatte auch Auswirkungen auf die Regionalplanung und die Gebiets- und Verwaltungsreform. 1966 wurde Tarp „Ländlicher Zentralort“, 1971 wurden die Ämter Sieverstedt und Oeversee zum Amt Oeversee mit Amtssitz in Tarp vereinigt. 1982 wurde Tarp zum „Unterzentrum“ aufgestuft. Bis auf die Gemeinde Sankelmark gehörten nun die Dörfer der Ämter Eggebek und Oeversee zum Nahbereich Tarp (Oeversee, Sieverstedt, Eggebek, Janneby, Jerrishoe, Jörl, Langstedt, Sollerup, Süderhackstedt, Wanderup).

Mitentscheidend für diese Entwicklung ist auch die günstige Verkehrslage. Tarp liegt an der Hauptbahnlinie Hamburg – Flensburg – Fredericia und hat seit 1974 einen Autobahnanschluss. Das Oberzentrum Flensburg erreicht man in wenigen Minuten. Die immer besser werdenden Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf und der Ausbau der sozialen Infrastruktur veranlassten viele Flensburger, sich in Tarp oder in anderen Amtsgemeinden niederzulassen, zumal die Grundstückspreise günstig waren. Flensburg hat dieser Entwicklung tatenlos zugesehen. Erst Ende der neunziger Jahre wurden in Flensburg neue Einfamilienhausgebiete erschlossen, um den Abwanderungstrend in das Umland zu brechen.

2.6.3. Entwicklung in Eggebek

Abb. 5: Entwicklung der Einwohnerzahl in Eggebek



Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Landesamtes und der Kämmerei Amt Eggebek

Die Einwohnerentwicklung in Eggebek nahm einen anderen Verlauf. 1939 hatte Eggebek 740 Einwohner, hundert mehr als das benachbarte Tarp. Durch den Flüchtlingsstrom verdreifachte sich die Einwohnerzahl und erreichte 1950 mit 2.170 einen zwischenzeitlichen Höhepunkt. Mit Beginn des Wirtschaftsaufschwunges verließen viele Flüchtlinge den Norden Schleswig-Holsteins, weil sie hier keine Arbeit fanden. Daher sanken auch in Eggebek die Einwohnerzahlen. Erst seit der Ansiedlung der Bundeswehr steigen sie weitgehend kontinuierlich an. Im Juni 2006 waren es 2.513. Auch hier zeigen sich erste Auswirkungen des Truppenabbaus.

Wie aus der Entwicklung der Einwohnerzahlen zu ersehen ist, hat Eggebek von der Bundeswehr bei weitem nicht so profitiert wie Tarp. Vor allem die Inanspruchnahme von 28 Prozent des Gemeindegebietes durch die Bundeswehr beeinträchtigten die Planungsmöglichkeiten. Die wegen des Flugplatzes erforderlichen Sicherheits- und Abstandsflächen waren ein weiteres Planungshindernis. Der Fluglärm hat sicherlich auch dazu beigetragen, dass der Bauboom in den Gemeinden, die in der Nachbarschaft der Einflugschneise lagen, nicht so stürmisch ausgefallen ist.

1970 wurden in Eggebek noch mehr Arbeitsstätten gezählt als in Tarp. Prozentual stieg die Beschäftigtenzahl in der Zeit von 1970 bis 1987 in Eggebek um 30, in Tarp um 78 Prozent.

Zwar hielt Eggebek mit dem Flugplatzgelände die überwiegende Anzahl der militärischen Arbeitsplätze bereit, das Kaufkraftpotential der vor allem in Tarp wohnenden Soldaten und die Anteile an der Lohn- und Einkommensteuer kamen nach dem Wohnortprinzip in erster Linie jedoch Tarp zugute. Besonders bitter für Eggebek war, dass die Bundeswehr kein Gewerbebetrieb ist und daher auch keine Steuern zahlte.

Entscheidender für viele Eggebeker Kommunalpolitiker war allerdings der schleichende Bedeutungsverlust ihrer Gemeinde. Das ursprünglich kleinere Dorf Tarp wurde Amtssitz, ländlicher Zentralort und Unterzentrum. Der Aufbauzug an der Eggebeker Schule wurde mit der Errichtung des Schulzentrums in Tarp 1973 aufgelöst. Eggebek gehört im Rahmen des zentralörtlichen Systems zum Nahbereich Tarp. Alle politischen Versuche, Eggebek zu einem ländlichen Zentralort aufzustufen scheiterten an der Landesplanung, weil die Entfernung zu Tarp zu gering ist (BÖLTING/GOEKEN, 1989). So entstand im Laufe der Jahre eine durch Emotionen gespeiste Kultur des Misstrauens, die selbst durch den Truppenabbau und die daraus sich ergebenden gemeinsamen Aufgaben nicht abgebaut werden konnte.¹⁶

2.6.4. Wirtschaftskraft und Beschäftigung durch das Militär in Tarp/Eggebek

Bei den Protestveranstaltungen und den politischen Bemühungen, Truppenreduzierungen zu verhindern, war das wichtigste Argument, dass die Bundeswehr in einer strukturschwachen Region als Arbeit- und Auftraggeber unverzichtbar sei.

In den Regionalplänen (RPl) und Landesraumordnungsplänen (LROPl) wird die Bundeswehr als Wirtschaftsfaktor herausgestellt. Im RPl für den Planungsraum V vom 28.4.1975 wird die nur „geringfügige ökonomisch bedingte Abwanderung“ mit dem Aufbau der Bundeswehr in den vergangenen Jahren begründet. Wie bedeutend für die regionale Wirtschaft die Bundeswehr tatsächlich war, lässt sich nicht präzise feststellen.

Dies liegt unter anderem an der nach wie vor ausgeprägten Geheimnistuerei der Bundeswehr und dem Auskunftsverbot nachgeordneter Dienststellen vor Ort, die an Kommandobehörden außerhalb des Landes verweisen. Diese besitzen nicht die Kenntnisse der Beamten vor Ort bzw. verweisen auf andere Dienststellen, die noch weniger wissen oder Bescheinigungen verlangten, mit denen der Autor sein Interesse begründen musste.

¹⁶ Siehe 6.6 „Missglückte Ämterfusion.“

Auch das am 3.4.2001 beim Wirtschaftsministerium eingerichtete Konversionsbüro verfügt nicht über eine schlüssige und nachvollziehbare Datenbank. Die zuständige Sachbearbeiterin erklärte dem Autor, dass sie zwar Zugang zu den Daten der Wehrbereichsverwaltung erhalten habe, dadurch aber keine neuen Kenntnisse gewonnen habe. Die befragten Dienststellen – Standortverwaltungen, Wehrbereichsverwaltungen, Bundesverteidigungsministerium, Konversionsbüro – lieferten unterschiedliche Zahlen. Dies liegt offensichtlich an der Bundeswehr, die entweder sogenannte „STAN“-Zahlen (Stärke- und Ausrüstungsnachweis) oder Ist-Zahlen angibt. Welche dieser Zahlen im Augenblick der Schließung Gültigkeit hatten, ließ sich nicht feststellen. Daher sind Angaben, die Aussagen über Arbeitsplätze, Aufträge an die heimische Wirtschaft und Kaufkraft der Soldaten und Zivilbeschäftigten erlauben würden, nur unter Schwierigkeiten zu erhalten. Im Falle Tarp/Eggebek differieren die angegebenen Dienstposten um 200. Ein Dienstposten kann auch mit zwei Halbtagskräften besetzt sein. Dabei muss man berücksichtigen, dass die Bundeswehr unter Dienstposten nur Zeit- und Berufssoldaten sowie Zivilangestellte versteht, während die Wehrdienstleistenden nicht mitgerechnet werden. Bei Nachfragen ist aber immer wieder deutlich geworden, dass die Begriffe – und damit auch die Zahlen – nicht immer klar getrennt wurden. Der Autor hat sich bei seinen Zahlenangaben an die Angaben des Konversionsmanagers bei der WiREG gehalten, weil dieser durch den direkten Kontakt mit den Dienststellen vor Ort am besten informiert war.

Das Militär ist sowohl als Arbeitgeber und damit als Einkommenserzeuger als auch als Nachfrager nach Waren und Dienstleistungen ein messbarer Wirtschaftsfaktor.

Um die wirtschaftliche Bedeutung des MFG 2 aufzuzeigen, hat die Standortverwaltung Tarp 2004 ihre Ausgaben für das Geschwader aufgelistet (Zahlen gerundet).

Tabelle 4: Ausgaben des MFG 2

Investitionen	178.000 €
Bauunterhaltung	194.000 €
Mieten und Pachten (Ver- und Entsorgung)	2544.000€
Bewachung	302.000 €
Verpflegung	547.000 €
Summe	3765.000 €

Quelle: Nachnutzungs- und Entwicklungskonzept für die Ämter Eggebek und Oeversee; Angaben der Standortverwaltung.

Die Zahlenangaben für Investitionen und Bauunterhaltung für 2004 sind wenig repräsentativ, weil zu diesem Zeitpunkt die Auflösung des MFG 2 bereits beschlossen war, so dass nur noch die nötigsten Baumaßnahmen durchgeführt wurden. Allerdings wurde kurz vor dem Schließungsbeschluss ein neues Wirtschaftsgebäude mit Küche und Kantine eingeweiht.

Es fehlen auch Angaben über den Flugbetrieb (Kerosin, Ersatzteile, Reparaturen) und die Beschaffung anderer längerfristiger Konsumgüter. Diese Aufträge werden über das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung abgewickelt und sind unabhängig von den Bundeswehrstandorten. Da diese Wirtschaftsleistungen außerhalb der Region erfolgten, spielten sie als Wirtschaftsfaktor im Standortbereich keine Rolle.

Im PFK-Gutachten von 1991 wurden zur Berechnung des Beschäftigungseffektes durch die Bundeswehr Zahlen des Statistischen Landesamtes und des Bauhauptgewerbes Schleswig-Holstein ausgewertet. Sie legten 1990 ein Umsatzvolumen von umgerechnet ca. 50.000 Euro pro Beschäftigten zu Grunde. Dies würde unter Einrechnung der Inflationsrate bedeuten, dass durch die Aufträge für Investitionen und Bauunterhaltung im Jahre 2004 ein direkter Beschäftigungseffekt von lediglich 7 Vollbeschäftigten ausgelöst wurde.

Nach Berechnungen des PFK lag der Umsatz pro Beschäftigtem im Bereich „Verpflegung“ bei umgerechnet ca. 120.000 Euro, was einem Beschäftigungsvolumen von etwas mehr als vier Personen entspricht.

Der größte Ausgabenblock „Mieten und Pachten“ (Ver- und Entsorgung) wirkt sich auf die Beschäftigung und die finanzielle Situation in den Ämtern nur geringfügig aus. Die hohen Beträge für Strom und Energie fließen an einen auswärtigen Stromerzeuger bzw. an einen externen Öllieferanten.

Die Entsorgung von Müll und Abwasser bzw. die Versorgung mit Frischwasser löst nur sehr geringe Beschäftigungseffekte aus. Die Zahlungen für diese Bereiche sind allerdings wichtig im Gebührenhaushalt des Wasserbeschaffungsverbandes Nord, des Klärwerkes und des Abfallzweckverbandes. So steigen zum Beispiel die Kanalgebühren in Eggebek und Langstedt für das gemeinsam betriebene Klärwerk, weil nach der Schließung des Flugplatzes kein Schmutzwasser mehr entsorgt werden musste. Laut Haushaltsplan der Gemeinde Eggebek für das Jahr 2007 fehlen dem Abwasserhaushalt dadurch 40.000 Euro. Ob diese Summe jemals wieder von einem Nachnutzer des Flugplatzgeländes erzielt werden kann, ist von der Art der Nachnutzung abhängig.

Direkte Auswirkungen auf die Beschäftigung vor Ort hat der Posten „Bewachung“. Für die angeführten 302.000 Euro konnten ca. 20 Personen beschäftigt werden.

Aus diesen Zahlen geht hervor, dass die indirekt induzierte Beschäftigung durch Bundeswehraufträge im Verhältnis zur Gesamtbeschäftigtenzahl in den Ämtern nur gering war.

Das PFK-Gutachten errechnet für den gesamten Landkreis Schleswig-Flensburg ein indirekt induziertes Beschäftigungsvolumen durch die Bundeswehr von ca. 357 Arbeitsplätzen. Um diese Zahl auf Tarp/Eggebek herunterzurechnen, bietet sich ein Vergleich der Dienstposten an. Bei insgesamt 8.700 Dienstposten und ungefähr 1.800 in Tarp/Eggebek würden sich für diesen Standort 85 Arbeitsplätze ergeben. Zum Zeitpunkt des Schließungsbeschlusses waren in Tarp/Eggebek 1.675 sozialversicherungspflichtige Personen beschäftigt. Unabhängig von dieser allgemeinen Aussage hat es Betriebe gegeben, deren Auftragsvolumen sehr stark von Angehörigen der Bundeswehr bestimmt war, z.B. im KfZ-Gewerbe.

Wichtiger für die Region sind die direkten Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Beim MFG 2 waren durchschnittlich 400 Zivilbedienstete tätig, die überwiegend in den Standortgemeinden bzw. in Nachbargemeinden wohnten. Diese zivilen Arbeitsplätze gehen dem örtlichen Arbeitsmarkt sofort verloren, obwohl die Arbeitskräfte nicht als Arbeitslose in der Statistik auftauchen werden. Einige haben Angebote zur Frühverrentung angenommen, ein Teil pendelt zu weit entfernten Dienststellen, ein anderer Teil wird versetzt und muss umziehen.

Die Bundeswehr war in strukturschwachen Regionen ein wichtiges Auffangbecken für Personen, die aus schrumpfenden Wirtschaftszweigen – hier der Landwirtschaft – abwandern mussten. Bei der Bundeswehr wurden sie weitgehend in Bereichen eingesetzt, die nur geringe Kenntnisse im technischen oder organisatorischen Bereich verlangten. Durch ihre langjährige Tätigkeit beim Militär wurden Weiterbildung und Flexibilität vernachlässigt. Für unqualifizierte Arbeitskräfte gab und gibt es in einer Region mit hoher Sockelarbeitslosigkeit kaum die Möglichkeit, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit stellt dazu fest: *„Ein an den spezifischen Erfordernissen des militärischen Arbeitgebers ausgerichtetes und an vielen Standorten weit unterdurchschnittliches realisiertes Qualifikationsniveau, ein erheblicher Anteil an gering qualifizierten älteren, vor allem gewerblichen Arbeitnehmern, überdurchschnittliche Anteile an gering oder gar nicht beruflich qualifizierten Frauen werden in vielen Fällen eine unmittelbare Vermittlung freigestellter ziviler Arbeitnehmer erschweren“* (HASSDENTEUFEL, 1992, S. 202).

Die 1.350 Zeit- und Berufssoldaten sind dem regionalen Arbeitsmarkt nur in sehr geringer Zahl zuzurechnen, da die überwiegende Anzahl der Soldaten aus dem gesamten Bundesgebiet stammte. Daher lassen sich die Auswirkungen auf die Wirtschaft nur indirekt darstellen, nämlich durch die Kaufkraft und die Steuern und Gebühren, soweit sie den Gemeinden zufließen. Die Gemeinden erhielten aber nur anteilige Einkommensteuern von den Soldaten, die mit erstem Wohnsitz gemeldet waren.

1987 hat die Standortverwaltung Tarp das MFG 2 als Wirtschafts- und Arbeitsmarktfaktor folgendermaßen dargestellt:

- tägliche Verpflegung von 1.300 Personen: 1,3 Mio. DM (davon 44 Prozent an Lieferanten im Landesteil)
- Reinigung der Bekleidung, Schuhreparaturen: ca. 200.000 DM
- Instandsetzungsarbeiten, Mobiliar, Geräte, Geländebetreuung, Ver- und Entsorgung: 4,9 Mio. DM (davon verbleiben 83 Prozent im Landesteil)
- Bauunterhaltung, Neubau, Erweiterungs- und Umbaumaßnahmen: 9,8 Mio. DM (hiervon verbleiben zumindest die Ausgaben für Bauunterhaltung, d.h. 3,3 Mio. DM im Landesteil)
- Sonstige Werkzeuge, Materialien, Ersatzteile: 733.000 DM (davon verbleiben 21 Prozent im Landesteil)

An Löhnen und Gehältern wurden 80 Mio. DM ausgezahlt, die die Kaufkraft in der Region erhöhten.

Die größte Diskrepanz bei den Angaben der Standortverwaltung 1987 und 2004 liegt bei den Arbeitsplätzen. 1987 waren 650 Zivilbeschäftigte im Bereich des Flugplatzes angestellt, 2004 nur noch 450. Auf Nachfrage konnte die Standortverwaltung keine Erklärung für diesen großen Unterschied liefern, außer, dass auch im Bereich der Bundeswehr Rationalisierungs- und Sparmaßnahmen durchgeführt wurden. Aber auch diese Zahl war unpräzise. Nach Akteneinsicht bei der Standortverwaltung Flensburg waren zum Zeitpunkt des Schließungsbeschlusses 401 Zivilbeschäftigte beim MFG 2 tätig (233 Arbeiter, 73 Angestellte, 95 Beamte). Aus diesen Zahlen wird deutlich, dass der größte Anteil der Beschäftigten im ungelernten bzw. angelernten Bereich tätig war (Wachdienst, Reinigungsdienst, Küchenbereich, Feuerwehr). Diese 401 Arbeitsplätze gehen dem Arbeitsmarkt in Zukunft verloren. Dafür Ersatz zu schaffen ist die Aufgabe von Politik und Wirtschaftsförderung.

Die Gesellschaft für Konsumforschung Nürnberg hat für das „Nachnutzungs- und Entwicklungskonzept für die Ämter Eggebek und Oeversee“ (AMT EGGEBEK/AMT OEVERSE 2004) die Kaufkraftkennziffern im Einzugsbereich Tarp/Eggebek ermittelt. Hauptauftragnehmer für dieses Konzept war die BPW Hamburg (Stadtplanung, Forschung, Beratung), Auftraggeber waren die Ämter Eggebek und Oeversee. Danach liegen die einzelhandelsrelevanten Pro-Kopf-Ausgaben bei 4.136 Euro jährlich und damit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Nach diesen Berechnungen werden im Einzugsbereich 59,5 Mio. Euro im periodischen und aperiodischen Bereich ausgegeben. Für die stationierten Wehrpflichtigen – die im PFK-Gutachten als Nachfrager überhaupt nicht berücksichtigt werden – rechnet BPW eine 5-prozentige Potentialreserve hinzu.

Das Gutachten (S. 21) stellt als Fazit fest:

„Durch den Abzug der Truppen sind in den Gemeinden Tarp und Eggebek Rückgänge im Ausgabevolumen zu erwarten, die vorwiegend Einfluss auf die örtlichen Handels- und Dienstleistungsstruktur haben werden. Dies wird weniger durch die Wehrpflichtigen getragen, sondern vielmehr durch die Zivilbeschäftigten und Berufssoldaten.“

- *Nach Standortschließung ist davon auszugehen, dass sich der Abzug der Soldaten in einer gesamten Größenordnung von ca. 1,1 Mio. Euro pro Jahr hauptsächlich für den Standort Tarp auswirken wird. Inwieweit sich die Umsiedlungen der 450 Zivilbeschäftigten auf den Einzelhandel auswirken, kann derzeit kaum ausgewiesen werden.*
- *Beim berechneten Ausgabevolumen erscheint es unter der gegebenen Struktur des Einzelhandels (gewachsene Betriebe mit fester Gemeindeverwurzelung) und des vorhandenen Besatzes (v.a. Tarp mit familia, Aldi und Lidl) kaum möglich, einen weiteren Einzelhandelsmarkt zu etablieren“.*

Der Kaufkraftverlust von lediglich 1,1 Mio. Euro durch den Abzug der Bundeswehr ist schwer nachvollziehbar, weil er nur etwas mehr als 2 Prozent des gesamten Nachfragevolumens betragen würde. Die Feststellung des Kaufkraftvolumens sagt nicht aus, wo das Geld ausgegeben wird. Vor allem der aperiodische Bedarf dürfte größtenteils in Flensburg gedeckt werden. Dafür stehen 27 Mio. Euro pro Jahr zur Verfügung. Schon BÜHRING/PLEWA (1985) haben auf die außerordentlich große Bedeutung des Oberzentrums für die Bedarfsdeckung mit langlebigen Konsumgütern des Umlandes verwiesen. Durch die Ansiedlung des „Fachmarktes“ und zweier großer Märkte für Unterhaltungselektronik hat sich diese Bedeutung verstärkt.

Selbst unter Annahme dieser Hypothese, ist der geringe Kaufkraftverlust nicht erklärbar. Recherchen bei den Verfassern des Gutachtens ergaben, dass von der Standortverwaltung und den militärischen Dienststellen behauptet wurde, dass die von der Schließung betroffenen Zeit- und Berufssoldaten weiterhin am Wohnort blieben, lediglich zu Pendlern würden und daher weitgehend ihre Waren vor Ort nachfragen. Diese Aussage ist allerdings mehr als zweifelhaft und dürfte – wenn überhaupt – nur für wenige Jahre Gültigkeit haben. Auch der Rückgang der Einwohnerzahl in Tarp von 2003 bis 2006 um 204 Personen dürfte nicht alleine auf den demographischen Wandel zurückzuführen sein. Es ist aber möglich, dass der Wegzug der Soldatenfamilien und der damit einhergehende Einwohnerschwund sehr langsam verläuft, weil viele Hausbesitzer auch nach ihrer aktiven Bundeswehrzeit in Tarp wohnen werden.

Die Zweifel an der Deutung der Zahlen werden durch Aussagen des PFK-Gutachtens an anderer Stelle verstärkt. Danach arbeiten in Eggebek knapp 40 Prozent und in Tarp rund 27 Prozent der Erwerbstätigen bei der Bundeswehr (Stand 1987. Ergebnis der Volks- und Berufszählung).

Im gleichen Gutachten wird festgestellt, dass 1990 durch Konsumausgaben der Bundeswehrbeschäftigten ein „... *rechnerisches Beschäftigungsvolumen im Einzelhandel ... im Landkreis Schleswig-Flensburg von bis zu 11,5 Prozent (560 Beschäftigte) ausgelöst*“ worden sei. Außerdem würde im Landkreis durch 24 Beschäftigte bei der Bundeswehr ein indirekter Arbeitsplatz außerhalb der Bundeswehr entstehen. Dies würde für Tarp/Eggebek rechnerisch 75 Arbeitskräfte bedeuten. Die IHK und die Handwerkskammer Flensburg kommen dagegen 1990 zu dem Ergebnis, dass an drei Bundeswehrarbeitsplätzen ein Arbeitsplatz im zivilen Bereich entstehen würde. Aus dieser Annahme ist jedoch nicht ersichtlich, ob dabei auch die Beschäftigten in der Wehrtechnik und Beschaffung einbezogen wurden, die im Untersuchungsgebiet keine Rolle spielen.

Auch GRUNDMANN (1991) und GRAVE (1995) kommen zu dem Ergebnis, dass das Militär ein wichtiger Beschäftigungsfaktor ist. Dieser Faktor wird von den politisch Verantwortlichen weit höher eingeschätzt, als die erhobenen Zahlen aussagen. Offensichtlich steht die Absicht dahinter, dadurch an höhere Fördergelder der EU und des Bundes zu gelangen.

Bei der Vielzahl der verwirrenden und sich teilweise widersprechenden Zahlen ist es schwer, den tatsächlichen wirtschaftlichen Verlust für die Ämter richtig zu bewerten.

Ende 2006 hat sich die finanzielle Situation der Gemeinde Tarp, die am stärksten von der Bundeswehr profitiert hat, nicht verschlechtert, im Gegenteil. Das Steueraufkommen ist so hoch, dass Tarp keine Gelder aus den Schlüsselzuweisungen erhält. So kann die Gemeinde auch den Verlust an ihrem Anteil der Einkommensteuer (15 Prozent) von 198 Euro pro Jahr und Einwohner verschmerzen. Allerdings gilt bei dieser Berechnung ein Zeitraum von drei Jahren, so dass erst bei einem weiteren Rückgang der Einwohner und bei der dann anstehenden Neubewertung von Steuermindereinnahmen auszugehen ist. Im Gegenzug würden dann aber die Schlüsselzuweisungen als Einnahmequelle zum Tragen kommen (Angaben der Kämmerei Tarp, Dezember 2006).

2.6.5. Demographische und soziale Folgen des Truppenabbaues

Wesentlich gravierender sind nach Ansicht des Autors die sozialen und demographischen Folgen des Truppenabbaues, die sich schleichend bemerkbar machen werden. Soldatenfamilien sind meist junge Familien, deren Kinder Kindertagesstätten und Schulen besuchen. Der überall spürbare demographische Wandel wird in Konversionsgemeinden verstärkt, wenn es nicht gelingen sollte, Familien anzusiedeln. Soldaten und ihre Familienmitglieder waren in das soziale System der Gemeinden gut integriert. Viele engagierten sich in Vereinen, Verbänden und Gemeinderäten. Pendelnde Soldaten – vor allem Wochenendpendler – werden dafür nicht mehr die nötige Zeit aufbringen können, so dass den o.a. Organisationen ein großer Teil der aktivsten Bevölkerung verloren gehen wird.

Wie wichtig dieser Bevölkerungsteil für die Standortgemeinden ist, wird durch die Volks- und Berufszählung 1987 unterstrichen. Danach lebten in Tarp 33 Prozent und in Eggebek 16 Prozent der Einwohner in Soldatenhaushalten. Zwar hat sich der prozentuale Anteil dieser Bevölkerungsgruppe verringert, weil die Bevölkerungszahl durch Zuzug anderer Bevölkerungsgruppen gestiegen ist. Dennoch stellt diese Entwicklung die Gemeinden vor große Herausforderungen.¹⁷

2.7. Konversion in Eggebek und Tarp

In keinem einzigen Fall hat der Protest von Betroffenen, Bevölkerung und Politik das Verteidigungsministerium davon abgehalten, eine einmal beschlossene Standortschließung zu revidieren. Da dies auch in Tarp und Eggebek bekannt war, hatten die vielfältigen und phantasievollen Protestveranstaltungen offensichtlich nur das Ziel, die Rahmenbedingungen der Konversion günstig zu beeinflussen. Dabei waren drei Punkte von entscheidender Bedeutung:

1. Zu welchem Zeitpunkt und zu welchen Bedingungen stehen die militärischen Liegenschaften für eine Nachfolgenutzung zur Verfügung?
2. Wie können die Liegenschaften sinnvoll genutzt werden?
3. Welche Förderprogramme helfen bei der erforderlichen Umstrukturierung?

Um diese Fragen beantworten zu können, trafen sich am 12. Juni 2003 im Schleswiger Kreis- haus Vertreter aus Politik und Verwaltung, der Bundeswehr, der Wirtschaft und der Kirche zu einer Krisenkonferenz (FT vom 13.6.03). Es wurde betont, dass von den 120 Bundeswehrstandorten, die von der Schließungswelle betroffen sind, Eggebek/Tarp mit 1.300 militärischen und 550 zivilen Arbeitsplätzen am stärksten betroffen sei. Nochmals wurden die wirtschaftlichen Folgeschäden herausgestellt. Vertreter der Ämter und der Wirtschaftsverbände befürchteten den Verlust der Hälfte aller Arbeitsplätze im Umkreis des Fliegerhorstes und einen Kaufkraftverlust von 36 Mio. Euro, „*Allein das MFG 2 mit seinen Liegenschaften steht für einen jährlichen Energie- und Warenumsatz von sechs Millionen Euro*“ erklärte Kommodore Gerhard Pichl.

¹⁷ Siehe 7.3. „Landesentwicklungsplan.“

Die Anwesenden unternahmen den „*Versuch, die Misere als Chance zu begreifen*“ (Überschrift o.a. Zeitungsartikels). Dazu sollte für Eggebek und Tarp eine Entwicklungsstudie in Auftrag gegeben werden, an der sich der Bund beteiligen solle „... und ihn damit an seine nachwirkende Verantwortung erinnern“ (Landrat Kamischke).

Große Zustimmung fand der Vorschlag, unter Federführung des Landrates einen Konversionsausschuss zu gründen, der sich aus Vertretern der beiden Ämter, des Kreistages und der Wirtschaftsförderung- und Regionalentwicklungsgesellschaft (WiREG) zusammensetzen sollte.

2.7.1. Konversionsausschuss

Am 3. Juli 2003 trat dieser Ausschuss in Eggebek zusammen, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Die Bundeswehr hatte noch nicht erklärt, ob sie die militärischen Liegenschaften total freigeben oder ob eine teilweise militärische Nachnutzung erfolgen würde. Zur Klärung dieses Sachverhaltes sollte sich der Landrat an den Verteidigungsminister wenden. In diesem Schreiben sollten auch Vorschläge für Nachnutzungsmöglichkeiten, die aus den Reihen der Teilnehmer kamen (Regionalflughafen, Recyclingprojekt für Flugzeuge), aufgenommen werden.

In seinem Schreiben vom 10. Juli 2003 bittet der Landrat den Minister als Vertreter der Bundesregierung um Fördergelder. „*Sie sind unverzichtbar notwendig, um uns hier vor Ort in die Lage zu versetzen, uns mit unseren Kenntnissen, Verbindungen und Erfahrungen selbst zu helfen. Wir wollen mit Tatkraft dafür arbeiten, dass die mit der Ansiedlung der Marineflieger bei harmonischer Unterstützung der Bevölkerung in 40 Jahren gewachsene Struktur von über 200 mittelständischen Betrieben, Schulen, Kindergärten, Vereinen, Kirchengemeinden und vieles andere mehr nicht plötzlich vor dem ‚Aus‘ steht sondern eine Zukunft erhält. Dafür bitten wir im Rahmen obengenannter nachwirkender Verantwortung um ihre Hilfe.*“

Außerdem fragt der Landrat, ob andere Dienststellen nach Tarp/Eggebek verlegt werden könnten. Es fällt auf, dass Landrat Kamischke dabei auch das Oberzentrum Flensburg mit einbezieht, obwohl Flensburg bei der ersten Konversionsrunde besonders stark betroffen war. Zudem betreiben der Kreis und die Stadt Flensburg eine gemeinsame regionale Wirtschaftsförderungsgesellschaft, so dass die Verlegung von Einheiten (Schule für strategische Aufklärung, Großküche) von Flensburg nach Tarp/Eggebek für die Region ein Null-Summenspiel bedeuten würde. Für vertrauensvolle Zusammenarbeit und Partnerschaft spricht dieser Passus nicht.¹⁸

Auf der Sitzung des Konversionsausschusses vom 14. August 2003 beklagten sich die Teilnehmer über das Antwortschreiben des Ministers. Das Ministerium missachte regionale Probleme, führe keine Wirtschaftlichkeitsprüfung durch und übernehme keine Mitverantwortung für die Folgen des Schließungsbeschlusses. Wichtig war jedoch die Aussage, dass es in Tarp/Eggebek keine militärische Nachnutzung geben werde, so dass die Liegenschaften ohne Einschränkungen einer zivilen Nachnutzung zur Verfügung stehen. Der Vertreter des Innenministeriums sagte einen 50-prozentigen Zuschuss für eine Machbarkeitsstudie zu, in deren Rahmen auch Workshops für die Bevölkerung abgehalten werden sollen, bei denen diese Vorstellungen und Ideen einbringen könne.

Vom Innenministerium werde auch die Anstellung eines Regionalbetreuers für drei Jahre gefördert. Entschieden wurde auch, dass ein Entwicklungs- und Nachnutzungskonzept von einem leistungsfähigen Gutachterbüro erstellt werden soll. Manfred Bühring von der WiREG formulierte den Anspruch an dieses Gutachten: „*Es kann nicht sein, dass man sich nur für die*

¹⁸ Der Autor hat Protokolle des Konversionsausschusses ausgewertet.

Liegenschaften etwas überlegt. Es muss ein auf die gesamte Region ausgerichtetes Entwicklungskonzept sein.“

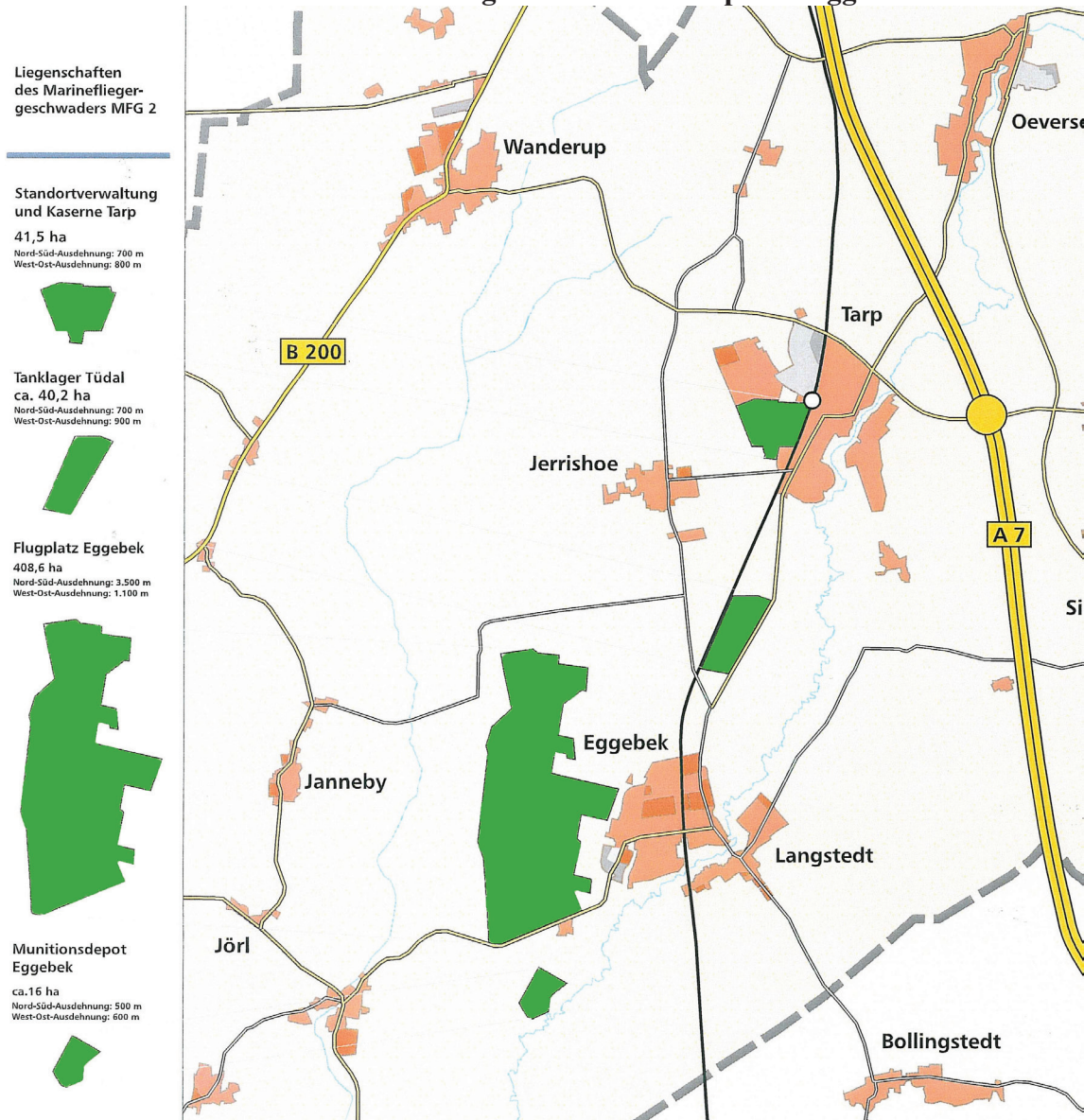
2.7.2. Nachnutzungs- und Entwicklungskonzept

Die Ämter Eggebek und Tarp beauftragten im März 2004 die BPW Hamburg (Stadtplanung-Forschung-Beratung; Elke Pahl-Weber, in Kooperation mit BulwienGesa AG München und Landschaft & Plan Hamburg) mit einem „Nachnutzungs- und Entwicklungskonzept für die Ämter Eggebek und Oeversee“. Planungsgegenstand war die Nachnutzung folgender Liegenschaften:

- Friedrich-Wilhelm-Lübcke-Kaserne in Tarp
- Standortverwaltung in direktem Anschluss an das Kasernengelände
- Flugplatz Eggebek westlich des Ortes Eggebek
- Tanklager Tüdal zwischen Tarp und Eggebek
- Munitionsdepot Eggebek südlich des Flugplatzes

Die Flächengröße der Liegenschaften beträgt ca. 520 ha. Bis auf die Kaserne in Tarp liegen sie im ungeplanten Außenbereich.

Abb. 6: Militärische Liegenschaften in Tarp und Eggebek



Quelle: Nachnutzungs- /Entwicklungskonzept für die Ämter Eggebek und Oeversee. Bundeswehrliegenschaften MFG 2 und STOV. Siedlungsgefüge und Siedlungsstruktur. BPW Hamburg.

BPW (S.3) charakterisiert die Rahmenbedingungen u.a. folgendermaßen: *„Die Konversion des MFG 2 lässt sich dem Typ der Konversion in strukturschwachen Gebieten zuordnen, die vor allem landwirtschaftlich geprägt sind ... in den strukturschwachen Räumen (geht es)darum, Brachen und Verwahrlosungen zu vermeiden, Nutzungsbausteine behutsam zu entwickeln, für die sich ein Trend abzeichnet und mit denen nicht in Konkurrenz zu den starken Wirtschaftsregionen getreten wird.*

Es kommt nicht darauf an, verschiedene konkurrierende Nutzungsabsichten abzuwägen. Vielmehr geht es darum, überhaupt tragfähige Nutzungsabsichten zu finden.“

Für viele in den 1990er Jahren freigewordenen Liegenschaften habe sich bis heute mangels Nachfrage noch keine Nachnutzung ergeben. Als Parallel-Beispiel wird der Militärflugplatz Hohenlockstedt bei Itzehoe angeführt, für den bis jetzt nur kleinere Nutzungsbausteine gefunden wurden.

Das Nachnutzungs- und Entwicklungskonzept muss sich am geltenden Regionalplan orientieren, was nur begrenzt möglich ist. Der Flugplatz Eggebek ist als „Sondergebiet Bund“ und Tarp als Garnisonsgemeinde dargestellt. Beide Aussagen müssen geändert werden.

Für die Ausweisung neuer Wohnbauflächen gilt seit dem Landesraumordnungsplan 1998 eine 20-Prozent-Regelung. Dies bedeutet, dass im Planungszeitraum von 1995 bis 2010 die Zahl der 1995 bestehenden Wohneinheiten nur um diese Größenordnung erweitert werden darf.

Auch Gewerbegebiete und Einzelhandelsflächen unterliegen nach dem Raumordnungsplan 2004 Einschränkungen. Im Raum Flensburg soll vor einer weiteren Ausweisung großflächiger Gewerbegebiete zunächst das Gewerbeareal von rund 90 ha in Handewitt an der A7 genutzt werden, das Handewitt gemeinsam mit Flensburg (WEG) erschlossen hat.

Für Einzelhandelsflächen gelten folgende Restriktionen:

- Großflächige Einzelhandelseinrichtungen mit nahversorgungs- oder zentralrelevanten Sortimenten sind nur in den zentralen Orten vorzusehen.
- Beeinträchtigungen vorhandener Versorgungsangebote der betroffenen Gemeinde und der benachbarten zentralen Orte sind zu vermeiden.
- Art und Umfang müssen dem Grad der zentralörtlichen Bedeutung der Standortgemeinde entsprechen.
- Großflächige Einzelhandelseinrichtungen sind grundsätzlich nur im baulich zusammenhängenden und städtebaulich integrierten Siedlungsgebiet zulässig.

Diese Aussagen bedeuten, dass der Regionalplan sowohl für eine Gewerbeansiedlung auf dem Flugplatz wie auch für die Ausweisung von Wohnbauflächen im Kasernengelände geändert werden muss, damit dann die darauf basierenden Flächennutzungspläne und Bebauungspläne entwickelt werden können. Dies setzt nicht nur die Bereitschaft der Landesplanung voraus, sondern auch Abstimmung mit den Nachbargemeinden und dem Oberzentrum. Auch eine weitere Ausweisung von Einzelhandelsflächen ist nur eingeschränkt zulässig.

Der Landkreis Schleswig-Flensburg und die Stadt Flensburg haben 1999 bei der WiREG ein Regionales Entwicklungskonzept (REK) in Auftrag gegeben, das vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung in Wuppertal erarbeitet wurde.

Dieses Gutachten charakterisiert die Region als Dienstleistungs- und Freizeitregion. Die Stärken der Region sollen in einem Cluster „Landwirtschaft-Tourismus-Freizeit-Verkehr“ herausgestellt werden. Die EU- und Landes-Fördermittel sollen für diese Bereiche gebündelt werden. BPW musste diese Entwicklungsziele im Gutachten berücksichtigen.

Für die Nachnutzungs- und Verwertungsmöglichkeiten hat BPW die einzelnen Liegenschaften nach ihren Eigenschaften untersucht.

2.7.2.1. Kaserne und Standortverwaltung

„Die Friedrich-Wilhelm-Lübcke-Kaserne (41,5 ha) liegt unmittelbar am Tarper Ortskern und Bahnhof und ist in den Siedlungszusammenhang des Ortes sehr gut eingebunden“ (BPW, S. 31). Diese Aussage ist so nicht nachzuvollziehen, da das Gelände durch die Bahntrasse vom größten Teil des Ortes abgeschnitten wird. Lediglich zwei beschränkte Bahnübergänge im Norden und Süden ermöglichen den Zugang. Von der Ortsmitte – „Mühlenhof“ – gibt es keine fußläufige Verbindung (Tunnel, Brücke). Nach Norden bestehen gute Verbindungen zu zwei Verbrauchermärkten, einer Seniorenwohnanlage und zum Schulzentrum.



Foto 17: Kaserne Tarp oberhalb der Bahnlinie, links, mit roten Dächern: Die ehemalige Standortverwaltung. Rechts: ein Verbrauchermarkt und das Neubaugebiet „Kätnerfeld“. Zwischen STOV und Kaserne (unterhalb der Bahn) das Einkaufszentrum „Mühlenhof“, am unteren Bildrand, rechts von der Dorfstraße: Das Neubaugelände für „Aldi“.

2.7.2.2. Flugplatz

Auf dem ca. 400 ha großen Gelände befinden sich 130 Gebäude, darunter 26 Shelter zur Aufnahme je eines Tornados und 38 Lagerhallen unterschiedlicher Größe. Neben Verwaltungs- und Wachgebäuden befindet sich eine Großküche mit Verpflegungssaal für mehrere hundert Personen auf dem Gelände. Der Flugplatz weist trotz der 3.000 m langen Landebahn, breiter Zufahrtswege und großer Abstellflächen einen hohen Freiflächenanteil von 86 Prozent auf. Dieser wird land- und forstwirtschaftlich genutzt (Mähen und Beweidung, optischer und akustischer Immissionsschutz).



Foto 18: Flugplatz Eggebek mit Hallen, Werkstatt- und Verwaltungsgebäuden sowie Tornado-Sheltern. Im Vordergrund die Halle 70.

2.7.2.3. Tanklager Tüdal

Zwischen Eggebek und Tarp liegt unmittelbar an der L 247 und der Bahnlinie das rund 40 ha große Tanklager inmitten zusammenhängender Waldgebiete. Die unterirdischen Tanks haben ein Fassungsvermögen von ungefähr 3.000 m³.



Foto 19: Tanklager Tüdal.

2.7.2.4. Munitionsdepot Eggebek

Das rund 16 ha große Depot liegt südlich des Flugplatzes außerhalb des Siedlungsraums im Treenerandbereich. Es ist gut in die Landschaft eingebunden.



Foto 20: Munitionsdepot an der Treene zwischen Flugplatz und Sollerup. Im Vordergrund der Büschauer Forst.

BPW hat für die Liegenschaften mehr als 30 Nutzungsoptionen untersucht und bewertet. Dabei flossen auch Anregungen aus der Öffentlichkeit und von Vertretern des Konversionsausschusses mit ein.

Drei Leitnutzungen wurden empfohlen, die die regionale Entwicklung fördern sollen:

- Bio-Energie-Park
- Übungszentrum für Hilfs- und Rettungsdienste
- Neuer Wohnraum auf dem Kasernengelände in Tarp

2.7.3. Bioenergie-Park

Der Bioenergie-Park soll sich zu einem Kompetenzzentrum für Windkraft, Solarenergie, Biomasse und Biogas entwickeln. Dafür sollen Industrie und Forschung zusammenarbeiten. Bereits bei der Erarbeitung des Konzeptes hat eine enge Zusammenarbeit mit Professor. Dr. Jens Born (Fachhochschule Flensburg, Institut für Chemische Technologie) stattgefunden, die zu der Nachnutzungsempfehlung „Energiepark“ geführt hat.

Zusammenfassend begründet BPW ihren Vorschlag: *„Gemessen an den vorhandenen Gebäuden (Hallen und Bürogebäude), der Infrastruktur (vernetzte Tanklager, für Lkw befestigter Zugang zum öffentlichen Straßennetz außerhalb der Ortschaft) und der Größe der Liegenschaft, eignet sich diese grundsätzlich für die Einrichtung von Anlagen zur Umwandlung von Biomasse und Erzeugung von erneuerbaren Kraftstoffen und regenerativen Energien. Aufgrund der landwirtschaftlichen Prägung der Umgebung und einer zukünftigen Perspektive der Landwirtschaft in der Erzeugung von Energie und nachhaltigen technischen Produkten einerseits und den zur rentablen Umwandlung von Biomasse nach wie vor vorhandenen technischen Herausforderungen andererseits, bietet sich die Einrichtung eines Bio-Energie Parks unter folgenden Gesichtspunkten an:*

- *Langfristige Stabilisierung der Wirtschaftskraft durch Nutzung der regionalen nachwachsenden Rohstoffe*
- *Nutzung vielfältiger Potenziale der Liegenschaften*
- *Integration verschiedener bewährter Techniken aus dem Bereich der Windkraft und Fotovoltaik sowie der Biomassenumwandlung (Biogas, Biodiesel, Fermentation u.ä.) und Kombination mit innovativen Modulen (Brennstoffzellen, Pyrolyse etc.). Daraus erwüchse eine Vorbildfunktion für Bio-Energieparks im ländlichen Raum.*
- *Flexibler Mix verschiedener Verfahren zur Gewinnung regenerativer Energien und technischer Produkte mit höherer Wertschöpfung*
- *Anlocken einschlägigen Gewerbes zur Entwicklung, Wartung, Reparatur und Steuerung der Anlagen*

Als Motto für den Park bietet sich an:

- *regional, innovativ, integrativ, nachhaltig, vorbildlich“ (ebd. S. 42/43).*

Die Gutachter unterstützen ihren Vorschlag mit der Lage der Landwirtschaft auf dem Geestrücken, dessen Böden „... bevorzugt für naturnahe Stilllegungsflächen vorgesehen zu sein scheinen“ (ebd. S. 43). Da die Landesregierung (Rot/Grün) auf Naturschutz und energetische Verwertung der Biomasse setzt, könnten sich nachhaltige Perspektiven für die Landwirtschaft ergeben. Die Gutachter verweisen darauf, dass die Landwirtschaft in den Ämtern der einzige bedeutende produzierende Wirtschaftsbereich ist, „... der mehr Wertschöpfung und damit eigenes wirtschaftliches Einkommen und eine eigene ökonomische Basis für die Region erwirtschaften könnte. Von daher ist es erstrebenswert, eine Perspektive in der Ausrichtung der Landwirtschaft auf die nachhaltige Generierung technischer Produkte (Energie, Kraftstoffe, biologisch abbaubarer Wertstoffe etc.) zu sehen“ (ebd. S. 44).

Auch die Windenergiebranche könnte vom Flugplatz profitieren, da nach den Planungen in Schleswig-Holstein keine weiteren Standorte für Windkraftanlagen ausgewiesen werden sollen. Bei einer Umwidmung geeigneter militärischer Liegenschaften können weitere Windkraftanlagen genehmigt werden. Der Flugplatz Eggebek erfüllt die Voraussetzungen, um auf dem weitläufigen Gelände Großanlagen zu testen, die im Off-Shore-Bereich eingesetzt werden können. Es gab damals bereits Anfragen potenzieller Betreiber, zumal die vorhandenen Hallen auch für Wartungs- und Reparatureenrichtungen genutzt werden können.

Die Fotovoltaikanlagen werden von BPW wegen zu geringer Energieausbeute skeptisch beurteilt. Falls sich Investoren finden, sollten Dächer und Flugfeld zur Nutzung von Solarenergie verwendet werden.

Wegen der hohen Einspeisevergütungen erfreuen sich Biogasanlagen außerordentlicher Beliebtheit. BPW macht dazu weitergehende Vorschläge: „*Biogasanlagen könnten z.B. die Verwertung der Reste aus Fermentationsprozessen (Bioethanol, ABE, Milchsäure etc.), der Zellstoffgewinnung aus Stroh und aus der Rapsverarbeitung bewerkstelligen und zugleich die erforderliche Wärme für diese Verarbeitungsprozesse bereitstellen.*“ Nachwachsende Rohstoffe können auch zur Herstellung hochwertiger Produkte für die Autoindustrie, chemische Industrie und Lebensmittelindustrie verwendet werden. Dies würde eine deutlich höhere Wertschöpfung als die Energiegewinnung bedeuten. Die Entwicklung innovativer Verfahren sollte ein zukünftiges Standbein für den Bio-Energiepark bilden. Unter dem Leitmotiv „Zero-Emission“ soll die in der Region erzeugte Biomasse in einen Kreislauf eingebunden werden, so dass keine Reststoffe unverwertet bleiben.

2.7.4. Übungszentrum für Hilfs- und Rettungsdienste

Nach Ansicht von BPW fehlen für die Feuerwehren des Landes, für das THW und andere Rettungsorganisationen ausreichende Übungsmöglichkeiten. Der Vorteil des Flugplatzes Eggebek liegt darin, dass verschiedene Übungsstationen angeboten werden können und dass Unterkünfte und Großküche vorhanden sind. Außerdem sucht die DEKRA-Unfallforschung nach einem geeigneten Gelände, um Crash-Tests durchführen zu können. Auch dafür wäre der Flugplatz besonders geeignet.

2.7.5. Neuer Wohnraum auf dem Kasernengelände in Tarp

Beispiele aus anderen Städten – auch aus Flensburg – zeigen, dass Kasernengebäude im guten baulichen Zustand zu preiswertem Wohnraum umgebaut werden können. Durch den Abriss nicht verwertbarer Baukörper würde Raum für Einzel- und Doppelhäuser entstehen. Die vorhandene Grünstruktur sorgt für ein attraktives Wohnumfeld.

Für die Nutzung des Kasernengeländes hat BPW drei Zielbildskizzen entwickelt, die verschiedene Möglichkeiten verdeutlichen und die Diskussion in der Öffentlichkeit anregen sollten.

Die erste Skizze orientiert sich weitgehend am Bestand. An der Bahn sollen die Hallen und Werkstätten von Handwerk und Kleingewerbe genutzt werden. Gut erhaltene Unterkunftsgebäude sollen zu Mehrfamilienhäusern umgebaut, schlecht erhaltene abgerissen werden. Auf diesen Flächen sollen Einzel- und Doppelhäuser entstehen.

In der zweiten Skizze werden die Sportanlagen an die Bahn verlegt, nachdem die technischen Gebäude abgerissen wurden. Am Übergang zur freien Landschaft entstehen Einzel- und Doppelhäuser.

In der dritten Skizze wird der Versuch unternommen, ein neues Zentrum für Tarp zu schaffen. Der Bahnhof soll nach Süden zum Mühlenhof verlegt werden und mit einer Fußgängerbrücke an das ehemalige Kasernengelände angeschlossen werden. In einigen Kasernengebäuden sollen Dienstleistungs- und Kultureinrichtungen untergebracht werden, um die zentralörtliche Bedeutung von Tarp zu stärken.

2.7.6. Andere Nutzungen

BPW hat im Laufe der Untersuchungen und Beratungen andere Nutzungsoptionen geprüft:

Automobil-Teststrecken, Kur- und Reha-Einrichtungen, Sozialzentrum, Factory-Outlet-Center, Winterlager für maritime Zwecke, autobahnaffine Dienstleistungen, Logistik-Flächen, Zivil-Flughafen, Geförderter Naturschutz, Golfplatz, Freizeit/Themenpark, Sport-Leistungszentrum für Behinderte, Jugendherberge/Jugendhotel.

Die Berater halten diese Vorschläge bis auf einen – Sozialzentrum in der Kaserne in Tarp – für nicht geeignet. Die Begründungen sind nachvollziehbar und logisch.

3. Schwierigkeiten und Probleme bei der Realisierung der Konversionsprojekte

3.1. Auseinandersetzungen im Amt Eggebek

3.1.1. Aufgabe des gemeinsamen Vorgehens

Nach der Annahme des Nachnutzungs- und Entwicklungskonzeptes durch die beiden Amtsausschüsse begann die Suche nach Projektträgern und Investoren. Um die Projektträgerschaft für das Flugplatzgelände bewarben sich zwei Gesellschaften aus Flensburg und Eggebek. Auf Amtsebene zeichnete sich eine Mehrheit für den Flensburger Bewerber ab, während die Eggebeker Gemeindevertretung mehrheitlich für den ortsansässigen Bewerber stimmte. Hier können auch parteipolitische Verbindungen eine Rolle gespielt haben.

Dies mag mit ein Grund gewesen sein, dass die Gemeinde Eggebek im September 2005 die Bewältigung der Konversion zur Selbstverwaltungsaufgabe erklärte, weil ihr aufgrund der Gesetzeslage das alleinige Planungsrecht zusteht. Damit entzog sie dem Amtsausschuss Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten. Dies war ein Bruch der bisherigen Vorgehensweise, weil die Amtsgemeinden davon ausgegangen waren, dass Planungen und Entscheidungen zur Bewältigung des Truppenabbaus nur gemeinsam getroffen würden. Die Gemeinden des Amtes hätten nach §5, Abs. 1 der Amtsordnung die Möglichkeit gehabt, die Aufgabe der Konversion auf das Amt zu übertragen. Eine weitere Möglichkeit wäre gewesen, nach den §§ 2 ff. des „Gesetzes über Kommunale Zusammenarbeit“ (GkZ) mit dem Nachbaramt Oeversee einen Zweckverband zu bilden. Beide Verfahrensweisen wurden von der Gemeinde Eggebek nicht diskutiert, weil man sich die alleinige Planungshoheit nicht nehmen lassen wollte.

Gleichzeitig wurde die T.O.W.E.R. Schleswig-Holstein GmbH (Technologie, Organisation, Wissenschaft, Energie, Region; kurz: TOWER) aus Eggebek mehrheitlich als Projektträger bestätigt. Ausdrücklich stellte der Gemeinderat fest, dass auch der Flensburger Bewerber sein vorgesehenes Logistikzentrum auf dem Flugplatzgelände verwirklichen könne, da es wegen des großen Flächenangebotes den Energiepark nicht störe.

Auf der Amtsausschusssitzung des Amtes Eggebek im Oktober 2005 wurde dieser „Eggebeker Alleingang“ von einigen Bürgermeistern der Nachbargemeinden heftig kritisiert. Da die Schließung des MFG 2 die gesamte Region getroffen habe, sollte auch die Konversion „... von den breiten Schultern des Amtes und seiner acht Gemeinden getragen werden“ (Bürgermeister Brodersen, Süderhackstedt). Auch wurde daran erinnert, dass das Konversionsgutachten und das Regionalmanagement Konversion auf Amtsebene behandelt und finanziert worden seien (WiR, 9/2005).

Der Ausschluss der Amtsgemeinden aus dem Konversionsprojekt „Energiepark“ hatte dazu geführt, dass die Umlandgemeinden sich vom Informationsfluss abgeschnitten fühlten. Der Bürgermeister der Eggebeker Nachbargemeinde, Jacob Bundtzen aus Langstedt, beklagte, dass die Gemeinden des Amtes die Machbarkeitsstudie unterstützt und mitfinanziert hätten, nun aber weder Mitspracherecht noch Informationen erhielten (FT vom 16.2.06). Er habe das Gefühl, Eggebek habe die Nachbarn nur benutzt, um gegenüber der BImA (Bundesanstalt für Immobilienangelegenheiten) als Region auftreten zu können.

Die beauftragte Gesellschaft (TOWER) entwickelte Pläne und untersuchte die Förderprogramme des Bundes und des Landes auf Finanzierungsmöglichkeiten. Bei einem Informationsbesuch sicherte Wirtschaftsminister Dietrich Austermann nicht nur Finanzhilfen zu, sondern übernahm die 100-prozentige Förderung der Projektplanung in Höhe von 100.000 Euro für den Flugplatz (FT vom 14.1.06), bei der Finanzlage des Landes ein ungewöhnlicher Vorgang. Außerdem konterkarierte der Minister die Vorschriften seines eigenen Ministeriums, die eine 100-prozentige Bezuschussung nicht zulassen.

Bei diesem Besuch wurden die Planungen für den „Energiepark Eggebek“ vorgestellt. In einem Testgebiet für Windkraftanlagen sollen drei riesige Windräder zu je 5 Megawatt mit einer Nabenhöhe von 120 und einem Flügeldurchmesser von 120 Metern errichtet werden. Drei Biogasanlagen von je 600 Kilowatt und eine von 1,8 Megawatt sollen nachwachsende Rohstoffe – Mais und Roggen – aus der Region verarbeiten. Weiterhin in der Planung war eine Klärschlamm Trocknung, eine Trocknung für Holzhackschnitzel und eine Bioethanol-Anlage als EU-Förderprojekt. Außerdem sollten auf Dächern und an Fassaden Fotovoltaik-Anlagen angebracht werden.

Für die Projektträger ist die Einbindung der Wissenschaft besonders wichtig. Die Fachhochschule Flensburg begleitet das Projekt. Gemeinsam strebte man die Gründung einer „Akademie für regenerative Ideen in Schleswig-Holstein“ mit Sitz in Eggebek an.

Für den Wirtschaftsminister war der Energiepark „... ein Vorhaben, das uns mit viel Optimismus erfüllt.“ Es könne Arbeitsplätze schaffen und verlorene Kaufkraft zurückgewinnen. Der Ansatz, Landwirte zu Energiewirten zu machen, sei für das ganze Land beispielhaft, denn „Schleswig-Holstein hat bei der Biomasse Nachholbedarf“ (ebd.).

Diese Sicht des Wirtschaftsministers wird von den Milchbauern der Umgebung und vom Kreisbauernverband nicht geteilt. Es wird befürchtet, dass wegen des Flächenbedarfs weiterer Biogasanlagen steigende Pachtpreise die Folge sind. Bereits die geplante Erweiterung der Anlage in Sollerupmühle auf eine Kapazität von 1,5 Megawatt erschwere die Situation. Der Bedarf an Mais für zusätzliche Anlagen von 1,8 Megawatt sei aus der Umgebung nicht mehr zu decken, so Landwirt und Bürgermeister Carsten-Peter Brodersen aus Süderhackstedt (FT vom 16.2.06).

Der Geschäftsführer der TOWER Jens Fröhlich betonte dagegen, dass sein Eindruck ein anderer sei, weil sich schon zahlreiche Landwirte bei ihm gemeldet hätten, die sowohl Interesse an der Zulieferung von Getreide oder Mais als auch an einer Beteiligung einer Biogas-Anlage bekundet hätten. „Für uns ist wichtig, dass ein Teil der Wertschöpfung in der Landwirtschaft verbleibt. Wir haben den Eindruck, dass die Befürworter in der Landwirtschaft überwiegen.“ Fröhlich glaubte, dass die Kritik politisch gesteuert werde (ebd.).

Kritik kam nicht nur aus den Nachbargemeinden, sondern auch aus der Mitte des Eggebeker Gemeinderates, die auch durch die positive Bewertung des Projektes durch die Landesregierung nicht verstummte. Im Februar 2006 kam es im Gemeinderat erneut zu einer kontroversen Debatte über die Projektträgerschaft. Vertreter der Wählergemeinschaft Eggebek betonten, dass es ihnen nicht ausreiche, wenn auf dem Flugplatz lediglich alternative Energien erzeugt würden. Wichtiger sei es, produzierendes Gewerbe und Anlagenbauer anzusiedeln. Bürgermeister Reinhard Breidenbach appellierte an die Gemeindevertreter, ein eindeutiges Zeichen für die Unterstützung der Konversionsbemühungen zu setzen. Der Gemeinderat schloss sich nach ausführlicher Beratung diesem Appell an und bestätigte nunmehr einstimmig den Beschluss vom 28. September 2005.

3.1.2. Streit um die Halle 70

Die unterschiedlichen Auffassungen innerhalb des Amtes und der Gemeinde zeigten, dass die Bewältigung der Konversionsfolgen nicht zu einer Aufbruchstimmung geführt hatte. Besonders deutlich wurde dies bei der Auseinandersetzung um die Halle 70 auf dem Flugplatzgelände.

Der TSV Jörl hatte eine Initiative mit dem Ziel gestartet, die Halle 70 in eine Sporthalle umzunutzen. Die Bürgermeister von Langstedt, Janneby, Jörl, Sollerup und Süderhackstedt unterstützten diese Initiative durch einen Antrag an die Gemeindevertretung von Eggebek, der von dieser einstimmig angenommen wurde (FT vom 3.3.06). Die Umbaukosten waren von einem Architekten auf 700.000 Euro geschätzt worden, Betriebskosten konnten noch nicht

ermittelt werden. Dieser Gemeinderatsbeschluss erweckte Hoffnungen und entwickelte eine Eigendynamik erheblichen Ausmaßes. Der TSV Jörl sammelte Unterschriften und schrieb Bundes- und Landespolitiker an, mit der Bitte um Unterstützung.

Als erster reagierte der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Börnsen (CDU), der forderte, die Halle 70 für die Vereine der Region freizugeben. Die BImA, die die Verkaufsverhandlungen für den Flugplatz mit der TOWER führte, wurde aufgefordert, die Halle aus dem Vermarktungskonzept herauszunehmen. Dieses Vorgehen rief die zuständigen Landtagsabgeordneten Frauke Tengler (CDU) und Lothar Hay (SPD) auf den Plan. Beide betonten die Notwendigkeit zur Schaffung größerer Hallenkapazitäten, die aber rechtlich und finanziell machbar sein müsste. Die Umnutzung der Halle 70 erfülle keine der beiden Voraussetzungen. Die Politiker bedauerten, dass in der Vergangenheit falsche Hoffnungen geweckt worden seien. Offensichtlich sei das Projekt weder auf seine Sicherheitsstandards noch auf seine Finanzierbarkeit ausreichend untersucht worden (FT vom 9.6.06).

Ungeachtet dessen fand am 12. Juni 06 eine Protestveranstaltung im Dienstleistungszentrum Eggebek statt, auf der dem Eggebeker Bürgermeister 2.000 Unterschriften mit der Forderung übergeben wurden, dass sich die BImA, die Gemeinde Eggebek und die TOWER an einen Tisch setzten sollten, um „... dieses Projekt zu unterstützen und uns die Halle 70 zum Umbau als Sporthalle zum symbolischen Preis von 1,00 Euro zu überlassen!“

Die Befürworter der Hallenumnutzung gingen von zwei Voraussetzungen aus: einmal sollte der Kaufpreis nur den symbolischen einen Euro betragen, und außerdem sollten erhebliche Umbaumaßnahmen in Eigenregie unternommen werden, um so die Kosten zu senken. Beide Vorstellungen waren illusorisch. Die BImA erwartete bei einem Einzelverkauf der Halle einen Mindestbetrag im unteren sechsstelligen Bereich. Ein Umbau mit Eigenbeteiligung wäre schon wegen Sicherheits- und Gewährleistungsfragen nicht möglich. Es ist vielleicht noch nachvollziehbar, dass die Vertreter der Sportvereine unerfüllbare Forderungen stellten, weil sie nur dadurch auf ihre Wünsche aufmerksam machen konnten, um die erforderlichen Hallenkapazitäten an anderer Stelle zu verwirklichen. Unverständlich ist, dass Gemeindevertreter und Bürgermeister, die über das komplizierte und schwierige Geschäft der Nachnutzung für den Flugplatz ausreichend informiert wurden, mit populistischen Forderungen die noch nicht abgeschlossenen Verkaufsverhandlungen störten. In dieses Bild passt auch, dass der Geschäftsführer der TOWER von Kindern in Briefen als kinderfeindlich beschimpft wurde, weil sich Jugendliche in Zukunft nur noch an der Bushaltstelle aufhalten könnten. (Briefe wurden dem Verfasser bei einem Besuch auf dem Flugplatz gezeigt.)

Kommentar. Dieser mit viel Emotionen monatelang geführte Streit hat die Atmosphäre zwischen den politischen und wirtschaftlichen Akteuren in den Gemeinden vergiftet. Bei rechtzeitiger und ausreichender Information hätte er gar nicht erst entstehen dürfen. Die ohnehin schwierige Nachnutzung des Flugplatzes wäre durch eine isolierte Herausnahme der Halle 70 aus dem Plangebiet zusätzlich erschwert worden. Für den Autor ist dieser Streit ein weiterer Beweis, dass politisch Verantwortliche im Amt Eggebek Schwierigkeiten haben, das Wohl der Region und ihrer Bürger im Auge zu behalten. All zu oft bestimmen persönliche Animositäten die Entscheidungen. Es drängt sich der Eindruck auf, dass der Streit um die Halle 70 mutwillig vom Zaun gebrochen wurde, um sich an der Gemeinde Eggebek, und vor allem an ihrem Bürgermeister, für den „Eggebeker Alleingang“ zu revanchieren. Die „Halle 70“ wurde als Vehikel benutzt, um alte Rechnungen zu begleichen. Die politischen Vertreter des Amtes Eggebek haben nach der gemeinsamen Kraftanstrengung, die sie für den Erhalt des MFG 2 aufgebracht hatten, das gemeinsame Ziel schnell aus den Augen verloren. Nun kämpfte man nicht mehr miteinander, sondern gegeneinander. Mit einer derartigen Einstellung ist eine gemeindeübergreifende Entwicklungspolitik zum Scheitern verurteilt.

3.1.3. Unterstützung durch den Konversionsmanager

Diese Auseinandersetzung erschwerte auch die Arbeit des Projektmanagers, der seit dem 15. September 2005 bei der WiREG das „Regionalmanagement Konversion“ (RMK) betreut. Er sollte dafür sorgen, die vielen Flächen, die durch den massiven Abzug der Bundeswehr im Kreis frei geworden sind, für zivile Nachnutzungen zu vermarkten und geeignete Investoren zu finden. Erste Aufgabe war, die Immobilien – auch von Eggebek und Tarp – Mitte Oktober 2005 auf der Expo Real in München, der größten Messe für Gewerbeimmobilien in Europa, zu präsentieren.

70 Prozent des RMK werden vom Land aus der Gemeinschaftsaufgabe gefördert, den Eigenanteil bringen die Gemeinden Kappeln, Eggebek und Tarp als besonders stark betroffene Standorte sowie der Kreis auf. Das Projekt ist zunächst auf drei Jahre befristet. Die WiREG hat in einem Positionspapier die Rahmenbedingungen und die Handlungsfelder des RMK beschrieben. Unter anderem soll es „... regionale Entwicklungsprojekte und Konsensbildungsprozesse fördern, verborgene regionale Beschäftigungs- und Wachstumspotentiale mobilisieren und regionale Netzwerke und Bündnisse aufbauen.“ Außerdem soll die interkommunale Zusammenarbeit intensiviert werden.

3.2. Erwerb des Flugplatzgeländes

Nach langen Verhandlungen mit der BImA, die nach Aussage des Geschäftsführers in angenehmer Atmosphäre verliefen, erwarb die TOWER am 9. Februar 2007 den Flugplatz. Bereits vorher konnten das Gelände und die Hallen im Rahmen von befristeten Nutzungsverträgen bei der Standortverwaltung angemietet werden. Verschiedene Hallen wurden von Fahrzeugbetrieben genutzt und auf den ehemaligen Grünflächen beiderseits der Rollbahn wurde Mais für den geplanten Bioenergie-Park angebaut. Diese Zwischennutzung war auch deshalb wichtig, weil sonst die Gefahr von Zerstörungen und Diebstählen bestanden hätte. Bei anderen länger leerstehenden Bundeswehrliegenschaften zeigte sich sehr schnell der Verfall. Vor allem hätten aus Sicherheitsgründen Ver- und Entsorgungsleitungen unterbrochen bzw. abgebaut werden müssen. Auf dem Flugplatzgelände war vorgesehen, die Kraftstoffleitungen zu den Versorgungstanks und zum Tanklager Tüdal mit Sand zu befüllen, was sie unbrauchbar gemacht hätte.



Foto 21: Planungsziel der Flugplatzumnutzung mit WKA, Biogas- und Fotovoltaik-Anlagen sowie weiterer Gewerbenutzung (Computersimulation).

3.3. Unklares Planungsrecht

Die TOWER besteht aus den ortsansässigen Unternehmen Hofkontor (Beratungs- und Planungsbüro für landwirtschaftliche Betriebe) und Vollbrecht (Dachdeckerei), sowie dem Fuhrunternehmer Carstensen aus Handewitt.. Seit September 2005, der Übertragung der Projektträgerschaft durch die Gemeinde Eggebek, begann die Gesellschaft Verhandlungen mit Investoren, Nutzern und Käufern. Bis Ende des Jahres 2006 gab es 130 Arbeitsplätze vor Ort. Auf einer Einwohnerversammlung am 29. November 2006 berichteten der Bürgermeister, der Planungsingenieur für die Flächennutzungsplanung und der Geschäftsführer der TOWER vor 48 Gästen ausführlich über den Stand der Konversion. Jede der drei Windkraftanlagen muss ein gesondertes Genehmigungsverfahren durchlaufen, bei dem Lärm, Schattenwurf und Arbeitsschutz beachtet werden müssen. Von dem geplanten Gewerbegebiet von 100 ha sollen 20 ha beliebigem Gewerbe vorbehalten werden, während 80 ha in Verbindung mit dem Energiepark stehen müssen. Nach Abstimmung mit der Landesplanung soll die Aufstellung eines Flächennutzungsplanes im Rahmen eines „Zielabweichungsverfahrens“ erfolgen. Bei diesem Planverfahren werden auch die Bürger beteiligt, die Anregungen und Bedenken vorbringen können.

Von Zuhörern wird die Vermietung einer Halle und von Flächen an die Stadtwerke Flensburg kritisiert, die dort Sekundärrohstoffe für ihre Müllverbrennung lagern. Dieses Zwischenlager ist von den zuständigen Behörden genehmigt worden. Ein Bürger ging auch auf die riesigen Windkraftanlagen ein. Er befürchtete Lärm und eine Wertminderung der Häuser, weil diese Anlagen das Landschaftsbild erheblich negativ beeinflussen würden. Es wurde darauf verwiesen, dass das Bundesimmissionsschutzgesetz zu beachten sei und eine Nachnutzung des Flugplatzes und die Schaffung von Arbeitsplätzen ohne Beeinträchtigungen schwerlich möglich sei. Zudem wurde an die Beeinträchtigungen durch den Flugbetrieb erinnert (Niederschrift der Einwohnerversammlung vom 29.11.06, eigene Beobachtung).

An dieser Stelle muss auf den bisherigen Planungsstand verwiesen werden. Der Flugplatz und die anderen militärisch genutzten Flächen sind als „Sondergebiet Bundeswehr“ (Bundesbaugesetzbuch § 37) ausgewiesen. Dies bedeutet, dass sich alle Baumaßnahmen jeglicher Einflussnahme von Politik und Bürgern entziehen, wie es sonst nach dem Bundesbaugesetzbuch vorgesehen ist. Insbesondere entfällt auf diesen Flächen die Planungshoheit der Gemeinde.

Logische Konsequenz der Landesplanung hätte es sein müssen, den Regionalplan 2002, der bis zum Jahre 2015 gelten soll, den neuen Bedingungen anzupassen. Ähnlich hat man in der Vergangenheit einen Teilbereich des Regionalplans geändert, um ihn den Erfordernissen der Windkraftnutzung anzupassen.¹⁹ Diesen Mühen wollte man sich offensichtlich nicht unterziehen. Statt dessen wählte man in Eggebek ein sogenanntes Zielabweichungsverfahren. Nach § 11 des Bundesraumordnungsgesetzes vom 18.8.1997 ist ein Zielabweichungsverfahren möglich, wenn von ursprünglichen Vorstellungen abgewichen werden soll: *„Von einem Ziel der Raumordnung kann in einem besonderen Verfahren abgewichen werden, wenn die Abweichung unter raumordnerischen Gesichtspunkten vertretbar ist und die Grundzüge der Planung nicht berührt werden.“* Auch das Landesplanungsgesetz vom 10. Februar 1996 sieht die Möglichkeit vor, von den Zielen der Raumordnung abzuweichen. Aber auch hier heißt es, dass Abweichungen zuzulassen sind, *„... wenn die Abweichungen aufgrund einer Veränderung der Sachlage nach raumordnerischen Gesichtspunkten geboten sind und die Raumordnungspläne in ihren Grundzügen nicht berührt werden“* (LPG § 4, Abs. 3).

Planungsrechtlich hat das „Sondergebiet Bundeswehr“ bis heute Gültigkeit, jegliche Änderung widerspricht den Grundzügen der ursprünglichen Planung. Warum wurde dieses Verfah-

¹⁹ Teilfortschreibung 1998 des Regionalplans V zur Festlegung von Eignungsräumen für die Windenergienutzung.

ren dennoch gewählt? Auch hier wirft die Vorgehensweise ein merkwürdiges Licht auf die Landesplanung. Eggebek ist kein zentraler Ort. Der Gemeinde wurden aber „Ergänzungsfunktionen“ für die Versorgung der umliegenden Dörfer zugestanden. Bisher hat die Gemeinde Gewerbegebiete von ungefähr 8 ha ausgewiesen, die nur teilweise genutzt werden, darunter auch ein ehemaliges Kasernengelände (siehe Foto 28). Im Rahmen der Verhandlungen mit der Landesplanung wurden der Gemeinde 100 ha Gewerbefläche versprochen, wenn sie im Gegenzug die als Testanlagen für den „Off-shore“-Betrieb bezeichneten Riesenanlagen von 180 m Höhe genehmigen würde. Wenn nicht, würden der Gemeinde nur 20 ha zugebilligt werden, was bereits ein erhebliches Zugeständnis wäre, das man aber wegen der Arbeitsplatzverluste durch den Abzug des MFG 2 vertreten könne. Ein derartig großes Gewerbegebiet (100 ha) sprengt den Rahmen der bisherigen Planung und hat Auswirkungen auf die Region. Es erfordert daher ein „ordentliches“ Planverfahren (Änderung Regionalplan, Aufstellung von F- und B-Plänen) und keine Planung aufgrund von Absprachen mit der Ministerialbürokratie, die rechtlich von Windkraftgegnern angreifbar ist. Das Verhalten der Landesplanung, das nicht die erforderliche Rechtssicherheit gewährleistet, ist nur dadurch zu erklären, dass der Wirtschaftsminister unbedingt Erfolge vorweisen wollte und das Innenministerium unter Druck gesetzt hat.

Im Untersuchungsgebiet gibt es nach den Festlegungen des Regionalplanes von 2002 nur ein kleines Areal südwestlich von Wanderup, das als „Eignungsgebiet für die Windenergienutzung“ ausgewiesen ist. Im LROPl von 1998 (5.1) wird festgelegt: *„Die der Ausweisung als Eignungsgebiet zugrunde liegende Abwägung geht jedoch davon aus, dass aus übergeordnetem Interesse und aufgrund der sorgfältigen Voruntersuchungen und Abstimmungen solche Nutzungen zurücktreten müssen, die der für das Eignungsgebiet vorgesehenen Nutzungen entgegenstehen. Spiegelbildlich hierzu wird die im Eignungsgebiet vorgesehene Nutzung außerhalb der Eignungsgebiete ausgeschlossen.“* Im Regionalplan 2002 besagt ein Abschnitt (5.8, Z. 10): *„Der Landschaftsraum entlang der Treene zwischen Treia und Großsolt sowie entlang der Bollingstedter Au zwischen Solterup und Havetoftloft ist von Windenergieanlagen freizuhalten.“* Demnach dürfte in Eggebek auf gar keinen Fall eine Windkraftanlage gebaut werden. Es bleibt abzuwarten, wie die Landesplanung diese Großanlagen planerisch genehmigen will. Offensichtlich will man den Begriff „Testanlage“ als Vehikel nutzen, um dem Dilemma der eigenen Planungsvorschriften zu entgehen. Die Landesplanung suggeriert, dass nach 20 bis 25 Jahren die Testanlagen wieder verschwinden würden. Diese Vorstellung steht im Widerspruch zur Idee des Energieparks, der nach Aussagen der Landesregierung nur als Einheit zu sehen ist. Bei einer befristeten Genehmigung der Windkraftanlagen müssten in logischer Konsequenz auch die anderen Anlagen nur befristet genehmigt werden. Auch ist nicht davon auszugehen, dass bei einer derartig jungen und noch lange nicht ausgereiften Technologie wie der Windkraft, der Testbedarf in absehbarer Zeit nicht mehr erforderlich sein sollte. Betreiber und Investoren gehen selbstverständlich davon aus, dass die Windkraftanlagen auf Dauer ihren Platz in Eggebek haben werden und daher auch planungsrechtlich gesichert sein müssen. Obwohl die Testanlagen weit entfernt von der Küste mit ihren hohen Windgeschwindigkeiten und der salzigen Luft errichtet werden sollen, sind sie für die Firmen unbedingt erforderliche Referenzanlagen, weil sie unkompliziert erreicht werden können. Auch Rotoren und Getriebe können wesentlich einfacher ausgewechselt und gewartet werden als auf hoher See.

Für das Verhalten der Landesbehörden und der zuständigen Ministerien bleiben folgende Erklärungen:

- In Schleswig-Holstein gibt es auf dem festen Land nur wenig geeignete Standorte für derartig große Anlagen.
- Die ehrgeizigen Ziele der Landesregierung, den Anteil der Windenergie zu steigern, lassen sich nur mit solchen Anlagen erreichen.

- Die im Land ansässige Industrie (Repower) macht ihren Verbleib im Land von der Ausweisung geeigneter Standorte abhängig.

Die Landesregierung fordert die Fördergebiete ständig auf, endlich die erwünschten „Leuchtturmprojekte“ zu verwirklichen, die weit in das Land hinausstrahlen, besonders innovativ sind und zukunftssträchtige Arbeitsplätze schaffen. Nach Ansicht der Landesregierung erfüllt der Energiepark Eggebek diese Voraussetzungen. Umso unverständlicher ist es, dass die Zukunftschancen dieses Vorhabens durch den Planungswirrwarr der Landesplanung gemindert werden. Konsequenterweise müsste das Flugplatzgelände von einem „Sondergebiet Bundeswehr“ in seinem Kernbereich in ein „Sondergebiet Energiepark“ umgeplant werden, das auch den Anforderungen eines Industriegebietes standhalten kann. Der Flugplatz Eggebek verfügt aufgrund der Abstands- und Sicherheitsflächen aus dem Jet-Betrieb als eines der wenigen Areale im Kreis über alle Voraussetzungen eines baurechtlich zu sichernden Industriegebiets. Dazu wäre allerdings ein grundlegender und schwieriger Planungsprozess erforderlich, der auch die Nachbargemeinden mit einbeziehen müsste. Da bisher alle Fusionsbemühungen der Ämter und Gemeinden gescheitert sind, hätten nach Auffassung des Autors die Gemeinden der beiden Ämter mit Unterstützung des Kreises und der Landesplanung einen Zweckverband bilden müssen, der sich nur mit der Konversionsproblematik und der Nachnutzung auf dem Flugplatzgelände befasst.

Zusätzlich erschwert wurde die Ansiedlung von Firmen dadurch, dass es erst nach monatelangen Verhandlungen zwischen der Gemeinde Eggebek und der TOWER gelungen war, einen Erschließungsvertrag für das Gelände zu verabschieden. Dieser Vertrag ist Voraussetzung für die Aufstellung des Flächennutzungsplanes. Zwei Gemeinderatssitzungen mussten deswegen verschoben werden (FT vom 18.10.07). Die TOWER GmbH möchte das Gelände je nach Bedarf abschnittsweise erschließen, während die Gemeinde auf einem Vertrag bestand, der die Erschließung der Gesamtfläche von 100 ha absichert. *„Bei allem Vertrauen ist für die Gemeinde eine gewisse Absicherung nötig. Sonst werden eventuell nur einige Filetstücke erschlossen und der Rest bleibt liegen,“* begründete Bürgermeister Reinhard Breidenbach den Standpunkt der Gemeinde. Bestärkt wurde sie in dieser Auffassung von einer Gesellschaft, die Gemeinden bei schwierigen Vertragsverhandlungen berät. Dieses Verhalten ist ungewöhnlich, weil niemand im Jahre 2007 voraussagen kann, ob und wann welche Flächen erschlossen werden müssen. Für eine ungewisse Zeitspanne wäre bei einer derartigen Vertragsgestaltung der Investor gezwungen, Kapital zu binden, das dann für notwendige Investitionen nicht zur Verfügung steht.

3.4. Auseinandersetzungen in Eggebek wegen der Windkraftanlagen

Das starre Verhalten der Gemeinde wird verständlicher, wenn man die Ereignisse in Eggebek seit Februar 2007 betrachtet. Bis dahin herrschte im Gemeinderat Einigkeit über die Verwirklichung des Energieparks, der die Errichtung der 180 m hohen Windkraftanlagen vorsah. Auch auf der Gemeinderatssitzung am 28. Februar 2007, auf der das Gesamtprojekt vorgestellt wurde, gab es weder aus den Reihen des Gemeinderates noch aus denen der Zuhörer kritische Stimmen (eigene Beobachtung). Auch auf der Bürgeranhörung zur Änderung des Flächennutzungsplans, die die Voraussetzung zur Umsetzung des Technologieparks für regenerative Energien ist, wurden keine ablehnenden Stimmen laut. Baurechtlich müssen die Windkraftanlagen einen Mindestabstand von 685 Metern zur nächsten Wohnbebauung und einen Kilometer Abstand zum Ortsrand einhalten. In Eggebek ist der Abstand zur geschlossenen Bebauung wesentlich größer. Außerdem sind die Anwohner vor Schattenschlag geschützt, weil sie maximal 30 Minuten am Tag und insgesamt 30 Stunden pro Jahr beeinträchtigt werden dürfen (FT vom 10.4.07).

Zwei Tage später meldete das „Flensburger Tageblatt“ (FT vom 12.4.07) die Ansiedlung eines Betriebes aus der Windkraftbranche. Die Firma Geartech, die sich auf die Reparatur der

Getriebe von Windkraftanlagen spezialisiert hat, hatte eine große Halle und ein 10.000 Quadratmeter großes Grundstück erworben. Die Firma will mit ihren Tochterunternehmen einen „Rund-um-Betreuungsservice“ für Windkraftbetreiber anbieten. Dazu gehören die Flügelreparatur und die Wartung der Elektronik. Binnen zwei Jahren sollten in Eggebek 30 neue Arbeitsplätze entstehen. Einen weiteren Erfolg konnte die TOWER GmbH mit einer Beteiligung der Stadtwerke Flensburg an der Firma Hofkontor vermelden (FT vom 13.4.07). Die Stadtwerke sehen in der strategischen Partnerschaft mit der Eggebeker Firma die Möglichkeit, ihren Kunden mehr Strom aus regenerativen Energieträgern anbieten zu können.

Einen Monat später kam der erste Rückschlag für das flächenmäßig größte Konversionsprojekt im Kreis. Eine Bürgerinitiative sammelte Unterschriften gegen die Windkraft-Giganten (FT vom 25.5.07). Die Gegner befürchten Schattenwurf, Lärmbelästigung, Störung durch Blinkfeuer und einen Werteverlust ihrer Immobilien. Durch die Windkraftanlagen würden auch keine Arbeitsplätze entstehen. Bürgermeister Breidenbach kündigte eine neue Bürgerbeteiligung an, da der bisherige Informationsfluss offenbar nicht ausreichend gewesen sei. Breidenbach erklärte in diesem Artikel, dass die Gemeinde bisher von einer drei- bis sechsjährigen Testphase ausgegangen sei, während das Land von einer 15-jährigen Phase mit einer Verlängerungsoption von fünf Jahren ausgehe.

Für den Beobachter des Eggebeker Konversionsprozesses zeigt sich an dieser Stelle der erste Bruch in der Argumentation des Bürgermeisters. Mit Beginn der Planung für den Energiepark im Laufe des Jahres 2005 stand sowohl die Größe der Windkraftanlagen als auch die Länge des Testbetriebes fest (FT vom 14.1.06). Von einer drei- bis sechsjährigen Testphase war nie die Rede. Für eine derartig kurze Zeit würde kein Unternehmen Investitionen in Millionenhöhe (20 – 30 Mio. Euro) vornehmen. Selbstverständlich soll und muss auch mit Testanlagen Geld verdient werden.

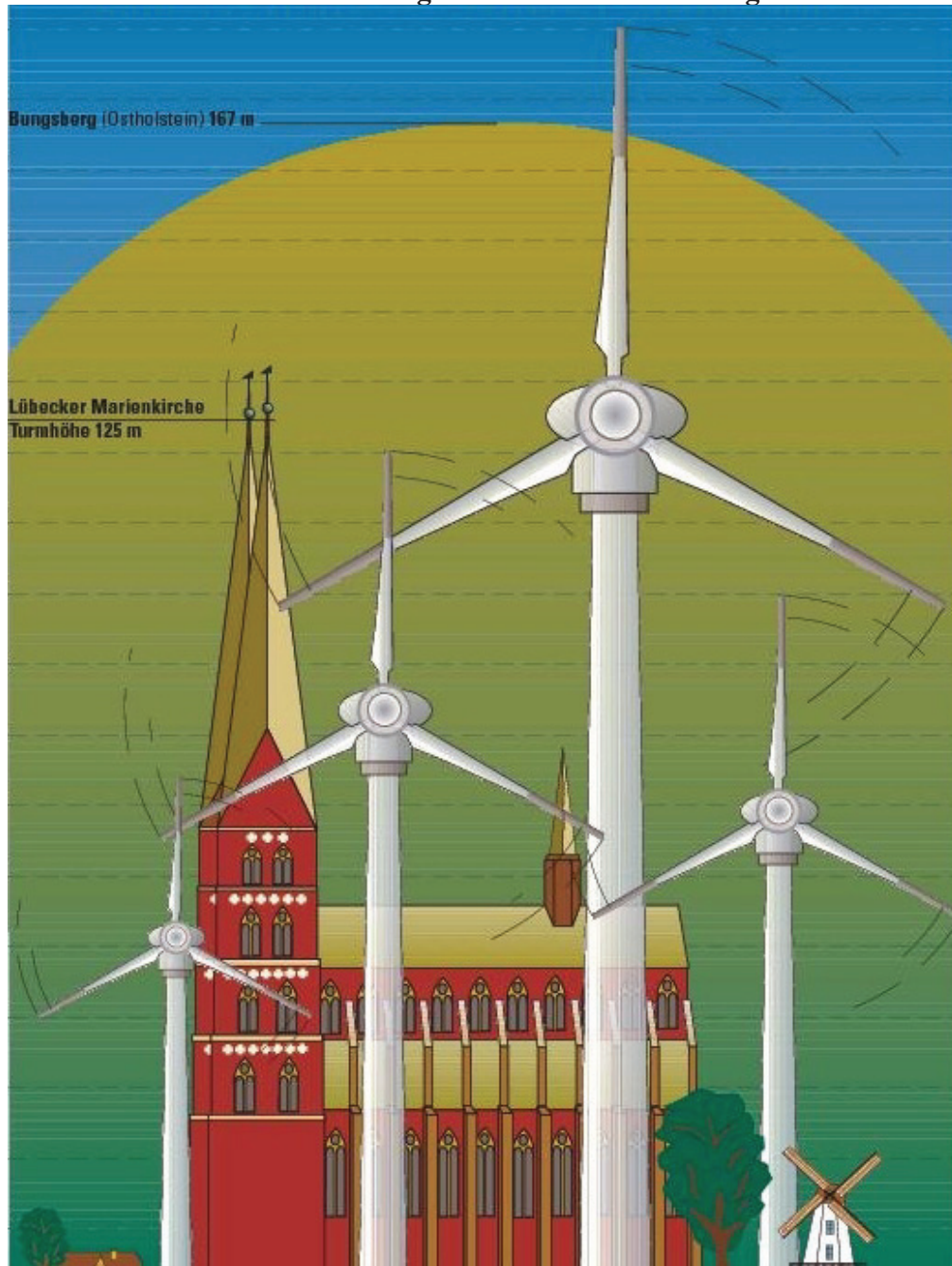
Die Firma TOWER will mit den Bedenken aus der Bevölkerung offen umgehen, so Projektleiter Klaus Thomsen, weil für dieses Projekt die Akzeptanz in der Bevölkerung wichtig sei. Die Firma bot ständig Besuchs- und Informationsmöglichkeiten auf dem Flugplatzgelände an, die jedoch kaum genutzt wurden. Von den drei 5-M-Anlagen, die eine Nennleistung von jeweils fünf bis sechs Megawatt erbringen, erhoffte man sich eine Sogwirkung auf weitere Firmen der Bioenergie-Branche. Eine Biogas-Anlage und die Ausrüstung der Hallendächer mit Solaranlagen sei in der Durchführungsplanung.

Landesplanung und die Firma Repower als Bauherr und Betreiber der Windkraftanlagen begründeten, warum am Standort Eggebek festgehalten werde. Die Testwindanlagen für den späteren Offshore-Einsatz haben nach Auffassung des Innenministeriums eine Schlüsselfunktion für den „Energie- und Technologiepark“ (FT vom 7.7.07). *„Das Gesamtvorhaben, bei dem in einer Größenordnung von über 100 Hektar in einer kleinen ländlichen Gemeinde nicht nur Sonderbauflächen für Testwindkraftanlagen und andere regenerative Energien, sondern auch Gewerbeflächen dargestellt werden sollen, ist zunächst nicht mit den Zielen der Raumordnung vereinbar“*, so Marion Wecken von der Pressestelle des Innenministeriums. Daher könne die Errichtung der Testanlagen auch nicht isoliert betrachtet werden. Bei einer Ablehnung müsse das gesamte Projekt überprüft werden. Die Firma Repower betonte, dass sie mehrere Referenzanlagen an Land benötige, da eventuelle Störungen und Ermüdungsschäden zunächst an den Anlagen in Eggebek auftreten würden, so dass Gegenmaßnahmen direkt an den Prototypen getestet werden könnten. In Eggebek könnten Störfallszenarien simultan inszeniert werden, um das Personal auf die Arbeiten der schwer zugänglichen Anlagen auf dem Meer vorzubereiten.

Unter der Überschrift: *„Wie hoch sind 180 Meter?“* berichtete das „Flensburger Tageblatt“ (FT vom 14.7.07) von einem Besuch einer Eggebeker Delegation in Brunsbüttel. Gemeindevertreter, Gegner der Windkraftanlagen und Vertreter der Firma TOWER waren der Einla-

derung der Firma Repower gefolgt, um sich ein Bild von der Größe der in Eggebek geplanten Anlagen zu machen. Nochmals wurde von der Firma Repower die Notwendigkeit der Testanlagen betont. Der Lärm und der Schattenwurf würden durch ausgeklügelte Steuerungsmethoden im gesetzlichen Rahmen bleiben. Bürgermeister Breidenbach, bis dahin noch ein Befürworter der Anlagen, betonte: „*Das war richtig gut.*“ Er hoffe, dass die nächste Einwohnerinformation Ende August sachlicher verlaufen werde als die jüngste. „*Wir müssen die Emotionen aus der Diskussion bekommen*“, so das Fazit des Bürgermeisters. Auch Projektleiter Klaus Thomsen sah optimistisch in die Zukunft, weil selbst die Skeptiker nach seinem Eindruck überrascht gewesen seien, wie „*klein*“ und „*ruhig*“ sich die Anlage ausnehme.

Abb. 7 Größenvergleich der Windkraftanlagen



Quelle: FT vom 14. 7. 07.

In der Sommerpause muss beim Bürgermeister ein Gesinnungswandel stattgefunden haben. Aus einem Windkraftbefürworter war ein Windkraftgegner geworden. Der Bürgermeister hatte sich zwar noch nicht öffentlich dazu bekannt, aber er nutzte den mit der TOWER auszu-

arbeitenden Erschließungsvertrag, um eine einvernehmliche Lösung zu erschweren bzw. zu verhindern. Die TOWER, die bisher mit großer Unterstützung durch den Bürgermeister rechnen konnte, wurde von ihm auch öffentlich angegriffen: *„Ich wundere mich manchmal über eine gewisse Lässigkeit seitens der Tower“*, so der Bürgermeister, gleichzeitig wurden Gerüchte über die Finanzkraft der Gesellschaft gestreut.

In einem Gespräch mit dem Autor (10.10.07) hatte der Bürgermeister seine beabsichtigte Ablehnung der Windkraftanlagen angekündigt. Er begründete dies auch damit, dass die erwarteten Gewerbesteuererinnahmen wesentlich geringer sein würden, als ursprünglich angenommen. Er bezweifelte daher den Nutzen für die Gemeinde. Aus seiner Sicht werde das Gesamtprojekt durch den Wegfall der Anlagen nicht gefährdet. Angesichts der ablehnenden Haltung großer Teile der Gemeinde wolle er eine Spaltung der Bewohner in Gegner und Befürworter vermeiden.

Im November wurde der Gesinnungswandel auch öffentlich (FT vom 27.11.07). Der Bürgermeister (CDU) kündigte an, dass er in der Gemeinderatssitzung nicht mit seiner Fraktion stimmen werde. Es wurde deutlich, dass es Auseinandersetzungen mit der Landtagsabgeordneten und CDU-Fraktionsvorsitzenden Frauke Tengler gegeben hatte, die sich aufgrund ihrer Möglichkeiten auf Landesebene sehr stark für die Verwirklichung des Konversionsprojektes eingesetzt hatte. Plötzlich war der Bürgermeister auch zu einer anderen Erkenntnis gelangt: *„Es wird schwierig, schon 50 Hektar Gewerbe auf dem einstigen Flugplatz zu vermarkten. Brauchen wir dann den Riesenärger mit einem großen Teil der Bevölkerung?“*

Frauke Tengler war bereit, diesen Ärger auf sich zu nehmen, weil sie in der Verbindung von Biomasse, Fotovoltaik und Windkraft Zukunftschancen für die Gemeinde sieht. *„Wir tragen Verantwortung dafür, dass Eggebek auch in zwanzig Jahren gut dasteht.“*

Zu diesem Zeitpunkt war abzusehen, dass der Gemeinderat genauso gespalten war wie die Gemeinde: Freie Wähler waren dagegen, die ehemalige SPD-Fraktion, die sich zu einer weiteren Wählergemeinschaft (Eggebeker Wählergemeinschaft – EWG) zusammengeschlossen hatte, dafür, die Mehrheit der CDU dafür und einige dagegen.

Offensichtlich hatte die Unterschriftenaktion der Bürgerinitiative erheblichen Anteil daran, dass aus der einstimmigen Befürwortung des Gemeinderats für die Windkraftgiganten ein Gremium wurde, dass nicht nur unterschiedlicher Meinung war, sondern in der Auseinandersetzung auch immer unversöhnlicher und feindlicher argumentierte.

Die Bürgerinitiative hatte sich in einen Verein mit dem Namen „Bürger für Eggebek“ umgewandelt, weil sie sich dadurch größere Möglichkeiten bei der Durchführung eines Bürgerentscheids erhoffte, falls der Gemeinderat eine „Pro-Windkraft-Entscheidung“ treffen sollte. Auf der Internetseite des Vereins hat der Verein alles zusammengetragen, was an kritischen Verlautbarungen über Windkraft, Biogas und alternative Energieträger veröffentlicht wurde. Außerdem erhob er auf seiner Startseite schwere Vorwürfe gegen den Gemeinderat, der auf *„die verhängnisvolle Idee“* gekommen sei, das Flugplatzgelände *„... einer Betreiber-gesellschaft (Tower GmbH) ... zu überantworten, damit Eggebek ‚wieder lebenswert‘ werden sollte.“* Der Verein hält die politischen Entscheidungen und die Vorhaben der Investoren für *„... eine unglaubliche Posse der Kommunalpolitik, angetrieben von Teilen der Landesregierung Schleswig-Holsteins.“* Der Verein verspricht *„... wertvolle Daten & Fakten über die neue politische ‚Heilige Kuh‘, die Erneuerbare Energien.“* Der Verein will aufklären und fordert die Bürger auf: *„Machen Sie sich selbst ein Bild über Missstände, Seilschaften & seltsame Vorgänge in unserer Gemeinde!“*

Satzungszwecke des Vereins sind *„... Aktivitäten, die der Pflege, des Schutzes der Landschaft und Natur in der Region Eggebek dienen und die industrielle Nutzung mit Gefährdungen für*

die Natur, die Tiere, die Menschen verhindern. Weiterhin soll durch Aufklärung und Informieren der Bürger die Umweltbildung und das umweltgerechte Verhalten gefördert werden.“

Der Verein schreibt, dass er die Umwelt „... vor den Geschäftsgebaren skrupelloser Betreiber schützen ... und unsere wertvolle Tierwelt erhalten (will), ohne dass diese von den Windroto-
ren zermetzelt wird.“

Auf einer anderen Seite werden die Gemeinderatsmitglieder und ihre Äußerungen zu den Windkraftanlagen wiedergegeben. Der Verein, der sich „Aufklärung“ zum Ziel gesetzt hat, lässt die Aussagen nicht unkommentiert stehen, sondern verteilt Lob und Tadel. Besonders schlecht kommt dabei die stellvertretende Bürgermeisterin und MdL Frauke Tengler weg. Viele Vorwürfe sind bewusste Falschaussagen, andere sind unanständig und ehrabschneidend.

Der „Erfolg“ des Vereins wurde auf der Gemeinderatssitzung am 19. Dezember 2007 deutlich (FT vom 21.12.07; eigene Beobachtung). Auf dieser Sitzung sollte im vierten Anlauf über die Fortführung des Bauleitverfahrens entschieden werden, das auch die „Windenergienutzung“ vorsieht. 280 Einwohner verfolgten gespannt, wie sich die Gemeindevertreter bei den Abstimmungen verhalten würden. Wer gehofft hatte, dass sich Gegner und Befürworter sachlich mit allen Facetten dieser schwierigen und für die Gemeinde folgenschweren Entscheidung auseinander setzen würden, sah sich getäuscht. Mit Hilfe des „konvertierten“ Bürgermeisters konnten Gegner der Windkraft und Vereinsmitglieder ihre Desinformationskampagne fortsetzen. In der Bürgerfragestunde wurden keine Fragen gestellt, sondern ablehnende Stellungnahmen vorgetragen. Befürworter wurden ausgebuht, Gegner beklatscht, ohne dass der Bürgermeister eingeschritten wäre. Dies waren klare Verstöße gegen die Gemeindeordnung. Die Sachvorträge der geladenen Experten wurden kaum zur Kenntnis genommen. Die Vertreter des Planungsbüros und des staatlichen Umweltamtes bestätigten, dass alle Richtlinien und technischen Regelwerke bei der Errichtung der Windkraftanlagen eingehalten werden. Der Lärm muss als Schallleistungspegel nachgewiesen und eingehalten werden. Ein Vertreter der Fachhochschule erläuterte, welche Bedeutung die Windkraftanlagen für die Forschung haben, vor allem im Verbundsystem mit den anderen Energieträgern. Bisher sei es den Studenten nicht möglich, an den großen zukunftssträchtigen Anlagen zu forschen.

Die Vertreter der Firmen, die sich bisher auf dem Flugplatz angesiedelt hatten, machten deutlich, dass sie bei ihrer Entscheidung auf die Einstimmigkeit des Gemeinderates für das Gesamtkonzept vertraut hatten. Falls die Windkraftanlagen nicht gebaut werden dürften, entfalle der Kernpunkt der Investitionsentscheidung, da die anderen Anlagen auch an anderen Standorten gebaut werden könnten.

Der Bürgermeister ging davon aus, dass der Energiepark auch ohne Windkraftanlagen errichtet würde. Er glaube weder der Landesregierung, dass diese dann kein Gewerbegebiet genehmigen werde, noch den Firmen, dass diese ihre Investitionsentscheidungen überdenken würden. Frauke Tengler behauptete das Gegenteil. Es sei ein einmaliges Angebot des Landes, dass eine kleine Gemeinde die Chance bekomme, zukunftssträchtige Forschungs- und Produktionsstätten zu erhalten. Falls die Gemeinde diese Gelegenheit verstreichen lasse, sehe sie keine Möglichkeit, die Folgen des Truppenabbaus zu bewältigen. Von einem Mitglied des Gemeinderates wurde ihr daraufhin vorgeworfen, lediglich persönliche Interessen zu verfolgen.

Die Befürworter der Windkraft hatten an diesem Abend einen schweren Stand. Immer wieder wurde ihnen von den Gegnern Verantwortungslosigkeit und Bürgerfeindlichkeit vorgeworfen. Der Bürgermeister hat nicht einmal versucht, für Sachlichkeit zu sorgen. So fanden die Gegner eine ideale Bühne für Polemik und Populismus. Zwar gingen die entscheidenden Abstimmungen mit 9:8 für die Befürworter aus, aber der Verein kündigte noch in der Versammlung an, dass er einen Bürgerentscheid anstrebe. Falls dieser von der Kommunalaufsicht genehmigt würde, schien nach dem damaligen Stand der Stimmung das Ergebnis festzustehen.

Das Kommunalrecht verbietet Bürgerentscheide bei Bauleitverfahren. § 16 der Gemeindeordnung (GO 2003) lautet: „*Ein Bürgerentscheid findet nicht statt über Aufstellung, Änderung und Aufhebung von Bauleitplänen.*“ Auch ein „Zielabweichungsverfahren“ ist ein Bauleitverfahren, so dass danach ein Bürgerbegehren nicht genehmigt werden dürfte. Wegen der aufgeheizten Stimmung und der Unversöhnlichkeit beider Lager konnte man davon ausgehen, dass jede Entscheidung angefochten und der Rechtsweg durch mehrere Instanzen verfolgt würde.

Diese Vermutung des Autors hat sich bestätigt. Der Landrat des Kreises Schleswig-Flensburg hielt die Abstimmung für unzulässig (FT vom 19.2.08). Im gleichen Artikel kündigte die Bürgerinitiative an, den Weg durch die Rechtsinstanzen zu gehen. Unterstützt wird sie durch den Anwalt Thomas Mock aus Königswinter, der als ausgewiesener Rotoren-Gegner gilt, allerdings auch für die Betreiber von Kernkraftwerken tätig ist. Dieser teilte die Rechtsauffassung des Landrates nicht, weil das Zielabweichungsverfahren nicht im Baugesetzbuch, sondern im Bundesraumordnungsgesetz geregelt wird (ebd.). Daher falle es nicht unter die Ausschlussbestimmung der Gemeindeordnung.

Gleichgültig wie die Gerichtsentscheide ausgehen würden, die Verwirklichung des Bioenergie-Parks Eggebek stand in Frage. Im Vertrauen auf die Unterstützung der Gemeinde hatte der Landrat den bereits angesiedelten Firmen befristete Baugenehmigungen erteilt. Da unsicher war, ob aus den befristeten Genehmigungen dauerhafte werden, hatte die Investitionsbank einen Investitionszuschuss für die Firma Geartech von 150.000 Euro in Frage gestellt (FT vom 14.2.08). „*Unsere Zuwendungsbescheide sehen regelmäßig vor, dass die geförderten Investitionen für die Dauer von fünf Jahren nach Abschluss des Vorhabens in der geförderten Betriebsstätte verbleiben. Wir bitten Sie um Stellungnahme, ob und wie der Verbleib Ihres Unternehmens am jetzigen Standort über den 19. Juni 2010 hinaus gesichert werden kann.*“ Voraussetzung dafür sind rechtskräftige Bebauungspläne, die die Firmen auch benötigen, um Eigentum zu erwerben. Die Kreditinstitute werden erst dann Geld zur Verfügung stellen, wenn dieses durch grundbuchliche Eintragungen abgesichert ist. Firmenchef Olaf Struck erläuterte in einem Schreiben an Bürgermeister Breidenbach, dass die Firma bisher in Eggebek 1,1 Millionen Euro investiert habe und zwei Tochterfirmen in den nächsten Jahren 60 weitere Arbeitsplätze schaffen wollen, was wegen der ungeklärten Lage nicht möglich sei. Struck wollte der Politik „... erneut verdeutlichen, wie wichtig eine klare genehmigungsrechtliche Grundlage für das erfolgreiche Bestehen von Unternehmen ist. Im konkreten Fall unterstreicht es, wie wichtig und zwingend notwendig der Bau der drei Windkraftanlagen im Gesamtkonzept des Energieparks Eggebek ist. Wenn die finanzierenden Banken das Vertrauen in eine ursprünglich klare Wirtschaftsvision verlieren, dann werden von heute auf morgen die Kredite gekündigt.“ Den Windkraftgegnern warf Struck vor; „*Starrsinnigkeit und Egoismus einiger Leute führen zu dem unnötigen Risiko, dass die wirtschaftliche Entwicklung an Eggebek vorbeizieht.*“ Der Geschäftsführer eines Rotoren-Spezialisten ergänzte, dass er „... in gutem Glauben auf zügige Baugenehmigungen Verpflichtungen bei Kunden eingegangen (sei) – da hängen Millionen dran.“ Die Investoren machten deutlich, dass bei einer Ablehnung der Windkraftanlagen das Gesamtkonzept des Energieparks scheitern würde. Unternehmen würden ihre zugesicherten Investitionen nicht tätigen, andere wieder abwandern. Der angeschriebene Bürgermeister Reinhard Breidenbach ließ sich von seinem Glauben nicht abbringen, dass die Firmen auch ohne Windkraft-Giganten in Eggebek weiterhin investieren würden: „*Ich will das Problem nicht abtun. Aber für mich ist das auch ein bisschen Drohkulisse. Die sind doch gut aufgehoben an der Stelle.*“ Er ließ in seinem Beitrag unerwähnt, dass die Bau- und Betriebsgenehmigungen vom Landrat nur befristet erteilt wurden, weil dieser glaubte, sich auf das ursprünglich einstimmige Votum des Gemeinderates verlassen zu können. Bei einer Änderung der Beschlusslage oder bei einem langwierigen Rechtsweg verliert die Befristung ihre Wirkung

Nach der Gemeinderatssitzung vom 19.12.07 versuchten Gegner und Befürworter der Windkraftanlagen durch Leserbriefe und Veranstaltungen für ihre Auffassungen zu werben. Inzwischen hatten die Windkraftgegner eine eigene Wählergemeinschaft (Aktive Bürger für Eggebek – ABfE) gegründet, deren Spitzenkandidat ausgerechnet der amtierende und aus der CDU nicht ausgetretene Bürgermeister Breidenbach wurde (FT vom 26.2.08).

Am 19. Januar 2008 luden die Windkraftgegner zu einer Informationsveranstaltung ein, die zu einem vierstündigen „*Tribunal gegen die Windenergie*“ wurde (FT vom 21.1.08; eigene Anschauung). Sachlichkeit war bei dieser Veranstaltung ein Fremdwort. Ein Mitglied einer Bürgerinitiative, nach eigenen Aussagen kein Fachmann, verglich die Auswirkungen des sogenannten Infraschalls mit denen tödlicher Waffen, und die Lärmbelästigung durch eine WKA sei mit dem Lärm eines Motorrades im Schlafzimmer zu vergleichen. Ein bekannter Immobilienmakler schlug vor, die Häuser Ruheständlern aus den Ballungsräumen anzubieten und auf die Windkraft zu verzichten.

3.4.1. Späte Reaktion der Befürworter

Die Eggebeker CDU konterte mit einer Podiumsdiskussion am 17.3.08. Sie hatte dazu Vertreter der Fraktionen des Landtages eingeladen, an der Spitze den neuen Innenminister (seit 1.2.08) Lothar Hay (SPD). Dazu kamen ein Umweltmediziner, ein Planungsingenieur und Vertreter der auf dem Flugplatz tätigen Firmen. Die ebenfalls eingeladenen Windkraftgegner nahmen einen Formfehler auf den Flugblättern zum Anlass, der Veranstaltung fern zu bleiben.

Nach Auffassung des Autors kam diese Veranstaltung Monate zu spät. Zu ihr hätte auch nicht die CDU einladen dürfen, sondern die Landesplanung bzw. die Landesregierung. Ängste der Bürger und ein durch nicht ausreichende Informationen entstandenes Misstrauen hätte dadurch vermieden werden können.

Nun wurde auch deutlich, welche Bedeutung der Standort Eggebek aus Sicht der Landesregierung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes hat. Nach Untersuchung sämtlicher Konversionsstandorte des Landes erfülle nur Eggebek die Voraussetzungen für derartig große Testanlagen, betonte Minister Hay. Nur durch die drei Windkraftanlagen sei auch die Genehmigung von 100 ha Gewerbefläche vertretbar. Eine derartig große Fläche wäre sonst für einen ländliche Gemeinde ohne zentralörtliche Funktion nicht genehmigungsfähig. Vom Wirtschaftsstaatssekretär Jost de Jager (CDU) wurde ergänzt: „*Wir brauchen diese Testanlagen, um solche Unternehmen, die diese Anlagen herstellen und betreiben, im Land zu halten.*“ Die anderen politischen Vertreter schlossen sich diesen Auffassungen an. Die Eingriffe seien wegen des ausreichenden Abstandes zur Wohnbebauung zumutbar. „*Zwar liegt die Planungshoheit bei der Gemeinde, aber man muss auch über den Tellerrand schauen und politische Verantwortung für das Land übernehmen,*“ so Günter Matthiesen von den Grünen. Der Umweltmediziner Dr. Christoph Mai machte deutlich, dass nur wenige Personen bei Einhaltung der Abstandsgrenzen unter Windkraftanlagen litten. Die Ursachen dafür lägen wohl eher im psychischen als im physischen Bereich.

3.4.2 Unklarer Abstandserlass

Auch diese Veranstaltung brachte keine Klarheit über die einzuhaltenden Abstände zur Wohnbebauung. Diese sind von der Höhe der Anlagen und von der Art der Besiedlung – Einzelgehöft, ländliche Siedlung, Stadt – abhängig. Eggebek wurde angeblich vom staatlichen Umweltamt als städtische Siedlung eingestuft, so dass ein Abstand zur Wohnbebauung von 1.800 m (zehnfache Höhe der Anlagen) erforderlich wäre. Bei einer Klassifizierung als ländliche Siedlung, die für Eggebek angebracht wäre, würde der Mindestabstand nur das fünffache der Höhe betragen, wovon das Planungsbüro bis dahin ausgegangen war.

Diese Behauptung wurde auf den verschiedenen Versammlungen immer wieder geäußert, aber niemals richtig gestellt. Nach Auskunft des Staatlichen Umweltamtes Schleswig (Herr

Byl, 26.3.08) gegenüber dem Autor regelt ein Erlass „Grundsätze zur Planung von Windkraftanlagen“ (4. 7.1995, ergänzt im Jahre 2003) auch die Mindestabstände, die bei der Errichtung von Windkraftanlagen eingehalten werden sollen. Es wird empfohlen, bei Einzelhäusern den dreifachen, bei ländlichen Siedlungen den fünffachen und bei städtischen Siedlungen den zehnfachen Abstand der Höhe einzuhalten (sog. Vorsorgeabstand). Niemals habe das staatliche Umweltamt Eggebek als „städtische Siedlung“ eingeordnet, da ihm das nicht zustehe. Wie eine Siedlung kategorisiert wird, wird während des Bauleitverfahrens festgelegt. Das Umweltamt habe nur auf die Klassifizierungen hingewiesen. Ein Erlass ist auch kein Gesetz, sondern lediglich eine „Anordnung einer Behörde an eine untergeordnete Behörde“. Der Erlass ist daher nur eine Richtschnur, die im Einzelfall je nach örtlicher Situation anders gehandhabt werden kann. Die Gemeinde kann durch Beschluss von Aussagen eines Erlasses abweichen, muss diese Abweichung lediglich begründen. Es bleibt rätselhaft, dass diese klare Aussage des Umweltamtes den Bürgerinnen und Bürgern von Eggebek nicht mitgeteilt wurde.

Noch rätselhafter bleibt, dass anschließend auch die Landesplanung sich diese Auffassung zu eigen gemacht hat. Auf telefonische Nachfrage (22.9.08) bestätigte die zuständige Verwaltungsleiterin, Frau Linnemann, dass man aufgrund der Siedlungsgestaltung in Eggebek, die durchaus städtischen Bauformen entsprechen würde, die Gemeinde als „städtische Siedlung“ eingestuft habe. Falls man diese Auffassung zur Grundlage planerischer Entscheidungen machen würde, müssten alle Gemeinden in Schleswig-Holstein, die über Bebauungsgebiete mit Einfamilienhäusern verfügen, als „städtische Siedlungen“ klassifiziert werden. Dies wären mindestens 90 Prozent.

Dies Einstufung war Wasser auf die Mühle der Windkraftgegner, die sich nun auf die Unterstützung der Landesplanung berufen konnten. Überspitzt formuliert, hat die Landesplanung das von ihr unterstützte Vorhaben selbst zu Fall gebracht.

3.4.3. Kompromissangebot

Um Entgegenkommen zu zeigen und um in den verfahrenen Prozess wieder Bewegung zu bringen, hatte die TOWER in Einvernehmen mit der Firma „Repower“ einen Kompromiss angeboten (FT vom 11.3.08). Die Windkraftanlage, deren Standort die geringste Entfernung zur Wohnbebauung hat, soll auf 146 m Höhe begrenzt werden und in erster Linie als Forschungsobjekt für die Fachhochschule Flensburg dienen. Da im benachbarten Wohngebiet die meisten Gegner der WKA wohnen, erhoffte man sich offensichtlich geringere Widerstände. CDU und Eggebeker Wählergemeinschaft haben diesen Vorschlag zum Anlass genommen, den mit ihren Stimmen am 19. Dezember 2007 gefassten Beschluss aufzuheben und durch ein neues Zielabweichungsverfahren für das „Zwei-Plus-Eins-Modell“ zu ersetzen.

3.4.4. Verwirrung bei der Bürgerbefragung

Am 18. März 2008, einen Tag nach der Veranstaltung der CDU, befasste sich der Gemeinderat mit diesem Antrag. Für den normalen Beobachter war der Ablauf der Sitzung kaum zu verstehen. Für „Eingeweihte“ war es eine Veranstaltung, auf der die unterschiedlichen Gruppierungen ihre Absichten eher verschleiern wollten, als für Klarheit zu sorgen. CDU und Eggebeker Wählergemeinschaft, die bisher gegen einen Bürgerentscheid waren, beantragten nun für das neue Zielabweichungsverfahren „... die gewollte und gewünschte Mitbestimmung der Eggebeker Bürger mit folgender Fragestellung: *Landesplanerische Voraussetzung für die Verwirklichung des Projektes ‚Energie und Technologiepark‘ in der Größe von 100 ha auf dem Gelände des ehemaligen Militärflugplatzes Eggebek ist, dass dort zu Testzwecken max. 3 Standorte für Off-Shore-Windanlagen geschaffen werden. Sind Sie dafür, dass die Gemeinde Eggebek die Verwirklichung des Projektes Energie- und Technologiepark mit 3 Off-Shore-Testwindanlagen (2 + 1), auf dem Gelände des ehemaligen Militärflugplatzes verfolgt?*“

Dieser Antrag unterschied sich vom Antrag der Bürgerinitiative dadurch, dass er den Zusammenhang zwischen Gewerbeansiedlung und Windkraftanlagen herstellte, während die Windkraftgegner nur über die WKA abstimmen lassen wollten, weil sie unterstellten, dass die Betriebsansiedlungen und die damit verbundenen Arbeitsplätze auch ohne Windkraft möglich seien.

Die beiden Parteien hatten diesen Antrag gestellt, obwohl der Landrat als Kommunalaufsicht aus rechtlichen Gründen den Bürgerentscheid der Bürgerinitiative ablehnen musste. Warum haben die beiden Parteien in Kenntnis der Rechtslage einen erneuten Versuch unternommen? Grund dafür war ein Gespräch bei Landrat von Gerlach, der ausloten wollte, ob für das größte und wirtschaftlich wichtigste Konversionsprojekt im Landkreis noch die Möglichkeit einer einvernehmlichen Lösung bestehen würde. Dem Landrat kam es darauf an, dass die Meinung der Bürger erfragt werden könne, ohne dass er als Kommunalaufsicht aufgrund der Rechtslage einen Bürgerentscheid verbieten müsste. Der Landrat machte darauf aufmerksam, dass ein Bürgerbegehren auch von der Gemeindevertretung initiiert werden könne, wenn eine 2/3-Mehrheit erreicht würde. Die Kommunalaufsicht sei dann aus Opportunitätsgründen nicht zum Einschreiten gezwungen (Auskunft der Kommunalaufsicht Schleswig, 26.3.08).

Diese Auffassung des Landrates wird durch den Gesetzestext der Gemeindeordnung (§ 16 g, Abs.1) nicht gedeckt. Die Gemeindeordnung macht keinen Unterschied, von wem ein Bürgerentscheid eingeleitet wird. Allerdings geht die Rechtsprechung davon aus, dass Gemeinderatsbeschlüsse nicht rechtswidrig sind und daher auch nicht überprüft werden müssen. Der Bürgermeister muss einen nach seiner Meinung rechtswidrigen Beschluss für nicht wirksam erklären oder im Zweifelsfalle die Kommunalaufsicht anrufen. Im Falle Eggebek wäre das Verhalten des Landrates hilfreich gewesen, wenn sich *alle* Parteien über den Text einer Bürgerbefragung einig gewesen wären, um so Volkes Meinung zu erkunden. Da die Parteien schon mit der Fragestellung Entscheidungen beeinflussen wollten, war der Versuch des Landrates von vornherein zum Scheitern verurteilt. Selbst wenn CDU und Eggebeker Wählergemeinschaft im Gemeinderat eine 2/3-Mehrheit erreicht hätten, hätte der Bürgermeister als Gegner der Windkraftanlage sofort die Kommunalaufsicht eingeschaltet, so dass der Landrat auch den anderslautenden Antrag für ein Bürgerbegehren ablehnen hätte müssen.

Diese Zusammenhänge wurden den zahlreichen Besuchern nicht verdeutlicht. Die Befürworter des Antrages betonten, dass sie durch die Bürgerbeteiligung erreichen wollten, dass wieder Ruhe und Handlungsfähigkeit in Eggebek einkehren würden. Bürgermeister Reinhard Breidenbach nannte die Empfehlung des Landrates für ein solches Verfahren „schlichtweg einen Skandal“, weil dadurch die Gegner durch ein neues Verfahren „ausgehobelt“ werden sollten. Er empfahl, sämtliche Beschlüsse vom 19. Dezember 2007 aufzuheben, um dann einen erneuten Bürgerentscheid zu starten, der nicht im Zusammenhang mit der Bauleitplanung stehen würde. CDU und Wählergemeinschaft befürchteten, dass durch einen derartigen Beschluss die bereits angesiedelten Betriebe ihre Rechtssicherheit verlieren würden und nicht weiter investieren könnten. Mit einer Mehrheit von 10 zu 7 wurde der Antrag für das veränderte Verfahren angenommen. Damit war es der CDU gelungen, ein „abtrünniges“ Mitglied zu einem Meinungswandel zu bewegen. Der beantragte Bürgerentscheid wurde mit der gleichen Mehrheit befürwortet, erreichte aber nicht die erforderliche 2/3-Mehrheit.

Diese Gemeinderatssitzung hatte weder Klarheit noch Rechtssicherheit gebracht. Das neue Zielabweichungsverfahren ermöglicht den Antrag auf ein neues Bürgerbegehren, auch wenn dieser abgelehnt werden muss. Die erneute Unterschriftensammlung gab den Gegnern der WKA eine ideale Plattform, um für ihre Auffassung zu werben und sich als Kandidaten für die Kommunalwahl vorzustellen. Dies konnte nicht im Sinne von CDU und Eggebeker Wählergemeinschaft sein. Warum sie diesen Beschluss für einen Bürgerentscheid herbeigeführt haben, bleibt rätselhaft.

Ebenso rätselhaft bleibt das Verhalten der Landesregierung. Zwar hat sich der Innenminister bei einer Parteiveranstaltung auf das Podium gesetzt, aber die planerischen Vorstellungen sind nicht überzeugend und auch juristisch angreifbar. Der Schließungsbeschluss für das MFG 2 fiel im Mai 2003. Von diesem Zeitpunkt an hätte man bereits mit der Flächennutzungsplanänderung beginnen können, um das „Sondergebiet Bundeswehr“ aufzuheben. Inzwischen waren fünf Jahre ungenutzt vergangen. Das Zielabweichungsverfahren wurde durch ständige Nachforderungen verlängert, der Flächennutzungsplan kann erst im Anschluss daran aufgestellt werden.

Auch die Gemeinderatssitzung vom 7.5.2008 – es war die letzte vor der Kommunalwahl – brachte nur wenig neue Erkenntnisse. Wichtige Tagesordnungspunkte mussten abgesetzt werden, weil die erforderlichen Unterlagen nicht rechtzeitig eingegangen waren. Nach den vorangegangenen Querelen entschied der Gemeinderat überraschend einstimmig, zusammen mit der Kommunalwahl eine Einwohnerbefragung durchzuführen, die keinerlei rechtliche Wirkung hat, sondern lediglich das Stimmungsbild in der Gemeinde wiedergeben sollte. Die Fraktionen der Windkraftbefürworter gaben zu Protokoll, dass sie sich bei einer Ablehnung der Windkraftanlagen an dieses Votum halten würden. Da am 25. Mai ein neuer Gemeinderat gewählt wurde, der nicht an Zusagen des alten Gemeinderates gebunden ist, war diese Festlegung mehr als fragwürdig.

Den Bürgern wurden zwei Fragen vorgelegt, die sie alternativ mit „ja“ beantworten konnten. In der ersten Frage sollten sie sich für die WKA und ein großes Gewerbegebiet von 100 ha entscheiden, in der zweiten für ein kleines Gewerbegebiet von 20 - 30 ha ohne solche Anlagen. Diese Fragestellung ist ein Erfolg der Windkraftgegner, weil sich die Befragten nicht „gegen“ eine Gewerbeansiedlung entscheiden mussten, sondern „für“ ein kleineres Gewerbegebiet ohne die strittigen Windräder. Die Zusammenhänge zwischen der Aufstellung der WKA und den davon abhängigen Betrieben wurden verschleiert. Es bleibt rätselhaft, warum sich die Befürworter der Windkraft auf eine derartige Formulierung einlassen konnten.

3.4.5. Unsicherheit vor der Kommunalwahl

Den am Projekt beteiligten Firmen und den Forschungseinrichtungen machte diese Fragestellung und das Versprechen der Parteien deutlich, dass ihr ehrgeiziges Vorhaben zu scheitern drohte. Drei Tage vor der Kommunalwahl versuchten sie, durch eine Aufklärungskampagne die aufgeheizte Stimmung in ihrem Sinne zu drehen. In einer Pressekonferenz zählte der Rektor der Fachhochschule, Professor Peter Boy auf, welche Forschungsaufgaben von den Wissenschaftlern an den großen Windkraftanlagen zu lösen seien. Neben Strömungsverhältnissen an den Flügeln und der Widerstandsfähigkeit der Masten sollen in einem Prüfstand Rotorengetriebe untersucht werden. Dazu komme ein Labor für Elektrik, dass sich mit Speicherung und Netzintegration befassen solle. Damit wolle die FH der Tatsache Rechnung tragen, dass die Hochschule ihren Schwerpunkt auf Energie ausrichtet. Das entstehende Forschungslabor könne ein bundesweit einmaliges Kompetenzzentrum werden. Im Wintersemester 2008/09 werde ein Studiengang „Regenerative Energietechnik“ und ein Master „Wind-Engineering“ angeboten. Der Rektor betonte: *„Eine kleine Lösung in Eggebek ohne Prototypen für Off-Shore-Windkraftanlagen macht für uns keinen Sinn.“* Die Windkraftanlagen stehen in Verbindung mit Biovergasung, Bioverflüssigung und Sonnenenergie. Nur im Zusammenspiel verschiedener Bioenergieträger habe Schleswig-Holstein die Chance, in absehbarer Zeit 100 Prozent des Energiebedarfs alternativ zu decken, so Boy.

Der Vertreter der Flensburger Stadtwerke, die am Eggebeker Energiepark über die Firma Hofkontor beteiligt sind, kündigte an, dass in Eggebek Versuchsfelder für Schnellumtriebsplantagen angelegt werden, um einfache Verfahren für die Gewinnung nachwachsender Energierohstoffe zu erproben.

TOWER Geschäftsführer Dirk Detlefsen versprach, dass bei Genehmigung der WKA zu den bereits entstandenen 160 Arbeitsplätzen in den nächsten Monaten 80 bis 100 weitere hinzukämen. In einer „Wertschöpfungsmatrix“ sei eine Arbeitsgruppe aus TOWER, FH, Uni und Stadtwerke Flensburg zu der Prognose gelangt, dass der Bioenergie-Park Eggebek auf dem 100 ha großen Industriegebiet in sieben Jahren 1.700 neue Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen werde (FT vom 23.5.08).

Am gleichen Tag stellte die Firma Repower, die Betreiberin der Windkraftanlagen, das Ergebnis einer Untersuchung vor, die sie zur Problematik des „Infraschalls“ in Auftrag gegeben hatte. Das Internet-Lexikon Wikipedia erklärt, dass man unter Infraschall einen Schall versteht, der unter 16 bis 20 Hertz liegt. Tiere können diesen Schall wahrnehmen, der Mensch nur bei hohem Schalldruck. *„Der Nachweis von schädlichen Auswirkungen der Infraschallwellen von Windkraftturbinen, die auch niederfrequent modulierten hörbaren Schall abgeben, ist bisher nicht gelungen“* (WIKIPEDIA, 28.5.08).

Die Gegner der WKA haben immer wieder gesundheitliche Schädigungen wie Kopfschmerzen, Herz- und Kreislaufbeschwerden und Schlafstörungen durch Infraschall in ihren Veröffentlichungen angeführt. Die vorgestellten Messungen fanden in Cuxhaven in einem Gebäude statt, das 500 m von zwei Fünf-Megawatt-Anlagen entfernt ist. In Eggebek ist die nächste Bebauung 700 m entfernt. *„Die Hörschwelle im Bereich Infraschall war deutlich unterschritten,“* stellte der untersuchende Prüfer von der Firma Kötter Consulting Engineers fest. Die Schallbelastung in Eggebek dürfte daher deutlich unter der Wahrnehmungsschwelle liegen. Das Fazit der Untersuchungen: *„Die Belastung durch Infraschall/Körperschall ist mit und ohne Windenergieanlage etwa gleich groß und wird hauptsächlich durch den Wind verursacht“* (FT vom 23.5.08).

Diese Informationskampagne kam viel zu spät. Monatelang konnte die Bürgerinitiative „Aktive Bürger für Eggebek“ (ABfE) ohne nennenswerten Widerstand eine Kampagne führen, die mit Aufklärung und Information wenig zu tun hatte. Es war ihr mit unlauteren Mitteln gelungen, die Eggebeker zu verunsichern und auf ihre Seite zu ziehen. Den größten Erfolg hatten sie, als der ursprünglich größte Befürworter des Riesen-Windrads, Bürgermeister Reinhard Breidenbach (CDU), seine Überzeugung aufgab und ins Lager der Gegner wechselte. Obwohl er Mitglied der CDU blieb, stellte ihn die Bürgerinitiative als Spitzen- und Bürgermeisterkandidat für die Kommunalwahl auf. Da der Bürgermeister trotz mehrfacher Aufforderung die CDU nicht verlassen wollte, wurde er gegen seinen Willen – allerdings erst nach der Kommunalwahl – ausgeschlossen.

In ihrem Wahlauftritt behauptete die ABfE, dass auch ohne die Windkraftanlage eine Gewerbefläche von 57 ha genehmigt werden würde. Die wissenschaftliche Begleitung sei nicht notwendig, da die FH ohnehin das Projekt nur drei Jahre begleiten wolle. Beide Aussagen waren nachweislich falsch. Ebenso falsch war die Behauptung, dass durch die WKA keine Gewerbesteuerinnahmen zu erzielen seien.

3.4.6. Triumph der Windkraftgegner bei der Kommunalwahl

Das Ergebnis der Kommunalwahl war ein politisches Erdbeben und ein Desaster für die siegesgewohnte CDU. Sie verlor 52,5 Prozent ihrer Wähler. Im künftigen Gemeinderat wird sie statt neun nur noch vier Sitze einnehmen. Die neue Bürgerinitiative ABfE erreichte auf Anhieb 41,2 Prozent und damit 7 Sitze. Zusammen mit den Freien Wählern, die 23,2 Prozent und 5 Sitze erlangten, stellen die Windkraftgegner mit 11 Sitzen (65 Prozent) künftig die absolute Mehrheit der 17 Sitze im Gemeinderat. Triumphierend stellte die ABfE fest: *„Das Ziel ist erreicht! Der Himmel bei Eggebek bleibt ohne Windkraftgiganten! CDU & EWG haben ihre längst fällige Quittung bekommen und spielen zukünftig nur noch eine untergeordnete Rolle!“* (Internetauftritt der ABfE).

Die Wahlbeteiligung lag mit 66 Prozent ungefähr 10 Prozent über der der Nachbargemeinden, was ein Zeichen für den Mobilisierungsgrad des Themas ist. Allerdings ist diese Zahl nur durch die besonders hohe Wahlbeteiligung der Bewohner zu Stande gekommen, die in der Nachbarschaft zum Flugplatz wohnen (70,6 Prozent). Im entfernteren Wahlkreis betrug sie nur 56,6 Prozent. Die Gegner erreichten in allen Wahlbezirken eine Mehrheit von 54 bis 71 Prozent.

Bei der parallel durchgeführten Bürgerbefragung (62 Prozent Beteiligung) stimmten 41,6 Prozent für und 58,4 Prozent gegen die Windkraftanlagen. Die Windkraft befürwortenden Parteien haben bei der Wahl jedoch nur 35,3 Prozent, die Windkraft-Gegner 65 Prozent erreicht. Einige Wähler haben ihr Wahlverhalten gesplittet. Bei der Bedeutung dieser Entscheidung für die Gemeinde ist es nicht nachvollziehbar, warum 38 Prozent der Wahlberechtigten nicht an der Abstimmung teilgenommen haben. So gaben lediglich 181 Stimmen den Ausschlag für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde. Da alle Parteien vor der Wahl zugesichert hatten, dass sie sich an das Ergebnis der Bürgerbefragung halten würden, müssten nun auch CDU und EWG die eingeleiteten Bauleitpläne zusammen mit den anderen Parteien stoppen. Auf dem Flugplatzgelände kann dann nur noch ein „kleines“ Gewerbegebiet ausgewiesen werden.

Die Reaktion der Windkraft-Befürworter schwankte zwischen Frustration, Enttäuschung und Sprachlosigkeit. „*Das einzige, was in Eggebek noch wächst, ist der Mais*“ kommentierte der TOWER-Geschäftsführer Dirk Detlefsen das aus seiner Sicht nicht erwartete deutliche Ergebnis. Wie es mit dem Flugplatz weitergehen solle, konnte er nicht sagen. Ein Unternehmen, das bis zu 100 Arbeitsplätzen schaffen wollte, sei unmittelbar nach dem Wahlausgang abgesprungen. Wegen der baurechtlich unsicheren Situation seien Investitionen zu risikoreich.

Die Vorsitzende der CDU-Fraktion war fassungslos: „*Da haben wir die Chance, etwas aus unserem strukturschwachen Raum zu machen – und die Mehrheit will es nicht. Das ist für mich eine bittere Erkenntnis*“ (Frauke Tengler, MdL, FT vom 27.5.08).

Völlig anders sah ihr immer noch „Parteifreund“, der damalige und wohl auch künftige Bürgermeister Reinhard Breidenbach, das Abstimmungsergebnis. Die 160 Arbeitsplätze auf dem Flugplatz würden nach seiner Auffassung bleiben, über weitere Ansiedlungen müsse man sich Gedanken machen: „*Aber bei der Tower sind agile, intelligente und motivierte Leute.*“

In einem Gespräch mit dem Autor war das Gegenteil zu erfahren. Die Mitarbeiter waren demotiviert, tief enttäuscht und ratlos. Sie fürchteten um ihre Arbeitsplätze, weil der Kern des zukünftigen Energieparks weggebrochen war. Ähnlich kritisch sieht der Kommentator des „Flensburger Tageblatts“, Frank Jung, die Zukunft von Eggebek (FT vom 27.5.08). Nach dem Negativ-Votum seien keine neuen Impulse ersichtlich. „*Warum sollten sich Firmen in einem ganz normalen Gewerbegebiet gerade in Eggebek ansiedeln, wo schon der Grundstücksverkauf in verkehrsgünstigeren Orten wie Wanderup oder Handewitt stockt? ... Dahin sind die Chancen, ein bundesweit beachteter Innovationsstandort zu werden. Die Pläne für eine Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft waren seriös ... Unverständlich, dass sich die Mehrheit der Eggebeker mit einem Nein zum Konzept des Bioenergie- und Technologieparks selbst kastriert ... Gegenüber jüngeren Generationen ist es verantwortungslos. Die brauchen Perspektiven. Übrigens auch, um für die Senioren die Rente zu erwirtschaften.*“

3.4.7. Aktivitäten nach der Wahl

Nach dem für die WKA-Befürworter katastrophalen Wahlergebnis, versuchten diese, den neuen Gemeinderat doch noch in ihrem Sinne zu beeinflussen. Auch Wirtschaftsminister Dietrich Austermann, die Kreishandwerkerschaft und die Kreis-SPD richteten Appelle an die Gemeinderatsmitglieder, die Pläne nicht aufzugeben. Der Wirtschaftsminister machte deutlich, „... dass von 100 Hektar Gewerbegebiet nur noch eine mit der Landesplanung abge-

stimmte Rumpffplanung von knapp 20 Hektar verbleibt. Die Auswirkungen auf die weitere Entwicklung und die Zahl der Arbeitsplätze wird dann beträchtlich“ (FT vom 26.6.08).

Immer wieder wurde auf die Planungsunsicherheit hingewiesen, weil die angesiedelten Firmen nur eine befristete Genehmigung hätten. Ein neues Planfeststellungsverfahren mit völlig anderem Inhalt könne sich lange hinziehen. Die TOWER hatte vor, den Erschließungsvertrag zu kündigen und Schadenersatzansprüche gegen einzelne Gemeindevertreter geltend zu machen. Einige Firmen hatten bereits ihren Auszug angekündigt, weil sie als Dienstleister für die Windkraftbranche jetzt fehl am Platz seien. Auch der Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung (WiREG), Dr. Klaus Matthiesen, wies auf die Konsequenzen hin, „... *die das Scheitern des bislang am erfolgreichsten vorangetriebene Konversionsprojekt im Kreisgebiet*“ bedeuten würde (FT vom 16.7.08).

In der Gemeinderatssitzung am 16. Juli 2008 prallten die unterschiedlichen Auffassungen zur weiteren Entwicklung auf dem Flugplatz erneut aufeinander. Die neue Mehrheit aus ABfE und FWE kippte gegen die Stimmen von CDU und EWG die Beschlüsse des Gemeinderates zu den Offshore-Windkraft-Testanlagen und sorgte für ein „*Endgültiges Aus für Eggebeks Riesen-Rotoren*“ (FT vom 18.7.08). Die Pläne für ein großes Gewerbegebiet mit einem Energie- und Technologiepark sollen dennoch weiter verfolgt werden, obwohl die Landesplanung immer wieder betont hatte, dass bei einer Ablehnung der Windkraftanlagen Eggebek maximal ein Gewerbegebiet von 18 ha erhalten könne. Frauke Tengler (CDU), bezeichnete den Beschluss als große Fehlentscheidung, der der Zukunft Eggebeks die Grundlage entziehe. Die Landesplanung habe bereits in mehreren Gesprächen, auch mit der Wirtschaftsförderung, deutlich gemacht, dass Eggebek maximal ein Gewerbegebiet von 18 ha ausweisen könne. Gemeinsam mit Vertretern der Wirtschaft befürchteten CDU und EWG eine abschreckende Wirkung auf ansiedlungswillige Betriebe. Es gäbe bereits Anfragen wegen eines Standortwechsels. Auch die WKA sind in anderen Gemeinden willkommen.

Die Windkraftgegner beharrten auf ihrer Einstellung, für die sie ein breites Wählervotum erhalten hatten. Allerdings stellten sie erneut als Begründung für die Ablehnung Äußerungen von „Trägern öffentlicher Belange“ (Kirche, Wehrbereichsverwaltung) heraus, die sich als nicht stichhaltig erwiesen hatten. Ein Vertreter der EWG stellte in der Diskussion fest: „*Die Sieger werden dafür sorgen, dass wir und die ganze Region als Verlierer dastehen.*“ Die „Sieger“ ergriffen nach dem von ihnen erreichten Beschluss keine politischen und planungsrelevanten Initiativen. Zwischen TOWER und der Mehrheit des Gemeinderates herrschte Schweigen.

Für die Landesregierung und den Kreistag rangierte Eggebek von nun an unter dem Schlagwort: „Hoffnungsloser Fall“. Allzu lange hatte der Gemeinderat und die Eggebeker Bevölkerung die Leidensfähigkeit der am Entwicklungsprozess Beteiligten strapaziert. Ihre Geduld war am Ende.

In dieser Situation ergriff die WiREG mit ihrem Leiter Dr. Klaus Matthiesen und dem Konversionsmanager Erich Reuter die Initiative, um einen Kompromiss zu erarbeiten, der sowohl den Windkraftgegnern, den bereits angesiedelten und ansiedlungswilligen Betrieben sowie den Forderungen der Landesplanung gerecht werden könne.

3.4.8. „Letzte Chance“ – vertan

Nach intensiven Gesprächen mit der Landesplanung und den Investoren machte der Regionalmanager Konversion Erich Reuter folgenden Vorschlag:

- Ausweisung eines Amtsgewerbegebietes auf dem Flugplatzgelände (100 ha),
- Aufstellung von zwei Windkraftanlagen (180 m) im Amtsbereich,

Falls die acht Amtsgemeinden zustimmen würden, könnten die erforderlichen Änderungen des Flächennutzungsplans weitergeführt und Planungssicherheit für die bereits angesiedelten Betriebe erreicht werden, die bisher nur eine befristete Genehmigung haben. Als Grundlage für die Landesplanung genüge eine Absichtserklärung der Gemeinden, so zu verfahren, so Reuter (FT vom 6.10.08). Die Landesplanung koppelte ihre Zustimmung an die Bedingung, dass auf dem Flugplatz eine WKA von 147 m Höhe für Forschungszwecke errichtet werden solle. Dieser Vorschlag wurde von den acht Bürgermeistern unterschrieben, auch von Bürgermeister Reinhard Breidenbach aus Eggebek.

Viele Eggebeker, die sich noch im Mai gegen die riesigen Windräder ausgesprochen hatten, unterstützten diesen Vorschlag. Am 6.11.08 demonstrierten mehr als 300 Eggebeker für die „Letzte Chance“ (FT vom 7.11.08). Sie forderten den Gemeinderat auf, den Kompromissvorschlag der Landesplanung anzunehmen, um den Energie- und Technologiepark zu retten. Nur so habe die Gemeinde eine Zukunft. Amtsvorsteher Edgar Paulsen, bisher Gegner des Projektes, forderte seine Ratskollegen auf: *„Dieses Angebot der Landesplanung wird das letzte sein. Wenn wir das nicht annehmen, sind wir bescheuert!“* Er forderte Gegner und Befürworter des Projekts in dem in dieser Frage tief gespaltenen Ort auf, sich an einen Tisch zu setzen. Die Redner auf der Versammlung gingen alle davon aus, dass der Gemeinderat dieses Angebot im Interesse der Bürgerinnen und Bürger nicht ablehnen könne (ebd., eigene Beobachtung).

Für die Gemeinderatssitzung am 26.11.08 beantragte die CDU-Fraktion den Tagesordnungspunkt: *„Beratung und Beschlussfassung über das weitere Vorgehen in Sachen des Kompromissvorschlages der Landesplanung“*. Der Bürgermeister setzte diesen Punkt als letzten auf die Tagesordnung. In der vorgeschalteten Bürgerfragestunde meldeten sich viele Bürgerinnen und Bürger, die ihr Unverständnis über die nach wie vor ablehnende Haltung der ABfE und des Bürgermeisters äußerten. Eine Bürgerin richtete einen Appell an den Gemeinderat, den Streit einzustellen, da der Kompromiss annehmbar sei. Sie selbst habe im Mai gegen die Windkraftgiganten gestimmt, sie und viele andere Gleichgesinnte hätten durch die neue Entscheidungsgrundlage ihr Ziel erreicht.

Der wiedergewählte Bürgermeister machte mehrmals deutlich, dass er keineswegs auf die Planungshoheit der Gemeinde verzichten werde. Damit zog er seine Unterschrift zurück, die er gemeinsam mit den anderen Bürgermeistern geleistet hatte, um mit einem Amtsgewerbegebiet die Konversion in Eggebek zu retten. Ein derartiges Gewerbegebiet hätte nicht mehr nur durch die Gemeinde Eggebek sondern nur in Übereinkunft mit dem Amtsausschuss entwickelt werden können. So weit war man bereits vor drei Jahren, im Oktober 2005, nach der Entscheidung für das Nachnutzungskonzept für den Flugplatz. Erst zwei Stunden nach Sitzungsbeginn wurden die Gemeinderatsmitglieder in die Diskussion einbezogen. Auch ein Vertreter der Kommunalaufsicht, der verantwortliche Planer und der Konversionsmanager konnten ihre Sachvorträge halten.

Der Planungsingenieur zeigte, dass bei der Errichtung der geplanten WKA die Abstandsrichtlinien eingehalten würden. Der Vertreter der Kommunalaufsicht stellte fest, dass ohne Windkraftanlagen lediglich ein Gewerbegebiet von 18 ha genehmigungsfähig sei, weil sonst *„alle Dämme brechen würden“* und andere Konversionsgemeinden im Lande ähnliche Forderungen stellen würden. Auch der Konversionsmanager betonte, dass die Windkraftanlage für Forschungszwecke der Fachhochschule Flensburg das Alleinvertretungsmerkmal für Eggebek sei. Dadurch würde sich Eggebek von anderen Gewerbegebieten abheben und nur so sei dieses ungewöhnlich große Gewerbegebiet aus Sicht der Landesplanung vertretbar. Redner der CDU griffen den Bürgermeister an, weil dessen Wunschkonzepte lediglich Luftschlösser seien. Es gäbe keine Alternativen, keinen Investor und keinen Erschließer. Alle Gesprächspartner seien über Eggebek verärgert, weil der Bürgermeister davon ausgehe, dass sich alle Eggebek unterzuordnen hätten. Dies bestätigte der Bürgermeister in seinen Redebeiträgen, in denen er die Aufgabe der Landesplanung immer wieder falsch darstellte. Nach seiner Auffas-

sung sei die Landesplanung eine Behörde wie jede andere auch und habe die Wünsche der Gemeinden zu berücksichtigen und zu erfüllen.

Die Landesplanung muss sich jedoch an Recht und Gesetze halten. Diese Gesetze sind der Landesraumordnungsplan und die Regionalpläne, die nicht von den Gemeinden, sondern vom Landtag verabschiedet werden. Sie berät die Gemeinden, ist aber nicht deren Erfüllungsorgan.

In der weiteren Diskussion befürchteten Befürworter des Kompromisses, dass bei einer Ablehnung nicht nur das Konversionsprojekt scheitern würde, sondern dass Eggebek seinen Status – überörtliche Versorgungsfunktion – und seine Zukunft verlieren würde. Das gesamte Amt würde seine Bedeutung und auch Einwohner verlieren, so dass die Zwangsfusion bevorstehe. Amtsvorsteher Edgar Paulsen, Fraktionsvorsitzender der Eggebeker Wählergemeinschaft FWE, der die ursprüngliche Planung vehement bekämpft hatte, begründete seinen Sinneswandel damit, dass der vorgelegte Kompromiss ein Erfolg der WKA-Gegner sei, weil die beiden 180 m hohen Anlagen an anderer Stelle im Amt (Janneby, Wanderup) errichtet werden können. Eine Ablehnung des Vorschlages, der durch großes Entgegenkommen der Landesplanung, der Umlandgemeinden und der TOWER zu Stande gekommen sei, würde auf dem Flugplatz ein Planungschaos hinterlassen. Frauke Tengler, Gemeinderätin und Landtagsabgeordnete, warf dem Bürgermeister vor, dass er behaupte, er habe Signale aus Kiel, dass auch ein großes Gewerbegebiet ohne Windkraftanlage genehmigt werden könne. Diese Behauptung sei falsch. Sie beruhe auf der Rechtsauskunft eines Landtagsabgeordneten. Dieser sei vom Bürgermeister falsch informiert worden. Der Bürgermeister habe den Kompromissvorschlag der Landesplanung als „Erpressungsversuch“ dargestellt.

In der Diskussion haben die Gegner des Kompromisses keine neuen inhaltlichen Argumente gegen die Planung vorgebracht. Sie verwiesen lediglich auf die Bürgerbefragung im Mai, bei der 58 Prozent gegen die damaligen Windkraft-Pläne gestimmt hatten. Sie gingen mit keinem Wort darauf ein, dass der neue Plan mit dem alten nicht mehr vergleichbar war.

Bei der Abstimmung votierten die „Aktiven Bürger für Eggebek“ geschlossen gegen den Kompromiss und von der Fraktion des Amtsvorstehers (FWE; vier Mitglieder) blieben zwei bei ihrer Ablehnung, so dass der Vorschlag mit 9 zu 8 Stimmen abgelehnt wurde.

Die Reaktion der Zuhörer, in der Mehrheit Unterstützer des Vorschlages, war zunächst ungläubiges Staunen. Dann entluden sich Wut und Enttäuschung über den Bürgermeister in „Breidi-weg“-Rufen (eigene Beobachtung; FT vom 28.11.08).

Neben o.a. Artikel auf der Kreisseite gab es in den Ausgaben des „Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages“ auf der Landesseite einen zusätzlichen Artikel mit der sinnigen Überschrift: *„Keine Flügelriesen: Eggebek schreibt 500 Arbeitsplätze in den Wind“*. Der Autor Frank Jung fasste noch einmal die Entscheidung zusammen: *„Er (der Energiepark. Anm. des Verf.) hätte einem strukturschwachen Raum mindestens 500 Arbeitsplätze in einer Zukunftsbranche bringen können – doch die Gemeindevertretung von Eggebek bei Flensburg hat auch die letzte Chance für einen landesweit einzigartigen Bioenergie- und Technologiepark abgelehnt.“* Nur aufgrund des Alleinstellungsmerkmals – Verbindung von Forschung durch die Fachhochschule Flensburg und angewandte Technik der Firmen auf dem Flugplatzgelände – sei es aus Sicht des Innenministeriums zu verantworten, ein mindestens 60 Hektar großes Gewerbegebiet zu genehmigen, weil sonst andere Gemeinden ähnliche Forderungen stellen könnten. Möglich sei jetzt nur noch ein kleines Gewerbegebiet von rund 20 Hektar, das allerdings für die Pläne des Geländeeigentümers zu klein sei, weil die bereits angesiedelten Betriebe mit bereits 145 geschaffenen Arbeitsplätzen auf dieser Fläche nicht dauerhaft angesiedelt werden können. Außerdem würde das Finanzierungs- und Erschließungskonzept bei einem so kleinen Areal nicht aufgehen.

Am 29.11.08 reagierte das „Flensburger Tageblatt“ mit einem langen Kommentar auf die Ereignisse in Eggebek. Unter der Überschrift *„Auf die Wirklichkeit reagieren“* geht er auf den Ablauf der Gemeinderatssitzung ein. Die nicht laut gezeigte Freude der Abstimmungsgewinner erklärte Frank Jung damit, dass *„Vielleicht ... viele insgeheim ein schlechtes Gewissen haben, dass ihre Anti-Haltung aus rein persönlichen Motiven ihrem Dorf die Zukunft verbaut? Bloß weil der eine oder andere Anwohner einen etwas weniger schönen Blick aus seinem Fenster hätte, wenn dort ein 146 Meter hoher Rotor zu sehen wäre.“* Er sprach den Gegnern lautere Motive ab und warf ihnen blanken Egoismus statt Solidarität vor. Er meinte, dass die Bürgerinitiative nicht *„Aktive Bürger für Eggebek“* sondern *„Passive Bürger für Eggebek“* heißen sollte. Er stellte weiter fest: *„Ausschließlich positive Stimmen zum Kompromiss meldeten sich aus dem Publikum zu Wort. Selbst der Amtsvorsteher hat sich angesichts der kleineren Lösung vom Rotoren-Gegner zum Anhänger des jetzigen Plans gemacht. Auf die neue Wirklichkeit muss Kommunalpolitik doch mal reagieren.“* Jung verwies darauf, dass die Bürgerbefragung ernst genommen worden sei, weil für die Windkraft-Giganten neue Standorte gefunden wurden. Alle Beteiligten hätten Zugeständnisse gemacht, nur die ABfE beharre auf einem Befragungsergebnis, das einen ganz anderen Inhalt gehabt habe als der neue Plan. Jung schlägt vor: *„Wer wirklich Demokratie wagen will, der befragt die Bürger ein zweites Mal. Und zwar zu dem Vorschlag, der aktuell ist. Dies stellt zudem die einzige Möglichkeit dar, den Dorffrieden wiederherzustellen.“*

An den darauf folgenden Tagen wurde vielen Eggebekern bewusst, welche weitreichenden Folgen dieser Beschluss für ihre Gemeinde nach sich ziehen könnte. Auch das regionale Fernsehen (Schleswig-Holstein-Magazin vom 28.11.08) brachte einen Beitrag, u.a. mit Äußerungen von Gewerbetreibenden (Apotheker, Friseurmeisterin), die für ihre Betriebe keine Zukunft mehr sehen. Der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag (u.a. Flensburger Tageblatt, Schleswiger Nachrichten) richtete eine Internetseite (shz.de) ein, auf der die Leser ihre Kommentare äußern konnten. Am 1.12.08 berichtete das „Flensburger Tageblatt“ unter der Überschrift *„Empörung über das Nein aus Eggebek“*, dass von rund 100 Kommentaren lediglich drei die Entscheidung des Gemeinderates unterstützt hätten. 10 Kommentare wurden als Meinungsbild veröffentlicht. Die Schreiber bedauerten die Entscheidung, weil Investoren vergrault würden, die in einer strukturschwachen Region investieren wollten. Der ABfE wurde Wahlbetrug vorgeworfen und dem Bürgermeister, dass er *„... seine mangelnde Weitsicht mit unsachlichen und persönlichen Angriffen ...“* vertuschen wolle. In einem „Pro-Beitrag“ behauptete der Schreiber, dass die Windenergie eine Uralttechnologie sei, an der es nichts mehr zu forschen und zu verbessern gäbe.

Wie stark der Dorffriede gestört war, ging aus einem weiteren Artikel des „Flensburger Tageblatts“ vom 3.12.08 hervor: *„Neuwahlen als Weg aus dem Ausnahmezustand?“* lautet die Überschrift eines Artikels, der die teilweise skandalösen Zustände beschreibt, die in Eggebek nach dem Votum gegen die Entwicklung auf dem Flugplatz herrschen. Gewerbetreibende boykottierten den Weihnachtsmarkt, Politiker wurden anonym bedroht und öffentlich beschimpft. Gespräche im Supermarkt drohten in Handgreiflichkeiten auszuarten. Als Hauptverantwortlicher für das Abstimmungsergebnis im Gemeinderat sahen die Befürworter den Bürgermeister. Dieser zeigte sich über die Ereignisse tief betroffen und will nun nach Lösungen aus der misslichen Lage suchen. Der TOWER-Geschäftsführer Dirk Detlefsen machte jedoch unmissverständlich klar, dass *„... mit dieser Gemeindevertretung und diesem Bürgermeister ...“* keine Grundlage für eine weitere Zusammenarbeit bestehen würde. Die Gesellschaft hält an einer Schadenersatzklage fest (900.000 Euro), die sie gegen die Gemeinde wegen erbrachter Planungsleistungen anstrengen wolle.

Frauke Tengler (CDU) setzte die Hoffnung auf eine weitere Bürgerbefragung, *„... um zu erfahren, was die Bürger wirklich wollen und damit alle ihr Gesicht wahren können.“* Anschließend sollten Neuwahlen stattfinden, weil diese Gemeindevertretung nicht vier weitere

Jahre arbeiten könne. Auch eine neu gegründete „Initiative pro Eggebek“ (IPE), ein Zusammenschluss von Bürgern und Gewerbetreibenden sowie Beschäftigten auf dem Flugplatzgelände, unterstützte diese Vorstellungen und will schnell mit dem Sammeln von Unterschriften beginnen.

3.4.9. Resignation und Trotz

Obwohl die WKA für Forschungszwecke der Fachhochschule Flensburg abgelehnt war, spendete die Innovationsstiftung der FH Flensburg eine Stiftungsprofessur für Windenergietechnik (FT vom 23.12.08). Der Vorstand der Stiftung, Hans-Jürgen Block, erklärte, dass es naiv sei zu glauben, in der Windenergie sei bereits alles erforscht und eine Optimierung nicht mehr möglich. *„Fundament, Getriebe, Flügel, neue Holzmasten – Themen gebe es genug“*. Da die Stadt auf dem Campus die Aufstellung einer größeren Anlage nicht genehmigen konnte, bleibe man von anderen Standorten abhängig.

Als Alternativ-Standort für Eggebek hatte sich bereits die Gemeinde Handewitt angeboten (FT vom 9.12.08). Bürgermeister Arthur Christiansen wollte Pläne reaktivieren, die bereits 2004 im Ortsteil Haurup eine Testanlage vorsahen, dann aber wegen der Planung in Eggebek auf Eis gelegt wurden. *„Wir sind offen für alles in Sachen Windenergie ... und wir wollen gern sehen, wie wir der Region helfen können,“* so der Bürgermeister. Allerdings müsse die Fachhochschule dazu bereit sein. Deren Kanzler sah keine Probleme, einen anderen Standort als Eggebek zu wählen, falls auch die Firma Repower mitziehen würde.

Der Landrat machte deutlich, dass sich Eggebek mit dem Beschluss des Gemeinderates als seriöser Verhandlungspartner verabschiedet hatte. In einem Interview mit dem „Flensburger Tageblatt“ (30.12.08) reagierte Landrat Bogislav-Tessen von Gerlach ungehalten: *„Es ist unbegreiflich, was in Eggebek passiert ist. Die Chance war mit dem Kompromiss mit nur noch einer Windkraftanlage auf dem Flugplatz zum Greifen nahe. Gerade der Kreis hat alles nur Denkbare getan, um die Kieler Landesplanung für diese Lösung zu gewinnen. Ich bin zutiefst enttäuscht, dass Eggebek da nicht zugeschlagen hat. Es geht nicht nur um eine Eggebek-interne Angelegenheit. Man muss sich klarmachen, dass die gesamte Region von Schleswig bis Flensburg – unter Einschluss der Universität – und sogar das gesamte Land von dem Innovationspotenzial profitiert hätten. Und man muss sich klarmachen, dass sämtliche Umlandgemeinden dahinterstehen und Eggebek die Last von zwei Großwindkraftanlagen abnehmen wollen. Es ist ein absolut unsolidarisches Verhalten, was die Gemeindevertretung mehrheitlich an den Tag gelegt hat. Ich unterstütze alle, die überprüfen wollen, ob das Nein wirklich die Mehrheitsmeinung in Eggebek bleibt.“*

Durch diese Meinung fühlte sich die Bürgerinitiative „Initiative pro Eggebek“ ermutigt, den Standort Eggebek nicht kampflos aufzugeben. In kürzester Zeit hatte sie 1.008 Unterschriften für den bereits gescheiterten Kompromissvorschlag gesammelt. Diese Zahl reichte aus, um das Thema erneut auf die Gemeinderatssitzung am 15. Januar 2009 setzen zu lassen. Nach Paragraph 16 f der Gemeindeordnung muss sich die Gemeindevertretung mit einem „Einwohnerantrag“ beschäftigen, wenn mindestens fünf Prozent der über 14-jährigen Einwohner dies wollen. Dafür reichen etwa 160 Unterschriften. Für das „Flensburger Tageblatt“ vom 19.12.08 war diese erfolgreiche Unterschriftensammlung Anlass für einen Artikel mit der Überschrift. *„Die Wende ist zum Greifen nah“*.

Dieser Hoffnungsschimmer kam für Dirk Detlefsen zu spät. *„Der ‚Vater‘ des Eggebeker Energieparks gibt auf“*, so die Überschrift eines Artikels im „Flensburger Tageblatt“ vom 12.12.08. Detlefsen und die Firma Vollbrecht hatten ihre Anteile an der TOWER GmbH an den dritten Gesellschafter verkauft. Mit seiner Firma „Hofkontor“, die im Dienstleistungszentrum untergebracht war, ist er zum 1.2.09 nach Büdelsdorf umgezogen. Dadurch entgehen der Gemeinde rund 200.000 Euro an Steuereinnahmen. Detlefsen wollte mit seiner Entscheidung ein Zeichen setzen, damit das Projekt nicht an Personen scheitere: *„Wenn man erkennt,*

dass man andren im Wege steht, muss man sich fragen, ob man mit aller Gewalt weitermacht oder ob man den Weg frei macht. Ich mache den Weg frei.“ Detlefsen erwartete einen ähnlichen Schritt auch bei seinen Gegnern, Bürgermeister Reinhard Breidenbach und dem Vorsitzenden der „Aktiven Bürger für Eggebek“, Wilfried Schlack.

Der neue Gesellschafter auf dem Flugplatzgelände, Spediteur Peter Carstensen aus Handewitt, sieht im Unternehmerwechsel einen „*Appell zum Kompromiss*.“ Er hoffe, dass dadurch wieder Bewegung in die Sache komme, da man Partner und keine Gegner brauche. Nach seiner Einschätzung sei die Stimmung zum Bioenergie- und Technologiepark bei den Einwohnern positiv.

3.4.10. Das „Wunder“ von Eggebek

Der Einwohnerantrag (s.o.) zwang den Bürgermeister, den bereits im November abgelehnten Kompromiss erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Über 500 Zuschauer füllten das Tagungslokal, so viele wie noch nie bei den anderen Gemeindevertretersitzungen (FT vom 17.1.09). Auch die Umlandgemeinden des Amtes Eggebek hatten 1309 Unterschriften gesammelt, um den Eggebekern ihre Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung der Region zu verdeutlichen. Die Gemeinden Janneby und Wanderup hatten sich bereits entschieden, je eine 180 Meter hohe Windkraftanlage zu genehmigen. Die Unterschriften und die Appelle erzielten eine Wirkung, mit der an diesem Abend niemand gerechnet hatte. Bestenfalls erhoffte man sich die Zustimmung zu einer erneuten Bürgerbefragung, was erneut eine Zeitverzögerung bedeutet hätte. Zwar bekräftigten die WKA-Gegner ihre Ablehnung, aber sie wollten den Kompromiss nicht erneut ablehnen. Drei der ABfE-Mitglieder stimmten für den Antrag, vier von ihnen und zwei der Wählergemeinschaft FWE enthielten sich. Auch der Bürgermeister hatte seine Meinung erneut geändert und begründete dies mit der überraschenden Erkenntnis: „*Wir machen ein Ehrenamt für unsere Bürger, nicht gegen unsere Bürger.*“ In den vergangenen Wochen war auch ihm klar geworden, was er vorher immer bestritten hatte, dass es keine Entwicklung ohne die Landesplanung und gegen das Konzept des Flugplatzeigentümers gibt.

„*Unendlich erleichtert*“ war die Windkraft-Befürworterin Frauke Tengler (CDU), dass der von außen erzeugte Druck der IPE und der Umlandgemeinden den politischen Umschwung bewirkt habe. „*Sie sind aufgestanden, sie haben die Chancen für Eggebek gerettet.*“

Mit erheblicher Verzögerung muss die Gemeinde nun die Flächennutzungsplanänderungen einleiten, damit die bereits angesiedelten Firmen Planungssicherheit erhalten. Wenn auf dem Flugplatz in einigen Jahren 500 qualifizierte Arbeitsplätze entstehen, wäre der Verlust von Arbeitsplätzen durch den Abzug des MFG 2 überkompensiert. Nach dem „Ja“ in Eggebek bestehen auch gute Aussichten, dass der Energiepark in das von der Industrie- und Handelskammer ab Januar 2009 betreute Projekt „Internationale Technologieregion erneuerbare Ressourcen“ (ITER) einbezogen wird (FT vom 31.12.08). Die IHK sieht die erneuerbaren Energien als „*Garant für die Zukunftsfähigkeit der Region beiderseits der Grenze.*“ Die Kommunen haben 40 Millionen Euro Gewerbesteuer durch die Windbranche eingenommen, im Land sichert sie 7.000 Arbeitsplätze.

Die Bereitschaft der Gemeinden Wanderup und Janneby Standorte für zwei 180 Meter hohe Windkraftanlagen auszuweisen, ist nicht so uneigennützig, wie es die Gemeindevertreter darstellen und von den Medien ungeprüft weitertransportiert wurde. Da diese Anlagen sehr leistungsfähig sind, werden sie auch die Gewerbesteuererinnahmen erheblich verbessern. Für die Standorte müssen eigene Zufahrtswege geschaffen werden, weil die nötige Infrastruktur für die großen und schweren Geräte nicht vorhanden ist. Auf dem Flugplatz hätten die Anlagen ohne zusätzliche Aufwendungen errichtet werden können.

3.5. Ist Eggebek für das Land wirklich wichtig?

Es drängt sich die Vermutung auf, dass die Landesregierung auf den Standort Eggebek doch nicht so angewiesen ist, wie man aus ihren Verlautbarungen schließen müsste. Gleichzeitig mit den Planungen in Eggebek hat sie eine Studie mit dem Titel: „Internationale Technologieregion Erneuerbare Ressourcen“ als Leuchtturm-Projekt im nordfriesischen Grenzraum gemeinsam mit Dänemark (Interreg-Projekt der EU) gefördert. In der Projektskizze, die im Februar 2007 fertiggestellt wurde und für die die Universität Flensburg verantwortlich zeichnet, sind die Einzelvorhaben aufgeführt, die auch in Eggebek vorgesehen waren. Bei den Erstellern der Skizze tauchen auch die Professoren Jens Born und Axel Kaproth auf, die bereits in Eggebek tätig waren. Beim Lesen der Projektskizze wird deutlich, dass Eggebek nur noch mit den Testanlagen ein kleines Segment innerhalb der geplanten Technologieregion ausfüllen könnte, während die anderen innovativen Forschungs- und Betriebseinrichtungen im Bereich Husum – Tondern angesiedelt werden sollen.²⁰ Vielleicht erklärt sich daraus das sonst nicht nachvollziehbare Verhalten der Landesregierung, die wegen der oben angeführten Gründe Eggebek nur noch als Testgelände sieht. In einem Telefongespräch mit der Landesplanung wollte der Autor wissen, welches der beiden Projekte von der Landesregierung bevorzugt werde, da sich zwei Energieparks ausschließen. Die kryptische Antwort lautete, dass dann entschieden werde, wenn die Planungsunterlagen vorliegen.

Diese Aussage ist nicht nachvollziehbar. Die erwähnte Projektskizze ist detailliert und umfangreich. Sie behandelt alle Aspekte „... verschiedenster Varianten von Technologien zur Nutzung regenerativer Energiequellen wie Windenergie, direkte Sonnenenergie, Biomasse, Wasserkraft und Geothermie.“ Dazu entwickelt sie Vorschläge für Forschung, Bildung, Weiterbildung, Kongresse und Messen. Räumlich macht die Skizze einen großen Bogen um Eggebek, obwohl die technischen Einrichtungen sehr gut auf dem Flugplatzgelände untergebracht werden könnten. Da zu den Erstellern der Skizze das Theodor-Schäfer-Berufsbildungswerk Husum und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Nordfriesland gehören, ist es verständlich, dass der Raum Husum als Standort dieser Einrichtung vorgeschlagen wird.

Ohne Windkraftanlagen hätte Eggebek das Alleinstellungsmerkmal gefehlt, weil Biogas- und Fotovoltaikanlagen keine besonderen Standorte benötigen. Das Scheitern des Projektes in Eggebek wäre aus Sicht der Landesregierung und der Firma Repower zu verschmerzen gewesen, wenn man im deutsch-dänischen Grenzgebiet an der Westküste einen alternativen Standort für die Testanlagen finden würde. Auch in Husum und in Leck gibt es ehemalige Militärflugplätze, die allerdings nicht die Voraussetzungen für die Aufstellung großer WKA erfüllen sollen. Weitere Verzögerungen bei der Planung wären eine nachvollziehbare Begründung der Landesregierung, Eggebek nicht weiter zu fördern.

In einem Gespräch mit dem Projektleiter der Firma Repower (Herr Neuwirth) am 10. Januar 2008 erklärte dieser, dass die Firma weiterhin am Standort Eggebek festhalten wolle. Es sei sehr schwer, in Schleswig-Holstein einen anderen Standort zu finden, weil ein umfangreicher Negativ-Katalog kaum noch geeignete Geländeflächen ausweise. Für Eggebek spreche auch die Nähe zur Autobahn, das hervorragend erschlossene Gelände mit nutzbaren Gebäuden und die Nähe zum Oberzentrum und den Hochschulen. Die Firma sei bereit, für die WKA in Eggebek eine eigene Firma zu gründen, so dass die Gewerbesteuererinnahmen der Gemeinde zufließen würden. Ein Steuerberater habe diese nach einer Wirtschaftlichkeitsberechnung auf 121.000 Euro pro Jahr geschätzt. Diese Bereitschaft hat das Negativ-Votum nicht mehr verhindern können.

²⁰ U.a. ist dort die Anlage von Salzkavernen vorgesehen, in denen durch Windkraft erzeugte Druckluft gespeichert und bei Bedarf genutzt werden kann.

Für den Kreis Schleswig-Flensburg wäre das Ende der Konversionsbemühungen in Eggebek ein irreparabler Schaden gewesen. Auf den ehemaligen Militärf Flächen im Kreisgebiet sind im Wesentlichen keine Dauerarbeitsplätze im gewerblichen Sektor entstanden. Sie wurden und werden für den Naturschutz oder für Wohnprojekte genutzt. In Ellenberg und Olpenitz werden Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich entstehen, wenn die vorgesehenen Planungen für Tourismus und Behindertensport verwirklicht werden.

These und Kommentar:

Warum ist dieses landauf – landab hochgelobte Konversionsprojekt beinahe kläglich gescheitert? Aus Sicht des Autors ist dafür ein Bündel von Ursachen verantwortlich.

Die Gemeinde Eggebek war überfordert, die Folgen des Truppenabbaus alleine zu bewältigen. Ihr fehlt ein leistungsfähiger Verwaltungsapparat, den auch das Amt nicht besitzt, der die miteinander verwobenen Problemkreise entwirren und planerisch gestalten kann. Auf der rechtlich bestehenden Planungshoheit zu beharren und die anderen Amtsgemeinden nicht weiter am Konversionsprozess zu beteiligen, war ein entscheidender Fehler. Die Gemeinde wollte sich von den anderen nicht „hineinreden“ lassen, aber wohl auch die erwarteten wirtschaftlichen Erfolge nicht mit anderen teilen. Dies sorgte für Verärgerung, weil sich sämtliche Amtsgemeinden an den Kosten des Gutachtens und den Vorplanungen beteiligt hatten. Die ursprünglich vorhandene Solidarität wurde leichtfertig zerstört. Hier wäre der richtige Ansatz gewesen, Erkenntnisse der Regional-Governance-Forschung aufzunehmen und die politischen und privaten Akteure in einer „Public-Private-Partnership“ (P P P) für dieses nachhaltige und zukunftssträchtige Projekt zu begeistern. Aber die Landesregierung und die Landesplanung haben nicht zielgerichtet genug ihre Hilfe und Unterstützung angeboten. Der Ministerpräsident und der Landwirtschaftsminister traten gemeinsam im Juni 2007 in Eggebek auf, aber da ging es nicht um den Energiepark, sondern um die Vorstellung der „AktivRegionen“. Der Ministerpräsident stellte in rosigen Farben die Zukunftschancen der ländlichen Räume vor, aber da war der „Energie-Landwirt“ noch das Leitbild der Landesregierung, das der Ministerpräsident einige Monate später selbst als illusorisch bezeichnete.²¹

Nicht nachvollziehbar ist, dass die Befürworter des Energieparks überhaupt nicht damit gerechnet haben, dass derartig große Anlagen von vielen Bürgern abgelehnt werden, weil sie sich dadurch negativ beeinflusst fühlen. Sämtliche technischen Großprojekte in der Bundesrepublik werden von Bürgerinitiativen in Frage gestellt und teilweise mit allen Rechtsmitteln bekämpft. Bereits auf der Einwohnerversammlung am 29. November 2006 hat ein Besucher Kritik an den Riesen-WKA geäußert. Diese wurde von den Gemeindevertretern und den Nachnutzern des Flugplatzes nicht ernst genommen. Ansonsten hätten sie sofort mit einer Aufklärungskampagne beginnen müssen. TOWER-Geschäftsführung und ihre Mitarbeiter behielten ihre Blauäugigkeit bis zum Abend der Kommunalwahl. Sie fuhren siegesgewiss in ein Lokal, wo sie die Vernunft der Eggebeker Bevölkerung ordentlich feiern wollten. Umso tiefer war dann die – aus Sicht des Autors zu erwartende – Enttäuschung.

Die Bestellung eines Konversionsmanagers war richtig und wichtig, aber aufgrund seiner Aufgabenstellung war es sehr schwierig, ein derartig großes und vielschichtiges Projekt voranzutreiben, das in den Kompetenzbereich verschiedener Ministerien hineinreicht. Das Wirtschaftsministerium förderte die Projektplanung, Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister machten sich für nachwachsende Rohstoffe stark, und das Innenministerium mit der Landesplanung begleitete das Zielabweichungsverfahren. Außerdem hat der Konversionsmanager keine Entscheidungsbefugnis, weil die Flächen in Privatbesitz sind. Hier zeigt sich ein weiteres Manko des Konversionsprozesses: Die öffentliche Hand – Gemeinden, Ämter, Kreis, Land – hätten die großen Konversionsflächen nicht zu 100 Prozent privatisieren dürfen. Da-

²¹ Siehe auch Kapitel 3.6.: „Nachwachsende Rohstoffe und Solarkraft für den Bioenergie-Park in Eggebek“.

durch kommt es immer wieder zu Reibungsverlusten zwischen Vorstellungen der Investoren und den Planern. Es ist schwer nachvollziehbar, dass öffentliche Forschungseinrichtungen auf Privatgelände gebaut werden soll.

Bei einem so großen Projekt wie in Eggebek, hätte die Landesregierung von Anfang an einen verantwortlichen Koordinator bestimmen müssen, bei dem alle Informationen und Planungsstränge zusammenlaufen, so dass es vor Ort und bei den Unternehmen nicht immer wieder zu Irritationen kommen konnte. Vor allem hätte es seine Aufgabe sein müssen, eine Öffentlichkeitsarbeit zu machen, die für ein derartig kompliziertes und umstrittenes Projekt erforderlich ist. Die überbesetzte Ministerialbürokratie (siehe auch Bemerkungen des Landesrechnungshof vom Juni 2008, FT vom 7.6.08) wacht eifersüchtig auf ihre Befugnisse und verzögert zeitnahe Entscheidungen.

Es sei daran erinnert, dass das Land bei der Industrieansiedlung in Brunsbüttel einen Landesbeauftragten eingesetzt hat, der vor Ort die Entscheidungen koordinierte. Zwar hat die Gewerbeansiedlung in Eggebek nicht annähernd diese Dimension, aber die „organisierte Verantwortungslosigkeit“ war mit für das Scheitern verantwortlich. Auf dieses Dilemma wurde bereits 1992 hingewiesen: „Nicht allein auf kommunaler Ebene ist die horizontale Koordination nur in Ansätzen ausgeprägt, auch auf Landesebene scheinen sich in fast jedem Ministerium Einzelpersonen um die Entwicklungsproblematik ländlicher Regionen mit hohem Fachwissen zu kümmern. Es fehlt jedoch an einer effektiven Zusammenführung dieser Potentiale“ (DEUTSCHER GRENZVEREIN, 1992. S. 78). 17 Jahre später ist noch kein Umdenken erkennbar.

Eine Schlüsselstellung beim Meinungsumschwung nahm Bürgermeister Reinhard Breidenbach ein, der sich vom eifrigen Vorkämpfer der Windkraftanlagen zum ebenso eifrigen Gegner wandelte. Der Bürgermeister war dem Konflikt im persönlichen Umfeld und in seiner Nachbarschaft nicht gewachsen. Hier hatten sehr viele ihre Unterschrift gegen die Windkraft-Giganten geleistet, weil ihre Grundstücke in unmittelbarer Nachbarschaft zum Flugplatzgelände liegen. Er verzögerte den Erschließungsvertrag mit unannehmbaren Forderungen und behauptete trotz anderslautender Erklärungen der Firma Repower, dass die WKA kaum Steuereinnahmen bringen würden.

Eine Bürgerinitiative, die unter dem Namen „Aktive Bürger für Eggebek“ an der Kommunalwahl teilnahm, konnte monatelang ohne nennenswerten Widerstand eine Kampagne führen, die mit Aufklärung und Information wenig zu tun hatte. Es war ihr gelungen, die Eggebeker zu verunsichern und mehrheitlich auf ihre Seite zu ziehen. Der Bürgermeister stellte sich an die Spitze dieser Bewegung und ließ sich von dieser Gruppierung als Bürgermeisterkandidat aufstellen. Von diesem Tage an hatte er Schwierigkeiten, sein Amt neutral auszuüben. Auf die TOWER-Beschäftigten wirkten die vergifteten Komplimente des Bürgermeisters wie blanker Hohn. Immer wieder lobte er ihren Einsatz und ihre Leistungsfähigkeit, die auch ohne WKA für die nötigen Arbeitsplätze sorgen würden. Damit hatte er bereits aus seiner Sicht die „Schuldigen“ benannt, falls die Gewerbeansiedlungen nicht erfolgen würden.

Das Abstimmungsergebnis ist auch ein Zeichen für die Unzufriedenheit großer Bevölkerungsteile mit den etablierten Parteien. Die CDU-Veranstaltung vom 17.3.08, auf der auch der SPD-Innenminister auftrat, wurde nur noch als Wahlkampfveranstaltung und nicht als Informationsveranstaltung angesehen. Die Aussagen der Fachleute fanden kaum Interesse. Die im Ort bekannten Vertreter der Bürgerinitiative genossen eine große Glaubwürdigkeit. Sie behaupteten, dass viele innovative Arbeitsplätze auch ohne Windkraftanlagen entstehen würden. Sie waren nicht gezwungen, einen Plan „B“ vorzulegen, falls diese Vorstellung sich nicht erfüllen würde. Viele Einwohner wollten nicht zur Kenntnis nehmen, dass die bereits erfolgten Ansiedlungen im Vertrauen auf die ursprüngliche Planung erfolgt sind. Auch der Landrat, der

seine Befugnisse bis an die Grenzen ausgenutzt hat, konnte die befristeten Bau- und Betriebsgenehmigungen nur aus diesem Grund verantworten.

Die Gemeinderatssitzung am 26.11.08 hat vielen Eggebekern vor Augen geführt, welche Folgen ihr Abstimmungsverhalten im Mai bewirkt hatte: Eine Bürgerinitiative ohne jegliche politische Erfahrung, war nicht in der Lage, richtige und wichtige Entscheidungen für die Zukunft der Gemeinde zu fällen. Dabei hätten sich die „Aktiven Bürger für Eggebek“ als Sieger feiern lassen können. Ihnen war es zu verdanken, dass die ursprünglich als unverzichtbar für das Gesamtprojekt gehaltenen Windkraft-Giganten nicht in Eggebek aufgestellt werden. Eine große WKA, für Forschungszwecke unbedingt erforderlich, wäre auch Gegnern jeglicher Windkraft zuzumuten gewesen. Der Sieg war ihnen zu wenig, sie wollten den totalen Triumph, vor allem der von ihnen gestellte Bürgermeister, der in dieser Sitzung bewies, dass er „beratungsresistent und wortbrüchig“ ist (Vorwurf eines CDU-Vertreter). Schließlich hatte er ein Papier unterschrieben, das ein von allen Amtsgemeinden zu entwickelndes Gewerbegebiet mit einer WKA vorsah, diesen Vorschlag in der Gemeinderatssitzung jedoch heftig bekämpft. Kompromisse gehören zum politischen Alltag. „Gemeindevertreter“, die sehenden Auges eine einmalige Entwicklungschance für ihre Gemeinde ausschlagen, weil sie sich nicht von Sachlichkeit sondern von Be- und Empfindlichkeiten leiten lassen, müssen sich Rechenschaft darüber geben, ob sie für sich oder für die Gemeinde Politik machen.

Eine weitere Ursache des Scheiterns liegt in der unzureichenden Gebietsreform. 181 Stimmen mehr bei der Bürgerbefragung für die Windkraftgegner ließen das Eggebeker Projekt scheitern. In einer Großgemeinde, die aus den zwölf Gemeinden beider Ämter bestehen müsste, hätten sich die Partikularinteressen weniger Einwohner nicht durchsetzen können. Auch wenn man eine Gebietsreform ablehnt, wäre ein gemeinsames Vorgehen möglich gewesen, von der Übertragung der Aufgabe auf das Amt bis zur Bildung eines ämterübergreifenden Zweckverbands. Das ursprüngliche Projekt ist nicht an „Höheren Mächten“ gescheitert, sondern am mangelnden Willen vieler Verantwortlicher – vom Kieler Kabinett bis zum Eggebeker Gemeinderat.

In letzter Sekunde ist das Projekt in Eggebek teilweise gerettet worden. Es waren nicht gewählte Politiker, denen dies gelang, sondern engagierte Bürgerinnen und Bürger aller Schichten, die nicht bereit waren, das Verhalten der Verantwortlichen hinzunehmen. Sie nutzten einen Paragraphen der Gemeindeordnung, der selbst Eingeweihten unbekannt sein dürfte, um die Mehrheit des unwilligen Gemeinderates zu zwingen, sich erneut mit dem Thema zu beschäftigen.

Es wäre zu einfach, die Schuld für das Entscheidungsdesaster einem Einzelnen zuzuschieben. Die Einwohner Eggebeks tragen den größten Teil der Verantwortung, weil sie sich von einer Bürgerinitiative manipulieren ließen. Sie waren nicht willens oder nicht fähig, die immer wieder angebotenen Informationen über ein Projekt einzuholen, das für die Zukunft der Gemeinde zentrale Bedeutung hat. Die scheinbare Dorfidylle, wo sich jeder kennt und jeder mit jedem spricht, wurde endgültig zerstört.

Es muss nochmals betont werden, dass ohne das Eingreifen der WiREG das Eggebeker Projekt längst begraben wäre. Erst sie hat einen Kompromissvorschlag erarbeitet, der zur Reanimation des Bioenergie-Parks geführt hat.

Verwunderlich ist das Verhalten der Landesregierung. Noch am 1. Februar 2008 hatte Innenminister Lothar Hay auf der Informationsveranstaltung in Eggebek herausgestellt, dass nur Eggebek die Voraussetzungen für derartig große Test-Windanlagen erfülle und daher für das Land unverzichtbar sei. Einige Monate später stellt sich heraus, dass auch in unmittelbarer Nachbarschaft von Eggebek Standorte zur Verfügung stehen. Zur Glaubwürdigkeit ministerieller Aussagen trägt das nicht bei.

3.6. Nachwachsende Rohstoffe und Solarkraft für den Bioenergie-Park in Eggebek

Neben der Windkraft soll Biomasse aus nachwachsenden Rohstoffen der wichtigste Energieträger in Eggebek sein. Durch den Begriff „Bioenergie-Park“ soll suggeriert werden, dass Biomasse ökologisch einwandfrei produziert und in „saubere“ Energie umgewandelt wird.

Auf dem Flugfeld sind drei Biogasanlagen geplant, die insgesamt 3,6 MW Leistung erbringen sollen. In unmittelbarer Nachbarschaft hat die Biogasanlage in Sollerup ihre Leistung bereits 2007 auf 1.800 kW erweitert. Der Landesteil Schleswig gilt innerhalb der Bundesrepublik als die Region mit der größten Dichte an Biogasanlagen.²²

Ursache dieser rasanten Entwicklung ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) vom 29. März 2000 (geändert am 22.12.03, novelliert am 21.7.04). Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit stellt in seinen Verlautbarungen heraus, dass sich das Gesetz „... als ein besonders effizientes Instrument zum Ausbau der erneuerbaren Energien erwiesen“ habe.

Ziel des Gesetzes ist nach § 1:

- (1) Zweck dieses Gesetzes ist es, insbesondere im Interesse des Klima-, Natur- und Umweltschutzes eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen, die volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung auch durch die Einbeziehung langfristiger externer Effekte zu verringern, Natur und Umwelt zu schützen, einen Beitrag zur Vermeidung von Konflikten um fossile Energieressourcen zu leisten und die Weiterentwicklung von Technologien zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien zu fördern.
- (2) Zweck dieses Gesetzes ist ferner, dazu beizutragen, den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung bis zum Jahr 2010 auf mindestens 12,5 Prozent und bis zum Jahr 2020 auf mindesten 20 Prozent zu erhöhen.

Ausgangslage war die Erkenntnis, dass der zunehmende Verbrauch fossiler Brennstoffe und der damit verbundene Anstieg der Treibhausgase eine Klimakatastrophe herbeiführen wird. Daher sollten alle regenerativen Energieträger gefördert werden, bei denen keinerlei Emissionen entstehen (Wind, Sonne, Wasser, Erdwärme), bzw. solche, deren Kohlendioxid-Bilanz neutral ist (nachwachsende Rohstoffe).

Das Gesetz unterscheidet zwar die unterschiedlichen Energieträger bei den erneuerbaren Energien, geht aber zu wenig auf die Öko- und Energiebilanz bei der Produktion ein. Wind, Sonne, Wasser und Erdwärme müssten anders behandelt werden, als eigens für die Biogasanlagen und Ethanolfabriken angebaute Feldfrüchte, die in direkter Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion stehen.

Für die Betreiber von Anlagen (Windkraft, Biogas, Fotovoltaik) ist der § 3 der wichtigste, weil er die „Abnahme- und Vergütungspflicht“ regelt. Die Energieversorgungsunternehmen sind verpflichtet, den Strom zu einem garantierten Preis anzunehmen. Diese Abnahmegarantie gilt für 20 Jahre.

Plötzlich ergaben sich für die Landwirtschaft neue und teilweise ungeahnte Einkommensmöglichkeiten. Der windreiche Norden war schon in den vergangenen Jahren wildwuchsartig mit Windkraftanlagen überzogen worden, da sie kaum planerischen Auflagen unterworfen waren. Ihre Genehmigung erfolgte nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz und nicht nach Planungsrecht. Erst in einer landesweiten „*Teilfortschreibung 1998/99 der Regionalpläne zur*

²² Trotz intensiver Recherchen ist es nicht gelungen, eine verlässliche Auskunft über Größe und Anzahl der Biogasanlagen zu erhalten. Da diese nach unterschiedlichen Rechtsnormen (Baurecht, BImSchG) genehmigt werden, gibt es keine Gesamtzahl.

Festlegung von Eignungsräumen für die Windenergienutzung“ wurden für die Windkraft geeignete Gebiete ausgewiesen. Landwirte konnten Flächen verpachten oder selbst Anteilseigner oder Eigner einer Windmühle werden. Die Windkraft nahm auch deshalb einen so großen Aufschwung, weil sie gute steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten für „Besserverdienende“ bot. Nur wenige Windkraftanlagen wurden als sogenannte „Bürgerwindparks“ konzipiert, an denen sich auch Kleinanleger und Anwohner beteiligen konnten.

Von der Novelle des EEG (seit 1. August 2004 in Kraft) haben die Erbauer von Biogasanlagen besonders profitiert, weil die Vergütungskonditionen für Strom aus Biomasse erheblich angehoben wurden. Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat zusammen mit der Innovationsstiftung des Landes das Förderprogramm „Biomasse und Energie“ gestartet. Dieses Programm ist Teil der „Nachhaltigkeitsstrategie zukunftsfähiges Schleswig-Holstein“ (MINISTERPRÄSIDENTIN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN, 2004) In der Broschüre heißt es: *„Die Initiative ‚Biomasse und Energie‘*

- *stabilisiert die Landwirtschaft und schafft regionale Wirtschaftskreisläufe,*
- *sorgt für Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Land,*
- *leistet einen Beitrag zur Weiterentwicklung zukunftsfähiger Technologien und*
- *bietet im Zukunftsfeld ‚Potenziale einer multifunktionalen und nachhaltigen Landwirtschaft‘ zusätzliche Diversifizierungsmöglichkeiten“* (ebd. S. 64).

Die Nachfolge-Regierung hat das Thema aufgenommen und in einer Broschüre „Energie einfach ernten“ vom September 2006 die Ziele und Möglichkeiten des Programms vorgestellt, das vor allem Fördergelder der EU weiterleitet.

Im Jahre 2006 wurde 1 Prozent des Primärenergiebedarfs des Landes durch Biomasse gedeckt. *„Das Potential liegt bei 13 Prozent, wenn 20 Prozent der Agrarflächen gezielt für die Produktion von Energierohstoffen genutzt werden“* (MLUR, 2006, S.6). 2008 stellt die Landwirtschaftskammer fest, dass von 122.000 Hektar Mais-Anbaufläche bereits 25.000 Hektar – ca. 20 Prozent – für Biogas-Mais genutzt werden.

Die Landesregierung schränkt ein, dass die energetische Nutzung von Biomasse *„... nicht an sich umweltverträglich sei“*, da der Anbau von Energiepflanzen *„... in Flächenkonkurrenz zur Extensivierung und Ökologisierung der Landwirtschaft sowie zu Naturschutz und Neuwaldbildung stehen“* könne (ebd. S.9). Sie hält aber am Motto vom *„Landwirt als Energiewirt“* fest, der aber die Anforderungen der *„Cross Compliance“*²³ erfüllen muss.

Lapidar stellt die Landesregierung fest: *„Die energetische Nutzung von gezielt angebauten Agrarprodukten, die derzeit vorwiegend für die Nahrungsmittelherstellung verwendet werden, stößt aus ethischen Gründen in Teilen der Gesellschaft auf Unverständnis und Akzeptanzprobleme. In besonderem Maße gilt dies für die energetische Nutzung von Getreide.“* (ebd. S.13).

In Schleswig-Holstein wurde zur Förderung der Bioenergie das „Kompetenzzentrum Biomassenutzung“ gegründet. Wissenschaftler der Hochschulen des Landes wollen den Kompetenztransfer zwischen den Hochschulen, Unternehmen und der Landwirtschaft sicherstellen (ALR 2006). *„Das Potenzial an den Hochschulen in Schleswig-Holstein ist vorhanden, die gesamte Wertschöpfungskette abzudecken und künftig in einem schlagkräftigen Verbund auch Richtungweisend zur Strategieentwicklung ‚Biomasse in Schleswig-Holstein‘ beizutragen“* (ebd. S. 36).

²³ „Cross Compliance“ (anderweitige Verpflichtungen) sind EU-Regeln, die ab 1.1.2005 eingehalten werden müssen, um Direktzahlungen zu erhalten. Dazu gehören Auflagen zum Verbraucher-, Umwelt-, Natur- und Tierschutz.

Durch die Förderung von Bioenergie wollte man gleichzeitig mehrere Ziele erreichen:

- Abbau von Überschüssen landwirtschaftlicher Produkte
- Neue Einnahmequellen für die Landwirtschaft
- Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen
- Vermeidung von zusätzlichen Treibhausgasen
- Aufwertung der ländlichen Räume

Nachwachsende Rohstoffe verbreitern die Möglichkeiten der Landnutzung, weil neue Produkte angebaut und abgesetzt werden können. Die Wertschöpfung wird erhöht, neue Arbeitsplätze werden geschaffen.²⁴

Voraussiehbarer Zielkonflikte zwischen den Umweltbelangen Klimaschutz und Naturschutz wurden nicht erkannt bzw. absichtlich übersehen. Eine „Ex-ante-Evaluierung“ hat nicht stattgefunden. Besonders abwegig war die Auffassung, dass der Anbau von Energiepflanzen zum Erhalt der Kulturlandschaft beitragen würde.²⁵ Der WISSENSCHAFTLICHE BEIRAT DER BUNDESREGIERUNG GLOBALE UMWELTVERÄNDERUNGEN (WBGU 2008, S.4) fordert, „... dass die weltweit vorhandenen Potenziale der Bioenergie genutzt werden sollten, solange Gefährdungen der Nachhaltigkeit ausgeschlossen werden können, insbesondere die Ernährungssicherheit sowie die Ziele von Natur- und Klimaschutz.“

These: Neben den angestrebten Zielen sollte der Bevölkerung suggeriert werden, dass sie sich keine Sorgen um die Energieversorgung machen müsse. Ein dringendes Umsteuern in der Energie- und Verkehrspolitik (Energiewende) glaubte die Bundesregierung dadurch verhindern zu können, weil ihr der Mut und die Kraft fehlte, sinnvolle und wirksame Maßnahmen gegen die vielfältigen Lobby-Gruppen durchzusetzen (bspw. Passivhäuser, Verkehr auf die Schiene, Tempolimit, 3-Liter-Autos, höhere Steuern für Energieverschwendung). Beweis für diese Behauptung lieferte die Bundesregierung, weil sie sich im Mai 2008 noch immer nicht auf eine nach Schadstoffausstoß gestaffelte Fahrzeugsteuer einigen konnte.

3.6.1. Bioethanol

Im September 2007 bezeichnete Ministerpräsident Peter Harry Carstensen das Bioenergie-Projekt Tondern in Dänemark, bei dem Bioethanol aus Getreide für die Treibstoffproduktion erzeugt werden soll, als „Leuchtturmprojekt“. Carstensen sah das Tonderaner Projekt als eine „... Antwort auf die Herausforderungen, die sich durch die Klima-Erwärmung und durch die Verknappung von Rohstoffen stellen“ (FT vom 28.9.07).

Die Abnahme von Bioethanol sollte dadurch gewährleistet werden, dass den Treibstoffen steigende Quoten – von 6,25 Prozent 2006 auf 17 Prozent 2009 – beigemischt werden sollten. Die auf PS-starke Autos spezialisierte deutsche Autoindustrie wurde dadurch nicht gezwungen, sparsamere Pkw zu entwickeln, weil sie mit Hilfe der Beimischung den CO₂-Ausstoß fossiler Brennstoffe hätte senken können. Noch im August 2007 wurde die Quote als Teil des „integrierten Energie- und Klimaprogramms der Bundesregierung“ in Meseberg beschlossen. Im April 2008 ruderte die Bundesregierung zurück, weil ein großer Anteil der Kraftfahrzeuge den Biosprit nicht verträgt.

Die Bundesregierung beruft sich bei Gesetzen und Förderprogrammen auf die Europäische Kommission. Diese hatte 1997 in einem Weißbuch „Energie für die Zukunft – Erneuerbare

²⁴ Die Erwartungen an dieses Gesetz erinnern an die mögliche Zucht einer „Eierlegenden Wollmilchsau“ (Umgangsdeutsch).

²⁵ Siehe „Biogas“ im gleichen Kapitel: Die Folgen des verstärkten Maisanbaus für Fauna und Flora, das Klima, den Tourismus.

Energien“ festgelegt, dass durch erneuerbare Energien 108 Mio Tonnen Rohöleinheiten in Europa ersetzt werden könnten. Davon entfallen 90 Mio Tonnen also 83 Prozent auf die Biomasse. *„Die 90 Mio t Rohöleinheiten entsprechen ... 262 Mio t. lufttrockener Biomasse, einer Menge, die größer ist als die gesamte Getreideernte der Europäischen Union. Diese Menge soll zusätzlich an Biomasse im Jahr 2010 im Vergleich zum Jahr 1995 aufgebracht werden“* (KOPETZ, 2005, S.11).

Da die Erreichung dieses Ziels von Anfang an illusorisch war, will man die Beimischungspflicht mit Hilfe von Importen, vor allem aus Entwicklungsländern, gewährleisten. Die Bundesregierung hat bis heute keine Verantwortung dafür übernommen, dass die Beimischungspflicht zur Rodung von Millionen Hektar Regenwald und der Anlage von Palmölplantagen in Südostasien geführt hat. In Argentinien wird Soja für Agrokraftstoffe angebaut, dessen Anteil laut Greenpeace bereits 20 Prozent des Bioethanols in Deutschland beträgt. Die genutzten Flächen fehlen beim Anbau für Grundnahrungsmittel. Für einige Länder ist der Raubbau an ihren Lebensgrundlagen oft eine wichtige Einnahmequelle. Skrupellose Geschäftemacher, korrupte Beamte und Militärs arbeiten Hand in Hand mit europäischen Produzenten. *„Ungebremsst steuern die Ökopioniere auf ein Szenario zu, in dem Menschen hungern, damit andere fahren können: Erntedank im Autotank als ethischer Totalschaden der mobilen Gesellschaft?“* (SPIEGEL, 8/07).

Bei einem kritischen Blick in die Vergangenheit, hätten die Politiker die Fragwürdigkeit der Nutzung von Pflanzenmasse für die Spritproduktion erkennen müssen. Bereits nach der ersten Ölkrise 1973 startete die brasilianische Regierung das Proalcool-Programm, um aus Zuckerrohr Biokraftstoff zu gewinnen. Einige Ziele dieses Programms sind mit denen der Bundesregierung und der EU identisch: Verringerung der Abhängigkeit von Importen, Stärkung der heimischen Landwirtschaft, Verringerung räumlicher Disparitäten durch Bevorzugung bisher benachteiligter ländlicher Räume (DÜNCKMANN, 2000). Anbau von Zuckerrohr und Produktion von Ethylalkohol wurden und werden staatlich unterstützt.

Dadurch wurden gerade im benachteiligten Nordosten kleinbäuerliche Betriebe verdrängt, die Landkonzentration in Großbetrieben nahm zu. Der massive Einsatz von Dünger und Pflanzenschutzmitteln sowie das Abbrennen der Felder verschlechterte die Ökobilanz. Hinzu fallen bei der Weiterverarbeitung große Abwassermengen an, die in natürlichen Gewässern unter hohem Sauerstoffverbrauch abgebaut werden bzw. zum Umkippen führen. Das vorrangige Ziel des Programms, die Abhängigkeit Brasiliens von importierten fossilen Brennstoffen zu verringern, konnte nur teilweise erreicht werden, weil der Gesamtverbrauch von Treibstoff durch die zunehmende Motorisierung und das Bevölkerungswachstum stärker stieg, als die Substitution des Öls durch Ethylalkohol (ebd.).

Ethische Bedenken sollten auch angebracht sein, wenn man sich die Arbeitsbedingungen vor Augen führt, unter denen Zuckerrohr in Brasilien verarbeitet wird (SPIEGEL, 4/09). Der brasilianische Präsident Lula da Silva will bis 2030 Brasilien zum größten Treibstofflieferanten der Welt machen. *„Wenn wir an Ethanol denken, geht es darum, dass wir den Armen helfen. ... Die Welt muss sauberer werden, die Welt braucht Jobs.“* Pater Tiago, ein Priester, der sich um die Plantagenarbeiter kümmert, sieht das anders: *„Das Versprechen von Biosprit ist eine Lüge. Wer Ethanol kauft, kippt sich Blut in den Tank. Ethanol wird von Sklaven gemacht.“* Die Zuckerbarone haben die Wälder gefällt, sie leiten Bäche und Flüsse um und planen ganze Dörfer (ebd.). Für die Zuckerrohrschneider, die unter unmenschlichen Bedingungen schuften müssen, herrscht das Gesetz der Vorarbeiter und der Aufpasser (Capangas). *„Mit Geländemotorrädern und Jeeps streifen sie durch die Plantagen. Sie haben Funkgeräte, viele haben Waffen, offiziell sind sie so etwas wie ein Werkschutz, der die Plantagen bewacht. In Wahrheit umkreisen die Capangas die Arbeiter wie scharfe Hunde eine Herde.“*

Ein machtloser Behörden-Kontrolleur weiß, dass die Arbeit auf den Plantagen sehr viel gefährlicher ist, als sie sein dürfte. „*Allein der Verbrauch von Pestiziden ist ungeheuerlich. ... Es gibt Spätschäden, Vergiftungen,*“ weil die Arbeiter weder Masken noch Handschuhe tragen.

Die Forderung, vermehrt Pflanzenmasse zur Energiegewinnung einzusetzen, scheint auf den ersten Blick einleuchtend zu sein, denn bei einem Energiegehalt des globalen Biomassezuwachses von ca. 100 Mrd. Tonnen Steinkohleeinheiten wird insgesamt das 6-7-fache des gesamten Weltprimärenergiegehalts bereitgestellt (CMA, 1997). Mit keinem Wort wird erklärt, wo, von wem, unter welchen Bedingungen und mit welchen Folgen Biomasse gewonnen wird. Es wird suggeriert, dass bei diesem Überangebot an Biomasse das Energieproblem ohne Schwierigkeiten gelöst werden kann.

In Deutschland und der EU wird zur Gewinnung von Bioethanol vor allem der Rapsanbau gefördert, auch im Untersuchungsgebiet. Die Europäische Union hatte das Ziel, bis zum Jahr 2010 den Anteil der Biotreibstoffe in Europa auf 5,75 Prozent zu steigern. Biodiesel war in der Produktion doppelt so teuer wie konventioneller Diesel (EU 1997). Um den Anbau zu fördern, war Biodiesel von der Besteuerung ausgenommen. Schrittweise soll die Steuerbefreiung bis 2012 abgebaut werden. Außerdem wurde ein Beimischungszwang in konventionellen Diesel von 5 Prozent eingeführt, der bis 2008 auf 10 Prozent gesteigert werden sollte. Diese Maßnahmen führten dazu, dass die Biodieselproduktion in der Zeit von 1998 bis 2007 von 50.000 Tonnen auf 4,5 Mio. Tonnen stieg. Entsprechend nahmen die Anbauflächen zu, zumal die Landwirte auch Prämien erhielten, wenn sie auf Stilllegungsflächen ausschließlich Energiepflanzen anbauten. Die Vorgaben der EU für 2010 hatte die Bundesrepublik dank der Förderpolitik bereits 2006 erfüllt. Einer weiteren Ausdehnung des Rapsanbaus sind natürliche Grenzen gesetzt. Die Anbaufläche von 1,42 Mio. Hektar betrug 2006 ungefähr 12 Prozent der Ackerfläche. Da der Raps eine vierjährige Fruchtfolge benötigt, käme der Rapsanbau schnell in Konkurrenz zu anderen Feldfrüchten, die für die Nahrungsmittelerzeugung lebenswichtig sind. Raps benötigt hohe Stickstoffgaben und Schädlingsbekämpfungsmittel. Bei der Stickstoffdüngung wird Lachgas (N_2O) frei, das ein 300 mal schädlicheres Klimagas ist als CO_2 .

Wegen des hohen Energieverbrauchs bei der Herstellung des Biodiesels, des Verbrauchs der landwirtschaftlichen Maschinen und der Transportfahrzeuge, ist der Anbau von Raps als Treibstoffpflanze bestenfalls ein Nullsummen-Spiel. Da der Raps in großen Schlägen angebaut wird, teilweise als Monokultur, trägt sein Anbau zur Verringerung der Biodiversität bei. Dünger und Pestizide belasten das Grundwasser. Das Umweltbundesamt stellte dem Raps schon vor Jahren ein vernichtendes Zeugnis aus, sein Umweltvorteil liege nahe null. Das hat die Landesregierung in Kiel nicht davon abhalten können, in der oben angeführten Broschüre Raps als flüssigen Bioenergieträger anzupreisen. Dieses Verhalten verwundert nicht, denn auch die EU-Kommissarin für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Frau Fischer-Boel aus Dänemark, unterstützt die Subventionierung von Biosprit. Studien, die aussagen, dass Biosprit der Umwelt mehr schade als ihr helfe, kontert sie mit der Behauptung: „*Ich kann Ihnen genauso viele Untersuchungen nennen, die den Kraftstoff in den höchsten Tönen loben. Wir haben uns in der EU das Ziel gesetzt, die CO_2 -Emissionen bis 2020 um 20 Prozent zu senken. ... Wenn wir das Ziel erreichen wollen, führt kein Weg an Biodiesel und Ethanol vorbei*“ (SPIEGEL, 41/07).

Im Fachjournal „Science“ veröffentlichten britische Forscher ihre Ergebnisse zu den Folgen des Anbaus von Biokraftstoffen (FT vom 17.8.08). Danach würde die Gewinnung von Ethanol aus Zuckerrüben, Weizen, Mais oder Raps zur Klimaerwärmung beitragen. Ein zehnprozentiger Ersatz von Benzin und Diesel durch Biokraftstoffe benötige 38 Prozent der Anbaufläche in Europa und 43 Prozent der Landwirtschaftsfläche der USA. Die Folge wäre, dass Wälder und Grünland in Äcker umgewandelt werden müssten. Die Forscher raten, fossile Energien effizienter zu nutzen, bevor Wälder abgeholzt und zur Gewinnung von Ethanol ge-

nutzt werden. Der schwedische Wissenschaftler Jan Lundquist rechnete auf der Weltwasserwoche in Stockholm vor, dass sich der jährliche Wasserbedarf von 11.000 Kubikkilometern bis 2045 verdoppeln wird, wenn große „Energieschlucker“ wie Europa und die USA an ihren Ausbauplänen für Biotreibstoffe festhalten würden (ebd.). Zusammenfassend warnen die Forscher: *„Biokraftstoffe sind Klimakiller“*. In einem Interview (SPIEGEL 36/09) weist der Nobelpreisträger Paul Crutzen vom Max-Planck-Institut für Chemie in Mainz auf die unterschätzte Gefahr von Lachgas für die Ozonschicht hin: *„Pflanzen nehmen nur rund 30 Prozent des Stickstoffdüngers auf, der Rest zersetzt sich unter anderem zu Lachgas. Diese Bedrohung könnte in Zukunft erheblich zunehmen, wenn die Menschheit für die Erzeugung von Biokraftstoffen noch mehr Landwirtschaft treibt. Für die Ozonschicht wäre das äußerst heikel.“*

Um die Klimaziele zu erreichen, wäre es nach Meinung von Fachleuten (u.a. Professor Homeyer, Uni Flensburg) sinnvoller, schnellwachsende Baumarten anzupflanzen, die je ha einen fünffachen Energieertrag gegenüber Raps liefern. Ökologen halten dies für sehr problematisch, weil die Artendiversität verringert wird. Auch eine Extensivierung der Nahrungs- und Futtermittelproduktion würde wegen des reduzierten Düngemittleinsatzes deutlich größere Einsparungen an Treibhausgasen erzielen als Biodiesel. Der Anbau von Feldfrüchten für die Energiegewinnung führt zu einer Verknappung und Verteuerung von Lebensmitteln, die angesichts einer weiteren Zunahme der Weltbevölkerung nicht hinnehmbar sind.

Das Thema „Biosprit“ hat sich verselbständigt, die Problematik wird offensichtlich von vielen Regierungen verschleiert. Diese Auffassung wird durch den politischen Berater der Hilfsorganisation Oxfam (Oxford Committee for famine Relief), ROBERT BAILY, bestätigt (FT vom 5.7.08). Er bezieht sich auf eine bisher geheim gehaltene Studie der Weltbank, nach der die Produktion von Biosprit die Lebensmittelpreise deutlich stärker steigen lasse als bisher angenommen. Bis zu 75 Prozent des Preisanstieges seien auf den Flächen- und Ernteverbrauch für die Biosprit-Produktion zurückzuführen. *„Ohne den Zuwachs bei Biokraftstoffen wäre das weltweite Getreide- und Maisaufkommen nicht so spürbar zurückgegangen und Preissteigerungen durch andere Faktoren wären nur moderat ausgefallen“*, so die Studie. Nach Meinung der Entwicklungshilfe-Experten wurde die bereits seit April 2008 vorliegende Studie unter Verschluss gehalten, um die Regierung von US-Präsident George W. Bush nicht zu brüskieren, die in den klassischen Maisanbaugebieten die Biosprit-Produktion besonders gefördert hat (auf 30 Prozent der Anbaufläche) und dennoch behauptete, dass die Zweckentfremdung von Lebensmitteln lediglich für weniger als drei Prozent der Preissteigerungen verantwortlich sei. Die internationalen Hilfsorganisationen schätzen, dass durch die steigenden Nahrungsmittelpreise weltweit 100 Millionen Menschen zusätzlich hungern müssten.

Von den Verantwortlichen in den Industrieländern wird dagegen behauptet, dass der Anstieg der Nahrungsmittelpreise auf die höhere Nachfrage der asiatischen Schwellenländer zurückzuführen sei. In der Studie heißt es dazu: *„Eine erhebliche Steigerung des Einkommens in Entwicklungsländern hat nicht zu einer großen Erhöhung des weltweiten Verbrauchs von Getreide geführt und ist kein wichtiger Faktor für die starken Preissteigerungen.“*

Aber nicht nur die Ackerflächen, auch der Wald gerät durch den Bioenergieboom immer mehr unter Druck. Auf dem Holzmarkt gibt es bereits Verteilungskämpfe zwischen Zellstoffindustrie, Holzkraftwerken, Kaminbesitzern, Pelletherstellern und Biodiesel-Unternehmen, die Sprit aus Holz herstellen wollen (Choren, Freiberg in Sachsen). Auch hier hat das EEG dafür gesorgt, dass sich die Marktsituation völlig verändert hat. So klagt die Zellstoffindustrie, dass sich durch die Subventionierung der Holzheizkraftwerke der Preis für einen Festmeter Fichte innerhalb von zwei Jahren von 30 auf 60 Euro verdoppelt habe (SPIEGEL, 49/2008). Die steigende Nachfrage macht auch vor neuen Holzaktionen nicht halt, die in intakten Wäldern bisher verboten sind. Auf Windwurfflächen wird nicht nur Geäst und Reisig geerntet, sondern mit Hilfe von „Woodcrackern“ werden auch die Wurzeln beseitigt. Die

schweren Maschinen verdichten den Boden, Sauerstoff dringt nicht mehr ein, die Speicherfähigkeit für Wasser sinkt, der Humus wird weggespült (WOHLLEBEN, 2008).

Auch der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung globale Umweltveränderungen warnt vor den Folgen des ungezügelter Bioenergiemarktes (SPIEGEL, 49/08). „*Bioenergie hat zwar ein signifikantes Potential ... Mit falscher Förderung bewirkt man für das Klima und den Umweltschutz aber genau das Gegenteil;*“ so der Sprecher des Gremiums Jürgen Schmid von der Universität Kassel. Waldrestholz dürfe nur eingeschränkt genutzt werden, da sonst dem Boden zu viel organische Substanz und Mineralien verloren gingen. Da über 50 Prozent der Nährstoffe in Nadeln, Blättern, Ästen und der Krone stecken, wäre bei deren Beseitigung der Kreislauf zerstört, da die Mikroorganismen im Boden keine Nahrung mehr finden würden. Der Boden würde verarmen, neue Bäume würden verkümmern. Waldschützer Wohlleben fürchtet, dass die Bedenken der Fachleute nicht beachtet werden, weil der Begriff „Bioenergie“ zu positiv besetzt sei. Er fragt: „*Wollen wir wirklich, dass der Waldschutz für den Klimaschutz geopfert wird?*“

3.6.2. Biogas

Da Raps für den Anbau auf den Geestflächen nicht geeignet ist, werden im Untersuchungsgebiet vor allem Mais und Roggen für die Gewinnung von Biogas angebaut. Hier zeigen sich ähnliche Mechanismen wie bei der Gewinnung von Bioethanol.

Warum soll ein Bauer noch Milch erzeugen, wenn er mit dem Anbau von Mais und Getreide für die Energieerzeugung leichter und bequemer Geld verdienen kann? „*Es gibt Dumme, es gibt Saudumme, und es gibt immer noch welche, die Vieh haben*“. So spottet ein Bauer, der zu den Maislieferanten der weltgrößten Biogasanlage in Penkun (Südostvorpommern) nahe der polnischen Grenze gehört (40 Anlagen von je 20 Megawatt). Für die Bestellung seiner 350 Hektar Land braucht er in Zukunft nur noch eine Saisonkraft, statt vorher neun festangestellte Mitarbeiter. Im Winter kann er Urlaub machen. Das Kraftwerkfutter wird besser bezahlt als Nahrungsmittel. Die Lieferanten rechnen mit Einnahmen von rund 1.000 Euro pro Hektar (SPIEGEL, 41/07).

Das von der Landesregierung in einem der strukturschwächsten Kreise (Uecker-Randow) besonders geförderte Projekt, wird von den Nachbarn wegen seiner Dimensionen kritisiert. Auf einer Konferenz über erneuerbare Energien in Potsdam (April 2007) stelle Brandenburgs Agrarminister Dietmar Woidke fest, dass die Anlagen in Penkun 300.000 Tonnen Maissilage benötigen. Dies sei 1/3 der gesamten Produktion der Uckermark. Folgen seien Monokultur und der Verlust von Arbeitsplätzen.

Energetisch ist die Nutzung von Mais zur Gewinnung elektrischer Energie fragwürdig. Für ein Kilowatt Leistung wird ein halber Hektar Fläche benötigt. Die Energiebilanz der meisten Biogasanlagen ist auch deshalb schlecht, weil die Wärme meistens ungenutzt an die Umwelt abgegeben wird. Wesentlich sinnvoller wäre es, die Wärme in ein Nahversorgungssystem einzuspeisen bzw. anderweitig zu nutzen. In Sollerup geschieht dies dadurch, dass die Abwärme der Biogasanlage zur Produktion und Trocknung der Futtermittel auf dem Gelände genutzt wird. Außerdem werden die Stallungen und die Betriebsgebäude mit Wärme versorgt.

Biogasanlagen waren ursprünglich als ideale Möglichkeit geplant, Probleme der Massenviehhaltung zu lösen. Die Geruchs- und Methanemissionen der Gülle können minimiert werden. Auch Schlachtabfälle oder andere biologische Abfälle lassen sich in derartigen Anlagen zu Biogas umwandeln, während die ausgegasteten Rückstände als anorganischer Dünger verwendet werden können. Die energetische Ausbeute solcher Anlagen ist aber wesentlich geringer als die von Anlagen, die mit homogenem Pflanzenmaterial (Mais, Roggen) betrieben werden. Das EEG hat dazu beigetragen, dass die Idee, mit Hilfe der Biogasanlagen eine sinnvolle Abfall- und Kreislaufwirtschaft zu betreiben, immer mehr in Vergessenheit geraten ist.

Die Landesregierung räumt ein, dass der Anbau von Energiepflanzen „... *in Flächenkonkurrenz zur Extensivierung und Ökologisierung der Landwirtschaft sowie zu Naturschutz und Neuwaldbildung* ...“ stehen könne. Was sie nicht erwähnt, ist die Konkurrenz zwischen traditionellen Landwirten und Energielandwirten. Hier hat das EEG dafür gesorgt, dass die Pacht- und Verkaufspreise landwirtschaftlicher Flächen enorm gestiegen sind. Pachtwillige Landwirte können nicht mehr über einen längeren Zeitraum pachten, weil die Verpächter auf weiter steigende Nachfrage spekulieren. Mittel- und langfristig werden sich auch deshalb die Lebensmittel verteuern.

Die im Untersuchungsgebiet tätigen Naturschutzvereine Obere und Mittlere Treene bestätigten auf Nachfrage, dass die Bereitschaft der Landwirte, schlecht nutzbare Flächen zu verkaufen, praktisch zum Erliegen gekommen sei. Auch Pachtverträge für den Vertragsnaturschutz lassen sich kaum noch abschließen (Stand: Mai 2008). Andererseits werden Stilllegungsflächen, die langfristig als Extensiv- bzw. Naturschutzflächen geplant waren, mit Mais für die Biogasanlagen bebaut, weil die EU dies ausdrücklich zulässt.

In einer Veranstaltung des Fördervereins „Mittlere Treene“ hat der Geschäftsführer Torsten Roos die Umweltauswirkungen der Bioenergie zusammengefasst (FT vom 24.7.08). Danach hat von 2007 auf 2008 der Maisanbau in Schleswig-Holstein um 6,2 Prozent zugenommen, der Grünlandanteil ist von 2003 bis 2007 um 4,61 Prozent zurückgegangen. Im Kreisgebiet nimmt die Maisanbaufläche pro Saison um 30 Prozent zu, die für die bisher 20 bestehenden Biogasanlagen benötigt wird. 36 weitere Anlagen sind bereits genehmigt. Damit verbunden ist der „*Verlust an Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Kulturlandschaft*.“ Bereits im Juli 2007 hatte der Tourismusverband „Grünes Binnenland“ auf diese Gefahr in einer Verlautbarung hingewiesen. Er fürchtet, dass der Boom der Biogasanlagen eine Flaute im Tourismus zur Folge haben werde (FT vom 13.7.07).



Foto 22: Die begradigte Jörlau durchfließt das ehemalige Südermoor. Für die Biogas-Gewinnung wurde der Niedermoorboden umgebrochen und mit Mais bepflanzt. Das trapezförmige Grabenprofil lässt weder Raum für Bewuchs noch für einen Randstreifen.

Auch im Bereich der Treene sind Niedermoorböden (siehe Foto 22) umgebrochen worden, mit der Folge der Entwässerung. Der Torf wird biologisch abgebaut und der gebundene Kohlenstoff als CO₂ an die Atmosphäre abgegeben. Außerdem erfolgen Nährstoffeinträge (Nitrate) in das Grund- und Oberflächenwasser, die Erosion wird beschleunigt. Die Entwässerung der Felder wirkt sich auch auf die angrenzenden Hochmoore aus, die unter Schutz gestellt worden sind.

Der Anbau von Energiepflanzen führt zur Flächenverknappung für den Futterpflanzenanbau und zu Preissteigerungen bei Pachten und Käufen. Als konkretes Beispiel führte Roos einen Flächenverkauf in Wanderup an. Das Areal, das 2007 noch für 8.000 Euro zu haben war, hat 2008 für 17.000 Euro den Besitzer gewechselt. Der Verkäufer gehöre zu den Gewinnern des EEG: *„Aus Naturschutzsicht ist zu befürchten, dass gerade die bestehenden und potentiellen Landschaftspflege-Partner zu den Verlierern des EEG gehören!“*

Roos verwies in seinem Vortrag auf Untersuchungen in Niedersachsen. Dort hat der Bau mehrerer Biogasanlagen dazu geführt, dass im Einzugsbereich dieser Anlagen knapp die Hälfte der Anbaufläche mit Mais bestellt wurde. Die Auswirkungen auf den Naturhaushalt und die Biodiversität sind verheerend gewesen. Greifvögel und Weißstorchpaare blieben ohne Nachwuchs, Rebhuhn und Wachtel sind verschwunden. Verwunderlich ist diese Feststellung nicht, denn auf einem Maisacker können weder Greifvögel noch Störche Nahrung finden.

Nach Auffassung des NABU-Landesverbandes bereitet die Störche-Bilanz *„Sorge um Lebensraum von Meister Adebar“* (FT vom 23.10.08). Der Storchenschutz-Referent Uwe Petersen stellte fest, dass zwar die Anzahl der Brutpaare zugenommen habe, diese aber wesentlich weniger Nachwuchs aufgezogen hätten (367 Küken 2007, 2008 nur noch 305). Der Lebensraum für Störche gehe durch den Anbau von Mais als Brennstoff für Biogasanlagen immer stärker verloren. *„Mit ihm stirbt der Storch als Flagg-Tier der Feucht-Landschaft“*. Immer mehr Eier, aber auch Jungtiere, für die es keine Nahrung mehr gäbe, würden aus den Horsten gestoßen. Dieses Drama werde sich auch im nächsten Jahr wiederholen. *„Denn es gibt in Schleswig-Holstein keinen einzigen optimalen Lebensraum mehr für Störche“* stellte Petersen fest. Im Kreisgebiet ist der frühere Allerweltsvogel Kiebitz fast ganz verschwunden und die Feldlerche im Frühjahr immer seltener zu hören (Roos).

Nach Auffassung des Autors werden von der Maisinvasion vor allem die Wildschweine profitieren, deren Population sich mit großer Geschwindigkeit Richtung Norden bewegt. Nirgends finden diese Tiere so ideale Nahrungs- und Versteckmöglichkeiten wie in einem Maisfeld. Man darf gespannt sein, wie die Landwirte und Schweinezüchter (Angst vor Übertragung der Schweinepest) darauf reagieren werden.

Im Bereich der Treene und ihrer Zuflüsse – FFH-Gebiet und ausgewähltes Gewässer zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie – ist kaum noch eine Verzahnung mit anderen Landschaftsteilen möglich, da die Schutzgebiete von Maisflächen eingekreist sind. Das Land habe die Treenelandschaft bei der EU als FFH-Schutzgebiet angemeldet, bei Nicht-Einhaltung der Regeln sind Strafgeelder zu zahlen. Daher müsse die Mais-Inflation gestoppt werden: *„Es müssen dringend Leitplanken her, um den Boom der Bioenergie in geordnete Bahnen zu lenken.“*

Roos und die Vorsitzende des Vereins, Greta Lassen betonen: *„Wir kritisieren nicht die Landwirte, weil sie eine für sie günstige Förderkulisse für Biogasanlagen nutzen. Sehr wohl kritisieren wir aber die Politik, die diese Förderkulisse geschaffen hat. Da wurde nicht bedacht, was hinten rauskommt. Jetzt, wo wir die erste Phase hinter uns haben und die negativen Ergebnisse sehen, muss die Politik Regeln schaffen. Doch es passiert leider gar nichts.“*

RIEDEL (1983, S.19) hat festgestellt, *„... daß im Bereich der Schleswigschen Geest eine ‚Vergrünung‘ der Landschaft (Tendenz zum Grünland) ... zu beobachten ist.“* 2008 findet

erneut ein Landschaftswandel statt, weil durch den massiven Maisanbau auf der Geest eine „*Verbraunung*“ der Landschaft (Tendenz zur Ackerbauintensivierung) eingetreten ist.

Auch Umweltschützer aus der benachbarten Schleiregion befürchten als Folge des verstärkten Maisanbaus eine zusätzliche Überdüngung der Schlei (FT vom 1.9.08). Die Gewässerbelastung sei dank der Verbesserung der Reinigungstechnik der Kläranlagen zurückgegangen und auch die Schließung besonders belastender Betriebe (Meierei, Großschlachtereie, Zuckerfabrik) habe die Einträge verringert, aber nach wie vor sei die intensive Landwirtschaft für die Überdüngung verantwortlich. Die Zunahme von Biogasanlagen an der Schlei habe zu einer dramatischen Erweiterung der Maisflächen geführt, mit der Folge, dass mehr Nährstoffe ausgewaschen werden. Die Schleswiger Umweltgruppen fordern daher, keine weiteren Biogasanlagen auf Maisbasis zu genehmigen. Es sollten nur noch Anlagen genehmigt werden, die auf Basis landwirtschaftlicher Reststoffe arbeiten und deren Abwärme genutzt wird.

Die schädlichen Folgen des Maisanbaus sind schon länger bekannt. Mais wird in breiten Reihen ausgesät und keimt erst spät, was ein hohes Erosionsrisiko verursacht. Die Bodenfruchtbarkeit wird verringert, weil Mais ein „Humuszehrer“ ist und „... *die Nährstoffsorptions- und die Wasserhaltekapazität mindert*“ (MÜLLER-SÄMANN et al; 2003). Der Bedarf an Pflanzenschutzmitteln und Dünger ist erheblich, die Belastung des Grund- und Oberflächenwassers mit Nitraten und Phosphaten hoch (ebd.).

Bereits der Sachverständigenrat für Umweltfragen hat zum Thema „Klimaschutz durch Biomasse“ im Juli 2007 darauf verwiesen, dass bei der Nutzung von Biomasse zur Energiegewinnung folgende naturschutzfachlichen Anforderungen eingehalten werden müssen:

- Verzicht auf Umbruch von Dauergrünland
- Verzicht auf Anbau auf Niedermoorböden
- Verzicht auf Anbau in Natura-2000-Gebieten
- Anlage von Pufferzonen zum Schutz von Schutzgebieten

Ein halbes Jahr später (BMELV, Nov. 2002, S. 79) hat der Wissenschaftliche Beirat „Agrarpolitik“ beim Bundeslandwirtschaftsministerium die Bioenergiepolitik der Bundesregierung heftig kritisiert. Die Förderung von Biokraftstoffen und Biogas auf Maisbasis sei „*energetisch und klimapolitisch ineffizient*.“ Die Förderung auf Ackerflächen lasse sich weder aus Gründen der Versorgungssicherheit noch zur Sicherung von Arbeitsplätzen rechtfertigen. Gefördert werden sollten nur solche Energielinien, die nicht in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion stehen und zur Vermeidung von CO₂-Emissionen aus Gülle beitragen.²⁶ Nach Auffassung der Wissenschaftler sollte der Förderungsschwerpunkt zukünftig auf Heizanlagen liegen, die Hackschnitzel verarbeiten, und auf Biogasanlagen, die mit Gülle und Reststoffen betrieben werden. Wichtig sei ebenfalls, dass Bioenergie nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) gewonnen werde.²⁷ Die Beimischungsziele für Biokraftstoffe müssten zurückgenommen werden.

Offiziell hat die Bundesregierung diese Forderungen nicht umgesetzt. Ob die von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel verschobene erhöhte Biosprit-Beimischungspflicht (s.o.) lediglich taktischer Natur war oder aus neuen Erkenntnissen erfolgte, wird die Zukunft zeigen.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat sich vom Leitbild des Energielandwirts noch nicht verabschiedet. Auf der Messe „New Energy“ in Husum im März 2008 wurde immer noch die Broschüre „*Energie einfach ernten*“ vom September 2006 als Beitrag der Landesregierung zur Klima- und Energiepolitik verteilt.

²⁶ Siehe 3.6.3.: „Solarenergie“

²⁷ Nach diesem Prinzip erzeugen die Flensburger Stadtwerke seit Jahrzehnten Strom und Fernwärme.

Zur gleichen Zeit kommt die gleiche Landesregierung zu einer ganz anderen Erkenntnis: „*Brot gehört nicht in den Tank*“ (Ministerpräsident Carstensen, FT vom 3.4.08). Diese Auffassung hat der Ministerpräsident auf dem Lübecker Ethik-Forum untermauert (FT vom 12.6.08). 221 Gramm Mais, die Tagesration für einen Hungernden, liefere 85 Kubikzentimeter Biodiesel, mit dem man ungefähr 900 m mit dem Auto fahren könne: „*Eine Tankfüllung voller Biosprit hat so viel Energie, wie ein Mensch Kalorien im Jahr zum Leben braucht.*“ Dieser Sinneswandel ist erstaunlich, denn diese Erkenntnisse liegen schon lange vor. Entweder war die Landesregierung ahnungslos, oder sie hat trotz vorhandenen Wissens eine falsche Politik eingeleitet, die lediglich den Lobbyisten aus der Landwirtschaft zugute kommen sollte.

Nachdem auf der gleichen Veranstaltung der Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, Dennis J. Snower, vorgetragen hatte, dass die staatliche Förderung für Biokraftstoffe den Hunger in der Welt verstärke, betonte der Ministerpräsident: „*Wir brauchen mehr Sensibilität, mehr Sinn für globale Zusammenhänge und mehr politisches Bewusstsein.*“

Auf einer Podiumsdiskussion in der schleswig-holsteinischen Landesvertretung in Berlin, deren Veranstalter u.a. der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag war, trug Ministerpräsident Peter Harry Carstensen erneut seine Auffassung vor, dass Brot auf den Teller und nicht in den Tank gehöre. Er unterstützte die These des Soziologen Jean Ziegler, ehemaliger UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, der den Anbau von Pflanzen für Biotreibstoffe ein drohendes „Massaker“ an den Menschen in Entwicklungsländern nennt und vor massiven Hungeraufständen warnt. „*Die Biotreibstoff-Fabrikation ist ein Verbrechen gegen die Menschheit.*“ Der Ministerpräsident hält es für „... moralisch verwerflich durch die Vernichtung von Nahrung Biokraftstoffe zu produzieren“ und er hält es für problematisch, dass der Landwirt zum Energieproduzenten gemacht und seine eigentliche Aufgabe, nämlich Nahrungsmittel herzustellen, in den Hintergrund gedrängt werde (FT vom 13.2.09).

Dem massiven Umbruch von Dauergrünland zu Gunsten der Gewinnung von Maisanbauflächen, versucht die Landesregierung mit einer „Dauergrünland-Erhaltungsverordnung“ (LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN, Kiel, Mai 2008) entgegenzutreten. In dieser Verordnung wird festgelegt, dass Bezieher von Direktzahlungen „im Sinne des Artikel 2 Nr. 2 der Verordnung (EG) 796/2004 vom 21. April 2004“ Grünland nicht umbrechen dürfen. Der Umbruch von Dauergrünland kann genehmigt werden, wenn dafür Ausgleich „innerhalb derselben naturräumlichen Haupteinheit“ geschaffen wird. Nach den Vorschriften der Regierung bilden die Hohe Geest und die Vorgeest eine Haupteinheit. In Natura-2000-Gebieten muss der Ausgleich für umgebrochenes Grünland im selben Gebiet erfolgen. Auf Anfrage (Oktober 2008) bei dem zuständigen „Amt für ländliche Räume“ in Flensburg, konnte der Autor keine Antwort erhalten, wo der Ausgleich für die im Natura-2000-Gebiet der Treene umgebrochenen Grünlandflächen erfolgt ist.

Nach der Agrarstatistik für Schleswig-Holstein hat sich die Anbaufläche für Mais seit 2005 um 16 Prozent vergrößert, 2008 sind nochmals 4 Prozent hinzugekommen. Das Dauergrünland hat sich von 350.000 ha 2007 auf 310.000 ha 2008 verringert, ungefähr 11 Prozent Verlust in nur einem Jahr (telefonische Auskunft, 20.10.08). Diese Zahlen werden unterstützt durch die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen Bundestagsfraktion (FT vom 21.11.08). Danach ist in Schleswig-Holstein seit 2003 bundesweit am meisten Grünland umgebrochen worden. Hier nahm die Grünlandfläche um 7,5 Prozent ab, während der Bundesdurchschnitt bei 3,4 Prozent liegt. Der agrarpolitische Sprecher der Grünen im Kieler Landtag, Detlef Matthiesen, forderte Landwirtschaftsminister Christian von Boetticher (CDU) auf, die Grünlandvernichtung zu stoppen.

In der Förderpolitik hat sich noch nichts geändert. Biogasanlagen werden weiterhin geplant, gebaut und bezuschusst. Allerdings gibt es ab dem 1. Januar 2009 (Novellierung des EEG) den „Gülle-Bonus“ von vier Cent pro Kilowattstunde, wenn mindestens 30 Prozent Gülle

vergoren werden. Hinzu kommt ein „Landschaftspflegematerial-Bonus“ von 2 Cent, wenn überwiegend Material aus der Landschaftspflege (Mahdgut, Knickholz) eingesetzt wird.

Sinnvoller als ein Gülle-Bonus wäre ein Erlass, der das Ausbringen unbehandelter Gülle verbietet. Dies wäre nicht nur energetisch sinnvoll, sondern würde auch gleichzeitig dem Klima und der Umwelt nutzen. Falls nachwachsende Rohstoffe der 2. Generation (z.B. schnellwachsende Holzarten) auf Ackerflächen, auf Stilllegungsflächen oder in vorgesehenen Schutzgebieten für die Biogas-Anlagen angebaut werden, sind die Zielkonflikte nicht gelöst.

Die zunehmende Kritik an der Bioenergie-Politik ist nicht folgenlos geblieben. Der Bundesverband Bioenergie befasste sich am 3. September 2008 auf einem Symposium in Kiel mit der Thematik unter der Überschrift: „*Bioenergie: Fluch oder Chance?*“ (FT vom 29. 8. 08).

Für den Vorsitzenden des Verbandes, Helmut Lamp, stand das Ergebnis schon vorher fest: „*Die Landwirtschaft hat Kapazitäten genug, um sowohl Nahrungsmittel als auch Rohstoffe für Bioenergie zu erzeugen*“, stellte er am 28.8.08 fest. Obwohl in Deutschland auf knapp 20 Prozent der Ackerfläche mit steigender Tendenz Rohstoffe angebaut würden, sei die Nahrungsmittelproduktion nicht in Gefahr, da weltweit Millionen von Hektar Brachfläche aktiviert werden könnten. Kritikern der Bioenergie warf er vor, dass sie mit Bildern hungernder Menschen in Afrika Stimmung gegen die Energiegewinnung aus Getreide machen würden.

Von dem Vertreter eines Interessenverbandes war eine solche Stellungnahme, die bewusst die komplexen Zusammenhänge ausblendet und die negativen Folgen der bisherigen Anbaumethoden zur Gewinnung von Bioenergie leugnet, zu erwarten. Unter anderem sind die Verbraucherpreise für Lebensmittel gestiegen, weil durch die erhöhte Nachfrage zur Gewinnung von Bioethanol die Weltmarktvorräte von 120 auf 50 Tage geschrumpft seien, so Siegfried Hofreiter, Vorstandsvorsitzender von KTG Agrar in Hamburg, einem der größten Agrarproduzenten in Europa. Deshalb würden auch bei guten Ernteerträgen die Preise für Agrarprodukte hoch bleiben, weil die Vorräte „*leergefegt*“ seien und erst wieder aufgefüllt werden müssten (FT vom 25.8.08).

Vor dem o.a. Symposium unterstrich der schleswig-holsteinische Landwirtschaftsminister Christian von Boetticher (CDU) noch einmal die Bioenergie-Politik des Landes, weil sie dem ländlichen Raum enorme Entwicklungschancen biete. „*Um die Potenziale auszuschöpfen, brauchen wir Landwirte als Rohstoffproduzenten*“, betonte der Minister. Er räumte allerdings Fehlentwicklungen ein: „*In einer Welle von Euphorie wurde alles gefördert.*“ Dies wolle man jetzt ändern (FT vom 29.8.08).

Diese Änderung wird schon aus rechtlichen Gründen kaum möglich sein. Die Biogas-Anlagen Betreiber schließen mit den Bauern langfristige Verträge, wegen der Einspeisungs- und Preisgarantie meist über 20 Jahre. In diesem Zeitrahmen wird sich am augenblicklichen Landschaftsbild kaum etwas verbessern, eher verschlechtern, weil weitere Biogasanlagen genehmigt bzw. im Bau sind.²⁸ Neue Maissorten sind nach Aussage eines Experten auf eine Fruchtfolge kaum noch angewiesen, wenn die Flächen entsprechend gedüngt werden.

Der Minister hat nicht darauf hingewiesen, dass die Landesregierung mit ihrer Förderpolitik der entscheidende Auslöser dieser Euphorie war. Er hat auch nicht erkennen lassen, wie sich die öffentlich vom Ministerpräsidenten geäußerte Kritik an der eigenen Politik (Brot gehört auf den Teller und nicht in den Tank) auf das politische Handeln auswirken wird. Zu dieser Schaukelpolitik der Landesregierung passt eine Forderung des WBGU (2008, S. 15): „*Um die Bioenergienutzung auf Nachhaltigkeit auszurichten, sind also komplexe politische Gestaltungsaufgaben zu bewältigen, die für eine überwiegend nach dem Ressortprinzip organisierte*

²⁸ Auch die Gemeindevertretung von Eggebek hat auf ihrer Sitzung vom Juli 2008 dem Flughafenbetreiber eine Biogas-Anlage genehmigt.

Politik eine große Herausforderung darstellen: Konkurrierende Ziele müssen national wie weltweit ausbalanciert werden.“

These: *Die bisherige Bioenergiepolitik ist ein Irrweg. Ihre „Erfolge“ sind verbunden mit Naturzerstörung und Verlust an Anbauflächen für dringend benötigte Nahrungsmittel. Wenn die Energiegewinnung aus Biomasse nachhaltig sein soll, müssen bestimmte Kriterien eingehalten werden:*

- *Anbau nur auf Flächen, die bisher nicht für die Nahrungsmittelproduktion genutzt wurden,*
- *Anbau nicht auf Dauergrünlandflächen,*
- *Anbau nur dort, wo keine Brachflächen, die zum Erhalt und zur Regeneration des Naturhaushaltes dringend erforderlich sind, genutzt werden,*
- *Anbau nicht auf Rodungsflächen,*
- *Anbau nicht mit dem Einsatz von Mineraldünger und Pestiziden,*
- *Anbau nur dort, wo die Produkte direkt und effizient (KWK) zur Energiegewinnung genutzt werden (keine weiten Transportwege),*
- *Anbau nur dort, wo die Würde des Menschen (im Gegensatz zu Brasilien) gewahrt bleibt.*

Auch dem Klima ist mit der bisherigen Bioenergiepolitik nicht geholfen. Um CO₂-Freisetzung zu verhindern, gibt es kostengünstigere und wirksamere Methoden. Das britische Beratungsinstitut Policy Exchange stellt fest, dass Staaten, die Biosprit fördern, ihr Geld verschleudern, weil sie den gleichen Effekt 200-mal billiger erreichen könnten (SPIEGEL, 38/08 „Umweltschutz statt Ökosprit“). Es müsse nur die Zerstörung von Wäldern und Mooren verhindert werden. Dafür benötige man keine technischen Entwicklungen und nur sehr wenig Kapital. *„Diese Methode, Treibhausgas zu reduzieren, kostet rund zehn US-Cent pro Tonne Kohlendioxid und ist damit dramatisch kostengünstiger als alle Alternativen,“* schreiben die Autoren. Um die gleiche Menge Kohlendioxid durch Biokraftstoffe einzusparen, müssten 133 Dollar aufgebracht werden. Die Industrieländer stecken rund 15 Milliarden US-Dollar in die Förderung von Biosprit. Wenn dieses Geld in Erforschung, Pflege und Verwaltung von Wäldern und Mooren in Entwicklungsländern investiert würde, würde wesentlich mehr Kohlendioxid aus der Atmosphäre ferngehalten werden. Außerdem brächte der Schutz von Ökosystemen auch Vorteile für den Artenschutz mit sich.

In Schleswig-Holstein gibt es seit November 2008 ein Hochmoor-Förderprogramm, das bereits bei seinem in Kraft treten durch das EEG konterkariert wird.

Auch die Bundesregierung hat mittlerweile Moore als Kohlendioxid-Speicher entdeckt. In Weißrussland sollen 10.000 Hektar trockengelegte Moorflächen wiedervernässt werden, weil beim Austrocknen gewaltige Mengen Kohlendioxid freigesetzt werden. Wachsende Moore entziehen der Atmosphäre dagegen Treibhausgase. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel fördert dieses Vorhaben mit 2,8 Millionen Euro (SPIEGEL, 47/08 „Nützliche Moore“). Wissenschaftler haben errechnet, dass dadurch bis 2011 rund 200.000 Tonnen Kohlendioxid-Emissionen vermieden werden können. Dies entspricht dem Ausstoß von 109.000 deutschen Haushalten, der durch deren Stromverbrauch verursacht wird. Mit derartigen Projekten könnte Deutschland seine Klimaschutzpflichten leichter erfüllen.

Wieweit die Landwirtschaft zur Klimabelastung beiträgt, wird gerne verschwiegen. *„Landwirtschaft ist der blinde Fleck in der Klimaschutzpolitik der Bundesregierung. Von der nationalen Kraftanstrengung, bis 2020 den Ausstoß an Treibhausgasen über Hausdämmung, Energieeinsparung und Spritersatz um 40 Prozent gegenüber 1990 zu vermindern, sind die Bauern weitestgehend ausgenommen. Und das, obwohl die Landwirtschaft mit 133 Millionen CO₂-Äquivalenten fast so viel Treibhausgase ablässt wie der Straßenverkehr (152 Millionen Tonnen)“* (SPIEGEL, 35/08). Ein Mitarbeiter des Bundesumweltministers gibt zu, dass man

die Landwirtschaft aus der Klimaschutzstrategie ausgenommen habe, um die Konfliktherde zu begrenzen. Auch im Umweltgesetzbuch habe sich die Landwirtschafts-Lobby durchgesetzt, weil sie ein Verbot der Trockenlegung von Nassböden verhindert hat.

Die Verbraucherorganisation Foodwatch, die die o.a. Studie in Auftrag gegeben hat, fordert, die EU-Agrarsubventionen abzuschaffen und Emissionssteuern und Umweltabgaben einzuführen, um CO₂ freundliche Produkte zu fördern. Nach Auffassung des Umweltministers sind die 40 Milliarden Euro Agrarsubventionen nur noch dann zu vertreten, wenn dadurch nicht das Klima geschädigt wird. Eine wirksame Reduzierung der Treibhausgase könne aber nur erreicht werden, wenn die Verbraucher ihre Essgewohnheiten ändern würden, z.B. durch weniger Verzehr von Fleisch und Milchprodukten. Dies könne man nur durch drastische Preiserhöhungen bewirken, was den Verbrauchern nicht zumutbar ist.

3.6.3. Solarenergie

Dritter Energieträger auf dem Flugplatzgelände soll die Sonne in Form von Fotovoltaikanlagen sein. Die Solarenergie hat den Vorteil gegenüber den anderen regenerativen Energien, dass sie keinen zusätzlichen Platzbedarf erfordert, keine Emissionen verursacht und geräuschlos arbeitet. Nachteilig ist die ungleichmäßige Verfügbarkeit, der noch zu geringe Wirkungsgrad und die bis jetzt noch nicht ausgereifte Speichertechnologie.

Der Wissenschaftliche Beirat „Agrarpolitik“²⁹ (BMELV, Nov. 2007) weist darauf hin, dass regenerative Energien mehr seien als Bioenergie (Kurzfassung, S. 2). *„Vieles spricht dafür, dass im Spektrum der regenerativen Energien langfristig die Solar- und die Windkraft eine dominierende Rolle einnehmen werden. Das potenzielle Energieangebot aus Sonne und Wind übersteigt den Energiebedarf bei weitem, die Herausforderung besteht darin, einen nachhaltigen Zugang zu diesen Quellen zu erschließen.“* Nach Ansicht des Beirats sind die Potenziale der Bioenergie im Vergleich zur Solarenergie relativ gering. Bei der weltweiten Knappheit von Ackerflächen würden auch die Preise für Bioenergie steigen und das Agrarpreinsniveau nach oben ziehen. Bei der Solarenergie hingegen, würden höhere Energiepreise *„voll rentabilitätswirksam werden“* (ebd.).

Die jährliche Sonnenenergie liefert 1,5 mal 10¹⁵ KWh. Dies entspricht der 15.000-fachen Primärenergienmenge der Menschheit im Jahre 2006.

Fotovoltaikanlagen sind zwar in der Anschaffung teuer, aber ständig sinkende Produktionskosten, verbesserte Leistungsfähigkeit und subventionierte Einspeisevergütungen sorgen für eine Amortisation nach ca. 10 Jahren (Stand 2007). Bei weiter steigenden Preisen für fossile Energieträger, wird dieser Punkt noch früher erreicht (ebd.).

Die in den vergangenen Jahren durch verstärkte Forschung erzielten Leistungsgewinne der Solartechnologie wären schon viel früher möglich gewesen, wenn die Bundesregierungen nicht jahrzehntelang die Atomenergie als Energieträger der Zukunft bevorzugt hätte. Ohne das EEG mit seiner Vergütungs- und Einspeisungsgarantie hätte es den Zuwachs der Sonnenenergie nicht gegeben.

Die Flächenbeanspruchung einer 5 MW-Anlage mit 500 x 500 m (25 ha) scheint auf den ersten Blick sehr groß zu sein, aber die Anlagen können auf bereits versiegelten Flächen (Dächern, Parkplätzen, Fassaden) angebracht werden, so dass keine Neuversiegelung erforderlich ist. Der Flugplatz Eggebek wäre daher ein hervorragend geeigneter Standort für ein Solar-kraftwerk. Eggebek hat auch den Standortvorteil, dass in unmittelbarer Nachbarschaft (FH) bereits seit Jahren die Sonne als Energielieferant nicht nur erforscht, sondern auch erfolgreich genutzt wird.

²⁹ Siehe 3.6.2.: „Biogas“

Im Power-Park des Zentrums für nachhaltige Entwicklung in Glücksburg (bei Flensburg) – Artefakt – werden nicht nur Modelle für die Entwicklungsländer entwickelt, sondern auch Lösungsansätze für die Energieversorgung durch Sonne in Norddeutschland.

An der Fachhochschule und der Universität in Flensburg gibt es Studiengänge für Regenerative Energien. Die Studenten können Praktika bei der Firma „Energie aus Wind und Sonne“ (EWS) im benachbarten Handewitt ableisten oder als Diplomanden einen Arbeitsplatz im stetig wachsenden Betrieb finden. Die Firma entwickelt maßgeschneiderte Modelle für Bauwillige, die von Installateuren errichtet werden, die ihr Wissen bei der Firma erworben haben und auch ständig weitergebildet werden. Hierdurch entstehen in kleinen und mittelständischen Unternehmen die so dringend benötigten Arbeitsplätze.

Die Firma EWS wurde 1985 von Kai Lippert gegründet, der als Pionier der Sonnenenergie in Schleswig-Holstein gilt. Lippert hat auch mit dem Vorurteil aufgeräumt, dass der Süden Deutschlands besser für die Solarenergie geeignet sei als der Norden. Bestimmte Lagen in Schleswig-Holstein erreichen Sonnenwerte wie im Süden, z.B. die Inseln und Küstenlagen. Nicht berücksichtigt wird bei der Sonnenscheindauer, dass die Leistung der Solarmodule durch starke Erwärmung sinkt. Im Norden sorgt der stärkere Wind für Kühlung, so dass eine geringere Einstrahlung kompensiert werden kann. Die Leistungsfähigkeit der Solarmodule hat sich von 2000 bis 2007 um 7 Prozent erhöht, der Preis ist im vergangenen halben Jahr um 15 Prozent gefallen (Interview des Autors mit Kai Lippert am 14.5.07).

Die Investoren auf dem Flugplatz haben sich noch nicht intensiv mit der Solarstrom-Gewinnung auf dem Gelände befasst, obwohl größere Flächen für die Fotovoltaik vorgesehen sind (siehe Foto 21). Die gesetzlich garantierte Einspeisevergütung für 20 Jahre würden eine attraktive Eigenkapitalrendite gewährleisten. Die Hersteller bieten eine Leistungsgarantie von 25 Jahren für eine wartungsfreie Technologie an (FT vom 16.12.08).

Einen großen Aufschwung erwarten die Hersteller und Beratungsfirmen regenerativer Heizungsanlagen durch das „Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz“ (EEWärmeG), das ab 2009 gültig ist. Bauherren sind danach verpflichtet, einen Anteil der Heizungswärme durch erneuerbare Energien zu decken. Der Staat fördert auch die Umrüstung auf Solarwärmanlagen und Holzpelletkessel.

3.7. Realisierung in Tarp

In Tarp gestaltete sich der Konversionsprozess ungleich ruhiger als in Eggebek. Das lag daran, dass die Kasernenanlage mit 41 ha wesentlich kleiner als die Liegenschaften in Eggebek ist, das Gelände direkt am überplanten Ortskern liegt und sowohl im Tarper Gemeinderat als auch im Amtsausschuss des Amtes Oeversee keine kontroversen Vorstellungen über das Vorgehen bei der Bewältigung der Aufgabe bestanden.

Auch im Amt Oeversee gab es den Wunsch, die Sporthallen in der Kaserne weiterhin für die Sportvereine nutzen zu können. Obwohl die Hallen sehr günstig angeboten wurden, schreckten die Interessenten nach Vorlage eines Gutachtens wegen der hohen Sanierungs- und Folgekosten vor einem Kauf zurück (FT vom 7.3.06). Zur gleichen Zeit liefen Bemühungen, die geplante Regionalleitstelle Nord für Rettungsdienst, Feuerwehr und Polizei in der Tarper Kaserne unterzubringen. Obwohl sich Tarp als Konversionsort große Hoffnungen gegenüber den Mitbewerbern (Flensburg, Husum, Harrislee) machte, entschieden die politischen Gremien nach der Empfehlung einer Expertengruppe, die Leitstelle auf dem Gelände der Landesfeuerwehrschule in Harrislee zu errichten. So nachteilig diese Entscheidung zunächst auf die Tarper Gemeindevertreter gewirkt hat, hatte sie den Vorteil, dass weiterhin der Kasernenkomplex als bauliche Einheit vermarktet werden konnte.

Ein Jahr später konnte die Gemeinde den Käufer und Investor sowie die Planungen für das Gelände auf einer sehr gut besuchten Bürgerversammlung vorstellen (FT vom 14.3.07).

Drei Unternehmen, Bauplan Nord aus Flensburg, die Flensburger Energiegesellschaft (ein Tochterunternehmen der Stadtwerke Flensburg) und das Abbruchunternehmen Balzersen, haben als Projektgesellschaft BPN (Bau Plan Nord) Schellenpark GmbH die Friedrich-Wilhelm-Lübcke-Kaserne erworben. Der Name „Schellenpark“ wurde in Anlehnung an eine seltene Kuhschellenart gewählt, die im Tarper Treenetal an wenigen Standorten vorkommt und streng geschützt ist. Ziel ist es, das gesamte Gelände in zehn Jahren zu vermarkten. Der zu erstellende B-Plan sieht vor, parallel zur Bahn 50.000 Quadratmeter Gewerbeflächen und 40.000 Quadratmeter Mischflächen auszuweisen. Hier soll auch die Ansiedlung von Einkaufsmärkten möglich sein. Im Schutze dieses Gebäuderiegels sollen auf 200.000 Quadratmetern Fläche Wohngebietsflächen unterschiedlichen Charakters für 500 Wohneinheiten angeboten werden. Erschlossen wird das Gelände von Süden über die vorhandene Kasernenzufahrt und von Norden mit einer neuen Erschließungsstraße von der Wanderuper Straße aus. Diese neue Verbindungsstraße westlich der Bahn würde auch die Durchgangsstraße „Stapelholmer Weg“ entlasten. Alle vorhandenen Gebäude, egal in welchem baulichen Zustand, werden abgebrochen. Es wird ein völlig neues Straßennetz mit Ver- und Entsorgungsleitungen entstehen. Über ein mit Hackschnitzeln betriebenes Blockheizwerk erfolgt die Wärmeversorgung. Die Hackschnitzel sollen im Energiepark Eggebek vorgetrocknet werden.

Auch für dieses Vorhaben muss von den Zielen der Raumordnung abgewichen werden. Hier hält die Landesplanung aber nicht einmal ein Zielabweichungsverfahren für notwendig, so dass es bei einer einfachen B-Plan-Aufstellung bleiben kann. Allerdings sprengen die Wohneinheiten den vereinbarten Rahmen. Die Gemeinden im sogenannten zweiten Siedlungsring um das Oberzentrum Flensburg gaben ihre Zustimmung mit der Auflage, die Wohneinheiten über einen Zeitraum von 10 Jahren zu verwirklichen. Diese Wohnanlage würde für Tarp einen Einwohnerzuwachs von 1.000 bis 2.000 Personen bedeuten, was nach allen vorliegenden Zahlen der demographischen Entwicklung unwahrscheinlich ist. Da nicht davon auszugehen ist, dass dieser Zuwachs durch Geburtenüberschuss zustande kommt, muss Tarp eine aktive Ansiedlungspolitik betreiben, die nur zu Lasten des Umlandes erfolgreich sein könnte. Die Abteilung Landesplanung beim Innenministerium stellt in einer Prognose³⁰ zur Einwohnerentwicklung für den Landesteil Schleswig fest, dass bis zum Jahre 2020 lediglich Flensburg um 3.160 Einwohner zunehmen werde (+ 3,6 Prozent), während der Landkreis 7.330 Einwohner (- 3,7 Prozent) verlieren werde.

Da viele Gemeinden im Umkreis von Flensburg entgegen der demographischen Entwicklung ihr Entwicklungsheil in der Ausweisung von Einfamilienhausgebieten sehen, ist voraussehbar, dass es zu einer „Kannibalisierung“ der Anbieter kommen wird.

Um ihre Planungen für weitere Wohngebiete zu untermauern, ließ die Gemeinde von Studenten der Universität Flensburg (Geographisches Institut) eine Studie zur demographischen Entwicklung erstellen (BECKER/DAHLEM, 2007). Diese Studie wurde von der Bürgermeisterin und dem neuen Amtsvorsteher mit großem Dank entgegengenommen, bevor der Inhalt bekannt war. Die Autoren haben Ergebnisse der BERTELSMANN STIFTUNG (2006) zu Grunde gelegt und mit Zahlen des starken Bevölkerungsanstiegs in Tarp von 1995 bis 1998 vermischt. Obwohl festgestellt wird, dass nach dem Höchststand von 2003 mit 5.548 Einwohnern die Zahlen deutlich zurückgegangen sind, prognostizieren die Autoren von 2005 bis 2010 einen Zuwachs um 4 Prozent und bis 2020 um 11 Prozent. Eine nachvollziehbare Grundlage für diese Prognose wird nicht geliefert. Es fällt auf, dass in dieser Studie die Konversion mit keinem Wort erwähnt wird. Gerade die Angehörigen der Bundeswehr haben in der Vergangenheit dafür gesorgt, dass der Wegzug von Soldaten durch Versetzungen kompensiert wurde.

³⁰ Die Zahlen wurden auf der 3. Regionalkonferenz Stadt/Umland am 7.2.2008 in Hürup vorgestellt.

Wie berichtet, soll das gesamte Kasernengelände abgeräumt werden, ohne Rücksicht darauf, ob die Baulichkeiten anderweitig genutzt oder umgebaut werden könnten. Auf jeden Fall bedeutet dieses Vorgehen eine gigantische Vernichtung von Volksvermögen und steht im Widerspruch zu den Forderungen nach Nachhaltigkeit. Für dieses Verhalten gibt es mehrere Gründe:

Die Verwertungsgesellschaft für Bundesvermögen (BlmV) will schnell verkaufen. Das Erzielen eines echten Marktpreises ist untergeordnet. Wegen der Lage der Immobilien ist dies auch häufig schwierig. Um komplizierte Kaufverhandlungen zu vermeiden, verzichtet die BlmV auf den Verkauf einzelner Gebäude und versucht statt dessen, den Gesamtkomplex an einen Interessenten zu veräußern. Der Käufer ist mangels Nachfrage in einer guten Position und kann das Areal günstig erwerben. Um schnell und unkompliziert investieren und vermarkten zu können ist eine völlige Neuplanung für den Käufer wirtschaftlicher. Dies ist umso einfacher, wenn es von Seiten der Gemeinde keine Auflagen zum Erhalt einzelner Gebäude oder Naturareale gibt.

Beim Vergleich mit den Vorschlägen, die die Planer im Nachnutzungs- und Entwicklungskonzept gemacht haben, fällt auf, dass das vorgestellte Projekt kaum noch Ähnlichkeit mit den Zielskizzen hat. Diese gingen sehr viel vorsichtiger mit dem Bestand um und waren bemüht, soviel wie möglich der vorhandenen Substanz zu retten und weiter zu entwickeln. Im Nachnutzungskonzept wurde ausdrücklich davor gewarnt, weitere großflächige Einzelhandelsmärkte in Tarp anzusiedeln, weil der Bedarf nicht mehr vorhanden sei. Die Investoren wollen wegen der Rentabilität genau dies. Man darf gespannt sein, wie sich die Gemeinde zu diesen Vorstellungen verhält.

Ein Jahr später ist die Realisierung des Projektes ins Stocken geraten. Ursächlich ist nach Aussagen des Investors die Entscheidung der Gemeinde Tarp, auf dem Kasernengelände keinen weiteren Verbrauchermarkt mehr zuzulassen, obwohl die Gemeinde den Plan, der dies ausdrücklich vorsah, zustimmend zur Kenntnis genommen hatte. Andererseits hat die Gemeinde einem anderen Verbrauchermarkt (ALDI), der bisher seinen Sitz am Mühlenhof hatte, die Verlagerung seines Geschäftes auf eine bisher nicht vom Einzelhandel beanspruchte Abbruchfläche genehmigt. Damit setzt sich die ungeordnete Entwicklung in Tarp fort. Die Gemeinde wird zukünftig über drei nicht zusammenhängende Einkaufszentren für den periodischen Bedarf verfügen, die nicht fußläufig miteinander verbunden sind.



Foto 23: Verlegung der ALDI-Filiale vom Mühlenhof zur Dorfstraße.

Der Investor sieht sich durch diese Entscheidung der Gemeinde Tarp getäuscht, weil er in seiner Konzeptentwicklung auch Einzelhandelsflächen vorgesehen hatte. Unter anderem sollte auf dem Kasernengelände der Versuch unternommen werden, dort eine „Neue Mitte“ für Tarp

zu entwickeln. Um dies zu erreichen, hätten der Mühlenhof und das Kasernengelände durcheinere Fußgängerbrücke oder einen Tunnel verbunden werden müssen Für ein derartiges Vorhaben gibt es keinen Investor. Für die erforderliche Straße durch das neue Baugebiet hatte das Land bereits eine Förderung zugesagt. Aufgrund der Weigerung der Gemeinde Tarp mit dem Investor weiter zu verhandeln, kann das Projekt nicht entwickelt werden, weil es keine Bebauungsplanungen gibt. Rechtsverbindlich ist bisher nur die Abrissgenehmigung, so dass an Stelle der Kaserne eine riesige Brachfläche entstehen wird.

Es gibt auch noch keinen Erschließungsvertrag, weil die Gemeinde hohe Sicherheitsleistungen verlangt, die 90 Prozent der Investitionssumme betragen sollen (FT vom 27.1.09). Der Investor BPN bietet 30 Prozent, weil das Konsortium auf viele Jahre in Vorleistungen gehen müsse, bevor Erträge zu erwirtschaften seien. Der Investor wirft der Gemeinde vor, Vereinbarungen gebrochen zu haben. Das Einkaufsgebiet „Mühlenhof“ werde verändert, neue Baugebiete seien ausgewiesen worden.

Auffällig ist, dass die Gemeinde Tarp von der gleichen Gesellschaft beraten wurde, die den Erschließungsvertrag für den Flugplatz in Eggebek durch maßlose Forderungen fast zum Scheitern gebracht hätte. Es muss auch überprüft werden, ob es nicht für die Durchsetzung von Planungszielen einfacher wäre, wenn die Gemeinden Besitzer der Konversionsflächen werden würden. Eine Fülle von Konflikten ließe sich vermeiden. Erst nach erfolgter Planung und Erschließung sollten Grundstücksverkäufe erfolgen.

Im Rahmen des Nachnutzungs- und Entwicklungskonzeptes war vorgesehen, den Baubestand wegen seiner guten Qualität weitgehend zu erhalten. Allerdings ist im Kaufvertrag mit der BImA festgelegt worden, dass für jedes nicht abgerissene Gebäude Nachzahlungen anfallen. Ein merkwürdiges Verhalten einer Bundesbehörde, die durch derartige Vertragsklauseln nachhaltige Folgenutzungen verhindert. Inzwischen ist der Abbruch in vollem Gange (Stand Juni 2009).



Foto 24: Abbruch der Kasernengebäude in Tarp. Am oberen Bildrand: Trixie Heimtierbedarf, famila und Lidl. Links: Neubaugebiet Kätnerfeld. Bildrand rechts: Einkaufszentrum „Mühlenhof“, oben rechts: Aldi.

Die Erwerber können offensichtlich ein gutes Geschäft machen, weil das Abbruchmaterial gut verkauft werden kann, unter anderem werden damit Zufahrten zu Windkraftanlagen in Nordfriesland befestigt, die wegen des anmoorigen Untergrundes sonst nicht mit schwerem Gerät

erreicht werden könnten. Mit dem anfallenden Baustahl konnten wegen der enormen Nachfrage nach Rohstoffen ebenfalls gute Preise erzielt werden.

3.8. Realisierung Tanklager Tüdal

Eine Umnutzung des Tanklagers in Tüdal, das durch ein Leitungsnetz mit dem Flugplatz verbunden ist, steht in engem Zusammenhang mit der zukünftigen Nutzung des Flugplatzes. Im Nachnutzungskonzept war daran gedacht, in den vorhandenen Tanks Flüssigkeiten zu lagern, die auf dem Flugplatz erzeugt werden sollen. Diese Pläne wurden nicht weiterverfolgt. Mineralstoffhändler, die zwischenzeitlich eine Nutzung des Lagers geprüft hatten, haben die Verhandlungen abgebrochen.

Das Gelände ist weiterhin eingezäunt, wird aber nicht bewacht. Es befindet sich immer noch im Eigentum der BImA. Die vorhandenen Anlagen verfallen, die Leitungen und Tanks korrodieren. Sollte sich keine adäquate Nachnutzung finden, müssten die Anlagen abgebaut, der Zaun beseitigt und das Waldgelände der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden. Die BImA müsste dafür erhebliche Mittel aufwenden.

3.9. Realisierung Munitionsdepot an der Treene

Lediglich für das kleinste Gelände, das 20 Hektar große Munitionsdepot „Objekt 14“, gibt es eine gesicherte Konversion. Die Teilnehmergemeinschaft (Flurbereinigung) „Mittlere Treene“ hat das Grundstück am Treeneufer erworben und will es in einen „Archepark“ umwandeln. Auf dem Gelände stehen Munitionsbunker mit dicken Wänden, die sich nur mit großem technischen Aufwand abtragen ließen. Verhandlungen mit einer dänischen Fabrik für Feuerwerkskörper, die dort ihre Vorräte einlagern wollte, waren gescheitert.

Der Förderverein „Mittlere Treene“ hat von seinem Geschäftsführer Torsten Roos ein ehrgeiziges und umfangreiches Planwerk entwickeln lassen, das auf der Eggebeker Gemeinderatsitzung vom 26.11.08 auch baurechtlich abgesichert wurde.

Auf dem Gelände sollen verschiedene Weideeinheiten geschaffen werden (Rinder, Schafe, Schweine), die Mehrzahl der Bunker zu Fledermausquartieren umfunktioniert werden. Der vorhandene Wald soll durch weitere Gehölzarten wie Eibe, Linde oder seltene Sträucher aufgewertet werden, vom Altholzbestand sollen Fichten und Douglasien sukzessive entfernt werden. Als Sofortmaßnahme ist das Entfernen der massiv vorkommenden Traubenkirsche vorgesehen. Der Feuerlöschteich soll naturnah gestaltet und in einem vorhandenen Gebäude eine Fisch-, Flussmuschel- und Flusskrebszuchtstation eingerichtet werden. Die Landfrauen planen ein Wiederansiedlungsprojekt bedrohter Pflanzenarten.

Der Archepark soll Artenschutz und Umweltbildung verbinden und daher auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Auf einem Naturerlebnis- und Kunstpfad sollen die Besucher die nötigen Informationen erhalten. Einer der Bunker wird für Informationsveranstaltungen umgestaltet.

Im September 2008 wurde im Archepark einer von fünf Eisvogelbrutcontainern aufgestellt (FT vom 18.9.08). Die zwischen Jübek und dem Archepark aufgestellten künstlichen Nisthilfen sollen das Überleben des Eisvogels sichern, der „*Sympathieträger, Augenschmaus und Indikator für Gewässergüte*“ ist, so Thorsten Roos, Geschäftsführer des Vereins und „Vater“ des Archeparks.

Durch das Aufstellen dieser Container, die von dem Flensburger Horst Boedler entwickelt wurden, wird deutlich, dass der Eisvogel in seinem natürlichen Habitat immer weniger Nistmöglichkeiten findet. An den Steilufern der Treene, in die der Eisvogel seine Höhlen graben könnte, kommt es durch Kanufahrer, Reiter und Wanderer immer wieder zu Störungen, so dass die Vögel ihr Brutgeschäft aufgeben. Die Presse und die Öffentlichkeit ist begeistert, wenn bei den Beringungsaktionen von den Bruterfolgen in den künstlichen Nisthilfen berich-

tet wird. Es wird nicht thematisiert, dass der Eisvogel als Wappentier des Vereins „Mittlere Treene“ ohne diese Hilfen keine Überlebenschance hätte, weil es nicht gelingt, wenigstens an einigen Stellen der Treene die nötige Ruhe für das Brutgeschäft dieses fliegenden Edelsteins zu gewährleisten.

4. Analysen, Gutachten, Konzepte, Förderprogramme

Wie bereits erwähnt, hofften die politisch Verantwortlichen, durch Förderprogramme die negativen Folgen des Truppenabbaus abzufedern. Auch die Förderprogramme der Vergangenheit verlangten als Grundlage für die Zusage von Fördergeldern Analysen, Gutachten und Konzepte. Wichtigster Zuschussgeber ist heute die EU, die durch Auflagen, Kontrollen sowie durch ex-ante und ex-post-Evaluierungen die missbräuchliche Verwendung verhindern will

4.1. Strukturanalyse 65 (Hübschmann -Gutachten)

Um Grundlagen für eine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung zu erhalten, beschlossen der Kreis Flensburg und die Stadt Flensburg 1963 eine Strukturuntersuchung in Auftrag zu geben. Der damalige Landrat Lausen betonte immer wieder: *„Wir müssen etwas für die strukturelle Verbesserung unseres Kreises tun... Neben den Maßnahmen, die der Landwirtschaft helfen sollten, und neben den Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs gilt es jetzt, sich auf die Förderung der gewerblichen Wirtschaft zu konzentrieren“* (SCHÜTZ, 1991, S. 238).

Den Auftrag für Strukturanalyse erhielt Dr. Hübschmann aus Hannover, der bereits mehrere derartige Untersuchungen erarbeitet hatte.

Das Gutachten (HÜBSCHMANN, 1966) listete die Strukturschwächen auf und gab u.a. Empfehlungen für eine Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften. Für den „alten“ Landkreis Flensburg schlug er eine Gebietsreform vor. Aus 20 Ämtern, 123 Gemeinden und 3 amtfreien Gemeinden sollten 11 Ämter mit 41 Gemeinden und einer amtfreien Gemeinde werden. Für die Stadt Flensburg schlug er eine großzügige Gebietserweiterung vor, womit die Stadt bei den späteren Verhandlungen zur Kreisneubildung ihre Ansprüche zu Eingemeindungen untermauerte. Er empfahl die Gründung einer gemeinsamen Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die bei der Bewältigung der Strukturprobleme durch Gewerbeansiedlungen, Verbesserung der Agrar- und Infrastruktur usw. helfen sollte.

Der Tourismus sollte durch den Neubau von Hotels gefördert werden, weil die Bettenkapazität bei weitem nicht ausreiche. Die von Hübschmann aufgezeigten Strukturschwächen ziehen sich wie ein roter Faden durch alle weiteren Untersuchungen, obwohl im Bereich „Infrastruktur“ sehr viel geschehen ist (Straßenbau, Autobahnanschluss, Bildungseinrichtungen).

4.2. Vajen Gutachten

Der Beirat für das Regionalprogramm „Landesteil Schleswig“ hat den Leiter des „Hamburgischen Instituts für Arbeitswissenschaft und Organisationsentwicklung“ Holger Vajen mit einer Untersuchung zur „Fortentwicklung der Region Stadt Flensburg/Kreis Schleswig-Flensburg“ (VAJEN, 1993) beauftragt. Das Besondere an dieser Untersuchung war, dass nicht zum wiederholten Male die Stärken und Schwächen einer „peripheren ländlichen Region“ aufgelistet werden sollten, sondern die Klärung folgender Punkte:

- Verbesserungen der regionalen Ziel-Bildungen;
- Verbesserungen der deutsch-dänischen Kooperation;
- Selbstwahrnehmung der Region;
- Verbesserung der Kooperation regionalfördernder Institutionen.

Das bedeutete, dass mit Hilfe des Gutachtens nicht zusätzliche Fördergelder für die Region begründet wurden, sondern dass das Gutachten den politischen und wirtschaftlichen Akteuren zeigen sollte, welche Entwicklungshemmnisse vorhanden sind, die durch Mentalitäts- und Einstellungsänderungen beseitigt werden müssten. Erst dann wären Änderungen in der Verwaltungsstruktur möglich, die einen ganzheitlichen und einheitlichen Entwicklungsansatz für die Region ermöglichen. Auch der Regionsbegriff müsse neu gefasst werden. Um auf europäischer Ebene wahrgenommen zu werden, sollte die Region aus den drei deutschen Gebiets-

körperschaften und dem „Amt Sønderjylland“ bestehen. Seit 1997 ist dies die Euregio Schleswig/Sønderjylland (heute: Schleswig/Syddanmark).

Vajen hat mit dem Abstand des nicht in der Region Tätigen und mit Hilfe vieler Gespräche beiderseits der Grenze vier wesentliche Gründe für ein nicht entwickeltes Regionalbewusstsein herausgestellt:

- die unterschiedlichen kulturellen und wirtschaftlichen Einstellungen in Deutschland und Dänemark;
- die immer noch nicht aufgearbeitete Vergangenheit der kriegerischen Auseinandersetzungen im 19. Jahrhundert und der Abstimmung von 1920;
- die Selbstisolation der Stadt Flensburg aufgrund einer zu hohen Selbsteinschätzung;
- die unzureichende Gebietsreform 1974.

Die Stadt habe damals „... zu Gunsten der Kreisfreiheit ... die Übernahme einer regionalen Verantwortung abgewählt mit entsprechend restriktiven räumlichen Konsequenzen für das Stadtgebiet“ (VAJEN. 1993 I. S. 59). Diese Entscheidung wurde vom Umland als „Ablehnung der Fläche durch die Stadt“ und als „Kirchturmspolitik“ empfunden. Sie wirkt bis heute nach und behindert die notwendige Zusammenarbeit über Kreis- und Gemeindegrenzen (ebd. S. 82).

Die Bürgermeister und leitenden Verwaltungsbeamten der Ämter kritisierten den großen Abstand zwischen Kreis und Gemeinden, der seine Ursache in einer fehlenden Funktionsreform und der Zersplitterung auf 136 Gemeinden habe. Dadurch fehle die „politisch-strategische Kompetenz.“ Die gleichen Bürgermeister, die diesen Zustand beklagten, lehnten auf Nachfrage eine Vergrößerung der Einheiten jedoch ab. Die ehrenamtlichen Bürgermeister sind bei der Zunahme der Komplexität der Verwaltungsdurchführung überfordert, so dass nachvollziehbares Verwaltungshandeln von der Kompetenz der leitenden Verwaltungsbeamten abhängt. Der Abstimmungsaufwand zwischen Amt und Gemeinden blockiert wertvolle Zeit. Die Landesregierungen haben es versäumt, nach der Gebietsreform auch eine Funktionsreform durchzuführen. Erst im Koalitionsvertrag von 2005 wird diese Thematik wieder aufgenommen.³¹

Kritisch haben sich die Bürgermeister zur unzureichenden eigenen Kooperationsleistung geäußert und ihr Verhalten als „Katz-und-Maus-Spiel“ bezeichnet. Es fehlen „... Antworten auf dramatische Änderungsprozesse in der Fläche ...“, für die man neue Konzepte benötigen würde. „Mit der derzeitigen hochzergliederten Struktur fehlen Ebenen, die diesen Prozess vorantreiben oder unterstützen könnten“ (ebd. S. 93).

Vajen fordert von der deutschen Seite:

„Verringerung der Vielfalt von Gemeinden zugunsten einer verbesserten Ämter-Struktur und Schaffung einer neuen Ebene, welche strukturbildenden Charakter hat zwischen Ämtern und Kreis. Aufgabe beider Maßnahmen ist die Schaffung der Möglichkeit, auch von der Gemeinde-Ebene aus, grenzüberschreitende Aktivitäten mitgestalten zu können“ (VAJEN, 1993 II, S. 177). Als Begründung führt er aus, dass es auf der Kreisebene nur eine „eingeschränkte personelle und fachliche Kompetenz“ gäbe, und daher den Entwicklungsthemen der Gemeinden nicht gerecht werden könne. Ebenso erforderlich sei es, neue Kooperationsformen zwischen Stadt und Umland zu erarbeiten, um die Regionalität zu betonen. Förderprogramme können dabei hilfreich sein, reichen aber nicht aus. „Die Fortentwicklung einer regionalen Identität durch Förderprogramme bestimmen zu lassen, bedeutet, die Regional-Identität aufzugeben bzw. sekundär einzustufen ... Kritisch hervorzuheben ist insbesondere die Zuschneidung der Förderprogramme durch die Landesregierung. Die Landesregierung hat ihre eigene Konzeption mit dem Planungsraum V nicht durchgehalten und führt eigene Förderprogramme durch,

³¹ Siehe Kapitel 6.: „Verwaltungsstrukturreform“

welche den Planungsraum durchschneiden: in einen Teil Westküsten-Programm und ein Regionalprogramm Landesteil Schleswig“ (ebd. S. 231).

Aus diesen Erkenntnissen leitet er die Forderung ab, eine neue Organisation für eine erweiterte „Wirtschafts- und Regionalförderung“ zu bilden. Diese „Dienstleistungs-Einrichtung“ müsse über die klassische Wirtschaftsförderung hinausgehen. Sie müsse sich mit Querschnittsaufgaben befassen und komplexere Entwicklungsleistungen erbringen, „... die auf Ressortgrenzen oder politische Komplikationen keine Rücksicht nehmen können“ (ebd. S. 235).

Diese Forderung Vajens könnte nach Auffassung des Verfassers nur dann umgesetzt werden, wenn die Regionalplanung in die Verantwortung der Region gelegt und mit der Wirtschaftsförderung verknüpft wird.

Die Vorschläge des Gutachters sind vor allem von den politischen Akteuren der Region nicht ernst genommen, teilweise bekämpft worden. Das Gutachten ist den Weg vieler Gutachten gegangen: bestellt, gelesen, abgeheftet, vergessen. 15 Jahre später lässt sich feststellen, dass Vajen seiner Zeit voraus war. Politik und Verwaltung reagierten deshalb so empfindlich, weil das Gutachten die herrschende Denkweise zerstörte: Das Einrichten in der Nische „periphere ländliche Region“ mit dem Anspruch auf Daueralimentierung durch immer neue Fördergelder. Es zeigte die endogen verursachten Versäumnisse. Um diese zu beseitigen, wären ein Mentalitätswechsel sowie Mut und Kraft erforderlich gewesen, sich mit den Gegnern jeglicher Veränderungen politisch auseinander zusetzen.

Nach Auffassung des Autors ist das Vajen-Gutachten nach wie vor hochaktuell. Hätten sich die Akteure in den Ämtern Eggebek und Oeversee seinen Inhalt zu Herzen genommen, wäre die Entwicklung anders verlaufen.

4.3. Regionales Entwicklungskonzept für die Region Flensburg/Schleswig

Nach der Gründung der gemeinsamen Wirtschaftsförderungs- und Regionalentwicklungsgesellschaft für die Stadt Flensburg und den Kreis Schleswig-Flensburg 1996 sollte auch ein gemeinsames regionales Entwicklungskonzept (REK) für die Region „WiREG Flensburg/Schleswig“ erarbeitet werden. Das REK wird hier angeführt, weil sich auch die untersuchten Ämter bei ihren Projekten in das erarbeitete Konzept einfügen sollten.

Vorbild für die Regionalen Entwicklungskonzepte war Nordrhein-Westfalen, das im Rahmen der „Zukunftsinitiative für die Regionen in Nordrhein-Westfalen“ die Strukturpolitik regionalisierte und Handlungsempfehlungen für die Erarbeitung dieser Konzepte aufstellte (MWM/NRW/16.10.90).

Regionale Entwicklungskonzepte sollen dazu dienen:

- gemeinsam die spezifischen Stärken und Schwächen der Region zu erfassen;
- die unterschiedlichen strukturpolitischen Handlungsfelder noch enger miteinander zu einer integrierten regionalen Entwicklungspolitik zu verzahnen;
- regional und strukturpolitisch besonders bedeutsame Handlungsfelder und Entwicklungsschwerpunkte herauszustellen;
- strukturpolitische Aktivitäten an sozial- und arbeitsmarktpolitischen Belangen zu orientieren;
- die regionale Zusammenarbeit und Kooperation zu verstetigen;
- eine Plattform für die Diskussion regionaler Zukunftsperspektiven zu bilden;
- eine Grundlage für strukturelevante landespolitische Entscheidungen in den Regionen zu schaffen.

Die herausgearbeiteten unverwechselbaren Standortprofile und Standortqualitäten der Region sollen helfen, die Förderinstrumente effizienter und problemorientierter einzusetzen. Die Entwicklungskonzepte müssen alle Einflussfaktoren der regionalen Entwicklung umfassen.

Dazu gehören alle Daten zur Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur, zum technologischen Entwicklungsstand, zur Infrastruktur und zur ökologischen und sozialen Situation. Nach Erfassung des endogenen Potentials soll ein regionales Leitbild entwickelt werden, dem entsprechende Handlungsfelder mit regionalen Schwerpunkten und Entwicklungsprogrammen zugeordnet werden sollen.

Auch der Entwurf des Landesraumordnungsplans 1995 bezeichnete die Regionalen Entwicklungskonzepte als „... eine geeignete umsetzungsorientierte Ergänzung zu landes- und regionalplanerischen Festlegung(en)...“ (LROPl, Entwurf Neufassung 1995, S.1).

Für die Aufstellung dieses Entwicklungskonzeptes sind Förderrichtlinien der EU und des Bundes mitverantwortlich, weil sich diese an Projekten orientieren, die in Regionalen Entwicklungskonzepten erarbeitet wurden. So heißt es im 25. Rahmenplan der GA-Förderung von 1996 bis 1999: „Anträge, die sich in schlüssige Entwicklungskonzepte einfügen, sollen vorrangig gefördert werden“ (S. 16).

Für das Konzept Flensburg/Schleswig wurden querschnittsorientierte Themenschwerpunkte benannt, mit denen „... die Entwicklungsziele als Arbeitshypothesen formuliert und ihre Realisierungschancen anhand der vorhandenen bzw. nicht vorhandenen aber notwendigen und zu schaffenden Potentiale verifiziert werden (sollen)“ (WiREG, 1997, S. 4).

Als Arbeitsthemen wurden vorgeschlagen:

- Technoland
- Bildungs- und Wissenschaftsland (Brain/Human-Land)
- Urlaubsland
- Ökoland/Agrarland
- Gesundheitsland/Seniorenland.

Das REK soll die in den „Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen“ erkannten Entwicklungspotentiale aufnehmen und in einen größeren Zusammenhang stellen.

Hinter dieser Aussage verbirgt sich die Erkenntnis, dass die von der Landesplanung geforderten Entwicklungsanalysen auf Amtsebene für eine wirkungsvolle und umfassende Regionalentwicklung viel zu kleinräumig angelegt waren.

Die Erarbeitung des REK wurde vom „Beirat für das Regionalprogramm“ begleitet. Um den Sachverstand der Region einzubinden, wurden u.a. Regionalkonferenzen abgehalten, die „... eine angemessene Repräsentanz der ökonomischen, sozialen, arbeitsmarkt- und gleichstellungspolitischen, ökologischen und kulturellen Kompetenzen der Region und der Gremien der kommunalen Gebietskörperschaften unter Einbeziehung des Wirtschaftsministeriums und der Landesplanung darstellen (sollten).“ (WiREG, 1996).

Am 24.10.1996 beschloss der Beirat für das Regionalprogramm die Erarbeitung eines integrierten Entwicklungskonzeptes für 253.000.-DM und beantragte gleichzeitig eine 80-prozentige Förderung aus dem Regionalprogramm. Den Eigenanteil bringen die Gesellschafter der WiREG auf. Am 19.3.1997 wurde das „Institut für ökologische Wirtschaftsforschung gGmbH (IÖW)“ aus Wuppertal mit der Durchführung des Projekts beauftragt. Folgende Schwerpunkte sollten durch das Konzept realisiert werden:

- Stabilisierung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Region durch Einsatz endogener Wachstums- und Entwicklungspotentiale,
- Erhalt und Verbesserung der Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen,
- Nutzung von Synergieeffekten durch Bündelung der Kräfte in Unternehmenskooperationen,
- Stärkung der Eigenverantwortung bezüglich Identität und Image der Region. (IÖW, 1998)

Aufgrund von Potentialanalysen zur Region, den Ergebnissen von Ideenwerkstätten, Gesprächen und Regionalkonferenzen, wurden für die Weiterbehandlung in den Zukunftswerkstätten folgende Themen vorgeschlagen:

- Innovation und Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft
- Brücke des Nordens
- Kultur, Freizeit und Tourismus
- Landwirtschaft, Ernährung und Gesundheit
- Mobilität/Verkehr.

Nach aufwändigen Verfahren wurde das REK 1999 verabschiedet. Es enthielt eine Reihe von Instrumenten für die künftige Regionalarbeit. Hier sollen die erwähnt werden, die auch für das Untersuchungsgebiet wichtig sind:

- Vorbereitung und Durchführung einer Stadt-Umland-Konferenz Flensburg
- Einrichtung eines Forums „Landwirtschaft und Ernährung“
- Steuerung und Koordinierung aller regional bedeutsamen Projekte
- Vereinheitlichung und Abstimmung der Planungen zwischen Stadt und Kreis
- Clusterbildung „Landwirtschaft-Tourismus-Kultur-Verkehr“.

Die endogenen Potentiale der Region, die „Lage im Raum“, die „weichen Standortfaktoren“, der hohe „Freizeitwert“, das „Bildungsangebot“, die „Landwirtschaft“, sind nach Auffassung von IÖW in dieser Kombination und Qualität nur in der Region Flensburg/Schleswig anzutreffen. Daher empfiehlt das Institut das regionale Leitbild:

„Flensburg/Schleswig - die innovative Dienstleistungs- und Freizeitregion im Ostseeraum“.

4.4. Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalysen (LSE)

Im August 1995 erließ die Landesregierung „Richtlinien zur Förderung der Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung in Schleswig-Holstein.“ Sie hatten die Aufgabe, „... *im Rahmen eines integrierten Entwicklungsansatzes die Eigeninitiativen zu unterstützen und unter Berücksichtigung der Ziele und Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung sowie der Belange des Natur- und Umweltschutzes (einschließlich Energie) zur Vitalisierung der ländlichen Räume beizutragen durch*

- *die Erarbeitung örtlicher und ländlicher regionaler Entwicklungsbilder,*
- *die Information, Beratung und Motivation der Bevölkerungsgruppen,*
- *eine differenzierte Ausrichtung auf die regionalen Potenziale, Eigenwerte und Defizite unter Berücksichtigung überörtlicher Verflechtungen,*
- *Bündelung und Konzentration von Fördermöglichkeiten der Europäischen Union, des Bundes, des Landes und der Kommunen,*
- *Schwerpunktmäßige Ausrichtung der planerischen und investiven Förderung auf die Sicherung und Schaffung von landwirtschaftlichen und außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen und der Grundversorgung unter Beachtung von Ansprüchen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen,*
- *Entwicklung regionaler Leitprojekte mit einer überörtlichen bzw. regionalen strukturellen Ausstrahlung“ (MELF, 1995, Zif.1.1).*

Grundlage für die Förderung sollte eine „Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalyse“ (LSE) sein, die in den Ämtern durchgeführt werden sollte und die Verflechtungen mit den Nachbarräumen zu berücksichtigen hat. Dadurch sollte auch die interkommunale Zusammenarbeit gestärkt werden, „... *um angesichts der in Schleswig-Holstein weitgehend unterbliebenen Gemeindegebietsreform trotzdem zu überörtlich sinnvollen Prioritätensetzungen zu kommen“ (ALR, 2004, S. 10).*

Offensichtlich sind diese neuen Richtlinien deshalb erlassen worden, weil die Förderinstrumente und ihre Anwendung nicht die Erwartungen erfüllt haben. „*Die bis dahin überwiegender Förderung von isolierten Einzelprojekten im lokalen Rahmen führte zu einer nicht ausreichenden Stimulierung ländlicher Entwicklung*“. Die LSE sollte Garant dafür sein, dass in Zukunft nur noch „*konsistente Konzepte*“ und „*in sich widerspruchsfreie Maßnahmen*“ gefördert werden, um „*überörtliche Prioritäten*“ zu setzen (ebd. S.1).

In vier Ämtern des Landes wurden Modell-Analysen durchgeführt, eine davon im Amt Eggebek.

4.4.1. LSE Eggebek

Die im Jahr 1995 durch das Amt Eggebek beauftragte LSE sollte „... *Entwicklungsperspektiven für das Amt aufzeigen und strukturstärkende Projekte identifizieren ... Um die Struktur-schwäche ausgewählter ländlicher Regionen wirksam abbauen zu können, muss ein umfassendes Förderinstrument mit konzentriertem Mitteleinsatz angewendet werden*“ (LSE AMT EGGEBEK, 1995). Die LSE wurde von der Zentralstelle für Landeskunde des SHHB und der Gesellschaft Stadt & Land erstellt. Aus einer Bestandsaufnahme und -bewertung wurde ein Stärken-Schwächen-Profil erarbeitet. Daraus entwickelte man – gemeinsam mit projektbegleitenden Arbeitsgruppen – ein Leitbild: „Eggebek 2010“. Nach Auffassung der Gutachter hat das Leitbild „... *nicht nur eine Außenwirkung, sondern auch die Aufgabe, nach innen zu wirken und so etwas wie ein 'Wir-Gefühl' zu erzeugen*“. Als Leitbild wurde präsentiert und mehrheitlich für gut befunden:

Amt Eggebek – zentral im grünen Binnenland

Mit diesem Image sollen die Stärken des Amtes herausgestellt werden: zentrale Lage im Städtedreieck Flensburg-Schleswig-Husum, Lage an der A 7, Nähe zu Nord- und Ostsee und Dänemark, ländlich dörflicher Charakter. Das Leitbild soll die Funktion haben, Denkprozesse anzustoßen, Einwohner einzubinden und zu aktivieren, Wissen zu verbreiten, Konflikte durch Gespräche zu bewältigen und Vertrauen zu gewinnen, sowie eine Regionalentwicklung durch Abgleich der Handlungsmaßnahmen zu steuern.

Die Gutachter schlugen vor, auf Amtsebene eine Regionalberatungsstelle einzurichten, die Entwicklungsaufgaben des Amtes betreut. Dazu gehören u.a.: Kooperationen in der Wirtschaft, Hilfe bei Existenzgründungen, Betreuung von Konversionsprojekten, Entwicklung landwirtschaftlicher Projekte wie Direktvermarktung, Urlaub auf dem Bauernhof sowie energetische Nutzung von Biomasse.

Für die Ansiedlung neuer Betriebe sehen die Planer keine Chancen. „*Das Hoffen auf den großen Investor von außen ist ein unrealistisches Wunschdenken*“. Die regionale Wirtschaftspolitik solle sich daher auf die Bestandsentwicklung und Beratung beschränken. Möglichkeiten werden in der Ansiedlung von Dienstleistern gesehen, die nicht auf Gewerbeflächen angewiesen sind. Für Eggebek wird der Bau eines Dienstleistungszentrums vorgeschlagen, in dem auch Existenzgründer beraten werden sollen.

Weitere Vorschläge der Planer sind: Verstärkte Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte, dezentrale Energiegewinnung mit regenerativen Energieträgern, Bau von Altenwohnanlagen im ländlichen Raum, Regelung der Zielkonflikte zwischen Landwirtschaft und Naturschutz durch Landschaftsplanung, Einrichtung eines Naturerlebnispfades im Jörler Raum und ein Bürgerwindpark.

Einer der umgesetzten Projektvorschläge ist der Naturerlebnispfad, der trotz der Herausgabe eines Faltblattes wenig begangen wird, weil er in einigen Abschnitten nicht besonders attraktiv ist. Völlig isoliert von anderen Zielen liegend, erlangt er keine touristische Bedeutung.

Ebenfalls verwirklicht wurde das für eine weitere Entwicklung des Amtes als wichtig herausgestellte Dienstleistungszentrum in Eggebek.³²

Bei den Gesprächen des Autors in den Amtsgemeinden wurde deutlich, dass die Aussagen der LSE bei den Entscheidungsträgern in den Gemeinderäten kaum bekannt sind. Inzwischen fordert das Land als Voraussetzung für Fördergelder die Gründung von AktivRegionen.³³ Diese umfassen mehrere Ämter und haben somit einen anderen Zuschnitt als die ehemaligen LSE-Gebiete.

4.4.2. LSE Oeversee

Auch das Amt Oeversee hat eine LSE durchgeführt. Da aber Oeversee kein Modellprojekt war und keine Fördergelder erhielt, haben die Amtsgemeinden eine LSE in Eigenregie erstellt. (AMT OEVERSE 1996).

In der Einladung für einen ersten Workshop in der Akademie Sankelmark am 9. August 1996 heißt es: *„Der Amtsausschuss des Amtes Oeversee hat beschlossen, zusammen mit den Akteuren der Region in den verschiedenen Bereichen der kommunalen Daseinsvorsorge selbst Leitbilder für die Zukunft zu suchen und diese dann projektbezogen zu gestalten, anstatt den Weg einer teuren Entwicklungs- und Strukturanalyse durch externe Fachleute zu gehen“*. Es ist nicht schwer, in dieser Einladung einen Seitenhieb gegen das Nachbaramt Eggebek zu sehen, deren LSE ein dreiviertel Jahr vorher von „externen Fachleuten“ erarbeitet wurde.

In diesem ersten Workshop sollte eine Bestandsaufnahme in den Bereichen Wirtschaft, Natur und Umwelt, Bildung und Fortbildung sowie Infrastruktur und Daseinsvorsorge erarbeitet werden.

Der Arbeitskreis Wirtschaft kritisierte, dass Ansiedlungswilligen kein zentraler und kompetenter Ansprechpartner zur Verfügung stehe. Dies zeigt, wie ineffizient die Wirtschaftsförderung des Kreises arbeitete. Bereits 1986 hatten Stadt und Kreis gemeinsam das Technologie- und Gewerbezentrum gegründet, aber erst im April 1996 wurde die gemeinsame Wirtschaftsförderungsgesellschaft WiREG gegründet, die als zentrale Anlaufstelle für alle Fragen der Ansiedlung und Förderung zuständig ist. Als besonders wichtig sieht die Arbeitsgruppe die Ausweisung eines großen Gewerbegebietes an der Autobahnabfahrt an. Bedenken der Naturschützer sollten nicht berücksichtigt werden, da zwischen den vorhandenen Verkehrsachsen ein sinnvoller Naturschutz nicht möglich sei. Es wird herausgestellt, dass hinsichtlich der Ausweisung von Gewerbegebieten die Interessenlage der Gemeinde Tarp und der Umlandgemeinden sehr gegensätzlich sei: *„Die Landesplanung und die derzeitige Förderpraxis zwingen ansiedlungswillige Betriebe in die zentralen Orte und nicht in die Umlandgemeinden zu gehen. Dies führt zu einem weiteren Ausbluten des ländlichen Raumes und zu weiterer Zentralisierung, was letztlich wiederum einen erhöhten Fahrzeugverkehr zur Folge haben wird.“*

Dieses Argument wird bei dem Wunsch nach Ausweisung von Gewerbegebieten in ländlichen Gemeinden immer wieder vorgetragen, ohne dass der Sinn dieser Aussage überprüft wird. Die Auspendlerzahlen der Wohngemeinden sind so groß³⁴, dass jeweils nicht nur große Gewerbegebiete ausgewiesen, sondern auch entsprechende Ansiedlungen folgen müssten. Die Vorstellung, dass dann auch die am Ort Wohnenden im Ort Arbeit finden würden, entspricht weder der Lebenserfahrung noch empirischen Ergebnissen.

³² Siehe Kapitel 4.4.3.: „Planung und Durchführung Dienstleistungszentrum Eggebek“

³³ Siehe Kapitel 7.2.: „AktivRegionen“

³⁴ Siehe Kapitel 1.5.: „Gewerbliche Wirtschaft“: Tabelle „Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte“

Im schulischen Bereich wird das Fehlen eines gymnasialen Angebotes in Tarp kritisiert. Bei der Kinderbetreuung fehlen Krippen- und Hortplätze. Im Bereich Landwirtschaft wird die fehlende Direktvermarktung bedauert. Der Tourismus soll in Richtung „Saisonverlängerung“ weiterentwickelt werden, ohne die Natur zu belasten (Sanfter Tourismus).

In einem zweiten Workshop sollten realisierbare Projekte entwickelt werden, die für die Weiterentwicklung des Amtes Oeversee wichtig sind. An konkreten Maßnahmen wurden die Einrichtung eines gymnasialen Zweigs am Tarper Schulzentrum, eine Umgehungsstraße oder eine Tunnel für Tarp, die Anlage eines Golfplatzes und mehr Gewerbeflächen in den Gemeinden gefordert. Die meisten anderen Vorstellungen blieben unkonkret, so die Forderung nach mehr Arbeitsplätzen in Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus oder die Verbesserung der Reit-, Fahrrad- und Wanderwege. Einige waren sich die Teilnehmer darin, dass das Kirchturmsdenkmal abgeschafft werden müsse, wobei die Beteiligten resignierend feststellten, dass sich dies in konkreten Fällen immer wieder durchsetzen würde.

Eine aus heutiger Sicht merkwürdige Forderung betraf den Verkauf des aus der Knickpflege anfallenden Holzes. Dieser Handel mit Dänemark sollte ausgeweitet werden. Niemand kam auf die Idee, dass man auch in Tarp eine Nahwärmeversorgung aufbauen kann.

4.4.3. Planung und Durchführung Dienstleistungszentrum Eggebek

Keine größere Investition im Untersuchungsgebiet wird ohne Fördergelder durchgeführt. Bei Maßnahmen, die mit Hilfe des Regionalprogramms gefördert werden, muss ein positiver Struktureffekt nachgewiesen werden. Aufgrund der Empfehlungen der LSE Eggebek wurde dieser Struktureffekt im Bau eines Dienstleistungszentrums (DLZ) gesehen, das als Modellprojekt aus Mitteln des Regionalprogramms besonders gefördert werden sollte. Die Ausgangslage für eine Verwirklichung waren gut. Vor allem die ortsansässigen politischen Vertreter drängten die zuständigen Ministerien, dem DLZ eine besondere Bedeutung für die Entwicklung des Amtes einzuräumen, damit die nötigen Fördergelder beantragt werden konnten. Die LEG Schleswig-Holstein (Landesentwicklungsgesellschaft mbH) machte das Angebot, eine *„Machbarkeitsstudie und Realisierungskonzeption für ein Dienstleistungszentrum Eggebek“* zu erstellen, die 102.000 DM kosten sollte. Das Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr stellte in einem Schreiben vom 15. Oktober 1996 an die LEG klar, dass die Studie nicht aus Mitteln des Regionalprogramms gefördert werden könne. Auch *„... handelt es sich bei dem beabsichtigten Büro- und Geschäftshaus primär um ein Projekt, wie es in der Regel privat finanziert werden kann. Eine Förderung derartiger Projekte aus dem Regionalprogramm ist nicht möglich“*.³⁵

Nach Auffassung der LEG sollte das DLZ Büros und Läden, innovative Dienstleistungen mit Gründerzentrum und Telearbeitsbüros, ein „Forum“ als Service- und Kommunikationsraum und öffentliche Dienstleistungen mit Bankfiliale, Amtsverwaltung und Polizeistation enthalten. Die WiREG hatte von vornherein Bedenken gegenüber dem geplanten Projekt, da die Potentiale für eine Nutzung nicht erkennbar seien. Von den befragten Betrieben kamen nur wenige Rückmeldungen, die einen Bedarf für eine derartige Einrichtung bestätigten. Auch die Mehrheit des Gemeinderates sah die Konzeption der LEG sehr kritisch und scheute die Kosten für eine weitere Studie.

In den folgenden Monaten gab es einen regen Schriftverkehr zwischen der LEG, dem Amt, der WiREG und dem Wirtschaftsministerium. Die LEG machte deutlich, dass das DLZ die Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinde durch Neuansiedlung von Betrieben steigern wird, weil zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Sie sah das DLZ als Kompetenzzentrum für unternehmensorientierte Dienstleistungen im ländlichen Raum. Das Wirtschaftsministerium lehnte eine Förderung weiterhin ab. Im Dezember 1996 beauftragte die Gemeinde Eggebek –

³⁵ Die zitierten Schreiben befinden sich in den Akten der WiREG zum DLZ Eggebek.

nicht das Amt – die LEG mit der Machbarkeitsstudie, die am 7. Mai 1997 fertiggestellt wurde. Diese Studie hat das Ministerium für Ländliche Räume bestärkt, das Dienstleistungszentrum zu errichten. Mit Schreiben vom 20.5.97 erhielt das Projekt höchste Priorität.

Das für die Regionalprogramme zuständige Wirtschaftsministerium kommt aufgrund der gleichen Studie zu einem anderen Ergebnis. In einem Schreiben an die Geschäftsstelle des Regionalprogramms vom 19.9.1997 heißt es: *„In meiner fachlichen Vorprüfung vom 6. Juni 1996 hatte ich ausgeführt, dass eine Einstufung als Gewerbe-, Forschungs-, Technologie-, Innovations-, Gründerzentrum o.ä. nicht in Betracht gezogen werden kann. Das vorgelegte Konzept bestätigt diese Aussage“*. Eggebek sei für das vorgesehene Zentrum kein geeigneter Standort, eine Förderfähigkeit nicht gegeben.

Im November änderten sich die Auffassungen erneut. In einer Gesprächsrunde, an der Vertreter der Gemeinde, des Kreises, der LEG und Herr Thoben vom MLR teilnahmen (6.11.1997), berichtete Herr Thoben, dass *„... im MWTV ein Wandel hinsichtlich der Förderung des Projektes eingetreten (sei).“* Das Gründerhaus werde jetzt als „Gewerbehof“ angesehen. In jedem Kreis könne ein solcher Gewerbehof als Modellprojekt gefördert werden. Falls der Gewerbehof nicht durch Mittel des Regionalprogramms bezuschusst werde, werde das MLR einspringen.

Nach dieser Vorentscheidung für das DLZ sprachen sich sowohl der Gemeinderat als auch der Amtsausschuss mit Mehrheit für eine gemeinsame Trägerschaft aus (FT vom 20.11.97).

Die Irritationen über die Verwirklichung des Projekts waren damit nicht beseitigt, weil andere Gemeinden im Kreis, vor allem die Stadt Schleswig, befürchteten, dass weitere Gründerzentren nicht mehr gefördert werden. Auf der Sitzung des Beirates für das Regionalprogramm am 25.5.1998 teilte das MWTV mit, dass die Förderung eines Gründerzentrums im Süden des Kreises weiterhin möglich sei, eine Förderung kleinerer Gewerbehöfe im Kreis jedoch nicht. Das Projekt in Eggebek habe Pilotcharakter. Am 22.9.98 wurde dem Amt Eggebek mitgeteilt, dass die „Interministerielle Arbeitsgruppe“ (IMAG) den Gründeranteil des DLZ in die Gruppe 1a: *„Projekte, die grundsätzlich in die Förderung des Regionalprogramms aufgenommen werden sollen“*, eingestuft hat.

Es dauerte dann noch mehr als ein Jahr, bis der zuständige Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus, Klaus Buß, in Eggebek Förderbescheide in einer Höhe von fast drei Mio. DM übergeben konnte, die aus EU-Mitteln stammten (Gesamtkosten ca. 6 Mio. DM). Buß lobte die Hartnäckigkeit der Initiatoren, die sich gegen die Bedenkensträger durchgesetzt hätten. *„Das Dienstleistungszentrum Eggebek ist eines der innovativsten Projekte, die für die ländlichen Räume Schleswig-Holsteins in den letzten Jahren entwickelt worden sind. Sowohl das Nutzungskonzept als auch die gemeinsame Trägerschaft aller Gemeinden des Amtes und der Raiffeisenbank sind beispielhaft und auf viele andere ländliche Räume übertragbar“* so Minister Buß. *„Mit diesem Projekt werden nicht nur vorhandene Arbeitsplätze gesichert, es werden neue geschaffen. Lebens- und Arbeitsqualität wird gesteigert“* (FT vom 11.12.99). Auch der Kreispräsident übergab einen Zuschussbescheid des Kreises über 402.200 DM für das neue Amtsgebäude und lobte: *„Eggebek plant vorausschauend und wird regionales Leitobjekt“*.

Am 12. Oktober 2001 wurde das Dienstleistungszentrum eingeweiht. Es besteht aus mehreren Baukörpern, die die Amtsverwaltung, die Polizei, einen Kommunikationspunkt, ein Gründerzentrum mit Gewerbehof und Geschäfte aufnehmen sollen.

Heute, sieben Jahre später, lässt sich eine Zwischenbilanz ziehen, ob die hochgespannten Erwartungen erfüllt wurden.

Bei der Verwirklichung des DLZ sind einige Besonderheiten festzustellen. Der größte Teil des Grundstücks, auf dem das DLZ errichtet wurde, gehörte der Familie der Bürgermeisterin

und Amtsvorsteherin. Neben zwei Wohnhäusern befanden sich auf dem Gelände ein abbruchreifer und nicht mehr benötigter Silo, eine ehemalige Tanksäule und ein Schuppen. Abgesehen von der Besprechung am 9.10.1996 wurde die Bürgermeisterin nur einmal auf Antrag eines Gemeinderatsmitglieds wegen Befangenheit ausgeschlossen. Dennoch nahm sie als eine der treibenden Kräfte dieses Projektes an den weiteren Verhandlungen „unbefangen“ teil.

Weil das Ministerium für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus nach Vorlage der LSE in Eggebek ein Vorzeigeprojekt verwirklichen wollte, wurden alle Bedenken, Widerstände und landesplanerischen Grundsätze ignoriert. Das Wirtschaftsministerium hat nie eine nachvollziehbare Erforderlichkeit gesehen. Die für das Kreisgebiet zuständige Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WiREG), in deren Haus ein Technologie- und Gewerbezentrum für Existenzgründer besteht, sah aus den Erfahrungen in diesem Bereich von Beginn an keine Möglichkeit, durch eine derartige Einrichtung die Struktur des Landesteils zu verbessern. Aus Sicht der landesplanerischen Vorgaben hätte, wenn überhaupt, ein DLZ im Unterzentrum Tarp angesiedelt werden müssen. Die Tarper wurden erst sehr spät über den Planungsstand informiert, ihr Widerstand blieb ohne Wirkung. Dieses Verhalten steht in krassstem Widerspruch zu den Forderungen, die an die Erarbeitung einer LSE gestellt werden. Dort heißt es eindeutig, dass die „*Verflechtungen zu den Nachbarräumen*“ zu berücksichtigen sind. Eggebek liegt im Nahbereich des Unterzentrums Tarp. Eine Information des Amtsausschusses oder der Gemeinde hatte es während des langen Planungsvorgangs nicht gegeben.

So entwickelte sich das DLZ zu einem Prestigeobjekt des Landwirtschaftsministeriums und der LEG. Vor allem der Referent für Dorf- und ländliche Regionalentwicklung, Thoben, stellte immer wieder die Bedeutung derartiger Gründerzentren für den ländlichen Raum heraus. In einem Interview vom März 1998 (Leo's Interview) erklärte er: „*Aus unserer Sicht kommt es darauf an, Arbeitsplätze zu sichern, und gegebenenfalls neue zu schaffen. Wir möchten die Grundversorgung und damit die Lebensqualität der dort wohnenden Menschen nachhaltig verbessern*“. Eine „Grundversorgung“ findet im DLZ jedoch nicht statt.

Kreispolitiker, die anfangs noch Widerstand leisteten, weil sie in ihren Gemeinden etwas ähnliches verwirklichen wollten, kamen mit der eigenen Planung nicht weiter. Sie gaben ihren Widerstand auf, um EU-Fördergelder, die sonst verfallen bzw. in andere Landesteile vergeben worden wären, im Kreis zu halten. Der Kreistag förderte mit eigenen Geldern das Projekt, weil das Amt Eggebek ein großzügiges und modernes Amtsgebäude erhalten würde.

Die Verwirklichung des DLZ stellte sich bei einer wichtigen Entscheidung für die Ämter Eggebek und Oeversee als größtes Hindernis heraus. Als die Beratungen für eine Fusion der Ämter schon weit fortgeschritten waren, wurde die Frage über den Sitz der zukünftigen Amtsverwaltung der zentrale Streitpunkt. Die Vertreter Eggebeks führten immer wieder an, dass ihr neues und großzügig ausgebautes Amtsgebäude dem in Tarp überlegen sei. Während in Tarp neu geplant und gebaut bzw. umgebaut werden müsse, könne die neue Amtsverwaltung sofort in Eggebek ausreichende Räumlichkeiten beziehen. Für den Außenstehenden ist nicht nachvollziehbar, wie an derartigen „Kleinigkeiten“ eine zukunftssträchtige Verwaltungsstruktur scheitern konnte³⁶

Das DLZ hat keines seiner Ziele erreicht. In der ALR-Broschüre (2004) wird das DLZ Eggebek nur noch verhalten gelobt. Unter dem Stichwort: „Stabilisierte Arbeitsplätze“ heißt es, dass man bei Amtsverwaltung und Polizei von Stabilisierung nicht sprechen könne. 15 – 20 neue Arbeitsplätze sind in den Geschäften, einer Motorikpraxis und im Gewerbe- und Gründerhof entstanden.

³⁶ Siehe 6.6. „Missglückte Ämterfusion“

Das DLZ ist ein „Musterbeispiel“ für die falsche Verwendung von Fördergeldern. Weder Verwaltung, Polizei, Büros noch Geschäfte haben einen positiven Struktureffekt. Sie waren bereits vorher am Ort. Ein Neubau hätte mit normalen Haushaltsmitteln des Landes, des Kreises und der Gemeinden bzw. mit privatem Kapital errichtet werden müssen. Von einem „Gewerbe- und Gründerhof“ kann selbst bei großzügiger Auslegung des Begriffs nicht die Rede sein. In dem kleinsten Baukörper der Anlage sind das Hofkontor, eine Beratungsfirma für landwirtschaftliche Betriebe (5 Beschäftigte) und ein Ingenieurbüro für Bau- und Tragwerksplanung (2 Selbständige) untergebracht. Diese Büros hätten auch an anderer Stelle eingerichtet werden können. Eine Zusammenarbeit im Bereich „Dienstleistungen“ (Bürotechnik oder ähnliches) untereinander oder mit der Verwaltung findet nicht statt. In den anderen Gebäuden befinden sich die Amtsverwaltung, die Polizeistation und der Förderverein „Mittlere Treene“. Ein weiterer öffentlicher Dienstleister ist das für die Ämter Oeversee, Silberstedt und Eggebek zuständige Sozialzentrum, das wegen des großen Raumangebots angesiedelt wurde, weil private Gründer und Dienstleister ausblieben. In den anderen Gebäuden sind Geschäfte angesiedelt.



Foto 25: Dienstleistungszentrum Eggebek. Im Vordergrund die Amtsverwaltung und die Polizeidienststelle, im linken Seitenflügel der sog. „Gewerbe- und Gründerhof“. In den anderen Gebäuden befinden sich Geschäfte und Büros.

Die Befürchtungen der „Bedenkenträger“ sind leider eingetroffen. Dienstleistungen im Städtedreieck Flensburg – Husum – Schleswig werden weniger in der Mitte dieses Dreieckes nachgefragt, sondern vor allem in den Eckpunkten. Trotz dieser Erkenntnis hat man das DLZ in Eggebek durchgedrückt, ein weiteres Beispiel für das Versagen von Landesplanung und Regionalpolitik. Mit mehreren Millionen Fördergeldern ist ein architektonisch und städtebaulich ansprechender Gebäudekomplex entstanden, der mit den Begründungen für die Förderung nichts zu tun hat.

2003 hat der Landesrechnungshof die Technologie- und Gewerbezentren überprüft. In der Kritik standen die Dimensionierung, die Auslastung und die Struktur der Mieter, die nicht immer der Zweckbestimmung entsprach. *„Aus den eher zurückhaltenden Einschätzungen diverser Machbarkeitsstudien hätte schon frühzeitig abgeleitet werden können, dass die an die Förderungen geknüpften Erwartungen nicht zu erfüllen sein würden.“* Auch habe das Kie-ler Wirtschaftsministerium *„...nicht in der gebotenen Art und Weise kontrolliert“*, ob Förderzwecke und Konzeptionen der Zentren eingehalten worden seien (LRH, zitiert nach FT vom 5.3.03). Das DLZ Eggebek wurde nicht überprüft, weil es kein Technologiezentrum ist. Die Kritik des LRH ist in allen Punkten übertragbar und zutreffend.

These:

Das DLZ Eggebek wurde errichtet:

- *Weil dem Modellvorhaben LSE auch ein Modellprojekt folgen sollte.*
- *Weil auf einem geeigneten Grundstück nicht mehr benötigte Baukörper standen.*
- *Weil die Besitzerin des Grundstückes (Bürgermeisterin und Amtsvorsteherin) zu den treibenden Kräften des Vorhabens gehörte.*
- *Weil es der Landtagsabgeordneten und Gemeinderätin aus Eggebek gelang, bei den beiden anderen MdL, die nicht ihrer Partei angehörten, Unterstützung zu finden.*
- *Weil das für das Regionalprogramm zuständige Wirtschaftsministerium nicht genug Rückgrat besaß, seine ablehnende Haltung gegenüber dem Dauerdruck aus dem Landwirtschaftsministerium, der Gemeinde und der Politik durchzuhalten.*
- *Weil das Innenministerium seine durch das „Zentralörtliche System“ festgelegten Grundsätze nicht beachtete.*

4.5. Aufgabe von Förderprogrammen

Die Räume der Bundesrepublik Deutschland haben sich aufgrund ihrer Lage, ihres endogenen Potentials, ihrer Geschichte und politischer Entscheidungen unterschiedlich entwickelt. Alle Förderprogramme der Bundesrepublik hatten und haben zum Ziel, die Unterschiede abzubauen, um den Menschen annähernd ähnliche Lebensbedingungen zu bieten. Außerdem sollen die negativen Folgen struktureller Veränderungen abgefedert werden.

Grundlage einer gezielten Regionalpolitik bietet der Artikel 72 des Grundgesetzes. Unter der Überschrift „Konkurrierende Gesetzgebung des Bundes“ kann man sich zunächst nicht vorstellen, was dies mit Förderpolitik zu tun hat. In Abs. 2 heißt es dazu: *„Der Bund hat in diesem Bereiche das Gesetzgebungsrecht, soweit ein Bedürfnis nach bundesgesetzlicher Regelung besteht, weil ... (Satz 3) die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit, insbesondere die Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse über das Gebiet eines Landes hinaus sie erfordert.“* Fälschlicherweise wurde im allgemeinen Sprachgebrauch aus der „Einheitlichkeit“ die „Gleichheit“, die es nicht geben konnte, die aber auch nicht wünschenswert wäre.

1994 wurde die „Bedürfnisklausel“ gestrichen und aus der *„Herstellung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“* wurde die *„Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse.“*

Das Bundesverfassungsgericht hat durch seine Rechtsprechung die bundesgesetzliche Regelung sehr restriktiv interpretiert. Danach ist der Bund erst dann zuständig, wenn sich *„... die Lebensverhältnisse in den Ländern der Bundesrepublik in erheblicher, das bundesstaatliche Sozialgefüge beeinträchtigender Weise auseinanderentwickelt haben oder sich eine derartige Entwicklung konkret abzeichnet.“* Damit werden die Regierungen nicht qua Grundgesetz verpflichtet, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen, sondern lediglich dazu, krasse Unterschiede zu verhindern (BACHMAIER/KRÖNING/STÜNKER, 2004, S. 4).

Der Artikel 72, Absatz 2 des Grundgesetzes war bis zur Jahrtausendwende für die Raumplanung als politische Anweisung verstanden worden, *„zurückgebliebene Regionen“* so zu entwickeln, dass diese zu den *„fortgeschrittenen“* aufschließen, am *„Prozess der Modernisierung“* teilhaben und insbesondere von den Gütern und Verwirklichungschancen der Moderne ebenso profitieren wie jene Gebiete, welche die Spitze der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung bilden (SEN, 2000).

Die Lebensverhältnisse in benachteiligten Gebieten sollten durch entsprechende Fördermaßnahmen an die in den bevorzugten Regionen angeglichen werden. Dies hätte bedeutet, dass überall, in München, Chemnitz, am Bodensee, in Nordfriesland oder in der Uckermark die gleiche Infrastruktur an Bildungseinrichtungen, Krankenhäusern und Freizeiteinrichtungen, aber auch an Arbeitsplätzen vorhanden sein müsste, um den dort Wohnenden gleiche Lebensverhältnisse zu bieten (DIETRICH, 2000).

Spätestens nach der Wiedervereinigung muss jedem klar geworden sein, dass die Verwirklichung dieses Postulats weder erreichbar noch finanzierbar ist. Aber die Überzeugung, dass mit dem richtigen Programm und dem nötigen Geld alles machbar sei, hatte sich verselbstständigt und wurde politisch nicht hinterfragt, weil man sonst den Bürgern die Wahrheit hätte sagen müssen, was gleichzeitig das Eingeständnis der eigenen Machtlosigkeit bedeutet hätte. Das Versprechen des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl, in wenigen Jahren die verwüsteten und heruntergekommenen Industriegebiete der ehemaligen DDR in „blühende Landschaften“ zu verwandeln, hat in diesem Glauben seinen Ursprung.

Der Begriff „Gleichwertigkeit“ ist von seinem Inhalt her nicht mit „Gleichheit“ zu verwechseln. Gleichheit lässt sich mit Hilfe verschiedener Indikatoren messen. Gleichwertigkeit bezieht auch subjektive Kriterien mit ein. Ein Einfamilienhaus mit großem Grundstück, eine intakte Landschaft, ein vertrautes Umfeld, der Freundeskreis und die Familie können für den Einzelnen eine größere Wertigkeit besitzen als der Zugang zu den Zerstreuungsmöglichkeiten einer Großstadt oder ein besser dotierter Arbeitsplatz.

Bei Politikern und Regionalplanern ist noch immer der Glaube vorhanden, dass Gleichwertigkeit praktisch umsetzbar sei. Auch der Bundespräsident Horst Köhler bekam dies zu spüren, als er für seine Meinung heftig kritisiert wurde, die er kurz nach seinem Amtsantritt in einem Focus-Interview (FOCUS, Nr.38/2004) äußerte: *„Es gibt nun einmal überall in der Republik große Unterschiede in den Lebensverhältnissen. Das geht von Nord nach Süd wie von West nach Ost. Wer sie einebnen will, zementiert den Subventionsstaat ... Wir müssen weg vom Subventionsstaat“*.

Köhler hat mit diesen knappen Ausführungen wiedergegeben, was für jedermann sichtbar ist: Die Lebensverhältnisse in den peripheren ländlichen Räumen, vor allem Ostdeutschlands, haben sich trotz gigantischer Fördergelder von denen der boomenden süddeutschen Regionen immer weiter entfernt (BARLÖSIUS, 2006). Trotz dieser Erkenntnisse ist der Bundespräsident auf heftigen Widerspruch gestoßen, offensichtlich auch deshalb, weil es bisher noch nicht gelungen ist, an die Stelle von „Gleichwertigkeit“ ein neues Ziel zu setzen.

In der Schriftenreihe „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (DAS PARLAMENT, 2006) vom 22. Mai 2006, die sich mit dem Thema „Kommunen im Wandel“ befasst, wird vor allem auf die Folgen, die sich durch den demographischen Wandel auf die Lebensverhältnisse ergeben, hingewiesen. SARCINELLI und STOPPER fragen in ihrem Beitrag, *„... ob das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse bei regional sehr unterschiedlich verlaufenden Bevölkerungsentwicklungen noch handlungsleitend sein kann“* (ebd. S. 9), und die Journalistin Cordula Tutt stellte fest, dass der *„... Auftrag des Grundgesetzes, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen, ... schon jetzt überholt (sei). Das Schrumpfen (der Bevölkerung) erledigt diesen Auftrag vollends“* (TUTT, 2006, S. 21).

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat zu diesen neuen Zielen am 1.9.2005 ein Diskussionspapier mit dem Titel: „Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland“ herausgegeben. In diesem Papier geht es um die *„Neuinterpretation des Gleichwertigkeitspostulats“*, die Gleichwertigkeit weder als Gleichheit noch als Einebnung aller Unterschiede sieht und berücksichtigt, dass das *„... Gleichwertigkeitsziel ... sich auch nicht auf alle Lebensbereiche...“* bezieht (BMVBW, 2005, S. 17).

Die Leitbilder berücksichtigen auch die Veränderungen in der Raumordnung, die durch die Globalisierung, den demographischen Wandel und die Nachhaltigkeitsdebatte ausgelöst wurden: *„Leitvorstellung der Raumordnung von Bund und Ländern ist eine nachhaltige Raumentwicklung, welche die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt und zu einer dauerhaften, großräumig ausgewogenen Ordnung im Sinne des Ziels gleichwertiger Lebensverhältnisse führt“* (ebd. S. 15). Auch in dieser Leitvorstellung wird der Begriff „Gleichwertigkeit“ deutlich relativiert.

These:

Das Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen zu wollen, konnte trotz gegenteiliger Erkenntnisse nur deshalb so lange als Postulat aufrechterhalten werden, weil zu viele davon profitierten:

- *Wissenschaftler und Planungsbüros, die aus allen Regionen der Republik Untersuchungsaufträge für Strukturanalysen und Entwicklungskonzepte erhielten.*
- *Kommunal- und Regionalpolitiker, die durch diese Gutachten die Rückständigkeit ihrer Region beweisen konnten. Die Forderung nach Förderung bewies politische Handlungsfähigkeit und wurde als Wahlversprechen eingesetzt.*
- *Landespolitiker, die auf Bundes- und europäischer Ebene Fördertöpfe anzapfen konnten.*
- *Die Bevölkerung, die manches Geschenk erhielt, für dessen Kosten sie nicht aufkommen musste.*

4.6. Forderung der Nachhaltigkeit

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ stammt ursprünglich aus der Forstwirtschaft und bedeutet, dass man einem Wald nur so viel Holz entnimmt, wie nachgewachsen ist.

Die Brundtland-Kommission (Gro Harlem Brundtland, ehemalige Norwegische Ministerpräsidentin, hatte den Vorsitz der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung) hat 1987 den Begriff „*sustainable development*“ eingeführt. Er stellt eine Kompromissformel dar, um die unüberwindbaren Gegensätze von Umweltschutz und Wirtschaftswachstum in Einklang zu bringen.

Auf dem sog. Erdgipfel (UNCED) von Rio de Janeiro 1992 wurde Nachhaltigkeit bzw. nachhaltige Entwicklung als Leitprinzip der Staatengemeinschaft anerkannt. Auf der örtlichen Ebene ist der Begriff durch die Lokale Agenda 21-Bewegung bekannt geworden. Im Untersuchungsgebiet gibt es in keiner Gemeinde einen Beschluss, die Agenda 21 zum Entwicklungsziel zu erklären. Nur die Naturschutzvereine an der Treene verpflichteten sich, ihr Handeln an der Agenda 21 auszurichten.

Zwei Schlüsselbegriffe sind für die Umsetzung und das richtige Verständnis von nachhaltiger Entwicklung und Nachhaltigkeit von zentraler Bedeutung:

„Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, welche die eigenen Bedürfnisse befriedigt, ohne die Möglichkeit zukünftiger Generationen zu gefährden, ihre Bedürfnisse zu befriedigen“ (Weltkommission für Umwelt und Entwicklung 1987, zitiert nach BUNDESREGIERUNG 2002, S. 9).

Von zentraler Bedeutung ist das Konzept, die überlebensnotwendigen Bedürfnisse der Armen der Welt, denen eine vorrangige Dringlichkeit eingeräumt werden sollte, zu befriedigen. *„Die Idee von Begrenzungen, die vom Stand der Technik und der gesellschaftlichen Organisation der Fähigkeit der Umwelt auferlegt werden, gegenwärtige und zukünftige Bedürfnisse zu befriedigen“* (STAPPEN, 2008, S. 19).

Heute spricht man vom sog. „Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit.“ Danach müssen ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeitskriterien gleichwertig erfüllt werden, um den Ansprüchen der Agenda 21 gerecht zu werden. FREY (2002, S.9) ergänzte den Begriff: *„Wirtschaftliche Nachhaltigkeit bedeutet Wettbewerbsfähigkeit, ökologische Nachhaltigkeit Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz sowie Ressourcenschonung, soziale Nachhaltigkeit Ausgleich im Sinne des Abbaus von personellen, regionalen und sektoralen Disparitäten sowie gesellschaftliche Kohäsion.“*

Auch Bund und Länder haben eine nachhaltige Raumentwicklung als Leitvorstellung festgelegt (Ministerkonferenz für Raumordnung vom 3. Dezember 2001). Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBS) hat diese Forderung in o.a. Diskussionspapier „Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland“ (2005, S. 3) präzisiert: *„Nachhaltige Raumentwicklung bedeutet demnach vor allem die Sicherung der vielfältigen Raumfunktionen durch aktives Management räumlicher Ressourcen und Raumnutzungen im Spannungsfeld zunehmender Nutzungskonflikte in vielen Regionen. ... Abstimmung und Koordination der verschiedenen raumbedeutsamen Planungen ist zu stärken, um die unterschiedlichen, wachsenden Nutzungsansprüche, Entwicklungspotenziale und Schutzinteressen an den Raum miteinander in Einklang zu bringen. ... Angesichts der Veränderungen im ökonomischen, ökologischen und sozialen Bereich werden ... neue Instrumente und Verfahren zur Steuerung der Raumentwicklung an Bedeutung gewinnen.“* Um dies zu erreichen, muss die interkommunale Zusammenarbeit durch Netzwerke und raumordnerische Verträge verstärkt werden.

Wie aus dem Titel der Arbeit hervorgeht, sollen Pläne, Konzepte und Programme auf ihre Nachhaltigkeit untersucht werden. Dabei geht es in erster Linie um die Programme, die seit Gültigkeit des Regionalprogramms 1990 wirksam geworden sind und um die Programme, die Auswirkungen auf die Bewältigung des Truppenabbaues (Konversionsprogramme) und die Veränderungen im ländlichen Raum haben.

Kein Programm hat für den Untersuchungsraum – und weit darüber hinaus – in der Vergangenheit so eine große Bedeutung gehabt, wie das Programm Nord. Dieses Programm hat die Vorstellungen verfestigt, dass mit dem nötigen Geld und mit guten Ideen alles machbar ist. Daher wird dieses Programm, das bis heute an seinen raumwirksamen Auswirkungen ablesbar ist, in die Untersuchungen einbezogen.

4.7. Das Programm Nord

„Nach 1945 konnte man bei einem Flug von Sylt nach Flensburg die deutsch-dänische Grenze erkennen, ohne dass es einer besonderen Markierung bedurft hätte. Auf dänischer Seite erblickte man zahlreiche neue Kolonistenhäuser, ein Netz gut ausgebauter Straßen, lange Windschutzhecken und gut bestelltes Acker- und Weideland. Südlich der Grenze dagegen schien die Zeit stehen geblieben zu sein. Abseits der Hauptverbindungsstraßen sah man nur Feld- und Heidewege; reetgedeckte alte Hof- und Wirtschaftsgebäude standen – besonders im Raum der Geest – in einer einzigen baumlosen Flur. Mäandrierende kleine Auen schlängelten sich durch die Reste alter Heide- und Mooregebiete.“

So schildert Karl Weigand (WEIGAND, 1970, S. 17) die unterschiedliche landschaftliche und landwirtschaftliche Situation beiderseits der 1920 neu gezogenen Grenze.³⁷ Die Gründe für die unterschiedliche Entwicklung eines einst zusammengehörigen Siedlungs- und Wirtschaftsraumes liegen in der Inwertsetzung durch die jeweiligen Regierungen. Der dänische Staat wollte demonstrieren, wie man in kurzer Zeit durch gezielte Investitionen und Entwicklungsmaßnahmen das gewonnene Nordschleswig in das hochentwickelte agrarische Wirtschaftsgefüge des Gesamtstaates einfügen kann. Außerdem wollte er den Grenzraum zu einem Schaufenster nach Süden gestalten, um der dort lebenden Bevölkerung zu zeigen, wie es ihr bei einem anderen Abstimmungsverhalten ergangen wäre. Die umfassenden Infrastrukturmaßnahmen (Straßen-, Wasser- und Siedlungsbau) führten zu einer erheblichen Zunahme

³⁷ Im „Versailler Vertrag“ hatte die dänische Regierung mit Hilfe der Alliierten durchgesetzt, dass im Landesteil Schleswig eine Volksabstimmung durchgeführt wurde. Die Bevölkerung zwischen Flensburger Förde im Süden und der Königsau im Norden stimmte mehrheitlich für die Zugehörigkeit zu Dänemark. Damit erreichte Dänemark eine Teilrevision des Landverlustes aufgrund des 1864 verlorenen Krieges gegen Österreich und Preußen.

der Bevölkerung in den Dörfern (FRÖBE, 1962). Das wirtschaftliche und strukturelle Gefälle zwischen Nordschleswig und der deutschen Grenzregion war daher besonders groß. Wegen der extremen Randlage hatte diese Region höchstens als „*Raumreserve*“ Bedeutung, die wegen Geldmangels – u.a. wegen der enormen Reparationsleistungen aufgrund des verlorenen Weltkrieges – nicht erschlossen wurde (FRAMKE, 1968, S. 58).

Die Versäumnisse der Vergangenheit machten sich nach dem 2. Weltkrieg besonders bemerkbar. Hunderttausende Evakuierte, Ausgebombte, Flüchtlinge und Heimatvertriebene strömten seit 1944 nach Schleswig-Holstein. Die meisten kamen über die Ostsee und wurden von den Häfen über das Land verteilt. Überall entstanden Flüchtlingslager, so auch auf dem Flugplatzgelände in Eggebek.

Die Landwirtschaft war nicht in der Lage, diese Bevölkerung auch nur annähernd zu versorgen. Für die landlosen Bauern aus dem Osten gab es allenfalls Beschäftigung als Tagelöhner, weil Neusiedlerstellen fehlten. Dieses schlecht erschlossene Agrarland an der Peripherie des Landes hatte auch mit natürlichen Problemen zu kämpfen. Da die Wasserscheide weit im Osten liegt, kam es bei längerer Westwindlage und nach starken Niederschlägen im Unterlauf der in die Nordsee mündenden Vorfluter zu großen Überschwemmungen, so dass das fruchtbare Marschland nicht optimal genutzt werden konnte (Wasserhypothek). Der Mensch verschärfte dieses Problem durch die Eindeichung neuer Köge, weil dadurch die Erosionsbasis weiter nach Westen verschoben wurde und das Gefälle im Unterlauf abnahm, während gleichzeitig die zu entsorgende Fläche zunahm.

Weite Gebiete, die im Rahmen der Moor- und Heidekolonisation unter den Pflug genommen wurden, waren wegen mangelnder Windschutzanlagen den kräftigen Westwinden schutzlos ausgeliefert, so dass es zu Deflation und Dünenbildung kam.

Auf den leistungsschwachen Böden der Geest war der Ortstein ein weiteres „*bodengebundenes Problem*“ (WIEBE, 1979, S. 7). In sehr feuchten oder trockenen Jahren kommt es zu großen Ernteeinbußen, weil sich das Oberflächenwasser staut bzw. wegen der geringen Wassermenge zwischen Bodenkrume und Ortstein Trockenschäden („Brennerböden“) auftreten.

Die infrastrukturelle Ausstattung war weit unter dem Landesdurchschnitt. Einige Dörfer hatten 1945 noch keinen Stromanschluss. Die meisten Wirtschaftswege waren unbefestigt und nach Regenfällen nicht befahrbar. Zentrale Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung gab es nur in den Städten.

Landes- und Bundesregierung einigten sich auf ein „Wirtschaftliches Sanierungsprogramm für das Land Schleswig-Holstein“, das am 24.2.1953 als Programm Nord in Kraft trat. Im Beschluss heißt es: „*Die Erschließung der notleidenden Gebiete des Landesteiles Schleswig ist eine im Interesse der Landeskultur vordringliche Aufgabe. Zur Lösung ist ein sogenanntes ‚Programm Nord‘ ausgearbeitet worden.*“

Um Strukturverbesserungen und die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe zu erreichen, wurden folgende Maßnahmen eingeleitet:

- Flurbereinigung
- Verbesserung der Verkehrsverhältnisse
- Regelung der Binnenwasserwirtschaft
- Ausbau der Wasserversorgung
- schadlose Abwasserbeseitigung
- Aufforstung
- Gewerbeförderung.

Ein Jahr nach der Gründung trat der Kreis Flensburg der „Erschließungs GmbH Programm Nord“ bei. Landrat Dr. Schlegelberger begründete den Antrag u.a.: „*Dieses Programm, das*

durch Schaffung der bodenmäßigen, betriebs- und volkswirtschaftlichen Voraussetzungen ein Gebiet, das mit rund 650 000 ha fast die Hälfte des Landes Schleswig-Holstein umfasst, grundlegend sanieren will, sieht einen Kostenaufwand von 1,3 Milliarden DM vor. Es enthält den Ausbau des Gewässernetzes, die künstliche Entwässerung durch Schöpfwerke, die Entwässerung der einzelnen Flächen durch Gräben und Drainagen, die Wald- und Heckenpflanzungen, die Befestigung der Wirtschaftswege, so daß diese von dem mechanisierten landwirtschaftlichen Wirtschaftsverkehr dauernd benutzt werden können, den Ausbau des Straßennetzes höherer Ordnung und schließlich neben der Eindeichung die Siedlungsmaßnahmen. ... Die geplanten Arbeiten umfassen vor allen Dingen die wasserwirtschaftlichen Maßnahmen und den Ausbau von Wirtschaftswegen. Die besondere Bedeutung dieses Programms liegt darin, dass zusätzlich zu den vom Land und vom Bund bereitgestellten Mitteln weitere Landes- und Bundesmittel in unser Gebiet zur Förderung der Kultivierungsarbeiten einfließen.“ (SCHÜTZ, 1991, S. 159).

Die Schwerpunkte des Programms machen deutlich, dass „... das Programm Nord ... durchaus folgerichtig seinem Kern nach ein landwirtschaftliches Förderungsprogramm“ ist (FRÖBE, 1962, S. 94). Dahinter steckte die Auffassung, „... daß die Hauptaufgabe einer regionalen Entwicklungspolitik darin liegen muß, die Landwirtschaft so leistungs- und wettbewerbsfähig zu machen, daß sie zu einem dauerhaften tragfähigen Fundament für die Gesamtwirtschaft wird“ (ebd. S. 93).

Das Programm hat entscheidend zur positiven Entwicklung der Landwirtschaft im Landesteil Schleswig beigetragen. Die jahrhundertlang bestehenden Erschwernisse sind verringert worden, weil umfassende Entwicklungsmaßnahmen nicht nur der Landwirtschaft, sondern der gesamten Bevölkerung zugute kamen (ROELOFFS, 1979).

Zum 30-jährigen Jubiläum wurde folgendes Zahlenwerk als Erfolgsbilanz herausgegeben (PROGRAMM NORD GmbH, 1983):

- Mehr als 8.000 km ausgebaute Wirtschaftswege
- Bau von 5.000 km Entwässerungsgräben
- Anlage von fast 10.000 km Windschutzhecken
- Dränierung von 33.500 Hektar Acker- und Weideland.

Negative Folgen für Natur und Umwelt werden in der umfangreichen Literatur über das Programm Nord nirgendwo erwähnt.

Die Leistungen des Programms für das gesamte Land sind unbestritten. Das bestehende Süd-Nord-Gefälle in Schleswig-Holstein wurde zwar nicht abgebaut, aber entscheidend vermindert, die völlig unzureichende Infrastruktur wurde ausgebaut und den Anforderungen der Wirtschaft angepasst. Die Produktion der Landwirtschaft konnte erheblich gesteigert werden, auch durch das Wachsen der Betriebsflächen der einzelnen Höfe, die nun mit modernen und leistungsfähigen Maschinen bearbeitet werden konnten. Die Bevölkerung bekam das Gefühl, nicht mehr im Armenhaus der Bundesrepublik zu leben. Durch raumwirksame „... Maßnahmen konnte ein Passivraum soweit stabilisiert werden, daß eine stärkere Abwanderung verhindert werden konnte.“ (WIEBE, 1999, S. 89).

Die Erfolge des Programms haben bei den Politikern auf allen Ebenen die Erkenntnis verstärkt, dass alle Probleme zu lösen sind, wenn man die richtigen Instrumente verwendet und das nötige Geld zur Verfügung stellt.

4.7.1. Das Programm Nord im Untersuchungsgebiet

Auch in den Ämtern war die Flurbereinigung das zentrale Aufgabengebiet. Durch die Zusammenlegung und Neuaufteilung von Betriebsflächen, sollten die landwirtschaftlichen Be-

triebe eine Mindestgröße erhalten, um im Rahmen der EG-Agrarwirtschaft bestehen zu können. Viele Betriebe wurden als Aussiedlerhöfe in die Feldmark verlegt. Ein dichtes Wirtschaftswegenetz – weitgehend mit Schwarzdecken – wurde angelegt, um den Einsatz schwerer Ackergeräte zu ermöglichen. Die Dörfer wurden mit leistungsfähigen Straßen verbunden. Teilweise wurden dafür die Trassen ehemaliger Bahnstrecken verwendet, z.B. zwischen Wanderup und Bredstedt. Die Ertragsfähigkeit der Acker- und Grünlandflächen wurde durch das Aufbrechen des Ortsteins und durch Dränung gesteigert.

Die bis heute sichtbarsten Eingriffe in die Landschaft zeigen sich im Gewässernetz. Die Quellbäche der Treene, Kielstau und Bondenau, wurden begradigt, die Böschungen erhielten steile Profile, weitgehend ohne Anpflanzung von Büschen und Bäumen. Der Oberlauf der Treene zwischen Treßsee und Oeversee erhielt ebenfalls ein begradigtes Bett mit einer Uferbefestigung aus Staketen und Steinpackungen. Die Jerrisbek wurde bis Sollerup Mühle ein kaum noch in der Landschaft wahrnehmbarer Abflusskanal. Ähnlich erging es der Bollingstedter Au, die lediglich aus Geldmangel in ihrem Unterlauf vor weiteren Eingriffen bewahrt wurde.



Foto 26: Die begradigte baum- und strauchlose Bollingstedter Au an der A 7. Der Bachlauf wurde um das Regenrückhaltebecken verlegt, um ein schnelles Verlanden zu verhindern.

Für die Treene gab es Pläne, den gesamten Verlauf zu begradigen und zwischen Eggebek und Tarp einen Stausee anzulegen bzw. mehrere Rückhaltebecken oberhalb Treias zu bauen (GERDES, 1979, Karte „Ausbau der Treene“ im Anhang). Moore (Seelandmoor, Jalmer Moor, Rupeler Moor) wurden bis auf kleine Reste trockengelegt, störende Sölle zugeschüttet, teilweise als Müllkippe missbraucht. Diese Eingriffe hatten das Ziel, der Landwirtschaft günstigere Anbaumöglichkeiten zu verschaffen. Die Maßnahmen bewirkten jedoch eine Vergrößerung der Wasserhypothek, da der Wasserablauf beschleunigt wurde, weil Speicherkapazität verloren ging und die Wasserläufe verkürzt wurden. Auch die Versiegelung durch Siedlungs- und Straßenbau hatte zur Folge, dass größere Mengen des Niederschlages schneller im Hauptvorfluter Treene ankamen. Im Unter- und Mittellauf der Treene kam es häufiger zu Überschwemmungen, weil die Schöpfwerke in Friedrichstadt wegen mangelnder Leistungsfähigkeit das anfallende Wasser nicht schnell genug in die Eider pumpen konnten. Erst der Bau des Eidersperrwerks 1973 und der Einbau leistungsfähiger Pumpen in Friedrichstadt haben die Wasserhypothek der Treene entscheidend verbessert.

Die Eingriffe in den Wasserhaushalt erhöhten die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft, führten aber auch zu einer Verarmung des Landschaftsbildes. Zahlreiche Tiere und Pflanzen, die auf die beseitigten Lebensräume angewiesen waren, sind nicht mehr anzufinden.

Im Rahmen der Flurbereinigung wurden auch in den Ämtern zahlreiche Höfe ausgesiedelt. Da diese nicht an den Rand des Dorfes, sondern einzeln in die Feldmark verlegt wurden, waren hohe Leistungen für Versorgungsleitungen erforderlich. Zudem gingen soziale Kontakte verloren, die Dörfer veränderten ihr Gesicht.

1954 wird der Wasserbeschaffungsverband Nord (WBV Nord) gegründet, der in Oeversee seit 1963 das Wasserwerk „Jägerkrug“ betreibt.³⁸ Dieses Wasserwerk versorgt nicht nur die umliegenden Gemeinden, sondern große Gebiete an der Westküste, unter anderem Halligen und Inseln, die vorher ihr Trinkwasser vorwiegend durch aufgefangenes Regenwasser gewannen.

In den Festschriften der Programm Nord GmbH wird besonders die Leistung bei der Aufforstung und den Windschutzpflanzungen hervorgehoben. Hier muss die Statistik kritisch betrachtet werden, denn den Anpflanzungen in der Marsch und in Teilen der baumlosen Geest muss die Beseitigung von Knicks im vorhandenen Knicknetz gegengerechnet werden. Aus den Landschaftsplänen der Untersuchungsgemeinden geht eindeutig hervor, dass das Knicknetz zur Erreichung größerer und maschinengerechter Schläge stark ausgedünnt wurde. Auch die Anpflanzungen müssen kritisch betrachtet werden. Zwar hat man sich bemüht, auch artenreiche und angepasste Mischwälder anzulegen, aber Fichtenmonokulturen prägen vielfach noch die Landschaft. Die „Düne am Treßsee“ wurde mit Fichten bepflanzt, die inzwischen aufgrund landschaftspflegerischer Maßnahmen beseitigt wurden. Fichten prägen große Teile der Fröruper Berge, das Umfeld des Rimmelsberges und ehemalige Kiesflächen. Leider hat man auch eine Pflanze eingeführt, die wegen ihres schnellen Wachstums, ihrer Anspruchslosigkeit und ihres dichten Wurzelgeflechts besonders geeignet erschien, die Winderosion zu bremsen: die Spätblühende Traubenkirsche (*Prunus serotina*). Die aus Nordamerika eingeführte Pflanze ist in Europa ein problematischer Neophyt, der auch im Untersuchungsgebiet die heimischen und artgerechten Baumarten zurückdrängt. Die Pflanze vermehrt sich über Wurzelausschläge und durch Früchte, die durch Vögel leicht und schnell verbreitet werden. Es wäre erforderlich, die Traubenkirsche systematisch zu bekämpfen, damit sinnvolle und notwendige landschaftsplanerische Maßnahmen nicht konterkariert werden.

4.7.2. Kritikpunkte

Kritische Bemerkungen in der Literatur gibt es zum Programm Nord kaum. Verwunderlich ist dies nicht, denn die meisten Veröffentlichungen stammen von der Programm Nord GmbH, Ministerien oder deren Mitarbeitern, die direkt oder indirekt am Programm Nord beteiligt waren. Aber auch bei WIEBE (1979) und LEHMANN (1988) gibt es keine kritischen Bemerkungen. Durch die unbestrittenen Erfolge des Programms galt es als quasi sakrosankt. Indirekt haben die Programmgestalter Kritik geäußert, weil ab Mitte der siebziger Jahre Belange des Landschaftsschutzes stärker berücksichtigt wurden. Jetzt sollte mehr Rücksicht auf die natürliche Vegetation und die Tierwelt genommen werden als bisher. Landschaftspflege, Landschaftsplanung und Dorferneuerung wurden jetzt neue Aufgaben, allerdings zu einer Zeit, als die Folgen der „Modernisierung“ der ländlichen Räume und der Dörfer so offensichtlich wurden, weil die Identität mit der „Heimat“ verloren ging.

Die Maßnahmen des Programm Nord hatten als ökonomisches Hauptziel, die Leistungskraft der Landwirtschaft zu erhöhen, was durch infrastrukturelle Maßnahmen erreicht werden sollte. Es war kein Programm, dass die endogenen Kräfte als „Hilfe zur Selbsthilfe“ stärken sollte.

³⁸ Siehe auch 1.3.4. „Wasser“

Ökologie war damals noch ein Fremdwort. Die schweren Eingriffe in den Naturhaushalt wurden ohne Kritik in Kauf genommen. Die Verantwortlichen konnten sich auf das Flurbereinigungsgesetz vom 14. Juli 1953 stützen, das im Wesentlichen ein technokratisches Durchführungsgesetz ist. Naturschutz und Landschaftspflege kommen nur in einem Nebensatz vor (§37, Abs. 2). Erst in der Neufassung vom 16. März 1976 erhalten Belange des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege etwas mehr Raum, in der novellierten Fassung vom 16. Februar 2006 wird auch ein landschaftspflegerischer Begleitplan gefordert. Zentrale Aufgabe des Gesetzes bleibt die „Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft.“

RIEDEL (1983, S. 59) stellt fest: *„Flurbereinigung war früher oft gleichbedeutend mit Ausräumung und Verarmung der Landschaft. Kleingewässer, Feldraine, gewachsene Böschungskanten und Hecken, sie wurden aus der Landschaft weggekürzt. Flurbereinigung war das k.o. für Moore, Feuchtgebiete und Auwälder durch Trockenlegung ... So finden wir oft nebeneinander monotonisierte, ausgeräumte, erlebnisarme, anfällige Landschaften, es gibt jedoch auch inzwischen Flurbereinigungen neuen Stils, so dass Agrarlandschaften reich an Ausgleichsflächen für die Natur bleiben...“*

Durch die Flurbereinigung wurden Standortunterschiede nivelliert, Strukturvielfalt ging verloren (PLACHTER, 1991). Die jetzt erst mögliche intensive Landwirtschaft ist zu einem großen Teil für den Artenrückgang von Tieren und Pflanzen verantwortlich. Die Flurbereinigung war bereits Anfang der 80er Jahre am Rückgang von 339 der 581 in der Bundesrepublik gefährdeten Farn- und Blütenpflanzen beteiligt (ebd.). Durch Flurbereinigungen ging in der Zeit von 1950 bis 1980 ein Drittel der Knickbestände in Schleswig-Holstein verloren (HEINRICH/HERGET, 1990).

Das Landschaftsbild hat sich negativ verändert, die Natur ist verarmt. Landschaftselemente – wie die Heiden – sind völlig verschwunden bzw. nur noch rudimentär und verinselt vorhanden. Da Trittsteinbiotope fehlen, ist ein Genaustausch nicht möglich. Im Untersuchungsgebiet ist das Naturschutzgebiet „Düne am Rimmelsberg“ beispielhaft anzuführen. Dieses kleine NSG ist umgeben von intensiv genutzten Ackerflächen, deren Einträge den Bestand der geschützten Arten ständig bedrohen, weil Pufferzonen fehlen.

In diesem Bereich befanden sich ausgedehnte Moore, von denen nur noch Rudimente erhalten sind. RIEDEL (1982, S. 196) schreibt dazu: *„Waren mit Sicherheit die ökonomischen Zwänge der frühen 50er Jahre in der Tat so, daß landeskulturelle Maßnahmen im Bereich Nord unabdingbar waren und vielfach auch zu beispielhaften Erfolgen führten – aus einem Notstandgebiet wurde eine heute noch recht stattliche weithin agrarisch geprägte Kulturlandschaft – so darf man jetzt aber endlich auch einmal sagen, dass man zu viele Moore trockengelegt, verändert und beseitigt hat.“*

Seit einigen Jahren gibt es jedoch Bestrebungen, viele negative Folgen des Programms, die durch die schweren Eingriffe in den Naturhaushalt entstanden sind, wieder gut zu machen. Wie schwer es ist, ein „... Moor möglichst in einen Zustand urwüchsiger Lebensfähigkeit zurückzuverwandeln“, zeigt HEINTZE (1983, S. 181) am Beispiel der Regenerationsversuche des Seeland/Silleruper Moores. Die augenblickliche Situation verdeutlicht, dass geförderte und erfolgreiche Renaturierungsmaßnahmen durch den ebenfalls geförderten Anbau von Energiepflanzen konterkariert werden.³⁹

4.8. Programme und Planungen zur Unterstützung des Konversionsprozesses

Nach den Ergebnissen der Wiener Abrüstungsverhandlungen (1989-1991) mussten alle europäischen Staaten Konversionsprobleme bewältigen. Ende 1991 hat die EU-Kommission das

³⁹ Siehe auch 3.6.2. „Biogas“ und 8.3. „Alte Geestlandschaft bei Jörl“

Netzwerk „DEMILITARISED“ (Decrease in Europe of Military Investment, Logistics and Infrastructures and the Tracing of Alternative Regional Initiatives to Sustain Economic Development) ins Leben gerufen. Dieses Netzwerk unter dem Vorsitz der Stadt Kaiserslautern sollte die Probleme des militärischen Strukturwandels von der Basis aus behandeln. Die Öffentlichkeit und die Mitglieder des Europaparlaments sollten für die spezifischen Probleme der von Abrüstung betroffenen Gemeinden und Regionen sensibilisiert werden. Dieses Netzwerk war so erfolgreich, dass die EU-Kommission das bereits bestehende PERIFRA-Programm (Régions Péripheriques et Activités Fragiles) 1991 für die Konversion geöffnet hat. An diesem Programm hat sich auch der Kreis Schleswig-Flensburg mit einem Projekt in Tarp (Ökologisches Gewerbezentrum) beteiligt. (FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, 1995).

Das Programm sollte u.a. die nachteiligen Wirkungen des Abzugs von Militär aus westeuropäischen Standorten ausgleichen.

4.8.1. PERIFRA

Der Landkreis Schleswig-Flensburg hat wegen des bereits stattgefundenen – und auch weiterhin befürchteten Truppenabbaus – 1992 mehrere Förderanträge (9.3.; 26.5.; 15.7.1992) an das Land gestellt, aus Mitteln des Regionalprogramms Gelder für ein Entwicklungskonzept zu erhalten. *„Mit dem beantragten Projekt sollen die organisatorischen und theoretischen Grundlagen gelegt werden, um mit professionellen Methoden Gewerbeflächen zukunftsweisend zu entwickeln und unter veränderten europäischen Randbedingungen (Truppenreduzierungen, veränderte Wirtschafts- und Kapitalströme) professionell zu vermarkten.“* (GfW, 1994).

Am 20.08.1992 gewährte das Land aus Mitteln des Regionalprogramms 200.000 DM. Das Gesamtvolumen von 500.000 DM wurde nach folgendem Schlüssel finanziert:

- Mittel der EU aus dem Programm PERIFRA: 50 Prozent = DM 250.000
- Mittel aus dem Regionalprogramm für den Landesteil Schleswig: 40 Prozent = DM 200.000
- Eigenbeteiligung des Kreises Schleswig-Flensburg und der beteiligten Ämter und Gemeinden: 10 Prozent = DM 50.000.

Hochgestecktes Ziel des Projektes sollte es sein, in ausgewählten Gemeinden die Gewerbeflächen und freiwerdenden Liegenschaften der Bundeswehr zu analysieren und für bestimmte Zielgruppen zu entwickeln. Beispielhaft sollte ein Gewerbepark für Betriebe der Öko-Technologie erstellt werden. Hinter dieser Idee stand die Vorstellung, dass das Angebot eine entsprechende Nachfrage auslöst.

Zur Begleitung des Projekts wurde eigens ein Fachbeirat gegründet, der aus Vertretern des Landes, des Kreises, der Gemeinden sowie weiterer Institutionen bestand. Das Gutachten (KREIS SCHLESWIG-FLENSBURG, 1993) wurde maßgebend von Dr. Manfred Steinröx, Berater für die wirtschaftliche Bewertung von Gewerbeflächen und Konversionsliegenschaften aus Hamburg und den Professoren Laleik und Heisel vom Institut für Städtebau an der Fachhochschule Kiel erstellt. Die Arbeit der Fachhochschulprofessoren verfolgte das Ziel, Gewerbegebiete nach städtebaulichen und architektonischen Vorstellungen zu entwickeln. An Beispielen sollte gezeigt werden, dass Gewerbegebiete auch anders aussehen können als die ohne Zusammenhang und ohne Rücksicht auf die Landschaft hingeklotzten gesichtslosen Baukörper.

Die von Steinröx durchgeführte Markt- und Standortanalyse bestätigte die Besonderheiten des Wirtschaftsstandortes Kreis Schleswig-Flensburg:

- Einseitige Branchenstruktur der Nahrungs- und Genussmittelindustrie;

- Niedriger Industrialisierungsgrad, wenige Betriebe als Abnehmer für Waren und Dienstleistungen;
- Geringe Bevölkerungsdichte mit schwachem Absatzpotential;
- Kein quantitativer Mangel an neuen Gewerbeflächen;
- Geringes Potential höher qualifizierter Arbeitskräfte.

Wegen der insgesamt schwachen Rahmenbedingungen schlägt der Gutachter vor, im Kreisgebiet ein Gewerbe- und Dienstleistungszentrum zu entwickeln, in dem „... *umweltgerechte Produkte und Dienstleistungen rund um das Bauen* ...“ angesiedelt werden sollen. Durch eine Vernetzung der Bereiche Bauen, Energie, Ab- und Frischwasser, Abfall, Haus- und Wohnungseinrichtung, allgemeine Technik, Ernährung und Körperpflege, Bekleidung und Freizeit sollte den Kunden ein umfassendes Angebot im Öko-Bereich gemacht werden.

Da das Gutachten „standortneutral“ sein sollte, gab der Gutachter keine Empfehlungen für eine geeignete Gemeinde. Voraussetzung sei, dass die Gemeinde ein derartiges Gewerbezentrum wolle und die entsprechenden Bauleitplanungen durchführen würde.

Parallel zu den allgemeinen Untersuchungen wurde im April 1993 der Diplom Designer Rainer Prüß beauftragt, ein „*Realisierungskonzept für ein ökologisches Gewerbezentrum im Kreis Schleswig-Flensburg*“ zu erstellen. Zunächst sollte eine Potentialanalyse zeigen, welche Bio- und Öko-Betriebe in Handel, Handwerk, Dienstleistung und Landwirtschaft im Kreis vorhanden sind. Diese wurden befragt, unter welchen Bedingungen sie sich eine Beteiligung an einem Gewerbezentrum vorstellen könnten. Befragt wurden Büros für Landschaftsplanung, für alternative Energie- und Umwelttechnik, Öko-Tischler und Öko-Baustoffhändler. Prüß stellte bei seinen Untersuchungen im Kreisgebiet fest, dass es nur sehr wenige direkt-vermarktende Höfe gibt (Hofladen, Wochenmarkt), die biologisch anbauen. Die anderen biologisch anbauenden Höfe haben Verträge mit Betrieben (z.B. „Zwergenwiese“ in Silberstedt). Im Untersuchungsraum gibt es eine therapeutische Einrichtung in Tarpfeld, die ihre Produkte auf dem Schleswiger Wochenmarkt anbietet und einen Hof in Süderhackstedt, der einen Hofladen (Bioland) betreibt und feste Abnehmer (z.B. Biobäckerei) beliefert.

Aufgrund seiner Untersuchungen kommt PRÜß (1994) zu dem Ergebnis, dass „... *die inhaltlich definierten Anforderungen an ein Öko-Zentrum in den wesentlichen Bereichen mit dem Waren- und Dienstleistungsangebot aus der Region heraus zu realisieren wären.*“ In den Bereichen Garten und Landschaft, Bauen, Wohnen, Energie- und Umwelttechnik, Bekleidung (bedingt), Lebensmittel und Gesundheit signalisierten Betriebe ihr Interesse an einer Beteiligung und formulierten auch planerische Anforderungen.

Selbstverständlich sollte das Gewerbezentrum bei seiner Realisierung ökologische Kriterien erfüllen, wie sie im Laleik/Heisel-Gutachten (KREIS SCHLESWIG-FLENSBURG, 1993) formuliert wurden. Dazu gehörten u.a. die Vermeidung von Versiegelungen, Anpflanzungen als Wärmeschutz, Dach- und Fassadenbegrünung, Einbeziehung des Regenwassers in die Brauchwasserkreisläufe und vieles andere mehr. Alle verwendeten Materialien sollten einer strengen „Öko-Bilanz“ unterzogen werden. Breiten Raum bei den Planungen nimmt der Bereich „Ver- und Entsorgung“ ein. Zur Energieversorgung mit Strom und Wärme werden unterschiedliche Modelle vorgestellt, mit dem Fazit: „*Die Konzepte der Ver- und Entsorgung mit Energie, Wärme, Kälte, Wasser, Abwasser, Müll usw. können für ein Öko-Zentrum nicht abschließend definiert werden.*“ Täglich würden neue technische Lösungen angeboten werden.

Aufgrund der Gutachterergebnisse schlägt Prüß als Standort für ein ganzheitlich und regional orientiertes Öko-Zentrum die Gemeinde Tarp oder die Peripherie Flensburgs vor.

Die ökologisch wirtschaftenden Betriebe der Region lehnten einen Standort außerhalb Flensburgs ab, da es mit der Grundidee nicht zu vertreten sei, dass die Mehrzahl der Kunden lange Anfahrtswege in Kauf nehmen müsse. Für sie kam nur ein Standort in Frage, der für die Mehrzahl der Kunden auch mit dem Fahrrad oder dem Bus erreichbar sei. Weder die ökologischen Betriebe noch mögliche Investoren sahen für dieses Vorhaben eine wirtschaftliche Basis außerhalb von Flensburg. Dieses nachhaltige und für die Region zukunftssträchtige Projekt scheiterte nur deshalb, weil es keine Stelle gab, die zwischen Kreis und Stadt hätte vermitteln können.

4.8.2. Konver-I

1993 wurde aus dem PERIFRA-Programm das Konver-I-Programm weiterentwickelt. Die förderungsfähigen Gebiete werden von den EU-Mitgliedstaaten vorgeschlagen und müssen eins der folgenden Kriterien erfüllen:

- „a) Seit dem 1. Januar 1990 haben sie mindestens 1.000 Arbeitsplätze im Rüstungs- und Verteidigungssektor verloren;*
- b) seit dem genannten Zeitpunkt beträgt die Gesamtzahl der im Rüstungs- und Verteidigungssektor verlorengegangenen und die Zahl der bedrohten Arbeitsplätze 1.000 oder mehr;*
- c) von den aufgeführten bedrohten Arbeitsplätzen werden nur diejenigen berücksichtigt, die die Kommission und der Mitgliedstaat einvernehmlich als bedroht ansehen...“*
(Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, C 180/1.7.1994).

Wie die meisten Programme der EU, müssen die Begünstigten Komplementärmittel aufbringen und weitere Aufgaben erfüllen. Zum Beispiel müssen die Bundesländer in sogenannten „Operationellen Programmen“ auflisten, welche Maßnahmen sie innerhalb von KONVER fördern. Sie müssen Teil einer „... *kohärenten regionalen Strategie mit Angabe der globalen Entwicklungs- und Umstellungsziele sein. In die Vorbereitung und Umsetzung des Programms sollen lokale und regionale Behörden sowie Wirtschafts- und Sozialpartner einbezogen werden. Mindestens 50 Prozent der KONVER-Mittel müssen in Ziel-1- (Regionen mit Entwicklungsrückstand), Ziel-2- (Regionen, die von der rückläufigen industriellen Entwicklung schwer getroffen sind) und Ziel-5b-Gebiete (ländliche Gebiete) fließen, die die EU-Kommission nach der Reform der Strukturfonds 1993 festgelegt hat.*“ (FRIEDRICH EBERT STIFTUNG, 1995, S. 48)

Die KONVER-Mittel sollten zwar auch in ländliche Gebiete fließen, wurden aber in erster Linie für Diversifizierungsmaßnahmen der Rüstungsindustrie verwandt. Bereits nach Bekanntgabe des Ressortkonzeptes für die Stationierung der Bundeswehr vom 23.5.91 haben die betroffenen Kommunen, der Städtetag und die Bundesländer von der Bundesregierung ein Konversionsprogramm gefordert, das die negativen Folgen des Truppenabbaus kompensieren sollte. Ursprünglich wollte die Bundesregierung dafür die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und die Städtebauförderungsmittel um jeweils 250 Mio. DM aufstocken. Da den Ländern dieses Angebot zu niedrig war, musste sich im Februar 1992 der Vermittlungsausschuss mit der Angelegenheit befassen.

Der erzielte Kompromiss veränderte den Verteilungsschlüssel bei der Umsatzsteuer. Der Länderanteil an der Mehrwertsteuer stieg um 2 Punkte von 35 auf 37 Prozent. Mit diesen Mehreinnahmen sollten die Länder eigene Konversionsprogramme auflegen. Damit hatte sich die Bundesregierung von ihrer Gesamtverantwortung für die Folgen der Konversion „freigekauft“. Die Bundesländer entwickelten eigene Programme, die sich in ihrer Ausgestaltung erheblich unterschieden (GRAVE, 1995 a).

Auf die große Bedeutung des Militärs in Schleswig-Holstein wurde bereits eingegangen. Der Minister für Wirtschaft, Technik und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein hat im Novem-

ber 1991 zu den wirtschaftlichen Folgen eines Truppenabbaus Stellung genommen. Nach Einschätzung der Landesregierung war zu erwarten, dass es in den vom Truppenabbau betroffenen Regionen zu Einwohnerverlusten, sinkender Finanzkraft, einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und einer allgemeinen Verschlechterung der Zukunftsperspektiven kommen wird. Die schleswig-holsteinische Landesregierung verstand es als ihre Aufgabe, die über Jahrzehnte von der Bundeswehr und der wehrtechnischen Industrie geprägten Wirtschaftsstrukturen des Landes in einem relativ kurzen Zeitraum in ihrem Anpassungsprozess zu unterstützen, da der Strukturwandel nicht allein von den betroffenen Standorten bewältigt werden könne. Im Bereich der Problemstandorte sollten größere integrierte Projekte realisiert werden, von denen Entwicklungsimpulse für die regionale Wirtschaft erwartet werden. Besondere Bedeutung wurde auf die Integration privater Investoren gelegt.

Erst am 3.4.2002, elf Jahre nach den ersten weitreichenden Konversionsbeschlüssen, hat die Landesregierung beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Bewältigung des Truppenabbaus ein Konversionsbüro eingerichtet. Dieses hat die Aufgabe, durch gezielte Programme den wirtschaftlichen Verlust des Bundeswehrabzuges abzufedern bzw. zu kompensieren (LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN, 2001, 2004). Die Landesregierung verzichtete bei der Bewältigung dieser Aufgabe auf ein gesondertes Landeskonversionsprogramm. Sie wollte statt dessen die verschiedenen Förderprogramme miteinander verzahnen und geeignete Projekte bevorzugt, auch mit höheren Förderquoten, behandeln (s.o.). Dies bedeutete, dass das Land Schleswig-Holstein keine eigenen Mittel für die Konversion bereitstellte, sondern lediglich Fördergelder des Bundes und der EU umschichtete.

Im März 1992 hat die Landesregierung beschlossen, die Hilfeleistungen auf „*Problemstandorte*“ zu konzentrieren. Die Kriterien, um als „*besonders stark betroffener Standort*“ anerkannt zu werden waren:

- Der Anteil der Bundeswehrbeschäftigten an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen soll über 10 Prozent liegen,
- die Truppenabbaurate soll höher als 20 Prozent sein,
- in der Region soll die Arbeitslosigkeit über dem Landesdurchschnitt liegen.

Diese Kriterien wurden von der Gemeinde Tarp wegen der Auflösung der Standortverwaltung bereits 2001 erfüllt. Nach dem Schließungsbeschluss für das MFG 2 wurde im Sommer 2003 auch Eggebek in diese Liste und damit in das Konversionsprogramm aufgenommen.

Bei der Fülle der Förderprogramme, die sich auch noch teilweise in ihrer Zielrichtung überschneiden, ist es dem einzelnen Problemstandort nicht möglich, den Förderdschungel zu durchschauen. Für die Stadt Flensburg und den Landkreis bewältigt diese Aufgabe die gemeinsame Wirtschaftsförderungsgesellschaft WiREG, die für die jeweiligen Programme spezialisierte Mitarbeiter beschäftigt.

Für das Untersuchungsgebiet sind und waren folgende Programme für die Wirtschafts- und Regionalentwicklung wichtig, die zu ihren ursprünglichen Aufgaben nun auch die Folgen des Truppenabbaus bewältigen sollen:

4.8.3. Gemeinschaftsaufgaben zur Verbesserung der Wirtschafts- und Agrarstruktur

Die Gemeinschaftsaufgaben (GA) „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) und „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) existieren in ihren Grundzügen bereits seit 1959. Ziel dieser Programme sollte es sein, nicht mehr nach dem „Gießkannenprinzip“ zu fördern, sondern eine räumlich und punktuell geordnete Förderung nach Schwerpunkten vorzunehmen. Aber erst am 1. Januar 1970 trat das bis heute gültige Gesetzeswerk in Kraft, nachdem im Mai des Vorjahres der Art. 91a in das Grundgesetz einge-

fügt wurde. Dem Bund wird dadurch die Mitwirkung bei der Regional- und Agrarpolitik ermöglicht, die vorher Ländersache war. In der GAK wurden folgende Aufgaben festgelegt (§1):

- Maßnahmen zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft,
- wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen,
- Maßnahmen zur Verbesserung der Marktstruktur in der Land-, Fisch- und Forstwirtschaft sowie
- Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit an den Küsten der Nord- und Ostsee sowie an den fließenden oberirdischen Gewässern im Tidegebiet gegen Sturmfluten (Küstenschutz).

In seinen wesentlichen Teilen übernahm die GAK die Ziele des Programm Nord.

1988 wurden die Aufgaben und Ziele der GAK erweitert. Zur Gemeinschaftsaufgabe gehörten jetzt auch Maßnahmen zur Neuordnung des Grundbesitzes, die Gestaltung des ländlichen Raumes und die Sicherung eines nachhaltig leistungsfähigen Naturhaushaltes. Natürliche Standortnachteile sollen ausgeglichen, Land- und Forstwirtschaft in den gemeinsamen Markt eingegliedert und ihre Wettbewerbsfähigkeit ermöglicht werden (RIEMANN, 1995).

Die GAK wurde nun das gemeinsame Förderprogramm der EU, des Bundes und der Länder, das jährlich in einem Rahmenplan abgestimmt werden musste.

Da die Maßnahmen, die durch die GAK gefördert werden, großen Einfluss auf die ländlichen Räume – und damit auf das Untersuchungsgebiet – haben, werden sie hier stichpunktartig vorgestellt:

1. Flurbereinigung
2. Dorferneuerung
3. Einzelbetriebliches Investitionsförderungsprogramm
4. Ausgleichszulage
5. Wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen
6. Marktstrukturverbesserung
7. Forstwirtschaftliche Maßnahmen
8. Weitere Maßnahmen
9. Küstenschutz

Außerdem wurde für die Zeit von 1988 bis 1993 ein Sonderrahmenplan aufgestellt, der die Überschussproduktion eindämmen sollte. Gefördert wurde: die Stilllegung von Ackerflächen, die Extensivierung, die Umstellung der Erzeugung auf nicht überschüssige Produkte und die Aufgabe von Rebflächen.

Die wesentlichen Fördergelder des Programms „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ stellt die EU zur Verfügung. Daher hat die EU-Kommission gemäß Art. 92ff. EWG-Vertrag „...das Recht, die im Rahmen der GRW geplanten Regionalbeihilfen auf ihre Wettbewerbskonformität hin zu überprüfen und gegebenenfalls. wettbewerbsverzerrende Subventionen zu untersagen. Alle Änderungen im Förderungsgefüge sind daher der EU-Kommission rechtzeitig zur Überprüfung vorzulegen und treten erst dann in Kraft, wenn die Kommission keine Bedenken dagegen erhebt.“ (KLEMMER, 1995, S.961).

4.8.4. Zonenrandförderung

Innerhalb der GA-Förderung gab es das Sonderförderprogramm „Zonenrandförderung“ Als Zonenrand wurde ein 40-50 km breiter Streifen von Flensburg bis Passau festgelegt. Grundsätzlich galt für dieses Gebiet die höchste Förderstufe (25 Prozent Grundförderung für die

gesamte Investition). Hierdurch sollte ein Abwandern der Bevölkerung in die weiter entwickelten Regionen Westdeutschlands verhindert werden.

4.8.5. Regionalprogramme

Am 1.8.1989 beschloss die Landesregierung die Regionalprogramme für den Landesteil Schleswig (Kreis Schleswig-Flensburg und Stadt Flensburg) und für die Westküste (Kreise Nordfriesland und Dithmarschen). Mit diesem Programm erfüllte die Landesregierung auch die ständig vorgetragene Forderung des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW), den strukturschwachen Landesteil Schleswig gezielt zu fördern.

Mit den Programmen sollten öffentliche und private Maßnahmen gefördert werden. Die Förderbereiche umfassten die gewerbliche Wirtschaft, den Fremdenverkehr, die Verkehrsinfrastruktur, Forschung, Aus- und Weiterbildung sowie Umweltschutz und Energie. Neu an diesen Programmen war, dass das Wirtschaftsministerium Beiräte als Beratungsgremium ernannte. Mitglieder dieser Gremien sind die Landräte bzw. der Oberbürgermeister, Vertreter der Fraktionen, Vertreter der Gewerkschaften, der Kammern und der Hochschulen sowie Landtagsabgeordnete. Die Beiräte sollten aus der Fülle der beantragten Projekte im Rahmen der Mittelvergabe diejenigen vorschlagen, die besonders geeignet erschienen, die Wirtschaftsstruktur zu verbessern und den Rückstand in der Wirtschaftskraft gegenüber dem Landesdurchschnitt abzubauen.

Aufgrund von Kritik des Landesrechnungshofes vom 5.9.1991 wurden die Programminhalte von der Landesregierung am 26.5.1992 modifiziert (Kabinettsvorlage 84/92). Für die von der Konversion besonders betroffenen Standorte wurde ein Finanzrahmen festgelegt, der der Förderung von Schlüsselprojekten dienen sollte. Mit der konkreten Ausarbeitung von „Projekt-Auswahlgrundsätzen“ wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) beauftragt. Die Programmziele wurden dahingehend präzisiert, dass die Projekte einen *„wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und der Standortvoraussetzungen“* in den Regionen zum Abbau der dort bestehenden wirtschaftlichen Disparitäten zu erbringen haben.

Der Landesrechnungshof hat die Wirksamkeit der Regionalprogramme 1991 und 1994 überprüft. Der Landesrechnungshof kommt zu dem Ergebnis, dass die *„Überwindung der Strukturschwäche der Programmregionen“* nicht erreicht wurde, weil *„... die für den Qualitätswettbewerb der Projekte festgelegten Grundsätze ... nicht ausreichend beachtet oder angewendet ...“* wurden. (LRH, 1995, S. 2). Es fehle nach wie vor eine methodische Erfolgskontrolle. *„Insbesondere eine nachträgliche Abschätzung der Auswirkungen auf eine Verbesserung der Wirtschaftsstruktur wird nicht erbracht.“* Es sei nicht erkennbar, dass *„... in den Regionen Projekte vorhanden sind oder entwickelt werden können, ...“* die Modellcharakter hätten (ebd. S. 3). Stattdessen seien *„... in erheblichem Umfang aus den Regionalprogrammen Ersatz- und Unterhaltungsinvestitionen gefördert ...“* worden. (ebd. S. 17), die keine zusätzlichen und dauerhaften Impulse für die Region erbringen würden. Sie dienen lediglich der Verbesserung der Haushaltslage der Gemeinden. Im Prüfbericht wird als Beispiel die Ortsentwässerung Sankelmark angeführt, die mit 900.000 DM gefördert wurde. Die Prüfer stellten fest, dass es sich bei diesem Vorhaben nur um Anschlüsse von Privathaushalten handelte. Die Auswahlgrundsätze lassen eine derartige Förderung nicht zu. Die Mittel aus dem Regionalprogramm wurden auch deshalb bereitgestellt, weil das Umweltministerium keine Haushaltsmittel besaß, um die Maßnahme zu fördern. Der LRH stellte fest: *„Die erforderlichen besonders hohen Anforderungen, nämlich Leistung eines wesentlichen Beitrages zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und der Standortvoraussetzungen, erfüllen derartige Maßnahmen nicht. Insofern war die Förderung aus dem Regionalprogramm unzulässig“* (ebd. S. 43).

Weiterhin verweist der Rechnungshof in seinem Prüfbericht darauf, dass es eine Fülle von Mitnahmeeffekten gegeben habe, die Erfolgskontrolle nicht erfolgt sei, eingeforderte Berichte

vom Wirtschaftsministerium nicht überprüft wurden und auch die vorgeschriebenen ex ante und ex post-Evaluierungen nicht stattgefunden hätten.

Nach der Wiedervereinigung wurden die Förderprogramme zunächst unverändert in den neuen Bundesländern angewandt. Da die Förderpräferenzen für besonders benachteiligte Gebiete der ehemaligen DDR zu gering waren, wurde die Zonenrandförderung für die alten Bundesländer 1994 gestrichen und auf den ehemaligen Zonenrand der neuen Bundesländer übertragen. Vor allem die Bundesländer, die Anteil am Zonenrandgebiet hatten und gleichzeitig von Abrüstungsmaßnahmen betroffen waren – wie Schleswig-Holstein – protestierten heftig gegen diese Entscheidung, konnten sich im Bundesrat gegen die Mehrheit der anderen Länder jedoch nicht durchsetzen.

An der ehemaligen innerdeutschen Grenze kann man die Absurdität dieser Entscheidung beobachten. Gemeinden wie Nordhalben in Nordbayern oder Duderstadt in Niedersachsen stehen vor dem Ruin und städtebaulichem Verfall. Wurden sie nach der Teilung durch die Zonenrandförderung unterstützt, werden jetzt einige Kilometer östlich „... *den Unternehmern die Staatsmillionen geradezu aufgedrängt*“ (SPIEGEL, 17/2007). Neue Arbeitsplätze wurden nicht geschaffen, sondern nur zu Lasten der alten Standorte in Gebiete verlagert, die durch Steuergelder subventioniert werden.

Wie bereits erwähnt, spielt der Einfluss der EU auf die Förderpolitik des Bundes und der Länder eine immer größere Rolle. Nach Artikel 158 des EG-Vertrages hat die Gemeinschaft das Ziel, unterschiedliche Entwicklungsstände in den Ländern und Regionen auszugleichen.

Neben den Strukturfonds gibt es mehr als 200 Förderprogramme. Strukturfondsmittel gibt es nur indirekt über Landes- und Bundesprogramme. Die Strukturfonds sind die zentralen europäischen Förderinstrumente.

4.8.6. Strukturfonds EFRE, ESF, EAGFL

Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE):

Durch diesen Fonds soll die Entwicklung von Regionen mit Aufholbedarf gefördert werden. Vor allem sollen Arbeitsplätze durch die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) entstehen.

Europäischer Sozialfonds (ESF):

Hauptziel dieses Fonds ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Insbesondere sollen berufliche Kenntnisse und Qualifikationen für Langzeitarbeitslose und Jugendliche vermittelt werden.

Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL):

Dieser Fond fördert die Entwicklung der ländlichen Räume. Investitionshilfen sollen die Leistungsfähigkeit der Betriebe erhöhen und die Vermarktung der Produkte verbessern. Außerdem unterstützt er den Ausbau der Infrastruktur, die Dorfsanierung und die Entwicklung des Handwerks und des Fremdenverkehrs.

Strukturfondsziele:

Für die Förderperiode 2000 – 2006 hat die EU im Rahmen der „Agenda 2000“ ihre Zielkategorien von ursprünglich sechs auf drei reduziert. Dadurch sollte die Strukturhilfe geographisch und thematisch stärker konzentriert werden.

- Ziel 1: Entwicklung und strukturelle Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand.
- Ziel 2: Wirtschaftliche und soziale Umstellung von Gebieten mit Strukturproblemen.

- Ziel 3: Anpassung und Modernisierung der einzelstaatlichen Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitik.

Die Ziel-1-Fördergebiete liegen vor allem in den neuen Bundesländern, während seit 2007 ganz Schleswig-Holstein Ziel-2-Fördergebiet ist. In der zurückliegenden Förderperiode hat die schleswig-holsteinische Landesregierung das Wort „Ziel“ als **Zukunft im eigenen Lande** interpretiert und unter diesem Dach die Landesförderprogramme: Regionalprogramm 2000, Zukunft auf dem Lande (ZAL) und Arbeiten in Schleswig-Holstein (ASH) vereinigt. Der Begriff „Ziel“ wird auch von der EU in zweifacher Bedeutung verwendet. Einmal werden die durch die Förderprogramme zu erzielenden Aufgaben definiert, zum anderen ordnet er diese Kategorien bestimmtem Regionen zu (z.B. Ziel-2-Gebiet).

Am 18.6.2003 hat der schleswig-holsteinische Landtag auf Antrag der CDU (Drucksache 15/2719) die Landesregierung aufgefordert, „... einen schriftlichen Bericht über den Stand und die Entwicklung des Programms ‚ZAL‘ vorzulegen.“ Durch die Drucksache 15/2881 vom 3.9.03 wurde dieser Antrag von der Landesregierung erfüllt.

Die Landesregierung verweist darauf, dass es ein vergleichbares Programm mit öffentlichen Aufwendungen von 537 Mio. Euro bisher noch nicht gegeben habe. Seit dem Jahr 2000 sollen durch die Förderschwerpunkte „Agrar- und Ernährungswirtschaft“, „Ländliche Entwicklung“ und „Agrar-, Umwelt- und Ausgleichsmaßnahmen sowie Forstwirtschaft“ durch 75 Prozent der Aufwendungen die ländlichen Räume gestärkt werden. Bei den „Zielen und Schwerpunkten des Entwicklungsplanes ZAL“ werden die ökologisch wirksamen Maßnahmen besonders betont:

- Sicherung und Entwicklung der biologischen Vielfalt
- Sicherung und Entwicklung von Boden, Wasser, Klima und Luft
- Erhalt bedrohter landwirtschaftlich genutzter Kulturlandschaften.

Um dies zu erreichen, soll die Produktionsintensität verringert und der Anteil an standortangepassten ökologisch ausgerichteten Wäldern erhöht werden.

Mit dem Programm zur Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung sollen die ländlichen Regionen unterstützt werden, ihre Potentiale im Rahmen einer integrierten überörtlichen Entwicklungsstrategie zu erschließen. Deshalb werden „Ländliche Struktur und Entwicklungsanalysen (LSE)“, „ländliche Dienstleistungszentren (MarktTreffe)“ und Maßnahmen der „Dorferneuerung“ gefördert. Die von der Bevölkerung formulierten Entwicklungsziele sollen zur „Vitalisierung der ländlichen Räume“ beitragen und Arbeitsplätze sichern bzw. neue schaffen. Die LSE erhält im Förderungsverfahren eine Schlüsselstellung. Seit 1995 ist sie Voraussetzung für jedes Dorfentwicklungsverfahren. *„Sie ist der Handlungsrahmen für die Entwicklung der Region und sie ist zugleich die Basis für die Realisierung der Maßnahmen.“*⁴⁰

Der Begriff „Region“ wird in allen Papieren willkürlich und undifferenziert angewandt. Bei der LSE ist die Region ein Amt, bei den später eingeführten „AktivRegionen“ sind es mehrere Ämter, dann wieder Kreise oder Landesteile.

Ein besonderer Förderschwerpunkt im Programm ZAL ist „Biomasse und Energie“. Dazu sagt der Bericht: *„Im Zuge der von der Landesregierung verfolgten Nachhaltigkeitsoffensive stellt u.a. die effiziente und ressourcenschonende Deckung unseres Energiebedarfes ein wesentliches Handlungsfeld dar. Neben der Windkraft und Sonnenenergie will die Landesregierung dabei die Biomasse zur zweiten Säule bei der Nutzung regenerativer Energien ausbauen.“* Energieträger sollten vorrangig Reststoffe aus Land- und Forstwirtschaft, Ernährungsin-

⁴⁰ Siehe 4.4.1. „LSE Eggebek“ und 4.4.2. „LSE Oeversee“

dustrie und Handwerk sein. Von Biogasanlagen, die nur mit Mais oder Getreide ohne Ausnutzung der Abwärme betrieben werden, war damals noch nicht die Rede.

Die Regionen des Ziel-2-Gebietes erhalten Fördermittel zur Bewältigung des Strukturwandels, der durch schrumpfende Wirtschaftszweige ausgelöst wurde. Für den Kreis Schleswig-Flensburg trifft dies sowohl für die Landwirtschaft als auch für das Militär zu.

4.8.7. Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein auf der Grundlage der Lissabon-Strategie

Die GA-Förderung gilt für strukturschwache Regionen. In Schleswig-Holstein gehörte u.a. der gesamte Landesteil Schleswig dazu. Für die EU-Förderperiode 2007 - 2013 hat die Landesregierung ein Förderprogramm mit dem Titel „Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein“ aufgelegt. Die Landesregierung erklärt in ihren Veröffentlichungen dazu:

„Das Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein ist das größte Förderprogramm in der Geschichte des Landes. Rund 1,4 Milliarden Euro an öffentlichen Fördergeldern stehen für die Jahre 2007 bis 2013 bereit, mit denen ein Investitionsvolumen von mehr als drei Milliarden Euro bewegt werden soll:

- Für die Wirtschaft und die Regionen in Schleswig-Holstein.*
- Für mehr Innovation, mehr Wachstum und mehr Beschäftigung.*
- Für Investitionen in unser Land und in die Zukunft der Bürgerinnen und Bürger.“*

Die Landesregierung glaubt durch dieses Programm den „Dreiklang Sparen, Reformieren, Investieren“ zu erfüllen. Daher sollen die zentralen Förderprogramme neu geordnet und die Einzelprogramme unter einem Dach vereinigt werden:

- das Zukunftsprogramm Wirtschaft,*
- das Zukunftsprogramm Arbeit,*
- das Zukunftsprogramm Ländlicher Raum,*
- das Zukunftsprogramm Fischerei.*

„Mit dem Zukunftsprogramm schafft die Landesregierung einen einheitlichen Förderrahmen, um wirtschaftliche und gesellschaftliche Potenziale zu stärken und innovative Vorhaben zu unterstützen. Das Ziel sind mehr Arbeitsplätze und gesellschaftlicher Wohlstand im ganzen Land.“ (DER MINISTERPRÄSIDENT DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN, 2006, S.1)

Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes hat am 13.11.2006 zur Weiterführung der GA-Programme, die nun in dem neuen Zukunftsprogramm aufgehen werden, erklärt: *„Für die Durchführung der GA-Förderung sind die Länder zuständig. In Schleswig-Holstein findet ab 2007 eine Einbindung als Programm- und Finanzierungsbestandteil im Zukunftsprogramm Wirtschaft statt. Die GA-Förderung wird innerhalb der Grenzen des GA-Fördergebietes als Finanzierungsbeitrag für das Zukunftsprogramm Wirtschaft im Zeitraum 2007 – 2013 mit rund 173 Millionen Euro eingeplant und*

- zum Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur eingesetzt,*
- zur Förderung von Regional- und Clustermanagements genutzt,*
- für betriebliche Investitionsförderungen verwendet,*
- zur Verstärkung der nichtinvestiven, innovativen Förderungen des Zukunftsprogramms Wirtschaft benötigt.“*

Zu den vom Land bereit gestellten Mitteln kommen 374 Mio. Euro aus EFRE- und 173 Mio. Euro aus GA-Mitteln. Allerdings wurde die alte Förderkulisse aufgelöst, so dass nunmehr das gesamte Land zum Fördergebiet gehört. Als Begründung erklärt die Landesregierung:

„Übergeordnetes Ziel des Zukunftsprogramms Wirtschaft ist die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit sowohl des Wirtschaftsstandorts Schleswig-Holstein als auch der schleswig-

holsteinischen Unternehmen und damit einhergehend auch eine Steigerung der Beschäftigung.“ Erreicht werden soll dies durch eine Kombination aus effektivitäts- und ausgleichsorientierter Förderpolitik. Konkret heißt das: „Es werden zum einen gezielt vorhandene Stärken und Wachstumspotentiale ausgebaut, insbesondere durch noch mehr Investitionen in die Zukunftsthemen Innovation und Wissen. Zum anderen werden aber in strukturschwachen Regionen auch weiterhin Projekte zum Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur gefördert. Dies dient dem Ausgleich bestehender Nachteile in diesem Bereich und verbessert die Bedingungen für einen wirtschaftlichen Aufholprozess gegenüber strukturstärkeren Regionen.

Ermöglicht wird diese passgenaue Förderstrategie für alle Teile Schleswig-Holsteins durch die Erweiterung der EFRE-Fördergebietskulisse auf das ganze Land. Und die deutliche Erhöhung der Fördermittel sowohl seitens der EU als auch des Landes sorgt dafür, dass trotz zusätzlicher Fördermöglichkeiten für die wirtschaftlich starken Regionen die strukturschwächeren Gebiete nicht benachteiligt werden, sondern ebenfalls von der neuen Förderkonzeption profitieren.“ (MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, WISSENSCHAFT UND VERKEHR, 2006, S.1).

Die Erklärungen zum „Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein“ machen deutlich, dass die Landesregierung in ihrer Förderpolitik einen Paradigmenwechsel vorgenommen hat. Nun steht nicht mehr der Abbau der Strukturschwäche bestimmter Regionen im Mittelpunkt, sondern das wirtschaftliche Wachstum, egal ob im Hamburger „Speckgürtel“ oder in einem Koog an der Westküste. Es bleibt offen, ob dieser Wechsel durch die Einsicht erfolgt ist, dass selbst mit vielen Millionen ausgestattete Förderprogramme in Jahrzehnten den Abstand zu prosperierenden Regionen nicht wesentlich verringern konnten, oder ob dieser Wechsel durch die neue Förderpolitik der EU ausgelöst wurde, die ihre Förderschwerpunkte auf die Metropolregionen verlegt hat. Angesichts des Nachholbedarfes der neuen Beitrittsländer sah sich die EU vor nicht mehr zu bewältigende Ausgaben gestellt, wenn in diesen Ländern nach dem gleichen Muster wie bisher gefördert werden sollte. Wirtschaftliche Entwicklung wird „... nicht mehr vorrangig in den Dienst des Ausgleichsziels gestellt, ... aber das Entwicklungskonzept bedarf einer abgeschichteten Ergänzung des Metropolregionenansatzes. Das Leitbild zielt letztlich darauf ab, auf breiter räumlicher Front ‚Stärken zu stärken‘ (und nicht in enger räumlicher Begrenzung die ‚Starken zu stärken‘)“ (BMVBW, 2005, S. 23/24).

Für die Durchführung des Zukunftsprogramms Wirtschaft wurde für den Landesteil Schleswig am 31.10.2006 die Entwicklungsagentur Nord (EA-Nord) von den Kreisen Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und der Stadt Flensburg gegründet. Zweck der Gesellschaft ist laut Gesellschaftsvertrag „... die Förderung der Allgemeinheit sowie das Zusammenwachsen des Wirtschaftsraumes Landesteil Schleswig.“ Die Entwicklungsagentur-Nord betreut auch die INTERREG-Projekte und das Regionalmanagement Deutschland/Dänemark. Für grenzüberschreitende Projekte (Interreg) stellt die EU im Zeitraum von 2007 – 2013 44 Mio. Euro zur Verfügung.

Zum Verständnis der veränderten Förderpolitik muss die sogenannte „Lissabon-Strategie“ erläutert werden. Auf einem Sondergipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs im März 2000 in Lissabon wurde ein Programm verabschiedet, das das ehrgeizige Ziel verfolgte, die Europäische Union bis zum Jahre 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen.

Mit dieser Strategie will die EU „... im Rahmen des globalen Ziels der nachhaltigen Entwicklung ein Vorbild für den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritt in der Welt sein.“ Die Produktivität und die Innovationsgeschwindigkeit sollen durch verschiedene Maßnahmen so erhöht werden, dass sie mit den Konkurrenten in Japan und in den USA mithalten kann.

Das Programm hatte als Hauptziele die wirtschaftliche, soziale und ökologische Erneuerung in den Bereichen:

- Innovation als Motor für Wirtschaftswachstum,
- die „Wissensgesellschaft“,
- soziale Kohäsion (Angleichung) und Umweltbewusstsein.

Diese Ziele wurden als Lissabon-Agenda der Nachhaltigkeit festgelegt.

Schon nach wenigen Jahren wurde allerdings klar, dass diese Ziele nicht zu erreichen waren, da der Wachstumsabstand zu den USA nicht kleiner, sondern größer wurde. Der ehemalige niederländische Premierminister Wim Kok wurde beauftragt, einen Zwischenbericht vorzulegen. Kok kritisierte: *„Die Europäische Union läuft Gefahr, ihr ehrgeiziges Ziel zu verfehlen, bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu werden, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem sozialen Zusammenhalt zu erzielen“* (Kok-Report, 2003). Er fordert verstärkte und besser koordinierte Reformanstrengungen. Es fällt auf, dass Kok nur auf ein stetiges Wirtschaftswachstum fixiert ist, das durch bessere Ausbildung der Arbeitnehmer, mehr Leistung und Flexibilität sowie durch Abbau von Vorschriften erreicht werden soll. Von Nachhaltigkeit und Ökologie ist in seinem Report nichts zu finden.

Wie zu erkennen ist, hat die Landesregierung ihre Wachstumsvorstellungen an der Lissabon-Strategie ausgerichtet, weil diese Grundlage der Förderprogramme der EU geworden ist. Fördergelder kann nur das Land erhalten, das sich diesen Zielen unterwirft.

4.8.8. Regional Governance im Zukunftsprogramm Ländlicher Raum

Das „Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein“ (Wirtschaft, Arbeit, Ländlicher Raum, Fischerei) macht in seinem Unterabschnitt „Zukunftsprogramm Ländlicher Raum“ Aussagen, die für die Entwicklung des Untersuchungsgebietes wichtig sind.

Das „Zukunftsprogramm Ländlicher Raum 2007 – 2013“ (ZLR) soll die EU-Politik zur ländlichen Entwicklung in Schleswig-Holstein umsetzen (ELER-VO Europäischer Landwirtschaftsfond für die Entwicklung des ländlichen Raums). Der Ministerpräsident und der zuständige Fachminister (Ministerium für Landwirtschaft; Umwelt und ländliche Räume – MLUR) haben auf einer Auftaktveranstaltung am 28. Juni 2007 in Eggebek dieses Programm vorgestellt.

Danach verfolgt das Programm vier Ziele, die gemeinsam die Lebensqualität im ländlichen Raum verbessern sollen:

1. Steigerung der Wirtschaftskraft sowie Sicherung und Steigerung der Beschäftigung
2. Verbesserung des Bildungsstandes
3. Verbesserung der Umweltqualität
4. Verbesserung der Lebensverhältnisse

Diese Ziele sollen durch drei Programmschwerpunkte erreicht werden:

1. Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft (Schwerpunkt 1)
2. Verbesserung der Umwelt und der Landschaft (Schwerpunkt 2)
3. Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft (Schwerpunkt 3)

Diese drei Schwerpunkte werden durch einen vierten methodischen ergänzt, der „*Umsetzung der „LEADER-Methode“ in sogenannten „AktivRegionen.*“⁴¹

LEADER (frz. *Liaison entre actions de développement de l'économie rurale*, dt.: *Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft*) ist ein Förderkonzept der EU seit 1991, das als Gemeinschaftsinitiative LEADER+ von 2000 – 2006 zusammen mit den Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen (LSE 1994 – 2006) die ländliche Regionalentwicklung in Schleswig-Holstein prägte.

Die LEADER-Methode

- setzt auf selbst organisierte Regionen mit gemeinschaftlicher Verantwortung privater und öffentlicher Akteure,
- ermöglicht den Regionen die Entscheidung über ein eigenes Budget
- wird auf größere Regionen ausgerichtet.

Durch einen hohen Qualitätsstandard der Projekte soll die regionale Wirtschaftskraft gestärkt und damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden (MLUR, 2006).

Das Land Schleswig-Holstein fördert die flächendeckende Bildung von AktivRegionen, die Anfang 2008 von der Landesregierung bestätigt werden sollten. Die AktivRegionen sind ein freiwilliger Zusammenschluss von Ämtern und nicht-amtsangehörigen Gemeinden. Sie können die Kreisgrenzen überschreiten. Voraussetzung für die Anerkennung sind:

- Größe von 50.000 bis 100.000 Einwohnern
- Vorlage einer integrierten Entwicklungsstrategie
- Bildung einer öffentlich-privaten Partnerschaft als lokale Aktionsgruppe (LAG), wobei mindestens 50 Prozent Wirtschafts- und Sozialpartner sein müssen.

Jede LAG erhält je nach Größe ein Grundbudget von ca. 300.000 Euro EU-Mitteln im Jahr, die einer 50-prozentigen Kofinanzierung bedürfen, die die öffentliche Hand oder vergleichbare Einrichtungen aufbringen müssen. Projekte, die das Grundbudget überschreiten, stehen in einem landesweiten Wettbewerb, und können aus anderen Fördertöpfen gefördert werden.

Von der Leistungsfähigkeit der Lokalen Aktionsgruppen wird der Erfolg in den AktivRegionen abhängen: „*Sie müssen territorial orientierte Akteure (Kommunalpolitiker) mit funktional orientierten (Unternehmern, Verbände) zu kollektivem Handeln vereinen, sie müssen kompetitive Akteure mit kooperativen Akteuren zusammenbinden, sie müssen Akteure, die hierarchische Steuerung gewohnt sind, mit denen integrieren, die sich von solidarischem und ideellem Handeln leiten lassen, und sie müssen Akteure mit lokalistischer Orientierung mit solchen zusammenführen, die ihre Handlungsorientierung primär außerhalb der Region haben*“ (FÜRST, 2004, S.49). Auch wegen der finanziellen Restriktionen der öffentlichen Hände müssen Kommunen in größeren Einheiten denken und handeln (KATZ, 2001). Erforderlich sei eine verstärkte interkommunale und regionale Kooperation, wobei praktikable Strategien und Lösungen regionalspezifisch zu entwickeln seien. Herausforderungen und Erfolgsfaktoren müssen erkannt, in Handlungsstrategien umgesetzt und konsequent realisiert werden.

Die Initiative AktivRegion will die Gemeinschaft, die Lebensqualität und die Wirtschaftskraft in den ländlichen Räumen stärken. Dazu sollen die Menschen zu mehr Eigeninitiative ermutigt und neue Partnerschaften mobilisiert werden.

Um dies zu erreichen wird Folgendes gefördert:

⁴¹ Siehe 7.2.2. „AktivRegion Eider-Treene-Sorge“

- Mitarbeit von Bürgerinnen und Bürgern bei der Erarbeitung der integrierten Entwicklungsstrategie für die AktivRegion,
- Regionalmanagement im Rahmen der AktivRegion,
- Aufbau dauerhafter regionaler Netzwerke von Bürgern, Vereinen, Unternehmen und Kommunen,
- Schulung und Weiterbildung von Bürgerinnen und Bürgern zur Umsetzung der Entwicklungsstrategie.

Die Bildung der AktivRegionen ist der Versuch, Erkenntnisse der Regional-Governance-Forschung in der Praxis umzusetzen. „Dabei geht es vor allem um

die Stärkung der Entwicklungsaufgaben der Regionalplanung,

die Förderung der Selbststeuerung komplexer Netzwerke aus privaten und öffentlichen Akteuren, und dies vor allem durch

den Einsatz kooperativer Handlungsformen sowie wettbewerbsorientierte Instrumente“ (BBR, 2003, S.1)

„Die Akteure in den strukturschwachen ländlichen Regionen sollen durch das Förderprogramm motiviert werden, selbst zur Verbesserung ihrer regionalspezifischen wirtschaftlichen Situation beizutragen und positive Entwicklungen selbständig anzustoßen. Die Aktivierung des endogenen vorhandenen Potenzials zum Aufbau einer dauerhaften Regionalentwicklungsstrategie ist das Ziel von LEADER + “ (BÖCHER, 2003, S. 239).

FÜRST (2003, S. 441) begründet den Paradigmenwechsel u.a. damit: *„Milieueffekte helfen beim beschleunigten Strukturwandel in eine ungewisse Zukunft, regionale Vorteile der Lebensqualität und die durch Clustereffekte sowie Agglomerationseffekte entstehende Optionsfülle eines Raumes werden immer wichtiger und können von einzelnen Gemeinden zunehmend weniger angeboten werden. (Es) entstehen immer mehr neue Aufgaben oder werden traditionelle Aufgaben mit neuen Lösungen besetzt, die nicht mehr auf Gemeindeebene zu erfüllen sind: ÖPNV, Abfallwirtschaft, Energiewirtschaft, Freiraumpolitik. Arbeitsmarktpolitik zeigen neue Ansätze, die auf regionaler Ebene zu bearbeiten sind. Die Bindungen der Menschen an ihre Gemeinde als Folge der großräumigen Pendlerverflechtungen (haben sich) gelöst. Immer mehr formieren sich Vernetzungen über Gemeindegrenzen hinweg, die auch den Blick für die großräumigen Bezüge öffnen.“* Die Gemeinden bremsen die regionale Selbststeuerung, weil sie *„...darauf achten, dass sich keine neue regionale politisch administrative Entscheidungsebene bildet, die ihnen Autonomie in ungewünschter Weise streitig machen könnte“ (ebd., S.442).*

Auch KNIELING (2003, S.473) sieht Umsetzungsprobleme, wenn das Regionsbewusstsein fehlt: *„Wenn der Bezug zur Region im Denken der kommunalen Akteure wenig ausgeprägt ist und die Region keinen besonderen Wert darstellt, wird es schwer, die Akteure für ein gemeinsames regionales Handeln zu motivieren, vor allem wenn sie dafür Einschränkungen in Kauf nehmen müssen.“*

In Kapitel 7.2.1. (Bildung der Aktivregionen) wird auf dieses Problem im Untersuchungsgebiet eingegangen, weil Gemeinden und Ämter zu Regionen vereinigt wurden, die bisher keine Berührungspunkte hatten. Hier wird die Bildung einer Regionsidentität einen langen Vorlauf benötigen, weil erfahrungsgemäß die *„Vernetzung gesellschaftlicher Akteure“* ein schwieriger Prozess ist.

Um die Grundversorgung im ländlichen Raum zu sichern und um die Wirtschaftskraft zu stärken, werden u.a. gefördert: Nahversorgungsmodelle, Vermarktung regionaler Produkte, innovative Beschäftigungsfelder, ländlicher Tourismus und die Weiterbildung für Unterneh-

men und Verbände. Das für das Programm verantwortliche MLUR hat im März 2006 die Rambøll Management GmbH aus Hamburg mit einer Ex-ante-Bewertung beauftragt, um Fehlinvestitionen zu vermeiden. Die Bewertung sollte folgende Fragen beantworten:

- Stellt das Programm eine geeignete Strategie dar, um den Herausforderungen zu begegnen, vor denen die Region oder der Sektor steht?
- Ist die Strategie sorgfältig ausgearbeitet, mit eindeutig definierten Zielen und Schwerpunkten, und können diese Ziele mit den einzelnen Schwerpunkten zugeteilten Finanzmitteln realistischweise erreicht werden?
- Steht die Strategie mit den Politiken auf regionaler und nationaler Ebene (einschließlich dem einzelstaatlichen strategischen Rahmenplan) sowie mit den Politiken auf der Gemeinschaftsebene im Einklang? Welchen Beitrag leistet die Strategie zur Verwirklichung der Ziele von Lissabon?
- Wurden für die Ziele geeignete Indikatoren bestimmt und können diese Indikatoren und deren Zielgrößen als Grundlage für die künftige Begleitung und Leistungsbewertung dienen?
- Welche quantifizierbaren Auswirkungen wird die Strategie haben?
- Sind die Durchführungssysteme dazu geeignet, die Ziele des Programms zu erreichen? (Abschlussbericht Ex-ante Evaluierung November 2006)

In einer soziökonomischen Analyse sind die

- Siedlungs- und Raumstruktur,
- Bevölkerungsstruktur und –entwicklung,
- Wirtschaftliche Situation,
- Arbeitsmarkt und Einkommen

für die Bereiche

- Land- und Ernährungswirtschaft,
- Landnutzung und Umwelt,
- Ländliche Wirtschaft und Lebensqualität,
- Regionale- und kooperative Planungs- und Entwicklungsansätze in Schleswig Holstein

untersucht worden.

Des weiteren wurde eine SWOT-Analyse (Strengths – Weaknesses – Opportunities – Threats Stärken – Schwächen – Chancen – Risiken) durchgeführt.

Die Prüfer haben auch die finanzielle Ausstattung des Programms untersucht, bewertet und mit der vorhergehenden Förderperiode verglichen.

Rambøll Management kommt zu dem Ergebnis, dass „... *die Landwirtschaft nach wie vor ein zentraler Entwicklungsfaktor für den ländlichen Raum*“ ist. Wettbewerbsfähige Betriebe (Schwerpunkt 1) sind die Voraussetzung für die Wertschöpfung in der Veredelung und für Erwerbsmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft. Die Manager sehen Rückkopplungsketten, weil „*Maßnahmen zum Schutz des Natürlichen Erbes und der integrierten ländlichen Entwicklung ... positive Wirkungen auf Landwirtschaft und Umwelt*“ erwarten lassen. „*Die natur- und umweltgerechte Landnutzung setzt wiederum an der Landwirtschaft an, verfolgt*

aber genauso den Schutz der Naturressourcen, wodurch wieder das ländliche Erbe gesichert wird.“

Für die Agrarinvestitionsförderung sollen 15,19 Mio. Euro ELER-Mittel (ca. 6 Prozent der gesamten Programm-Mittel) zur Verfügung gestellt werden. Sie dienen der Rationalisierung und Vergrößerung der Betriebe. Kapazitätserweiternde Investitionen (Schweine, Geflügel) können im Gegensatz zu früher gefördert werden. Das MLUR erhofft sich ein Gesamtinvestitionsvolumen von 430 Mio. Euro.

Die Förderung der Verarbeitung und Vermarktung von Produkten der Land- und Forstwirtschaft gilt nur für kleine und mittlere Unternehmen. Weil nur mit 80 Förderfällen gerechnet wird, erwartet man ein Investitionsvolumen von 80 Mio. Euro.

Mit der Verbesserung der Infrastruktur werden die klassischen Aufgaben der Flurbereinigung gefördert. Aber auch die Nutzungskonflikte zwischen Naturschutz und Landwirtschaft sollen durch entsprechende Ausgleichszahlungen minimiert werden. Da die ländlichen Räume voll erschlossen sind, werden nur noch Wegebaumaßnahmen mit multifunktionalem Charakter gefördert.

Der Erhalt der Kulturlandschaft (Schwerpunkt 2) soll durch den hohen Finanzanteil für Agrarumweltmaßnahmen (AUM) gefördert werden. Der Mittelansatz wurde von 26,4 Mio. Euro (2000 – 2006) auf 61,2 Mio. Euro erhöht. Der Vertragsnaturschutz findet vor allem in Natura 2000-Gebieten und in ausgewiesenen Naturschutzgebieten Anwendung, z.B. auch in der „Oberen Treenelandschaft“. Der Vertragsnaturschutz soll Grünlandökosysteme erhalten, die ohne Förderung entweder intensiv genutzt oder in Ackerland umgewandelt würden.

Die Förderung ökologischer Anbauverfahren kann nur begrenzt ausgeweitet werden, da für über 400 Betriebe (ca. 25.000 ha) Altverpflichtungen bestehen. Das Programm stellt die vielfältigen positiven Wirkungen dieser Maßnahme heraus, die reduzierte Einträge von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln, bodenschonende Bearbeitung und geschlossene Betriebsabläufe zur Folge haben. Dadurch werden die Biodiversität erhöht, Boden und Wasser geschont und das Landschaftsbild verbessert.

Durch die Reduzierung der Stoffeinträge in Gewässer soll die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) erreicht werden. Diese Richtlinie sieht zwingend vor, dass die eigendynamische Entwicklung der Gewässer durch eine Verringerung des Sediment- und Nährstoffeintrages unterstützt wird. Eine intakte Umwelt ist auch Voraussetzung für die touristische Anziehungskraft des ländlichen Raums.

Neben der Verbesserung der Umwelt sind weitere Maßnahmen erforderlich, um die Lebensqualität zu erhalten bzw. zurückzugewinnen (Schwerpunkt 3). Ein Maßnahmenbündel soll der integrierten ländlichen Entwicklung dienen. Dazu gehören neue Erwerbsmöglichkeiten (Diversifizierung, Tourismus), Erhalt von Dorfstrukturen und Dienstleistungen. Durch Verbesserung des ländlichen Naturerbes soll die Naturqualität erhalten bzw. wieder hergestellt werden. Integraler Bestandteil der Förderung soll der Aufbau integrierter regionaler Netzwerke (AktivRegion) sein.

Bereits in der vergangenen Förderperiode wurde im Rahmen der Diversifizierung die Initiative Biomasse und Energie durch das ZAL-Programm gefördert. Im ZLR werden die EU-Mittel deutlich von 3,9 auf 8,4 Mio. Euro angehoben. In Schleswig-Holstein werden einzelbetriebliche Biogasanlagen nur noch dann gefördert, wenn trotz der Einspeisevergütungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) noch eine Finanzierungslücke (Fehl Betragsfinanzierung) besteht. Gefördert werden Gebietskörperschaften und private Investoren – Landwirte wie Nicht-Landwirte.

Rambøll Management sieht Konfliktpotential in dieser Initiative, weil bereits jetzt in Schleswig-Holstein die Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen gestiegen sind. Vor allem die Futterbaubetriebe auf der Geest bekommen zu spüren, dass durch die subventionierten Abnahmepreise für Biogasenergie der Anbau von Energiepflanzen (Mais) rentabler sein kann als der von Futterpflanzen. *„Die Förderung des ZLR darf nicht in eine Konkurrenz ‚Biogas oder Kuh‘ führen. Dies wäre nur gewährleistet, wenn ausschließlich ‚Nebenprodukte‘ der Nahrungs- und Futtermittelerzeugung in den geförderten Biogasanlagen verwertet werden dürfen.“*⁴²

Kritische Hinweise auf das Erreichen anderer Ziele gibt Rambøll Management auch zur „Wettbewerbsfähigkeit“. Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in der Landwirtschaft bedeutet – wie in anderen Wirtschaftszweigen auch – Rationalisierung, Substitution von Arbeit durch Kapital, Steigerung der Produktivität durch größere Betriebe und eine weitere Abnahme der in der Landwirtschaft tätigen Erwerbspersonen. Seit 1999 ist die Anzahl der Betriebe deutlicher als zuvor zurückgegangen, von 2003 bis 2005 nochmals um 5,4 Prozent. Die Betriebe zwischen 20 und 100 ha nehmen ab, die über 100 ha zu.⁴³

Der Wirkungsindikator Verbesserung der Lebensqualität ist vom MLUR eingeführt worden. Die Bevölkerung soll befragt werden, ob sich ihre Lebensverhältnisse durch das Förderprogramm positiv verändert haben. Es kann erwartet werden, dass sich durch den ländlichen Wegbau, die Dienstleistungseinrichtungen, die Dorferneuerung und den Erhalt des ländlichen Kulturerbes die Lebensqualität verbessert.

Für die Wirksamkeit des Programms spielt die sogenannte „Hebelwirkung“ eine entscheidende Rolle. Diese wird mit 2,07 angegeben, d.h., dass mit einem Euro Fördergeld 1,07 Euro zusätzliche private Investitionen ausgelöst werden. Bei einem Mitteleinsatz von 476 Mio. Euro würde danach ein Investitionsvolumen von 987 Mio. Euro ausgelöst werden, das einen „gemeinschaftlichen Mehrwert“ in Schleswig-Holstein schaffen würde. Da hierbei Folgeinvestitionen und Multiplikatoreffekte noch nicht berücksichtigt werden können, ist das induzierte Investitionsvolumen noch höher einzuschätzen. Dieser Mehrwert müsste im Lande sichtbar werden.

Zur Umsetzung der drei Schwerpunkte sollen die AktivRegionen beitragen, weil die Vergabe der Mittel für konkrete Bedürfnisse vor Ort besonders effizient sei. Rambøll Management fasst zusammen:

„Es wird also entscheidend auf den jeweiligen lokalen/regionalen Bedarf bzw. Willen ankommen. Die lokalen Potenziale zu erschließen, zu bündeln und auf einander abzustimmen, wird – ganz im Sinne der Strategischen Leitlinien – Aufgabe von AktivRegion sein. Insofern ist aus Sicht von Rambøll Management die Übereinstimmung der Zielsetzungen des 3. Schwerpunktes mit den Strategischen Leitlinien vollständig gegeben. Die Strategie des ZLR ist also kohärent mit den Zielen der Strategischen Leitlinien.“

Die Strategischen Leitlinien der EU vom 20. Februar 2006 bilden zusammen mit dem Nationalen Strategieplan die Grundlagen für die Entwicklung des ländlichen Raums und müssen daher vom ZLR Schleswig-Holsteins eingehalten werden.

⁴² Diese Problematik wird ausführlich beim Thema „Bioenergie-Park Eggebek“ (2.7.3.) behandelt.

⁴³ Siehe 1.6. „Landwirtschaft“.

5. Die Gemeinden im Rechts- und Planungssystem

5.1. Aufgaben der Gemeinden

Die zwölf Gemeinden in den Ämtern Eggebek und Oeversee sind selbständig. In Artikel 28, Abs.2 des Grundgesetzes ist die kommunale Selbstverwaltung festgelegt: *„Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“* Sie sind damit eine wichtige Säule unseres Staatsaufbaues, weil sie den Aufbau der Demokratie von unten nach oben wieder spiegeln. Um die kommunale Selbstverwaltung zu gewährleisten, erhalten die Gemeinden eigene Entscheidungsmöglichkeiten. Dazu gehören:

- Die Personalhoheit (Recht der Gemeinden, Personal auszuwählen, einzustellen und zu entlassen).
 - Die Organisationshoheit (eigene Gestaltung des Verwaltungsaufbaus).
 - Die Planungshoheit (Aufstellen von Bauleitplänen u.ä.).
 - Die Rechtsetzungshoheit (Aufstellen von Satzungen).
 - Die Finanzhoheit (eigene Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft).
 - Die Steuerhoheit (Erhebung gesetzlich vorgeschriebener Steuerarten).
- (WEHLING, 1994)

Die meisten Gemeinden, vor allem die kleineren, können diese Rechte mangels ausreichender Steuerkraft nicht oder nur zum Teil wahrnehmen. Außerdem schränken Gesetze des Bundes und der Länder die Befugnisse der Kommunen derartig ein, dass sie nicht dem Anspruch des Grundgesetzes gerecht werden können. Der „einfache“ Kommunalpolitiker erhält immer geringere Entscheidungsmöglichkeiten. Die Einarbeitung in den Wust der vielfältigen Gesetze, Erlasse und Bestimmungen ist von Ehrenamtlern kaum zu leisten.

Die Selbstverwaltung der meisten schleswig-holsteinischen Gemeinden steht nur auf dem Papier, denn sie werden nicht von einem Gemeinderat, Gemeindeamt oder einem Bürgermeister verwaltet, sondern von einem Amt und einem „Leitenden Verwaltungsbeamten“ (LVB). Die Ämter wurden in Schleswig-Holstein 1947 geschaffen und sind die Verwaltungseinheit für Gemeinden unter 1.000 Einwohnern. Ihre Mindestgröße soll 5.000 Einwohner betragen. Die Bürgermeister der Gemeinden und andere Gemeindevertreter (abhängig von der Einwohnerzahl) bilden den Amtsausschuss als oberstes Willensbildungs- und Beschlussorgan. Da seine Mitglieder nicht direkt von den Bürgern gewählt werden, ist er ein kollegiales Vertretungsorgan, weil die Ämter keine Gebietskörperschaften sind, sondern eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes (Gemeindeordnung des Landes Schleswig-Holstein). In der Amtsverwaltung sitzen ausgebildete Fachleute, die die wichtigsten Angelegenheiten der Bürger regeln können. In den Gemeinden gibt es keine Verwaltung mehr, selbst die Sprechstunden der Bürgermeister werden häufig im Amtshaus abgehalten.

Ämterordnungen gibt es nur in wenigen Bundesländern. Ihre Rechtsgrundlagen sind sehr unterschiedlich. In Schleswig Holstein fehlt wegen der geringen Größe des Landes die sogenannte Mittelinstanz (Bezirke) zwischen der Landesregierung und den Kreisen und kreisfreien Städten. Darunter gibt es Städte und größere amtfreie Gemeinden und die in Ämtern zusammengefassten Gemeinden.

Die Ämterordnung Schleswig-Holsteins ist nach Auffassung des Verfassers eine Hilfskonstruktion, um Klein- und Kleinstgemeinden die formale Selbständigkeit zu erhalten, obwohl wegen ihrer geringen Handlungsmöglichkeiten längst größere Einheiten hätten gebildet werden müssen. Gebietsreform, vor allem die Gemeindefusion, wird in der Literatur sehr kritisch

gesehen (HENKEL/TIGGEMANN, 1990; HENKEL, 1995)⁴⁴. Durch die Zusammenlegung von Gemeinden verringert sich die Zahl der ehrenamtlichen Kommunalpolitiker. Dadurch würden Kompetenz, Verantwortung und lokaler Sachverstand verloren gehen (HENKEL, 1995, S. 272). *„Die heutigen (verbliebenen) Parlamentarier in den Großgemeinderäten sind vielfältigen Interessen- und Zeitkonflikten ausgesetzt. Sie haben die unterschiedlichsten Gegebenheiten und Wünsche im eigenen Dorf, der übrigen Dörfer, des Zentralortes sowie der Gesamtgemeinde zu berücksichtigen und befinden sich oft in einer schwierigen Entscheidungssituation, die zu ständigem Taktieren ... zwingt“* (ebd. S. 273). HENKEL schreibt weiter: *„Die Konsequenz der nun fehlenden lokalen Selbstbestimmung ist der politisch teilnahmslose Dorfbewohner bzw. sein Rückzug ins Private und Vereinsleben. Nicht nur für den ländlichen Raum, für den Staat insgesamt hat die Gebietsreform somit einen gewaltigen Demokratieverlust ausgelöst.“*

Der Autor beurteilt die Situation anders. Es ist wichtig, dass die Kommunalpolitiker „... die unterschiedlichsten Gegebenheiten und Wünsche ...“ abwägen müssen, um das für die Region schädliche Kirchturmsdenken zu überwinden. Den Demokratie-Begriff sollte man nicht auf die Teilnahme an Gemeindewahlen verengen. Die Wahlbeteiligung auch und gerade bei Kommunalwahlen hat erschreckend abgenommen. Selbst das brisante Thema „Windkraft-Giganten“ hat in Eggebek nicht zu einem signifikanten Anstieg der Wahlbeteiligung geführt. Gerade in ehemaligen selbständigen Gemeinden gibt es eine Fülle von Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten, die für die Gesellschaft wichtiger sind als das formale Kreuz auf dem Wahlzettel. Gelebte Demokratie bedeutet auch Abschied von der Versorgungsmentalität zu nehmen, an die sich große Teile der Bevölkerung aufgrund politischer Wahlversprechen gewöhnt hatten. Nachbarschaftshilfe, mehr Für- und Miteinander, Dorffeste, Kinderbetreuung und Hilfe bei Besorgungen sind unabhängig vom politischen Zuschnitt einer Gemeinde.

Daneben gibt es auch weiterhin formale Mitwirkungsmöglichkeiten, wie die Einrichtung von Ortsbeiräten, Bürgerversammlungen oder die Gründung einer Bürgerinitiative. Immer wieder wird die zunehmende Entfernung der Einwohner zu „ihrer“ Verwaltung beklagt. Es könnte der Eindruck entstehen, dass die Verwaltung für die tägliche Daseinsbewältigung von zentraler Bedeutung ist. Welches Menschenbild wird hier transportiert? Der alte gebrechliche Mensch, der in Ermangelung einer Fahrgelegenheit seinen Pass nicht verlängern kann?

Jeder möge für sich prüfen, wie oft er im Jahr eine Verwaltung aufsuchen muss. Da die Verwaltung in Orten ansässig ist, in denen sich auch andere zentrale Einrichtungen befinden (Schule, Arzt, Geschäfte), lassen sich notwendige Tätigkeiten miteinander verbinden. Aufgrund der neuen Informationstechniken kann man auch viele Dinge „online“ erledigen.

Bei der Kritik am „neuen“ Zustand (Eingemeindung) muss überprüft werden, ob der „alte“ (Selbständigkeit) für die Bewohner ein mehr an Versorgung und öffentlichen Einrichtungen geboten hat. Vor allem muss immer wieder gefragt werden, wer die vielfältigen Wünsche bezahlen soll.

5.2. Funktion der Gemeinden

Den Gemeinden werden in den Regionalplänen Aufgaben zugewiesen, die sich im wesentlichen an ihren Funktionen orientieren. Dabei ist das „System der zentralen Orte“, das in seinen Grundzügen bereits 1933 von CRISTALLER entwickelt wurde, der entscheidende Faktor. Diese hierarchisch aufgebaute Einteilung der Gemeinden – vom ländlichen Zentralort bis zum Oberzentrum – weist diesen bestimmte Aufgaben zu, beschränkt sie aber gleichzeitig in ihrer vom Gesetz garantierten Planungshoheit. Dies gilt vor allem für Gemeinden, die keine Zentralitätsstufe besitzen. Das System soll sicherstellen, dass sich die Bevölkerung auch in dünn

⁴⁴ Zu diesem Thema gibt es umfangreiche Literatur. Um den Rahmen der Arbeit nicht zu sprengen, beschränkt sich der Autor auf wenige Kernaussagen.

besiedelten Gebieten in zumutbarer Entfernung mit den Gütern des täglichen Bedarfs versorgen kann. Die Landesplanung hat die Möglichkeit, Ansiedlungen von Betrieben und öffentlichen Einrichtungen zu steuern. Dies gelingt nicht in erster Linie durch Ge- und Verbote, sondern durch Fördergelder, Schlüsselzuweisungen und sogenannte Bedarfszuweisungen. Da die Gemeinden nicht über ausreichende Einnahmen verfügen, sind sie bei Infrastrukturmaßnahmen (Straßen- und Wegebau, Erschließung von Bau- und Gewerbegebieten) und beim Bau öffentlicher Einrichtungen (Kindergärten, Schulen, Gemeinschaftshäusern usw.) auf Zuschüsse angewiesen. Das Geld ist für die Landesplanung der entscheidende Hebel, um unerwünschte Entwicklungen zu verhindern bzw. gewünschte an den „richtigen“ Stellen zu fördern. In Schleswig-Holstein ist dieser Hebel besonders wirksam, weil *„... zentrale Orte in Schleswig-Holstein besondere Finanzzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich erhalten, um damit für die Erfüllung ihrer überörtlichen („zentralörtlichen“) Aufgaben besonders ausgestattet zu sein. Schleswig-Holstein hat damit als einziges Bundesland die räumliche Zentralitätssteuerung mit finanziellen Mitteln untermauert“* (DEUTSCHER GRENZVEREIN, 1992, S. 42). Es verwundert daher nicht, dass viele Gemeinden versuchen, in dieses System aufgenommen bzw. höher gestuft zu werden. Das System der zentralen Orte hat sich von der Grundlage der Regionalplanung immer mehr zur Grundlage der Finanzplanung entwickelt.

5.3. Raumordnungspläne

Landesplanung und Raumordnung sind in der Bundesrepublik hierarchisch aufgebaut. In einem Gegenstromprinzip werden Kreisentwicklungspläne – normalerweise für fünf Jahre – Regionalpläne (RPI) und Landesraumordnungspläne (LROPI) entwickelt. In den RPI und den LROPI werden die wirtschaftlichen, sozialen, landschaftlichen und kulturellen Ziele langfristig – in der Regel für 15 Jahre – des Landes festgelegt. An diesen Zielen muss sich die verbindliche Bauleitplanung orientieren, die durch Flächennutzungspläne und Bebauungspläne Satzungscharakter besitzt. Aufgrund des Landesnaturschutzgesetzes (§ 5, Abs.4 LNatSchG) müssen bei den Planungen Aussagen des Landschaftsrahmenplanes für den Planungsraum V berücksichtigt bzw. abgewogen werden. Die Gemeinden müssen nach § 6 dieses Gesetzes Landschaftspläne aufstellen, in denen Maßnahmen dargestellt werden, wie die Ziele des Naturschutzes erreicht werden sollen.

Der LROPI von 1998 (DIE MINISTERPRÄSIDENTIN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN, 1998) macht für das Untersuchungsgebiet folgende Aussagen:

Das gesamte Gebiet gehört zu den *„ländlichen Räumen“*, wobei die Pluralbildung deshalb gewählt wurde, um auf die Vielfältigkeit dieser Räume zu verweisen (ungefähr 80 Prozent des Landes). Der nordwestliche Teil des Landes gehört zu den *„abgelegenen strukturschwachen ländlichen Räumen“* Schleswig-Holsteins. *„Diese Räume liegen außerhalb des unmittelbaren Einzugsbereiches der großen Entwicklungszentren (große Oberzentren mit ihren Ordnungsräumen), und weisen geringe Siedlungs- und Arbeitsplatzdichten auf“* (ebd. S. 30). Diese Räume haben es schwer, sich im Wettbewerb der Regionen mit eigenständigen Entwicklungsspektiven zu behaupten.

„Durch die Auswirkungen des Truppenabbaus wird dieses Problem noch verschärft. Andererseits verfügen die ländlichen Räume über umfangreiche natürliche Ressourcen und weisen in der Regel geringere Umwelt- und Verkehrsbelastungen auf als die Ordnungsräume“ (ebd. S. 30). Dies ist der einzige Abschnitt, in dem – mehr oder weniger nebenbei – auf Probleme durch den Bundeswehrrabzug hingewiesen wird. Auch im Vorwort zum Regionalplan 2002 verliert die Ministerin kein Wort zu diesem Thema. Hier klafft eine große Lücke zwischen den Brandreden, die gehalten wurden, als es um den Erhalt der Standorte ging, und den Planungsvorstellungen.

Die Landesplanung sieht in den ländlichen Räumen Entwicklungsmöglichkeiten, die bisher nicht erkannt bzw. genutzt wurden. „*Mittels regionaler Stärken-Schwächen-Analysen lassen sich endogene Potentiale näher qualifizieren. ... Entscheidend ist die Kombination der Potentialfaktoren und ihre Umsetzung in kreative Prozesse und Innovationen. ... Eigenständige Regionalentwicklung erfordert in hohem Maße die Aktivität und Selbstverantwortung der Regionen*“ (ebd. S. 31). Dies soll durch koordiniertes und zielgerichtetes Handeln aller Politikbereiche und effizienten Mitteleinsatz erreicht werden.

Das Gebiet um den Sankelmarker See, den Treßsee und die Fröruper Berge ist als „*Raum mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft*“ ausgewiesen. Die Treene und die Bollingstedter Au bilden einen „*Schwerpunkt- und Verbundachsenraum*.“ Diese Räume „... *umfassen großräumige, naturraumtypische, reich mit naturnahen Elementen ausgestattete Landschaften sowie Verbundachsen*“ (ebd. S. 35). Sie sollen besonders gefährdete Tier- und Pflanzenarten schützen und die Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes sichern. Aus ihnen soll ein landesweites Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem entwickelt werden.

Das Treenetal und die Endmoränenzüge bilden einen „*Raum mit besonderer Bedeutung für Tourismus und Erholung*.“ In diesem Raum sollen Tourismus und Erholung weiterentwickelt werden, ohne „*landschaftliche Freiräume ... in ihren Funktionen zu beeinträchtigen*“ (ebd. S.38). Größere Bauvorhaben müssen sich in ihrer Gestaltung in die Landschaft und das Ortsbild einfügen.

Die Gemeinden Sankelmark und Oeversee gehören zum „*Stadt- und Umlandbereich in ländlichen Räumen*.“

Von den 12 Gemeinden des Untersuchungsgebietes hat außer dem Unterzentrum Tarp nur die Gemeinde Eggebek eine „*ergänzende, überörtliche Versorgungsfunktion*“ zugewiesen bekommen. Die übrigen Gemeinden sind „*funktionslos*“. Diese Aussagen des LROPl werden im RPl von 2002 präzisiert und erweitert.

Besonders herausgestellt ist das Naturschutzgroßprojekt „Obere Treenelandschaft“ im Raum Oeversee/Fröruper Berge, das zum Ziel hat, einen großen Ausschnitt der nordwestdeutschen Jungmoränenlandschaft zu entwickeln.⁴⁵ Der Kanoutourismus auf der Treene, der gefördert werden soll, muss „... *die Schutzwürdigkeit und Charakteristik des Raumes besonders berücksichtigen*.“

Zur wohnbaulichen Entwicklung schreibt der RPl vor, dass die Gemeinden, die nicht Schwerpunkt der Siedlungsentwicklung sind, ihre Wohneinheiten in 15 Jahren um 20 Prozent erweitern dürfen. Dies ist nach Auffassung des Autors das Eingeständnis der Landesplanung, die Siedlungsentwicklung in der Vergangenheit nicht richtig gesteuert zu haben. Angesichts der demographischen Entwicklung ist der 20-Prozent-Schlüssel kein Instrument, eine ungeordnete Bautätigkeit zu verhindern. Gemeinden, denen es gelungen ist, sich in der Vergangenheit an den Planungszielen vorbeizumogeln, indem sie mehr Einfamilienhausgebiete ausgewiesen haben als vorgesehen, werden nun nochmals „belohnt“.

Der RPl legt Gebiete fest, die für den „*Abbau oberflächennaher Rohstoffe*“ (Sand, Kies u.a.) besondere Bedeutung haben bzw. als Vorrangflächen ausgewiesen sind. Diese liegen nördlich von Wanderup beiderseits der B 200, bei Jörl und südlich von Sollerup. Eines dieser Vorranggebiete liegt unmittelbar am Naturschutzgebiet Rimmelsberg.

Von der dänischen Grenze bei Fröslee zieht sich über Wanderup, Eggebek im Bogen über Tarp und Jarplund zurück zur Grenze ein „*Gebiet mit besonderer Bedeutung für den Grundwasserschutz*.“ Hier befindet sich das Wasserwerk „Jägerkrug“, das viele Gemeinden im nördlichen Schleswig-Holstein mit Wasser versorgt.

⁴⁵ Siehe 8.2.1. „Naturschutzgroßprojekt Obere Treenelandschaft“

Die eingezeichnete Lärmschutzzone des Flugplatzes Eggebek von 10 km Länge und 2 km Breite zeigt, wie stark die Beeinträchtigungen durch den Flugplatz waren. Die tatsächliche Lärmbelastung ging weit über diese vom Gesetz vorgeschriebene Zone hinaus.

5.4. Regionalpläne

Auch die Ausweisung von Wohnbauflächen ist nicht überall möglich, weil eine Zersiedelung verhindert werden soll. Unerwünschter Einwohnerzuwachs durch Bautätigkeit belastet nicht nur die Verkehrsinfrastruktur, sondern macht auch den Bau öffentlicher und privater Versorgungseinrichtungen erforderlich. Konsequenterweise hat die Landesregierung im Regionalplan von 1975 festgelegt, dass in Orten, denen nach der Regionalplanung keine besondere Funktion zugewiesen wurde, nur soviel zusätzlicher Wohnraum entstehen solle, wie für den „Eigenbedarf“ erforderlich ist. Ob in den Gemeinden Schleswig-Holsteins diese Vorschrift eingehalten wurde, darf bezweifelt werden, in den beiden Ämtern mehrheitlich nicht.

Im Regionalplan V von 1975 konnte man für jede Gemeinde die ihr zugedachten Funktionen auf den ersten Blick erkennen, weil sie durch ein farblich unterteiltes Dreieck nach Wertigkeit kategorisiert wurden (Hauptfunktion, 1. und 2. Nebenfunktion).

Tabelle 5: Aussagen zu den Gemeinden in den Regionalplänen 1975 und 2002

Regionalpläne								
Planungsraum V								
	1975			Einwohner 1970	2002			
	Funktionen				Einwohner VZ. 1987	Einwohner 2001	Wohneinheiten	
	H	1.N	2.N				1994	2001
Amt Eggebek								
Eggebek	G	S		1.794	1.748	2.568	748	887
Janneby	A	W		453	410	446	160	179
Jerrishoe	A	W		692	712	1.000	274	356
Jörl	A	W	G	695	638	811	254	295
Langstedt	W	A		556	789	941	280	336
Sollerup	G	A		484	472	512	178	197
Süderhackstedt	A	W		358	297	317	113	121
Wanderup	G	A	W	1.597	1.768	2.198	707	871
Amt Oeversee								
Oeversee	I	G	W	1.498	1.796	1.954	726	803
Sankelmark	G	A	W	880	1.223	1362	457	523
Sieverstedt	W	A	G	1.329	1.522	1.633	577	647
Tarp	ländlicher zent- raler Ort			3.403	4.750	5.897	1.644	1.999

Funktionen: A = Agrarwirtschaft, G = Gewerbe, I = Industrie, S = Sondergebiet (Bundeswehr), W = Wohnen. Eigene Darstellung. Auswertung von Karten und Datenmaterial der Regionalpläne für den Planungsraum V, 1975 und 2002.

Irreführend wirkt bei dieser Tabelle die Angabe „I“ als Hauptfunktion für Oeversee. Dahinter verbirgt sich das Kalksandsteinwerk (inzwischen geschlossen), dessen Produktionsstätte wegen der Emissionen im Flächennutzungsplan als „Industriegebiet“ ausgewiesen ist. Das „G“ bei Sankelmark und Sollerup bezieht sich auf ein Kieswerk (ebenfalls geschlossen) bzw. einen Futtermittelgroßhandel.



Foto 27: Industriebrache des stillgelegten Kalksandsteinwerkes Oeversee.

2002 hat man auf diese Kennzeichnung verzichtet. Eggebek erhielt noch ein eingefärbtes Dreieck als Zeichen für seine „ergänzende, überörtliche Versorgungsfunktion“. Oeversee und Sankelmark wurden im Text mit der Funktion SUB bedacht, was „Stadt- und Umlandbereich in ländlichen Räumen“ bedeutet.

Wie oben angedeutet, ergibt sich bei der Interpretation der Zahlen von Einwohnern und Wohneinheiten ein Widerspruch zwischen den Zielvorstellungen der Regionalplanung und ihrer Durchführung. Unter Punkt 5.4 (4) des RPl von 1975 heißt es: „Eine Besonderheit gilt für die Wohnfunktion. Die Festlegung der Wohnfunktion (W) zeigt gemäß Ziff. 17(d) LROPl an, dass ein relativ großer Auspendlerüberschuss in der Gemeinde vorhanden ist. Der Auspendlerüberschuss soll in diesen Gemeinden durch Wohnungsbau nicht planmäßig erhöht werden.“ Weiter ist vorgesehen, dass nur nach dem „örtlichen Bedarf“ gebaut werden sollte, die Landschaft nicht zersiedelt werden dürfte und Splitter- und Streusiedlungen nicht verfestigt werden sollten.

Aus diesen Erläuterungen lässt sich nur der Schluss ziehen, dass das „W“ lediglich den Ist-Zustand wiedergibt, eine weitere Bebauung wegen sich daraus ergebender planerischer Probleme (Soziale- und Versorgungsinfrastruktur) zu unterbleiben habe.

Wie die Zahlen zeigen, haben sich weder die Gemeinden noch die Aufsichtsbehörden des Kreises und des Landes an ihre eigenen Vorgaben gehalten. Die Gemeinden, die eigentlich nur angemessen wachsen sollten, haben weit über den Eigenbedarf hinaus Baugebiete ausgewiesen, um vor allem gutverdienende Bauwillige aus dem Oberzentrum anzusiedeln, weil den Wohngemeinden 15 Prozent der Einkommensteuer zusteht.⁴⁶ Man kann den Eindruck gewinnen, dass die Gemeinden das „W“ entgegen der Planungsziele als Aufforderung verstanden haben, besonders viele Einfamilienhausgebiete auszuweisen.

Auffällig ist auch, dass einige Gemeinden im Amt Eggebek zwischen 1970 und der Volkszählung 1987 Einwohnerverluste hinnehmen mussten. Offensichtlich wurden jahrelang „Karteileichen“ in der Einwohnerstatistik mitgeschleppt, was für die Gemeinden aufgrund des Finanzausgleichs vorteilhaft war. Lediglich zwei Gemeinden – Langstedt und Wanderup – haben diesen Trend deutlich durchbrochen. In beiden Gemeinden wurden in diesem Zeitraum größere Einfamilienhausgebiete erschlossen, die sich wegen der Nähe zu den jeweiligen Zentren Tarp und Flensburg gut vermarkten ließen. In Langstedt wurde das bestehende Altenheim

⁴⁶ Siehe 7.3. „Landesentwicklungsplan 2009“

zur Seniorenresidenz mit über 100 Bewohnern erweitert, die alle mit erstem Wohnsitz in der Gemeinde gemeldet sind.

These: *Stärker als durch eine zielgerichtete Raumplanung wurde die Landschaft durch ein Konglomerat von Steuergesetzen, ideologischen Vorstellungen und gezielter Lobbyarbeit verändert.*

Der Traum vom Einfamilienhaus im Grünen konnte für breite Schichten Wirklichkeit werden durch:

- *Preiswerte Grundstücke im Umland der Städte, wobei sich die Gemeinden bei der Preisgestaltung gegenseitig unterboten, um die begehrten Neubürger für sich zu gewinnen.*
- *Einseitige Förderung des Einfamilienhausbaues durch Steuergeschenke und Zulagen.*
- *Billige Energie und die Kilometerpauschale.*
- *Ausbau des Verkehrsnetzes zur Beschleunigung des Individualverkehrs.*

Bemerkenswert ist, dass im Regionalplan 2002 Tarp bereits als Konversionsstandort, Eggebek aber noch als Bundeswehrstandort aufgeführt wird. Die Erklärung liegt darin, dass in Tarp die Standortverwaltung geschlossen wurde und ihre Aufgaben von der Standortverwaltung Flensburg wahrgenommen wurden.

5.5. Kreisentwicklungspläne

Das Gesetz über die Landesplanung vom 13.4.1971 verpflichtete die Kreise, eigene Kreisentwicklungspläne aufzustellen, die aus den Regionalplänen entwickelt werden sollen. Den ersten Kreisentwicklungsplan für die Jahre 1974 bis 1978 musste der neugebildete Kreis (24.3.1974) aus den Planvorstellungen der Vorgängerkreise erarbeiten.

79 Prozent der Fläche werden landwirtschaftlich genutzt, so dass sich der Strukturwandel der Landwirtschaft in den vergangenen Jahren besonders stark bemerkbar gemacht hat. Nur durch den gleichzeitigen Aufbau der Bundeswehr konnten Wanderungsverluste weitgehend verhindert werden. Da dieser Aufbau inzwischen abgeschlossen ist, werden im Bereich der Bundeswehr keine neuen Arbeitsplätze erwartet. Der Plan ging davon aus, dass bis 1985 die Erwerbstätigen um 9.000 zunehmen, denen lediglich 3.000 neue Arbeitsplätze gegenüberstehen.

Der Kreis sieht seine wichtigste Aufgabe darin, „... durch Verbesserung und Vervollständigung der Infrastruktur die Möglichkeiten für die Ansiedlung weiterer Gewerbe- und Industriebetriebe zu vergrößern ... Die Standortnachteile des Raumes müssen ausgeglichen, seine Vorteile verstärkt werden. Dies ist durch eine erheblich verstärkte und konzentrierte Förderung möglich, wobei die natürlichen Gegebenheiten des Raumes gute Voraussetzungen dafür bieten, auf diesem Wege das angestrebte Ziel zu erreichen“ (KREIS SCHLESWIG-FLENSBURG, 1974/78, S. 6). Es verwundert daher nicht, dass vor allem Straßenbaumaßnahmen (27) vorgesehen sind. Im Untersuchungsgebiet waren der Ausbau der L 247 von Oeversee nach Tarp und die Umgehungsstraße Tarp (L 15) eingeplant. Die Wasser- und Bodenverbände sollen durch weitere Entwässerungsmaßnahmen Vorteilsflächen schaffen, um die landwirtschaftlichen Flächen optimal nutzen zu können und höhere Erträge zu erzielen. Gleichzeitig wurde beklagt, dass durch diese Eingriffe der Erholungswert der Landschaft sinke. Auch die negativen Einflüsse auf die Vorfluter durch Sickerwässer und Dungstätten wurden erwähnt, nicht jedoch die Beeinträchtigungen durch Überdüngung. Durch den Ausbau von Abwasseranlagen sollen Quellen der Wasserbelastung beseitigt werden.

Im Abschnitt „*Naturschutz und Landschaftspflege*“ wird gefordert, dass Natur und Landschaft vor Eingriffen bewahrt werden sollen, „... die sie ohne zwingenden Grund in ihrem

Wirkungsgefüge, ihrer Eigenart oder Schönheit beeinträchtigen oder gefährden“ (ebd. S. 42). Erfahrungsgemäß hat sich bisher noch jeder Eingriff als „zwingend“ herausgestellt.

Im Treenetal soll ein Naturschutzgebiet von Tarp bis Eggebek/Langstedt geplant werden. Auch das NSG „Düne am Treßsee“ soll erweitert werden. Bis heute haben sich die Planungen nicht konkretisiert.

Der Kreisentwicklungsplan hält sich bei der geplanten Bautätigkeit nicht an die Vorgaben des RPl. Während dort die Neubautätigkeit außerhalb zentraler Orte auf den Eigenbedarf beschränkt wird, heißt es im Kreisentwicklungsplan: *„Der Wohnungsbau ist in erster Linie in Tarp, aber auch in Eggebek und Oeversee, über den Eigenbedarf hinaus zu verstärken. Durch die Nähe des Oberzentrums ist auch in Wanderup mit verstärkter Wohnungsbautätigkeit zu rechnen“* (ebd. S. 24). Wie bereits erwähnt, haben auch die anderen Amtsgemeinden dieses „Recht“ in Anspruch genommen, obwohl sie hier nicht aufgeführt sind.

Im Bereich Naturschutz soll geprüft werden, ob ein Naturpark „Treenetal/Fröruper Berge“ eingerichtet werden kann. Grenzertragsböden, Öd- und Brachflächen sollen aufgeforstet werden (ebd. S. 44).

In der 3. und 4. Fortschreibung (bis 1992) stehen die Planungen für zentrale Ortsentwässerungsanlagen und Kläranlagen im Mittelpunkt der Infrastruktureinrichtungen. Außerdem soll das Radwegenetz kontinuierlich ausgebaut werden, was sowohl der Schulwegsicherung wie dem Fahrradtourismus nutzen soll. Der Kreistag unterstützt die Bemühungen der Gemeinde Eggebek, „Zentraler Ort“ zu werden. Er bezieht sich dabei auf ein Gutachten der Forschungsstelle für Regionale Landeskunde der PH Flensburg mit dem Titel „Zentrale Orte und ihre Verflechtungsbereiche im Landesteil Schleswig“, das der Gemeinde Eggebek eindeutig die Voraussetzungen zur Einstufung bescheinigt. Allerdings haben die Gutachter übersehen, dass das entscheidende Kriterium, ein ausreichender Abstand zum Unterzentrum Tarp, nicht erfüllt wird (lediglich 4 km). Eine Anerkennung als „ländlicher Zentralort“ würde allen Grundsätzen der Landesplanung widersprechen und bei vielen anderen Gemeinden im Lande Begehrlichkeiten wecken.

Der Kreisentwicklungsplan für die Jahre 1996/97 bis 2000 beruft sich in seinen Aussagen auf das Bundesraumordnungsgesetz (ROG) in der Neufassung vom 18.08.1997, wonach der Kreis zu den Gebieten gehört, *„... in denen die Lebensbedingungen der Bevölkerung, insbesondere die Erwerbsmöglichkeiten, die Wohnverhältnisse, die Umweltbedingungen sowie die Verkehrs-, Versorgungs- und Entsorgungseinrichtungen allgemein verbessert werden sollen“* (KREIS-SCHLESWIG-FLENSBURG, 1996/00, S.5). Um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu verbessern, setzt der Kreis auf die 1996 gegründete Wirtschaftsförderungs- und Regionalentwicklungsgesellschaft Flensburg/Schleswig (WiREG), die sowohl das von der Landesregierung aufgelegte Regionalprogramm für den strukturschwachen Raum wie auch die anderen Förderprogramme und den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) betreut. Im Plan ist aufgeführt, dass die Gemeinde Tarp die Errichtung eines ökologischen Gewerparks plant. Dieses Projekt ist nicht verwirklicht worden.⁴⁷

Die Kreisentwicklungspläne waren bei den zuständigen Ämtern eine ungeliebte und zeitaufwändige Aufgabe. Sie beschränkten sich im Wesentlichen auf die Wiedergabe der Aussagen der Regionalpläne. Mit der Zeit sind sie *„... jedoch weitgehend zu Meldungen über kommunale Investitionsvorhaben und -wünsche verkommen. Es gibt weder Leitbildvorstellungen noch ein aktives regionales Management durch die Kreise“* (DEUTSCHER GRENZVEREIN, 1992, S. 49). Von den Gemeinden wurden sie bei der Bauleitplanung wenig beachtet. Die

⁴⁷ Siehe 4.1. „Perifra“

Landesregierung hat diesen Fakten Rechnung getragen. Seit dem Jahre 2000 sind die Kreise nicht mehr zur Aufstellung der Entwicklungspläne verpflichtet.

5.6. Landschaftspläne für Region und Gemeinden

Zu den Raumordnungsplänen und den daraus abgeleiteten Regionalplänen und Bauleitplänen ist in Schleswig-Holstein seit 1999 eine eigenständige Landschaftsplanung getreten.

Tabelle 6: Ebenen der Landschaftsplanung

Planungsebene	Gesamt-Planung	Beitrag Landschafts-Planung	Planungs- Maßstab
Land	Landesraum- ordnungsplan	Landschaftsprogramm	1:250.000
Planungsraum	Regionalplan	Landschafts- Rahmenplan	1:100.000 bis 1:50.000
Gemeinde	Flächen- Nutzungsplan	Landschaftsplan	1:10.000 bis 1: 25.000
Teil des Gemein- degebietes	Bebauungsplan	Grünordnungsplan	1:5.000 bis 1:1.000

Quelle: Landschaftsprogramm Schleswig-Holstein 1999, Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten.

Grundlage der Landschaftsplanung sind Gesetze auf Bundes- und Landesebene, sowie eine Fülle von Konventionen, Übereinkommen und Verträgen auf internationaler Ebene (UNO und EU). Sie können hier nicht aufgeführt werden. (siehe Landschaftsprogramm vom 5. Juli 1999).

In § 2 des Bundesraumordnungsgesetzes (ROG) wird der Umwelt- und Naturschutz mehrfach erwähnt. Zusammenfassend soll folgender Absatz angeführt werden:

„Für den Schutz, die Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft, insbesondere des Naturhaushalts, des Klimas, der Tier- und Pflanzenwelt sowie des Waldes, für den Schutz des Bodens und des Wassers, für die Reinhaltung der Luft sowie die Sicherung der Wasserversorgung, für die Vermeidung und Entsorgung von Abwasser und Abfällen und für den Schutz der Allgemeinheit vor Lärm ist zu sorgen. Dabei sind auch die jeweiligen Wechselwirkungen zu berücksichtigen. Für die sparsame und schonende Inanspruchnahme der Naturgüter, insbesondere von Wasser, Grund und Boden, ist zu sorgen“ (§ 2, Abs. 1, Ziffer 8 ROG).

Das Wort „ist“ bedeutet in Gesetzen, dass die Vorschriften zwingend einzuhalten sind. In der planerischen Praxis werden sie sehr häufig zu „Kann-Klauseln“, die je nach politischer Opportunität interpretiert werden.

Im § 4a Landesnaturschutzgesetz Schleswig-Holstein ist festgelegt, dass das Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten „... die Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes auf Landesebene in einem Landschaftsprogramm unter Beachtung der Grundsätze und Ziele der Raumordnung und Landesplanung darzustellen“ hat. Hier wird deutlich, dass die Landschaftsplanung sich den Zielen der Raumordnung unterordnen muss. Noch deutlicher wird diese Unterordnung bei den Landschaftsplänen der Gemeinden, die keinen normativen Charakter haben.

Im Landesentwicklungsgrundsatzgesetz in der Fassung vom 31. Oktober 1995 werden ökologische Belange weitgehend berücksichtigt. So soll bei Eingriffen in den Naturhaushalt das Vermeidungs- und Vorsorgeprinzip gelten, der nachhaltige Schutz von Tieren, Pflanzen und deren Lebensgemeinschaften wird gefordert und das Biotopverbundsystem als ökologisches

Grundgerüst der Planung festgelegt. Aber bei diesem Gesetz handelt es sich um ein „Grundsätzegesetz“ und Grundsätze sind schwer einklagbar.

Die Landesregierung muss dem Landtag alle vier Jahre über den Vollzug des Landschaftsprogramms berichten. Entscheidend ist für die Durchsetzung der Programmziele, dass sie unter Abwägung anderer Planungen in den Landesraumordnungsplan übernommen werden, der als Leitplan den Anspruch erhebt, „... daß alle Träger der öffentlichen Verwaltung unbeschadet ihrer sachlichen oder örtlichen Zuständigkeit für ihre Verwirklichung einzutreten haben und keine Planung aufstellen, bestehen lassen, genehmigen oder verwirklichen sowie Maßnahmen durchführen dürfen, die mit den Raumordnungsplänen nicht in Einklang stehen“ (§ 4, Abs. 1, Landesplanungsgesetz, 1996). Da die Raumordnungspläne eine sehr lange Gültigkeit haben (über 15 Jahre), wird deutlich, wie schwer es Naturschutz und Landschaftspflege haben, wenn sie ihre Belange in das laufende Planwerk einbringen wollen. Häufig zeigt sich die Notwendigkeit von Schutzmaßnahmen erst bei konkreter Plandurchführung, weil diese entweder nicht voraussehbar oder wegen anderer Mehrheitsverhältnisse im Landtag nicht durchsetzbar waren.

Das Landschaftsprogramm hat keine eigene Rechtsverbindlichkeit und auch keine Rechtswirkung gegenüber dem Bürger. Dennoch verfolgt es das Ziel, dass seine Maßnahmen zu positiven Veränderungen im Sinne des Naturschutzes in Schleswig-Holstein führen. So können mit Hilfe des Programms konkrete Fördermaßnahmen im Agrarbereich, Schutzgebietsausweisungen oder Biotopmaßnahmen gefördert werden. Wichtig ist, dass das Landschaftsprogramm als Fachplan für den Naturschutz dessen räumliche und fachliche Ansprüche zusammenfasst.

5.6.1. Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum V

Der Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum V gilt seit dem 11.10.2002 (MINISTERIUM FÜR UMWELT, NATUR UND FORSTEN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN, 2002). Er wurde aus dem Landschaftsprogramm entwickelt. Die überörtlichen Belange des Naturschutzes sind in ihm dargestellt. Er zeigt aus der Sicht der Fachplanung konkurrierende Flächenansprüche auf, muss aber die Entscheidung über die Flächennutzung den raumordnerischen Planungen überlassen: „Grundsätzlich können und dürfen nicht alle Entscheidungen und Abwägungsprozesse durch den Landschaftsrahmenplan vorweg genommen werden“ (ebd. S. 5).

Der Landschaftsrahmenplan ist bei Planungen zu berücksichtigen (§ 4, Abs. 2, LNatSchG). Sein Inhalt muss als Belang des Naturschutzes in die Abwägungsprozesse einbezogen werden. Im Rahmenplan sind die Flächen dargestellt und beschrieben, die bereits unter Schutz stehen bzw. unter Schutz gestellt werden sollen.

Im Untersuchungsgebiet gibt es vier Naturschutzgebiete:

Das größte ist das NSG „**Fröruper Berge**“ (Gemeinde Oeversee) mit 90 Hektar. Schutzzweck: Schutz einer landschaftlich sehr abwechslungsreichen und reizvollen Endmoränenlandschaft.

Das NSG „**Düne am Treßsee**“ (Gemeinde Sankelmark) ist 8 Hektar groß. Schutzzweck: Erhaltung eines vielfältig strukturierten, für den Naturraum sehr seltenen Binnendünengebietes mit charakteristischen Pflanzengesellschaften und seltenen Arten der Insektenfauna.

Das NSG „**Düne am Rimmelsberg**“ (Gemeinde Jörl) verfügt über 7 Hektar. Schutzzweck: Erhaltung eines Binnendünengeländes mit Heide- und Krattvegetation als Lebensraum seltener Pflanzen.

Das NSG „**Pobüller Bauernwald**“ (Gemeinde Jörl) ist mit 5 Hektar Fläche das kleinste Schutzgebiet. Schutzzweck: Erhaltung eines kleinen naturnahen Eichen- und Buchenbestandes mit bemerkenswertem Anteil an seltener Traubeneiche.

Es fällt auf, dass diese Naturschutzgebiete bereits in den Jahren 1936 bis 1939 unter Schutz gestellt wurden. Alle Bemühungen, die Flächen zu erweitern, scheiterten an den Interessen der Grundeigentümer. Im Landschaftsrahmenplan wird erneut als Ziel aufgenommen, die vorhandenen Naturschutzgebiete als Kerne wesentlich größerer Schutzflächen weiter zu entwickeln.

Die NSG „Fröruper Berge“ und „Düne am Treßsee“ sind seit dem Jahr 2000 Teil des Projektes von gesamtstaatlicher Bedeutung „Obere Treenelandschaft“. Das Gebiet erstreckt sich über 6.950 Hektar im Übergang der Endmoränenzüge zwischen Oeversee und Süderschmedeby zur Sandergeest. Eingeschlossen sind Gebiete um den Treßsee und den Sankelmarker See, Dünen, Heiden, Moore und Feuchtwiesen sowie Wälder entlang der Treene bis Tarp. Ziel dieses Großprojektes ist „... *die Schaffung eines ausreichend großen, zusammenhängenden und ausschließlich nach Naturschutzgesichtspunkten entwickelten Ausschnitts der nordwestdeutschen Jungmoränenlandschaft mit möglichst vollständigen landschaftstypischen Biotoptypenspektren*“ (ebd. S. 96).⁴⁸

Die Karte 1 des Landschaftsrahmenplanes zeigt im o.a. Bereich ein verwirrendes Bild. Dies liegt daran, dass dieses Gebiet vielfältige Belange des Naturschutzes erfüllen soll „Treene und Bollingstedter Au“ sind als Natura-2000-Gebiet nach der FFH-Richtlinie ausgewiesen.

Die Bondenau, die Treene (bis Hollingstedt) und die Jerrisbek sollen „*Gewässer- und Erholungsschutzstreifen*“ erhalten.

Die NSG „Düne am Treßsee“ und „Fröruper Berge“ sollen zu einem großen Schutzgebiet vereinigt werden. Die Bereiche „Treenetal – Bollingstedter Au“ und die „Obere Treenelandschaft“ erfüllen laut Rahmenplan die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach § 17 LNatSchG als Naturschutzgebiete. Es sollen die vielfältigen und kleinräumig strukturierten Bereiche der weichseleiszeitlichen Endmoränenlandschaft mit Dünen, Heiden, Mooren und naturnahen Wäldern sowie die Talräume der Treene als natürlichem Fließgewässer erhalten und entwickelt werden. Damit wird die Hoffnung verbunden, dass der Fischotter hier wieder heimisch werden kann, was allerdings fischereiliche und touristische Einschränkungen erforderlich machen würde.

Die Obere Treenelandschaft und die Hornholzer Höhen erfüllen nach § 29 LNatSchG die Voraussetzungen, als Naturerlebnisraum ausgewiesen zu werden (ebd. S. 135). Hier sollen Besucher Naturzusammenhänge und den Einfluss des Menschen auf die Natur kennen lernen. Naturerlebnisräume sollen auch der „*landschaftsgebundenen Erholung*“ dienen.

Auch das Gebiet um das NSG „Pobüller Bauernwald“ ist mit einer Fläche von 152 Hektar als Natura-2000-Gebiet angemeldet worden. Das eigentliche NSG soll von 5 auf 76 Hektar erweitert werden. Unter besonderen Schutz soll die für das Land einmalige Epiphyten-Vegetation gestellt werden. Eine Wiedervernässung der angrenzenden Niederung und eine Extensivierung der Landwirtschaft sollen die angestrebten Ziele ermöglichen.

Das NSG „Düne am Rimmelsberg“ soll ebenfalls erweitert werden. Ziel ist eine „*großflächige Offenlandschaft mit weiträumigen Magerstandorten*“ Dazu sollen „... *noch landwirtschaftlich genutzte Flächen, Waldparzellen und Weiher in das NSG einbezogen werden*“ (MINISTERIUM FÜR UMWELT, NATUR UND FORSTEN, 2002 b, S. 112). Da der Kiesabbau in der Nachbarschaft eingestellt ist, entfällt ein wesentlicher Gefährdungstatbestand.

Die Treene und ihre Zuflüsse sind zusammen mit den Stillgewässern Sankelmarker See und Treßsee besonders geeignet, um ein Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem zu bilden. Folgende Entwicklungsziele werden angestrebt:

⁴⁸ Obere und mittlere Treene in Kapitel 8.2.1. und 8.2.2.

- Erhalt und Entwicklung naturnaher Talräume mit offenen bis halboffenen, nassen Auenlebensräumen und Entwicklung von naturraumtypischen, lichten Laubwäldern auf trocken-mageren Standorten an den Talhängen,
- Erhalt und Entwicklung eines großräumigen, vielfältigen Landschaftsausschnitts mit offenen Wasserflächen und nassen bis trockenen, offen bis bewaldeten Lebensräumen überwiegend auf nährstoffarmen Standorten.

Um diese Ziele zu erreichen, sind vielfältige Maßnahmen erforderlich. Der Wasserstand in den Talbereichen soll wieder angehoben, die Nutzungsintensität verringert, der Nadelholzbestand beseitigt und eine halboffene Weidelandschaft geschaffen werden. An geeigneten Stellen soll die Naturwaldbildung gefördert werden.⁴⁹

Diese Maßnahmen müssen durch Verbesserung der Wasserqualität ergänzt werden. Der Sankelmarker See ist aufgrund seines landwirtschaftlich geprägten Einzugsgebietes stark eutrophiert, der ökologische Zustand der Treene und ihrer Nebengewässer ist schlecht. Erstaunlich ist, dass sich die Gewässergüte von Kielstau, Jerrisbek und Bollingstedter Au trotz des Ausbaus der Kanalisation in den Jahren von 1990 bis 1997 verschlechtert hat. Ehrgeizige Projekte zur Wiedereinbürgerung anspruchsvoller Fischarten werden scheitern, wenn die Einträge von überschüssigem Dünger und chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln nicht deutlich reduziert werden.

These: Wenn im Treenetal auch nur Teile der Ziele des Landschaftsrahmenplans erreicht werden sollen, müssen den Naturnutzern erhebliche Einschränkungen zugemutet werden:

- Verbot des kommerziellen Bootstourismus bis zur Mündung der Bollingstedter Au.
- Angelsport nur an wenigen begrenzten Stellen.
- Reduzierung der Gewässerbelastung durch extensive Nutzung der Uferbereiche.
- Renaturierung der Zuflüsse – wie teilweise bereits erfolgt.
- Bildung eines Auwaldes im Talbereich der Treene durch Aufgabe der Nutzung.

Diese „Zumutungen“ hätten nach der geltenden Rechtslage schon längst umgesetzt sein müssen. Oberflächengewässer erfüllen im Naturhaushalt wichtige Funktionen. Ihr Schutz, ihre Schonung und Nutzung sind im LNatSchG und Landeswassergesetz (LWG) festgelegt. So sind nach § 2(1) LWG „... *Gewässer als Bestandteile des Naturhaushaltes und als Lebensgrundlage für den Menschen zu schützen und zu pflegen. Ihre biologische Eigenart und Vielfalt sowie ihre wasserwirtschaftliche Funktionsfähigkeit ist zu erhalten und bei Beeinträchtigungen wiederherzustellen.*“ Im LNatSchG (§ 1, Abs. 2) wird ergänzt: „*Ihre ökologische Funktionsfähigkeit und natürliche Selbstreinigungskraft ist zu erhalten oder wiederherzustellen. Gewässer sind vor Nährstoffanreicherung und Schadstoffeintrag zu schützen.*“

Im Landschaftsrahmenplan werden Vorschläge für den Schutz von Geotopen entwickelt. Da Geotope nach einer Zerstörung nicht „renaturiert“ werden können, sollen sie als Naturschutzgebiet oder Naturdenkmal geschützt werden.

Im Untersuchungsraum sollen die Moränen der Nordhöhe, die Binnendünen am Treßsee, das Tunneltal Winderatter See – Ausacker – Treßsee – Oeversee – Frörup und das Tal der Treene zwischen Eggebek und Sollerup als wichtige Geotoptypen geschützt werden.

Wieweit diese Ziele weiterverfolgt und verwirklicht werden, zeigt sich in den Landschaftsplänen der Gemeinden.

⁴⁹ Siehe 8.1. „Die Treene und ihr Einzugsgebiet“ in 8. „Nachhaltige Projekte“.

5.6.2. **Landschaftspläne der Gemeinden**

Nach dem Landesnaturschutzgesetz Schleswig-Holstein in seiner Fassung vom 16. Juni 1993 sind die Gemeinden verpflichtet, Landschaftspläne aufzustellen. Nach § 6a sollen sie eine Bestandsaufnahme des natürlichen Potentials der Gemeinde beinhalten und Konflikte der Raum- und Flächennutzung bei der Weiterentwicklung der Gemeinde deutlich machen. Sie sollen Erfordernisse und Maßnahmen aufzeigen

- zur Sicherung und Schaffung von Biotopverbundsystemen,
- zum Schutz, zur Wiederherstellung, Erweiterung, Entwicklung und zur Pflege bestimmter Teile von Natur und Landschaft, auch zur Sicherung einer naturverträglichen Erholung,
- zum Schutz, zur Wiederherstellung, zur Entwicklung und gegebenenfalls zur Pflege der Biotope und Lebensgemeinschaften der Tiere und Pflanzen wildlebender Arten und der in §§ 15a und 15b genannten Biotope,
- zum Schutz, zur Verbesserung der Qualität und zu Regeneration von Boden, Gewässer, Luft und Klima,
- zur Vermeidung, Minderung oder Beseitigung von Beeinträchtigungen der Natur,
- zur Erhaltung und Entwicklung von Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Natur,
- zum Schutz und zur Pflege historischer Kulturlandschaften und Landschaftsteilen von besonderer charakteristischer Bedeutung.

Bei der Aufstellung des Landschaftsplanes sind nicht nur die Träger öffentlicher Belange und die Öffentlichkeit zu beteiligen, sondern auch die anerkannten Naturschutzverbände und örtlich tätige Naturschutzvereine. Der Landschaftsplan muss von planenden Behörden, vor allem bei Umweltverträglichkeitsprüfungen, berücksichtigt werden. Einzelmaßnahmen können nur auf freiwilliger Basis mit der Zustimmung der Grundeigentümer durchgeführt werden. Wenn Teile des Landschaftsplanes rechtsverbindlich werden sollen, müssen sie vom Flächennutzungsplan übernommen werden.

Im Laufe der 90er Jahre ließen die 12 Amtsgemeinden Landschaftspläne von entsprechenden Planungsbüros aufstellen.⁵⁰ Sie könnten das wichtige Handbuch der Kommunalpolitiker sein, denn sie erklären die Entstehung der Landschaft, ihr wirtschaftliches Potential und die Veränderungen aufgrund wirtschaftlicher Zwänge oder aus Unwissenheit. Sie zeigen aber auch, wo und wie die Landschaft so wiederhergestellt bzw. weiterentwickelt werden kann, dass sie auch in Zukunft den vielfältigen Ansprüchen der Gesellschaft ohne schwerwiegende Schädigungen gerecht werden kann. Die Landschaftspläne der Gemeinden könnten die geeignete Richtschnur sein, wenn eine nachhaltige Entwicklung angestrebt wird. Das gilt vor allem dann, wenn die Gemeinden ihre Selbstverpflichtung, die Landschaftspläne bei zukünftigen Planungen zu beachten, ernst nehmen würden.

⁵⁰ Siehe Literaturliste.

6. Verwaltungsstrukturereform

Im Koalitionsvertrag der CDU/SPD Landesregierung vom Frühjahr 2005 heißt es: *„Die Zahl der kommunalen Verwaltungseinheiten im kreisangehörigen Bereich ist im Interesse einer weiteren Professionalisierung und Kostenreduzierung deutlich zu verkleinern; z.B. durch Schaffung gemeinsamer Verwaltungen oder Bildung größerer Ämter.“* (KOALITIONSVERTRAG CDU/SPD, 2005)

31 Jahre nach der Gebietsreform von 1974 ist auch den Politikern in Kiel klar geworden, dass Kreise, teilweise mit mehr als 100 Gemeinden, darunter Klein- und Kleinstgemeinden, nicht sinnvoll zu verwalten sind.

Der Kreis Schleswig-Flensburg besteht aus 136 Gemeinden, 132 sind amtsangehörig, 4 amtsfrei (Stand 2007).

Zur Bewältigung der Aufgaben in der Region ist eine leistungsfähige und kompetente Verwaltung unabdingbar. Die dort handelnden Personen, die politischen Akteure, die Wirtschaftsförderer und gut ausgebildete Arbeitskräfte sind wichtigstes endogenes Potential und zugleich im Wettstreit der Regionen ein wesentlicher Standortfaktor.

Schleswig-Holstein hat nach dem zweiten Weltkrieg keine durchgreifende Reform auf Gemeindeebene durchgeführt. Das „Dritte Gesetz einer Neuordnung von Gemeinde- und Kreisgrenzen“ vom 3. Juli 1973 verringerte die Anzahl der Kreise durch Zusammenschluss um sechs (aus 11 wurden 5). Dazu gehörten auch die Kreise Flensburg-Land und Schleswig, die zum neuen Kreis Schleswig-Flensburg vereinigt wurden. Seit 1974 gliedert sich Schleswig-Holstein in 11 Kreise und 4 kreisfreie Städte.

Am Beispiel der beiden Ämter soll die Frage beantwortet werden, ob die Gemeinden mit der bestehenden Verwaltungs- und Funktionsstruktur in der Lage sind, eine derartig komplexe Aufgabe wie die Konversion zu bewältigen.

6.1. Versuche einer Neuordnung

Die Gebietsreform 1974 war von Anfang an umstritten. Kritiker halten die Anzahl der Kreise und der Gemeinden in einem dünn besiedelten Flächenland für viel zu hoch, die Verwaltungen für teilweise ineffizient und zu teuer. Vor allem der Landesrechnungshof hat immer wieder eine Reform angemahnt. Im November 2003 stellte der LRH fest, dass die kommunale Verwaltungsstruktur reformbedürftig sei, weil es noch zu viele kleine Verwaltungen gäbe. *„Die Kommunen und die Landesregierung müssen sich bewegen. Das Freiwilligenprinzip hat bisher zu wenig bewirkt. Nach einer befristeten Freiwilligkeitsphase und finanziellen Anreizen für die Kommunen sollte die Landesregierung gesetzgeberische Maßnahmen einleiten. Nur so wird man zu deutlich effektiveren und effizienteren kommunalen Verwaltungsstrukturen in Schleswig-Holstein gelangen“* (LRH, 2003). Seit 1980 sei die Zahl von 222 hauptamtlichen Verwaltungen fast unverändert geblieben, dennoch habe der Gesetzgeber Strukturreformen „von oben“ abgelehnt. Der Landesrechnungshof sieht erhebliche Einsparmöglichkeiten, die auch ohne Gebietsreform durch die Zusammenlegung hauptamtlicher Verwaltungen erreicht werden könnten.

6.2. Landtagsdebatte zur freiwilligen Zusammenarbeit

Am 28. April 2004 beschäftigte sich der schleswig-holsteinische Landtag mit einem Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, dessen Ursache der LRH-Bericht war. Die Landesregierung solle einen Gesetzentwurf einbringen, der die freiwillige Zusammenarbeit verstärken solle. Vorsichtig wird angedeutet, dass auch durch Gesetze „nachgeholfen“ werden müsse. *„Die veränderten Rahmenbedingungen, sinkende finanzielle Leistungsfähigkeit, verbesserte technische Möglichkeiten und erhöhte fachliche Anforderungen, erfordern allerdings – wie wir meinen – konkrete planerische und notfalls, erforderlichenfalls auch ge-*

setzgeberische Überlegungen für eine Struktur der mehr als 200 hauptamtlich geleiteten Verwaltungen in Schleswig-Holstein“ (Klaus-Peter Puls, SPD).⁵¹ Die Verwaltungsstrukturreform solle keine Verwaltungsgebietsreform, sondern eine Verwaltungsaufgabenreform sein. Es solle keinen Zwang, sondern Anreize geben. Weiter führte der Redner aus, dass man die Vielzahl der kleineren Gemeinden nicht zur Aufgabe ihrer Identität und Souveränität zwingen wolle. „Gerade kleinere Gemeinden ... schaffen ... Heimat im bestverstandenen Sinne, weil dort das bürgerschaftliche Zusammengehörigkeitsgefühl und das ehrenamtliche Engagement naturgemäß intensiver sind als in größeren künstlich geschaffenen Verwaltungseinheiten.“

Die SPD regierte in Schleswig-Holstein seit 1988, zwei Wahlperioden mit absoluter Mehrheit. Eine notwendige Gebietsreform hat sie nicht einmal ansatzweise versucht, weil sie den Widerstand des flachen Landes und der CDU fürchtete.

Der Redebeitrag des Abgeordneten Puls ist unlogisch und in Kernaussagen falsch. Die Identität eines Dorfbewohners ist nicht von der politischen Zugehörigkeit seiner Gemeinde abhängig. Wenn der alte Gemeindename bei einer Fusion als Ortsteil bestehen bleibt, gibt es keinen Identitätsverlust. Das bürgerschaftliche Engagement hängt ebenfalls nicht von der Grenzziehung ab, eher kann das Gegenteil eintreten, weil die Bürger eines Ortsteils ein neues „Wir-Gefühl“ entwickeln, um sich von den anderen Ortsteilen zu unterscheiden. Völlig unverständlich ist die Behauptung, „... in größeren künstlich geschaffenen Verwaltungseinheiten“ würde das Engagement zurückgehen. Die Verwaltungseinheiten gibt es in Form der Ämter schon seit dem 19. Jahrhundert. Die Ämter treten als Träger von Aufgaben an die Stelle der amtsangehörigen Gemeinden, die für eine eigene Verwaltung zu klein sind. Das bestimmende Organ ist der Amtsausschuss, ein kollegiales Beschlussorgan, welches sich aus Gemeindevertretern der amtsangehörigen Gemeinden zusammensetzt. Die Anzahl ist von der Größe der Gemeinde abhängig. Ihre Mitglieder werden vom jeweiligen Gemeinderat bestimmt, sind also nicht direkt von der Bevölkerung gewählt. Der Bürgermeister ist „geborenes“ Mitglied. Dieses Verfahren ist zwar verfassungsrechtlich abgesichert, nach Meinung vieler Kritiker nur unzureichend demokratisch legitimiert.

Der folgende Redebeitrag des CDU-Abgeordneten Klaus Schlie zeigt, warum die SPD-geführte Regierung eine notwendige Gebietsreform unterlassen hat: Sie scheute vor den Auseinandersetzungen mit Landräten und Bürgermeistern zurück, die mehrheitlich der CDU angehörten. *„Die CDU lehnt eine Gebietsreform ab. Sie ist auch nicht notwendig. Die bestehende politische Gliederung im kommunalen Bereich mit Gemeinden, Städten und Kreisen sichert ein breites ehrenamtliches Engagement der Bürgerinnen und Bürger und entlastet alle staatlichen und kommunalen Ebenen von zusätzlich öffentlich zu erbringenden Finanzleistungen aus Steuermitteln. Auch Kleinstgemeinden haben ihre Daseinsberechtigung.“* Es war klar, dass die CDU bei einer drohenden Gebietsreform die breite Lobby des ländlichen Raums mobilisieren würde.

Die von Schlie beschriebene Idylle des flachen Landes ist trügerisch und falsch. Nach dieser Logik müssten Gemeindefusionen rückgängig gemacht und verboten werden.

Auch die FDP lehnte es ab, dass Zusammenschlüsse gegen den ausdrücklichen Willen der entsprechenden Gemeinden durchgesetzt werden sollten. Sie unterstützte eine vernünftige Funktionalreform mit klaren Aufgabenverteilungen.

Der Vertreter der Grünen, Karl-Martin Hentschel, verwies auf das Beispiel Dänemark. Dort werden in Zukunft die Gemeinden statt 20.000 Einwohnern eine Mindestgröße von 30.000 Einwohnern haben, und dies ohne Widerstände in einem basisdemokratisch organisierten Land. *„Immer wieder wird argumentiert, unsere kleinen Kommunen wären besonders bür-*

⁵¹ Zitate der Fraktionsvertreter nach Landtagsprotokoll 112. Sitzung am Mittwoch, 28. April 2004.

gernah und demokratisch. Das Gegenteil ist der Fall. Unsere Strukturen sind undemokratisch, weil in den kleinen Gemeinden immer weniger entschieden wird. ... wer in einer amtsangehörigen Gemeinde lebt, hat es mal mit dem Bürgermeister, mal mit dem Schulzweckverband, mal mit dem Amt und mal mit dem Kreis zu tun. Das ist nicht bürgerfreundlich, das ist verwirrend!“ so Hentschel. Weiter schlug er die Bildung neuer Regionen vor, für die Regionalversammlungen und Landräte zuständig sein sollen. Diese Regionen sollten auch die Zuständigkeit für die Regionalentwicklungsplanung erhalten, so dass die Kreistagsabgeordneten über alle Aufgaben der Regionalverwaltung entscheiden könnten.

Der SSW, vertreten durch die Abgeordnete Silke Hinrichsen, verwies auf das dänische Beispiel. Dort sichern große kommunale Einheiten den Einfluss der Bürgerinnen und Bürger, weil diese viel mehr zu entscheiden hätten. Bei einer Mindestgröße von 8.000 Einwohnern würde die Zahl der Gemeinden von 1.130 auf circa 180 zurückgehen. Die örtliche Identität könne durch sogenannte „Dorfschaften“ gewahrt werden, die direkt durch die alte Gemeinde gewählt würden.

6.3. Neuer Anlauf zur Gebietsreform

Politische Meinungen der Parteien sind häufig nicht von ihrer Grundeinstellung abhängig, sondern davon, ob sie an der Regierung sind oder in der Opposition. Es dauerte nur ein Jahr, bis die CDU ihre im April 2004 mit Vehemenz vorgetragenen Argumente „vergessen“ hatte. Hilfreich war dabei der Wahlsieg bei der Landtagswahl 2005. Die CDU war nun zusammen mit der SPD in der Regierungsverantwortung. Die desolate Haushaltslage zwang die Regierungsparteien, alle Einsparmöglichkeiten zu überprüfen. Dabei musste auch die „Heilige Kuh“ – „keine Gebietsreform“ geschlachtet werden.

Am 24.11.2005 hielt der Präsident des LRH einen Gastvortrag vor der Mitgliederversammlung der Akademie für ländliche Räume. Dr. Aloys Altmann führte u.a. aus: *„Der Landesrechnungshof begrüßt ausdrücklich die Maßnahmen der Landesregierung, zu größeren kommunalen Verwaltungsstrukturen im kreisangehörigen Bereich zu gelangen. Damit wird die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung gesteigert und auf Dauer gesichert.“* (LRH, 24.11.05). ALTMANN zeigte sich zuversichtlich, dass die eingeleiteten Maßnahmen erfolgreich sein würden. Zu diesen Maßnahmen gehören Aufgabenkritik, Leitlinien zur kommunalen Struktur und die Ankündigung einer gesetzlichen Regelung zum 1. April 2007, falls freiwillige Zusammenschlüsse nicht ausreichend seien. Auf die landesweite Kritik reagierte ALTMANN: *„Die freiwilligen Verwaltungszusammenschlüsse der letzten 30 Jahre lassen sich an einer Hand abzählen. Ohne eine gesetzliche Regelung, die auch wir in unserem Bericht (Sonderbericht 2003, Anm. d. Verf.) gefordert haben, wird es die notwendige flächendeckende Strukturreform nicht geben. Wir hoffen daher, dass die Landesregierung trotz aller Widerstände standhaft bleibt und nicht von ihrem Vorhaben abrückt.“*

Zwar kann der Passus im Koalitionsvertrag auch so interpretiert werden, dass eine Gebietsreform nicht nötig sei, wenn die Verwaltungen zusammengelegt würden bzw. zusammenarbeiten würden. Dafür hat der Landtag die Amtsordnung und das „Gesetz über kommunale Zusammenarbeit“ (GkZ) am 14. Dezember 2006 geändert. Die Ämter müssen mindestens 8.000 Einwohner groß sein. Falls ein „freiwilliger“ Zusammenschluss, der durch eine sogenannte „Hochzeitsprämie“ beschleunigt werden sollte, nicht zustande kommt, kann eine Ämterfusion durch Gesetz erfolgen. Das GkZ besagt: *„Zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben, die über die Grenzen von Gemeinden, Ämtern und Kreisen hinauswirken, haben die beteiligten Körperschaften zusammenzuarbeiten.“* Als Möglichkeit wird die Bildung eines Zweckverbandes oder eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung genannt. In der Vereinbarung kann festgelegt werden, *„... dass einer der Beteiligten einzelne oder mehrere zusammenhängende Aufgaben der übrigen Beteiligten übernimmt.“* Zur Bewältigung der Konversionsfolgen wären beide Maßnahmen möglich gewesen.

Wissenschaftliche Untersuchungen zeigten erhebliche Einsparmöglichkeiten bei einer Zusammenlegung von Kreisen und Verwaltungen. Die Landräte, die um den Verlust ihrer Pfründe fürchteten, konterten mit Gegengutachten und konnten sich letztendlich durchsetzen, weil es ihnen gelungen war, einen Keil zwischen das SPD-geführte Innenministerium und den CDU-Ministerpräsidenten zu treiben. Am 4.10.2008 meldete das „Flensburger Tageblatt“: „*Das Ende der Gebietsreform: Die Kreisfürsten atmen auf. – Jetzt ist es amtlich: Die geplante Kreisfusion ist vom Tisch. Das hat der Koalitionsausschuss in Kiel beschlossen.*“

Damit hat eine durchgreifende Strukturreform ähnlich wie in den 70er Jahren ein klägliches Ende genommen. Damals wie heute scheiterte sie am Widerstand der Provinzfürsten und an der mangelnden Durchsetzungsfähigkeit des Landtages. Beim Lesen eines Beitrages von Michael Ruck in den Grenzfriedensheften vom 4. Quartal 2008 (RUCK, 2008, S.385-400) glaubt man, dass die Zeit stehen geblieben ist. Die Hoffnungen des LRH-Präsidenten hatten sich nicht erfüllt. Ein weiteres mal hat der Landtag bewiesen, dass er nicht zu durchgreifenden Reformen in der Lage ist, wenn eine einflussreiche und lautstarke Lobby dies verhindern will.

Bei allen Vorschlägen und Auseinandersetzungen fällt auf, dass die Regierung eine Gebietsreform „oben“, das heißt bei den Kreisen, und nicht „unten“ bei den Gemeinden durchsetzen wollte. Eine sinnvolle Regionalpolitik ist nach Auffassung des Autors nicht möglich, wenn – wie im Kreis Schleswig-Flensburg – 136 Gemeinden, darunter auch einige mit weniger als 400 Einwohnern, das uneingeschränkte Planungsrecht besitzen. Auch das System der „Zentralen Orte“ konnte nicht verhindern, dass Wohn- und Gewerbegebiete teilweise sinnlos über das Land verstreut wurden. Die Erschließungskosten vieler kleiner Baugebiete sind sehr viel höher als die weniger großer. Außerdem könnten in großen Gewerbegebieten Einrichtungen (Kantine, Bürotechnik, Kindergarten) gemeinsam genutzt werden. Auch Führungsvorteile kämen zum Tragen.

Besonders grotesk wirkt sich die Selbständigkeit der Gemeinden im Bereich der Feuerwehren aus. Das Schleswig-Holsteinische Feuerwehrgesetz schreibt vor, dass es zu den Aufgaben der Gemeinden gehört, „... *den örtlichen Verhältnissen angemessene leistungsfähige öffentliche Feuerwehren zu unterhalten* ...“ (§ 2). Die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren sind in den Dörfern eine eingeschworene Gemeinschaft mit großem Einfluss in der Bürgerschaft. Bei einer Gemeindefusion müssten auch die Feuerwehren vereinigt werden. Dies trifft auf Widerstand, der dann auch die gesamte Fusion scheitern lässt. Deshalb ist es wichtig, dass in den Verträgen das Weiterbestehen der Feuerwehren gesondert geregelt wird, obwohl die Löschfahrzeuge und die anderen Rettungsmittel einen besonders großen Titel im Gemeindehaushalt darstellen. Die Fusion der Gemeinden Sankelmark und Oeversee ging auch deshalb so reibungslos vonstatten, weil den beiden Ortsfeuerwehren Bestandsschutz zugesichert wurde.

Eine dringend erforderliche Gemeindegebietsreform müsste nach Auffassung des Autors das Ziel haben, Gemeinden von mindestens 20.000 Einwohnern zu schaffen. Die dänische Seite, mit der wir eine EUREGIO bilden, hat uns gezeigt, dass Großgemeinden weder das Ende der Demokratie noch des ehrenamtlichen Engagements der Bevölkerung bedeuten. Größere Gemeinden verfügen über eine größere Auswahl leistungsfähiger und leistungswilliger Ratsmitgliedern, die auch wichtigere Entscheidungen treffen können als die Erhöhung der Hundesteuer.⁵² Nicht ohne Grund klagen die Parteien, dass immer weniger Bürgerinnen und Bürger bereit sind, sich bei Wahlen aufstellen zu lassen. Wenn das Gemeinderatsmitglied kaum noch etwas zu entscheiden hat, ist dieses Verhalten nicht verwunderlich.

⁵² Diese Äußerung bezieht sich auf die Gemeinde Süderhackstedt. Im Haushalt 2006 waren die Einnahmen aus der Gewerbesteuer so hoch wie die aus der Hundesteuer.

6.4. Geglückte Fusion in Oeversee/Sankelmark

Die beiden Ämter bieten je ein Beispiel für eine geglückte bzw. missglückte Gemeindefusion. In Sankelmark und Oeversee waren besonnene und vorausblickende Gemeinderatsmitglieder tätig, die ihre Entscheidung trotz der Erkenntnis getroffen haben, dass damit ihr eigener Bedeutungsverlust verbunden sein könnte. Die Vertreter der beiden bisher selbständigen Gemeinden haben aus der guten Zusammenarbeit in der Vergangenheit den Schluss gezogen, dass eine größere Gemeinde nicht nur mehr Gewicht erhält, sondern dass sich auch Einsparungen erzielen lassen, die den Bürgerinnen und Bürgern zugute kommen. Die Fusion wurde dadurch erleichtert, dass die beiden Gemeinden durch Verbände (Kindergarten, Schule, Jugendbetreuung, Seniorenwohnheim) vieles bisher schon gemeinsam betrieben haben. Auch die Kirche in Oeversee ist seit Jahrhunderten der Mittelpunkt des ehemaligen Kirchspiels. 1974 scheiterte die Fusion noch an der Namensgebung. 2007 war dies kein Hindernis mehr. Durch vertrauensbildende Maßnahmen, in die die Gemeindemitglieder vorbildlich mit einbezogen wurden, gelang es, die Notwendigkeit einer Fusion mit ihren Vorteilen zu vermitteln. Erleichtert wurde der Prozess, weil einer der beiden Bürgermeister bei der Kommunalwahl 2008 nicht wieder antrat. Auch der Landesrechnungshof weist darauf hin, „... dass solche Veränderungsprozesse oftmals dann oder erst dann gelingen, wenn etwa Wahlperioden zu Ende gehen oder entscheidende Amtsinhaber in Ruhestand gehen“ (ASMUSSEN, 2004).

6.5. Missglückte Fusion im „Jörler Raum“

Im Bereich der „Jörler Gemeinden“ (Jörl, Janneby, Süderhackstedt, Sollerup) waren die Fusionsbemühungen weit fortgeschritten. Sie waren in einer Ideenwerkstatt (ALR, 2005) und durch Beratungen in den Gemeindevertretungen gut vorbereitet worden. Der LVB des Amtes Eggebek hatte in einem Arbeitspapier die „Grundlagen für eine Gemeindefusion im Jörler Raum“ zusammengefasst, das den Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern zugesandt wurde (AMT EGGEBEK, 2005). In diesem Papier werden Vor- und Nachteile einer Fusion abgewogen. Zur „Dorfidentität“ heißt es: *„Die meisten emotionalen Bedenken bei einer Fusion der Gemeinden bestehen gegenüber einem Verlust der dörflichen Identität und des gemeindlichen, gut nachbarschaftlichen Miteinanders. Hierzu ist festzustellen, dass das gut nachbarschaftliche Miteinander in ländlichen Gemeinden nicht im Wesentlichen gesteuert wird durch die Gemeindevertretung. Das Miteinander entsteht durch die Überschaubarkeit in der Nachbarschaft, das Gespräch über den Gartenzaun, das offene, unkomplizierte Zusammenleben. Die Gemeindevertretung als Organ ist dabei eher ein abstraktes Gebilde, wie die Präsenz der Bürgerinnen und Bürger bei Gemeindevertreterersitzungen oft zeigt.“* Eine größere Gemeinde wäre auch *„... in der Lage, die Zukunftsaufgaben zur Sicherung von Versorgungseinrichtungen und zentraler Aufgaben ... konzentriert und effektiv zu entwickeln und zu entscheiden. Die Erfüllung dieser Aufgaben durch eine einzelne Gemeinde, eventuell noch in Konkurrenz zu anderen, wird dem Leerlaufen des ländlichen Raums nicht entgegenwirken können.“*

Dieser Appell blieb ohne Wirkung. Zunächst zog sich die Gemeinde Sollerup zurück, weil sie keine Vorteile aus der Fusion für sich entdecken konnte. Für den Beobachter drängt sich als Erklärung auf, dass der größte Arbeitgeber, das Futtermittelwerk, Gewerbesteuer zahlt, die man mit den anderen Gemeinden nicht teilen wollte. Die verbliebenen Gemeinden machten weiter, aber kurz vor der Vertragsunterzeichnung (2007) entdeckten einige Bürger aus Süderhackstedt, dass ihre Kleinstgemeinde mit 349 Einwohnern unbedingt selbständig bleiben müsse. In einem Schreiben vom 14. April 2007 forderten sie, die geplante Gebietsänderung abzuwenden: *„Größer als die Liquidierung der Gemeinde, durch Auflösung und Eingemeindung in eine andere Gemeinde, kann doch wohl ein Schaden zu Ungunsten der Gemeinde Süderhackstedt nicht sein.“* Die Mehrheit des Gemeinderates schloss sich dieser Auffassung an. Auch die Erklärung des LVB Klaus-Dieter Rauhut, dass bei einer Fusion erhebliche Ein-

spareffekte zu erzielen seien, blieb ohne Wirkung, ebenso seine kritische Bemerkung: „Die Frage muss erlaubt sein, welche kommunal relevante Aufgabenstellung eine Gemeinde mit 300 Einwohnern heute noch hat“ (FT vom 26.4.07). Die Fusionsverhandlungen liegen auf Eis und sollten nach der Kommunalwahl 2008 wieder aufgenommen werden. Ein Zusammenschluss wäre dann erst im Jahre 2013 möglich.

Hier wird ein weiteres Dilemma von Entscheidungen in kleinen Gemeinden deutlich, das in der Literatur schamvoll verschwiegen wird: die „Vetternwirtschaft“. Je kleiner die Gemeinden sind, desto dichter ist das familiäre, freundschaftliche und soziale Netz, in dem sich die Gemeindevertreter bewegen. Bei jeder Entscheidung eines Gemeinderatsmitgliedes sind Familienangehörige, Bekannte oder Freunde betroffen. Dass dadurch das Abstimmungsverhalten beeinträchtigt wird, liegt auf der Hand, da die Gemeinderatsmitglieder in irgendeiner Weise „befangen“ sind.

In der Gemeinde Jerrishoe führte Nachbarschaft und Freundschaft von Wehrführer und Bürgermeister zu grotesken Entscheidungen. Der Bürgermeister weigerte sich, den Wunsch des Wehrführers nach einem neuen Einsatzfahrzeug zu entsprechen, weil das alte noch nicht abgeschrieben war. Danach herrschte zwischen den Freunden Funkstille. Der Wehrführer bot dem Bürgermeister seinen Rücktritt an. Dieser wollte nicht als Schuldiger für die Demission des anerkannten Feuerwehrmannes dastehen und trat nun seinerseits vom Amt des Bürgermeisters zurück. „Ich dachte immer, dass ich sachliche und private Dinge immer trennen könnte, aber irgendwann hat die Gemeindepolitik die private Ebene überlagert, zuletzt haben (der Wehrführer) und ich nicht mehr miteinander gesprochen,“ so der Bürgermeister. Nach dem Rücktritt war die Funkstille vorbei, die freundschaftlichen Beziehungen bestehen wieder. Die Presse hat diesen Vorgang als besonders lobenswert herausgestellt. Die Überschrift des Artikels im „Flensburger Tageblatt“ vom 28.11.2007 lautete: „Doppelrücktritt aus purer Freundschaft“.

Für den Autor ist dieses Verhalten menschlich verständlich, zeigt aber, dass mit einer derartigen Einstellung keine sachorientierte Politik zu machen ist. Übrigens: Der im Mai 2008 gewählte Gemeinderat hat im Oktober die Anschaffung eines neuen Löschfahrzeuges beschlossen.

Auch die Wankelmütigkeit des Eggebeker Gemeinderates hat seine Ursache im mangelnden Abstand zu den Wählern, der eine auf das Gemeinwohl und die langfristige Entwicklung der Gemeinde gerichtete Entscheidung erschwert. Erst als Nachbarn, Freunde und Familienmitglieder ihre Unterschriften gegen die Windkraftanlage leisteten, hielten die Ratsmitglieder dem Druck nicht mehr stand und änderten ihre Meinung, an der Spitze der Bürgermeister.

Wäre Eggebek nur der Ortsteil einer Großgemeinde, hätte auch ein Bürgerentscheid keine Chance gehabt, die Windkraftanlagen abzulehnen. Das Thema „Windkraft“, das nicht nur für Eggebek, sondern für die gesamte Region enorme Bedeutung hat, wurde von einigen hundert Wahlberechtigten so hochgespielt, dass alle anderen Probleme keine wahlentscheidende Rolle mehr spielten. Diese relativ kleine Gruppe hatte aufgrund des für sie günstigen Kommunalwahltermins die Möglichkeit, das Konversionsprojekt „Bioenergie-Park“ – vorübergehend – zum Scheitern zu bringen.⁵³

These: Ein Verlust an Demokratie findet nicht durch eine Gebietsreform statt, sondern durch die vielfältige und unübersichtliche Förderkulisse. Aufsichtsräte, Beiräte und andere Organisationen, die zwar offiziell von gewählten politischen Vertretern bestimmt und kontrolliert werden, haben in Wahrheit eine Eigenständigkeit erreicht und führen ein Eigenleben. In einigen dieser Gremien sitzen Vertreter von Organisationen (DGB, Wirtschaftsverbänden, Hoch-

⁵³ Siehe 3. „Schwierigkeiten und Probleme bei der Realisierung der Konversionsprojekte“.

schulen u.a.), die von diesen entsandt werden und sich jeglicher Kontrolle entziehen. Bei Abstimmungen genießen sie das gleiche Stimmrecht wie die „Gewählten“. Dies ist für das „einfache“ Gemeinde- oder Kreistagsmitglied nicht mehr nachvollziehbar, geschweige denn kontrollierbar.

6.6. Missglückte Ämterfusion

Bereits vor dem Bericht des Landesrechnungshofes und der Regierungsbildung 2005 haben die Ämter Eggebek und Oeversee eine bessere Zusammenarbeit angestrebt. Am 12. Mai 2000 konstituierte sich in der Akademie Sankelmark ein Lenkungsbeirat für die Kooperation zwischen den beiden Ämtern. Moderiert wurde diese Sitzung durch den Kieler Professor Götz von Rohr. Erwartet wurde, dass die Ämter durch gemeinsames Auftreten ein größeres Gewicht bei den politischen Auseinandersetzungen erhalten würden und dass durch eine effizientere Verwaltung Kosten gespart werden könnten. Die Entwicklung der Ämter würde dadurch positiv beeinflusst. Voraussetzung sei, dass das Konkurrenzdenken abgebaut und Vertrauen geschaffen würde, um Projekte gemeinsam betreiben zu können.

Als besondere Stärken der Ämter wurden die attraktive Natur und Landschaft und die vielen Arbeitsplätze durch die Bundeswehr herausgestellt. Als besondere Schwächen wurden die Kirchturmspolitik und das mangelnde Bewusstsein der Stärken genannt (v. ROHR, 2000).

Im Januar 2001 zog man eine erste Bilanz der Zusammenarbeit. Nachdem jahrelang „... *eine gepflegte Sprachlosigkeit herrschte und man mehr übereinander als miteinander redete* ...“ seien die Verantwortlichen der Ämter endlich übereingekommen, Kräfte zu sammeln und gemeinsame Projekte zu betreiben (Amtsvorsteherin Greta Lassen, KN vom 19.1.01). Es sollten „... *die Möglichkeiten ausgelotet werden ..., durch Zusammenarbeit der beiden Ämter Effizienzsteigerungen und Kostensenkungen in der Aufgabenbewältigung zu erreichen*“ (ÄMTER EGGEBEK UND OEVERSEER, 2001, S.4). Gemeinsam wolle man sanften Tourismus fördern, ein „Soziales Haus“ betreiben und Verkehrsprobleme lösen. In der Diskussion wurde immer wieder deutlich, dass man zwar zusammenarbeiten, die Eigenständigkeit jedoch nicht aufgeben wolle. In der Bevölkerung müsse ein Wir-Gefühl entwickelt werden.

Das Innenministerium war bereit, die „*Zusammenarbeit der Ämter Oeversee und Eggebek auf Verwaltungsebene*“ als modellhaftes Projekt zu fördern und stellte eine Förderung aus dem Sonderbedarfsfonds in Höhe von 425.000 DM in Aussicht (Schreiben des Amtes Oeversee vom 23. Oktober 2001).

Zwei Jahre später war weder die Kooperation noch das Modellprojekt weiter gekommen. Beinahe resigniert stellte der Leitende Verwaltungsbeamte des Amtes Oeversee in einem Vermerk vom 22. Oktober 2003 fest, dass für den weiteren Kooperationsprozess u.a. noch folgende Schritte erforderlich seien:

- Aufbau eines einheitlichen Organisationskonzeptes,
- Einführung gleicher Hard- und Software für das E-Gouvernement,
- ständiger Erfahrungsaustausch zum Aufbau eines Vertrauensverhältnisses,
- Aufbau leistungsfähiger Bürgerbüros.

Hier muss die Frage erlaubt sein, warum die politisch Verantwortlichen in drei Jahren trotz vollmundiger Ankündigungen kaum einen Schritt weiter gekommen sind. Ein weiteres Jahr später (2.11.04) lautet die Überschrift in den „Schleswiger Nachrichten“: „*Geplante Ämter-Kooperation gerät ins Stocken*“. Die beiden Amtsausschüsse hatten beschlossen, die Kooperationsbemühungen für ein Jahr auszusetzen. Zwar waren sich alle einig, dass die Verwaltungen effizienter werden müssten, konkrete Ziele wurden allerdings nicht festgelegt. „*Wenn es darum geht, ein gemeinsames Standesamt zu schaffen, lösen sich alle guten Vorsätze in Luft*

auf, weil plötzlich die einen nicht wollen, dass in ihrem Ort nicht mehr geheiratet werden kann,“ so Carsten-Peter Brodersen, Bürgermeister von Süderhackstedt. Das Innenministerium war inzwischen von seiner Bereitschaft abgewichen, Kooperationen zu fördern. Geld würde es nur noch geben, wenn Verwaltungen fusionieren würden. Der Fusionswille in den beiden Ämtern war zwar noch vorhanden, in Eggebek allerdings nur unter der Bedingung, dass der künftige Amtssitz im eigenen Dienstleistungszentrum angesiedelt würde.

Die beiden Amtsvorsteher Uwe Ketelsen (Oeversee) und Hans-Jürgen Jochimsen (Eggebek) betonten erneut die Notwendigkeit einer Fusion (FT vom 6.11.04), nicht zuletzt aus Kostengründen. Die Landesregierung hatte die gewünschte Größe der Ämter erneut nach oben verschoben. Statt 9.000 Einwohnern sollten sie nun 25.000 Einwohner haben. Ein Fusionsprozess auf freiwilliger Basis würde mit 100.000 Euro gefördert. Beide Amtsvorsteher sahen nur in einer Fusion eine Chance für die Zukunft. Daher dürfe sie nicht an Kleinigkeiten und Befindlichkeiten scheitern, da kleine Ämter und Gemeinden keine Chancen auf EU-Förderung hätten. *„Erst muss entschieden sein, ob wir alle eine Fusion wollen, dann kann es um den Standort der Amtsverwaltung gehen“* (ebd.). Diese Aussage ist unglaublich, da der Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess genau umgekehrt verlief. Hätte man sich zuerst auf einen Amtssitz geeinigt, wären die Fusionsverhandlungen schnell und reibungslos verlaufen. Jetzt ging es nur noch darum, die Ursache für das Scheitern dem jeweils anderen Amt zuzuschieben.

In einer vertraulichen Runde der Amtsspitzen am 16.11.04 kamen die Teilnehmer nun überein, dass vor weiteren Überlegungen die Standortfrage zwingend gelöst werden müsse. Falls dies nicht gelänge, werde das Thema Verwaltungsfusion beendet.

Fast ein Jahr später war der Entscheidungsprozess immer noch nicht abgeschlossen. In Eggebek sah der Amtsausschuss auf seiner Sitzung am 29.9.05 keine Notwendigkeit einer Fusion. Die Mindestgröße von 8.000 Einwohnern, die vom Land vorgegeben sei, werde mit fast 9.000 Einwohnern überschritten. Die Erstellung einer Expertise, welche die Vorteile einer Fusion aufzeigen sollte, wurde abgelehnt. Stattdessen wolle das Amt beim Innenminister den Nachweis der Wirtschaftlichkeit und Leistungsstärke führen.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass die „Sachverständigenkommission zur lokalen und regionalen Verwaltungsneuordnung in Schleswig-Holstein“ unter Vorsitz des Staatssekretärs a. D. LOSCHOLDER bereits 1986 in ihrem Abschlussbericht („Loscholder-Gutachten“) 10.000 Einwohner als Richtwert für die Größe eines Amtes vorgeschlagen hatte.

Deutlich wurde auf dieser Sitzung am 29.9.05 (eigene Beobachtung), dass die Vertreter im Amtsausschuss Angst vor der Dominanz des Unterzentrums Tarp hatten, wenn der Amtssitz des neuen Amtes dort angesiedelt würde. Daher lehnten sie auch eine Expertise ab, die offensichtlich Vorteile einer Fusion aufgezeigt hätte.

Eine sinnvolle Regionalplanung, die sich an der „Konzentration in der Fläche“ orientiert, muss vorsehen, dass der Amtssitz im Unterzentrum und der größten Gemeinde angesiedelt bleibt. Die Einwohner des Amtes können viele Tätigkeiten in Tarp erledigen (Schule, Einkäufen, Veranstaltungen, Freizeit). Die seltenen Behördengänge könnten dabei ebenfalls erledigt werden.

Da die Landesregierung erst bei einer Einwohnerzahl von unter 8.000 Zwangszusammenlegungen angedroht hatte, sah sich der Amtsausschuss auf der sicheren Seite. Amtsvorsteher Jochimsen zeigte, dass sich politische Einsicht nicht im politischen Handeln niederschlagen muss. Hatte er am 6.11.04 noch die Notwendigkeit einer Fusion hervorgehoben, war er am 29.9.05 einer der vehementesten Gegner.

Auch der CDU-Landtagsabgeordnete Klaus Schlie, seit 2005 auch Staatssekretär, war vom Saulus zum Paulus geworden, allerdings in die entgegengesetzte Richtung seines Parteifreun-

des Jochimsen. Bei einer Veranstaltung des CDU-Ortsverbandes Sieverstedt warb er für „Mut zu Veränderungen“ durch die Verwaltungsstrukturereform. Der Ortsvorsitzende Wilkens fürchtete, dass die Fusionspläne der Ämter Oeversee und Eggebek scheitern würden und forderte mehr Druck aus Kiel, um die Entwicklung zu beschleunigen.

Nach einer fast siebenjährigen Beratungs- und Planungsphase, die durch externen Sachverständigen (Professor Götz v. Rohr, Geographisches Institut der Universität Kiel) begleitet wurde, sollte am 14. September 2006 auf gleichzeitig stattfindenden Sitzungen der Amtsausschüsse von Oeversee und Eggebek die Fusionsentscheidung fallen. Der neue Bürgermeister Hartwig Wilckens aus Sieverstedt hatte einen letzten Versuch unternommen, die zum Scheitern verurteilte Fusion doch noch zu retten. Die beiden Verwaltungsbeamten Gerhard Beuck und Klaus-Dieter Rauhut hatten ein neun Vorschläge umfassendes „Eckpunktepapier“ als Diskussionsgrundlage erarbeitet. Wichtigster Punkt dieses Papiers war eine Aufgabenteilung der Verwaltung auf Eggebek und Tarp. Der Amtssitz des leitenden Verwaltungsbeamten – und damit auch der Verwaltungssitz – sollte in Tarp sein. Von den zentralörtlichen Schlüsselzuweisungen, die nur Tarp zustehen, sollte auch Eggebek profitieren. In Tarp wurde dieses Papier, und damit die Fusion, einstimmig beschlossen.

In Eggebek war die Stimmung emotional aufgeladen. Der Amtsvorsteher (Bürgermeister Jochimsen, Jörl) beklagte Stil und Form der Initiative. Diese Initiative wurde unter Zeitdruck eingeleitet, weil in Tarp ein neuer Verwaltungsbeamter gewählt werden musste. Bei einer Fusion hätte man auf diese Wahl verzichten können und dadurch ein Gehalt (A 15) eingespart. Landrat von Gerlach hatte in einem Spitzengespräch versucht, auf Basis des Eckpunktepapiers eine breite Zustimmung für die Fusion zu erreichen, offensichtlich vergeblich, denn im Amt Eggebek boykottierten vier von acht Bürgermeistern die vom Amtsvorsteher einberufene Gesprächsrunde.

In der nicht immer sachlich geführten Auseinandersetzung (eigene Beobachtung) des Amtsausschusses wurde behauptet, dass es keine erkennbaren Einsparungen gäbe, das Amt Eggebek nur Nachteile habe und Tarp nie auf Augenhöhe verhandelt habe. Im Laufe der Sitzung wurde klargestellt, dass das Eckpunktepapier lediglich dazu dienen sollte, die Fusionsverhandlungen auf einer neuen Basis anzuschieben. Erst am Ende dieser Verhandlungen stünde ein Vertrag zur Fusion. Davon wollte die Mehrheit der Amtsausschussmitglieder nichts wissen. Der „sachlichste“ Redebeitrag war: *„Wegen der aufgewendeten Steuergelder für das Dienstleistungszentrum muss der Amtssitz nach Eggebek.“* Die Landtagsabgeordnete Frauke Tengler und Fraktionsvorsitzende der Eggebeker CDU wies darauf hin, dass diejenigen, die die Erstellung einer Expertise abgelehnt hatten, nun nicht über fehlende Entscheidungsgrundlagen klagen dürften. Bürgermeister Breidenbach erklärte erneut, dass es nicht um Einspareffekte ginge, sondern um Mitsprache. Neue Herausforderungen und neue Aufgaben erforderten auch neue Strukturen. Daher habe die Gemeindevertretung Eggebek ihre Auffassung geändert und stimme den Verhandlungen zu. Ebenso verhielten sich die Vertreter der zweitgrößten Gemeinde Wanderup. Die anderen Gemeinden lehnten ab, so dass die Ämterfusion bei elf Nein-, acht Ja-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt wurde.

Kommentar: *Auf dieser Veranstaltung wurde die Auffassung des Autors bestärkt, dass viele kleine Gemeinden nicht über das politische Personal verfügen, das in der Lage ist, über den Tellerrand zu blicken, um Aufgaben der Zukunft zu bewältigen. Einige Gemeindevertreter waren beleidigt, weil sie sich nicht wichtig genug genommen fühlten, andere fürchteten bei einer Fusion den Bedeutungsverlust, wieder andere waren grundsätzlich gegen das „Fusionsgequatsche“ (Äußerung gegenüber dem Autor). Nach der Abstimmung waren die Vertreter Wanderups und Eggebeks sehr enttäuscht, weil „... einigen beleidigten Leberwüsten die Zukunft von 20.000 Menschen egal ...“ sei (Petra Nicolaisen, Bürgermeisterin Wanderup). Sie hoffen nun auf den Gesetzgeber, der „von oben“ eine Verwaltungsstrukturereform anordnen müsse.*

7. Ländlicher Raum

Die 12 Gemeinden des Untersuchungsgebietes sind Teil des ländlichen Raums. Wie bereits erwähnt, haben fast alle Förderprogramme das Ziel, auch periphere Räume an der allgemeinen Entwicklung teilhaben zu lassen, um den dort lebenden Menschen nicht nur Arbeitsplätze in zumutbarer Entfernung anzubieten, sondern auch die nötige Infrastruktur für Versorgung, Bildung, Kultur, Soziales und Gesundheit.

7.1. Akademie für die Ländlichen Räume

Um die Belange des ländlichen Raumes besser vertreten zu können, wurde 1992 die „Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holstein“ als gemeinnütziger und unabhängiger Verein gegründet. Folgende Ziele sind Aufgabe des Vereins:

- Erhaltung und Stärkung der Lebensfähigkeit der ländlichen Räume in Schleswig-Holstein, insbesondere der Dörfer in ihrer ökonomischen, kulturellen, sozialen und landschaftstypischen Ausprägung,
- Förderung der praxisorientierten Wissenschaft und Forschung für die ländlichen Räume,
- Aufzeigen von Entwicklungsproblemen sowie von Strategien zur Problemlösung und zur Umsetzung zukunftsfähiger Konzepte,
- Entwicklung neuer Leitbilder für die ländlichen Räume,
- Vertretung der Interessen der ländlichen Räume, auch auf europäischer Ebene,
- Aufbau und Pflege vielfältiger Kontakte zur Stärkung des Gewichtes der ländlichen Räume.

Die Akademie berät Politik und Verwaltung, initiiert Forschungsvorhaben und vermittelt durch Veranstaltungen und Veröffentlichungen zukunftsweisende Lösungsansätze für Probleme ländlicher Gemeinden.

Am 25.8.2005 veranstaltete die Akademie in Breklum einen Kongress mit dem Titel: *„Die Zukunft der ländlichen Räume in Schleswig-Holstein – Initiative für eine Koalition für den ländlichen Raum“*. Wissenschaftler und Fachleute verschiedener Fachrichtungen (Prof. Hans-Jürgen Block, Innovationsstiftung; Prof. Hans Heinrich Driftmann, Präsident der IHK Kiel; Jörg Bülow, Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag; Michael Stein, IHK Flensburg; Prof. Ulf Hahne, Universität Kassel; Rolf Teucher, Landeskulturverband; Probst Jörn Engler; Helga Klindt, LandFrauenverband) sollten Visionen und Entwicklungsmöglichkeiten für den ländlichen Raum vorstellen.

Dieser Auftaktveranstaltung folgten weitere, die sich mit den Themen Wirtschaft, Kultur/Bildung und Infrastruktur befassten. Am 9.2.2006 wurde die „Breklumer Erklärung“ mit der Forderung: *„Gleichwertige Lebensverhältnisse in ländlichen Regionen sichern“* verabschiedet. Von den Folgen des demographischen Wandels – Geburtenrückgang, Überalterung, Verringerung der Erwerbsbevölkerung – seien die peripheren ländlichen Regionen besonders stark betroffen. Die dramatische Kürzung der EU-Fördergelder für ländliche Räume erfordere ein grundlegendes Umsteuern in allen Politikfeldern. Dazu gehöre eine Abkehr des Gießkannenprinzips durch eine konzentrierte Förderung auf Wachstumsschwerpunkte im ländlichen Raum. *„Bei der Neuorientierung der Strukturpolitik muss unverändert Leitgedanke der Verfassungsauftrag von der Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland sein. Ländliche Regionen und städtische Verdichtungsräume sind untrennbar miteinander verbunden und aufeinander angewiesen“*. Die Förderung ausschließlich auf die Monopolregion Hamburg zu konzentrieren sei falsch, weil dabei der ländliche Raum lediglich die Res-

sourcen „*Arbeitskräfte und Flächen*“ zur Verfügung stelle, während die Wertschöpfung in Hamburg stattfinde.

Zukunftsfähige Branchen, die in den ländlichen Räumen angesiedelt werden könnten, seien:

- Gesundheitswesen, Wellness und Senioren,
- Bildung und Kultur,
- Tourismus,
- Ernährungswirtschaft,
- Erneuerbare Energien,
- Informationstechnik.

Um dies zu erreichen, müssten die Förderinstrumente umgestaltet werden:

- eine angemessene Aufstockung der EU-Mittel durch Umschichtung aus anderen Bereichen; hier hat das Europäische Parlament jetzt eine besondere Verantwortung,
- eine stärkere Ausrichtung des EU-Fonds für ländliche Entwicklung auf die Schaffung von Arbeitsplätzen,
- die Stärkung der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz, um EU-Mittel kofinanzieren zu können, wobei gleichfalls die Schaffung von Arbeitsplätzen Vorrang haben muss und
- die Berücksichtigung privater Investitionen als Kofinanzierung.

Eine derartige Strukturpolitik könne den Menschen in den ländlichen Regionen lebenswerte Rahmenbedingungen liefern. Voraussetzung dafür seien Anstrengungen der regionalen Akteure, die ein besonderes Gewicht auf die Verstärkung von Kooperationen legen müssten. „*Starke ländliche Räume kommen letztendlich dem ganzen Land Schleswig-Holstein zu Gute*“ lautet der Schlusssatz der Erklärung.

Am 31. August 2006 fand in Breklum die Abschlussveranstaltung „*Koalition für den ländlichen Raum*“ statt. Der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Christian von Boetticher, trug in seiner Rede aus Sicht der Landesregierung deren Vorstellungen für die Zukunft der ländlichen Räume vor. Eine nachhaltige Weiterentwicklung solle sich auf die drei Säulen Ökologie – Ökonomie – Soziales der Agenda 21 stützen. Dabei sollten die „... *Belange von Naturschutz, Tourismus, Kultur, Landwirtschaft und Wirtschaft berücksichtigt werden.*“ Da sein Ministerium wichtige Themenfelder (Landwirtschaft, Förderpolitik, Naturschutz, Wasserwirtschaft) besetze, sei „... *eine Politik aus einem Guss*“ möglich.

Das Ministerium hat jedoch nicht die Zuständigkeit für die Landesplanung. Diese liegt beim Innenministerium, das auch den ab 2009 gültigen Landesentwicklungsplan (Entwurf) vorlegt (Anmerkung des Verf.).

Der Minister kritisierte die Ministerkonferenz für Raumordnung vom 30. Juni 2006, die „*Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland*“ verabschiedet hatte, die die Metropolregionen bevorzugen würden. Landkreistag und Bauernverband hatten in einem Papier festgestellt: „*Der Metropolansatz reißt neue Gräben zwischen Stadt und Land auf. ... Äußerst fragwürdig ist es, wenn der Staat unter dem Motto ‚Stärken stärken‘ nur noch mögliche Boombranchen bzw. -regionen strukturell stärken will.*“ Dieser Kritik schloss sich der Minister an. Die ländlichen Räume hätten „... *eine eigenständige Identität und eine eigene Vitalität ... Wir wollen keine ‚feindliche Übernahme‘ der ländlichen Räume durch die Städte und schon gar nicht durch eine Metropolregion.*“

Er unterteilte die ländlichen Räume Schleswig-Holsteins in drei Kategorien:

- Die 1. Kategorie profitiert von der Metropolregion Hamburg und ihrer wirtschaftlichen Attraktivität und Prosperität.
- Die 2. Kategorie kann davon nicht profitieren, ist aber auch künftig aus eigener Kraft zu einer stabilen Entwicklung in der Lage.
- Die 3. Kategorie hat damit Probleme. Wegen fehlender Arbeitsplätze und durch Abwanderung wird die demographische Entwicklung verschärft.

Der Minister vertrat die Auffassung, dass auch die peripheren Regionen Schleswig-Holsteins nicht zur 3. Kategorie gehören würden.

Er strich die besonderen Stärken der ländlichen Räume heraus, die in hoher Lebensqualität, reichem Naturerbe und einer vielfältigen Kulturlandschaft bestehen würden. Das Verantwortungsgefühl der Menschen sei auf dem Dorf leichter zu wecken. Das hohe kreative Potential der Menschen hätte innovative Projekte in verschiedenen Sektoren hervorgebracht. Dabei erwähnte der Minister auch das Dienstleistungszentrum Eggebek.

Der Minister stellte auch das „Zukunftsprogramm Ländlicher Raum“ vor, das von 2007 bis 2013 in den AktivRegionen verwirklicht werden soll. Die drei Schwerpunkte sind:

- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft
- Verbesserung der Umwelt und der Landschaft
- Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft (integrierte ländliche Entwicklung, Biomasse und Energie, investive Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie).

Angesichts der demographischen Entwicklung sei die zentrale Herausforderung, „... *die soziale und technische Versorgungsinfrastruktur auf einem attraktiven Niveau ...*“ zu sichern. Dies könne durch den „... *Aufbau starker, selbst organisierter ländlicher Regionen...*“ geschehen, die möglichst große Spielräume erhalten werden, um ihr kreatives Potential einsetzen zu können. Die ländlichen Räume Schleswig-Holsteins könnten selbstbewusst in die Zukunft sehen.

7.2. AktivRegionen und MarktTreff-Konzept

Das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft hat 2002 das Modell- und Demonstrationsvorhaben „REGIONEN AKTIV – Land gestaltet Zukunft“ ins Leben gerufen. Dieses Vorhaben sollte durch den sogenannten „bottom-up-Ansatz“ den Akteuren vor Ort größere Entscheidungskompetenz bei der Vergabe von Fördermitteln ermöglichen. Die theoretischen Erkenntnisse der Regional Governance sollen nach den Vorstellungen der EU vor Ort in die Praxis umgesetzt werden.

In Schleswig-Holstein sollen „AktivRegionen“ das „Zukunftsprogramm Ländlicher Raum“ (ZLR) verwirklichen, das für die neue EU-Förderperiode ELER⁵⁴ 2007 – 2013 gilt. Die Landesregierung sieht folgende Möglichkeiten der Entwicklung durch die Bildung einer „Aktiv-Region“ (Merkblatt der Landesregierung vom 13. November 2008):

- Regionale Besonderheiten bieten die Chance, ein eigenes Profil zu entwickeln. Auf dieser Grundlage erarbeiten die Akteure vor Ort eine integrierte Entwicklungsstrategie für ihre AktivRegion.
- Die AktivRegion steuert, organisiert und begleitet die Umsetzung der integrierten Entwicklungsstrategie. Eine breite Bürgerbeteiligung mit demokratischen Spielregeln

⁵⁴ ELER: „Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums“.

stellt die Entwicklung der Region auf eine starke Basis. Die Zusammenarbeit von Verwaltung, Bürgern, Wirtschaft und Initiativen ermöglicht eine Vernetzung bisher getrennter Bereiche von Gesellschaft und Wirtschaft.

- Eine wirksame Verbindung unterschiedlicher Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten kann mit diesen Partnerschaften leichter erreicht werden.
- Innovative Projekte können in neuen Partnerschaften umgesetzt werden.
- Mit Hilfe eines integrierten Ansatzes können Ziele und Maßnahmen gebündelt und vernetzt werden. Zu den Themen gehören Infrastruktur, Landwirtschaft, ländliche Wirtschaft, Tourismus, Umwelt, Klimaschutz, Kultur und Wohnen.

Die AktivRegionen sollen ein zusammenhängendes Gebiet mit 50.000 bis 100.000 Einwohnern sein, und die Partner der Sektoren (Gemeinden, Wirtschaft, Soziales, Kultur, Umwelt) repräsentieren. Zur Anerkennung durch das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume ist die Vorlage einer „Integrierten Entwicklungsstrategie“ (IES) erforderlich, die den „demographischen Wandel“ und den „Klimaschutz“ beinhaltet. Die AktivRegionen sollen das „Zukunftsprogramm Ländlicher Raum“ mit folgenden Förderschwerpunkten verwirklichen:

1. Wettbewerbsfähigkeit
2. Kulturlandschaft
3. Lebensqualität
4. Umsetzung des LEADER-Konzeptes.

LEADER ist eine Abkürzung für das französische **L**iaison entre **A**ctions de **D**éveloppement de l'**E**conomie **R**urale und bedeutet, dass in diesem EU-Programm Kooperationen und Maßnahmen zur Stärkung und Entwicklung des ländlichen Lebensraums, der ländlichen Wirtschaft und der Lebensqualität gefördert werden.

Es sollen regionale Netzwerke von Bürgern, Vereinen, Unternehmen und Gemeinden entstehen, die die Grundversorgung (MarktTreff) sichern und die regionale Identität stärken. Durch innovative Beschäftigungsfelder (Umnutzung landwirtschaftlicher Bausubstanz, Ausbau des ländlichen Tourismus) sollen Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen werden.

Bereits die LSE-Verfahren hatten gezeigt, dass in vielen Gemeinden des ländlichen Raums die Grundversorgung nicht mehr gewährleistet war. Das Ministerium für ländliche Räume hat daraufhin 1999 „... das Projekt ‚Ländliche Dienstleistungszentren‘ zur Verbesserung und Stärkung der Grundversorgung im ländlichen Raum auf den Weg gebracht ...“ (KRÜGER/WALTHER, 2005, S. 14), weil viele Versuche „Dorfläden“ zu halten oder einzurichten gescheitert waren. Die Dienstleistungszentren bekamen den Namen „MarktTreffe“. Sie sollten drei wesentliche Funktionen erfüllen:

1. Sicherung der wohnortnahen Versorgung durch einen Lebensmittelmarkt.
2. Dienstleistungsangebote wie Post, Bank, Versicherung, Versandhandel und andere Serviceangebote.
3. Treffpunkt, um das örtliche Gemeinschaftsleben zu stärken und die Kommunikation zu fördern (Bistro, Vereinslokal).

Die Initiative muss von den Gemeinden ausgehen, die dann Fördermittel in Anspruch nehmen können. Die Gemeinden sind in der Regel Eigentümer der Immobilie und der Einrichtungen, die vom Betreiber gemietet werden. MarktTreffe sind auf das Engagement der Dorfbewohner angewiesen. Es hat sich besonders bewährt, wenn ein Verein für den Bereich des Treffpunkts verantwortlich ist. „Nicht zuletzt trägt jeder einzelne Dorfbewohner mit seinem Kaufverhalten

zum Erfolg des MarktTreffs bei: *Um dessen Existenzfähigkeit zu sichern, muss jeder Haushalt dort im Schnitt ein- bis zweimal pro Woche für 7 bis 11 Euro einkaufen*“ (ebd.). MarktTreffs können in Gemeinden ab 700 bis zu 2.000 Einwohnern eingerichtet werden, in denen kein Lebensmittelgeschäft existiert. Das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume lobt in einem Faltblatt (April 2007): *„Mehr Lebensqualität auf dem Lande -. MarktTreff, bei uns ist alles drin“* die von der EU und dem Land geförderten Einrichtungen. *„MarktTreff ist der lebendige Marktplatz für Produkte, Dienstleistungen, Informationen, Ideen und Initiativen – maßgeschneidert für die jeweilige Gemeinde. Zum MarktTreff kommen die Menschen gern – denn bei uns ist alles drin.“* Der MarktTreff soll ein Treffpunkt für alle Generationen, aktive Gruppen und Vereine sein. Werbung für diese Idee ist nach wie vor erforderlich. *„Denn in vielen Dörfern haben weder der öffentliche noch der private Sektor allein die Kraft, Versorgungs- oder Treffpunkte mit einer gewissen Publikumsfrequenz zu betreiben. Um solche Mini-Zentren in der Fläche zu erhalten, sind intelligente Systemangebote und öffentlich-private Partnerschaften erforderlich, wie sie in der Form der MarktTreffs in Schleswig-Holstein realisiert werden“* (KRÜGER/WALTHER, 2005, S. 15).

Bei einer landesweiten Befragung in den 25 MarktTreffs des Landes (Stand Ende 2008) gaben die Besucher diesen Einrichtungen durchgehend gute Noten. 85 Prozent meinen, dass die MarktTreffs das Dorfleben in Schwung bringen. Überlebensfähig werden die MarktTreffs nur bleiben können, wenn sie von der Gemeinschaft der Dorfbewohner getragen werden. Das bedeutet, dass die Bewohner bereit sein müssen, ihr Einkaufsverhalten zu ändern und beim Einkauf vor Ort nicht nur auf den Cent achten. Falls sich alle Marktteilnehmer marktkonform verhalten, kann die Versorgung bestimmter Bevölkerungsteile nicht mehr gewährleistet werden. Die Gesellschaft muss letztendlich entscheiden, ob und zu welchen Bedingungen diese Versorgungslücke mit Steuergeldern geschlossen werden soll. Für viele Gemeinden besteht Handlungsbedarf, denn trotz großer Bemühungen und trotz finanzieller Unterstützung haben sich viele Pläne nicht realisieren lassen. Bis Ende 2006 sollten 50 MarktTreffs in Schleswig-Holstein entstanden sein, Anfang 2009 waren es lediglich 25. Auch mit den MarktTreffs wird das Problem der Versorgung einer immer älter werdenden Bevölkerung in großen Gebieten des ländlichen Raums nicht gelöst werden. Falls die Kunden nicht zu den Geschäften gelangen können, müssen die Geschäfte zu den Kunden. Rollende Verkaufswagen mit Bestellservice werden sich wegen ihrer Unkosten, die an die Kunden weitergegeben werden müssen, nur dort halten können, wo sie öffentlich unterstützt werden.

Der Vorsitzende der Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins, Rüdiger von Plüskow, führte in einer Presseerklärung im September 2007 aus (ALR, 2007): *„Mit der Förderperiode 2007 – 2013 beginnt ein neues Kapitel der Entwicklung der ländlichen Räume in Schleswig-Holstein. Damit wird von den Ursprüngen des Programms Nord über die Dorfentwicklung, LSE und Leader+ jetzt mit den AktivRegionen ein langer Weg erfolgreich fortgeführt ... Eigeninitiative der Menschen im Wettbewerb der Regionen sind die Erfolgsgarantie für die Wirtschaftskraft und damit der Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort.“*

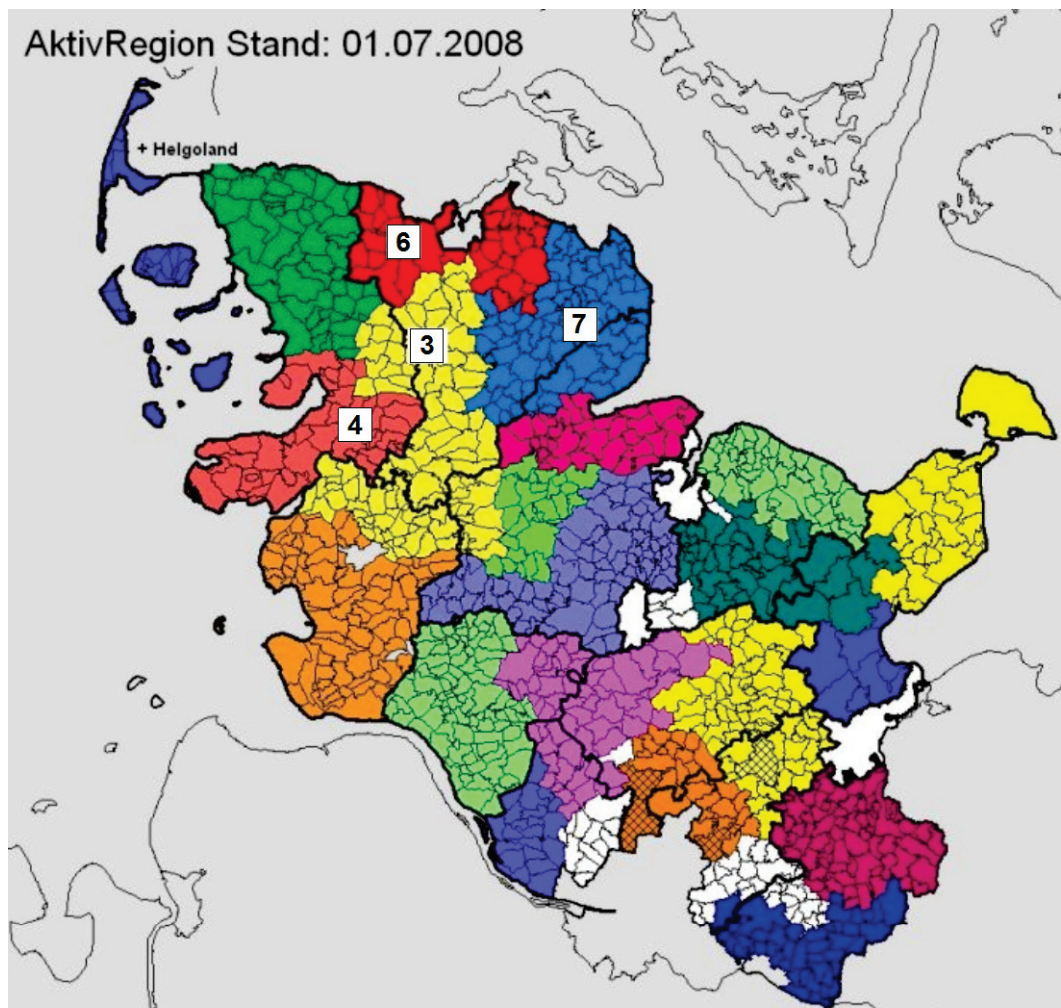
Als Beobachter der politischen Szene hat man ähnliche oder gleiche Aussagen noch bei jedem neuen Förderprogramm gehört. Erstaunlich ist der schnelle Wechsel. Die LSE galten als *das* Erfolgskonzept, heute wissen die gewählten Kommunalpolitiker teilweise nichts mehr über ihren Inhalt. Der Autor wird das Gefühl nicht los, dass hier neuer Wein in alten Schläuchen verkauft werden soll. Der Deutsche Grenzverein äußert sich dazu in seinem Gutachten zur Entwicklung ländlicher Räume: *„Eine regionalwirtschaftliche Evaluierung der Förderansätze und Projekte gibt es nur in Einzelfällen. Allerdings ist vielfach die Zeitspanne für eine Untersuchung der strukturellen Wirksamkeit der Maßnahmen noch zu kurz. Umso fragwürdiger erscheinen aus dieser Sicht kurzfristige Änderungen und Schwenks in der Regionalpolitik. Eine koordinierte Forschung für die ländlichen Räume in Schleswig-Holstein existiert noch*

nicht“ (DEUTSCHER GRENZVEREIN, 1992, S. 79). Daran hat sich bis heute nichts Wesentliches geändert.

7.2.1. Bildung der AktivRegionen

Die Ämter haben sich vor allem auf Initiative der Leitenden Verwaltungsbeamten (LVB) zu AktivRegionen zusammengeschlossen. Ein logisches oder durchdachtes Konzept ist nicht zu erkennen. Manchmal fiel der gewünschte Partner aus, weil der schon mit einem anderen „verheiratet“ war, manchmal kam eine Partnerschaft nicht zu Stande, weil es Animositäten zwischen den Akteuren – vor allem den Politikern – gab. Eine wichtige Rolle werden auch die Zuschüsse gespielt haben, die von der Einwohnerzahl abhängig sind. Von 50.000 bis 75.000 Einwohnern erhält man 250.000 Euro pro Jahr, darüber 300.000 Euro. Es war also wichtig, die Grenze von 75.000 Einwohnern zu überschreiten. So ähnelt die Karte der AktivRegionen (siehe Abbildung 8, nächste Seite) einem bunten Flickenteppich, an dem sich kein geordnetes Planungskriterium ablesen lässt. Besonders deutlich wird dies am merkwürdigen Zuschnitt der AktivRegionen „Eider-Treene-Sorge“ und „Südliches Nordfriesland“. Die bereits bestehende „Flusslandschaft Eider-Treene-Sorge“ wurde aufgeteilt, weil die angrenzende Aktiv-Region zu klein gewesen wäre. Dadurch fehlt der AktivRegion Eider-Treene-Sorge das Mündungsgebiet der Eider mit der Stadt Tönning. Eine sinnvolle Vermarktung – wie bisher – als eine „Flusslandschaft“ wird dadurch erschwert.

Abb. 8



AktivRegionen: 3: Eider-Treene-Sorge, 4: Südliches Nordfriesland, 6: Mitte des Nordens, 7: Schlei-Ostsee.

Nach teilweise kontroversen Diskussionen haben sich im Raum Flensburg folgende AktivRegionen gebildet:

- AktivRegion „Schlei-Ostsee“, von Eckernförde bis Steinbergkirche (Nr.7),
- Aktiv-Region „Mitte des Nordens“, von Steinbergkirche bis zur Kreisgrenze Nordfriesland (Nr.6),
- AktivRegion „Eider-Treene-Sorge“, von Flensburg bis fast zur Eidermündung (Nr.3),
- AktivRegion „Südliches Nordfriesland“, zwischen der AktivRegion 3 und der Nordseeküste (Nr.4).

Ein raumordnerisches Konzept ist bei der Bildung der AktivRegionen nicht zu erkennen. Ob diese Zufallsgebilde ihre Aufgaben erfüllen können, wird die Zukunft zeigen. Eine durchgreifende Funktional- und Verwaltungsstrukturereform können sie nach Auffassung des Autors nicht ersetzen.

Zur AktivRegion „Eider-Treene-Sorge“ haben sich die Ämter Oeversee, Eggebek, Viöl, Arensharde, Kropp-Stapelholm, Hohner Harde und Eider zusammengeschlossen. Dieses Gebiet wird administrativ von den Kreisen Schleswig-Flensburg, Nordfriesland, Dithmarschen und Rendsburg-Eckernförde verwaltet. Ob ein derartiger Zuschnitt der von allen geforderten Entbürokratisierung dienlich ist, darf bezweifelt werden. Im Norden reicht die Region bis an die Stadtgrenze von Flensburg und schiebt sich als Keil in die „Mitte des Nordens“.

7.2.2. AktivRegion Eider-Treene-Sorge

Bereits seit 1999 besteht die Eider-Treene-Sorge GmbH als regionale Entwicklungsagentur. Gesellschafter sind die 10 Ämter der Region. Ihr Ziel ist es, eine nachhaltige, integrierte Regionalentwicklung in der Flusslandschaft voranzubringen.

Im Frühjahr 2005 führten die Ämter Eggebek, Oeversee und Silberstedt einen Workshop durch, um Möglichkeiten einer gemeinsamen Regionalentwicklung auszuloten (t.s. 11/06). Dabei wurde auch über einen Anschluss der Ämter an die Eider-Treene-Sorge Region diskutiert, weil die Entwicklungsziele sehr ähnlich waren. Am 6. Oktober 2006 wurden die beiden Ämter in die GmbH aufgenommen. Die Region reicht bis vor die Tore Flensburgs und komplettiert mit der mittleren und oberen Treenelandschaft den Einzugsbereich der drei Flüsse. Ihr gehören 113 Gemeinden in 12 Ämtern an. Die Gesamtfläche ist 1.427 km² groß, in der ungefähr 100.000 Einwohner leben. Dies entspricht einer Bevölkerungsdichte von ungefähr 63 EW/km² (Schleswig-Holstein 179 EW/km²).

Im Mittelpunkt der Arbeit sollen die Handlungsfelder ländlicher Tourismus, regionale Wirtschaft, regenerative Energien und Netzwerkarbeit stehen. Die Projektumsetzung soll von Regionalbetreuern begleitet werden. Seit Frühjahr 2007 gibt es auch für die Ämter Eggebek, Oeversee, Silberstedt und Viöl eine Regionalbetreuerin. *„Die Region ist für die neue EU-Förderperiode 2007 bis 2013 bestens aufgestellt“*, so Karsten Jasper, Geschäftsführer der Eider-Treene-Sorge GmbH (ebd.).

Um sich für die Anerkennung als AktivRegion zu bewerben, hatten die sieben Ämter⁵⁵ eine „Lokale Aktionsgruppe (LAG) AktivRegion Eider-Treene-Sorge“ gegründet. Eine LAG besteht aus kommunalen Akteuren und Vertretern der Wirtschaft und anderen Verbänden. Im Vorstand müssen mindestens 50 Prozent der Mitglieder Vertreter der Wirtschaft und der Sozialpartner sein. Da diese Vertreter nicht demokratisch legitimiert sind, aber in diesem Gremium wichtige Entscheidungen treffen, ist diese Konstruktion rechtlich fragwürdig. Die Aktionsgruppen entscheiden über Fördergelder und verschleiern dadurch die Budget-Verantwortlichkeit. Diese Konstruktion ist eine Schwächung des politischen Ehrenamtes. Gemeinde- und Kreistagsvertreter müssen sich vielfältigen Aufgaben stellen. Sie werden bei

⁵⁵ Aufgrund von Ämterfusionen gibt es statt den ursprünglich 12 Ämtern nur noch 7 in der ETS-Region.

ihrer Tätigkeit von den Wählerinnen und Wählern kontrolliert. Die anderen Mitglieder der Aktionsgruppen werden nicht gewählt, sondern entsandt und entscheiden weitgehend autonom.

Die erforderliche „Integrierte Entwicklungsstrategie“ (IES) wurde von der PLANUNGSGRUPPE PLEWA aus Flensburg erarbeitet (16.7.2008).

Im Oktober 2008 wurden sämtliche AktivRegionen vom MLUR anerkannt.

7.2.3. Die „Integrierte Entwicklungsstrategie“ (IES)

In der Flusslandschaft Eider-Treene-Sorge, aus der die AktivRegion hervorgegangen ist, war das Schwerpunktthema die *„Inwertsetzung der natürlichen und kulturellen Potentiale – einschließlich der Steigerung des Wertes von Flächen im gemeinschaftlichen Interesse, die für Natura-2000 ausgewählt wurden“* (ETS, 2002, S. 34). In der IES wurde überprüft, wie die Ziele des Zukunftsprogramms mit dem gemeinsamen Leitgedanken „Verbesserung der Lebensqualität“ in der AktivRegion bearbeitet und erreicht werden können:

- Steigerung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung (wirtschaftliche Entwicklung)
- Verbesserung des Bildungsstandes (kulturelle Entwicklung)
- Verbesserung der Umweltqualität (ökologische Entwicklung)
- Verbesserung der Lebensverhältnisse (soziale Entwicklung)
- Aufbau integrierter Netzwerke (Partnerschaften, Kooperationen, Netzwerkbildung).

Für die einzelnen Handlungsfelder wurde die für Teile der AktivRegion bestehende SWOT-Analyse aus dem Jahre 2002 ergänzt.

Natur- und Kulturlandschaft

Das Alleinstellungsmerkmal der Flusslandschaft ist das Vorhandensein vieler Landschaftselemente. Daher muss der Erhalt der Natur als Kapital (Artenschutz, Naturschutz, Wasserschutz) Grundvoraussetzung für jede Entwicklung sein. „... *die Stärkung der Landwirtschaft als Daseinsgrundlage (regionale Produkte, Regionalvermarktung, erneuerbare Energien, Wegesysteme), die Stärkung des kulturellen Erbes (Landschaftselemente, Kulturlandschaft, Siedlungswesen, Dorfentwicklung) sowie die Stärkung der Umweltbildung und die Stärkung des Naturtourismus ...*“ wird als „Klammer zwischen Natur und Landwirtschaft“ gesehen (PLEWA, 2008, S. 25).

Landwirtschaft

Die Landwirtschaft spielt für den Erhalt der Kulturlandschaft die entscheidende Rolle. Die Regionalvermarktung soll ausgebaut, ihre Produktpalette erweitert werden, um bessere Verdienstmöglichkeiten zu schaffen. Die Sensibilisierung der heimischen Bevölkerung soll durch Marketing und bessere Logistik erreicht werden. Wegen der Beeinflussung des Landschaftsbildes durch nachwachsende Rohstoffe sei eine Steuerung bei Zulassung von Biogasanlagen erforderlich.

Tourismus

Die Grundlagen im Angebot von Übernachtungen für den Natur- und Kulturtourismus sind vorhanden. Schwächen werden darin gesehen, dass der Name der Region noch nicht ausreichend bekannt sei und diese noch kein ausreichendes Profil entwickelt habe. Die vorhandenen Potentiale müssten ausgeschöpft werden. Diese bestehen im Naturtourismus, für den die Infrastruktur ausgebaut werden müsse (Campingplätze, Wohnmobilstellplätze, Lückenschließungen bei Rad- und Reitwegen, Ein- und Ausstiegstellen für Kanutouristen). Außerdem müssen die Schwächen im Service abgebaut werden.

Wirtschaft

Die Wirtschaft muss den Strukturwandel durch Leitprojekte mit Hilfe von Förderprogrammen bewältigen. Die Verkehrs- und Grundinfrastruktur (Breitband, Straßen- und Wegebau) müsse verbessert werden. „Im Rahmen der Initiative AktivRegion werden Maßnahmen zur Schaffung außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze, Umnutzungen, Maßnahmen zur Verbesserung des Bildungsstandes und zur Netzbildung eine Rolle spielen können“ (ebd. S. 32).

Jugend, Familie, Zukunftsfähigkeit

Dieses komplexe Thema behandelt die Standortfaktoren, die in der Region vorhanden sein müssen, um Jugendlichen und Familien eine Existenzgrundlage zu bieten. Dazu ist es erforderlich, die Angebote für Krippenplätze und die Tagesbetreuung für Kinder und Schüler zu verbessern, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet werden kann. Durch Zusammenarbeit mit der Wirtschaft sollen Ausbildungs- und Weiterbildungsangebote entwickelt werden. Für die Attraktivität der Gemeinden ist die Grundversorgung entscheidend. Die Leitprojekte „MarktTreff“ und „Gesundheitszentren“ sollen weiterentwickelt werden.

Aus dieser Analyse wurde eine Entwicklungsstrategie mit Handlungsfeldern und Leitprojekten vorgeschlagen. Hier werden nur die Punkte vorgestellt, die für den Untersuchungsraum von Bedeutung sind:

Tourismuskonzept

- Konzeption zum Naturtourismus, z.B. Naturpark
- Vernetzung der Reitwegekonzepte
- Zusammenarbeit im Bereich Radfahren, Reiten, Kanu, Angeln
- Qualifizierungsoffensive (Quartiere, Service, Angebote)
- Neuer Naturerlebnisraum in Wanderup
- Archepark im Treenetal
- Modernisierung/Anpassung der Campingplätze

Wirtschaft und Landwirtschaft

- Nahwärmekonzepte und Leitungen
- Konversionsprojekte Eggebek und Tarp
- Qualifizierungsprojekte
- Praktikumsratgeber
- Weiterbildungsprojekte

Zukunftsfähigkeit

- MarktTreffe erhalten
- Projekte im Gesundheitsbereich
- Vernetzung im Jugendbereich
- Jugendprojekte
- Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die AktivRegionen sollen miteinander wetteifern, um für ihre vorgeschlagenen Projekte die nötigen Fördergelder zu erhalten.

7.3. Landesentwicklungsplan 2009

Wie die Landesregierung neben der Bildung von AktivRegionen die Zukunft des Landes gestalten will, hat sie im Entwurf für den Landesentwicklungsplan (kurz LEP) 2009 vorgestellt. Er soll den Landesraumordnungsplan ablösen (INNENMINISTERIUM DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN, 2008).

Der Entwurf geht auf den demographischen Wandel ein und betont die Folgen für die Bauleitplanung der Kommunen. Auf den demographischen Wandel und seine Folgen hatte die

Landesregierung die Bevölkerung im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit durch eine Broschüre „Schleswig-Holstein im demographischen Wandel. Ein Beitrag zur Diskussion.“ bereits im November 2005 vorbereitet (LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN, 2005). Mitherausgeber war die „Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände“, zu der auch der „Schleswig-Holsteinische Gemeindetag“ (SHGT) gehört.

In der Einleitung heißt es „... dass ein Großteil der konkreten Maßnahmen ... auf kommunaler Ebene geplant und umgesetzt werden muss ... die Kommunen (müssen) individuelle Lösungen entwickeln, die den spezifischen Problemen vor Ort gerecht werden.“ Da von diesem Wandel nahezu alle Handlungsfelder betroffen sind, „...(wird) die interkommunale beziehungsweise regionale Zusammenarbeit ... vor diesem Hintergrund einen neuen Stellenwert erhalten. Isolierte Vorgehensweisen einzelner Kommunen oder Akteure bieten künftig nur noch begrenzte Entwicklungsmöglichkeiten. Kooperation erhöht hingegen die Potentiale und eröffnet neue Entwicklungsperspektiven für Kommunen und Regionen“ (ebd., 6/7).

Aufgrund der nach wie vor niedrigen Geburtenrate nimmt die Einwohnerzahl im Land ab. Sie würde noch schneller zurückgehen, wenn nicht weiterhin die Lebenserwartung steigen würde. Dadurch kommt es zu dramatischen Veränderungen in der Alterstruktur, auf die die Gesellschaft nicht ausreichend vorbereitet ist.

Dies ist verwunderlich, denn aufgrund des vorliegenden statistischen Materials, müssten die Zahlen jedem bekannt sein. HAHNE stellte bereits 1991 (S. 15/16) fest, „... dass die Bevölkerung von unter 6 Jahren in den Nahbereichen der schleswigschen Geest zwischen 1970 und 1987 um fast 45 % zurückgegangen ist und sich der Bevölkerungsanteil der noch nicht schulpflichtigen Kinder fast halbiert hat. Damit wird deutlich, dass die bisher positive Bevölkerungsentwicklung auf der Geest vor ihrem natürlichen Ende steht, weil ganze Jahrgangsstufen nicht mehr ausreichend besetzt sind, um die Einwohnerzahlen stabil zu halten.“

Im Umfeld der größeren zentralen Orte waren in der Vergangenheit die Einwohnerzahlen weitgehend stabil geblieben, auch in der Region Schleswig-Flensburg. Allerdings hatte es eine Wanderungsbewegung aus der Stadt in das unmittelbare Umland („Halskrause“) gegeben. Diese Wanderungsbewegung war auch mit einer sozialen Segregation verbunden, weil gut verdienende Familien sich ein Einfamilienhaus – auch aufgrund der niedrigen Baulandpreise – „im Grünen“ leisten konnten. Dagegen zogen sozial schwächere Bevölkerungsschichten wegen der Anonymität in die größere Stadt. Um diese Entwicklung fortan zu bremsen, soll Wohnungsbau in den Dörfern nur zur Deckung des örtlichen Bedarfs möglich sein.⁵⁶

Angesichts des Bevölkerungsrückgangs, auch durch Abwanderung von Arbeitsplatzsuchenden, ist eine zentrale Aufgabe, die „... Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilräumen des Landes (zu) sichern.“ Das bedeute „... nicht identische Lebensverhältnisse, sondern Chancengleichheit und die Gewährleistung bestimmter Mindeststandards beim Zugang zu und dem Angebot an Daseinsvorsorge, Erwerbsmöglichkeiten und Infrastrukturausstattung, aber auch an Umweltqualitäten“ (LEP, 2008, 4.4.9, S. 31).

Der Entwurf stellt fest: „Siedlungs-, Versorgungs- und Wirtschaftsschwerpunkte in den ländlichen Räumen sind die zentralen Orte.“ Flächenausweisungen und die Bereitstellung von Versorgungseinrichtungen sollen in Zukunft interkommunal oder regional abgestimmt werden, um einen ruinösen Wettbewerb zu verhindern. „Neue zentralörtliche Einrichtungen in anderen Gemeinden des Nahbereichs oder auch in Zentralen Orten einer niedrigeren Stufe sollen nur dann entstehen, wenn sie nicht zu Lasten bereits bestehender Einrichtungen eines Zentralen Ortes gehen und deren wirtschaftliche Tragfähigkeit gefährden“ (ebd. 6.2.5, S 44).

⁵⁶ Diese Forderung stand schon in den Raumordnungsplänen der Vergangenheit, wurde aber nicht durchgesetzt.

Die den Gemeinden in den Raumordnungsplänen ursprünglich zugewiesenen Funktionen werden aufgehoben, weil sie sich nicht bewährt hätten. Die Gemeinden im Stadt-Umland sahen keine Notwendigkeit, ihre Entwicklung mit den Kernstädten abzustimmen. Ziel solle es daher sein, Vereinbarungen mit dem Umland und den Nachbargemeinden zu schließen.

In den Gemeinden ohne zentrale Funktion soll auch in Zukunft die Flächenausweisung für das örtliche Gewerbe möglich sein, so dass das Dienstleistungsangebot für die Bevölkerung gewährleistet bleibe. Erweiterungen oder auch Neuansiedlungen müssen ortsangemessen sein und sich in die gewachsene Siedlungsstruktur einfügen. Voraussetzung ist eine gründliche Bedarfsabschätzung. Die vorhandene Infrastruktur muss genutzt werden und die Gestaltung muss „*qualitativ hochwertig*“ sein. „*Durch die Nutzung bereits erschlossener Gewerbestandorte soll einer weiteren Zersiedelung entgegengewirkt werden*“ (ebd. 6.6.B, S. 62).

Dieser Forderungskatalog ist nach Auffassung des Autors das Eingeständnis, dass es trotz jahrzehntelanger und gesetzlicher Vorgaben der Landesplanung nicht gelungen ist, diese auf der Hand liegenden Ziele zu erreichen. Bei wachsender Einwohnerzahl glaubte die Landesplanung, ihre eigenen Ziele nicht einhalten zu müssen. Der Rückgang der Bevölkerung und die Verschiebung in der Altersstruktur machen es unumgänglich, den Wildwuchs der Vergangenheit zu stoppen. Die Fehlentwicklungen können nicht mehr kaschiert werden.

Der Entwurf bemüht sich, dem zentralörtlichen System gerecht zu werden und das Postulat „Konzentration in der Fläche“ zu erfüllen. Dadurch soll auch die Förderung nach dem „Gießkannenprinzip“ verhindert werden. Bestätigt wird diese Auffassung durch die „Leitbilder und Handlungsstrategien“ des BMVBW: „*Mann kann aber annehmen, dass das Prinzip ‚Dezentraler Konzentration‘ auch unter Schrumpfungsbedingungen sinnvoll ist. Bevölkerungsschrumpfung sollte nämlich kein räumlich proportionaler Prozess sein, sondern mit regionalen Konzentrationsprozessen hin zu den zentralen Orten verbunden werden*“ (BMVBW, 2005, S. 37).

Die A 7 wird im LEP als Landesentwicklungssachse dargestellt. An den Ausfahrten sollen sich Gewerbegebiete entwickeln können, wie es nach Auffassung des Innenministers Lothar Hay in Dänemark praktiziert wird (FT vom 14.12.08). Das Achsenkonzept für die Raumplanung um Hamburg wurde in seinen Grundzügen vor dem 2. Weltkrieg entwickelt und vom Landesplanungsrat 1973 festgelegt. Eine von fünf Entwicklungssachsen in Schleswig-Holstein verläuft von Hamburg nach Kaltenkirchen. Nun soll sie als „Landesentwicklungssachse“ bis nach Flensburg verlängert werden.

Im LEP-Entwurf werden die Gemeinden aufgefordert, neue Flächen „... *maßvoll und vorrangig durch Arrondierung ...*“ für die Windenergie auszuweisen. Ziel sei es, ungefähr 1 Prozent der Landesfläche (15.800 ha) mit Windkraftanlagen zu nutzen (ebd. 7.5.2. S. 90).

Auch im LEP sind in den Gemeinden Wanderup und Oeversee Flächen für die Rohstoffsicherung ausgewiesen. Dazu heißt es: „*Nach Beendigung des Abbaus sollen die Flächen so hinterlassen oder gestaltet werden, dass die mit dem Abbau verbundenen Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes durch Ausgleichsmaßnahmen und, soweit wie möglich, durch selbständige Renaturierungsprozesse (natürliche Sukzession) ausgeglichen werden. In Bereichen von großflächigen und zerstreuten Bodenabbaumaßnahmen sollen die Bündelung und zeitliche Abfolge von Bodenabbaumaßnahmen, die Qualität der landschaftspflegerischen Wiederherstellung des Landschaftsbildes und die Folgenutzungen durch die Bauleitplanung gesteuert werden*“ (ebd. 7.6.5, S. 96).⁵⁷

Auf Informationsveranstaltungen haben Mitarbeiter der Landesplanung den Entwurf vorgestellt, erläutert und auf Fragen der Teilnehmer geantwortet. Eingeladen waren die Politiker

⁵⁷ Siehe 1.3.4. „Ein Exkurs: Kiesnachnutzung im Untersuchungsgebiet“.

der Region, Verbände und Vereine und die interessierte Bevölkerung. Kernpunkte, die auf den Veranstaltungen und in Stellungnahmen heftig diskutiert wurden, waren die Aussagen zur Bauleitplanung: *„Die Kommunen müssen sich mit ihrer Flächenvorsorge, der Weiterentwicklung der Wohnungsbestände, der Gestaltung des Wohnumfelds auf diese Veränderungen (des demographischen Wandels) einstellen. Hierzu gehört auch, sich mit den Infrastrukturfolgekosten der Wohnungsentwicklung auseinanderzusetzen“* (LEP, 2008, 6.4, S. 30).

Eine unkoordinierte Baulandausweisung führt bei geringer werdender Nachfrage zu einer flächigen Verteilung. Folgen sind eine kostenaufwändige Versorgung, die Gefahr von Parallelinvestitionen und der Verlust sozialer Infrastruktur. Um die Angebote in einer Region vielfältig, erreichbar und finanzierbar zu halten, muss die Baulandentwicklung in den Standorten betrieben werden, in denen die soziale Infrastruktur bereits vorhanden, gut erreichbar und langfristig gesichert ist. Deshalb ist eine gute interkommunale Kooperation erforderlich. Am Beispiel einer amtsangehörigen Gemeinde wurde eine „fiskalische Gesamtbilanz“ eines neuen Baugebietes vorgestellt. Die Einnahmen (Steuern, Finanzausgleich) decken gerade die Ausgaben (Erschließung, kommunale Leistungen, Umlagen). Diese Situation verändert sich zu Ungunsten der Gemeinde, wenn die Bewohner Rentner und Pensionäre werden, die keine oder nur geringe Steuern zahlen. Noch schlechter ist die Bilanz bei Arbeitslosen oder Sozialhilfe-Empfängern.

Diese nachvollziehbaren Tatsachen werden von Politikern und Verbänden nicht wahrgenommen oder verdrängt, wie die Stellungnahmen zum Entwurf des LEP 2009 zeigen (siehe unten).

7.3.1. Reaktionen

7.3.1.1. Akademie für die Ländlichen Räume

Die Akademie für die Ländlichen Räume hat als Interessenvertreterin eine umfangreiche Stellungnahme abgegeben (ALR, 2008). In der Stellungnahme wird bedauert, dass der Plan Entwicklungschancen einschränke, Funktionen festschreibe und den Ober- und Mittelzentren ein Übergewicht gegenüber dem ländlichen Raum einräume. Um die endogenen Potentiale zu fördern, sollten Entscheidungen auf die kommunale Ebene verlagert und Kooperationen zugelassen und gefördert werden. Einigkeit besteht darüber, dass *„... Zersiedlung und Auswüchse, wie z.B. leere Wohn- und Gewerbegebiete vermieden werden und Freiräume erhalten bleiben müssen“* (ebd. S. 1). Allerdings sei eine *„... durch prozentuale Festlegung beabsichtigte Beschränkung der Entwicklungsmöglichkeiten ... weder für die Siedlungsentwicklung noch für die Gewerbeentwicklung zumutbar, sondern am örtlichen Bedarf auszurichten“* (ebd. S. 3).

Mit dieser Auffassung steht die ALR im Widerspruch zu der von ihr initiierten „Brecklumer Erklärung“ vom 9.2.06. Dort heißt es ausdrücklich, dass auf allen Politikfeldern ein *„grundlegendes Umsteuern“* erforderlich sei. Dazu gehöre die *„Abkehr vom Gießkannenprinzip“* und die *„konzentrierte Förderung auf Wachstumsschwerpunkte.“* Genau dies hat der LEP aufgenommen.

Die Akademie hätte bei ihrer Stellungnahme beim Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Akademien Ländlicher Räume nachlesen können. In seinem Vortrag beim Bundeskongress 2006 in Berlin (Ländlicher Raum – Von traditioneller Heimat zum gedanklichen Kunstprodukt?) hat HOLGER MAGEL ein Kapitel seiner Rede überschrieben: *„Statt Kannibalismus: Die ländlichen Räume brauchen Kooperation, neue Mitspieler und Netzwerke.“* Er erwähnt weiter wichtige Aufgabenfelder für die ländlichen Räume (sensibler Dorfbau, Erhaltung der Kulturlandschaft, kreative Formen des Kulturtourismus statt schwächelndem Naturtourismus) *„Nennen könnte ich auch das große Thema interkommunaler Entwicklungskonzepte und Strategien anstelle bereits vielfach eingetretenem Kannibalismus innerhalb der Kommunen beim ‚Kampf um den letzten Schüler‘ oder um neue Bürger und vor allem junge Familien“* (ebd. S. 16/17).

In ihren Stellungnahmen fordern die Gemeinden ohne Zentralitäts-Status und ihre Interessenvertreter genau dies: Keine Beschränkung bei der Ausweisung von Wohngebieten.

Die ALR unterstützt das Ziel, den Flächenverbrauch zu reduzieren. Das Leitbild „*Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen*“ müsse deutlicher herausgearbeitet werden. Dazu müssten die Vorgaben der EU-Richtlinien Natura-2000 und WRRL sowie das Ziel 10 Prozent der Landesfläche in einem Biotopverbund zu sichern, im LEP festgeschrieben werden. Kritisiert wird, dass zwar das Ziel, Eingriffe in Natur und Landschaft zu reduzieren, formuliert wird, durch die Überarbeitung des LNatSchG die Eingriffe aber erleichtert wurden. Die Aufhebung des Knickerlasses habe bereits zu einer Beeinträchtigung der Kulturlandschaft geführt. Die Eingriffe, die der Biogas-Boom sichtbar mit sich gebracht hat, finden keine Erwähnung.

7.3.1.2. Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag

Die Organisation der Gemeinden, Ämter und Zweckverbände ist der „Schleswig-Holsteinische Gemeindetag“ (SHGT). Im Mai 2008 hat er ein Arbeitspapier mit dem Titel: „*Für einen zukunftsfähigen Landesentwicklungsplan: weniger Bürokratie – mehr Innovation*“ herausgebracht (SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER-GEMEINDETAG, 2008). Darin wird der LEP-Entwurf abgelehnt. Die Zusammenfassung der Stellungnahme lautet:

Der SHGT hält den vorliegenden Entwurf des LEP für nicht zukunftsfähig. Der SHGT wendet sich gegen folgendes:

- gegen eine einseitige Benachteiligung des ländlichen Raumes,
- gegen eine Schlechterstellung der Unterzentren, ländlichen Zentralorte und Stadtrandkerne,
- gegen eine Schwächung des kommunalpolitischen Ehrenamtes,
- gegen eine weitere Zunahme der Bürokratie und des Planungsaufwandes.

Der SHGT spricht sich für eine starke kommunalisierte Regionalplanung mit eigenen Gestaltungsmöglichkeiten aus. Der SHGT fordert faire Entwicklungschancen für die Gemeinden, Vertrauen statt Bevormundung und eine Weiterentwicklung des zentralörtlichen Systems, um die Bedürfnisse der Menschen besser erfüllen zu können. Deshalb soll „... *die Planungshoheit der zentralen Orte unterhalb der Mittelstufe* ...“ erhalten bleiben. Abstimmungsverpflichtungen mit dem Mittel- oder Oberzentrum seien nicht akzeptabel. Es wird beklagt, dass immer mehr Einrichtungen die Standorte verlassen (Post, Ärzte, Handel, Banken). „*Der LEP sollte klarer politische Aufträge formulieren und nach Instrumenten suchen, die zentralen Orte beim Erhalt solcher Einrichtungen zu unterstützen.*“

Auf einen landesweit einheitlichen Siedlungsrahmen (Festlegung der Neubautätigkeit) soll verzichtet werden, damit in den Gemeinden Einwohner und ihre Nachkommen (Kinder und Enkel) im Ort gehalten werden können.

Der SHGT schlägt für die interkommunale Zusammenarbeit vor, „*Regionale Entwicklungsbündnisse*“ einzurichten. Dadurch soll eine „... *Über-/Unterordnung von Ober-/Mittelzentren und Umland* ...“ vermieden werden. „*Dabei gilt: eine – ggf. auch zwingend vorgeschriebene – Einigung der Kommunen untereinander auf Augenhöhe ist besser als der präventive Eingriff durch zentralstaatliche Vorgaben.*“

Die im LEP-Entwurf vorgesehene Begrenzung der Neubautätigkeit wird vom SHGT besonders scharf kritisiert. Unter der Überschrift „*Ländliche Räume werden faktisch stillgelegt. Entwicklungschancen drastisch verschlechtert*“ behauptet der SHGT, dass die Landesregierung einen Strategiewechsel vorgenommen habe, weil sie ihre Aussagen zur Stellung der Gemeinden und zu einer ausgewogenen Struktur aufgegeben habe. Negative Entwicklungen in den ländlichen Räumen würden als unveränderlich dargestellt. Die Landesregierung würde

das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse aufgeben: „Einrichtungen der Daseinsvorsorge sollen für alle Menschen nur noch ‚in zumutbarer Entfernung erreichbar‘ sein. Bisher galt im alten LROPl: ‚In allen Gemeinden sollen örtlich erforderliche u. den Funktionen entsprechende Einrichtungen der Daseinsvorsorge geschaffen/erhalten werden.‘“

Die Landesplanung sei auf „einem Auge blind“ und nehme einseitig Position zu Gunsten der Zentren. Abschließend stellt der SHGT fest: „LEP spricht Kommunen verantwortliche Entscheidungen für die eigene Zukunft ab und gibt staatlicher Bevormundung den Vorrang, z.B. ‚Damit soll sichergestellt werden, dass keine Flächenausweisungen über den Bedarf hinaus erfolgen, da sie mit erheblichen finanziellen Belastungen für die Kommunen verbunden sein können.‘ (6.5.2 Abs. 3, S 59) Diese Sichtweise des Landes schwächt die kommunale Ebene insgesamt, da sie der Grundlinie folgt: zentrale Steuerung sei besser als Selbstverwaltung.“

Kommentar: Diese Stellungnahme des SHGT ist deshalb so bedeutsam, weil sie im gesamten Land von den Gemeinden ohne zentralörtliche Bedeutung übernommen wurde. Auch die Amtsausschüsse von Eggebek und Oeversee und deren Gemeinden schließen sich diesem Grundsatzpapier „voll inhaltlich“ an.

Prüft man diese Aussagen auf ihren Wahrheitsgehalt, muss man feststellen, dass sie voller schwer nachvollziehbarer Behauptungen und Unterstellungen stecken. Man kann den Eindruck gewinnen, dass die Autoren von den Zuständen in den ländlichen Räumen entweder ein falsches oder geschöntes Bild haben. Vor allem fällt auf, dass der Gemeindetag den Gesetzen und Plänen zur Raum- und Regionalplanung lediglich Hinweisscharakter, aber keinesfalls Normencharakter einräumt. Sonst hätte er erkennen müssen, dass viele der von ihm beklagten Punkte des LEP-Entwurfs nur deshalb aufgenommen wurden, weil es in der Vergangenheit eine Fülle von Fehlentwicklungen gegeben hat, die aufgrund der für sakrosankt erklärten „Planungshoheit“ der Gemeinden zu Stande gekommen sind. Die Landesplanung hat zu diesen Missständen beigetragen, weil sie sich nicht an die Vorgaben ihrer Raumordnungspläne gehalten hat und ständig Ausnahmen zugelassen hat. Im Landesraumordnungsplan (LROPl, 1998, S. 28) heißt es unter Ziffer 4.3 „Ländliche Räume“ Abs. 3: „Die dezentrale Siedlungsstruktur ist durch eine funktionale Stärkung der zentralen Orte und durch die Verbesserung ihrer verkehrlichen Anbindung zu festigen.“ Erläutert wird dieser Absatz: „Das Leitbild der dezentralen Konzentration beinhaltet die Konzentration von Wohn- und Arbeitsstätten in zentralen Orten, die in verschiedenen Stufen im ganzen Land verteilt sind. Dort ist ein konzentriertes, leistungs- und ausbaufähiges Angebot an Infrastruktureinrichtungen vorhanden, das einen wichtigen Standortfaktor darstellt. Eine starke Siedlungstätigkeit in den zentralen Orten trägt damit zur Schaffung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen bei und wirkt einer großräumigen Zersiedelung der Landschaft entgegen.“

Diese Auffassung wird im LEP-Entwurf von 2008 bestätigt. Hat der SHGT diese wichtige Aussage von 1998 übersehen? Der ländliche Raum kann seine Attraktivität nur behalten, wenn die Ressourcen in den zentralen Orten konzentriert werden. Eine Zerfledderung (Gießkanne) in der Fläche würde den gesamten ländlichen Raum schwächen, weil die nötige Auslastung und damit auch die Anziehungskraft verloren gehen würden. Als Folge würden die erforderlichen Einrichtungen nur noch in den großen Zentren angeboten werden.

Es mutet auch merkwürdig an, dass der SHGT die demographischen Entwicklungen nur mit einem Wort erwähnt. Wie ein kleiner werdender Kuchen (Einwohner) mit neuem Inhalt (Altersstruktur) in größere und schmackhaftere Stücke verteilt werden soll, bleibt das Geheimnis des Gemeindetages. Wie die gebauten Luftschlösser finanziert und unterhalten werden sollen, wird ebenfalls nicht erwähnt.

Er beklagt eine Zunahme der Bürokratie, fordert aber gleichzeitig, dass sich Kommunen „zwingend“ bei Planungen einigen müssen. Durch diese Forderung würden die beklagten bürokratischen Hürden noch höher werden als bisher, weil durch den Einigungszwang jede

Gemeinde ein Veto-Recht in Anspruch nehmen könnte. In dem Papier ist jedenfalls nirgendwo auch nur angedeutet, wer denn den Zwang ausüben soll.

7.3.1.3. Stellungnahmen des Landrates und des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages im Kreis Schleswig-Flensburg

Der Landrat des Kreises Schleswig-Flensburg, Bogislav-Tessen von Gerlach, sorgt sich „... über Entwicklungsperspektiven des Kreises“ (FT vom 4.9.08).

Für den Kreis Schleswig-Flensburg wird im LEP eine Bevölkerungsabnahme von 6,1 Prozent bis zum Jahr 2025 prognostiziert, was einen Verlust von 12.000 Einwohnern bedeuten würde. Flensburg dagegen könne mit einer Zunahme von 4 Prozent rechnen, einem Gewinn von 3.470 Einwohnern. Die Region würde nach diesen Voraussagen 8.530 Einwohner verlieren.

Dennoch beklagt der Landrat, dass die Gemeinden nur noch 8 Prozent mehr Grundstücksflächen für Wohngebiete ausweisen dürften. Dies werde von vielen Gemeinden „*als strangulierend empfunden*.“ Er wehrt sich auch dagegen, dass nicht der gesamte Küstenstreifen zwischen Flensburg und Kappeln als „*Schwerpunktraum für Tourismus und Erholung*“ ausgewiesen werde, weil dann Projekte zwischen Holnis und Gelting nicht mehr gefördert würden. Positiv sieht der Landrat, dass der LEP „*Mechanismen gegen einen Ellbogenwettlauf der Gemeinden*“ beinhalte. Der Abstimmungszwang bei größeren Vorhaben sei ein Fortschritt gegen Ressourcenverschwendung.

Der Vorsitzende des Gemeindetages im Kreis, Hans-Werner Berlau, teilt die Kritikpunkte des Landrats, beklagt aber eine „... *schleichende Konzentration auf Unter- und Mittelzentren sowie allenfalls noch ländlicher Zentralorte*“. Er befürchtet, dass es dadurch zu einem Abbau von Einrichtungen in der Fläche kommen werde (ebd.).

Das Innenministerium rechtfertigte die Vorgaben im LEP mit dem demographischen Wandel, um Überkapazitäten zu vermeiden (ebd.). Weil bis zum Jahr 2025 70.000 Menschen weniger in Schleswig-Holstein leben würden, seien neue Wohngebiete kaum noch erforderlich. Da die Kosten für Baugebiete von der Allgemeinheit getragen würden, sei es unverantwortlich, Leerstände zu riskieren. Die Aussagen zur Gewerbeentwicklung in den Gemeinden bringe keine Verschlechterung gegenüber der jetzigen Rechtslage.

7.3.1.4. Stellungnahmen der Ämter Oeversee und Eggebek

Das Amt Oeversee hat am 25.9.08 in seiner Stellungnahme begrüßt, dass der LEP die zentralen Orte stärken will. Von der Ausweisung der A 7 als Landesentwicklungsachse erwartet das Amt, dass an der Abfahrt Tarp ein ämterübergreifendes Gewerbegebiet entstehen kann. Die Wohnbaukontingente sollten nicht auf die Gemeinden, sondern auf die Ämter verteilt werden, weil freiwillige Vereinbarungen im regionalen Kontext zielfördernder seien als Regulierungen von oben.

Wenn man diese Vorstellung, die in ähnlicher Form auch in der Stellungnahme des Amtes Eggebek enthalten ist, konsequent zu Ende denkt, könnte eine der Vorstellungen des Autors Wirklichkeit werden, nämlich die Planungshoheit auf ein fusioniertes Amt zu übertragen.

Es wird gefordert, die Bereiche für Tourismus und Erholung auf die Geest zu erweitern, weil der Wirtschaftszweig Tourismus für das Binnenland von größter Bedeutung sei. Diese Forderung ist auch in der Stellungnahme des Amtes Eggebek enthalten. Die Nachnutzung der aufgegebenen Bundeswehranlagen bleibe ein zentrales Thema in den Standorten. Im LEP finde die Konversion keinen Niederschlag.

Das Amt Eggebek hat für seine acht Gemeinden am 5.8.08 zur Wohnbauentwicklung in den Gemeinden ausgeführt, dass im Nahbereich des Unterzentrums Tarp seit 1987 bis heute eine starke Zunahme der Bebauung und der Bevölkerung stattgefunden habe. „*Mit dieser Wohnbauentwicklung der letzten 20 Jahre gingen einher der Ausbau der entsprechenden privaten*

und öffentlichen Infrastruktur. Auch zukünftig ist eine wohnbauliche Entwicklung in den Gemeinden erforderlich, um diese geschaffene Infrastruktur für junge Familien entsprechend zu unterhalten und zu betreiben.“

Diese Aussage zeigt, dass man mit statistischen Zahlen sorgfältig umgehen muss. Zwar hat die Bevölkerung von 1987 bis heute zugenommen, es wird aber verschwiegen, dass sie seit einigen Jahren kontinuierlich zurückgeht. Die Forderung, geschaffene Einrichtungen auszulasten, gilt für alle Gemeinden, lässt sich bei sinkender Nachfrage aber nicht überall realisieren. Eine Aufhebung der Wohnungsbaukontingente würde dieses Problem nicht lösen.

Das Amt beklagt, dass es eines der wenigen Ämter ohne zentralen Ort ist. *„Die starre Ausrichtung im Entwurf des Landesentwicklungsplans auf das zentralörtliche System benachteiligt derartige Amtsbereiche neben dem Ausfall entsprechender Finanzausgleichsmittel zusätzlich und damit doppelt.“*

Der Amtsausschuss scheint bereits vergessen zu haben, dass er für diesen Zustand verantwortlich ist, weil er eine Ämterfusion abgelehnt hat, obwohl das Amt Oeversee bereit war, zentralörtliche Mittel, die dem Unterzentrum Tarp zustehen, auch der Gemeinde Eggebek zukommen zu lassen. Mangelnde Einsichtsfähigkeit der Gemeinden zeigt sich auch bei der Ausweisung von Gewerbegebieten. Es wird beklagt, dass in den Gemeinden keinerlei Gewerbeansiedlung mehr möglich sei. Die Gemeinden Eggebek und Wanderup sind beispielhaft dafür, was geschieht, wenn sich die Landesplanung nicht an ihre Vorgaben hält. In Eggebek wurde auf einer Konversionsfläche ein Gewerbegebiet ausgewiesen und mit Fördergeldern der EU (EFRE) und des Regionalprogramms 2000 erschlossen. Beherrscht wird das Gewerbegebiet von den Wohnhäusern der Betriebsinhaber. Die Betriebsstätten spielen nur eine untergeordnete Rolle.



Foto 28: Das Gewerbegebiet Eggebek wird beherrscht von den großzügigen Wohnhäusern der Betriebsinhaber.

In Wanderup wurden sämtliche Möglichkeiten ausgenutzt, um die Förderung eines Gewerbegebietes zu erreichen. Bürgermeister und Leitender Verwaltungsbeamter des Amtes Eggebek legten bei der Landesplanung eine Liste Wanderuper Betriebe vor, die sich im Ort erweitern wollten. Die WiREG lehnte das Vorhaben ab, weil sie keinen Bedarf erkennen konnte. Dennoch gelang es Amt und Gemeinde, Fördergelder der EU und des Regionalprogramms zu

erhalten. Das Gewerbegebiet ist voll erschlossen, aber bis auf einen Bungalow – ohne Betriebsangabe – unbebaut. Am Eingang hat sich ein Gebrauchtwagenhändler niedergelassen. Die Erschließungsstraßen werden als Abstellplatz für LKW-Anhänger benutzt. Unrechtsbewusstsein ist bei der Gemeinde nicht anzutreffen. Die Bürgermeisterin gehört zu den lautstärksten Kritikerinnen des LEP.



Foto 29: Seit 1999 leer stehendes Gewerbegebiet in Wanderup. Links ein Gebrauchtwagenhändler, in der Bildmitte der Bungalow eines Betriebsbesitzers ohne Betrieb.

Auch das Amt Eggebek beklagt am 5.8.08, dass der LEP die Konversion nicht thematisiert. Es verlangt, „... flexible planerische Unterstützungsmöglichkeiten zur Umwandlung dieser Liegenschaften einzuräumen. Dabei sollten sowohl Betriebe, die sich von außerhalb ansiedeln und die größtenteils sehr speziellen vorhandenen Liegenschaften für ihre Zwecke sinnvoll umnutzen, wie auch Synergieeffekte mit ortsansässigen Betrieben in ihren Entwicklungsmöglichkeiten nicht eingeschränkt werden, nur weil sie sich außerhalb zentraler Orte befinden und in ihren Leistungen über den örtlichen Bedarf hinausgehen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen unabhängig von der Siedlungsstruktur sollte hier immer im Vordergrund stehen.“

Diese Forderung vom 5.8.08 ist mehr als erstaunlich. Die Gemeinde Eggebek hat von Seiten der Landesplanung und der Landesregierung alles erhalten, was in diesem Passus gewünscht wird. Sie hat das ursprünglich auf dem Flugplatz geplante Projekt und sogar ein um zwei riesige Windkraftanlagen reduziertes Vorhaben für einen Technologie-Park abgelehnt, stellt aber im Gegenzug Forderungen an die Landesplanung, als trügen andere die Verantwortung an dieser Entwicklung. Nicht nachvollziehbar ist, dass die anderen Amtsgemeinden, die von der Eggebeker Entscheidung ebenfalls betroffen sind, diesem Papier zugestimmt haben. Auf Nachfrage bei Gesprächen mit den Bürgermeisterinnen/Bürgermeistern erhielt der Autor keine eindeutigen Antworten. Sie hatten die politische Brisanz dieses Abschnittes nicht erkannt, bzw. schwiegen aus Solidarität mit der Gemeinde Eggebek.

Ebenso wie für die Gemeinde Oeversee wird für das Kiesabbaugebiet in Wanderup gefordert, wirtschaftliche Nachnutzungsmöglichkeiten vorzusehen.

7.3.1.5. Reaktionen auf die Stellungnahmen

Wie nicht anders zu erwarten, reagierten die Parteien der großen Koalition in Kiel auf die massiven Einsprüche der Gemeinden. Die CDU, die sich als Partei der Landwirtschaft und des ländlichen Raums sieht, versuchte, die Kritik zu personalisieren und die Verantwortung für den LEP-Entwurf dem ehemaligen Innenminister und jetzigen Fraktionsvorsitzenden der SPD, Ralf Stegner, zuzuschieben. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Johann Wadephul, kündigte massiven Widerstand der CDU im Landtag an und versprach, den Plan in wesentlichen Punkten zu ändern (FT vom 24.10.08). Die restriktiven Vorgaben schränkten die Perspektiven des ländlichen Raums erheblich ein, der Gegensatz zwischen ländlichen Räumen

und Stadtregionen werde verstärkt. Es drohe ein Ausbluten der ländlichen Gebiete. Es dürfe keinen Plan geben, der das Land spalte, indem er alles Städtische als gut und alles Ländliche als schlecht einstufe. Auch auf ihrem Parteitag am 2.11.08 kritisierten CDU-Vertreter den LEP-Entwurf heftig. Der Vorsitzende der „Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik“ (SGK) und Rendsburger Bürgermeister, Andreas Breitner, konterte, auf dem Parteitag der CDU am Wochenende habe „... die versammelte Lobby des ländlichen Raumes getagt und beschlossen, vor der demographischen Wirklichkeit die Augen zu verschließen“. Das Land müsse die Siedlungsentwicklung in den Zentren konzentrieren (FT vom 4.11.08).

Kommentar: *Falls der LEP-Entwurf weiter auf diesem Niveau diskutiert wird, ist das Ergebnis vorhersehbar: Die Partikularinteressen werden sich auf Kosten der Allgemeinheit (Steuerzahler) und zu Lasten einer zukunftsfähigen Entwicklung durchsetzen. Es muss auch und gerade von Interessengruppen gefordert werden, vorgelegte Papiere sorgfältig zu lesen und sich mit dem Inhalt sachlich auseinander zu setzen. Es reicht nicht, die einmal in die Welt gesetzte Auffassung gebetsmühlenartig zu wiederholen.*

Die Regierung müsste geschlossen mit Argumenten, die durch empirische Daten belegt werden können, den „ewig gestrigen Kirchturmspolitikern“ den Wind aus den Segeln nehmen. Statt dessen ist zu befürchten, dass der Entwurf zwischen den Mühlsteinen der Parteien im Kieler Landtag zu einem strukturlosen Brei zermahlen wird. Ihm droht das gleiche Schicksal wie der Kreisreform.

8. Nachhaltige Projekte im Untersuchungsgebiet

Nachhaltige Projekte - außer im Bereich Naturschutz - sind während des Untersuchungszeitraumes in den Ämtern nicht durchgeführt worden. Das mit hohem Aufwand geplante ökologische Gewerbezentrum in Tarp scheiterte an der Uneinigkeit zwischen Planern und Investoren. Der Bio-Energiepark Eggebek erfüllt wegen des massiven Einsatzes von Mais und Roggen für die Biogas-Anlagen nicht die Kriterien der Nachhaltigkeit. Ursprünglich war vorgesehen, auf dem Flugplatzgelände aus Biomasse Grundstoffe für die Industrie herzustellen. Weil dadurch auch das Tanklager eine neue Funktion erhalten hätte, würden derartige Produktionsstätten mehrere Nachhaltigkeitskriterien erfüllen, zumal keine neuen Flächen versiegelt werden müssten. Dieser Vorschlag, der hochqualifizierte Fachkräfte und Wissenschaftler in das Dorf Eggebek gebracht hätte, ist nicht verfolgt worden. So erfüllen lediglich die Naturschutzprojekte die Nachhaltigkeitskriterien. Von den Konversionsflächen ist die kleinste, das ehemalige Munitionslager an der Treene zum nachhaltigen „ArchePark“ umgewandelt worden. Die massiven Bunkeranlagen können teilweise für den Naturschutz genutzt werden. Für ihre Beseitigung hätte die BImA erhebliche Mittel aufwenden müssen.

8.1. Die Treene und ihr Einzugsgebiet

Bevor auf diese Projekte eingegangen wird, soll im Folgenden die Treene genauer als im Kapitel „Raumstrukturen“ vorgestellt werden.

Die zwölf Untersuchungsgemeinden liegen im Einzugsbereich der Treene. Daher beeinflussen alle Eingriffe in den Naturhaushalt – jede Baumaßnahme, jeder Schadstoffausstoß, jede Abwassereinleitung – früher oder später die Gewässerqualität des Flusses. Die Treene ist *der* Indikator für die Nachhaltigkeit mit ökologischem Hintergrund im ländlichen Raum. Alle Maßnahmen müssen sich dem „Lackmus-Test“ unterziehen, inwieweit sie geeignet sind, den Landschaftszustand der Treene-Landschaft zu verbessern, mindestens aber zu erhalten.

In den Landschaftsplänen der Gemeinden nimmt der Abschnitt „Fließ- und Stillgewässer“ einen breiten Raum ein. An diesen Landschaftselementen zeigen sich die Veränderungen der Kulturlandschaft der vergangenen 50 Jahre besonders deutlich. Die Fülle der vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung des Gewässernetzes verdeutlichen, wie „nachhaltig“ im negativen Wortsinn die industrialisierte Landwirtschaft und der Siedlungsbau den Naturhaushalt und das Landschaftsbild verändert haben.

Die Treene ist zwischen Oeversee und Treia eines der wenigen unverbauten Gewässer Schleswig-Holsteins, so dass sie heute noch in einer gletscherzeitlich entstandenen Schmelzwasserrinne mäandrieren und Prall- und Gleithänge bilden kann. Die fossilen Steilufer und Prallhänge sind selten gewordene Standorte für Trockenrasenvegetation (RIEDEL, 1984). Das Gewässerbett der Treene bietet gefährdeten Pflanzengesellschaften und gefährdeten Tierarten Lebensräume, wie sie in Schleswig-Holstein kaum noch anzutreffen sind. Daher hat bereits HERR (1984) die Unterschutzstellung der Treene von Eggebek bis Ipland gefordert und auch DIERSSSEN (1988) hat bei seinen Untersuchungen auf die zahlreichen Pflanzenarten verwiesen, die auf der „Roten Liste“ stehen.

Die Quellflüsse der Treene, Kielstau und Bondenau, wurden begradigt, weisen unnatürliche Uferprofile auf und verhindern dadurch eine für Fließgewässer typische Begleitvegetation, die die Selbstreinigungskraft des Wassers verstärken würde. Der Oberlauf der Treene zwischen Treßsee und Oeversee wurde bereits 1937 zeitgleich mit der Absenkung des Sankelmarker Sees begradigt. Auch die anderen Zuflüsse der Treene wurden begradigt, in Gräben gezwängt oder verrohrt. Eine Ausnahme bildet der Unterlauf der Bollingstedter Au, der mit seiner Naturnähe in Schleswig-Holstein zu den wertvollsten Fließgewässern gehört (Aussage von Uli Heintze). Die Jerrisbek ist in ihrem gesamten Verlauf bis Sollerup Mühle in ein trapezförmiges Bett gepresst und wird als Gewässer im Landschaftsbild kaum wahrgenommen, weil die

Nutzung bis an die Gewässerschulter geht und Gehölzstrukturen fehlen. Wie negativ sich dieser Gewässerausbau auf die Wasserqualität ausgewirkt hat, geht bereits aus einer Untersuchung des Landesamtes für Wasserhaushalt und Küsten (Kiel, 1977) hervor, nach der die Jerrisbek von allen Zuflüssen der Treene die größte Belastung darstellt.

Am Sankelmarker See zeigen sich die Folgen menschlicher Eingriffe besonders deutlich. Durch die Wasserstandsabsenkung hat der See wertvolle Flachwasserzonen verloren.⁵⁸ Auf dem gewonnenen Land wurden illegal die sogenannten Fischerhütten errichtet, die verkappte Wochenendhäuser sind. Von diesen Hütten wurden Stege in den See gebaut, die den Schilfgürtel zerstören. Der Rundwanderweg ist teilweise so nah am Ufer angelegt worden, dass er sowohl einen natürlichen Bewuchs verhindert als auch die Vogelwelt erheblich stört (RIEDEL, 1978). Der Autor schlägt vor, den Seespiegel behutsam auf sein ursprüngliches Niveau anzuheben. Ein neuer Wanderweg könnte dann so angelegt werden, dass die Belange des Naturschutzes berücksichtigt werden. Die Fischerhäuser könnten als Wochenendhaussiedlung mit geregelter Ver- und Entsorgung an einem weniger belastenden Standort neu errichtet werden. Diese Maßnahmen würden die Selbstreinigungskraft des Sees wesentlich verbessern, der nicht nur durch seine Zuflüsse Billau und Marienau, sondern auch durch Einträge aus den umliegenden landwirtschaftlichen Flächen belastet wird. Diese diffusen Einleitungen aus der Landwirtschaft mit ihren hohen Stickstofffrachten beeinflussen die natürliche Fauna und Flora der Treene erheblich. Dazu kommen Ableitungen der Kläranlagen, Dränagewasser und Abflüsse von versiegelten Flächen, die nicht vorgeklärt sind. Soll die Treene als Modellgewässer im zukünftigen Schutzprogramm betreut werden (BUND, Ortsgruppe Mittlere Treene, Mitteilung 3/1997), muss ein umfangreiches Schutzprogramm und Planungskonzept mit allen Anliegergemeinden durchgeführt werden. In den vorliegenden Landschaftsplänen wird ein Bündel von Maßnahmen vorgeschlagen, das bei koordinierter Umsetzung das Landschaftsbild, die Wasserqualität und Fauna und Flora der Treene positiv verändern würde. Die wichtigsten Maßnahmen könnten Entwicklungsziele eines Schutz- und Pflegekonzeptes für das Treenegebiet sein.

- Einhalten von Uferrandstreifen ohne landwirtschaftliche Nutzung
- Rückbau von Uferbefestigungen
- Renaturierung künstlicher Wasserläufe
- Aufhebung von Verrohrungen
- Extensive Bewirtschaftung bzw. Beweidung
- Erhalt und Förderung von Dauergrünland
- Abzäunen nutzungsempfindlicher Bereiche
- Umwandlung der reinen Wirtschaftswälder in naturnahe, artenreiche Mischwälder
- Bepflanzung mit Ufergehölzen⁵⁹
- Böschungssicherungen entfernen
- Einbau von Störsteinen zur Mäanderbildung
- Böschungsmahd per Hand; Entfernen des Mähgutes

In den Landschaftsplänen der Anliegergemeinden wird auf die Konflikte verwiesen, die durch den Kanutourismus entstehen. Kanuten, die nicht die offiziellen Ein- und Ausstiegstellen benutzen oder Schwierigkeiten bei der Lenkung ihres Bootes haben, schädigen die Ufervegetation und die Böschungen. Bei Niedrigwasser kommt es zu Grundberührungen, so dass die Unterwasserflora und -fauna sowie Laichplätze zerstört werden. Diese Probleme haben in der Vergangenheit zugenommen, weil immer mehr Schul- und Betriebsausflüge mit Mietbooten

⁵⁸ Siehe 1.3.1. „Die naturräumliche Situation“.

⁵⁹ Da in der Treene Tierarten, die Falllaub zerkleinern, fehlen, würde verstärkter Falllaubeintrag zu einer Erhöhung der bachtypischen Arten führen (SCHWAHN, 1992).

stattfinden. Damit verbunden ist das Rasten an dafür nicht geeigneten Stellen und somit Verlärmung und Vermüllung. Die Schwierigkeiten sind seit langem bekannt, aber eine Beseitigung scheiterte bisher an wirtschaftlichen Interessen.

Die Firma „Lorenz Tourismusberatung“ aus Berlin hat 2007 für das Regionalmanagement Eider-Treene-Sorge ein Gutachten für den Kanutourismus erstellt. Dieses sieht für die Flusslandschaft Eider-Treene-Sorge sehr große Entwicklungspotentiale. Das Gutachten weist darauf hin, dass die gesamte Treene NATURA-2000-Gebiet ist. Vom Treßsee bis Tarp soll ein Befahrensverbot durchgesetzt werden, von Tarp bis Langstedt eine zeitliche Befahrensregulierung. Über den Abschnitt von Langstedt bis Treia macht das Gutachten folgende Aussagen: *„Sehr reizvoller Gewässerlauf durch viele Kurven, keine Hindernisse bis Treia, reizvolle Landschaftskulisse (hügelig mit vergleichsweise viel Baumbestand), starker Nutzerdruck führt zu starken Konflikten mit Anwohnern, Grundbesitzern, Naturschützern, Anglern, Attraktivitätsminderung für Kanuten durch Übernutzung insbesondere an den Wochenenden“* (LORENZ TOURISMUSBERATUNG, 2007, S. 6). Da es bisher aber noch an der standortgerechten Infrastruktur fehlt, werden Rast- und Lagerplätze auch illegal errichtet. Die Regionalmanagerin und der Tourismusverein möchten die Treene als Ziel für Kanutouristen ausbauen, um damit auf Messen werben zu können. Damit stoßen sie auf den Widerstand der oben angeführten Gruppen, denen der jetzige Bootsverkehr schon zu viel ist.

Entlarvend ist folgender Satz des Gutachtens: *„Hier gilt es zu klären, was der Naturschutz mittragen kann“* (ebd. S. 22). Es geht nicht um die Belastbarkeit der Natur, sondern nur noch um Verhandlungen über die Natur, die vom „Naturschutz“, also von Personen geführt werden. Wie Tarifpartner sitzen sich „Naturschutz“ und „Naturnutz“ gegenüber und handeln einen „Kompromiss“ aus. Mit dem muss die Natur dann „leben“.

Eine Arbeitsgruppe zum Kanutourismus unter Vorsitz der Touristikerin Marianne Budach hat versucht, Bootsverleiher, kommunale Vertreter und die oben angeführten Interessenvertreter an einen Tisch zu bekommen. Diese haben ein einstimmig angenommenes Konzept für die Nutzung der Treene erarbeitet (FT vom 3.11.07).

Diesem Kompromiss wurde zugestimmt, weil er nach Einschätzung der Tourismusmanagerin *„... den Bedürfnissen aller Rechnung trägt“*. Er sieht vor, dass südlich der Einsatzstelle Langstedt/Eggebek der Kanutourismus deutlich weiter entwickelt werden soll, während im Gegenzug der Oberlauf vom Treßsee bis Langstedt Tabuzone wird. Betriebsausflügler sollen ihre Touren möglichst erst auf der unteren Treene südlich von Hollingstedt beginnen, weil dort ein Befahren ökologisch unbedenklich ist. Die nötigen Infrastruktureinrichtungen könnten mit Fördermitteln der neuen AktivRegion finanziert werden. Da die gesamte Treene mit ihren Begleitflächen NATURA-2000-Gebiet ist, werden die EU und das Landesamt für Natur und Umwelt genau hinschauen, wie es mit Fauna und Flora bestellt ist. *„Halten sich alle an den Kompromiss kann es nur Gewinner geben, wenn einzelne ausbrechen kann es nur Verlierer geben. Wenn wir nicht selber einen Interessenausgleich finden, werden andere von außen kommen und Vorgaben machen,“* so Thorsten Roos, Geschäftsführer des Fördervereins Mittlere Treene e.V.⁶⁰, der bei dieser Sitzung die Belange des Naturschutzes vertrat. Er hatte in der Diskussion auf den Zustand der Treene hingewiesen: *„Obwohl sie so ausgesprochen naturnah wirkt, ist der Zustand der Treene schlecht.“* Der Nitratgehalt, vor allem als Folge der Überdüngung durch die Landwirtschaft, sei zu hoch. Ufergehölze, die mit ihrem Wurzelwerk die Böschungen festigen könnten, fehlten weitgehend, eine erhöhte Sedimentfracht zerstöre die Kiesbänke und damit die Rückzugsräume für Fische. Kaum noch eine Fischart könne sich auf natürliche Weise reproduzieren. Aktuelle Kartierungen zeigten, dass die Kleine Flussmuschel ausgestorben ist.

⁶⁰ Im Folgenden: Verein Mittlere Treene.

Diese Aussagen stehen im krassen Widerspruch zu dem im Kompromiss unterstellten „*Vorteil für alle*“. Die wirtschaftlichen Belange der Naturnutzer haben sich durchgesetzt. Das sind neben den Bootsverleihern das Regionalmanagement, der Tourismusverein und die Gemeindevertreter, die sich durch den Kanutourismus eine Aufwertung der Region erhoffen. Der Verzicht auf das kommerzielle Befahren der oberen Treene entpuppt sich als Mogelpackung, da dieser Abschnitt schon bisher für die Bootsverleiher weniger interessant war. Ihr Hauptgeschäft machen sie auf dem Abschnitt Langstedt – Sollerup. Dies ist der reizvollste und gleichzeitig einer der ökologisch empfindlichsten Abschnitte der gesamten Treene, und ausgerechnet hier soll der Kanutourismus erheblich ausgeweitet werden! Dieser Bereich ist laut Landschaftsrahmenplan als Naturschutzgebiet vorgesehen, weil er die Voraussetzungen nach § 17 LNatSchG erfüllt.⁶¹

Nach den FFH-Richtlinien muss diese Empfehlung des Arbeitskreises von den zuständigen Kreisbehörden beschlossen werden. Bei Eingriffen im FFH-Gebiet muss vorher eine Verträglichkeitsprüfung durchgeführt werden (§ 34, Abs. 1, 2 BNatSchG), denn es gilt ein grundsätzliches Verschlechterungsverbot. Ergibt die Prüfung, dass das Vorhaben zu Beeinträchtigungen im FFH-Gebiet führt, die die Erhaltungs- und Schutzziele gefährden, ist die Befahrensregelung zunächst verboten. Das Verbot kann nur abgewendet werden, wenn eine Prüfung ergibt, dass es keine Projektalternative gibt, die unter zumutbaren Bedingungen realisiert werden kann. Außerdem muss ein überwiegendes öffentliches Interesse nachgewiesen werden, das höher einzuschätzen ist als das öffentliche Interesse am Schutz des betroffenen Gebietes. Wird bei einem Eingriff ein so genannter „prioritärer Lebensraum“ betroffen, ist bei bereits eingetragenen FFH-Gebieten die Zustimmung der EU-Kommission erforderlich. Generell kann angenommen werden, dass die geplante Ausweitung des Kanutourismus zwangsläufig eine Verschlechterung des Treenezustands bewirkt.

Eine Erklärung für das rücksichtsvolle Verhalten des Vereins findet sich in einer Vereinbarung, die der Minister für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft 2004 mit dem Förderverein Mittlere Treene getroffen hat. Darin verpflichtet sich das Ministerium, das Treene-Gebiet bis 2009 nicht als Naturschutzgebiet auszuweisen. Nach den Vorstellungen des Landesamtes für Naturschutz und Landschaftspflege sollte das Rechtssetzungsverfahren bereits 1999 eingeleitet werden (LPl Sollerup, 1999).

Das Zentrum des Bootsverleihs ist die Gastwirtschaft in Langstedt. Nach den Vorstellungen der Arbeitsgruppe wird die Anzahl der hier eingesetzten Boote noch zunehmen. Die zuständige Gemeinde hat in ihrem Landschaftsplan (LPl Langstedt, 1998) zur Treeneniederung folgendes beschlossen:

„Wichtige Biotoptypen aus landschaftsplanerischer Sicht sind Röhricht, Weidengebüsch, Feuchtgrünland und das natürliche, frei mäandrierende Fließgewässer Treene. Die Prallufer, die flachen Gleitufer und die fossilen Niederungskanten mit Magerrasen-Vegetation sind wichtige Lebensräume für gefährdete Tier- und Pflanzenarten. Belastungen und Gefährdungen der Arten und Lebensgemeinschaften resultieren derzeit vor allem aus der hohen landwirtschaftlichen Nutzungsintensität und der zu intensiven Erholungsnutzung. Aus naturschutzfachlicher Sicht ist diese einmalige Landschaftseinheit hochwertig und schutzbedürftig und weist ein hohes Entwicklungspotential auf.“ Unterstützt wurde diese Aussage durch das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (MELF) aus dem Jahre 1987. Darin heißt es zur Treene: *„Sie ist aber als naturnaher Lebensraum äußerst nutzungsempfindlich. Schon Mitte der achtziger Jahre hatten die bestehenden Belastungen die für den Naturhaushalt erträgliche Grenze bereits überschritten.“*

⁶¹ Nach der Neufassung des LNatSchG vom 6. März 2007 ist es der § 16.

Für die Treeneniederung haben die Autoren des Landschaftsplans ein „Naturschutzfachliches Anforderungsprofil“ entwickelt:

Der Naturschutz stellt sowohl an bestehende Nutzungen als auch an zukünftige Entwicklungen höchste Anforderungen.

- Den Belangen des Naturschutzes soll nach Möglichkeit Vorrang vor konkurrierenden Raumnutzungsansprüchen eingeräumt werden.
- Vorhaben und Planungen sollen nur möglich sein, wenn ein dringendes, auch von der Landesplanung bestätigtes Erfordernis vorliegt.

Die Recherchen des Autors bei der Landesplanungsbehörde haben ergeben, dass von dieser Seite keine Forderung nach einer Ausweitung des Kanutourismus an der mittleren Treene vorliegt. An diesem Beispiel für die Diskrepanz zwischen Naturschutzplanung und ihrer Verwirklichung, zeigt sich auch das Dilemma des Vereins Mittlere Treene. Zu den Prinzipien des Vereins gehört „... *der Dreiklang von Ökologie, Ökonomie und Soziales im Geist der Agenda 21 von Rio.*“ Der Beschluss des Arbeitskreises, an dem der Verein maßgeblich mitgewirkt hat, kann den Anspruch für einen naturverträgliche Tourismus nicht erfüllen. Als Erfolg kann er lediglich verbuchen, dass der Oberlauf der Treene in Zukunft besser geschützt sein wird, wenn es gelingt, in diesem Gewässerabschnitt jeglichen Bootsverkehr zu verhindern.

Nach Aussage von Gewässerkundlern ist das Befahren mit Booten im Verhältnis zu den anderen Problemen der Treene eher zu vernachlässigen. Der Treene fehlt die Strukturvielfalt und daher entstehen hohe Sandfrachten, die die Kiesbänke zerstören. Immer wieder versuchen die Gemeinden, Uferbepflanzungen zu verhindern und konterkarieren damit ihre beschlossenen Landschaftspläne. Wenn man die Treeneniederung in Ruhe ließe, würde sich sehr schnell ein natürlicher Auwald mit einer ungeheuren Strukturvielfalt bilden. Dieser Wald würde allerdings auch den Bootsverkehr einschränken, denn tiefhängende Äste und umgestürzte Bäume wären ein großes Hindernis. Im Wurzelbereich könnte auch der Fischotter seine Baue anlegen. Die Rückkehr des Fischotters wird weder von den Anglern noch vom Krebszucht-Betrieb in Oeversee gerne gesehen. Die Interessen der Naturnutzer verhindern das Entstehen eines Landschaftselementes, das in unserem Land kaum noch vorhanden ist. Die Untere Wasserbehörde sieht Wasser immer noch als Wasserkörper und Vorfluter. Zusammen mit den Wasserbauern bildet sie eine unheilige Allianz, deren wichtigstes Ziel es nach wie vor ist, das Wasser möglichst schnell und reibungslos aus der Landschaft zu treiben.⁶² Landes- und Kreisbehörden lehnen den Rückbau von Steinschüttungen an Prallhängen ab und verhindern die Anlage von Kiesbänken. Die Untere Wasserbehörde hat auch angekündigt, dass sie eine Sperrung des Oberlaufes der Treene kritisch sieht, da dies eine „Einschränkung des Gemeingebrauchs“ bedeuten würde (telefonische Auskunft am 18.12.07). Bevor eine Sperrung offiziell erlassen wird, müssten die beteiligten Organisationen – Wasser- und Bodenverband, Amt für ländliche Räume, Naturschutz, Wasserbehörde – ihre Zustimmung geben. Da die Bootsverleiher nicht in einem Verband organisiert sind, wären Auflagen schwer durchzusetzen, da die Kontrolle personal- und kostenaufwändig ist.

Die Belange des Naturschutzes können offensichtlich trotz umfangreicher Gesetzeswerke von verschiedenen Landesbehörden ausgehebelt werden. Beleg dafür ist ein Bericht in WiR mit der Überschrift „*Kanutourismus wird massiv gefördert*“ vom Februar 2009. Die „Flusslandschaft Eider-Treene-Sorge“ hatte im Dezember 2008 mit dem Leuchtturmprojekt Kanutourismus den 2. Platz beim landesweiten Wettbewerb gewonnen. Mit 460.000 Euro Fördergeld soll ein sanfter und nachhaltiger Kanutourismus entwickelt werden. Handlungsschwerpunkte werden sein, den Nutzungsdruck an der oberen und mittleren Treene zu vermindern und die untere Treene, die Neue Sorge und die Eider stärker zu nutzen. Die Vorsitzende des Arbeitskreises Tourismus, Marianne Budach, betonte: „*Wir möchten keinen Massentourismus in un-*

⁶² Siehe 4.7. „Das Programm Nord“.

serer Region, sondern vielmehr einen gelenkten, naturverträglichen und sanften Tourismus“ (ebd.). Das wilde Anlegen soll durch „...die infrastrukturelle Aufwertung von legalisierten Ein- und Ausstiegstellen sowie Rastplätzen ... unterbunden werden.“ Das Projekt soll „gebündelt und professionell“ vermarktet werden. Das Leuchtturmprojekt soll das Profil der gesamten Flusslandschaft⁶³ stärken.

Die hehren Worte sind aus Sicht des Autors mit großer Vorsicht aufzunehmen. Wer so viel Geld investiert, will auch einen ökonomischen Erfolg erzielen. Sicherlich wird bei einer professionellen Vermarktung der Bootsverkehr auf der Treene zunehmen. Eine Beschränkung der Befahrung – sowohl zeitlich als auch mengenmäßig – ließ sich nicht durchsetzen. Dass die Kunden der Bootsverleiher ihr schon lange beklagtes Verhalten nur wegen eines Leuchtturmprojekts ändern sollten, ist unwahrscheinlich.

Trotz der Zusagen des Ministers scheint ein NSG „Treene“ nicht durchsetzbar zu sein, obwohl es von allen Sachverständigen und engagierten Naturschützern gefordert wird und auch im Landschaftsprogramm und im Landschaftsrahmenplan abgesichert ist. Diese Pläne und die daraus entwickelten Verordnungen sind allerdings nur sogenannte „weiche Verordnungen“ ohne rechtliche Durchsetzungskraft. Nur wenn es gelingt, die Grundeigentümer, vor allem die Landwirte, von der Notwendigkeit einer Naturschutzmaßnahme zu überzeugen, kann diese erfolgreich umgesetzt werden. Noch wichtiger für einen nachhaltigen Schutz der Treene ist der Erwerb schützenswerter Flächen, weil nur dadurch langfristige und dauerhafte Pflegemaßnahmen möglich sind. Die Schrobach-Stiftung und die Stiftung Naturschutz haben im Untersuchungsgebiet in erheblichem Umfang Flächen für den Naturschutz erworben. Dadurch war es möglich, Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität im Einzugsbereich der Treene einzuleiten.

Kommentar: *An diesem Beispiel wird deutlich, dass an der Treene ein Planungs- und Entscheidungswirrwarr herrscht. Die Frage stellt sich, warum mit erheblichem Aufwand Gutachten und Pläne erstellt werden, die ohne Schwierigkeiten ausgehebelt werden können. Völlig unverständlich ist, dass die Landesregierung ihre eigenen Entscheidungen (Anmeldung bei der EU als FFH- und NATURA-2000-Gebiet) einfach außer Kraft setzt. Kann sich eine Aktionsgruppe der AktivRegion über sämtliche Vorschriften hinwegsetzen? Kennen die Gemeinden Langstedt und Sollerup ihre als Planungsgrundlage verabschiedeten Landschaftspläne nicht? Wo ist die Koordination bei der Landesregierung, wenn gleichzeitig sich ausschließende Projekte für Naturschutz und Tourismus gefördert werden? Wer ist der Anwalt für den Naturschutz an der Treene? Bisher hat der Autor geglaubt, dass dies die beiden Naturschutzvereine seien. Nach diesen Entscheidungen ist dieser Glaube verloren gegangen.*

Die Wasser- und Bodenverbände im Einzugsgebiet der Treene haben sich zum „Gewässer- und Landschaftsverband Treene“ (GuLV Treene) zusammengeschlossen, um die Europäische Wasserrahmenrichtlinie (EU WRRL) umzusetzen. Danach müssen die Gewässer in einen guten ökologischen Zustand versetzt werden. So konnte der Verband an der Bordenau Flächen für Randstreifen erwerben, an der Jerrisbek wurde die Gewässerstruktur auf ca. 800 m erheblich verbessert (geschwungener Verlauf, Ufergehölze, Sohlgleite; siehe Fotos 30/31). Auch an anderen Stellen der Gewässer konnte der Verband Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung einleiten, die ohne Landerwerb möglich waren (Sohlgleiten statt Sohlabstürze, Anlage von Kiesbänken und Bermen).

⁶³ Der Begriff „Flusslandschaft“ bezog sich ursprünglich auf den Unterlauf der drei Gewässer. Inzwischen wird teilweise der gesamte Treenelauf mit einbezogen.



Foto 30 und 31: Oberhalb der Brücke der ausgebauten, unterhalb der renaturierten Bachlauf der Jerrisbek.

Der Flächenerwerb durch die Teilnehmergemeinschaften (Obere und Mittlere Treene) gestaltete sich immer schwieriger. Noch bis zum Jahre 2005 konnten für die Landwirtschaft wertlose Flächen für den Naturschutz günstig erworben werden. Der Flächenmarkt ist aufgrund der Zunahme von Biogasanlagen und wegen der Gülleverordnung (Flächennachweis) unglaublich eng geworden. Die Preise sind förmlich explodiert und der Naturschutz kann nicht mehr mithalten (Aussage T. Roos, Dez. 2007).

Da es nicht gelingen wird, alle erforderlichen Flächen zu erwerben, kann man nur hoffen, dass der Verein Mittlere Treene, der das Prinzip Freiwilligkeit in seinen Statuten verankert hat, doch noch Erfolge haben wird. Der Verein kann Aufklärungsarbeit leisten, um die Flächenbesitzer auf Ausgleichszahlungen im Rahmen des Vertragsnaturschutzes hinzuweisen, die bei Bewirtschaftungsauflagen gewährt werden.

8.2. Nachhaltige Naturschutzprojekte

8.2.1. Naturschutzgroßprojekt Obere Treenelandschaft

Im Bereich der Fröruper Berge besteht seit 1936 das 90 Hektar große Naturschutzgebiet „Fröruper Berge“ und das 8 Hektar große Naturschutzgebiet „Düne am Treßsee“ (1937). Obwohl der Kreis Besitzer der größten umliegenden Flächen war, scheiterten Erweiterungsmaßnahmen immer wieder an den benachbarten Grundbesitzern.

1994 wurden durch die Kurt und Erika Schrobach-Stiftung neue Entwicklungen im Bereich der Treene eingeleitet. Diese Stiftung wurde 1991 vom Eigentümer eines Speditionsunternehmens gegründet. Quasi als Wiedergutmachung für die Schäden, die sein Unternehmen der Natur angetan hat, rief das Ehepaar Schrobach die größte, ausschließlich Naturschutzzwecken dienende private Stiftung des Landes ins Leben (KN, 27.2.98). Die Stiftung kümmert sich hauptsächlich um die Erhaltung und Wiederherstellung von Feuchtgebieten (Pohnsdorfer Stauung bei Preetz, Alte Schwentine, Aukrug). Seit 1994 engagiert sie sich im Bereich der Fröruper Berge. Ausgangspunkt war die Ihlseestromniederung, weil „... hier landesweit eine besonders günstige Situation zur Erhaltung und Entwicklung unterschiedlicher gefährdeter Biotoptypen des Feucht- und Magergrünlandes in Kombination mit Niedermoor-, Heide-, und Waldlebensräumen bestand“ (t.s. 7/1997). Bis 1997 hatte die Stiftung 15 Hektar angekauft, die zusammen mit Flächen der Gemeinde und des Schulverbandes fachgerecht – bevorzugt durch ortsansässige Landwirte – gepflegt wurden. Dazu gehörte das Aufstauen von Gräben, Entkusselung und notwendiges Mähen. Nach den guten Erfahrungen in der Ihlseestromniederung machte die Stiftung dem Kreis das Angebot, sich im Gebiet der Fröruper Berge zu engagieren. „Die Voraussetzungen für eine naturschutzgerechte Entwicklung der gesamten Landschaft sind hier nämlich so günstig wie in kaum einem Gebiet in Schleswig-Holstein. Sowohl die ungemein vielfältige Ausstattung mit seltenen und artenreichen Lebensräumen, die Entwicklungsmöglichkeiten und die Pflegemöglichkeiten durch die

vorhandene Hüteschafherde prädestinieren diesen Raum für ein Naturschutzvorhaben in dieser Dimension. Die Bedingungen in der gesamten Landschaft sind hier nämlich so günstig wie in kaum einem anderen Gebiet in Schleswig-Holstein“ (ebd.). Unterstützung für das Vorhaben, Ihlseeniederung – Fröruper Berge und das Gebiet um den Treßsee (teilweise im Besitz der „Stiftung Naturschutz“) als Großprojekt weiter zu entwickeln, liefern Aussagen über den Treßsee: „Im Treßseeraum gibt es Feuchtheiden, trockene Sandheiden, Borstgrasrasen, Trockenrasen, Weiher, trockenes und feuchtes Grünland, Seggenrieder, Röhrichte, offene Wasserflächen mit Schwimmblattgürtel und Schwinggrasen, Niedermoore, vermoorte Senken sowie Fließgewässer. Es kommen seltene Pflanzenarten der Roten Liste, wie Rosmarinheide, Schlamm-Segge, Zwerg-Filzkraut, Englischer Ginster, Gemeine Moosbeere oder Hunds- Veilchen vor. Wasser-, wiesen-, steppen- und röhrichtbewohnende Vögel wie Rothals- und Zwergtaucher, Flussregenpfeifer, Kiebitz, Feldlerche, Baum- und Wiesenpieper, Neuntöter, Braunkehlchen, Steinschmätzer, Rohrammer, Brandgans, Rohrweihe, Bekassine, Rotschenkel, Krickente, Feldschwirl, Teichrohrsänger und weitere durchziehende Arten finden hier ein Rückzugsgebiet. Neben Knoblauchkröte, Gras- und Moorfrosch sowie Kreuzotter, Blindschleiche, Ringelnatter und Bergeidechse finden auch Libellen, Spinnen, Laufkäfer und Stechimmen im Gebiet gute Überlebenschancen“ (ENDE, v.d. 1997, S. 13).

Der Kreis unterstützte die Bemühungen der Schrobach-Stiftung und verkaufte seinen Anteil von 250 Hektar im Fröruper Holz. Hier soll der Wirtschaftsforst zu einem naturnahen Wald umgebaut werden, in dem keine forstlichen Eingriffe erfolgen sollen.

Um die zukünftigen Aufgaben bewältigen zu können, regte die Stiftung die Gründung des „Naturschutzverein(s) Obere Treenelandschaft e.V.“ an. Im April 1998 wurde dieser Verein in Oeversee gegründet, dessen Vorstand aus 9 Mitgliedern besteht. Ein Mitglied entsendet die Schrobach-Stiftung. Um für die Belange des Naturschutzes eine breite Unterstützung zu erhalten, müssen die anderen Vorstandsposten mit jeweils zwei Vertretern der Gruppen „Gemeinden“, „Naturschutz und Landschaftspflege“ und „Landwirtschaft und Grundeigentümer“ besetzt werden. Satzungsweck ist es auch, den „... *Naturschutz in der Region zur wirtschaftlichen Förderung der Region zu realisieren, wobei die Akzeptanz der regionalen Bevölkerung als unabdingbar für ein erfolgreiches Gelingen angesehen wird*“ (SACH, 2001, S.407).

Verein und Stiftung war klar, dass dieses Projekt ohne entsprechende Förderung nicht zu verwirklichen war. Mit wissenschaftlicher Unterstützung durch Professoren aus Kiel (ROWECK, 1998) und Flensburg (PROBST) wurde eine Projektskizze mit dem Titel: „Neue Wege der Landschaftsentwicklung“ für das Obere Treenetal und die Fröruper Berge erstellt. Sie konnten dabei auf die Arbeiten von RIEDEL und POLENSKY (1986) sowie ROOS zurückgreifen, die nicht nur die Eigenart und Schutzwürdigkeit des Gebietes beschreiben, sondern auch Maßnahmen zur Pflege und Erhaltung vorschlagen, die vom Naturschutzverein aufgenommen wurden.

Diese Skizze war Grundlage eines Förderantrags an die „Deutsche Bundesstiftung Umwelt“ (DBU). Als Ziel wird hervorgehoben, dass „... *am Beispiel eines zusammenhängenden ... land- und forstwirtschaftlich geprägten Landschaftsausschnittes ... praxistaugliche Ziele und Konzepte für eine umweltgerechte Landschaftsentwicklung und standortangepasste Landnutzung erarbeitet (werden). Wirkungs- und Erfolgskontrollen sollen sicherstellen, dass „... konkurrierende Ziele optimiert und über flexibel abgestimmte Nutzungen und Maßnahmen erreicht werden können*“ (ROWECK, 1998, S.1).

Der Verein versuchte, die Förderung des Bundes für ein „Naturschutzgroßprojekt“ zu erhalten. 1979 wurde das „*Förderprogramm zur Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung*“ ins Leben gerufen. Dieses Programm soll der Finanzierung von Naturschutzvorhaben dienen, die im europäischen und internationalen Vergleich beispielhaft das Engagement der Bundesrepublik zeigen

sollen (BRUKER, 2004). Die Auswahl der Naturschutzgroßprojekte „... erfolgt anhand der Kriterien Repräsentanz, Großflächigkeit, Naturnähe, Gefährdung und Beispielhaftigkeit. Naturschutzgroßprojekte unterscheiden sich von anderen Naturschutzvorhaben besonders durch ihre Großflächigkeit und Komplexität. Die Bedeutung großflächiger Schutzgebiete liegt in der Minimierung negativer Außeneinflüsse, die sich bei kleinflächigen Schutzgebieten oft negativ auf die Schutzziele auswirken oder diese sogar ganz in Frage stellen“ (BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ, 1979). Der Bund hat in 25 Jahren mit 300 Mio. Euro den nachhaltigen Schutz von Naturlandschaften und die naturverträgliche Entwicklung von Kulturlandschaften unterstützt. Mit dieser Förderung erfüllt die Bundesrepublik Verpflichtungen, die sie in inter- und supranationalen Naturschutzkonventionen eingegangen ist. Dazu gehören insbesondere das Übereinkommen über die biologische Vielfalt und die Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Richtlinie. In internationalen Vereinbarungen hatte sich die Bundesrepublik verpflichtet, dass die Bundesländer ein Biotopverbundnetz von mindestens 10 Prozent der Landesfläche schaffen sollen und besondere Schutzgebiete – „NATURA-2000“ – ausweisen müssen. Hier besteht noch großer Handlungsbedarf (BRUKER, 2004). 1989 wurde das Förderinstrument um das „Gewässerrandstreifenprogramm“ erweitert, das die ökologische Qualität, die Eigendynamik und Selbstreinigungskraft der Gewässer unterstützen soll. Dadurch könnten sich Auenbereiche mit Retentionsräumen entwickeln, die auch dem Hochwasserschutz dienen.

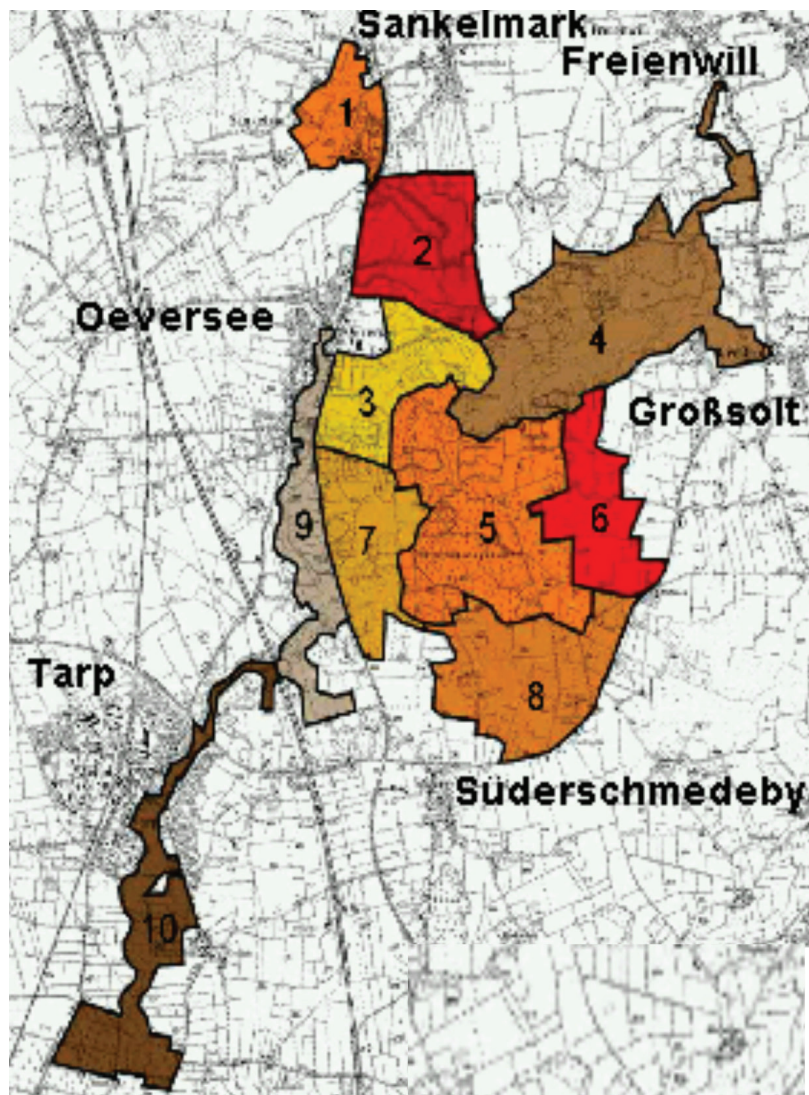
In den Projektgebieten soll durch die Verbesserung der Umwelt die Standortqualität (sogenannte „Weiche Standortfaktoren“) verbessert und eine naturverträgliche Regionalentwicklung mit einer gesteigerten Wertschöpfung unterstützt werden. Vielfältige Untersuchungen von Wissenschaftlern der verschiedenen Disziplinen und von Naturschützern (u.a. RIEDEL, ROOS, POLENSKY, HEINTZE, SACH) untermauerten den erfolgreichen Förderantrag.

Am 20.7.2000 überbrachte Bundesumweltminister Jürgen Trittin den Förderbescheid des Bundes über 15 Mio. DM (FT vom 21.7.00). Das zehnjährige Vorhaben „Obere Treenelandschaft“ wird insgesamt mit ungefähr 20 Mio. DM unterstützt. 75 Prozent bringt der Bund auf, 15 Prozent das Land und den Eigenanteil von 10 Prozent die Schrobach-Stiftung als Vertreterin des Fördervereins. Rund 14 Mio. DM stehen für Flächenkäufe zur Verfügung. Das Projektgebiet ist 6.950 Hektar groß, 1.986 Hektar Kerngebiet und 4.986 Hektar übriges Gebiet 200 Hektar um das NSG „Düne am Treßsee“ und 300 Hektar um das NSG „Fröruper Berge“ sind als FFH-Gebiete angemeldet worden.

Die Obere Treenelandschaft ist durch die unterschiedlichen geomorphologischen Strukturen der Weichseleiszeit geprägt. Die Übergangszone zwischen Grund-, End- und Stauchmoränen und der Geest hat eine Fülle von Bodenarten auf engem Raum geschaffen. In der Nacheiszeit entstanden Binnendünenkomplexe und in den Niederungen und Senken Moore. Der Dünen- und Flugsanddeckenkomplex nördlich des Treßsees wurde als „Geowissenschaftlich schützenswertes Objekt“ eingestuft. Landschaftsprägend sind zwei Dünenzüge, deren westlicher als ausgeprägte Parabeldüne mit 41,8 m über NN einen weiten Rundblick über den Treßsee und seine Umgebung ermöglicht (ENDE, v. d., 1997). Dieser Rundblick ist erst seit 1992 möglich, nachdem im Rahmen der Pflegemaßnahmen der vorhandene Fichtenstangenwald abgeholzt wurde. Die Wanderschafherde sorgt dafür, dass die Baumfreiheit erhalten bleibt. Für den Artenschutz ist es wichtig, dass Biomasse beseitigt wird, damit artenreiche Pflanzengesellschaften entstehen können, die bei einer Verbuschung keine Überlebenschancen hätten. Die Hüteschafbeweidung hat noch einen weiteren positiven Effekt. Über den Magen, die Hufe und die Wolle werden die Samen von Pflanzenarten über größere Distanzen transportiert, so dass ihre Population in anderen Teilen des Schutzgebietes sichergestellt wird.

Die Wanderschafherde reicht nicht aus, um die Sukzessionsvorgänge bei einer Aufgabe intensiver landwirtschaftlicher Nutzung zu verhindern. Deshalb soll die bisherige Nutzung auf eingezäunten Koppeln durch eine übergangslose, naturnahe Landschaft von halboffenen Weiden für Rinder und Pferde ersetzt werden (SACH, 2001).

Abb. 9: Naturschutzprojekt obere Treenelandschaft



Landschaftsräume im Kerngebiet

- | | |
|------------------------------------|---------------------------------|
| 1. Billau-Niederung | 6. Großsolter Moor |
| 2. Moränenzug Munkwolstrup | 7. Ihlseestromniederung |
| 3. Oeverseer Weiherlandschaft | 8. Süderschmedebyer Moorkomplex |
| 4. Dünen u. Niederungen am Treßsee | 9. Treenetal Oeversee |
| 5. Fröruper Berge | 10. Treenetal Tarp |

Ziel des Großprojektes soll es sein, im Schutzgebiet den naturnahen Bodenwasserhaushalt wieder herzustellen. Die naturnahen Treenebereiche unterhalb Oeversees sollen erhalten werden, der ausgebaut Treeneabschnitt zwischen Treßsee und Oeversee durch verschiedene Maßnahmen wieder zu einem mäandrierenden Fließgewässer werden. Die Anhebung des Grundwasserpegels soll durch unterlassene Grabenräumung, Entrohrung, Beseitigung von Dränagen und durch Grabenstauen erreicht werden. Wie erfolgreich Wiedervernässung sein kann, zeigt sich am Budschimoor in den Fröruper Bergen, das vor ungefähr 30 Jahren durch einen Wegebau angestaut wurde.



Foto 32: In der Bildmitte verläuft der Waldweg, durch den das Budschimoor angestaut wurde. Die Teiche im Wald und am Waldrand sind Ergebnisse jüngerer Staumaßnahmen des Naturschutzvereins „Obere Treenelandschaft“.

Das Großsolter Moor wurde vor einigen Jahren durch einen Grabenstau vernässt. Die ehemaligen abgetorften Bereiche lassen sich deutlich erkennen (siehe Kapitel 1; Foto 6). Bäume starben ab, verlorengegangene Pflanzengesellschaften bildeten sich neu.

Die Ziele können nur erreicht werden, wenn die Flächen entweder im Besitz der Stiftung bzw. des Vereins sind, oder die Eigentümer sie im Sinne des Projektes nutzen (Vertragsnaturschutz). Ende 2008 befanden sich 467 Hektar im Besitz der Schrobach-Stiftung, 270 Hektar gehören der Stiftung Naturschutz. Langfristige Pachtverträge lassen sich kaum noch abschließen, weil die Grundeigentümer wegen der völlig veränderten Marktlage auf weiter steigende Bodenpreise hoffen.

Die Schrobach-Stiftung macht es zur Bedingung, dass ihre Projekte wissenschaftlich erarbeitet und begleitet werden. In der Geschäftsstelle des Vereins, die in unmittelbarer Nähe der Fröruper Berge ihren Sitz hat, sind eine Biologin und eine Agraringenieurin für die Erreichung der Ziele verantwortlich. Der Verein betreibt eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit durch verschiedene Veranstaltungen im Schafstall, Vorträge, Führungen u.a. Im Gebäude des Vereins, das nach ökologischen Kriterien errichtet wurde, ist auch der Naturkindergarten Oeversee untergebracht. Hier liegt das Informationszentrum und das Zentrum für „Umweltpädagogik“. Professor Wilfried Probst hat dazu Ziele entwickelt, die auf unterschiedliche Zielgruppen (z.B. Anwohner, Jäger, Landwirte, Feriengäste, Kinder, Schüler, Studenten) ausgerichtet sind:

- Positive Einstellung zur Natur
- Akzeptanz von Naturschutzmaßnahmen
- Akzeptanz von Pflege- und Entwicklungskonzepten der Landschaftsökologie
- Kenntnisse landschaftsökologischer Zusammenhänge
- Artenkenntnisse
- Kenntnisse von Lebensgemeinschaften bzw. Ökosystemen
- Kenntnisse, Verständnis und positive Einstellung zu schonenden Landnutzungsverfahren.

Daraus ergeben sich notwendige Einrichtungen wie der Waldkindergarten, Erlebnispfade, Exkursionsangebote u.ä.

Dieser pädagogische Ansatz ist erforderlich, damit das Naturschutzprojekt auch nach Ablauf des Förderzeitraums im Jahr 2010 nachhaltig fortentwickelt werden kann. Dem Verein gelang es, zum 1. August 2004 einen Umweltpädagogen einzustellen, dessen Gehalt aus Fördermitteln des Landes mitgetragen wird. Sein Einsatzgebiet umfasst die Obere und Mittlere Treenelandschaft bis zum Danewerk. Er leitet Führungen, hält Vorträge und besucht Schulen und Kindergärten.

Anlässlich des zehnten Jahrestages konnte Geschäftsführer Thorsten Roos eine eindrucksvolle Bilanz vorlegen: 25 Kleingewässer wurden geschaffen, 33 km Koppelzaun für die Weidelandschaften gezogen, 128 Feldgehölze und 3.200 m lineare Pflanzungen angelegt sowie 300 Hektar Wald naturnah umgebaut. Im 2.100 Hektar großen Kerngebiet werden 105 Hektar von der Wanderschafherde und 360 Hektar von Robustrindern beweidet und offen gehalten. Von einer Aussichtsplattform, die im Rahmen des Projektes errichtet wurde, kann man in das eisenzeitlich geprägte Ihleseestromtal blicken (t.s. 10/08).

8.2.2. Projekt und Förderverein Mittlere Treene

Im Frühjahr 2004 wurde in Treia der „Förderverein Mittlere Treene“ nach dem Vorbild Obere Treenelandschaft gegründet. Er vertritt die Belange des Naturschutzes in den Ämtern Eggebek und Silberstedt. Das Vereinsgebiet verbindet die obere Treenelandschaft mit der Flusslandschaft Eider-Treene-Sorge. Durch Zusammenarbeit dieser Organisationen können Maßnahmen im Einzugsbereich der Treene koordiniert und aufeinander abgestimmt werden.

Der Verein verfolgt folgende Ziele gleichberechtigt:

- Landschaftspflege und Naturschutz
- Naturverträglicher Tourismus
- Regional- und Wirtschaftsförderung

Leitgedanke des Vereins ist es, einen „*Dreiklang von Ökologie, Ökonomie und Soziales im Geist der Agenda 21 von Rio*“ (Vereinssatzung) zu erreichen. In enger Partnerschaft mit der Schrobach-Stiftung will er die vielfältigen Interessen der Region fördern. Mitglieder des Vereins sind alle 14 Gemeinden mit den beiden Ämtern, der Kreis, die Schrobach-Stiftung, Angelsportverbände, Wasser- und Bodenverbände sowie Vertreter von Jagd- und Naturschutzverbänden. Im Vorstand müssen die unterschiedlichen Gruppen vertreten sein, so dass ein weiteres Prinzip, das der Freiwilligkeit, bei allen Entscheidungen leichter erreicht werden kann. Für den Verein war es besonders erfreulich, dass für die Geschäftsführung der erfahrene Naturschützer Thorsten Roos gewonnen werden konnte, der auch gleichzeitig Geschäftsführer der Oberen Treene Landschaft ist.

Die Naturschutz-Kernfläche von 4.000 Hektar liegt in den Talräumen der Treene, der Bollingstedter Au und der Jerrisbek. Sie soll bis zum Jahr 2009 nach den Vorgaben der EU-Programme: Natura-2000 (FFH) und Wasserrahmenrichtlinie gesichert und entwickelt werden. Der Verein hat dafür feste Vereinbarungen mit dem Land getroffen. Ohne diese Vereinbarungen hätte das Land bei Flächenverkäufen von seinem Vorkaufsrecht Gebrauch gemacht und das Treenetal großflächig unter Naturschutz gestellt. Dieser Druck hat sicherlich dazu beigetragen, die „Freiwilligkeit“ der Naturnutzer zu unterstützen. Die Vereinsgründung verfolgt auch ein weiteres Ziel der seit 2005 im Amt befindlichen Landesregierung: „*Der Naturschutz von oben ist einfach nicht mehr zeitgemäß. Naturschutzmaßnahmen sind immer dort besonders erfolgreich, wo der Naturschutz sich vor Ort ständig und kooperativ mit den Landnutzern abstimmt*“ (Christian von Boetticher, Landwirtschafts- und Umweltminister, FT vom 18.8.2005). Lokale Bündnisse, die vom „Deutschen Verband für Landschaftspflege“ koordi-

niert werden, sind nach Meinung des Ministers am besten geeignet, die gesteckten Naturschutzziele zu erreichen.

Erstes Aktionsfeld des Vereins ist es, im Talraum der Treene – ähnlich wie in der Oberen Treenelandschaft – eine extensive Weidebewirtschaftung auf Vertragsnaturschutz-Basis zu erreichen. Für Landkäufe und Ausgleichszahlungen stehen für 10 bis 15 Jahre sechs bis acht Millionen Euro EU-Fördermittel zur Verfügung.

Zweites Aktionsfeld ist das Regionalmarketing. Um die Region zu stärken und zu fördern, sollen naturangepasster Tourismus und die Vermarktung regionaler Produkte gefördert werden. Der „Stapelholmer Weg“, eine mittelalterliche Wegeverbindung aus der Eiderregion nach Flensburg und zum Ochsenweg, ist als sogenannter „Sieben Brückenweg“ ausgeschrieben. Zusammen mit dem „Thorshammer Weg“, der parallel zum Danewerk verläuft, soll die „Triangel-Region“ erschlossen werden. Die dringend erforderliche touristische Infrastruktur lässt noch auf sich warten.

Im Oktober 2006 stellte die Arbeitsgemeinschaft „Vermarktung in der Treenelandschaft“ ihr Projekt vor, dass zum Ziel hat, heimische Produkte kenntlich zu machen und dadurch Kunden für regionale Produkte zu gewinnen. Inzwischen beteiligen sich verschiedene Hersteller (Wildsalami, Eier, Kartoffeln, Backwaren, Treenerind⁶⁴, Getränke) und Geschäfte an dieser Aktion. Unter dem Logo „Treenelandschaft – eine Landschaft zum Genießen“ werden die Angebote beworben. Das Logo ist kein Qualitätssiegel, sondern ein Hinweis auf die Herkunft. Eine Produktkontrolle können und wollen die Initiatoren nicht leisten. Frische und Qualität werde dank der kurzen Wege und der engen persönlichen Kontakte gewährleistet.

Ob dies auf die Dauer den Kundenwünschen gerecht werden kann, bleibt abzuwarten. Die kritischen Verbraucher legen in erster Linie Wert darauf, dass ihre Lebensmittel biologisch einwandfrei produziert werden. Wenn ihnen dann noch klar gemacht werden kann, wie unsinnig der Transport gleichwertiger Lebensmittel von einem Ende Europas zum anderen ist, erfüllt die Initiative einen wichtigen Zweck. Ein verändertes, an lokalen Produkten ausgerichtetes Kaufverhalten sichert auch Arbeitsplätze in der Region. Dringend erforderlich ist eine Professionalisierung der Regionalvermarktung. Heimische Nahrungsmittel müssten vor allem in sämtlichen Verbrauchermärkten der Region angeboten werden. Es wäre besonders wichtig, mit der Gastronomie, den Kantinen und Großküchen (Bundeswehr, Krankenhäuser) Verträge zu schließen. Für diese Aufgabe ist nicht nur ein Marketing- und Werbekonzept erforderlich, sondern auch eine Organisation, die in der Lage ist, den Anforderungen des Handels und der Kunden gerecht zu werden. Ein Naturschutzverein ist mit dieser Aufgabe überfordert.

8.2.3. Ausblick

Die Förderung für das Naturschutzgroßprojekt Obere Treenelandschaft läuft in einem Jahr aus. Die beiden Naturschutzvereine bleiben bestehen. Wie die erforderlichen Maßnahmen in Zukunft finanziert werden sollen, ist ungewiss. Die große Nachfrage nach Flächen, auch Grenzertragsböden und Brachen, ausgelöst durch das EEG, lässt Zweifel aufkommen, ob die erreichten Ziele nachhaltig gesichert werden können.

Die Wanderschafherde und Robustrinder sind nicht kostendeckend zu unterhalten. Ihre Halter sind auf Zuschüsse angewiesen. Je mehr Flächen erworben werden, desto größer ist der Pflegeaufwand, der nicht mehr nur von ehrenamtlichen Helfern geleistet werden kann. In den erworbenen Waldparzellen muss z.B. die Spätblühende Traubenkirsche, ein problematischer Neophyt aus Nordamerika, bekämpft werden (geschieht teilweise). Bis in die 60er Jahre hat man im Rahmen des Programm Nord mit der Traubenkirsche kräftig aufgeforstet. Auf Heiden, flachgründigen Rohhumus- und Torfböden breitet sich die Pflanze oft dramatisch aus.

⁶⁴ Inzwischen eingestellt.

Die Früchte werden durch Vögel weit verschleppt, aber auch aus den Wurzeln treibt die Pflanze ständig aus. Mit Hilfe von mehreren Arbeitslosengeld-II-Empfängern („1-Euro-Jobber“) versucht man, diese starkwüchsige Pflanze einzudämmen, weil sie die heimische Waldflora verdrängt und Offenlandschaften ohne Beweidung sofort besiedeln würde.

Der Arbeitsvertrag des Umweltpädagogen läuft befristet nur für ein Jahr. Die Vereine müssen sich bemühen, das Geld für das Gehalt einzuwerben. Weder die Stiftung noch die Vereine sind in der Lage, dafür aufzukommen. So beginnt jedes Jahr ein Kampf um Fördergelder bei den Ämtern, dem Kreis, dem Land und dem Bund. Für den Betroffenen ein unzumutbarer und unwürdiger Zustand.

Die Vereine haben sich Ziele gesetzt, die trotz zahlreicher Veröffentlichungen in den Medien und durch Beiträge im Internet, noch nicht ausreichend bekannt und daher auch noch nicht in der Bevölkerung verankert sind. Vor allem in Flensburg muss in den Schulen, Vereinen und Verbänden, aber auch bei Verwaltung und Politik für diesen einmaligen Ausschnitt der schleswigschen Landschaft geworben werden. Viele Flensburger zieht es zur Naherholung in dieses Gebiet. Erst wenn sie wissen, welches Juwel sich vor ihrer Haustür befindet, wird es möglich sein, es auf Dauer zu unterhalten.

Der Unternehmer und Stifter Schrobach stammt aus Kiel. Auch in Flensburg gibt es Unternehmer, die durch ihr Wirtschaften die Natur belastet und geschädigt haben. Vielleicht kann der eine oder andere sich ein Beispiel am Ehepaar Schrobach nehmen.

Jedes Jahr marschieren zum Gedenken an das Gefecht von Oeversee (14.2.1864) Honorationen aus Stadt und Landkreis zu den Denkmälern der Österreicher, Preußen und Dänen. Den wenigsten ist bewusst, dass sie sich hier nicht nur auf historischem Boden des 19. Jahrhunderts bewegen, sondern auch auf einem Gebiet, das früh- (Gräberfeld) und erdgeschichtlich von höchstem Interesse ist. Die Vereine Arnkiel-Park, Ochsenweg und Obere Treenelandschaft sollten diesen Anlass nutzen, dies nicht nur den Teilnehmern des Gedenkmarsches deutlich zu machen. Nach Auffassung des Verfassers fehlt bisher die Verbindung von Natur und Geschichte zur Geologie des Eiszeitalters und den Ereignissen der letzten 15.000 Jahre.

Dazu folgender Vorschlag: Vom Gräberfeld könnte ein geologischer Lehrpfad durch die aufgelassene Kiesgrube in die Fröruper Berge und zur Düne am Treßsee angelegt werden. Bereits im Arnkiel-Park sollte das Entstehen der Landschaft und die Art und Herkunft der Findlinge erklärt werden, die bei der Rekonstruktion des Langgrabes verwendet wurden. Der Findlingspark in Tarp ist vom Standort her deplaziert und fristet ein Dasein im Verborgenen. Sinnvoller wäre es, die Steine dort aufzustellen, wo sie gefunden wurden. Dies würde die geologischen Geschehnisse wesentlich besser verdeutlichen können. Ein Wanderwegenetz, das Geologie, Geomorphologie, Geschichte und Natur verständlich und nachvollziehbar macht, hätte eine hohe Attraktivität für Naherholung und Tourismus.

8.3. Projekt „Alte Geestlandschaft bei Jörl“

Die beiden benachbarten Naturschutzgebiete „Düne am Rimmelsberg“ und „Pobüller Bauernwald“ liegen außerhalb der Treeneniederung und abseits der häufig aufgesuchten Naherholungs- und Freizeitgebiete. Wolfgang Riedel hat bereits in seinen Arbeiten (1978, 1983) auf die Besonderheiten dieser Geestlandschaft hingewiesen. Uli Heintze betreut seit Jahren die NSG und scheut auch vor schwerer körperlicher Arbeit nicht zurück, um den Pflanzengesellschaften der Heide – darunter ca. 300 Exemplare von Wacholder – das Überleben zu ermöglichen. Gemeinsam haben sie eine Projektskizze für eine Geestlandschaft entwickelt, die bisher beispiellos ist. Landschafts- und Freilichtmuseen (Unewatt, Molfsee) befinden sich im Jungmoränengebiet. Außerdem stehen dort Siedlungen, Gehöfte und Häuser im Mittelpunkt, die Landschaft ist schmückendes Beiwerk. Bei Jörl könnten die Besucher einer „Historischen

Kulturlandschaft“ der Geest einen Eindruck davon gewinnen, wie unsere Vorfahren versucht haben, unter widrigen Umständen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Nach der Überprüfung alternativer Standorte haben sich HEINTZE/RIEDEL (2009) für das Gebiet zwischen Rimmelsberg und Pobüller Bauernwald entschieden. Auf engem Raum wechseln sich zwischen zwei Altmoränen Dünen und Flugsandkomplexe (Jörl trocken) mit feuchten Senken, Nieder- und Hochmoorresten (Jörl feucht) ab. Folge ist die reichhaltige Ausstattung des Landschaftsraums mit den folgenden typischen Landschaftsmerkmalen, die für die Auswahl dieses Gebietes sprechen:

- Moränenzüge und Moränenkuppen der vorletzten Eiszeit (Altmoränen)
- Ausgeformte Talräume aus dem Spätglazial der Weichselvereisung
- Ausschnitte der fast ebenen Sanderflächen
- Markante Binnendünen und flächenhafte Flugsanddecken und der seltene Fall einer Deflationswanne
- Lichte Laubwälder als Eichen-Buchen-Wald und Eichen-Birken-Wald, insbesondere in der kulturlandschaftlichen Ausprägung des Eichenkratts und Weidewaldes
- Heiden mit ihrer eigentümlichen Weide- und Plaggenwirtschaft
- Hochmoore mit ehemals kleinbäuerlicher Torfgewinnung
- Niedermoore in den Talsandern, die durch Melioration zu Grünland wurden
- Typische Abfolge der Nutzungsverteilung, von den Siedlungsplätzen in höheren Lagen, umgeben von Ackerland, über Grünland und Moore in den Senken.

Historische Zeugnisse in der Umgebung sind Grabanlagen der Ur- und Frühgeschichte, Verhüttungsstätten für Raseneisenerz, Viehdriften des Ochsenweges und Zeugnisse der Moor- und Heidekolonisation im 18. Jahrhundert (ebd. S.3). Die Kartenausschnitte von der ersten Preußischen Landesaufnahme 1878 bis heute zeigen, wie sehr sich diese alte Kulturlandschaft in relativ kurzen Zeiträumen verändert hat. Die massiven Eingriffe in die Landschaft: Torfabbau, Entwässerung, Kiesabbau, Heidekolonisation, Aufforstung mit Nadelhölzern, Straßen- und Siedlungsbau, lassen sich unschwer ablesen. Es ist eine verdienstvolle Aufgabe, dies dem Besucher vor Augen zu führen und zu veranschaulichen, dass diese Eingriffe mit den jeweils herrschenden Vorstellungen der Landnutzung zusammenhängen.

Vor einigen Jahren wurde der „Jörler Landschaftspfad“ eröffnet, dem noch die nötige Beachtung durch die Öffentlichkeit fehlt. Er könnte das Gerüst für das wesentlich weitgespanntere und informativere Projekt „Alte Geestlandschaft bei Jörl“ bilden. *„Damit ließe sich an zentraler Stelle der Schleswigschen Geest der schleswig-holsteinische Mittelrücken und sein Wandel im Laufe von zwei Jahrtausenden bis hin zur modernen Agrar- und Stromerzeugungs-Landschaft darstellen – aber auch die Geschichte ihrer Menschen, deren Leben in der Vergangenheit oft von Not und Elend geprägt gewesen ist“* (ebd. S.8).

Das Projektgebiet gehört seit 2008 zur AktivRegion Eider-Treene-Sorge. Dort stehen bisher Tourismus-Projekte der Flusslandschaft im Vordergrund. Bei der Fülle der Fördergelder, die zur Verfügung stehen, sollte es möglich sein, die Arbeitsgemeinschaft Umweltfragen im Heimatverein Schleswigsche Geest zu unterstützen, damit eine integrierte Informationsstation errichtet werden kann und die erforderlichen Pflege- und Renaturierungsmaßnahmen im Projektgebiet durchgeführt werden können.

Dieses nachhaltige Projekt südlich der B 200 könnte für die Region zu einem attraktiven und informativen Naherholungs- und Touristenziel werden.

9. Fazit und zukünftige Möglichkeiten

In der vorgelegten Arbeit wurde untersucht, ob die vorhandenen Programme, Pläne und Konzepte geeignet sind, eine nachhaltige Entwicklung nach dem Abzug des Militärs einzuleiten. Es sollte auch überprüft werden, welche Zielkonflikte und Hindernisse einer derartigen Entwicklung im Wege stehen. Die Bundeswehr wurde von Bevölkerung und Politik über Jahre hinweg als positive Konstante gesehen, deren Anwesenheit für das Wohl der Ämter unverzichtbar zu sein schien. Dabei wurde nicht erkannt bzw. übersehen, dass planungsrechtliche Einschränkungen, die mit der Anwesenheit der Bundeswehr verbunden waren, strukturelle Veränderungen behinderten. Die Entwicklung durch das Militär war weder endogen noch planerisch induziert worden. Sie war von außen „aufgezwungen“ und unabhängig von den klassischen Standortfaktoren.

Die natürlichen Ressourcen des Untersuchungsraums bieten genügend Möglichkeiten für nachhaltige Entwicklungen. Dies gilt für Landwirtschaft, gewerbliche Wirtschaft, Naturschutz und sanften Tourismus. Dieser wird aufgrund der landschaftlichen Ausstattung und der Konkurrenz mit anderen Tourismusregionen allerdings nur von geringer wirtschaftlicher Bedeutung sein.

Ob und wie diese Möglichkeiten genutzt werden, entscheiden die hier lebenden Menschen. Mit Leistungswillen, Phantasie und Begeisterung können sie die Aufgaben der Zukunft bewältigen.

In der Vergangenheit wurden SWOT-Analysen erstellt und Leitbilder entwickelt. Sie sind dann hilfreich, wenn sie Auskunft darüber geben, welche realistischen Entwicklungen möglich sind. Dennoch sind viele Entwicklungsvorstellungen immer noch vom Wunschenken geprägt. Anstelle des Ausblendens der Wirklichkeit ist Realitätssinn erforderlich, um eine Aufgabe anzunehmen, die weniger durch fremde Hilfe als durch Eigenverantwortlichkeit und Eigeninitiative zu bewältigen ist.

Die Unterstützung der eigenen Kräfte ist nach wie vor erforderlich. Aufgabe der zahlreichen Förderprogramme, die strukturschwachen Regionen helfen sollen, den Anschluss an prosperierende nicht zu verlieren, muss es sein, steuernd und regulierend in die Entscheidungsprozesse einzugreifen. Dafür ist eine leistungsfähige und widerspruchsfreie Raumordnungs- und Regionalpolitik zwingend erforderlich. Sie muss darauf achten, dass Fördergelder nur im Sinne der beschlossenen Entwicklungsziele eingesetzt werden. Eine Vergabe nach „Gutsherrenart“ hat in der Vergangenheit zur Verschwendung von Steuergeldern geführt, ohne zukunfts-trächtige Ergebnisse einzuleiten.

Welche Folgen eine in ihren Konsequenzen nicht zu Ende gedachte Förderpolitik haben kann, zeigt das EEG. Die finanziellen Anreize dieses Gesetzes sollten u.a. die ländlichen Räume aufwerten. Der dadurch ausgelöste Biogas-Boom droht den Charakter der Landschaft zu zerstören. Förderprogramme für Naturschutzvorhaben können das nicht mehr kompensieren. Entscheidende Teile dieses Gesetzes erfüllen weder die Nachhaltigkeits-Kriterien von Rio (1992) noch die der Ministerkonferenz für Raumordnung (2001).⁶⁵ Auch die von der Bundesregierung aufgestellte Nachhaltigkeitsstrategie (BUNDESREGIERUNG, 2005) wird durch das EEG ausgehebelt.

An 21 Zielpunkten kann nach diesen Kriterien überprüft werden, ob und wie Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt und globale Verantwortung gewährleistet werden können. Für den ländlichen Raum haben die Zielpunkte „Flächeninanspruchnahme“, „Artenvielfalt“ und „Ernährung“ herausragende Bedeutung. Als Indikatoren gelten eine Reduzierung der „Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche“, der „Bestand ausgewählter

⁶⁵ Siehe 4.2. „Forderung der Nachhaltigkeit“.

Vogelarten“, ein „Abbau der Stickstoff-Bilanzüberschüsse in der Landwirtschaft“ und die „Entwicklung der Anbaufläche des ökologischen Landbaus“. Sämtliche Indikatoren im Untersuchungsraum zeigen nicht die von der Bundesregierung gewünschte Entwicklung. Im Gegenteil, die Situation hat sich in fast allen Punkten verschlechtert. Keine der Gemeinden hat einen Aktionsplan für eine „Lokale Agenda 21“ aufgestellt, mit dessen Hilfe diese Indikatoren überprüft werden könnten.

Vernünftigerweise sollten Förderprogramme so gestaltet werden, dass sie dringende Bedürfnisse befriedigen können, die vorher von den Bürgerinnen und Bürgern und den politischen Vertretern festgestellt wurden. Es ist jedoch häufig zu beobachten, dass dieser Prozess in umgekehrter Richtung verläuft. Förderprogramme werden aufgelegt – meist ortsfern in Brüssel oder Berlin – und dann nach „unten“ weitergereicht. Die Empfänger der Wohltaten versuchen, Projekte zu finden, die man nicht unbedingt braucht, die aber die Förderkriterien erfüllen. Mit dem LEADER+ Prinzip sollen Projekte durch Aktionsgruppen in den AktivRegionen entwickelt werden, um den bottom-up-Ansatz der Regional Governance zu erfüllen. Es ist zu befürchten, dass das Budget, über das die lokalen Aktionsgruppen verfügen, nicht mehr ist als eine Art „Spielgeld“. Die politischen Vertreter auf allen Ebenen lassen sich die Finanzhoheit nicht aus der Hand nehmen. Auch bei den LAGs besteht die Gefahr, dass sich Lobbyisten bei der Auswahl der Projekte durchsetzen, die nach dem Erreichen ihrer Ziele die Mitarbeit einstellen. Das hochgelobte „Leuchtturmprojekt“ Kanutourismus an der Treene zeigt, dass trotz oder wegen der Verankerung in der Region Fördergelder für ein Projekt zur Verfügung stehen, das nicht die Kriterien der Nachhaltigkeit erfüllt und nur einen sehr geringen positiven Struktureffekt auslöst.

Ein Prinzip des Staatsaufbaus der Bundesrepublik ist die Subsidiarität. Dies bedeutet, dass Selbstverantwortung staatlichem Handeln vorangestellt wird. Übertragen auf die politischen Ebenen, sollen Institutionen wie Städte und Gemeinden die Aufgaben lösen, während übergeordnete Behörden wie Land und Bund zurückstehen. Dies gilt so lange, wie die untergeordneten Einrichtungen in der Lage sind, die Probleme eigenständig zu bewältigen. Daraus ergibt sich die Allzuständigkeit der Gemeinden. Damit die kleinsten Glieder nicht überfordert werden, müssen die übergeordneten gegebenenfalls unterstützend eingreifen. Vielfach wird dieses Subsidiaritätsprinzip missverstanden, weil die Verantwortlichen in den strukturschwachen Regionen die Alimentation als Daueranspruch verinnerlicht haben.

Die Untersuchungen in den Ämtern Oeversee und Eggebek liefern Beispiele, die diese Behauptung untermauern. So wurden Projekte geplant und beschlossen, weil man sicher sein konnte, dass irgendein Förderprogramm „passend“ sein würde. Erinnert sei hier an zahlreiche Maßnahmen zur Dorferneuerung, die Förderung von nicht benötigten Gewerbegebieten, der Radwegebau an kaum befahrenen Straßen, das Dienstleistungszentrum in Eggebek, breite asphaltierte Wirtschaftswege, die nur sporadisch genutzt werden.

Bei der Bekanntgabe des Schließungsbeschlusses für das MFG 2 haben Politik und Bevölkerung so reagiert wie andere Konversionsgemeinden auch: Sie haben ihre geballte Energie für den vergeblichen Versuch aufgebraucht, diese Entscheidung rückgängig zu machen, weil mit dem Einzug der Bundeswehr Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand verbunden waren. Einschränkungen durch das Militär wurden ausgeblendet, seine wirtschaftliche Bedeutung überbewertet.

Spät ist bei einigen die Erkenntnis gereift, dass erst die Konversion Chancen eröffnet, eine Entwicklung einzuleiten, die von Entscheidungen übergeordneter Institutionen unabhängig ist. Eine Aufbruchstimmung ist zu keiner Zeit entstanden. Es gab keine Führungsperson, die mit kühnen Visionen die Gemeindevertreter, die Bürgermeister und die Bevölkerung beflügelt hätte. Im Gegenteil: Nach kurzer Zeit haben die politischen Vertreter des Amtes Eggebek ihre Anstrengungen auf Streitigkeiten untereinander konzentriert, anstatt sie für das Wohl der All-

gemeinheit einzusetzen. Dies ist deshalb so bedauerlich, weil diese Region sich den Ausfall wichtiger Teile des endogenen Potentials nicht leisten kann. Eine Erklärung für dieses Verhalten liefert KNIELING (2003, S. 472): *„Der 'institutionalisierte Lokalismus' des Kommunalwahlsystems und des kommunalen Finanzsystem zwingt die Kommunen, sich primär für ihre örtlichen Belange zu interessieren und nur nachrangig überörtliche Belange aufzugreifen. Politik und Verwaltung werden von der lokalen (und nicht regionalen) Bevölkerung gewählt; die Gemeinde orientiert sich in ihrer Politik primär an der Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger sowie an den lokalen Finanzen als an regionalen Themen.“*

Die einmalige Gelegenheit, auf dem Flugplatz ein Kompetenzzentrum von bundesweiter Bedeutung für regenerative Energien mit Unterstützung des Landes und der Hochschulen zu errichten, ist in seinen Grundzügen gescheitert. Was davon nach den Ereignissen in den Jahren 2007/2008 noch verwirklicht werden kann bleibt fraglich. Mangelnde Information und eine undurchschaubare Planung (Zielabweichungsverfahren, Abstandserlass, WKA-Eignungsgebiet), die von den übergeordneten Instanzen nicht transparent gemacht und erläutert wurde, führte zur Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger. Die Politik auf allen Ebenen hat sich als unfähig erwiesen, diesen verhängnisvollen Kurs zu ändern. Es war die WiREG mit ihrem Geschäftsführer und dem Konversionsmanager, die in letzter Sekunde ein zustimmungsfähiges Alternativkonzept entwickelt hatten. Die Verwirklichung des Nachnutzungskonzeptes auf dem Eggebeker Flugplatz wäre ein ideales Aufgabenfeld für eine „Lokale Aktionsgruppe“ der AktivRegion gewesen. Dafür hätte der öffentliche Sektor sein wichtigstes Pfand, den Besitz der Fläche, nicht völlig aus der Hand geben dürfen. Die Planungshoheit ist zwar wichtig, aber sie alleine kann Entwicklungen nicht so steuern, wie eine Mitwirkung durch Besitzanteile.

„Für regionale Netzwerke sind Informationen, Anreize, Machtausgleich, Kontrolle, Fairness und Reziprozität wichtige Kriterien, um sie handlungsfähig zu machen. Die Stärke der netzwerkartigen Zusammenarbeit liegt aber primär darin, Entwicklungsaufgaben gemeinsam zu bewältigen. In der Regionalplanung sind jedoch auch restriktive Ordnungserfordernisse durchzusetzen, etwa bei Flächennutzungskonflikten und der Umsetzung planerischer Zeile. Für diese Art von Aufgaben, die Verteilungsfragen umfassen und eine Konfliktregelung erfordern, wird die räumliche Planung auch zukünftig nur etwas erreichen können, wenn sie über einen kraftvollen Institutionenrahmen, einen ‚organisatorischen Kern‘, verfügt“ (BBR, 2003, S. 1). An diesem Zitat lässt sich unschwer nachvollziehen, welche Kriterien in Eggebek *nicht* erfüllt waren, weshalb das Projekt in seiner ursprünglichen Form gescheitert ist. Dennoch: Der Energie- und Technologiepark – auch in seiner reduzierten und bis jetzt erkennbaren Ausgestaltung – wird attraktivere und innovativere Arbeitsplätze bieten als die Bundeswehr. Trotz der vielen politischen Fehlentscheidungen wird auf dem Flugplatz ein Strukturwandel eingeleitet, der weitreichende Folgen für die gesamte Region haben kann. Falls die Zusammenarbeit mit der Hochschule funktioniert, könnten Absolventen hier einen Arbeitsplatz finden bzw. eigene Firmen gründen. Anders als zu Zeiten der Bundeswehr werden die Betriebe durch Steuerzahlungen die Einnahmen der Gemeinde erheblich verbessern. Der von der Bevölkerung beklagte Truppenabbau wird sich als Segen für die Gemeinde und die Region herausstellen.

Bei der Vorlage des LEP-Entwurfs zeigte sich, dass die politischen Vertreter der Ämter die Folgen des demographischen Wandels nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Auf die empirisch untermauerten statistischen Aussagen reagierten die Gemeindepolitiker reflexartig mit der Behauptung, dass ihre Dörfer bei Annahme des Entwurfs keine „Entwicklung“ mehr hätten. In Gesprächen mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern zeigte sich, dass unter Entwicklung vor allem Einwohnerzuwachs durch Ausweisung von Baugebieten für Einfamilienhäuser und Gewerbe verstanden wird. Wenn der Entwicklungsbegriff derartig verengt wird, bleiben viele andere Möglichkeiten auf der Strecke. Nicht nachvollziehbar ist auch die Forde-

rung, weitere Gewerbegebiete im Kreis auszuweisen, weil die vorhandenen nicht mehr ausreichen würden. Gewerbetreibenden ist es ausdrücklich erlaubt, auf ihren Grundstücken großzügige Einfamilienhäuser für den Betriebsinhaber zu errichten. Die Gemeinde Eggebek wirbt mit dieser Möglichkeit um Bauwillige. Häufig steht auf dem Gewerbegrundstück nur ein Einfamilienhaus, weil der Betrieb lediglich aus einem Büroraum besteht. Der Kaufpreis eines derartigen Grundstückes liegt weit unter dem Marktpreis für Baugrundstücke, weil die Erschließung und der Verkauf durch Steuergelder subventioniert wurde.⁶⁶

Ursache für diese Handlungsweise ist das tief verwurzelte Kirchturmsdenken, das durch die Kleinteiligkeit der Verwaltungsstruktur gefördert wird und häufig eine daran angepasste Handlungsweise hervorgerufen hat, so dass die Ziele der Raumordnung unterlaufen werden. Es fällt den Bürgermeisterinnen, Bürgermeistern und Gemeindevertretern schwer, sich vorbehaltlos für die Belange der Region einzusetzen, was mittel- und langfristig auch ihren Bürgerinnen und Bürgern zu gute kommen würde. Ein besonders eklatantes Beispiel für dieses Denken liefert – diesmal außerhalb des Untersuchungsgebietes – die Gemeinde Schafflund. Sie bezahlt für Bauwillige eine kommunale Eigenheimzulage von 8.000 Euro und einen Kinderbonus von 1.500 Euro pro Kind (FT vom 14.7.07). Bisher wurde von den Gemeinden im Umland der Stadt Flensburg bestritten, dass sie besonders günstig Flächen anbieten würden, um Bauwillige anzulocken („Bürgermeisterwettkampf“). Ohne Protest der Nachbargemeinden betreibt Schafflund eine Politik zu deren Lasten. Hier hätte die Landespolitik steuernd eingreifen müssen, indem der Gemeinde wegen unsolidarischen Verhaltens Fördergelder gestrichen werden.

Fehlentscheidungen bei der Vergabe von Fördermitteln lassen sich nicht immer vermeiden. Deshalb muss die Raumordnungs- und Regionalpolitik so gesteuert werden, dass der falsche Ehrgeiz und das unmotivierte Klagen von Bürgermeistern nicht auch noch belohnt wird, weil die Qualität eines Bürgermeisters von seinen Wählern daran gemessen wird, was er für seine Gemeinde erreicht hat.

Aus Sicht des Verfassers kann nur eine durchgreifende Funktional- und Gebietsreform die Situation nachhaltig verbessern. Wie notwendig das ist, hat die Bildung der AktivRegionen gezeigt, die ohne erkennbaren planerischen und raumordnerischen Sachverstand gegründet wurden. Allerdings kann eine Gebietsreform allein die Probleme der Region nicht lösen, aber sie ist die zwingende Voraussetzung dafür, Fehlentscheidungen, Parallelstrukturen und damit das Verschleudern von Steuergeldern zu verhindern. Wie an anderer Stelle bereits erwähnt, schlägt der Autor vor, die Kreise Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und die Stadt Flensburg zu einem Regionalkreis zu vereinigen. Dieser Kreis entspricht dem Planungsraum V des Landes Schleswig-Holstein. Konsequenterweise würde bei einem Regionalparlament auch die Verantwortung für die Regionalplanung liegen. Die Ämter würden aufgelöst und müssten sich zu Großgemeinden von mindestens 20.000 Einwohnern zusammenschließen. In diesen Gemeinden verbliebe die Planungshoheit, die sich an den Vorgaben der Regionalplanung auszurichten hat. Die wichtigsten Handlungs- und Entscheidungsebenen

- Politik
- Planung
- Wirtschaftsförderung

wären so in einer Hand vereinigt. Auch KNIELING (2003, S. 474) unterstützt diesen Ansatz: *„Vor allem zur Steigerung der Attraktivität der Regionalplanung gibt es eine Reihe von Anregungen. Eine naheliegende ist, dass Regionalplanung eigene Fördermittel verwalten sollte, zumindest aber bei der Vergabe von Fördermitteln einbezogen sein müsste.“*

⁶⁶ Siehe Kapitel 10.3.1.4.: Fotos 28 und 29.

Für dieses Konstrukt gibt es bereits ein Vorbild, die 2006 von den o.a. Gebietskörperschaften gegründete „Entwicklungsagentur Nord“. Sie bildet erstmalig die Organisationsbasis für eine gemeinsame Wirtschafts- und Regionalentwicklung des Landesteils Schleswig. Ihr Zustandekommen war eher zufällig, weil der Kreis Dithmarschen das Gebiet des Regionalprogramms „Westküste“ verlassen hatte und der Kreis Nordfriesland „heimatlos“ geworden war. Dadurch wurde auch das bereits von VAJEN (1993) beklagte Versäumnis – das Fehlen eines einheitlichen Fördergebiets im Planungsraum V – beseitigt.

Die Entwicklungsagentur Nord hat durch positive und belegbare Ergebnisse dazu beigetragen, Vorurteile und Ängste abzubauen. Sie ist eine vertrauensbildende Einrichtung, die geeignet ist, den Nukleus für eine zukunftssträchtige Verwaltungsstruktur zu bilden.

Die Belange der Bewohner nicht mehr selbständiger Gemeinden können durch Ortsbeiräte oder „Dorfschaften“ vertreten werden. Wenn jedoch die Bürgerinnen und Bürger und vor allem die von ihnen gewählten politischen Vertreter weiterhin auf dem Status quo beharren, können noch so umfangreiche und vielfältige Förderprogramme eine positive Zukunft der Region nicht gewährleisten.

Bei der Erstellung dieser Fallstudie wurde deutlich, dass zwischen wissenschaftlich-theoretischen Erkenntnissen und der Planungswirklichkeit eine große Lücke klafft. Zwar versuchen die Fachleute in den Ministerien, diese Erkenntnisse in die Planungsgrundsätze aufzunehmen, aber im Verwaltungsalltag verhindert der Pragmatismus all zu oft die Umsetzung. Schwerwiegend ist die mangelnde Koordination zwischen Ministerien, Behörden und Verwaltungen. Der Datenaustausch ist unzureichend, eine Vernetzung von Entscheidungen, gegenseitige Absprache bzw. Kontrolle findet nur unzureichend statt. Anders ist nicht zu erklären, dass Vorhaben geplant und durchgeführt werden, die nach bestehender Rechts- und Beschlusslage gar nicht genehmigungsfähig sind (WKA in Flächen, die dort ausdrücklich nicht erlaubt sind, Projekte in FFH- und Natura 2000 Gebieten, die nach EU-Regeln nicht zulässig sind).

Politik und Verwaltung müssen dafür sorgen, dass Planvorstellungen konsequent durchgehalten werden. Auch diese Arbeit bietet Belege, „...dass die Kommunen die Regionalplanung entwerten, indem sie sich nicht mehr mit der Regionalplanung auseinandersetzen, sondern an der Regionalplanung vorbei Direktkontakte mit der Landesplanung suchen. Das ist vor allem in den Bundesländern zu beobachten, wo eine Mittelinstanz fehlt“ (KNIELING, 2003, S. 473). Dies gilt auch für Schleswig-Holstein, wo auch wegen fehlender Mittelinstanz der Konflikt zwischen den größeren Städten und dem „flachen Land“ besonders ausgeprägt ist. Wenn dann auch noch zukunftssträchtige neue Ansätze in der Regionalplanung lediglich aus politisch-taktischem Kalkül von Parteien des Landtages abgelehnt werden, ist eine nachhaltige Entwicklung des Landes kaum möglich.

Um diese zu erreichen, muss bei allen Beteiligten, vor allem bei den Politikern, ein Mentalitätswandel stattfinden. Ohne Mentalitätswandel kein Strukturwandel, ohne Strukturwandel keine nachhaltige Entwicklung.

10. Quellen

10.1. Angeführte Literatur

AGRARSTRUKTURSTATISTIK 1993. Statistikamt Nord. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein. Kiel 1993.

AGRARSTRUKTURERHEBUNG 2005. Statistikamt Nord. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein. Kiel 2005.

AKADEMIE FÜR DIE LÄNDLICHEN RÄUME SCHLESWIG-HOLSTEINS e.V. (Auftraggeber): Forschungsprojekt „Repräsentative Fallstudie zur Dorfentwicklung einer Gemeinde eines peripher gelegenen ländlichen Raumes Schleswig-Holsteins“. Analyse der sozio-ökonomischen Struktur und der Entwicklungspotentiale der Gemeinde Jörl/Kreis Schleswig-Flensburg, bearbeitet von Helmut Schenkel, M.A. vorgelegt im April 1996.

AKADEMIE FÜR DIE LÄNDLICHEN RÄUME SCHLESWIG-HOLSTEINS e.V.: Die LSE Schleswig-Holsteins – Wirkungsanalyse eines Instruments der Entwicklungsförderung ländlicher Räume. Extra-Dokumentation, Ausgabe 6. Eckernförde, 6. Juni 2004.

AKADEMIE FÜR DIE LÄNDLICHEN RÄUME SCHLESWIG-HOLSTEINS e.V.: Protokoll der Ideenwerkstatt zur interkommunalen Zusammenarbeit der Gemeinden Jörl, Süderhackstedt, Sollerup und Janneby am 18. und 19. April 2005 im Dienstleistungszentrum Eggebek 2005.

AKADEMIE FÜR DIE LÄNDLICHEN RÄUME SCHLESWIG-HOLSTEINS e.V.: Dokumentation des Kongresses „Die Zukunft der ländlichen Räume in Schleswig-Holstein – Initiative für eine Koalition für den ländlichen Raum“ am 25.08.2005 im Festsaal des Christian Jensen Kollegs in Breklum. Flintbek 2005.

AKADEMIE FÜR DIE LÄNDLICHEN RÄUME SCHLESWIG-HOLSTEINS e.V. / CHRISTIAN JENSEN KOLLEG: Breklumer Erklärung: Gleichwertige Lebensverhältnisse in ländlichen Regionen sichern. 09.02.2006, Breklum.

AKADEMIE FÜR DIE LÄNDLICHEN RÄUME SCHLESWIG-HOLSTEINS e.V.: Termine, Themen, Texte. Heft 34. Neumünster, April 2006.

AKADEMIE FÜR DIE LÄNDLICHEN RÄUME SCHLESWIG-HOLSTEINS e.V.: Die neue ELER Förderung ab 2007 führt zur Bildung von AktivRegionen, Flintbek, Sept. 2007.

AKADEMIE FÜR DIE LÄNDLICHEN RÄUME SCHLESWIG-HOLSTEINS e.V. (Hrsg.): Gemeinsam für die ländlichen Räume in Schleswig-Holstein. Initiative für eine Koalition für die ländlichen Räume. Arbeitsergebnisse. Flintbek 2008 a.

AKADEMIE FÜR DIE LÄNDLICHEN RÄUME SCHLESWIG-HOLSTEINS e.V.: Stellungnahme der Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V. zum Entwurf des Landesentwicklungsplans 2009. Flintbek 2008 b.

AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung. Hannover 1995.

AMT EGGEBEK: LVB: Grundlagen für eine Gemeindefusion im Jörler Raum. Eggebek, 22.9.05.

AMT EGGEBEK: Struktur- und Entwicklungsanalyse Amt Eggebek. Abschlußbericht. Bearbeitung: Zentralstelle des SHHB GmbH, Eckernförde in Arbeitsgemeinschaft mit Stadt & Land Gesellschaft für raumpolitische Forschung, Planung und Beratung mbH. Eckernförde 1995.

AMT EGGEBEK: Unser Amt Eggebek. Informationen für Bürger, Neubürger, Gäste. 1. Auflage, Ausgabe 2001/02.

- AMT EGGEBEK: Stellungnahme zum LEP. Eggebek, 5.8.08.
- AMT OEVERSEER (Ersteller): Perspektiven. Leitbilder für die Entwicklung im Amt Oeversee. Entwicklungsanalyse Amt Oeversee. Sankelmark 1996.
- AMT OEVERSEER: Amt Oeversee in Tarp. Informationen für Bürger und Gäste 2004.
- AMT OEVERSEER: Stellungnahme zum LEP. Tarp, 25.9.08.
- AMT OEVERSEER: Struktur- und Entwicklungsanalyse Amt Oeversee. Tarp 1997.
- AMT OEVERSEER: Vorbericht zum Haushaltsplan des Amtes Oeversee 2005.
- ÄMTER EGGEBEK UND OEVERSEER: Kooperative Umsetzung der Entwicklungskonzepte der Ämter Eggebek und Oeversee. Dokumentation des Kooperationsprozesses in den Jahren 2000 und 2001.
- AMTSORDNUNG FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN, i.d.F. vom 28. Februar 2003, zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Dezember 2006. Kiel.
- ANDRESEN, S.: Standortpolitik der Bundeswehr und regionale Strukturpolitik im Landesteil Schleswig von den 1950er Jahren bis zur Gegenwart. Wie Tarp durch die Bundeswehr aufblühte. München 2005.
- ASMUSSEN, C.: Verwaltungsstrukturen und Zusammenarbeit im kreisangehörigen Bereich. Vortrag auf der Tagung der leitenden Verwaltungsbeamten Schleswig-Holsteins in der Akademie Sankelmark am 12.2.2004.
- BACHMEIER, H./KRÖNING, V./STÜNKER, J. – mit Unterstützung von Prof. Dr. Hans Meyer – : Thesen zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu Art. 72 II, 75 GG. Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung. Kommissionsdrucksache 0077 vom 28. September 2004.
- BARLÖSIUS, E.: Gleichwertig ist nicht gleich. ‚Das Parlament‘ mit der Beilage ‚Aus Politik und Zeitgeschehen‘ Ausgabe 37 vom 11.09.2006.
- BECKER, F./DAHLEM, C.: Die demographische Entwicklung von Tarp. Flensburg 2007.
- BERTELSMANN STIFTUNG (Hrsg.): Wegweiser Demographischer Wandel 2020. Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden. Gütersloh 2006.
- BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung 8/9. 2003.
- BENZ, A.: Vom Stadt-Umland-Verband zu „regional governance“. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften 40. Jhg. Berlin 2001.
- BfLR BUNDESFORSCHUNGSANSTALT FÜR LANDESKUNDE UND RAUMORDNUNG: Informationen zur Raumentwicklung. Regionale Auswirkungen der Konversion. Heft 5. Bonn 1992.
- BINSFELD, W.: Aus dem römischen Köln. Schriftenreihe der Archäologischen Gesellschaft Köln. Köln 1966.
- BLOCK, H.-J.: Wer wird künftig in den ländlichen Räumen Schleswig-Holsteins leben? Einführungsreferat auf der Tagung „Die Zukunft der ländlichen Räume in Schleswig-Holstein“ der Akademie für ländliche Räume Schleswig-Holstein e.V. und des Christian Jensen Kollegs am 25.08.05 in Breklum.
- BMELV BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG; LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ. Wissenschaftlicher Beirat „Agrarpolitik“: Nutzung von Biomasse zur Energiegewinnung – Empfehlungen an die Politik. Berlin, November 2007.

BMVWB (Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen), BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, BFAG (Büro für angewandte Geographie) (Hrsg.): Leitbilder und Handlungsstrategien in Deutschland. Diskussionspapier vom 1.9. 2005.

BÖCHER, M.: Die politische Steuerung nachhaltiger Regionalentwicklung – Das Beispiel der EU-Gemeinschaftsinitiative LEADER+. In: Staatslehre und politische Verwaltung Bd. 8. Grande, E./Prätorius, R. (Hrsg.). Baden-Baden 2003.

BÖLTING, M./GOEKEN, S.: Zentrale Standorte und zentralörtliches System im Flensburger Umland. Flensburger Arbeitspapiere zur Landeskunde und Raumordnung. Hrsg.: Karl Weigand, Schriftleitung: Axel Prieb. Geographisches Seminar der Pädagogischen Hochschule Flensburg, Geographisches Institut der Universität Kiel. Flensburg 1989.

BPW Hamburg: Nachnutzungs- und Entwicklungskonzept für die Ämter Eggebek und Oeversee. Bundeswehrliegenschaften des Marinefliegergeschwaders 2. Abschlussbericht. Hamburg, November 2004.

BRUKER, J.: Naturschutzgroßprojekte des Bundes. Förderprogramm zur Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung – Naturschutzgroßprojekte und Gewässerrandstreifenprogramm., in: Natur und Landschaft, 79. Jahrgang, Heft 9/10. Bonn 2004.

BÜHRING, H.U./PLEWA, C.: Zentrale Orte und ihre Verflechtungsbereiche im Landesteil Schleswig-Flensburg. Flensburger Arbeitspapiere zur Landeskunde und Raumordnung. Hrsg.: Karl Weigand, Schriftleitung Axel Prieb. Geographisches Seminar der Pädagogischen Hochschule Flensburg, Geographisches Institut der Universität Kiel. Flensburg 1985.

BUND, Ortsgruppe Mittlere Treene: Schutzprogramm und Planungskonzept für die Treene. Mitteilung 3/1997..

BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ: Bundesprogramm zur "Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung". Bonn 1979.

BUNDESBAUGESETZBUCH vom 23.Juni 1960, neu gefasst 27.8.1997.

BUNDES-IMMISSIONSSCHUTZGESETZ in der Fassung vom 26. September 2002.

BUNDESMINISTER DER VERTEIDIGUNG: Konzept für das Zivilpersonal in den Streitkräften. Bonn, 19.6.1991 b.

BUNDESMINISTER DER VERTEIDIGUNG: Ressortkonzept für die Stationierung der Bundeswehr, Stationierungsplan für Schleswig-Holstein. Bonn 23.5.1991 a.

BUNDESMINISTER DER VERTEIDIGUNG: Stationierung der Bundeswehr in Deutschland. Konzept vom 1. November 2004. Bonn.

BUNDESMINISTERIUM FÜR RAUMORDNUNG, BAUWESEN UND STÄDTEBAU: Strategien für strukturschwache Räume. Raumordnerische Handlungsempfehlungen zur Stabilisierung und Entwicklung strukturschwacher ländlicher Räume. Bonn, Dezember 1997.

BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT: Umweltpolitik. Lokale Agenda 21 und nachhaltige Entwicklung in deutschen Kommunen. 10 Jahre nach Rio: Bilanz und Perspektiven. Bonn, Dezember 2002.

BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU- UND WOHNUNGSWESEN: Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland. Diskussionspapier. Bonn, 1.9.2005.

BUNDESREGIERUNG, Presse- und Informationsamt (Hrsg.): Meilensteine für eine nachhaltige Entwicklung. Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland. Kurzfassung Fortschrittsbericht 2004. Berlin 2005.

BUNDESREGIERUNG: Integriertes Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung. Meseberg, August 2007.

BUNDESREGIERUNG: Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Berlin 2002.

CARMONA-SCHNEIDER, JUAN-J. (Hrsg.): Konversion – Chance für eine eigenständige Regionalentwicklung? Hrsg. im Auftrag des Deutschen Verbandes für Angewandte Geographie e.V. Bonn 1998.

CARSTENSEN, H.: Raumordnung und Landesplanung in Schleswig-Holstein. Frankfurt/Main-Berlin-Bonn-München 1967.

CARSTENSEN, J.: Torf. Gewinnung, Geschichte und Bedeutung in Schleswig-Holstein. Osnaabrück 1985.

CMA Centrale Marketing Gesellschaft der Deutschen Agrarwirtschaft (Hrsg.): Biomasse – nachwachsende Energie aus Land- und Forstwirtschaft. Bonn 1997.

CONVENT Struktur- und Organisationsentwicklung GmbH: Machbarkeitsstudie Leistungszentrum Eggebek, Endbericht. Hamburg, 7. Mai 1997.

CRISTALLER, W.: Die zentralen Orte in Süddeutschland. Jena 1933.

DAS PARLAMENT: Hrsg: Deutscher Bundestag. Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ Hrsg. Bundeszentrale für Politische Bildung. Berlin, 22. Mai 2006.

DEGEN, E.: Landschaftswandel auf der Geest. In: Historischer Atlas Schleswig-Holstein, 1867 bis 1945. Neumünster 2001

DEGN, C./MUUB, U.: Topographischer Atlas Schleswig-Holstein. Hrsg. vom Landesvermessungsamt Schleswig-Holstein. Neumünster 1963.

DER INNENMINISTER DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.): Regionalplan für den Planungsraum V des Landes Schleswig-Holstein – Kreisfreie Stadt Flensburg, Kreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland. 26. März 1975.

DER MINISTERPRÄSIDENT DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN: Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein 2007 – 2013. Kiel 2006.

DEUTSCHER BUNDESTAG: BT Drucksache IV/1492. Bonn 1950.

DEUTSCHER GRENZVEREIN (Hrsg.): Integrierte Entwicklung ländlicher Räume – Neuere Konzepte und Erfahrungen und ihre Übertragung auf Schleswig-Holstein. Gutachten der Forschungsstelle für Raumanalysen, Regionalpolitik und Verwaltungspraxis (RRV) an der Universität Bayreuth und des Instituts für Regionale Forschung und Information im Deutschen Grenzverein e.V., Flensburg. Bayreuth/Flensburg 1992.

DEUTSCHER GRENZVEREIN e.V. (Hrsg.) Wiss. Leitung Dr. Wolfgang Riedel: Umweltatlas für den Landesteil Schleswig. Flensburg 1987.

DEUTSCHER WETTERDIENST: Klima-Atlas von Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen 1967. Selbstverlag 1967.

DIE MINISTERPRÄSIDENTIN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.): Nachhaltigkeitsstrategie Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein. Kiel, Januar 2004.

- DIERSEN, K. et al.: Rote Liste der in Schleswig-Holstein gefährdeten Amphibien und Reptilien, 2. Fassung. Kiel 1988.
- DIETRICH, B.: Regionale Indikatoren – vom Gleichwertigkeitsziel zum Nachhaltigkeitsziel, in: Dietrich, B./Fritzsche, F./Ismaier, F.: Nachhaltigkeitsindikatoren für eine ausgewogene Entwicklung von Gemeinden, Kreisen, Städten und Regionen. Studien zur Raumplanung Nr. 3, TU München. München 2000.
- DRITTES GESETZ EINER NEUORDNUNG DER GEMEINDE- UND KREISGRENZEN vom 3. Juli 1973. Landesrecht Schleswig-Holstein. Kiel 1973.
- DÜNKLMANN, F.: Das brasilianische PROALCOOL-Programm – Biokraftstoff aus Zuckerrohr, Geogr. Rundschau, Heft 6/2000. Braunschweig 2000.
- EBERSTEIN, H. H./KARL, H. (Hrsg.): Handbuch der regionalen Wirtschaftsförderung (Lo-seblattsammlung) Köln 2005.
- EG VERORDNUNG NR. 1083/2006 Des Rates vom 11. Juli 2006, Brüssel.
- EG VERORDNUNG NR. 1698/2005 (ELER-VO), Brüssel 2005.
- EIDER-TREENE-SORGE (ETS) GmbH: Gebietsbezogenes, regionales Entwicklungskonzept der Lokalen Aktionsgruppe Flusslandschaft Eider-Treene-Sorge. Norderstapel, April 2002.
- ENDE, van der M.: Mit Schafen, Hütehunden und Schäfern zu neuen Wegen im Naturschutz. Landesamt für Natur und Umwelt; in: Bauernblatt, April 1997.
- EU-KOMMISSION: Energie für die Zukunft – Erneuerbare Energien. Weißbuch für eine Gemeinschaftsstrategie und Aktionsplan. Brüssel 1997.
- FEUERWEHRGESETZ VON SCHLESWIG-HOLSTEIN. Gesetz über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren (BrSchG) vom 10.2.1996. Kiel.
- FFH-Richtlinie: Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 über die Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen. Brüssel 1992.
- FLURBEREINIGUNGSGESETZ in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. August 1994 (BGBl. I S. 2187).
- FRAMKE, W.: Die deutsch-dänische Grenze in ihrem Einfluss auf die Differenzierung der Kulturlandschaft. Forschungen zu deutschen Landeskunde, Bd. 172. Bad Godesberg 1968.
- FRIEDRICH EBERT STIFTUNG (Hrsg.): Konversionsmanagement. Abrüstungsfolgen und Bewältigungsstrategien. Ergebnisse zweier Fachkonferenzen (September 1994; April 1995) Bonn 1995.
- FRÖBE, A.: Inhalt und Leistung des Programm-Nord 1953 bis 1962. in: Landesentwicklung als gesellschaftliche Aufgabe – Programm Nord. Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 38, Hrsg. Prof. Dr. W. Abel. Hannover 1962.
- FREY, R.: Regional Governance. In: Avenir Suisse Workshop “Regional Governance” Inputpapier. Basel, November 2002.
- FÜRST, D.: Steuerung auf regionaler Ebene versus Regional Governance. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 8/9. BBR (Hrsg.) 2003.
- FÜRST, D.: Regional Governance. In: Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Benz, A. (Hrsg.). Wiesbaden 2004.
- GEMEINDE EGGEDEK: Landschaftsplan 1998.
- GEMEINDE HANDEWITT: Chronik des Kirchspiels Handewitt. 1990.

GEMEINDE JANNEBY: Landschaftsplan 1998.

GEMEINDE JERRISHOE: Landschaftsplan 1999.

GEMEINDE JÖRL: Landschaftsplan 2002.

GEMEINDE LANGSTEDT: Landschaftsplan 1998.

GEMEINDE OEVERSE: Landschaftsplan 1999.

GEMEINDE SANKELMARK: Landschaftsplan 1999.

GEMEINDE SIEVERSTEDT: Landschaftsplan 2000.

GEMEINDE SOLLERUP: Landschaftsplan 1999

GEMEINDE SÜDERHACKSTEDT: Landschaftsplan 1997.

GEMEINDE TARP: Landschaftsplan 1996.

GEMEINDE WANDERUP: Landschaftsplan 1998.

GEMEINDEN EGGEBEK, JERRISHOE, LANGSTEDT (Hrsg.): Chronik II, Ausgabe A. Fortschreibung des von Wilhelm Clausen 1939 herausgegebenen Heimatbuchs des Kirchspiels Eggebek. Husum, o. Jahreszahl.

GEMEINDEN HANDEWITT UND WANDERUP, Auftraggeber: Rahmenkonzept Kiesenachnutzung. Auftragnehmer: Pro Regione GmbH, Stand: 14. Oktober 2004. Flensburg 2004.

GEMEINDEORDNUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN in der Fassung vom 28. Februar 2003.

GEOGRAPHISCHES INSTITUT DER CHRISTIAN-ALBRECHTS-UNIVERSITÄT ZU KIEL: Grundlagen für ein Tourismusmarketingkonzept Oberes Treenetal. Ergebnisse des Studienprojektes SS 2001 – WS 2001/02. Leitung: Prof. Dr. Götz v. Rohr und Dipl.-Geogr. Frank Rathje. Kiel, Februar 2002.

GERDES, A.: Die Treene in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, Jahrbuch für die Schleswische Geest, 20. Jg. Schleswig 1979.

GERDES, A.: Flurbereinigung und Wasserwirtschaft. In: 25 Jahre Flurbereinigung in Schleswig-Holstein – 1954 – 1979. Minister für Ernährung Landwirtschaft und Forsten des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.). Husum 1980.

GESELLSCHAFT FÜR WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG (GfW): Förderanträge für ein Entwicklungskonzept (PERIFRA). Flensburg, 9.3., 26.5., 15.7.1992.

GESETZ (ZWEITES) EINER NEUORDNUNG VON GEMEINDE- UND KREISGRENZEN SOWIE GERICHTSBEZIRKEN. Kiel, 23.12.1969.

GESETZ (DRITTES) EINER NEUORDNUNG VON GEMEINDE- UND KREISGRENZEN. Kiel, 3. Juli 1973.

GESETZ FÜR DEN VORRANG ERNEUERBARER ENERGIE (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG) vom 29. März 2000. Zuletzt geändert am 7.11.2006.

GESETZ ÜBER DIE LANDBESCHAFFUNG FÜR AUFGABEN DER VERTEIDIGUNG (Landbeschaffungsgesetz) vom 23.2.1957.

GESETZ ÜBER DIE LANDESPLANUNG (Landesplanungsgesetz Schleswig-Holstein) vom 13.4.1971 in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Februar 1996, zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes zur Stärkung der Kommunalen Selbstverwaltung vom 25. Juni 2002.

GESETZ ÜBER GRUNDSÄTZE ZUR ENTWICKLUNG DES LANDES (Landesentwicklungsgrundsatzgesetz) vom 31. Okt. 1995. Kiel.

GESETZ ÜBER KOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT (GkZ); i.d.F. vom 28. Februar 2003, zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Dezember 2006. Kiel.

GESETZ ZUM SCHUTZ DER NATUR (Landesnaturenschutzgesetz – LNatSchG) und zur Änderung anderer Vorschriften. 6. März 2007. Kiel.

GESETZ ZUR ORDNUNG DES WASSERHAUSHALTS DES BUNDES (Wasserhaushaltsgesetz) vom 19. August 2002, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10. Mai 2007. Berlin.

GESETZ ZUR FÖRDERUNG DES ZONENRANDGEBIETES (Zonenrandförderungsgesetz) vom 5.8.1971, aufgehoben am 19.4.2006. Bonn 1971, Berlin 2006.

GESETZ ZUR FÖRDERUNG ERNEUERBARER ENERGIEN IM WÄRMEBEREICH (EEWärmeG) vom 7. August 2008. BG-Blatt Jg. 2008, Teil I Nr. 36 vom 18.8.2008, S. 1658.

GfW (Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Flensburg mbh): PERIFRA – Entwicklung und Marketing qualifizierter Gewerbegebiete im Kreis Schleswig-Flensburg; Abschlussbericht. Flensburg 1994.

GONDESEN, H.W.: Die Not der Mergelverbände auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise, Jahrbuch für die Schleswigsche Geest, 32. Jg. Schleswig 1984.

GRAVE, R.: Stadtentwicklung und Konversion. Eine Untersuchung am Fallbeispiel Flensburg. Beiträge der Universität Oldenburg zur Stadt- und Regionalplanung, Heft 10. Oldenburg 1995 b.

GRAVE, R.: Untersuchung zu Konversionsstrategien ausgewählter Bundesländer. In: Schriftenreihe des Forschungsinstituts Region und Umwelt. FORUM an der Universität Oldenburg. BD.1. Oldenburg 1995 a.

GRIPP, K.: Erdgeschichte von Schleswig-Holstein. Neumünster 1964.

GRUNDGESETZ FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND. Fassung vom 28. August 2006.

GRUNDMANN, M.: Die direkte Beschäftigungswirkung der Bundeswehr in Schleswig-Holstein. Projektverbund Friedenswissenschaften Kiel (PFK). PFK texte Nr. 4. Kiel, Juni 1991.

GRUNDMANN, M.: Regionale Konversion. Zur Theorie und Empirie der Reduzierung der Bundeswehr. Berlin 1994.

GRUNDMANN, M.: Truppenabbau, Konversion und Möglichkeiten eigenständiger Regionalentwicklung in Deutschland; in: Konversion – Chance für eine eigenständige Regionalentwicklung? Material zur Angewandten Geographie Band 34. Bonn 1998.

GRUNDSÄTZE ZUR PLANUNG VON WINDKRAFTANLAGEN: Erlass 1995, ergänzt 2003. Kiel.

HAHNE, U.: Auf dem Weg zur sterbenden Region? – Zur Bevölkerungsentwicklung im Landesteil Schleswig – In: Wortmann, K. Hahne, U.: Bevölkerungsentwicklung im Landesteil Schleswig bis zum Jahre 2000: Auswirkungen und Perspektiven. Hrsg. vom Institut für Regionale Forschung und Information im Deutschen Grenzverein Flensburg. 1988.

HAHNE, U.: Zur Bevölkerungsentwicklung auf der schleswigschen Geest zwischen 1970 und 1987, Jahrbuch für die Schleswigsche Geest, 39. Jg. 1991. Schleswig 1991.

HANDWÖRTERBUCH DER RAUMORDNUNG, Hrsg.: Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Hannover 1995 und 2005.

- HANSEN, M.: Das Flurneuordnungsverfahren „Obere Treenelandschaft“ (FNO-OT) – Analyse und Wertung der Entwicklungsmöglichkeiten von Potenzialen des ländlichen Tourismus. Unveröffentl. Diplomarbeit an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, Fachbereich Geomatik. Hamburg 2003.
- HASSDENTEUFEL, J.: Auswirkungen der Truppenreduzierung und Rüstungskonversion in Rheinland-Pfalz und im Saarland, in: Uwe Blien u.a.: Folgen von Truppenreduzierungen und Rüstungskonversion für den Arbeitsmarkt, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Nürnberg 1992.
- HEINRICH, D./HERGET, M.: dtv-Atlas zur Ökologie. München 1990.
- HEINTZE, U./ POLENSKY, R.: Vom Treßsee über die Fröruper Berge ins Treenetal, in Hahne, P. L. (Hrsg.): Von der Flensburger Förde bis zur Eider. Kropp 1994.
- HEINTZE, U./RIEDEL, W.: Alte Geestlandschaft bei Jörl. Projektskizze. Vorgelegt vom Heimatverein Schleswigsche Geest. 4.1.2009, Flensburg.
- HEINTZE, U.: Das Seelandmoor (Silleruper Moor): Niedergang und Regenerationsversuche, in: Jahrbuch für die Schleswigsche Geest, 31. Jhg. Schleswig 1983.
- HENKEL, G.: Der Ländliche Raum. Teubner Studienbücher der Geographie, Stuttgart 1995.
- HENKEL, G./TIGGEMANN, R (Hrsg.): Kommunale Gebietsreform – Bilanzen und Bewertungen. Essener Geographische Arbeiten Nr. 19. Paderborn 1990.
- HERR, W.: Die Fließgewässervegetation im Einzugsbereich von Treene und Sorge. Mitt. AG Geobotanik in Schleswig-Holstein u. Hamburg, Heft 33. Kiel 1984.
- HEYM, F.: Die Treene, der Strom der Schleswiger Geest, in: Eider, Treene und Schlei. Hrsg. Ludwig Hahne, Kropp/Schleswig 1989.
- HINGST, H.: Eine eisenzeitliche Waldschmiede auf dem Auberg bei Süderschmedeby, Kreis Flensburg, Jahrbuch Schleswigsche Geest 1974, 22. Jg. Schleswig 1974.
- HÜBSCHMANN, E.: Entwicklungsaspekte im Flensburger Raum, (Kurzfassung der Ergebnisse der Strukturanalyse für die Stadt und den Landkreis Flensburg). Offenbach 1966.
- IBS, J./SCHWEDLER, U.: Bundeswehr. In: Historischer Atlas Schleswig-Holstein seit 1945 / im Auftrag der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, hrsg. von Ulrich Lange. Neumünster 1999.
- INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER (IHK) FLENSBURG: Jahresbericht 1990, Flensburg 1991.
- INNENMINISTERIUM DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.): Landesraumordnungsplan Schleswig-Holstein. Entwurf, Neufassung 1995. Kiel 1995.
- INNENMINISTERIUM DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.): Landesraumordnungsplan Schleswig-Holstein 1998 (LROPI). Kiel 1998.
- INNENMINISTERIUM DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN: Entwurf Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2009, Kiel 2008.
- IWERSEN, J.: Landwirtschaftliche Planung und betriebswirtschaftliche Neuordnung im Eidergebiet. In: Westküste, Jg. 1938, Heft 3. Heide 1938.
- JÖNS, H.: Zur Eisenverhüttung in Schleswig-Holstein in vor- und frühgeschichtlicher Zeit, in: Berichte und Mitteilungen zur Urgeschichte, Frühgeschichte und Mittelalterarchäologie. Offa, Bd. 49/50. Neumünster 1992/93.

KATZ, A.: Wege der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit: Praxisbericht aus der Region Ulm/Neu-Ulm. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, Bd. II/2001 Berlin.

KLEMMER, P.: Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in Handwörterbuch der Raumordnung, Hrsg.: Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Hannover 1995.

KNIELING, J.: Kooperative Regionalplanung und Regional Governance: Praxisbeispiele, Theoriebezüge und Perspektiven. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 8/9 BBR (Hrsg.) 2003

KOALITIONSVERTRAG der Christlich Demokratischen Union (CDU) und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) in Schleswig-Holstein für die 16. Legislaturperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtages von 2005 – 2010. Absatz 2.b Verwaltungsreform. Kiel, 19.4.2005.

KOCH, T. P.: Die Bevölkerungsentwicklung auf der schleswigschen Geest bis zum Jahr 2000, Jahrbuch für die Schleswigsche Geest, 30. Jg. Schleswig 1982.

KOK, W.: Bericht der Taskforce Beschäftigung, Vorsitz Wim Kok. Brüssel, Nov. 2003.

KOK, W.: Halbzeitbericht zur Lissabon-Strategie. Brüssel 2005.

KOPETZ, H.: Die energetische Nutzung der Biomasse als Beitrag zum Klimaschutz und zur Energieversorgung. in: Die Landwirtschaft als Energieerzeuger. Wo liegen die Chancen für Biogas, Biokraftstoff, Biobrennstoff und Fotovoltaik. Hrsg.: Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e. V. (KTBL) KTBL-Schrift 420, 2. überarbeitete Auflage. Darmstadt 2005.

KREIS SCHLESWIG-FLENSBURG (Auftraggeber): PERIFRA – Entwicklung und Marketing qualifizierter Gewerbegebiete im Kreis Schleswig-Flensburg; Dokumentation; Zwischenbericht. Hamburg 1993.

KREIS SCHLESWIG-FLENSBURG: Kreisentwicklungsplan für den Kreis Schleswig-Flensburg für den Zeitraum 1974 bis 1978. Schleswig.

KREIS SCHLESWIG-FLENSBURG: Erste Fortschreibung des Kreisentwicklungsplanes 1974-1978 für den Zeitraum 1977 bis 1981. Schleswig.

KREIS SCHLESWIG-FLENSBURG: Zweite Fortschreibung des Kreisentwicklungsplanes 1974-1978 für den Zeitraum 1980 bis 1984. Schleswig.

KREIS SCHLESWIG-FLENSBURG: Dritte Fortschreibung des Kreisentwicklungsplanes für den Kreis Schleswig-Flensburg für den Zeitraum 1984 bis 1988. Schleswig.

KREIS SCHLESWIG-FLENSBURG: Vierte Fortschreibung des Kreisentwicklungsplanes für den Kreis Schleswig-Flensburg für den Zeitraum 1988 bis 1992. Schleswig.

KREIS SCHLESWIG-FLENSBURG: Fünfte Fortschreibung des Kreisentwicklungsplanes für den Kreis Schleswig-Flensburg 1992 bis 1996. Schleswig.

KREIS SCHLESWIG-FLENSBURG: Sechste Fortschreibung des Kreisentwicklungsplanes für den Kreis Schleswig-Flensburg 1996 bis 2000. Schleswig.

KRÜGER, T./WALTHER, M.: Innovative Ansätze zur Entwicklung der ländlichen Räume. Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalyse und MarktTreff-Konzept in Schleswig-Holstein. In: Raumplanung 118., Hrsg.: Informationskreis für Raumplanung. Dortmund, Februar 2005.

LANDESAMT FÜR WASSERHAUSHALT UND KÜSTEN SCHLESWIG-HOLSTEIN: Untersuchung des Zustandes und der Benutzung der Treene vom Treßsee bis zur Mündung. Kiel 1977.

LANDESRECHNUNGSHOF SCHLESWIG-HOLSTEIN: Bericht des Landesrechnungshofs über das Ergebnis der Prüfung der Regionalprogramme „Westküste“ und „Landesteil Schleswig“ an den Landtag und an die Landesregierung gem. § 99 LHO. Kiel, 5.9.1991.

LANDESRECHNUNGSHOF SCHLESWIG-HOLSTEIN: Mitteilungen über das Ergebnis der Prüfung der Regionalprogramme „Landesteil Schleswig“ und „Westküste“. Kiel, 6.2.1995.

LANDESRECHNUNGSHOF SCHLESWIG-HOLSTEIN: Sonderbericht „Verwaltungsstrukturen und Zusammenarbeit im kreisangehörigen Bereich“. Kiel 2003.

LANDESRECHNUNGSHOF SCHLESWIG-HOLSTEIN: Pressemitteilung vom 24.11.05. Kiel.

LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.): Schleswig-Holstein im demographischen Wandel. Ein Beitrag zur Diskussion. Mitherausgeber: Innenministerium, Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Landesverbände. Kiel, November 2005.

LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN: Landesverordnung zur Erhaltung von Dauergrünland (Dauergrünland-Erhaltungsverordnung – DGL-VO SH) vom Mai 2008. Kiel.

LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN: LEADER: Merkblatt AktivRegion Schleswig-Holstein. Kiel, Nov. 2008.

LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN: Programm der schleswig-holsteinischen Landesregierung zur Unterstützung der vom Truppenabbau betroffenen Standorte (Konversionsprogramm vom 03.04.2001; Stand: 02.11.2004). Kiel 2004.

LANDESWASSERGESETZ SCHLESWIG-HOLSTEIN. Kiel, 11.2.2008.

LANGE, U.: Die Bundeswehr als Wirtschaftsfaktor, in: ders. (Hrsg.): Geschichte Schleswig-Holsteins. Von den Anfängen bis zu Gegenwart. Neumünster 2003.

LEHMANN, L.: Schleswig-Holstein unter besonderer Berücksichtigung des „Programm Nord“. Frankfurt/M. 1988.

LINK, E.: Zur Geographie des Sankelmarker Sees, t.s. Nr. 71/82.

LORENZ TOURISMUSBERATUNG GmbH: Kanutourismus in Schleswig-Holstein: Kanutourismus in der Flusslandschaft Eider-Treene-Sorge. Entwurf Rahmenkonzept mit Handlungsprogramm für die Entwicklung und Vermarktung des Kanutourismus. Berlin, 25. Mai 2007.

LORENZEN-SCHMIDT, K.J./PELC, O. (Hrsg.): Schleswig-Holstein Lexikon. Neumünster 2000.

LUCAS, R. et al.: Regionales Entwicklungskonzept für die Region Flensburg/Schleswig. Sachstandsbericht Juni 1998. Hrsg.: Institut für ökologische Wirtschaftsforschung gGmbH. Wuppertal 1998.

MACHBARKEITSSTUDIE DIENSLEISTUNGSZENTRUM EGGEBEK, Convent Struktur- und Organisationsentwicklung GmbH, Endbericht. Hamburg 1997.

MAGEL, H.: Ländlicher Raum – von traditioneller Heimat zum gedanklichen Kunstprodukt? Vortrag beim Bundeskongress Ländliche Räume am 5. Oktober 2006 in Berlin.

MAGER, F.: Entwicklungsgeschichte der Kulturlandschaft des Herzogtums Schleswig in historischer Zeit, 1. Band. Breslau 1930.

MAGER, F.: Entwicklungsgeschichte der Kulturlandschaft des Herzogtums Schleswig in historischer Zeit, 2. Band. Kiel 1937.

MEYNEN, E./SCHMITHÜSEN, J. u.a. (Hrsg.): Handbuch der naturräumlichen Gliederung Deutschlands. Remagen 1953.

MINISTER FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.): 25 Jahre Flurbereinigung in Schleswig-Holstein – 1954 – 1979 – .Kiel 1980.

MINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND FISCHEREI: Richtlinie zur Förderung der Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung in Schleswig-Holstein vom 25. August 1995.

MINISTERIUM FÜR LÄNDLICHE RÄUME, LANDESPLANUNG, LANDWIRTSCHAFT UND TOURISMUS DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.): Regionalplan für den Planungsraum V. Landesteil Schleswig – Schleswig-Holstein Nord. Kreisfreie Stadt Flensburg, Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg. Neufassung 2002. Kiel, Dezember 2002.

MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND LÄNDLICHE RÄUME DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.): Energie einfach ernten. Energetische Nutzung von Biomasse in Schleswig-Holstein. Kiel 2006.

MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND LÄNDLICHE RÄUME DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (MLUR): Ex-ante Evaluierung des ELER-Programms „Zukunftsprogramm Ländlicher Raum“ 2007 – 2013. Kiel 2006.

MINISTERIUM FÜR UMWELT, NATUR UND FORSTEN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.): Landschaftsprogramm Schleswig-Holstein. Kiel 1999.

MINISTERIUM FÜR UMWELT, NATUR UND FORSTEN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.): Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum V. Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg, kreisfreie Stadt Flensburg. Kiel, September 2002.

MINISTERIUM FÜR UMWELT, NATUR UND FORSTEN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.): Erläuterungen zum Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum V. Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg, kreisfreie Stadt Flensburg. Kiel, September 2002.

MINISTERIUM FÜR UMWELT; NATURSCHUTZ UND LANDWIRTSCHAFT DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.): Einzigartig in Schleswig-Holstein. Wandern in NATURA 2000 Gebieten. Kiel 2003.

MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT UND VERKEHR DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (Auftraggeber): Zwischenevaluierung Regionalprogramm 2000 Schleswig-Holstein. Endbericht, durch: PLS RAMBOLL Management GmbH. Hamburg, November 2003.

MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, MITTELSTAND UND TECHNIK (MWMT) NORDRHEIN-WESTFALEN (NRW): Handlungsempfehlungen für die Erarbeitung von Regionalen Entwicklungskonzepten. Düsseldorf, 16.10.90.

MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, WISSENSCHAFT UND VERKEHR DES LANDES SCHLESWIG HOLSTEIN: Ziele und Inhalte des Zukunftsprogramms Wirtschaft. Kiel 2006.

MINISTERKONFERENZ FÜR RAUMORDNUNG: Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland. 30.Juni 2006. Berlin.

MÜLLER, A.: Die ehemalige Kiesbahn von Tarp, Jahrbuch für die Schleswigsche Geest, 50. Jg, Schleswig 2002.

MÜLLER, M. J. (Hrsg.) : Von Wegen. Auf den Spuren des Ochsenweges (Heerweg) zwischen dänischer Grenze und Eider. Thomas Hill, Bernd Zich. Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Ochsenweg e.V. Universität Flensburg, Institut für Geographie und ihre Didaktik, Landeskunde und Regionalforschung. Flensburger Regionale Studien, Band 12. Flensburg 2002.

MÜLLER-SÄMANN, K. M./REINHARDT, G./VETTER, R./GÄRTNER, S.: Nachwachsende Rohstoffe in Baden-Württemberg: Identifizierung vorteilhafter Produktlinien zur stofflichen Nutzung unter besonderer Berücksichtigung umweltgerechter Anbauverfahren. Forschungsbericht FZKA-BWPLUS. – Institut für umweltgerechte Landbewirtschaftung (IfuL), Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH (IFEU). Müllheim, Heidelberg 2003.

NAGEL, U.: Landschaftsanalyse Treene zwischen Oeversee und Friedrichstadt. Im Auftrag des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Kiel 1987.

NISSEN, M.: Tarp in 200 Jahren Geschichte. Schleswig 1981.

PACKSCHIES, M.: Untersuchungen zur eiszeitlichen Entstehung und nacheiszeitlichen Entwicklung des Treßsees. Die Heimat, Heft1/2. Husum 1984.

PFEIFFER, C.: Dorf- und ländliche Regionalentwicklung/Projekt MarktTreff. Arbeitspapier des Referates Integrierte ländliche Entwicklung im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein. Kiel 2004.

PFEIFFER, C./THOBEN, H.J.: Die Dorf- und ländliche Regionalentwicklung in Schleswig-Holstein. Arbeitspapier des Referates integrierte ländliche Entwicklung im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein. Kiel 2003.

PLACHTER, H.: Naturschutz. Stuttgart/Jena 1991.

PLANUNGSGRUPPE PLEWA: Integrierte Entwicklungsstrategie (IES) für die Lokale Aktionsgruppe (LAG) AktivRegion Eider-Treene-Sorge. Bewerbung zur Anerkennung als Aktiv-Region, März 2008, aktualisierte Fassung vom 16.07.2008, Flensburg.

PLIENINGER, T. et al.: Nachwachsende Rohstoffe, Bioenergie und Naturschutz. Handbuch Naturschutz und Landschaftspflege – 18. Erg. Lfg. 2/06. Landsberg 2006..

POLENSKY, R.: Das Binnendünengebiet am Treßsee und seine Umgebung. Geomorphologische, bodenkundliche und vegetationsgeographische Untersuchungen als Beiträge zu einer Naturschutzplanung, unveröffentl. Diplomarbeit. Geogr. Inst. CAU. Kiel 1982.

PROGRAMM-NORD-GMBH: 25 Jahre „Programm Nord“. Rendsburg 1979.

PROGRAMM-NORD-GMBH: 30 Jahre „Programm Nord“. Kiel 1983.

PROJEKTVERBUND FRIEDENSWISSENSCHAFTEN KIEL (PFK) an der Christian-Albrechts-Universität: Endbericht für das Gutachten: Reduzierung der Bundeswehrpräsenz in Flensburg und im Kreis Schleswig-Flensburg – wirtschaftliche Auswirkungen und Handlungsmöglichkeiten. Kiel, im Oktober 1991.

PRÜß, R.: Realisierungskonzept für ein ökologisches Gewerbezentrum. PERIFRA-Teilprojekt. Gutachten im Auftrag des Kreises Schleswig-Flensburg. Flensburg 1994.

RAUMORDNUNGSGESETZ vom 18. August 1997, zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 9. Dezember 2006. Berlin.

REINERSDORFF, A. v.: Programm Nord: Entwicklungsaufgaben in schwach strukturierten ländlichen Räumen. In: Schleswig-Holstein '77, Klaar Kimming. Beiträge zur Frühjahrstagung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. vom 2.-4. Juni 1977 in Husum. Hrsg.: Ministerium für Landwirtschaft und Forsten des Landes Schleswig-Holstein. Göttingen 1977.

REINERSDORFF, A. v. in: 25 Jahre Entwicklung in der Landwirtschaft im Landesteil Schleswig, in: Programm-Nord-GmbH: 25 Jahre „Programm Nord“. Rendsburg 1979.

RIEDEL, W./POLENSKY, R.: Die Naturschutzgebiete des Kreises Schleswig-Flensburg. Heide 1986.

RIEDEL, W.: Landschaftswandel und gegenwärtige Umweltbeeinflussung im nördlichen Landesteil Schleswig, Hrsg.: DEUTSCHER GRENZVEREIN e.V. Flensburg. Schleswig 1978.

RIEDEL, W.: Bemerkungen zu den Raseneisenerzbildungen auf der schleswigschen Geest. Jahrbuch für die Schleswigsche Geest, 28. Jg., Schleswig 1980.

RIEDEL, W.: Die landschaftliche Gliederung des Kreises Flensburg. In: Der Landkreis Flensburg 1867 – 1974 (Teil 1) Schriften der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte e.V., Nr 30. Flensburg 1981.

RIEDEL, W.: Landschaftswandel ohne Ende. Institut für Regionale Forschung und Information im Deutschen Grenzverein e.V. (Hrsg.). Husum 1983.

RIEMANN, F.: Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und das Küstenschutz“ in: Handwörterbuch der Raumordnung, Hrsg.: Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Hannover 1995.

ROHR, G. v.: Ergebnisse der konstituierenden Sitzung des Lenkungsbeirats für die Kooperation zwischen den Ämtern Eggebek und Oeversee am 13.04.2000 in Tarp.

ROHR, G. v.: Kooperation der Ämter Eggebek und Oeversee. Ergebnisdokumentation der Klausur der Amtsausschüsse 21. und 13. Mai 2000. Geographisches Institut der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. 5. Juni 2000.

ROHR, G. v./RATHJE, F. (Hrsg.): Grundlagen für ein Tourismusmarketingkonzept „Oberes Treenetal“, Studienprojekt am Geographischen Institut der Christian-Albrecht-Universität zu Kiel, unveröffentlicht. Kiel 2002.

ROHR, G. v./RATHJE, F./SUMFETH, K.: Tourismusmarketingkonzept für die Ämter Eggebek und Oeversee. Kiel 2003.

ROWECK, H. u.a.: Projektskizze Oberes Treenetal und Fröruper Berge: „Neue Wege der Landschaftsentwicklung“. Rahmenpapier für DBU-Antrag. Kiel 1998.

SACH, W.: Naturschutzgroßprojekt Obere Treenelandschaft, Schleswig-Holstein. Natur und Landschaft, 76. Jg., Heft 9/10. Bonn 2001.

SACHVERSTÄNDIGEN-GUTACHTEN zur lokalen und regionalen Verwaltungsneuordnung in Schleswig-Holstein. Kiel 1968.

SARCINELLI, U./STOPPER, J.: Demographischer Wandel und Kommunalpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Das Parlament, Berlin 2006.

SCHLESWIGER DRUCK & VERLAGSHAUS (Hrsg.): Freizeit & Kultur in der Schlei- und Förderegion Schleswig-Flensburg. Schleswig 2007.

SCHLESWIG-HOLSTEIN TOPOGRAPHIE: Bd. 2. Flensburg 2002.

SCHLESWIG-HOLSTEIN TOPOGRAPHIE: Bd. 6. Flensburg 2006.

SCHLESWIG-HOLSTEIN TOPOGRAPHIE: Bd. 7. Flensburg 2006.

SCHLESWIG-HOLSTEIN TOPOGRAPHIE: Bd. 8. Flensburg. 2007.

SCHLESWIG-HOLSTEIN TOPOGRAPHIE: Bd. 9. Flensburg 2007..

SCHLESWIG-HOLSTEIN TOPOGRAPHIE: Bd. 10. Flensburg 2008.

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER GEMEINDETAG: Stellungnahme zum Landesentwicklungsplan gegenüber dem Innenministerium. Kiel, 31.10.2008.

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG: Bericht der Landesregierung über den Stand des Programms „ZAL“. Drucksache 15/2881, Kiel, 3.9.2003.

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG: Sitzungsprotokoll, 112. Sitzung am Mittwoch, 28. April 2004.

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG: Sitzungsprotokoll vom 11.11.04. Kiel.

SCHMIDTKE, K.-D.: Land im Wind. Wetter und Klima in Schleswig-Holstein. Neumünster 1995.

SCHROBACH-STIFTUNG, K. u. E.: Konzeption der Schrobach-Stiftung für das Gebiet Ihlsee-Strom/Fröruper Berge. Kiel 1996.

SCHÜTZ, A.: Die Verwaltung des Kreises Flensburg-Land von 1945 bis zu seiner Auflösung. In: Der Landkreis Flensburg 1867 – 1974. Schriften der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte e.V., Nr. 30, Teil 2. Flensburg 1991.

SCHWAHN, J.: Gewässerökologische Untersuchungen im System von Oberer und Mittlerer Treene, Kielstau und Bollingstedter Au. Kiel 1992.

SCHWEDLER, U./VOLLSTEDT, O.: Landwirtschaft. In: Historischer Atlas Schleswig-Holstein seit 1945 / im Auftr. Der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, hrsg. von Ulrich Lange. Neumünster 1999.

SEN, A.: Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. München 2000.

SÖNNICHSEN, C.: Chronik II, Ausgabe A der Gemeinden Eggebek, Jerrishoe, Langstedt. Husum 1998.

SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag (Hrsg.): Zukunft für den Landesteil Schleswig. Kiel 1988.

SPIEGEL SPEZIAL: Neue Energien - Wege aus der Klimakatastrophe. Hamburg, 1/2007.

STADT FLENSBURG: Magistratsvorlage 73/91. Flensburg 1991.

STAPPEN, R. K.: A Sustainable World is Possible. Problemlösungen für das 21. Jahrhundert mit dem Wise-Consensus-Verfahren. Working Paper 1.4 4. überarbeitete Version 1.1.2008. Eichstätt 2008.

STATISTISCHES AMT FÜR HAMBURG UND SCHLESWIG-HOLSTEIN: Größenstruktur der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Schleswig-Holstein 2005. Kiel, 20. Juli 2006.

STATISTISCHES AMT FÜR HAMBURG UND SCHLESWIG-HOLSTEIN: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte am Arbeitsort in Schleswig-Flensburg zum 30.06.05. Hamburg, 26.05.2006.

STATISTISCHES AMT FÜR HAMBURG UND SCHLESWIG-HOLSTEIN: Agrarstruktur in Schleswig-Holstein im Mai 2003. Kiel, 16.09.2004.

STATISTISCHES AMT FÜR HAMBURG UND SCHLESWIG-HOLSTEIN: Agrarstruktur in Schleswig-Holstein im Mai 2005. Betriebsgrößenstruktur in den Gemeinden. Kiel, 20. Juli 2006.

STREHL, E.: Die Nordhöhe bei Tarp, Kreis Schleswig-Flensburg; in: Natur- und Landeskunde; Nr. 1-3, Jan.-März 2007. Husum.

TOURISMUSAGENTUR SCHLESWIG-HOLSTEIN (TASH); BERGER, R.: Landesweites strategisches Marketingkonzept. Kiel, 23. April 2007.

TUTT, C.: Das große Schrumpfen. Von Wohlstandsinseln und Verliererregionen in Deutschland, in: WZB-Mitteilungen (Wissenschaftszentrum Berlin), Heft 112, Berlin, Juni 2006.

UNIVERSITÄT FLENSBURG, BZEE CONSULT, FACHHOCHSCHULE FLENSBURG, THEODOR-SCHÄFER-BERUFSBILDUNGSWERK, WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT NORDFRIESLAND (Ersteller): Projektskizze: Internationale Technologieregion Erneuerbare Ressourcen. Flensburg 2007.

REINERSDORFF, A. v.: Programm Nord: Entwicklungsaufgaben in schwach strukturierten ländlichen Räumen, in: Schleswig-Holstein '77, Klaar Kimming. Beiträge zur Frühjahrstagung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. vom 2. - 4. Juni 1977 in Husum. Hrsg.: Ministerium für Landwirtschaft und Forsten des Landes Schleswig-Holstein. Göttingen 1977.

VAJEN, H. (Hrsg.): Fortentwicklung der Region Stadt Flensburg / Kreis Schleswig-Flensburg. Abschlussbericht Bd. 1 + 2. Hamburgisches Institut für Arbeitswissenschaft und Organisationsentwicklung (HAO). Hamburg 1993.

VOLLSTEDT, O.: Landwirtschaft. In: Historischer Atlas Schleswig-Holstein seit 1945. Im Auftrag der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, hrsg. von Ulrich Lange. Neumünster 1999.

WASSERRAHMENRICHTLINIE der EU vom 23. Oktober 2000. Brüssel, 2000.

WASSERVERBAND NORD (Hrsg.): 50 Jahre Wasserverband Nord 1954 - 2004, Oeversee 2004.

WBGU WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT DER BUNDESREGIERUNG GLOBALE UMWELTVERÄNDERUNGEN: Welt im Wandel – Zukunftsfähige Bioenergie und nachhaltige Landnutzung. Zusammenfassung des Gutachtens vom 3.12.08. Berlin 2008.

WEHLING, H.-G.: Kommunalpolitik in Geschichte und Gegenwart. In: Informationen zur politischen Bildung, Kommunalpolitik, Heft 242. Bonn 1994.

WEIGAND, K.: Die Auflösung des Landkreises Flensburg im Jahre 1974 als Lehrstück raum-relevanter gesellschaftlicher Prozessabläufe – Gebietsreform, Eingemeindungen, zentralörtliche Verflechtungen. In: Der Landkreis Flensburg 1867 – 1974 Teil 2. Schriften der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte e.V. Nr. 30. Flensburg 1991.

WEIGAND, K.: Programm Nord - Wandel der Landschaft in Schleswig-Holstein. Wegweiser für die Lehrerfortbildung, hrsg. vom Kultusministerium des Landes Schleswig-Holstein, 2., neu bearbeitete und ergänzte Auflage. Kiel 1970.

WELLMANN, C.: Reduzierung von Bundeswehr und Beschaffungsetat: Alarmismus bei Bürgermeister und Industrielobby. In: Birkenbach, Hanne-Margret/Jäger, Uli/ Wellmann, Christian (Hrsg.): Jahrbuch Frieden 1992. Konflikte, Abrüstung, Friedensarbeit. München 1992.

WIEBE, D.: Das „Programm Nord. Fragenkreise 23532. Paderborn 1979.

WIEBE, D.: Das Programm Nord. Regionalentwicklung durch raumwirksame Staatstätigkeit. In: Historischer Atlas Schleswig-Holstein seit 1945. Im Auftrag der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, hrsg. von Ulrich Lange. Neumünster 1999.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGS- UND REGIONALENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT
FLENSBURG/SCHLESWIG mbH: Informationsblatt Eggebek. Stand: 02/08. Flensburg.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGS- UND REGIONALENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT
FLENSBURG/SCHLESWIG mbH: Informationsblatt Janneby. Stand: 12/07. Flensburg.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGS- UND REGIONALENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT
FLENSBURG/SCHLESWIG mbH: Informationsblatt Jerrishoe. Stand: 02/08. Flensburg.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGS- UND REGIONALENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT
FLENSBURG/SCHLESWIG mbH: Informationsblatt Jörl. Stand: 07/08. Flensburg.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGS- UND REGIONALENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT
FLENSBURG/SCHLESWIG mbH: Informationsblatt Langstedt. Stand: 07/07. Flensburg.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGS- UND REGIONALENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT
FLENSBURG/SCHLESWIG mbH: Informationsblatt Oeversee. Stand: 04/06 und 06/08.
Flensburg.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGS- UND REGIONALENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT
FLENSBURG/SCHLESWIG mbH: Informationsblatt Sankelmark. Stand: 08/07. Flensburg.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGS- UND REGIONALENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT
FLENSBURG/SCHLESWIG mbH: Informationsblatt Sieverstedt. Stand: 07/08. Flensburg.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGS- UND REGIONALENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT
FLENSBURG/SCHLESWIG mbH: Informationsblatt Sollerup. Stand: 07/07. Flensburg.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGS- UND REGIONALENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT
FLENSBURG/SCHLESWIG mbH: Informationsblatt Süderhackstedt. Stand: 07/08. Flensburg.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGS- UND REGIONALENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT
FLENSBURG/SCHLESWIG mbH: Informationsblatt Tarp. Stand: 09/08. Flensburg.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGS- UND REGIONALENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT
FLENSBURG/SCHLESWIG mbH: Informationsblatt Wanderup. Stand: 07/08. Flensburg.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGS- UND REGIONALENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT
FLENSBURG/SCHLESWIG mbH: Regionales Entwicklungskonzept für die Region Flensburg/Schleswig, Abschlußbericht. Bearbeitung: Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) gGmbH. Wuppertal 1999.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGS- UND REGIONALENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT
FLENSBURG/SCHLESWIG mbH: Integriertes regionales Entwicklungskonzept für die Region „WiREG Flensburg/Schleswig“. Ausschreibungstext 17.2.1997. Flensburg.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGS- UND REGIONALENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT
FLENSBURG/SCHLESWIG MBH: WiREG-Report 26/2005. Flensburg.

WOHLLEBEN, P.: Holzrausch. Der Bioenergieboom und seine Folgen. St. Augustin 2008.

10.2. Herangezogene Literatur

ABEL, W. (Hrsg.): Landesentwicklung als gesellschaftliche Aufgabe – Programm Nord. Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen. Veröffentlichungen der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. Göttingen. Heft 38, Hannover 1962.

AKADEMIE FÜR DIE LÄNDLICHEN RÄUME SCHLESWIG-HOLSTEINS e.V. (Hrsg.): Naturschutz und Landwirtschaft – neue Überlegungen und Konzepte. Eckernförde 2002.

AKADEMIE FÜR DIE LÄNDLICHEN RÄUME SCHLESWIG-HOLSTEINS e.V. (Hrsg.): Motivation und Qualifikation für Aufgaben in der Ländlichen Regionalentwicklung – Hauptamt und Ehrenamt. Studie im Auftrag der Akademie für die ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V. (Kurzfassung). Dokumentation/Ausgabe 7. Neumünster, Juli 2006.

AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (Hrsg.): Interkommunale und regionale Kooperation – Variablen ihrer Funktionsfähigkeit, Arbeitsmaterial Nr. 244. Hannover 1998.

AKADEMIE SANKELMARK im Deutschen Grenzverein e.V. (Hrsg.): Regionalpolitik im Widerstreit. Auswirkungen auf unseren Raum. Dokumentation der Fachtagung am 15. November 1994 in der Akademie Sankelmark.

ALBERS, G., HABER, W. u.a. (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Hannover 1995.

ARBEITSGRUPPE AGENDA 21 DER UNIVERSITÄT ROSTOCK (Hrsg.): Nachhaltigkeit an der Universität Rostock. 18. Januar 2002, Tagungsdokumentation. Rostock, November 2002.

ASCHAUER, W.: Landeskunde als adressenorientierte Form der Darstellung. Ein Plädoyer mit Teilen einer Landeskunde des Landesteils Schleswig. Forschungen zur Deutschen Landeskunde Bd. 249, Deutsche Akademie für Landeskunde, Selbstverlag. Flensburg 2001.

BADE, F. J.: Zu den wirtschaftlichen Chancen und Risiken der ländlichen Räume. Arbeitspapier Nr. 152, Hrsg.: Institut für Raumplanung der Universität Dortmund. Dortmund 1997.

BAYERISCHE AKADEMIE LÄNDLICHER RAUM e.V. (Hrsg.): Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit! Lippenbekenntnis oder professionelle Praxis von Regionalmanagements? Dokumentation der Tagung im Rahmen der euregia bodensee am 11. Oktober 2005 in Friedrichshafen. München, Februar 2006.

BAYERISCHE AKADEMIE LÄNDLICHER RAUM e.V. in Kooperation mit dem Bayerischen Gemeindetag und der Kreissparkasse Miesbach Tegernsee: Nachhaltigkeit im ländlichen Raum – auch das noch oder jetzt erst recht? Dokumentation der Sondertagung am 5. November 2003. Heft Nr. 36. München, März 2004.

BAYERISCHE AKADEMIE LÄNDLICHER RAUM e.V. in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Gemeindetag: Dokumentation der Herbsttagung 1997. Nachhaltige Entwicklung in ländlichen Gemeinden – Zu Auftrag und Umsetzung der Agenda 21. München 1998.

BAYERISCHE AKADEMIE LÄNDLICHER RAUM e.V. in Zusammenarbeit mit der Hanns-Seidel-Stiftung Akademie für Politik und Zeitgeschehen: Kritische Faktoren für die Zukunft ländlicher Gemeinden. Zuwachs – Abnahme – Überalterung. Sommerkolloquium 2002. Heft Nr. 32, München, April 2003.

BAYERISCHE AKADEMIE LÄNDLICHER RAUM e.V. in Zusammenarbeit mit der REGINA GmbH, Landkreis Neumarkt i. d. Opf.: Ländliche Räume und Metropolregionen: Partner oder Konkurrenten? Dokumentation der Herbsttagung 2005, Heft Nr. 43. München 2006.

BAYERISCHE AKADEMIE LÄNDLICHER RAUM e.V.: Ein neuer Weg: Mehr Wertschöpfung durch Regionalmarketing und Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Sommerkolloquium 1998 in Zusammenarbeit mit dem Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Nr. 21, München, November 1998.

BAYERISCHE AKADEMIE LÄNDLICHER RAUM e.V.: Nachhaltige Entwicklung in ländlichen Gemeinden – zu Auftrag und Umsetzung der Agenda 21. Dokumentation der Herbsttagung 1997. München, Dezember 1997.

BAYERISCHE AKADEMIE LÄNDLICHER RAUM e.V.: Planungshoheit und Flächensparen – Widerspruch oder Symbiose? Dokumentation der Frühjahrstagung 2005. Heft Nr. 41, München 2005.

BAYERISCHE AKADEMIE LÄNDLICHER RAUM e.V.: Stadt-Umland-Beziehungen in Zeiten knapper Kassen – Verteilungskampf oder Teamarbeit? Sommerkolloquium 2004. Heft Nr. 37. München 2004.

BENZ, A. (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung Wiesbaden 2004.

BERLIN-BRANDENBURGISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN. Interdisziplinäre Arbeitsgruppe: Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume – Landinnovation – Naturräumlicher und sozioökonomischer Wandel, Innovationspotenziale und politische Steuerung am Beispiel des Landes Brandenburg. Materialien Nr. 2. Berlin, April 2005.

BERLIN-BRANDENBURGISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN. Interdisziplinäre Arbeitsgruppe: Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume – Landinnovation – Werte, Gerechtigkeit und Verantwortung in der genutzten Landschaft. Materialien Nr. 7. Berlin, Januar 2006.

BIELFELDT, C. (redigiert): 20 Beiträge auf Gemeinschaftskurs im Programm Nord. Sonderdruck des Informationsdienstes der Landesregierung. Kiel 1965.

BIELFELDT, C.: Charakter und Nutzen des Landeskulturwerks Programm Nord. Kiel 1957.

BIERTER, W./BINDER, H. M.: Unternehmerische Innovationsprozesse. Die Wirksamkeit staatlicher Fördermaßnahmen – eine Evaluation. Chur/Zürich 1993.

BORNEMANN, H.: Bewerbungsunterlagen der Region Flensburg/Schleswig zum Wettbewerb „Regionen der Zukunft“, vorgelegt von der Wirtschaftsförderungs- und Regionalentwicklungsgesellschaft Flensburg/Schleswig mbH (WiREG). Flensburg 1998

BRÖSSE, U.: Raumordnungspolitik. Sammlung Götschen/de Gruyter. Berlin/New York 1975.

BERATUNGSGESELLSCHAFT FÜR BESCHÄFTIGUNG IN SCHLESWIG-HOLSTEIN mbH: Struktur und Entwicklung von Wirtschaft und Bevölkerung des Kreises Schleswig-Flensburg. Neumünster 1997.

BUND Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (Hrsg.): BUNDmagazin. Berlin, 4/2007.

BUNDESMINISTER DER VERTEIDIGUNG: Ressortkonzept für die Stationierung der Bundeswehr. Bonn, 23.5.91.

BUNDESMINISTER DER VERTEIDIGUNG: Stationierungskonzept der Bundeswehr. Bonn 1993.

BUNDESMINISTER DER VERTEIDIGUNG: Stationierungskonzept der Bundeswehr. Bonn 1995.

BUNDESMINISTER DER VERTEIDIGUNG: Verteidigungspolitische Richtlinie. Erlass vom 21. Mai 2003. Bonn 2003.

BUNDESMINISTER DER VERTEIDIGUNG: Stationierungskonzept der Bundeswehr. Bonn 2004.

BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN (Hrsg.): Beispiele zur nachhaltigen Entwicklung im ländlichen Raum. Dokumentation und Empfehlungen der Bund-Länder Arbeitsgemeinschaft ARGE Landentwicklung, Sonderheft 18 Reihe B: Flurbereinigung. Münster-Hiltrup 2000.

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNOLOGIE: Die wichtigsten Maßnahmen der Regional- und Strukturpolitik in Deutschland. Berlin, Oktober 2006.

DANIELZYK, R./LÖCKENER, R./MOMM, A./PRIEB, A. (Hrsg.): Regionalisierte Entwicklungsstrategien. Materialien zur Angewandten Geographie, Band 30. Bonn 1995.

DEGN, C./MUUß, U. Luftbildatlas Schleswig-Holstein. Neumünster 1965.

DEGN, C./MUUß, U. Luftbildatlas Schleswig-Holstein. Teil II. Neumünster 1968.

DER MINISTER FÜR NATUR UMWELT UND LANDESENTWICKLUNG DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.): Das ist Landesplanung. Die Koordination der Ansprüche an den Raum. Kiel, Dezember 1992.

DEUTSCHER BUNDESTAG: Dreiunddreißigster Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) für den Zeitraum 2004 bis 2007. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Drucksache 15/2961. Berlin, 22.04.2004.

DEUTSCHER GRENZVEREIN e.V. (Hrsg.): Fremdenverkehr im Landesteil Schleswig. Vorgelegt von der Forschungsstelle für Regionale Landeskunde an der Pädagogischen Hochschule Flensburg. Flensburg 1986.

DIE MINISTERPRÄSIDENTIN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.): Entwicklungschancen im Eider-Treene-Sorge-Gebiet. Gemeinsame Suche nach neuen Entwicklungsmöglichkeiten. Entwicklungskonzept für die Eider-Treene-Sorge-Niederung. Kiel, August 1994.

DIE MINISTERPRÄSIDENTIN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.): Regionales Entwicklungskonzept für ein europäisches Großschutzgebiet. Das Projekt „Eider-Treene-Sorge“. Kiel 1996.

DIE MINISTERPRÄSIDENTIN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.): Abt. Landesplanung: „Ein Land plant und gestaltet seine Zukunft“. Die Landesplanung informiert. Kiel, Juni 1998.

DIE MINISTERPRÄSIDENTIN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.): Staatskanzlei, Abt. Landesplanung: Landschaftsordnungsplan Schleswig Holstein. Kiel 1998.

DIE MINISTERPRÄSIDENTIN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.), Mit Herausgeber: Landesentwicklungsgesellschaft Schleswig-Holstein/Investitionsbank Schleswig-Holstein: Regionale Entwicklungsinitiativen in Schleswig-Holstein. Informationen für städtische und ländliche Räume. Kiel, Dezember 1999.

DIE MINISTERPRÄSIDENTIN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.): Integrierte Regionalentwicklung im ländlichen Raum. Naturbezogener sanfter Tourismus im Eider-Treene-Sorge-Gebiet. Kiel 1995.

DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung): Möglichkeiten und Verfahren einer Erfolgskontrolle und Ex-post-Bewertung der Förderung aus dem Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein. Berlin 1997.

DOPHEIDE, J.: Die agrar- und wirtschaftspolitische Problematik des Programm Nord – gezeigt am Beispiel des Kreises Südtondern. Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Agrarwissenschaftlichen Fakultät der CAU zu Kiel. Kiel 1971.

EWERS, H.-J./WOLLMANN, H./WEIBERT, D.: Verbesserung der wirtschaftlichen Kooperation in den Regionen Schleswig-Holsteins. Gutachten des Instituts für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH im Auftrag der Staatskanzlei Schleswig-Holstein. Kiel 1990.

FORSCHUNGSSTELLE FÜR REGIONALE LANDESKUNDE AN DER PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULE FLENSBURG: Zentrale Orte und ihre Verflechtungsbereiche im Landesteil Schleswig (im Bereich der Kreise Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und der kreisfreien Stadt Flensburg). Eine empirische Analyse zentralörtlicher Strukturen. Flensburg 1985.

FRAHM, P.: Abbau von Raseneisenerz auf der schleswigschen Gest. Jahrbuch für die Schleswigsche Geest, 28. Jg. Schleswig 1980.

FRANZEN, A.: Wie unsere Dörfer auch in Zukunft lebenswerte Heimat bleiben. Jahrbuch Schleswigsche Geest, 39. Jg. Schleswig 1991

FREUND, M.: Rückschauend voranschreiten. Die Gründung der Akademie Sankelmark in Zeiten grenzpolitischer Auseinandersetzungen. Flensburg 2002.

FÜRST, D./RITTER, E.-H.: Landesentwicklungsplanung und Regionalplanung. 2. Auflage. Düsseldorf 1993.

GENOSSENSCHAFTSVERBAND NORDDEUTSCHLAND e.V. (Hrsg.): dialog. Hannover, 2/2007.

GERLACH, B. T. v.: Eine unendliche Geschichte – Die vergebliche Suche nach einer Mülldeponie. Chronik des Kreises Schleswig Flensburg 96/97. Schleswig 1998.

GESETZ ÜBER DIE LANDESPLANUNG (Landesplanungsgesetz) vom 10. Februar 1996, zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Dezember 2005. Kiel 2005.

GLÜCK, A./MAGEL, H. (Hrsg.): Neue Wege in der Kommunalpolitik. Durch eine neue Bürger- und Sozialkultur zur Aktiven Bürgergesellschaft. München 2000.

GORNIG, M./TOEPEL, K.: Evaluierung wettbewerbsorientierter Fördermodelle. Das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Sonderheft 1666. Berlin 1998.

HAHNE, U.: Integrierte Entwicklung ländlicher Räume. Kiel 1993.

HAHNE, U.: Regionalentwicklung durch Aktivierung intraregionaler Potentiale. Zu den Chancen „endogener“ Entwicklungsstrategien. Schriften des Instituts für Regionalforschung der Universität Kiel, Bd. 8. München 1985.

HAHNE, U.: Regionaler Strukturwandel in Schleswig-Holstein und Förderaufgaben der Landesregierung. In: WiREG mbH, Dokumentation des Workshops „Zukunft der regionalen Wirtschaftsförderung in Schleswig-Holstein“ am 19.5.1998. Flensburg 1998.

HAHNE, U.: Standortpapier Tarp (Möglichkeiten und Wege der Wirtschaftsentwicklung für die Gemeinde Tarp. Unveröffentlichtes Gutachten). Flensburg 1988.

HAHNE, U.: Ziele und Visionen für Siedlungsstruktur, Regionalentwicklung und Grundversorgung in ländlichen Räumen. Vortrag auf dem Kongress „Die Zukunft der ländlichen Räu-

me in Schleswig-Holstein – Initiative für eine Koalition für den ländlichen Raum“. Breklum, 25.8.2005.

HAHNE, U./STACKELBERG, K. v.: Regionale Entwicklungstheorien. EURES discussion paper dp-39. Freiburg 1994.

HAHNE, U.: Neuere Entwicklungen in der Regionalförderung. In: Ridinger, R./Steinröx, M.: Regionale Wirtschaftsförderung in der Praxis. Köln 1995 a.

HAHNE, U.: Wirtschaftliche Effekte des umweltfreundlichen Tourismus im ländlichen Raum. In: Moll, P. (Hrsg.): Umweltschonender Tourismus – Eine Entwicklungsperspektive für den ländlichen Raum. Mitteilungen zur Angewandten Geographie, Band 24, Teil I. Bonn 1995 b.

HAHNE, U./ROHR, G. v.: Das Zentrale-Orte System in Schleswig-Holstein, Flensburger Regionale Studien, Band 10. Flensburg 1999.

HAHNE, U.: Regionale Entwicklungsdynamik und Technologiezentrum Flensburg. Flensburg 1992.

HAMPIKE, U.: Werte, Gerechtigkeit und Verantwortung in der genutzten Landschaft. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften. Materialien der interdisziplinären Arbeitsgruppe „Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume – LandInnovation.“ Materialien Nr. 7. Berlin, Januar 2006.

HANSEN, H./HAHNE, U./AHNEN, H. v.: Sanfter Tourismus – Neue Wege für den Fremdenverkehr im schleswigschen Binnenland. Inst. Für Regionale Forschung und Information im Deutschen Grenzverein e.V. Flensburg 1989.

HEMMERLING, W./JACOBSEN, J.: Das Eider-Treene-Sorge Projekt. In: Leitbilder für Landschaften in peripheren Räumen. Schriftenreihe des deutschen Rates für Landschaftspflege. Heft 67. Bonn 1996.

HENKEL, G. (Hrsg.): Kommunale Gebietsreform und Autonomie im ländlichen Raum. Vorträge und Ergebnisse des Dorfsymposiums in Bleiwäsche vom 12 – 13 Mai 1986. Paderborn 1986.

INNENMINISTERIUM DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN: Raumordnungsbericht 2003 an den Schleswig-Holsteinischen Landtag. Drucksache 15/3070. Kiel 2003.

INNENMINISTERIUM DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN, Abt. Landesplanung (Hrsg.): Die Landesplanung informiert: Ein Land plant und gestaltet seine Zukunft. Kiel, Mai 2003.

INNENMINISTERIUM DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN, Abt. Landesplanung: Information der Landesplanung für die Region Flensburg. Eckpunkte und Grundlagen für die geplante Erarbeitung einer Wohnbauflächenvereinbarung. Kiel, Dezember 2005.

INNENMINISTERIUM DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN: Rechtliche Möglichkeiten zur Schaffung zukunftsfähiger kommunaler Verwaltungsstrukturen (Orientierungshilfe) Stand: 10. Mai 2006. Kiel.

INNENMINISTERIUM DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN: Entwurf Umweltbericht. Anlage zum Entwurf des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein 2009. Kiel 2008.

JACOBSEN, W.: Torfwerk Petersholm in: treene-spiegel, Nr. 239. Tarp, Februar 1996.

JENSEN, H. N. A.: Angeln, Flensburg, 1844. Neu bearbeitet und bis auf die Gegenwart fortgeführt MARTENSEN, W./HENINGSEN, J. Schleswig 1922.

JÜRGENSEN, K./LANGE, U.: Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Lange, U. (Hrsg.): Geschichte Schleswig-Holsteins. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 2. Aufl., Neumünster 2003.

KÜHL, K. H./PETERSEN, P.: Der Feldflugplatz Eggebek und der Scheinflugplatz Treia. 2. Auflage. Ohne Ort 2001.

KURATORIUM FÜR TECHNIK UND BAUWESEN IN DER LANDWIRTSCHAFT e.V. (Hrsg.): Die Landwirtschaft als Energieerzeuger. Wo liegen die Chancen für Biogas, Biokraftstoff, Biobrennstoff und Fotovoltaik? KTBL-Vortragstagung vom 30. bis 31. März 2004 in Osnabrück. 2. überarbeitete Auflage. Darmstadt 2005.

LANDESAMT FÜR NATUR UND UMWELT (Hrsg.): Naturtourismus in der Flusslandschaft Eider-Treene-Sorge. Kiel 2002.

LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN: Bericht der Landesregierung: Situation der Tourismuswirtschaft in Schleswig-Holstein und Perspektiven einer künftigen Tourismusentwicklung (Landtags-Drucksache 14/760). Kiel 1997.

LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN: Handlungsfelder für mehr Bürgernähe und wirtschaftliche Verwaltungsstrukturen. Zwischenbericht zu den Vorschlägen der Strukturkommission. Kiel, August 2004.

LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN: Nachhaltigkeitsstrategie zukunftsfähiges Schleswig-Holstein. Kiel, Januar 2004.

LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN: Tourismuskonzeption 1996. Kiel 1996.

LANDESVERORDNUNG ZUR FESTLEGUNG DER ZENTRALEN ORTE UND STADT-RANDKERNE einschließlich ihrer Nah- und Mittelbereiche sowie ihre Zuordnung zu den verschiedenen Stufen (Verordnung zum zentralörtlichen System) vom 16. Dezember 1997. Kiel.

LIBBE, J. (Hrsg.): Indikatorensysteme für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen. Dokumentation „Forum Stadtökologie“ 11. Dokumentation der Beiträge zu einem Seminar des Deutschen Instituts für Urbanistik am 8. und 9. Februar 1999 in Berlin.

MATTHIESEN, K.: Konzept für eine Wirtschafts- und Regionalentwicklungsgesellschaft der Stadt Flensburg und des Kreises Schleswig-Flensburg. Flensburg 1995.

MATTHIESEN, K.: Statements aus den Regionen. In: WiREG mbH, Dokumentation des Workshops „Zukunft der regionalen Wirtschaftsförderung in Schleswig-Holstein“ am 19.5.1998. Flensburg 1998.

MEURER, M.: Nachwachsende Energiepflanzen und biogene Reststoffe – Ökologische und ökonomische Alternative oder Sackgasse? Geographische Rundschau Heft 6/2000. Braunschweig 2000.

MEYER-ENGELKE, E.: Beispiele nachhaltiger Regionalentwicklung für den ländlichen Raum. Stuttgart 1998.

MINISTERIUM FÜR LÄNDLICHE RÄUME, LANDESPLANUNG, LANDWIRTSCHAFT UND TOURISMUS DES LANDES SCHLESWIG HOLSTEIN: Tourismuskonzeption Schleswig-Holstein: „Natürlich erfolgreich“. Kiel, Oktober 2002.

MINISTERIUM FÜR LÄNDLICHE RÄUME, LANDESPLANUNG, LANDWIRTSCHAFT UND TOURISMUS DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN: Richtlinie zur Förderung der Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung in Schleswig-Holstein vom 9. Oktober 2000.

- MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (MELF): Schleswig-Holstein '77, Klaar Kimming. Beiträge zur Frühjahrstagung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. vom 2.-4. Juni 1977 in Husum. Göttingen 1977.
- MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND LÄNDLICHE RÄUME DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN: Naturschutzkonzeption 2007. Kiel 2007.
- MINISTERIUM FÜR NATUR, UMWELT UND LANDESENTWICKLUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN: Das ist Landesplanung. Kiel 1992.
- MINISTERIUM FÜR UMWELT, NATUR UND FORSTEN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN: Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum V. Kiel 2002.
- MINISTERPRÄSIDENT DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.) - Denkfabrik: Zukunft für den ländlichen Raum Schleswig-Holsteins: Konzepte, Erfahrungen, Perspektiven. Dokumentation des gemeinsamen Workshops des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei und der Denkfabrik Schleswig-Holstein. Kiel, April 1993.
- MINISTERPRÄSIDENTIN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.): Entwicklungschancen im Eider-Treene-Sorge-Gebiet. Entwicklungskonzept für die Eider-Treene-Sorge-Niederung (Entwurf vom September 1990). Kiel 1994.
- MINISTERPRÄSIDENTIN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.): Nachhaltigkeitsstrategie - Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein. Kiel, Januar 2004.
- MINISTERPRÄSIDENTIN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.): Regionales Entwicklungskonzept für ein europäisches Großschutzgebiet, das Projekt „Eider-Treene-Sorge“. Kiel 1996.
- MINISTERPRÄSIDENTIN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.): Ein Land plant und gestaltet seine Zukunft. Kiel 1998.
- MOMM, A. (Hrsg.): Beispiele und Perspektiven integrierter Regionalentwicklung in Ost- und Westdeutschland. Materialien zur Angewandten Geographie (MAG) Band 30. Bonn 1995.
- MUUB, U./PETERSEN, M./KÖNIG, D.: Die Binnengewässer Schleswig-Holsteins. Neumünster 1973.
- ÖKOLOGISCHER TOURISMUS IN EUROPA (Ö.T.E.) e.V.: Analyse der Fördermittel im Bereich Tourismus. Projektbericht. Gefördert vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Bonn, im Juli 2002.
- PLIENINGER, T./BENS, O./HÜTTL, R.: Naturräumlicher und sozioökonomischer Wandel, Innovationspotenziale und politische Steuerung am Beispiel des Landes Brandenburg. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften. Materialien der Interdisziplinären Arbeitsgruppe „Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume – Landinnovation“. Materialien Nr. 2, Berlin, April 2005.
- PRIEBS, A.: Sind die Kleingemeinden in Schleswig-Holstein noch zeitgemäß? Essener Geogr. Arbeiten, Bd. 19. Paderborn 1990.
- RICHTER, D.: Raumordnung – Strukturprobleme und Planungsaufgaben. Westermann – Colleg Raum und Gesellschaft, Heft 9. Braunschweig 1977.
- RIEDEL, W.: Bemerkungen zur Ödlandkultivierung des Wanderup/Jannebyer Moores, Jahrbuch für die Schleswigsche Geest, 30. Jg., Schleswig 1982.
- RIEDEL, W. et al.: Gemeindeumwelterhebung Tarp. Unveröffentlichtes Gutachten im Auftrag der Gemeinde Tarp. 1984.

- RIEDEL, W.: Zur Entwicklung ländlicher Räume und ihrer Dörfer in Deutschland – Anmerkungen aus der Sicht von Raumordnung und Naturschutz. Zeitschrift für Kulturtechnik und Landentwicklung, Nr. 39, 1998.
- RIEDEL, W. (Hrsg.): 775 Jahre Bützow – Modelle für eine nachhaltige Entwicklung. Rostocker Materialien für Landschaftsplanung und Raumordnung, Heft 7. Rostock 2005.
- RIEDEL, W./HEINTZE, U. (Hrsg.): Umweltarbeit in Schleswig-Holstein. Ein Leitfaden mit Grundinformationen und Anleitungshilfen. Neumünster 1987.
- RIEDEL, W./HEINTZE, U./STREHL, E.: Wo beginnt die Geest, wo endet Angeln? Kleiner Exkursionsführer. In: Verein zur Pflege der Natur- und Landeskunde in Schleswig-Holstein und Hamburg e.V. (Hrsg.): Natur- und Landeskunde. Zeitschrift für Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg. Nr.4-6, 116. Jahrgang, Husum, April bis Juni 2009.
- ROELOFFS, B. in: 25 Jahre Entwicklung in der Landwirtschaft im Landesteil Schleswig, in: Programm-Nord-GmbH: 25 Jahre „Programm Nord“. Rendsburg 1979.
- RRV-GESELLSCHAFT FÜR RAUMANALYSE, REGIONALPOLITIK UND VERWALTUNGSPRAXIS mbh: Zukunftsorientierte Regionalentwicklung durch Regionalmanagement in Schleswig-Holstein. Dokumentation des Diskussionsforums am 26.01.2001 in der Europäischen Akademie Sankelmark. Bayreuth, 7.März 2001.
- RUCK, M.: Aspekte der regionalwirtschaftlichen Entwicklung Schleswig-Holsteins von den 1950er Jahren bis in die 1970er Jahre. Grenzfriedenshefte 52. Jg., Heft 3/2005. Flensburg 2005.
- RUCK, M.: Halskrause oder Einkreisung? Frühere Debatten und heutige Perspektiven zum Flensburger Kreisstatus. Grenzfriedenshefte, 55. Jg., Heft 4/2008. Flensburg 2008.
- SCHEFFER, F.: Lehrbuch der Bodenkunde. Scheffer/Schachtschnabel, 15 Auflage, erweitert und neu bearbeitet, Heidelberg 2002.
- SCHIKORA, A.: Die Eignung des Konzeptes der „Endogenen Entwicklungspotentiale“ zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen. Berlin 1994.
- SCHLENGER, H.: Schleswig-Holstein – Ein geographisch-landeskundlicher Exkursionsführer (mit Beiträgen von W. Pollex, K. Vogel, K. Weigand u.a.), Kiel 1969.
- SCHMALHAUS, S./STEMBER, J. (Hrsg.): Entwicklungsprobleme im ländlichen Raum. Wirtschaft und Politik im Dialog. Münster/Hamburg 1992.
- SCHULTE, G.: Die Abschätzung der Stickstoffauswaschungsgefährdung im Wassereinzugsgebiet des Wasserverbandes Nord (Oeversee). Flensburger Regionale Studien, Band 8. Flensburg 1993
- SCHUPPERT, G.F. (Hrsg.): Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien. Bd. 1. Baden-Baden 2005.
- SCHWÄGERL, C.: Biomasse statt Biokäse. in: Praxisnah. Fachinformation für die Landwirtschaft. Hameln, 1/2007.
- STAATSKANZLEI DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN: Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein – Konsequenzen des demographischen Wandels. Kiel 2004.
- STAUCH, O.: Ödlandkultivierung im Wanderup/Jannebyer Moor. Jahrbuch für die Schleswigsche Geest, 30. Jg. Schleswig 1982.
- STEINECKE, A.: Entwicklung durch Tourismus? – Herausforderungen und Chancen für den ländlichen Raum. In: Der Landkreis, 8/9. Berlin 1996.

STRACKE, B.: Zauberhafte Treene. Eine Wanderung durch das romantische Treenetal. Schleswig 2008.

THORMÄHLEN, L.: Die Zukunft der Geestlandschaft aus der Sicht des Regionalplans für den Planungsraum V. In: Jahrbuch für die Schleswigsche Geest, 20. Jg. Schleswig 1979.

THORMÄHLEN, L.: Integrierte Regionalentwicklung am Beispiel des Eider-Treene-Sorge-Gebietes. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Großschutzgebiete. Chancen und Konflikte im Rahmen einer integrierten Regionalentwicklung. Arbeitsmaterialien. Hannover 1997.

TITZCK, R.: Der ländliche Raum in der schleswig-holsteinischen Kommunal- und Landespolitik. Jahrbuch der Schleswigschen Geest, 24. Jg. Schleswig 1976.

WEIß, W.: Der Ländlichste Raum – Regional-Demographische Perspektiven auf die Probleme von Abwanderungsgebieten mit geringer Bevölkerungsdichte. In: Raumforschung und Raumordnung, Heft 3/4 2002. Hannover 2002

WICK, H.: Dem Wind auch auf See Energie abtrotzen. Neue Züricher Zeitung, 24. Januar 2007, Zürich.

WIEBE, D.: Der ländliche Raum in Schleswig-Holstein. Einige Thesen zur Situation und zum Wandel auf dem sogenannten flachen Lande, in: Achenbach, H. (Hrsg.): Beiträge zur regionalen Geographie von Schleswig-Holstein, Kieler Geographische Schriften, Bd. 80. Kiel 1991.

WITT, J./VOSSGERAU H. (Hrsg.): Schleswig-Holstein von den Ursprüngen bis zur Gegenwart. Eine Landesgeschichte. Hamburg 2002.

YASER, S.: Die Effizienz der Flurbereinigung unter besonderer Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Betriebsgröße – dargestellt am Beispiel Programm Nord. Agrarwirtschaft – Zeitschrift für Betriebswirtschaft, Marktforschung und Agrarpolitik. Sonderheft 71. Hannover 1977.

ZAHRT, M.: Regionale Auswirkungen des Truppenabbaus und der Rüstungskonversion. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 5. Bonn 1992.

10.3. Häufig zitierte Medien

Flensburger Tageblatt (FT). Unabhängige Tageszeitung in Schleswig-Holstein. Nachrichten für Flensburg und den Kreis Schleswig-Flensburg. Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag Flensburg.

WiR. Informationsblatt des Amtes Eggebek mit den Gemeinden Eggebek, Janneby, Jerrishoe, Jörl, Langstedt, Sollerup, Süderhackstedt, Wanderup. Herausgeber: Amt Eggebek und die Gemeinden des Amtes und Kirchengemeinden Eggebek, Jörl und Wanderup.

Treene-Spiegel (t.s.) Informationen aus den Gemeinden Oeversee, Sankelmark, Sieverstedt, Tarp. Herausgeber: Amtsverwaltung Oeversee in Tarp.

Der Spiegel. Deutsches Nachrichtenmagazin. Herausgeber Rudolf Augstein (1923-2002) Spiegel-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG Hamburg.

10.4. Fotonachweis

FRANCK, K.: 2, 12, 13, 16, 19, 22,23, 24. 2008

GOOGLE EARTH: 11. 2008

HUBER, B.: 3, 9, 10, 27. 2007

MAI, P.: 28. 2009

NORDDEUTSCHE LUFTBILD Gbr. BARMSTEDT : 1, 4, 5, 6, 7, 8, 14, 15, 17, 18, 20, 25, 26, 32. 2007

STRACKE, B.: 30, 31. 2007

TOWER: 21. 2007

WIREG: 29. 2007

11. Anhang

11.1. Abkürzungen

ABfE	Aktive Bürger für Eggebek
ALR	Akademie für ländliche Räume Schleswig-Holsteins e.V.
ASH	Förderprogramm Arbeit für Schleswig-Holstein
AUM	Agrar Umwelt Maßnahmen
BBR	Bundesanstalt für Bauwesen und Raumordnung
BImA	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
BimSchG:	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BfLR	Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung
BMELV	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
BMVBW	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen.
BMVtg	Bundesministerium der Verteidigung
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BPN	Bauplan Nord (Baugesellschaft)
BPW	Stadtplanung-Forschung-Beratung; Elke Pahl-Weber, in Kooperation mit BulwienGesa AG München und Landschaft & Plan Hamburg
DBU	Deutsche Bundesstiftung Umwelt
DLZ	Dienstleistungszentrum Eggebek
EAGFL	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
EA-Nord	Entwicklungsagentur Nord
EEG	Erneuerbare Energien Gesetz
EFRE	Europäischer Fonds für Regionalentwicklung
ELER-VO	Europäischer Landwirtschaftsfond für die Entwicklung des ländlichen Raums
ESF	Europäischer Sozialfonds
ETS	Flusslandschaft Eider-Treene-Sorge bzw. AktivRegion Eider-Treene-Sorge
EWG	Eggebeker Wählergemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FFH-Richtlinie	Flora-Fauna-Habitat Richtlinie
FLÖZ	Flensburger Ökologisches Zentrum
GA	Gemeinschaftsaufgabe
GAK	Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes
GRW	Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur
GfW	Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Flensburg
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
GkZ	Gesetz über kommunale Zusammenarbeit Schleswig-Holstein
GuLV	Gewässer- und Landschaftsverband
GUS	Gemeinschaft unabhängiger Staaten der ehemaligen SU
IES	Integrierte Entwicklungsstrategie
INTERREG	Förderprogramm grenzüberschreitende Zusammenarbeit
IPE	Initiative Pro Eggebek
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KN	Kieler Nachrichten

LAG	Lokale Aktionsgruppe
LANU	Landesamt für Natur und Umwelt
LEG	Landesentwicklungsgesellschaft mbH Schleswig-Holstein
LEGG	Landesentwicklungsgrundsatzgesetz
LEP	Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (Entwurf)
LF	Landwirtschaftliche Nutzfläche
LNatSchG	Landesnenschutzgesetz
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
LRH	Landesrechnungshof Schleswig-Holstein
LROPl	Landesraumordnungsplan Schleswig-Holstein
LSE	Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalyse
LSG	Landschaftsschutzgebiet
LVB	Leitender Verwaltungsbeamter (Amtsverwaltung)
LWG	Landeswassergesetz
MELF	Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fische- rei des Landes Schleswig-Holstein
MFG	Marinefliegergeschwader
MLUR	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
MUNL	Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft des Landes Schleswig-Holstein
MWTV	Ministerium für Wirtschaft, Technik und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein
NSG	Naturschutzgebiet
PERIFRA	Régions Péripheriques et Activités Fragiles
PFK	Projektverbund Friedenswissenschaften an der Universität Kiel
REK	Regionales Entwicklungskonzept
RMK	Regionalmanagement Konversion
ROG	Raumordnungsgesetz des Bundes
RPl	Regionalplan
SGK	Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik
SHGT	Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag
SHHB	Schleswig-Holsteinischer Heimatbund
SSW	Südschleswiger Wähler Verband
SWOT	Strengths – Weaknesses – Opportunities – Threats Stärken – Schwächen – Chancen – Risiken
t.s.	Treenespiegel, Mitteilungsblatt des Amtes Oeversee
TASH	Tourismus Agentur Schleswig-Holstein
TGZ	Technologiezentrum
TOWER	Technologie, Organisation, Wissenschaft, Energie, Region Schleswig-Holstein GmbH
WBGU	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung globale Um- weltveränderungen
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WiR	Informationsblatt des Amtes Eggebek
WiREG	Wirtschaftsförderungs- und Regionalentwicklungsgesellschaft Flensburg/Schleswig mbH
WRRL	EU-Wasserrahmenrichtlinie
WVB-Nord	Wasserverband Nord
ZAL	Förderprogramm Zukunft auf dem Lande
ZLR	Zukunftsprogramm ländlicher Raum

11.2. Fragebogen

Knut Franck
St. Jürgenstr. 20

24937 Flensburg, April 2006

Sehr geehrte Damen und Herren!

Im Rahmen einer wissenschaftlichen Arbeit (Universität Rostock; Prof. Dr. Wolfgang Riedel) untersuche ich die Folgen des Truppenabbaus für die Ämter Oeversee und Eggebek. Dafür benötige ich Ihre Unterstützung.

Der folgende Fragebogen ist anonym. Füllen Sie ihn bitte aus und geben Sie ihn mir nach der Sitzung zurück oder benutzen Sie den Briefumschlag und hinterlegen Sie ihn im Büro des LVB.

Im Koalitionsvertrag der Landesregierung heißt es:

„Die Zahl der kommunalen Verwaltungseinheiten im kreisangehörigen Bereich ist im Interesse einer weiteren Professionalisierung und Kostenreduzierung deutlich zu verkleinern; z.B. durch Schaffung gemeinsamer Verwaltungen oder Bildung größerer Ämter.“

1. Haben Ihrer Meinung nach die Gemeinden den richtigen Zuschnitt, um ihre Aufgaben auch in Zukunft bewältigen zu können?
2. Mit welcher Gemeinde wäre eine Fusion sinnvoll?
3. Worin sehen Sie die größten Probleme/Widerstände einer Fusion?
4. Warum ist Ihrer Meinung nach die Fusion der Ämter Eggebek/Oeversee gescheitert?
5. Würden Sie eine Fusion für wünschenswert halten?
6. Was halten Sie von einem Großkreis FL, SL-FL, NF?
7. Wo sehen Sie die größten Probleme Ihrer Gemeinde?
8. Erstellen Sie ein Stärke – Schwäche – Profil Ihrer Gemeinde (Rückseite).

Vielen Dank für Ihre Bemühungen

Den vorliegenden Fragebogen hat der Autor auf Gemeinderatssitzungen der 12 Gemeinden in den Ämtern Eggebek und Oeversee verteilt und erläutert. Die Bereitschaft der Gemeinderatsmitglieder, sich mit dem Fragebogen zu beschäftigen, war sehr gering. Lediglich in einer Gemeinde haben sämtliche Gemeinderatsmitglieder (9) den Fragebogen ausgefüllt. Bei mehreren Gemeinden war der Rücklauf null. Insgesamt lag der Rücklauf unter 20 Prozent, so dass er für statistisch abgesicherte Aussagen nicht verwendet werden konnte.

11.3. Topographische Karte 1:50.000

Die beiden Kartenblätter 1:50.000 sind ein Zusammenschnitt der Kartenblätter L 1320 Drelsdorf, L 1322 Flensburg-Süd, L1520 Husum, L 1522 Schleswig. Hrsg.: Landesvermessungsamt Schleswig-Holstein, Kiel 2007.

Die rote Linie im ersten Kartenblatt entspricht der Profillinie des beiliegenden geologischen Profils.

11.4. Geologisches Profil

Das geologische Profil zeigt einen Geo-Schnitt zwischen C (Haurup-Hoffnung) im Westen und D (Juhlschau) im Osten des Untersuchungsgebietes.

Quelle: GeoSystem; Gesellschaft für konventionelle Umweltgeologie mbH. Kiel, 15.09.97 im Auftrag des Wasserverbandes Nord Oeversee.

11.5. Treene-Ausbau

Zustand der Treene vor und nach dem Ausbau zur Hochwasser-Abwehr in Verbindung mit den Flurbereinigungsverfahren Treia und Silberstedt.

Quelle: Gerdes, A.: Flurbereinigung und Wasserwirtschaft. In: 25 Jahre Flurbereinigung in Schleswig-Holstein 1954 – 1979. Hrsg.: Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Schleswig-Holstein. Kiel 1980.

